

2919 - 1491

Repertorium
der
Verordnungs = Sammlung
für die
Herzoglich Braunschweigischen Lande
vom
Jahre 1828 bis 1830
mit

erläuternden und ergänzenden Rescripten, Instructionen, Bekanntmachungen u., nebst chronologischen Verzeichnissen aller darin vorkommenden Rescripte, Instructionen u. und einem vollständigen Sachregister.

Herausgegeben

von

Carl Bege,
Herzogl. Braunsch. Lüneb. Justiz-Amtmanne.



Mit höchster Genehmigung.

Helmstedt:
Verlag der Gleitschenschen Buchhandlung.
1831.

V o r w o r t.

Indem ich dem Publikum den zweiten Theil des Repertoriums der Verordnungs-Sammlung für die Herzoglich Braunschweigischen Lande übergebe, statue ich allen denen, welche das Unternehmen befördern halfen und mich bei dieser Arbeit mit ihren Beiträgen unterstützt haben, meinen schuldigsten Dank ab. Mittheilungen für die Fortsetzung werden mir stets willkommen sein.

Erfreulich ist es mir, von erfahrenen und geschäftigen Geschäftsmännern vernommen zu haben, daß der erste Theil ihnen bei ihren Arbeiten von Nutzen gewesen ist; möge daher auch diese Fortsetzung mit Beifall aufgenommen werden, das ist mein größter Wunsch.

Helmstedt, am 26ten October 1831.

Carl Bege.

Accise.

- V. wegen Erhebung der Accise.** (S. 59.) [No. 10.] (10. März 1828.)
- §. 1. Die der Accise unterworfenen Gegenstände, dürfen nie über die Gränz-Pässe geführt und müssen daselbst declarirt werden. (S. 59.) [No. 10.] (10. März 1828.)
 - §. 2. Unter Vorlegung der Frachtbriefe u. ist der Name und Wohnort des inländischen Empfängers, Weg und Straße genau anzugeben. (S. 59.) [No. 10.] (10. März 1828.)
 - §. 3. Die Declarationen werden in die Paßregister eingetragen und den Recepturen schnell zugesandt. (S. 60.) [No. 10.] (10. März 1828.)
 - §. 4. Ertheilung der Bescheinigungen — Inhalt derselben. — (S. 60.) [No. 10.] (10. März 1828.)
 - §. 5. Vorzeigung der Bescheinigungen und Abgebung derselben. — Vorher keine Abladung. (S. 60.) [No. 10.] (10. März 1828.)
 - §. 6. Vorschriften wegen Declaration der, der Besteuerung in Braunschweig und Wolfenbüttel unterworfenen Gegenstände. (S. 61.) [No. 10.] (10. März 1828.)
 - §. 7. Vorschriften wegen Declaration der mit der Post eingehenden Gegenstände. (S. 61.) [No. 10.] (10. März 1828.)
 - §. 8. Desgl. wegen der von den Besers Schiffen an das Land zu bringenden Waaren. (S. 62.) [No. 10.] (10. März. 1828.)
 - §. 9. Erlaubnißscheine zu Einbringung accisbarer Waaren für Nebenstraßen und einzelne Ortschaften. (S. 62.) [No. 10.] (10. März 1828.)
 - §. 10. Strafe wegen Einbringung accisbarer Waaren von gebungenen Fuhrleuten oder Boten auf Wegen, an welchen sich kein Eingangspass befindet, ohne Erlaubnißschein — Nichtdeclarirung u. (S. 63.) [No. 10.] (10. März. 1828.)
 - §. 11. Für die richtige Abführung der Strafe, haften die Transportmittel u. — Vorläufige Erlegung der Strafe — Bürge. (S. 64.) [No. 10.] (10. März 1828.)
 - §. 12. Ordnungsstrafen, wenn die Anzeige nach der Ankunft aber vor der Abladung gemacht wird. (S. 64.) [No. 10.] (10. März. 1828.)
- Bege Repert. II. Thl.

Accise.

- §. 13. Strafe, wenn die Anzeige nicht sofort bei der Ankunft gemacht wird — Haf-
ten für Fuhrmann und Boten. (S. 64.) [No. 10.] (10. März 1828).
- §. 14. Verwirkung der Strafe, wenn der Baaren-Empfänger den Transport selbst
besorgt. (S. 65.) [No. 10.] (10. März 1828.)
- §. 15. Strafe wegen Versteckens der Baaren unter andere Gegenstände. (S. 65.)
[No. 10.] (10. März. 1828.)
- §. 16. Strafe wegen Nichtvorzeigung der Grenzdeclarations- und Erlaubniß-Scheine,
nach Ablauf von 12 Stunden nach der Ankunft — wegen Abladung vor der Revi-
sion — wegen Nichtberichtigung eines Irrthums bei Abgebung des Scheins. (S.
65.) [No. 10.] (10. März 1828.)
- §. 17. Strafe für den Fuhrmann, welcher in Braunschweig und Wolfenbüttel nicht di-
rect nach dem Packhose fährt — aus dem Thore mit ausgehenden Baaren. (S.
66.) [No. 10.] (10. März. 1828.)
- §. 18. Zu beobachtende Verfahren wegen Theilsweise oder gänzliche Abladung, anderswo
als auf den den Packhöfen. (S. 66.) [No. 10.] (10. März 1828.)
- §. 19. Berechnung der Strafe des 8fachen Betrags der Accise. (S. 67.) [No. 10.]
(10. März 1828.)
- §. 20. Wenn geistige Getränke unter 4 Anker von Einem, nicht als Landeseinge-
fessenen, bekannt seienden, angemeldet werden, so kann die Erlegung der Accise ver-
langt werden — Anweisung zur Rückzahlung. (S. 67.) [No. 10.] (10. März
1828.)
- §. 21. Die Packhöfe in Braunschweig und Wolfenbüttel werden in Ansehung der da-
selbst niedergelegten Baaren als Ausland angesehen. — Folgen. (S. 68.) [No.
10.] (10. März 1828.)
- §. 22. Passirscheine für bereits versteuerte Baaren, welche von einem Orte zum An-
dern oder ins Ausland transportirt werden. — Ausdehnung auf Salz. (S. 68.)
[No. 10.] (10. März 1828.)
- §. 23. Genaue Bezeichnung der mit Passirscheinen zu bezeichnenden Baaren — Ab-
gebung derselben — Verantwortlichkeit der Baarenabsender — Quittung über die
Abgabe der Scheine. (S. 69.) [No. 10.] (10. März 1828.)
- §. 24. Zurücksendung der Passirscheine mit der Unterschrift des Officianten. — Auf-
bewahrung derselben von dem Ortsvorsteher. — Notiren der Aussteller in ihre Bü-
cher — Bericht an den Acciseinspector hinsichtlich der binnen 14 Tagen nicht zu-
rückgegangenen Scheine. (S. 70.) [No. 10.] (10. März 1828.)
- §. 25. Die Baaren, welche den Ausgangspass überschritten haben, sind als ausländ-
isch zu betrachten — Strafe wegen Rückführung auf einem, mit einem Grenz-
Passe nicht versehenen Wege. (S. 70.) [No. 10.] (10. März 1828.)
- §. 26. Vergütung wegen der privilegierten Weinhändler. (S. 70.) [No. 10.] (10.
März. 1828.)

Accise.

3

- §. 27. Die den inländischen Branntweinbrennern nach §. 7. bei der Expedition zu ertheilende Accise-Vergütung ist an die Abgebung des Passirscheins geknüpft. (S. 70.) [No. 10.] (10. März 1828.)
- §. 28. Strafbestimmung gegen die Weinhändler und Branntweinbrenner, welche die zur Ausfuhr declarirten geistigen Getränke nicht angegebener Maaßen auf die Gefäße gefüllt, zurückgeführt haben u. (S. 71.) [No. 10.] (10. März 1828.)
- §. 29. Der Reisebedarf an Victualien — Bei Gegenständen unter 2 Pfd. und 3 Quartier vertritt die Note des Absenders den Passirschein. (S. 71.) [No. 10.] (10. März 1828.)
- §. 30. Suspension der §. 22 — 25. — während der Braunschweiger Messe. — Ausgenommen Diejenigen, deren Waarenvorräthe nach §. 31. controlirt werden. (S. 72.) [No. 10.] (10. März 1828.)
- §. 31. Consumtionsbücher der Krüger, Krämer u. auf dem platten Lande. — Eintragung in dieselben — Erlaubniß zur Abpackung und Abzapfung — Abschneidung des über den Zapfen und den Spund gezogenen Bindfadens von den Officianten, wenn eine Revision nicht gleich möglich ist — Strafe, wenn der Vorrath größer befunden wird. (S. 72.) [No. 10.] (10. März 1828.)
- §. 32. Bestimmungen wegen der in Braunschweig und Wolfenbüttel zu entrichtenden Malaccise. (S. 73.) [No. 10.] (10. März 1828.)
- §. 33. Deßgleichen wegen der Schlachtaccise in Braunschweig und Wolfenbüttel. (S. 73.) [No. 10.] (10. März 1828.)
- §. 34. Veraccisung des Malzes zum Bierbrauen — Maaßregeln zur Sicherung der Accise hiervon — Strafbestimmung — Getrennte Aufbewahrung des Brau- und Branntwein-Malzes. (S. 75.) [No. 10.] (10. März 1828.)
- §. 35. Erhebung der Accise von inländischem Branttheine und Controle — Declaration §. 10. der B. vom 12. Aug. 1824. (S. 78.) [No. 10.] (10. März 1828.)
- §. 36. Verdoppelung der Strafen und Bekanntmachung durch die Anzeigen im Wiederholungsfalle — im 3ten Falle Verlust des Handels u. — Auch wenn die Strafe gutwillig erlegt ist. (S. 79.) [No. 10.] (10. März 1828.)
- §. 37. Prüfung vom L. Str. G. vor Erhebung des Processus, ob eine Contravention, in der Absicht eine Steuer zu umgehen, Defrauden zu befördern, begangen sei. — Verfahren der Gerichte. — (S. 79.) [No. 10.] (10. März 1828.)
- §. 38. Glaubwürdigkeit der Protokolle der Accise-Officianten — Gegenbeweis. (S. 79.) [No. 10.] (10. März 1828.)
- §. 39. Der Straf-Antheil für die Accise-Officianten, fällt weg — Remuneration für die, welche sich auszeichnen. (S. 80.) [No. 10.] (10. März 1828.)
- §. 40. Absetzung und Bestrafung der nachlässigen u. Accise-Officianten. (S. 80.) [No. 10.] (10. März 1828.)
- §. 41. Beschlaganlegung, wenn die Contravenienten nicht als Zahlungsfähige Einlän-

Accise, Rescripte.

der bekannt sind, oder die Strafsgelder nicht sofort deponiren — Deposition bei dem Kreisamte — Verwahrung bis zur Stellung eines sichern Bürgen — Bericht. (S. 81.) [No. 10.] (10. März 1828.)

§. 42. Bericht der Packhaus-Commission in Braunschweig und der Accise-Inspectoren wegen der begangenen Contraventionen — Verfügung des L. Str. C. darauf. (S. 81.) [No. 10.] (10. März. 1828.)

§. 43. Anklage-Proceß gegen die Contravenienten, beim Gerichte des Wohnorts des Angeklagten — Verfahren darin — kein Interlocut — Rechtsmittel — öffentliche Vorladung im Falle der Unbekannthschaft des Wohnortes des Contravenienten oder Verweigerung der Zufertigung der Klage daselbst — Publicirung des Straferkenntnisses durch die Anzeigen — Terminsbestimmung zur Einlösung der in Beschlag genommenen Gegenstände gegen Erlegung der Strafe und der Kosten — Zufertigung der Klage an den Bürgen; Verpflichtung desselben zur Zahlung — Verurtheilung in die Kosten und Erstattung derselben. (S. 82.) [No. 10.] (10. März 1828.)

§. 44. Aneignung des Terrains zur Einrichtung der Grenz-Pässe u. (S. 84.) [No. 10.] (10. März 1828.)

§. 45. Anordnungen des L. Str. C. das Accise-Wesen betref. unter der Bemerkung der dazu enthaltenen höchsten Autorisation sind in der Maaße zu beobachten, als wären sie dieser B. wörtlich eingerückt. (S. 84.) [No. 10.] (10. März 1828.)

Nr. 1. Tarif für diejenigen Gegenstände, welche im ganzen Lande der Accise unterworfen sind. (S. 85.) [No. 10.] (10. März 1828.)

Nr. 2. Tarif für diejenigen Gegenstände, welche in den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel beim Eingange in dieselbe der Accise unterworfen sind. (S. 87.) [No. 10.] (10. März. 1828.)

Anhang. Tarif der in den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel zu entrichtenden Mahl- und Schlacht-Accise. (S. 101.) [No. 10.] (10. März 1828.)

R e s c r i p t e.

Instruction des L. Str. C. für die Grenzpaß-Beamten vom
28. August 1828.

§. 1. Die Grenzpaß-Beamten haben sich bei Ausrichtung ihres Dienstes genau nach den Landesherrlichen Verordnungen, nach den Verfügungen des L. Str. C. und nach denen ihnen erteilten Instructionen zu richten.

Dieselben haben den Accise-Inspector ihres Wohnbezirks als ihren nächsten Vorgesetzten anzusehen und in allen Dienstangelegenheiten an denselben sich zu wenden.

Sie haben ihren Dienst mit Redlichkeit und Unbestechlichkeit auszuüben und über Dienstsachen Verschwiegenheit zu beobachten.

Außer den Deputirten des L. Str. C., dem Accise Inspector und den Accise-Auf-

Accise, Rescripte.

5

sehen soll Niemand Nachrichten aus den Dienstacten und Registern der Grenzpaß-Beamten entnehmen dürfen. Insbesondere sollen den Officianten fremder Staaten keine Notizen aus den Registern ertheilt werden. Dem Accise-Inspector und den beaufsichtigenden Unterofficianten soll die Einsicht der Register zu allen Zeiten frei stehen.

Die Grenzpaß-Beamten sollen den ihnen vorgesezten Accise-Inspectoren mit gebührender Achtung begegnen, unter keinen Umständen deren Anordnungen sich widersetzen, vielmehr in dem Falle, wo ihnen solche als unangemessen erscheinen mögten, ihre Zweifel bei dem L. Str. C. schriftlich vortragen, bis zu erfolgter Entscheidung aber lediglich den Instructionen des Accise-Inspectors gemäß verfahren.

Gleichfalls haben dieselben mit den Accise-Ausssehern ein für den Dienst ersprießliches Einverständniß zu unterhalten, und diese Officianten mit alle den ihnen äußerlich etwa bekannt werdenden Nachrichten über die Verhältnisse der Accisanten zu versehen, welche zu einer sichern und strengen Controle förderlich sind.

Gegen die Pflichtigen haben sich die Grenzpaß-Beamten bescheiden, leutselig und freundlich zu benehmen, und dieselben, so viel der Dienst es gestattet, über ihre Verpflichtungen und die von ihnen zu befolgenden Formalitäten zu belehren, übrigens aber solche nach der Reihenfolge, in welcher sie auf dem Grenzpaße eintreffen, abzufertigen und dabei ohne zureichende Ursache nicht aufzuhalten.

Der Dienst der Grenzpaß-Beamten ist nicht auf Tageszeiten oder Stunden beschränkt. Sie sind zu dessen Ausübung zu jeder Zeit, mithin auch des Nachts, verpflichtet, und dürfen ihren Posten nicht verlassen, ohne durch einen andern Officianten vertreten zu sein. Im Falle daher die Umstände eine Beurlaubung nöthig machen sollten, haben sie sich an den Accise-Inspector zu wenden, welcher entweder den Urlaub zu bewilligen, oder deshalb an das L. Str. C. zu berichten, in beiden Fällen aber eine Substitution anzuordnen hat.

Die Dienstregister der Grenzpaß-Beamten sind reinlich zu halten, mit Deutlichkeit zu führen und dürfen keine Rasuren darin vorgenommen werden. Im Falle eine Abänderung nöthig werden sollte, ist solches deutlich und mittelst Ausstreichens zu bewerkstelligen, auch in der Rubrik „Bemerkungen“ der Grund, weshalb die Abänderung geschehen, anzudeuten.

Auf die Dienst-Utensilien und Inventarien-Stücke haben die Grenzpaß-Beamten ihre Aufmerksamkeit zu richten, beim Abhandenkommen oder Abgange des einen oder andern Stücks dem Accise-Inspector davon sofort Anzeige zu machen, übrigens aber auch darauf zu achten, daß die in der Nähe des Passamtes etwa errichteten Benachrichtigungs- oder Warnungstafeln nicht muthwillig zerstört, und, wenn solches geschehen sein, oder die darauf befindliche Schrift undeutlich werden sollte, solches gleichfalls anzuzeigen.

§. 2. Wenn auf dem Grenzpaß-Amte Waaren behuf des Einganges in das hiesige Land ankommen, so hat der Paß-Beamte den Waarenführer nach den Gegenständen des Transports zu befragen, und denselben zur richtigen Declaration der Ladung aufzu-

Accise, Rescripte.

fordern, auch sachdienliche Erkundigungen anzustellen, damit alle Contraventionen, welche aus Unbekannthschaft der Pflichtigen mit den hiesigen Accise-Einrichtungen veranlaßt werden könnten, vermieden werden. Zu dem Ende hat derselbe sich die den Waaren-Transport begleitenden Papiere, Frachtbriefe, auch Abfertigungen auswärtiger Accise-Behörden vorlegen und den Bestimmungsort der Waaren dahin angeben zu lassen, ob solche zur Abladung im Lande, zur Einfuhr in die Städte Braunschweig und Wolfenbüttel, oder zum Durchgange bestimmt sind.

Nachdem dieses von dem Waarenführer ordnungsmäßig declarirt, und die Ladung selbst durch die oberrwähnten begleitenden Papiere oder durch Beschauung constatirt worden, macht der Grenzpaß-Beamte die gehörige Eintragung in das Eingangsregister, wovon sub A. ein Schema angehängt ist. — Sodann ertheilt er dem Waarenführer nach dem anliegenden Schema B. den Declarationsschein, und giebt ihm eine kurze mündliche Anweisung, an welche Behörde derselbe abzuliefern ist, und wo die weitere Declaration geschehen muß.

Ist die Ladung für eine der Städte Braunschweig oder Wolfenbüttel bestimmt, so genügt ein Declarationsschein über die ganze Ladung.

Sollen die Waaren aber auf dem Lande abgeladen und verschiedenen Empfängern überliefert werden, oder ist die Ladung gemischter Art, dergestalt, daß ein Theil davon für die gedachten Städte, ein Theil aber für verschiedene Empfänger auf dem Lande bestimmt ist, so erhält der Waarenführer rücksichtlich des erstern Theils zwar gleichfalls nur einen Declarationsschein ausgestellt, rücksichtlich der für das platte Land bestimmten Waaren aber so viele, als verschiedene Empfänger angegeben werden.

Es ist nach dieser Bestimmung die Eintragung in das Eingangs-Register (Schema A.) zu machen, die für einzelne Empfänger bestimmten Waaren sind darin unter besonderer laufender Nummer aufzuführen, und alle ertheilte Declarationsscheine müssen die Nummer des Registers nachweisen, unter welcher sie in dasselbe eingetragen sind.

Werden Waaren zum Niederlegen auf den Packhöfen zu Braunschweig und Wolfenbüttel, oder zum Durchgange declarirt, so ist dem Waarenführer ein Begleitschein nach dem Schema C. auszustellen, auch die zu nehmende Route, außer der Bezeichnung in der Abfertigung, mündlich, und wenn ein bloßer Durchgang Statt findet, der Ausgangspass zu benennen und vorzuschreiben.

Wenn Waaren, welche im Lande bleiben, und solche, welche zur Durchfuhr bestimmt sind, zusammen transportirt werden, so sind rücksichtlich der erstern die vorgeschriebenen Declarationsscheine nach Litt. B. auszustellen, rücksichtlich der letztern aber der Begleitschein nach Litt. C.

Rücksichtlich der Waaren, welche nur in den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel einer Accise-Abgabe unterworfen sind, bedarf es, wenn sie mit andern accisepflichtigen Gegenständen nicht etwa zusammen transportirt werden, einer Declaration nicht; jedoch sind solche im Register gleich anderen Waaren genau zu bemerken, und gleichfalls

Accise, Rescripte.

7

in die nach §. 5. über die eingegangenen Waaren zu ertheilenden Benachrichtigungen (Schema F.) aufzunehmen; auch ist der Waarenführer anzuweisen, die behüfige Declaration am Eingangsthore der gedachten Städte abzugeben.

§. 3. Im Falle der Grenzpaß-Beamte auf den Grund des §. 20. der Allerhöchsten Verordnung vom 10. März d. J. sich veranlaßt finden sollte, für ein- oder durchzuführende geistige Getränke die Accise deponiren zu lassen, so ertheilt er anstatt der Declaration nach Schema B. dem Deponenten, im Falle die Waare im Lande bleibt, einen Eingangs-Declarationschein nach Schema D., welcher zugleich die Quittung über die deponirte Summe und Anweisung zur Anrechnung bei der betreffenden Accise-Receptur enthält. Geht dagegen die Waare zur Niederlage auf die Packhöfe zu Braunschweig und Wolfenbüttel, oder bloß durch, so geschieht die Ertheilung nach Schema E. und ist die Anweisung zur Rückzahlung auf den von dem Waarenführer bezeichneten Packhof oder Ausgangspass auszustellen.

Der Ausstellung dieser Quittungen und Anweisungen vorgängig soll die Eintragung in das Register geschehen.

Alle Zahlengegenstände in den Quittungen und Anweisungen sind mit Buchstaben auszubrücken.

Die deponirten Summen sind mit nächster Post, und wenn der Gegenstand über 10 Rthlr. beträgt, sofort und ohne Aufenthalt an diejenige Accise-Receptur oder dasjenige Grenzpaß-Amt abzuschicken, wo die Verrechnung oder Zurückzahlung geschieht. Die von letztern vorläufig ertheilten Quittungen sind einstweilen als Beläge des Registers zu verwahren. Nach der Auslösung der gedachten Bescheinigungen durch Anrechnung oder Zurückzahlung sind solche — im erstern Falle mit einem auf die Nummer im Register, wodurch die Verrechnung geschehen, verweisenden Atteste des Accise-Einnehmers — im letztern mit einer Quittung des Deponenten versehen, an das ausstellende Grenzpaß-Amt zurück zu senden und den vorhin gedachten Belägen hinzuzufügen, nachdem im Register mit den Worten:

verrechnet zu

sub No.

oder:

zur Niederlage sub No.

des Registers.

oder endlich:

refundirt auf dem Ausgangspasse zu

sub No.

die Erledigung des Gegenstandes in der Rubrik „Bemerkungen“ bemerkt ist.

§. 4. Wenn der Waarenführer die Gegenstände als einer Accise-Abgabe nicht unterworfen angiebt, oder sich über deren Qualität überall nicht erklärt und Frachtbriefe und Adressen nicht bei sich zu führen vorgiebt, jedoch die Richtigkeit seiner Angaben den Umständen nach Zweifel erregt, so hat der Grenzpaß-Beamte entweder selbst eine Untersuchung über den Inhalt der Ballen und Gefäße anzustellen, oder aber, falls solches

Accise, Rescripte.

schwierig sein sollte, den Waarentransport durch einen sichern Boten bis zur nächsten Accisebehörde verfolgen, daselbst anhalten und zur Revision vorführen zu lassen.

Wenn die Ladung offen vorliegt, z. B. Heu, Stroh, Holz und dergl., so ist zu untersuchen, ob nicht accisbare Gegenstände darunter verborgen sind, wobei den Umständen nach ein Visitirstab in Anwendung zu bringen ist.

Entdeckt der Grenzpaß-Beamte eine Accise-Contravention, so hat derselbe allenfalls mit Zuziehung der Ortsbehörde die Waaren und Transportmittel anzuhalten und sich entweder die defraudirte Steuer, so wie die verwirkte Strafe baar deponiren zu lassen, und ein Protocoll aufzunehmen, in welchem der Vorfall ausführlich erzählt und der vorläufigen Deponirung der Steuer und Strafe erwähnt wird, oder aber den nächsten Accise-Aufscher sofort zu benachrichtigen, welcher sodann wegen der Constatirung der Contravention und Sicherung der Staats-Casse das Nöthige zu besorgen, auch die etwanige gerichtliche Beschlagnahme der Waaren und Transportmittel zu veranlassen hat.

Dem Accise-Inspector wird im beiden Fällen möglichst bald von dem Vorgange Nachricht gegeben, und bleibt demselben sodann die weitere Verfolgung der Sache — seinen Instructionen — gemäß überlassen.

Die etwa baar deponirten Summen werden der betreffenden Kreis-Casse zur Verwahrung eingesandt, und ist dem Accise-Inspector davon zugleich Nachricht zu geben.

§. 5. Von den auf den Grenzpaß-Ämtern geschehenen Declarationen werden zur Benachrichtigung der betreffenden inländischen Accise-Recepturen oder der Ausgangspässe mit nächster Gelegenheit und binnen möglichst kurzer Frist dem Accise-Inspector nach dem Schema F. Benachrichtigungen zugesandt. — Es bleibt dem Accise-Inspector überlassen, den Local-Verhältnissen gemäß, für jedes Grenzpaß-Amt die Zeit zu bestimmen, binnen welcher diese Zusendung an ihn geschehen soll. Doch soll die Benachrichtigung nicht volle 8 Tage unterbleiben, damit der Accise-Inspector im Stande ist, die inländischen Recepturen oder die Ausgangspässe so zeitig weiter zu benachrichtigen, daß im Falle einer etwa nöthigen Verfolgung der Contraventionen, solches durch Länge der Zeit nicht zu schwierig oder unmöglich ist.

Rücksichtlich der für die Städte Braunschweig und Wolfenbüttel declarirten Waaren sind die Benachrichtigungen vom Grenzpaße sofort direct an die h. Packhaus-Zoll- und Accise-Commission zu Braunschweig und resp. die Packhof-Behörde zu Wolfenbüttel abzusenden, und sollen solche ausnahmsweise und der größern Beschleunigung halber nicht durch die Hände des Accise-Inspectors gehen.

Die von den Accise-Inspectoren zu ertheilenden Benachrichtigungen bleiben bei den betreffenden Accise-Recepturen oder den Ausgangspässen, wo die Waare versteuert oder ausgegangen ist, als Beläge der Register; die Eingangs-Declarationen aber gehen auf dem gewöhnlichen Wege mit der Post an das Grenzpaß-Amt, welches sie ausgestellt hat, mit der Bescheinigung des Ausgangs oder der Versteuerung versehen, zurück und dienen zum Belage des Eingangs-Registers.

Accise, Rescripte.

9

§. 6. Wenn Waaren im Lande versandt werden, und dabei aus getrennten Landestheilen mit Passirscheinen über den Grenzpaß eingehen, so hat der Paß-Beamte sich den Passirschein vorzeigen zu lassen und den Inhalt mit der Ladung zu vergleichen. Mit besonderer Sorgfalt ist diese Vergleichung bei Transporten geistiger Getränke vorzunehmen, und dahin zu sehen, daß Zapfen und Spunt mit rothem Lacke gehörig versiegelt und die Siegel unverletzt sind. Ergeben sich Umstände, die eine Contravention wahrscheinlich machen, so ist die Revision zu schärfen und sobald den Bestimmungen des §. 4. gemäß zu verfahren. Der aus Braunschweig versandte Wein ist bis auf Weiteres von der vorschristmäßigen Versiegelung ausgeschlossen.

§. 7. Die ordinären Posten dürfen nicht angehalten werden. Mit Extrapost und anderm Fuhrwerke Reisende sind jedoch nach den etwa bei sich führenden steuerpflichtigen Waaren zu befragen, im Falle sie dergleichen bei sich zu führen aber verneinen und gegen die Wahrheit dieses Anführens nicht sehr bringende Verdachtsgründe obwalten sollten, ohne weitem Aufenthalt passieren zu lassen.

§. 8. Die Ertheilung der Eingangs-Declarationsscheine und anderer in den Dienst einschlagender Bescheinigungen geschieht unentgeltlich; die Grenzpaß-Beamten haben alle in Dienstsachen ergehenden Anfragen pünktlich zu beantworten und sich dabei ihrer Dienstsigel zu bedienen, in welchen Fällen die von ihnen ausgehenden Briefe, Paquete und Gelder Portofreiheit genießen, jedoch sind die Briefe auf dem Couverte gehörig zu contrasigniren.

§. 9. Die Grenzpaß-Beamten erhalten alle zu ihrer Dienstführung erforderlichen Formulare durch den Accise-Inspector geliefert.

Es ist darüber förmlich Rechnung abzulegen, und insbesondere der Verbrauch der Formulare zu den Eingangs-Declarationen (Schema B. C. D. E.) speciell nachzuweisen. Zufällig unbrauchbar gewordene Exemplare sind so lange im Bestande zu führen, bis ihr Absatz und die Rücklieferung erfolgt ist.

Alle Gelbberechnungen der Grenzpaß-Beamten geschehen in Conventions-Münze.

§. 10. Da die Herzoglich Braunschweigischen oder Königlich Hannoverschen Hütten- und Berg-Producte einer Verbrauchs-Abgabe in hiesigen Landen nicht unterliegen, so bedarf es der Declaration nicht; jedoch haben die Waarenführer die Ursprungsqualität mittelst der vorgeschriebenen Atteste nachzuweisen, widrigenfalls die rücksichtlich der steuerpflichtigen Waaren bestehenden Vorschriften in Anwendung zu bringen sind.

§. 11. Wenn Waaren über den Grenzpaß ausgeführt werden, so hat der Grenzpaß-Beamte den Waarenführer anzuhalten und ihm die Eingangs-Declarationen oder den Passirschein, oder aber, insofern die Fracht aus Lagergütern von den Packhöfen zu Braunschweig und Wolfenbüttel besteht, den Laderschein, welcher nach Schema H. ertheilt werden wird, abzufordern.

Sind die Waaren der Accise-Abgabe unterworfen und ohne Bescheinigung transportirt, so findet die Bestimmung des §. 22. der Allerhöchsten Verordnung vom 10. März

Bege Repert. II. Thl.

2

Accise, Rescripte.

d. J. ihre Anwendung. Es ist sodann die Waare anzuhalten und der Führer zur freiwilligen Erlegung der Accise und Strafe aufzufordern. Im Falle der Weigerung ist nach §. 4. dieser Instruction zu verfahren.

Legitimirt sich hingegen der Waarenführer durch Vorzeigung der Eingangs-Declaration, oder des Passir- und Ladescheins, und ergiebt eine Vergleichung die Richtigkeit der Ladung, so ist solche passiren zu lassen, und attestirt der Grenzpaß-Beamte sodann den Ausgang unter dem Begleitscheine, welcher, wenn solches eine Eingangs-Declaration oder ein Ladeschein der Packhöfe ist, dem §. 5. gemäß an den Aussteller zurückgeht, wenn es aber ein Passirschein ist, binnen 8 Tagen nach der Abgabe an den Accise-Inspector eingeliefert wird.

Producirt der Waarenführer eine Anweisung des Eingangspasses zur Zurückzahlung der beim Eingange der Waare deponirten Accise, so zahlt der Grenzpaß-Beamte die deponirte Summe, nachdem er die Ladung verglichen und sich von der Identität der Anweisung und von der Unverfälschtheit der ausgedrückten Summe überzeugt hat, letztere zurück, läßt von dem Empfänger darüber unter der Anweisung quittiren, und sendet diese Quittung, nachdem ihm vom Eingangspasse die deponirte Summe übermacht ist, an dasselbe ab.

Ueber alles dieses führt der Grenzpaß-Beamte ein sogenanntes Ausgangs-Registrier nach dem Schema G. Es sind darin die passirten Ladungen nach den Rubriken aufzuführen, über etwa zurückgezahlte Deponate Notizen zu machen, und nach ihrer Erledigung Bemerkungen darüber, so wie über die Erstattungen und Absendung der Quittungen hinzuzufügen.

§. 12. Die auf Anweisung eines Grenzpaß-Amtes bei Ausfuhr geistiger Getränke refundirten, oder bei der Berechnung der Accise für solche Gegenstände in Anrechnung gebrachten Summen müssen binnen 10 Tagen von der Ausstellung angerechnet, von dem Anweiser erstattet sein. Entgegenstehenden Falles haben die Grenzpaß-Beamten und Accise-Einnehmer sofort davon dem Accise-Inspector Anzeige zu machen, daß die Erstattung unterblieben sei, damit bei dem Paß-Beamten, welcher die Anweisung erteilt hat, Nachforschungen angestellt werden können.

Der Paß-Beamte, welcher diese Frist der Anzeige versäumt, wird Gläubiger des Anweisers und hat im Falle der Zahlungsunfähigkeit desselben keine Vergütung aus der Landes-Casse zu erwarten.

Werden dagegen deponirte Summen an die Grenzpaß-Ämter und Accise-Recepturen zur Rückzahlung oder Anrechnung gezahlt, nach Ablaufe von 14 Tagen, vom Eintreffen des Deponats angerechnet, aber daselbst entweder beim Wiederausgange nicht abgefordert oder keine Waaren zur Versteuerung vorgeführt, so sind diese Deponate als verfallen anzusehen. Das betreffende Grenzpaß-Amt liefert das verwahrte Deponat sodann der nächsten Accise-Receptur zur Verrechnung ab, und verfährt mit der erteilten Quittung wie im §. 11. vorgeschrieben; die Accise-Receptur aber verrechnet die Accise in sol-

hen Fällen ohne Weiteres, und ertheilt dem Grenzpaß=Amte, wo die ursprüngliche Deposition geschehen, Quittung. Diese Quittungen vertreten sodann die Stelle der nicht zurückgekommenen, im §. 3. vorgeschriebenen Zahlungs=Anweisungen.

§. 13. Wenn geistige Getränke behuf Erlangung der gesetzlichen Accise=Vergütung über die Grenzpaß=Ämter ausgeführt werden, so haben die Paß=Beamten die Ladungen genau mit den Passirscheinen zu vergleichen, die mit schwarzem Siegellack den Gefäßen aufgedruckten Dienstsiegel genau zu untersuchen, letztere abzunehmen und auf dem Passirscheine den Ausgang zu bemerken. Gehen die Ladungen in getrennte Landestheile, so ist nach Vergleichung der Ladung der Durchgang zu attestiren, und der Passirschein dem Waarenführer, nachdem davon die nöthige Eintragung gemacht worden, zu lassen.

Rücksichtlich der Versiegelung des aus Braunschweig zu versendenden Weins wird die Bestimmung ad §. 6. wiederholt.

§. 14. Alle Gegenstände, welche, als zum Durchgange declarirt, von den Packhöfen zu Braunschweig und Wolfenbüttel, oder von Weinhandlern und Brantweinbrennern gegen Erstattung der Accise, ins Ausland versandt werden, haben die Grenzpaß=Beamten hauptsächlich zu beachten, und ob davon nicht etwa vor Ankunft auf dem Grenzpaße Abladungen Statt gefunden haben, durch sorgfältige Revision zu ermitteln und bei Gegenständen von einiger Bedeutung, insbesondere aber bei verdächtigen Personen, die Waare eine Zeitlang verfolgen und darauf achten zu lassen, daß sie wirklich ins Ausland transportirt werde.

§. 15. Wenn Waaren, welche zum Durchgange declarirt worden, im Lande abgeladen und zur Besteuerung angemeldet werden, so ist auf die desfallige Benachrichtigungen von der betreffenden Accise=Receptur solches im Ausgangs=Register zu bemerken, die Eingangs=Declaration aber mit dem behüfigen Atteste an dasjenige Grenzpaß=Amt zurückzusenden, über welches die Waare eingeführt ist.

§. 16. Wenn Waaren zum Ausgange bestimmt sind und dabei über einen Grenzpaß gehen, welcher nicht als Ausgangspass anzusehen ist, welches insbesondere nur beim Ausgange über getrennte Landestheile Statt finden wird, so hat der Grenzpaß=Beamte unter dem Begleitscheine zu attestiren:

passirt durch	
zum Ausgange in	
am ten	18
Morgens }	Uhr
Abends }	

und im Register den Durchgang zu bemerken, in der Rubrik „Bemerkungen“ aber anzuführen:

passirt durch nach

§. 17. Sämmtliche Register sind am 31sten März, 30sten Juni, 30sten September und 31sten December jeden Jahrs abzuschließen, und binnen 14 Tagen nach

dem Ablaufe dieser quartaligen Termine, vom Grenzpaß-Beamten folgendermaßen unterzeichnet:

Abgeschlossen am

Der Grenzpaß-Beamte

N. N.

samt sämmtlichen dazu gehörigen Belägen an den betreffenden Accise-Inspector abzusenden.

Im Falle der eine oder andere Posten bis dahin seine Erledigung noch nicht erhalten haben sollte, ist solches in der Rubrik „Bemerkungen“ anzuführen, die Absendung des Registers aber danach weiter nicht aufzuhalten. Kommen nach der Absendung des Registers gefehlt habende Abfertigungen und andere Beläge zurück, so sind sie sofort nachzuliefern.

§. 18. Da die Thoreinnehmer zu Braunschweig und Wolfenbüttel, rücksichtlich der daselbst eintreffenden Waaren, als Grenzpaß-Beamte anzusehen sind, so haben dieselben rücksichtlich der auf den Grenzpaß-Ämtern bereits declarirten und folglich mit der Eingang-Declaration versehenen Waaren dafür zu sorgen, daß solche direct nach dem Packhofe transportirt werden. Der Begleitschein ist ins Thorregister einzutragen und unter demselben zu bemerken

Passirt ins

Thor zu

am

18

Morgens {
Abends { Uhr

Sind die Waaren bloß der städtischen Accise unterworfen, und hat deshalb eine Declaration auf dem Grenzpaße noch nicht Statt gefunden, so ist solche am Thore zu bewerkstelligen, die Abfertigung nach den Frachtbriefen und den Ergebnissen der angestellten Revision ganz in der Art vorzunehmen, wie solches §. 2. bei den Grenzpaß-Ämtern vorgeschrieben ist.

In beiden Fällen ist dem Fuhrmanne die Route vorzuzeichnen, welche derselbe zum Packhofe zu nehmen hat, wenn eine Begleitung nicht etwa möglich sein sollte. So oft die Umstände es gestatten, und bei obwaltendem Verdachte immer, ist eine Begleitung des Waaren-Transports anzuordnen.

§. 19. Werden an den Thoren Contraventionen entdeckt, so hat der Thoreinnehmer das Vergehen sofort zu constatiren, darüber eine kurze Registratur aufzunehmen, und diese sodann mit dem Waaren-Transporte an die Packhof- Behörde unter Begleitung abgehen zu lassen.

§. 20. Die Thoreinnehmer haben ein genaues Augenmerk darauf zu richten, daß in Saleschen und Korbwagen, auch unter Heu und Stroh verpackt, keine geistige Getränke in die Städte eingeführt werden. Zu dem Ende sind die Visitatoren zu einer genauen Durchsicht, den Umständen nach mittelst des Visitirstabes, anzuweisen, übrigens aber ist darauf zu halten, daß diese Nachsuchungen keinen Aufenthalt der Reisenden veranlassen und nicht in Verationen ausarten.

Accise, Rescripte.

13

S c h e m a A.

H e r z o g t h u m B r a u n s c h w e i g.

G r e n z p a ß - A m t z u N. N.

E i n g a n g s - R e g i s t e r

v o m

1 s t e n O c t o b e r b i s 3 1 s t e n D e c e m b e r 1 8

Accise, Rescripte.

Laufende N ^o	Datum der Anmeldung	Namen und Wohnort des Waarenführers	Art der Transportmittel	Gegenstände des Transpo
	1828.			
1.	October 3.	Fuhrmann Schmalz aus Frankfurt	4spänniger Wagen	5 Dhm Wein
2.	» 4.	Fuhrmann Kepel aus Lüneburg	2spänniger Wagen	6 Faß Zucker
3.	— —	— — —	— —	3 » dito
4.	— —	— — —	— —	1 » dito
5.	» 6.	Einwohner Nordmann aus Thiede	Packen	2 Himten Leinsamen

Accise, Rescripte.

15

Bezeichnung des Bestimmungsorts und der inländischen Empfänger oder des Ausgangs-Passes	Vorgeschriebene Route	Betrag der deponirten Accise von geistigen Getränken			Daß Deponat ist abgesandt		Bemerkungen.
		Nähr. Gzr Pf.			an	Dat.	
Packhof zu Braunschweig	grade Straße über N. N.	33	8	—	den Packhof in Braunschweig	1828. Decbr. 4.	verrechnet zu Braunschwe. sub No. 80 (oder) zur Niedertage sub No. des Registers.
desgl.	grade Straße über N. N.	—	—	—	— —	—	(aus Belag 2. verrechnet zu Braunschweig sub No. 93.
Kaufmann N. N. in N.	grade Straße über Braunschweig	—	—	—	— —	—	verrechnet zu Schöppen- stedt sub No. 7.
zum Ausgange über Terzheim	grade Straße über Braunschweig, Schöppenstedt	—	—	—	— —	—	auspassirt zu Terzheim sub No. 13.
selbst	— —	—	—	—	— —	—	verrechnet zu Woffen- büttel sub No. 8.

Herzogthum Braunschweig.

Eingang=Declaration.

Grenzpaß zu

Der
aus
aufWagen mit
Karren mit
beladenen Pferden
dem RückenPferden
Pferden

fährt ein

nachbenannte Gegenstände:

R ü c k s e i t e.

Präsentirt zu

und die Ladung nach der Eingangs-
Declaration richtig befunden.

am

18

No. des Re- gistres	Anzahl der Collis	Waaren- Gegen- stand	Gewicht Ctnr.	wohin	Namen des Empfängers
1.					
2.					
3.					
10.					

Der Eingangszoll ist erlegt mit Thalern
Gutegroschen Pfenningen
und im Zollregister verrechnet sub Nro.

Der Inhaber dieser Eingang=Declaration hat sich auf der
Straße von hier über zu halten, und die Ein-
gangs=Declaration selbst an

zu abzugeben, widrigenfalls derselbe
nach §. 16. der Landesherrlichen Verordnung vom 10. März
1828 in die Strafe des 4fachen Betrages der Accise von den
in der Declaration aufgeführten Waaren verfällt.

Grenzpaß=Amt zu am

18 Morgens } Uhr.
Abends }

N. N.

Sche-

Accise, Rescripte.

17

S c h e m a C.

Herzogthum Braunschweig.

E i n g a n g s - D e c l a r a t i o n.

Grenzpaß zu

Der
aus
auf

Wagen mit
Karren mit
beladenen Pferden
dem Rücken

Pferden
Pferden

führt ein

nachbenannte Gegenstände

{ zum Wiederausgange
{ zur Niederlegung auf
{ über den Grenzpaß zu
{ dem Packhofs zu

R ü c k s e i t e.

Präsentirt auf dem Ausgangspasse zu
am 18

Uhr und nach Richtigbefinden der
Ladung auspassirt.

Grenzpaß-Amt zu

N. N.

Nro. des Zoll- Registers.	Anzahl der Collis	Waaren- Gegenstand	Gewicht Centner.	Bestimmungs- ort
Der Eingangszoll ist erlegt mit Thalern und verrechnet sub Nro. Gute Groschen des Zollregisters. Pfennigen				

Der Ausgangszoll ist mit
Thalern Gute Groschen
Pfennigen berichtigt und sub Nro.
verrechnet.

Der Inhaber dieser Eingangs-Declaration hat sich auf der
Straße von hier über zu halten, und die
Eingangs-Declaration selbst auf dem { Ausgangs-Passe } zu
{ Packhofs } abzugeben, bei Vermeidung der im
§. 16. der Landesherrlichen Verordnung vom 10. März 1828
bestimmten Strafe des 4fachen Betrages der Accise von den
in der Declaration aufgeführten Waaren.

Grenzpaß-Amt zu am
18 Morgens { Uhr.
Abends }

N. N.

Bege Repert. II. Thl.

Herzogthum Braunschweig.

Eingangs-Declaration.

Grenzpaß zu

Der
aus
aufWagen mit
Karren mit
beladenen Pferden
dem RückenPferden
Pferden

fährt ein

nachbenannte geistige Getränke
zur Niederlegung auf dem Packhose in
zur Versteuerung bei der Receptur zu

R ü c k s e i t e.

Präsentirt zu

am

18

und die deponirte Summe auf die sub
Nro. verrechnete Accise in An-
rechnung gebracht (wegen Niederlegung
der Waare auf dem Packhose refun-
dirt).

am

18

No. des Re- gisters	Anzahl der Gefäße	Bezeichnung der Waare	Namen des Empfängers	Wohnort
Der Eingangszoll ist erlegt mit Thalern Gutegroschen Pfennigen und verrechnet sub Nro. des Zollregisters.				

In Gemäßheit des §. 20. der Verordnung vom 10. März
1828 ist vorbehaltlich der Bestimmung der Accise nach De-
claration und ordnungsmäßiger Revision am Orte der Ab-
dung, die Summe von ThalernGutegroschen Pfennigen
deponirt und bei Einlieferung dieses Scheins dem Empfän-
ger anzurechnen.

Grenzpaß: Amt zu

am

18

Morgens }
Abends }

Uhr.

(Siegel.)

N. N.

Accise, Rescripte.

19

S c h e m a E.

Herzogthum Braunschweig.

Eingangs-Declaration.

Grenzpaß zu

Der
aus
aufWagen mit
Karren mit
beladenen Pferden
dem RückenPferden
Pferden.

führt ein

nachbenannte geistige Getränke zum Wiederausgange auf
dem Grenzpaße zu

No. des Ziters	Anzahl der Gefäße	Bezeichnung der Waare	Bestimmungsort

Der Eingangszoll ist erlegt mit Thalern
und verrechnet sub Nro. Gutegroschen Pfennigen
des Zollregisters.

In Gemäßheit des §. 20. der Verordnung vom 10. März
1828 ist zur Sicherung der inländischen Accise die Summe
von Thalern
Gutegroschen Pfennigen beim Eingange erlegt,
und wird dieselbe nach befundener Richtigkeit der Ladung
am Ausgangspasse zu demjenigen wieder
ausbezahlt werden, welcher sich durch Ablieferung dieses
Scheins und Ausfuhr der in demselben verzeichneten Ge-
fäße dazu legitimirt. Bei nicht declarirter Abladung im
Landes wird die erlegte Summe als verfallen angesehen und
von der verwirkten Strafe nicht im Absatz gebracht.

Grenzpaß-Amt zu

am

18

Morgens
Abends

Uhr.

(Siegel.)

N. N.

R ü c k s e i t e.

Die in vorstehender Eingangs-Declara-
tion als deponirt verzeichnete Summe
ist mit von dem Grenzpaß-Amt zu
mit

Thalern

Gutegroschen

Pfennigen refundirt.

am

18

N. N.

Attestirt durch den Grenzpaß-Beamten
N. N.

Der Ausgangszoll ist mit

Thalern

Gutegroschen

Pfennigen erlegt und sub

Nro.

des Zollregisters verrechnet.

Accise, Rescripte.

S c h e m a F.

Grenzpaß = Amt zu

Vom bis 18 sind auf dem
obbezeichneten Grenzpaß : Amte nachfolgende Waaren zur Einfuhr angemeldet:

Nro. des Ein- gangs-Registers	Datum der Anmel- dung	Namen und Wohnort des Waarenführers	Bezeichnung der Waaren	Bezeichnung des Bestimmungsorts, des inländischen Em- pfängers oder des Ausgangspasses	Betrag der deponirten Accise Rthlr. Sgr. Pf.

Accise, Rescripte.

21

S c h e m a G.

Herzogthum Braunschweig.

Grenzpaß = Amt zu N. N.

Ausgangs = Register

v o m

1ten October bis 31ten December 18

Accise, Rescripte.

Lau- fende Nro.	Datum des Ausgangs	Nro. des Passir- scheins oder der Ein- gangs- Declara- tion	Zeit der Ausstellung	Behörde, welche die Aus- stellung besorgt hat	Bezeichnung der in dem Begleitscheine aufgeführ- ten Waaren
1.	1828. October 3.	17.	1828. October 1.	Grenzpaß-Amt zu Altehausen.	5 Ohm Wein.

Accise, Rescripte.

23

Betrag der auf die producirten Anweisungen refun- dirten Accise.			Die Accise ist von der anweisenden Be- hörde erstattet am	Die eingelösete Zah- lungs-Anweisung ist der ausstellenden Be- hörde zurückgesandt am	Bemerkungen.
Rthlr. Ggr. Pf.					
33	8	—	1828. October 5.	1828. October 6.	

Accise, Rescripte.

S c h e m a H.

Nro. des Registers.

Herzogliches Packhaus
zu

Fuhrmann
aus
ladet angeblich nach

Rückseite.

Auspassirt am Grenzpaß zu
am

Der Grenzpaß-Beamte
N. N.

zum Ausgange über den Grenzpaß zu

Derselbe ist gehalten, die grade Straße zu fahren, und diesen Ladeschein bei Strafe der Erlegung der einfachen Accise für die geladenen Waaren, dem §. 23. der Verordnung vom 10. März 1828 gemäß, auf dem obbezeichneten Grenzpaße abzugeben.

Braunschweig am

Be-

Bekanntmachung k. Str. E. v. 2. September 1828.

Demnach behuf Ausführung der mit dem 1sten k. M. in Kraft tretenden Allerhöchsten Verordnung vom 10ten März d. J. die Erhebung der Accise betref., für erforderlich erachtet worden, die nach §. 1. anzulegenden Grenzpaß-Ämter in nachfolgenden Ortschaften, als 1) zum Wendenthurme bei Wenden, 2) zum Steinhofe bei Watenbüttel, 3) zu Gierße, 4) zu Bettmar, 5) zu Delber am weißen Wege, 6) zu Lobmachtersen, 7) zum Bungenstedter-Thurme bei Halchter, 8) zu Achim, 9) zu Hessen, 10) zu Ferzheim, 11) zu Lehre, 12) zu Worsfelde, 13) zu Libbische, 14) zu Ahnebeck, 15) zu Wahrstedt, 16) zu Helmstedt vor dem Magdeburger- (Pfer-) Thore beim Kloster St. Ludgeri, 17) auf dem Fährthurme vor Schöningen, 18) vor dem neuen Thore vor Blankenburg, 19) zu Heimbürg, 20) zu Börneke, 21) zu Zimmerode, 22) zu Zorge, 23) zu Walkenried, 24) zu Braunlage, 25) zu Langelsheim, 26) zu Lutter am Barenberge, 27) zu Klein-Mühden, 28) zu Gehrenrode, 29) zur Gittelber Leichhütte, 30) zu Badenshausen, 31) zu Iddehausen, 22) zu Osterbruch, 33) beim Braunsen Krüge zu Mühlenbeck, 34) beim stumpfen Thurm ohnweit der Karlishütte, 35) zu Meinbrexen, 36) zu Holzminden, 37) zu Linse, 38) zu Hayen und 39) zu Bisperode, einzurichten: so wird solches in Gemäßheit eines Allerhöchsten Rescripts vom 28. v. M. hiedurch zur öffentlichen Kenntniß des Publicums gebracht.

(Br. Anz. 1828. Nr. 76.)

Resc. k. Str. E. v. 14. September 1828.

Wegen Ausführung der Verordn. vom 10. März d. J., die Erhebung der Accise betr., sind die Grenzpaß-Beamten, die Accise-Einnehmer und die Steuer-Auffeher mit be-
hufiger Instruction versehen, von welcher den Gerichten ein Exemplar zugestellt wird, um
selbige bei etwa vorkommenden Untersuchungen wegen Dienstvergehen dieser Officianten ge-
brauchen zu können.

Instruction des k. Str. E. für die Accise-Einnehmer vom
14. September 1828.

§. 1. Die Accise-Einnehmer haben sich nach den Landesherrlichen Verordnungen, den Vorschriften ihrer Instructionen und den Anordnungen der Accise-Inspectoren, welche
letztere sie in Dienstsachen als ihre nächsten Vorgesetzten anzusehen haben, zu richten.

Sie haben den Accise-Inspectoren mit gebührender Achtung zu begegnen, mit den
Grenzpaß-Beamten und Steuer-Auffsehern in gutem Einverständnisse zu leben, gegen die
Steuerpflichtigen aber ein anständiges, leutseliges Betragen anzunehmen, alle Härte und
Bedrückungen zu vermeiden und sich selbst und dem Dienste dadurch Achtung zu verschaffen.

Ihre Dienstregister haben sie pflichtmäßig zu führen, dabei auf Reinlichkeit zu halten,
Rasuren zu vermeiden und in den Dienstgeschäften die gehörige Ordnung zu beobachten.

Sind Abänderungen in dem Register, wozu nach den bisherigen Mustern die For-
mulare geliefert werden sollen, nothwendig, so sind solche mittelst Ausstreichens zu bewerk-
stelligen, und ist dabei zu bemerken, warum die Abänderung geschehen.

Bege Rescript. II. Zhl.

4

Accise, Rescripte.

Die Steuer-Berechnungen geschehen in Conventions-Münze; die Ausfertigung der Quittung folgt der Berechnung und Eintragung in die Register.

Die Accise-Einnehmer sollen keine Gefälle erheben, welche nicht zuvor in die Heberegister getragen sind.

Die Ablieferungen an die Kreis-Casse geschehen bei den bedeutenderen Recepturen allemal, wenn ein Vorrath von 50 Rthlrn. vorhanden ist; bei den geringeren dagegen monatlich.

Alle Ablieferungen aus dem abgelaufenen Monate sollen bis zum dritten des nächsten Monats geschehen sein. Reste sind demnach überall nicht zu dulden.

Bei der Ablieferung wird ein Ablieferungsschein nach Schema A. ausgestellt, die Quittung bleibt als Belag beim Register.

Die Register werden zwar monatlich abgeschlossen, um die Summe der abzuliefernden Einnahme zu ermitteln, woran sodann die Remise in Absatz gebracht wird. Jedes Register aber wird auf die Dauer von 3 Monaten angelegt, und in den Quartalen, und zwar am 31sten März, 30sten Juni, 30sten September und 31sten December jeden Jahrs, mit folgendem Abschlusse versehen:

Abgeschlossen am ten 18

Der Accise-Einnehmer
N. N.

an den Accise-Inspector des Districts abgeliefert.

Die aus einer Revision der Register sich ergebenden Defecte sind von dem Accise-Einnehmer zu ersetzen; an den irrig mehr berechneten und gezahlten Summen haben dieselben dagegen keinen Anspruch; diese sollen den Einzählern zurückerstattet, und im Falle diese nicht zu ermitteln sein sollten, der Casse berechnet werden.

Bei den Recepturen auf dem Lande sind keine Expeditionsstunden bestimmt; doch sollen, eilige Fälle ausgenommen, die vor Sonnenaufgang oder nach Sonnenuntergang sich etwa meldenden Steuerzahler bis zum Eintritte der Tageszeit zurückgewiesen werden.

Da, wo Expeditionsstunden eingeführt und die Pflichtigen daran gewöhnt sind, hat es dabei sein Verbleiben.

§. 2. Die Berechnung der Steuer geschieht nach Maßgabe des Tarifs auf den Grund der Declarationen der Pflichtigen. Den Waarenführern sind daher, im Falle die Receptur für Accise von ausländischen Gegenständen besteht, die Eingangs-Declarationen abzufordern, oder die von den Empfängern zu machenden Declarationen damit zu vergleichen.

Sodann hat sich der Accise-Einnehmer, wenn nicht etwa ein Steuer-Auffeher im Orte anwesend, in welchem Falle diesem das Revisions-Geschäft in der Regel übertragen ist, an Ort und Stelle, wo die Waare sich befindet, zu verfügen und eine Vergleichung der Declarationen mit den Waaren vorzunehmen; ist die Ladung in Ordnung, so gestattet er die Abladung der Waare.

Accise, Rescripte

27

Hiernächst schreitet er zur Berechnung der Steuer. Bei eintretenden Verdachtsgründen, oder wenn andere Umstände es nöthig machen sollten, steht dem Accise-Einnehmer die Befugniß zu, die Collis und Gefäße öffnen zu lassen, um die Richtigkeit der Declarationen weiter zu prüfen; findet sich dabei nichts zu erinnern, so macht er die Eintragung ins Register und stellt die Steuer-Quittung aus.

Nicht weniger ist bei diesen Revisionen auch darauf zu halten, daß die Zollabgabe von den eingegangenen Waaren gehörig entrichtet ist.

Bei entdeckten Defraudationen der einen oder der andern Art hat der Accise-Einnehmer die Defraude zu constataren und den nächsten Steuer-Aufsesser zu benachrichtigen, bei dessen Erscheinen demselben auch die weiteren Maßnahmen zu überlassen. Sollte aber ein Steuer-Aufsesser nicht sogleich anzutreffen sein, so hat der Accise-Einnehmer allensfalls mit Zuziehung der Ortsbehörde die Beschlagnahme der Waaren zu verfügen, über den Vorfall ein Protocoll aufzunehmen, und solches dem Accise-Inspector sofort einzusenden.

Ueberhaupt hat der Accise-Einnehmer in solchen Fällen alles zu beobachten, was in dieser Rücksicht den Steuer-Aufsessern in ihrer Instruction vorgeschrieben ist.

Die nach den von den Waarenführern oder Empfängern etwa producirten Quittungen der Grenzpaß-Ämter über Accise-Depositionen wegen geistiger Getränke erlegten Summen sind bei der Steuer-Berechnung anzurechnen, wozegen solche den Accise-Recepturen von den Grenzpaßämtern werden zugesandt werden.

Die auf Anweisungen eines Grenzpaß-Ämtes in Anrechnung gebrachten Summen müssen binnen 10 Tagen, von der Ausstellung angerechnet, von dem Anweiser erstattet sein. Entgegenstehenden Falls haben die Accise-Einnehmer sofort dem Accise-Inspector Anzeige davon zu machen, daß die Erstattung unterblieben sei, damit bei dem Grenzpaß-Beamten, welcher die Anweisung erteilt hat, Nachforschungen angestellt werden können.

Der Accise-Einnehmer, welcher diese Frist der Anzeige versäumt, wird Gläubiger des Anweisers, und hat im Falle der Zahlungs-Unfähigkeit desselben, keine Vergütung aus der Landes-Casse zu erwarten. Gehen dagegen deponirte Summen bei dem Accise-Einnehmer ein, ohne daß die betreffenden Waaren vorgeführt werden, und ist seit der Deposition ein Zeitraum von 14 Tagen verstrichen, so geschieht die Verrechnung ohne Weiteres.

In allen Fällen, die Verrechnung mag auf ordnungsmäßige Declaration, durch Anrechnung oder durch Löschung einer deponirten Summe für nicht zur Besteuerung angemeldete Waaren geschehen sein, werden die Eingangs-Declarationen resp. Benachrichtigungen mit der vorschriftsmäßigen Quittung versehen und an die ausstellenden Grenzpaß-Ämter zurückgesandt.

§. 3. Die von den Accise-Inspectoren den Accise-Recepturen zugehenden Benachrichtigungen über die auf den Grenzpaßämtern für den Ort oder Bezirk der Receptur angemeldeten steuerpflichtigen Waaren sind bei den Verrechnungen gleichfalls zum Grunde

Accise, Rescripte.

zu legen. Insbesondere ist danach zu ermitteln, ob und welche Waaren über den Grenzpaß eingeführt, aber zur Versteuerung nicht declarirt sind. Die Steuer=Aufseher haben behuf ihrer Revisionen aus diesen Benachrichtigungen Notizen zu entnehmen; sie sind denselben, wie alle Dienstregister der Accise=Einnehmer, zu dem Ende zu allen Zeiten und so oft sie es verlangen, vorzulegen. Bei den nöthig werdenden Ausmittelungen haben die Accise=Einnehmer thätig die Hand zu bieten, und sich überhaupt alles angelegen sein zu lassen, was in dieser Beziehung die Controle nothwendig macht.

Den Accise=Einnehmern in den Grenzörtern soll auch zustehen, die in §. 9. der Verordn. vom 10. März d. J., die Erhebung der Accise betr., nachgelassenen Erlaubnißscheine zu Einbringung accisepflichtiger Waaren auf Nebenwegen auszustellen, und darüber ein Register zu führen, was die geschehenen Ausstellungen nachweist. Sie sollen sich dabei nach den Vorschriften des §. 5. der Instruction für die Steuer=Aufseher richten, auch der daselbst sub B. et C. gegebenen Formulare sich bedienen.

Die Accise=Inspectoren haben jedoch nach Maßgabe der ihnen von hieraus werdenden Instructionen zu bestimmen, welchen Ortschaften dergleichen Einbringungen auf Nebenwegen überhaupt zu gestatten sind.

§. 4. Rücksichtlich der im Lande zu versendenden und bereits versteuerten Waaren haben die Accise=Einnehmer die Passirscheine, nach Maßgabe der dieserhalb erlassenen besondern Vorschriften, wie bisher zu ertheilen. In Braunschweig und Wolfenbüttel soll jedoch wegen des aufs Land zu verkaufenden Biers, auch in Braunschweig wegen des im Lande zu versendenden Weins, die Ausstellung der Passirscheine den Brauern und resp. Weinhändlern überlassen, und denselben nach einem von den Accise=Behörden einzurichtenden Register behufige Formulare in blanco übergeben werden.

Die auf den Accise=Recepturen abzugebenden Passirscheine gehen an die Aussteller, wenn solches Behörden sind, sofort zurück. Die von Privatpersonen ausgestellten Scheine werden den Accise=Recepturen des Orts, wo der Aussteller wohnt, mit zugesandt.

Ueber die Ertheilung der Passirscheine ist ein Register in der bisherigen Art zu führen.

Wird Brantwein im Inlande versandt, so ist in Abwesenheit des Steuer=Aufsehers der Accise=Einnehmer verpflichtet, denselben zu versiegeln. Die Versiegelung geschieht, nachdem der Accise=Einnehmer von der Richtigkeit der Fällung sich überzeugt hat, mittelst Aufsteckens eines über das Spunt- und Zapf-Loch gezogenen Bindfadens mit rothem Lacke, wobei das Dienstsigel anzuwenden ist.

Bei dem ins Ausland zu versendenden Brantweine wird eben so verfahren, nur sind die Versiegelungen mit schwarzem Lacke vorzunehmen.

Dabei sind die Exportationscheine auf Erfordern auszustellen, und in dem darüber nach der bisherigen Form zu führenden Register zu notiren.

Für die Ausstellung der Passir- und Exportationscheine soll den Accise=Einnehmern eine Gebühr von vier Pfennigen pro Stück zu nehmen gestattet und ihnen für

ihre Mühwaltung zugebilligt sein. Außerdem sind sie Accidenzien zu nehmen überall nicht befugt.

Wenn Waaren mit Passirscheinen im Orte oder Bezirke der Receptur eintreffen, so sind solche durch den Accise-Einnehmer oder Steuer-Aufseher zu revidiren, die Passirscheine in das zu dem Behuf, wie bisher, zu führende Register einzutragen, der Eingang unter den Scheinen zu notiren, und mit letzteren, wie vorgedacht, zu verfahren. Auch soll dem Fuhrmanne, auf Verlangen, über die Ablieferung des Passirscheins eine Bescheinigung ertheilt werden.

Finden sich bei der Revision der Waaren Unrichtigkeiten, so ist, wie bei entdeckten Conventionen im §. 2. vorgeschrieben, zu verfahren, und den Umständen nach der betreffende Steuer-Aufseher, demnächst aber der Accise-Inspector zu benachrichtigen.

Da die Passirscheine, welche, in Ermangelung einer Accise-Receptur im Orte, an den Ortsvorsteher abgegeben werden müssen, daselbst von den Steuer-Aufsehern abzufordern sind, damit solche in die Register der Accise-Receptur des Bezirks eingetragen werden, so haben die Accise-Einnehmer diese Eintragungen pflichtmäßig zu beschaffen, auch den Waaren-Eingang zu bescheinigen.

Da auch diejenigen ins Ausland zu versendenden Waaren, welche im Lande versteuert sind, mit Passirscheinen begleitet sein müssen, so haben die Accise-Einnehmer auch diese Scheine auf gemachte Anforderung auszustellen.

Werden Waaren, welche zum Durchgange declarirt sind, im Lande abgeladen, jedoch gehörig versteuert, so ist nicht allein der Eingangs-Paß durch Rücksendung der Eingangs-Declaration zur Vervollständigung seiner Register in Stand zu setzen, sondern auch der bezeichnete Ausgangs-Paß von der Abladung und Versteuerung zu benachrichtigen.

Gleiche Benachrichtigungen finden Statt, wenn von den eingeführten Waaren, vorkommender Umstände halber, ein Theil im Lande abgeladen und zur Versteuerung declarirt wird.

§. 5. Die Erhebung der Brau-Accise betr., wird Folgendes bestimmt:

Die Accise-Einnehmer haben von den bei ihnen gemachten Brau-Declarationen die Steuer-Aufseher sofort zu benachrichtigen, damit dieselben sich einrichten können, zur bestimmten Stunde dem Einmischen beizuwohnen.

Sind die Steuer-Aufseher im Orte nicht anwesend, und würde die Benachrichtigung durch expresse Boten daher Kosten veranlassen, wobei die Ankunft des Steuer-Aufsehers, der Entfernung wegen, immer ungewiß bliebe, oder sind die Steuer-Aufseher durch andere Dienstgeschäfte am Erscheinen behindert, so sind die Accise-Einnehmer verpflichtet, die Steuer-Aufseher bei diesem Geschäft alle Mal zu vertreten. Dieselben haben sich dabei nach den, in der den Steuer-Aufsehern ertheilten Instruction diesfalls enthaltenen Vorschriften zu richten.

In den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel, so wie in denjenigen Landstäd-

Accise, Rescripte.

ten, wo die Geschäfte der Accise-Receptoren bedeutender und Steuer-Aufsesser wohnhaft sind, sollen aber die Steuer-Aufsesser ausschließlich dem Geschäfte des Einmalkschens in den Brauereien beiwohnen.

Gleichfalls sind die Accise-Einnehmer verpflichtet, unvermuthet Revisionen in den Brauereien anzustellen, und über die Ergebnisse den Steuer-Aufsessern Nachricht zu ertheilen.

Die Declarationen sollen nach dem Schema B. geschehen, und Formulare davon den Accise-Einnehmern zur Auskhändigung an die Brauer durch die Accise-Inspectoren zu gefertigt werden.

Werden Versiegelungen außer Gebrauch befindlicher Gefäße nöthig, so sollen solche zwar regelmäßig durch die Steuer-Aufsesser geschehen; doch sollen dazu in dringenden Fällen auch die Accise-Einnehmer befugt sein.

§. 6. Bei der Erhebung der Maischsteuer ist wie bisher zu verfahren. Die Declarationen werden nach dem bisherigen Formulare bewerkstelligt, die Steuer ist sodann zu berechnen und Quittung darüber zu ertheilen.

Beim Stillstande der Brennerei sind die Blasenhelme in die Wohnung des Accise-Einnehmers abzuliefern; da der Eintritt dieses Stillstandes aus den Declarationen zu entnehmen ist, so ist darauf zu achten, daß die Ablieferung der Helme nicht verspätet geschehe.

Die Accise-Einnehmer sind verpflichtet, die Brennereien, gleich wie die Steuer-Aufsesser, zu revidiren, dabei auf den Betrieb, und daß solcher den Declarationen gemäß geschehe, zu achten, darüber Notizen zu machen und solche den Steuer-Aufsessern zur Vergleichung mitzutheilen, und überhaupt alles zu thun, wodurch Contrabentionen verhindert und erschwert werden.

Bei entdeckten Defraudationen haben die Accise-Einnehmer entweder den Steuer-Aufsessern sofort Nachricht zu geben, oder aber allenfalls mit Zuziehung der Orts-Behörde die Defraude festzustellen, darüber ein Protocoll aufzunehmen, und solches dem Accise-Inspector einzureichen.

§. 7. Rücksichtlich der an den Thoren zu Braunschweig und Wolfenbüttel Statt findenden Accise-Erhebung von Kleinigkeiten, bleibt es lediglich bei der bisherigen Ordnung.

Accise, Rescripte.

31

S c h e m a A.

Extract		Betrag.		
über die				
vom Monate 182 aufgekomenen Ac-				
cise = Gefälle bei der Receptur zu				
		Rthlr.	Ggr.	Pf.
1) An Pfannensteuer vom Bierbrauen				
2) „ Bottichsteuer vom Branntweinbrennen				
3) „ Accise von fremden Gegenständen, als:				
vom Bier				
„ Bieressig				
„ Branntwein				
„ Wein				
„ Weinessig				
„ Arrak und Rumm				
„ Caffee				
„ Zucker, raffinirten				
„ dito, rohen				
„ Sirup				
„ Talg				
„ Leinsaat				
„ Taback, fabricirten				
„ dito in Blättern				
„ Eisen				
„ Kupfer				
„ Glas				
„ Porzellan				
in Summa				
Von vorstehender Einnahme sind dem unterzeichneten Ein-				
nehmer an Antheilen à 6 Procent ausgezahlt worden .				
Bleibt Netto-Einnahme				
den	ten	182		

Accise, Rescripte.

S c h e m a B.

Sch declarire hiermit, daß ich am ten 18 meine Brauerei
in Betrieb zu setzen, und dabei Hinten Malz einzumaischen beabsichtige. Die
Einmaisung wünsche ich um Uhr { Morgens } vorzunehmen.
 den ten 18 { Nachmittags }

N. N.

Das Malzgewicht betrug Pfund.

N. N.

Steuer = Aufseher
(oder)

Accise= Ginnehmer.

Die Steuer mit Rthlr. Ggr. Pf. bezahlt und sub Nro.
des Registers verrechnet.

N. N.

Accise = Finnehmer.

Bekanntmachung L. Str. E. v. 9. Januar 1829.

Da nach Maassgabe der Allerhöchsten Verordn. vom 10. März 1828 die Erhebung der Accise in den hiesigen Landen betr., die den Verbrauchsabgaben unterworfenen sämtlichen Handelsartikel und Waarengegenstände, solche mögen zum Handel im Lande oder bloß zum Durchgange bestimmt sein, nur über die eingerichteten Grenzpaß-Ämter eingeführt werden dürfen und daselbst unter Vorlegung der Frachtbrieife und Begleitscheine zu declariren, dann aber für die von Lüneburg ab für den Helmstedter District und namentlich in die Stadt Helmstedt selbst direct einzuführenden Waaren zu Ahnebeck, Lüdtsche und Worsfelde Grenzpaß-Ämter eingerichtet sind, mithin die Waarenführer ihre Route über eins dieser Grenzpaß-Ämter zu nehmen und die Ladungen daselbst zu declariren und zur Revision vorzuführen haben, widrigenfalls dieselben in eine Ordnungsstrafe zum vierfachen Betrage der Accise von den eingeführten Gegenständen, welche jedoch nicht unter einem Thaler herabsinken kann, verfallen, so wird solches zur Benachrichtigung des Handel- und Frachtfuhrwerk-treibenden Publicums hierdurch besonders bekannt gemacht.

(Wr. Anz. 1829. Nr. 5.)

Bekanntmachung h. R. E. v. 27. Februar 1829.

Nachdem die Tabacksfabrikanten in Braunschweig darüber Beschwerde geführt haben, daß dem §. 9. der landesherrl. Verordn. vom 6. August 1770, dem zufolge der in dem Detailhandel kommende ausländische fabricirte Rauchtaback nicht anders als in Briefen, Packeten und Rollen verhandelt werden soll, und die Briefe und Packete von der Accise-Receptur bei dessen Angabe zur Accise und nach deren Entrichtung mit einem derselben dazu gegebenen Stempel bedruckt, der Kanaster und übrige Rollentaback dagegen an dem zuletzt zu verkaufenden Ende mit einem angehängten Blei versehen werden sollen, ohne diese Merkmale aber der Verkauf des ausländischen Tabacks bei Strafe der Confiscation nicht gestattet werden darf, nicht mehr Folge geleistet werde; auch daß verschiedene Kaufleute den aus dem Auslande eingegangenen Taback zum Verkaufe schneiden lassen, welches Schneiden einen Theil der Tabacksfabrication ausmacht, so ist durch ein hohes Resc. des h. St. M. vom 18. d. M. bestimmt, daß von jetzt an der im Auslande fabricirte Rauchtaback von den zum Tabackshandel berechtigten einheimischen Kaufleuten an die Consumenten nur in den mit dem Accisestempel versehenen Briefen und Packeten oder in plombirten Rollen verkauft werden, auch das Schneiden des ausländischen Tabacks zum Verkaufe ab Seiten der Kaufleute nicht weiter statt finden solle, welches zur Allgemeinen Nachachtung hierdurch bekannt gemacht wird.

(Wr. Anz. 1829. Nr. 20.)

Resc. h. R. E. v. 27. Februar 1829,

worin obige Bekanntmachung den h. Rr. Ämtern, um darauf zu halten, eröffnet wird.

Resc. h. R. E. v. 10. Julius 1829.

Bei dem Mangel an Dienststiegein der Ortsvorsteher ist bisher erforderlich gewesen, daß die Unterschriften derselben auf den Ursprungs-Certificaten über inländische, Bege Repert. II. Zhl.

ins Ausland zu transportirende Eisenfabrikate behuf deren Accisefreiheit von den h. Kr. Aemtern beglaubigt worden sind.

Da indeß vorgekommen ist, daß die Erwirkung und Ertheilung solcher Beglaubigungen, besonders da, wo selbige häufiger vorkommen, den Eisenhändlern und resp. den h. Kr. Aemtern zu einiger Beschwerde gereicht; so hat h. K. E., um beiden Theilen hierunter eine Erleichterung zu gewähren, verfügt, daß

1) behuf der Accise-Freiheit der im ungetrennten Inlande zu versendenden inländischen Eisenfabrikate, die von den Ortsvorstehern darüber durch Ausfüllung der ihnen zu gestellten gedruckten Formulare zu den Ältesten behuf des inländischen zollfreien Transports, zu ertheilenden Bescheinigungen in der Hinsicht ohne weitere Beglaubigung genügen sollen, weil es einem jeden Andern wenigstens sehr schwer fallen würde, dergleichen gedruckte Formulare sich zu verschaffen, und also anzunehmen ist, daß solche Bescheinigungen auch wirklich von den betreffenden Ortsvorstehern ertheilt sind, wogegen alle nur geschriebene Atteste hinfüro überall nicht als gültig werden angenommen werden;

2) hinsichtlich der, aus einem hiesigen Landestheile in einen andern durch das Ausland getrennten, diesseitigen Bezirk zu versendenden inländischen Eisenfabrikate, die auf Abgabe der sub 1. gedachten Bescheinigungen an das betreffende Ausgangszollamt, von letzterm zu ertheilenden Zollfreischeinen auch zur Erlangung der Accisefreiheit genügen sollen.

Die h. Kr. Aemter haben nun hiervon die dabei interessirten Einwohner ihres Bezirks in Kenntniß zu setzen, auch die Ortsvorsteher zur unentgeltlichen Ertheilung der fraglichen Bescheinigungen in vorkommenden Fällen anzuweisen, und denselben übrigens die größte Pünktlichkeit zu empfehlen, wie denn, bei etwa eintretendem Mißbrauche, sofort die bisherige Einrichtung wieder hergestellt werden wird.

Bekanntmachung L. Str. E. v. 24. October 1829.

Demnach Zweifel darüber entstanden sind, ob unter dem in dem Accise-Tarif vom 10. März d. J. einschließlic der in den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel zu entrichtenden Mahl-Accise ausgeworfenen Accise-Sache vom inländischen Biere auch der Mahllohn vom Biere- und Essig-Malze mit begriffen sei; dann aber dieser Mahllohn durch eine auf Allerhöchste Autorisation unterm 25. Septbr. 1815 von h. E. erlassene Verfügung auf 1 Ggr. pro Hinten besonders festgestellt und in den oben gedachten erneuerten Accise-Tarif aufzunehmen bloß übersehen ist; so wird solches und daß dieser Mahllohn vom Biere- und Essig-Malze fernerweit außer der tarifmäßigen Accise vom Biere in den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel bezahlt werden müsse, nach Vorschrift eines Allerhöchsten Resc. vom 18. d. M. öffentlich hiedurch bekannt gemacht.

(Br. Anz. 1829. Nr. 87.)

Resc. L. Str. E. v. 13. April 1830.

Das L. Str. E. erwiedert dem h. Distr. Ger. wegen der Beitreibung einer, wider den N. erkannten Accise-Estrafe: daß die Beitreibung solcher Strafen durch die Gerichtsunterbedienten auch nach dem Dasturhalten des L. Str. E. den Geschäftsgang äußerst

erschweren, und zumal jene Gelder nicht gut anders, als bei den betreffenden Kreiscassen vereinnahmt werden können, ein lästiges Umherschicken derselben veranlassen würde, dasselbe jedoch eine höchste Bestimmung, nach welcher die Einziehung solcher Strafgelder den Kreiscassen durch die dabei angestellten Executoren übertragen würde, auszuwirken deshalb nicht erforderlich erachten könne, weil dieses schon längst als Regel besteht, und die Verordn. vom 10. März 1828, welche in Ansehung der Verfolgung von Accise-Conventionen den Anklageproceß einführt, in vorgedachter Hinsicht keine Abweichung von dem bisherigen Verfahren vorschreibt.

Das L. Str. G. wird daher in Zukunft veranlassen, daß auf den Grund der abgegebenen Erkenntnisse, welche mit einem Urtheile der beschrittenen Rechtskraft von den competenten Gerichten zu versehen sein dürften, die Beitreibung der Strafgelder von den betreffenden Kreiscassen unmittelbar erfolgt.

Resc. h. St. M. v. 2. Juli 1830.

Da Zweifel erhoben sind, ob durch die in der Verordn. v. 10. März 1828, die Erhebung der Accise betr., geschehene Einführung des Anklage-Proceßes in Steuer-Conventions-Sachen nicht zugleich eine Abänderung des bisher vorgeschriebenen Executionsverfahrens beabsichtigt worden, dieses aber keinesweges der Fall gewesen ist, so wird solches hiermit ausdrücklich declarirt, das eingeführte Executionsverfahren auch für die Beitreibung der Rückstände an indirecten Steuern und Strafgeldern bestätigt und werden die Gerichte zu dem Ende angewiesen, wenn von ihnen dergleichen Anklagesachen in erster Instanz entschieden worden, anstatt der Autorisation zur Beitreibung, bloß die eingetretene Rechtskraft der Erkenntnisse zu bescheinigen und damit die Executionsvollstreckung zu legalisiren.

Arme, Armen-Anstalten &c.

Resc. h. R. G. v. 11. März 1829.

Die in der landesherrl. Verordn. vom 20. Febr. 1756 und 11. April 1758 bestimmten Beiträge für die Armen- und Begebetterungs-Cassen, können nur, da sie nicht von dem Testirer, sondern von dem Erben nach angetretener Erbschaft entrichtet werden, nicht als eine für die Errichtung der letzten Willensordnung bestimmte Steuer angesehen, sondern müssen als eine auf der Testaments-Erbschaft haftende Abgabe und gewissermaßen als ein nothwendiges Legat, auf welches die gedachten Cassen ein jus quaesitum besitzen, und welches ihnen der Testirer nicht entziehen kann, betrachtet werden. Wenn nun gleich zu der Testaments-Erbschaft im Allgemeinen, auch das im Auslande belegene Vermögen, gerechnet werden muß, so scheint dennoch aus dem Inhalte der obgedachten Verordnung hervorzugehen, daß nur das im Inlande vorhandene Vermögen der erwähnten Abgabe unterworfen sein soll, zumal, da dem Gerichte in der Regel alle Mittel fehlen, das im Auslande befindliche Vermögen zu arbitriren und danach verordnungsmäßig die Abgabe nach einem billigen Anschlage zu bestimmen.

Arme, Armen-Institutionen etc., Rescripte.

Resc. h. R. v. 8. Juni 1830.

Von jedem eingetretenen Todesfalle eines Participienten der Brodkornunterstützung ist sofort Anzeige zu machen, damit das damit auffommende Korn-Quantum anderen Hilfsbedürftigen verwilligt werden könne.

Bestimmungen h. R. über die Erhebung und Berechnung der aus Testamenten, Contracten u. s. w. zur Armen- und Wege-
besserungs-Casse erfolgenden Abgaben.

§. 1. Die Actuare der h. Districtsgerichte und Kreisämter, so wie die Notare haben vierteljährig ein Verzeichniß derjenigen Rechtsgeschäfte, aus welchen von den Einwohnern in den Landstädten Vermächtnisse, oder Abgaben an die Armen- und Wegebesserungs-Cassen daselbst zu entrichten sind, in duplo aufzustellen, und darin nach dem angeschlossenen Schema, den Gegenstand, wovon die Abgabe, oder das Vermächtniß zu entrichten ist, den Betrag des letztern, wie er entweder in der Urkunde angegeben, oder, im Falle solches nicht geschehen, wie er abgeschätzt worden, aufzuführen.

§. 2. Die Verzeichnisse werden von den Vorstehenden der h. Districtsgerichte und den Kreisbeamten resp. verificirt und mit unterzeichnet und sodann binnen vier Wochen nach dem Ablaufe des Quartals mit den danach erhobenen Armen- und Wegebesserungsgeldern durch die betreffenden Stadtbehörden an die Rechnungsführer der Stadt- und Armen-Cassen abgesandt, welche über die Ablieferung der Gelder Quittung zu erteilen und die Einnahme vorschriftsmäßig unter eigenen Rubriken, in den resp. Rechnungen mit den aufgestellten Verzeichnissen zu belegen haben.

§. 3. Die im Rückstande gebliebenen Gelder werden in die folgenden Verzeichnisse bis zu dem Eingange der Rückstände übertragen.

§. 4. Die Gerichte und Notare haben, wenn auch in dem betreffenden Quartale Rechtsgeschäfte der in Rede stehenden Art nicht vorgekommen und Gelder nicht eingegangen sind, dennoch auch darüber Zeugnisse auszustellen und an die Stadtbehörden einzusenden.

§. 5. Die Nichtbeobachtung des, wegen Einsendung der Quartal-Verzeichnisse und Bescheinigungen, festgesetzten Termins wird mit einer Ordnungsstrafe von zwei Thalern, welche bei wiederholten Erinnerungen bis auf zehn Thaler gesteigert werden kann, belegt. Vorstehende Bestimmungen, welche mittelst Rescripts des h. Staats-Ministerii vom 29. Mai d. J. bestätigt sind, werden hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Braunschweig, den 14. Juni 1830.

V e r z e i c h n i s s e

der

vor dem Herzoglichen Kreisamte

eröfneten

Testamente und errichteten Contracte, Vergleiche &c.,

aus welchen

resp. zur Armen- und Begebetterungs-Casse

Gelder zu entrichten sind.

1

Quartal von

Laufende N ^o	Bezeichnung der Personen, welche die Testamente, Contracte u. s. w. errichtet haben.	Art des Act s.	Summe, von welcher das Ver- mächtniß oder die Abga- be zu entrichten ist.

Arme, Armen-Anstalten &c., Rescripte.

39

[illegible]

Arme, Armen-Anstalten 2c., Rescripte.

Resc h. R. vom 6. October 1830.

Nach Maaßgabe der landesherrlichen Verordnung vom 4. Mai d. J. das Wohnortrecht der Unterthanen in polizeilicher Hinsicht betr., sollen die Häuslinge, welche in den Häuslings- und Tagelöhner-Wohnungen oder sonst auf den Herrschaftlichen Aemtern, Klostergütern, Vorwerken und privativen Landgütern, so wie auf einzelnen beleghenen, öffentlichen oder Privat-Fabriken und größeren Etablissements Aufnahme finden, das Einwohnerrecht in derjenigen Gemeinde erwerben, mit welcher das betreffende Amt oder Gut oder einzelne Etablissement, nach den in §. 38. dieser Verordnung enthaltenen Bestimmungen verbunden ist.

Da durch diese Combination der Staats- und Privat-Besitzungen mit den Gemeinden eine gemeinschaftliche Concurrenz zur Unterstützung verarmter Einwohner herbeigeführt wird, so ist es erforderlich, die Grundsätze festzustellen, welche bei der Bestimmung der von den qu. Besitzungen zu den Orts-Armen-Cassen zu leistenden Beiträge in Betracht kommen.

Dabei können folgende Fälle eintreten. Es reichen entweder

1) die vorhandenen Fonds der Orts-Armen-Cassen und die freiwilligen Beiträge der sämmtlichen combinirten Ortseinwohner zur Unterhaltung der Armen hin, in welchem Falle sich die Sache von selbst erledigt;

oder es muß

2) auf die Ausschreibung von Beiträgen zu der Orts-Armen-Casse recurrirt werden.

Hier fragt es sich, aus welchem Gesichtspunkte man die Verpflichtung zu einer solchen Beisteuer ansieht, ob als eine dingliche, auf den in der Gemeinde belegenen Grundstücken haftende, ob als eine persönliche Pflicht der in der Gemeinde vorhandenen Mitglieder, oder endlich als eine dinglich persönliche Verbindlichkeit.

Wiewohl im Allgemeinen die Ansicht, daß die Verpflichtung qu. eine personelle sei, sowohl der Natur der Sache (den Pflichten gegen den Nächsten und dem Schutze der Personen gegen das Betteln) als auch der Vorschrift des §. 2. der Verordn. vom 24. März 1814 entspricht, wonach das Deficit der Armen-Casse von den Einwohnern der Gemeinde, nicht aber bloß von den Grundbesitzern aufgebracht werden soll, so würde doch der Fuß der Personal-Steuer, eben so wie der Contributions-Fuß und der combinirte Fuß der Grund- und Personal-Steuer für die Ausschreibung der Armenbeiträge oft nicht passen und hier und da zu den größten Ungleichheiten und Prägravationen führen.

Das h. St. M. hat uns daher auf geschenehen Antrag mittelst Beschlusses vom 23. v. M. zu erkennen gegeben, daß von der Aufstellung eines allgemeinen Grundsatzes über das Verhältniß, in welchem die fraglichen Güter 2c. zu den Unterhaltungskosten der in der Gemeinde vorhandenen armen Familien concurriren verpflichtet, zu abstrahiren und in den Fällen, wo die der Armen-Anstalt eines jeden Orts zustehende Einnahme zu dem Bedürfnisse nicht zureicht, zufolge der in §. 2. der Verordn. vom 24. März 1814 enthaltenen Bestimmung: das Fehlende nach einem der Beschaffenheit des Orts

nach

nach gerechtem Verhältnisse von den Interessenten zusammen zu bringen sei.

Bei der Feststellung der von den qu. Befizungen zu den Orts-Armen-Anstalten zu leistenden Beiträge ist sodann, mit Ausnahme der Städte Braunschweig und Wolfenbüttel, wo besondere herzogl. Armen-Directorien bestehen, folgender Geschäftsgang zu beobachten:

1) In denjenigen Städten und mit einer städtischen Verfassung versehenen Flecken, in welchen besondere Armen-Collegien eingerichtet sind, haben diese Collegien über das Beitrags-Verhältniß sich zu berathen und Vorschläge zu machen, welche durch den Oberhauptmann mit dessen Gutachten begleitet zur Feststellung bei h. Kammer einzureichen sind;

2) in den Städten und Flecken, wo Armen-Collegien nicht vorhanden, gehen jene, nach vorgängiger Berathung einzugebende Vorschläge von dem Bürgermeister und den Stadtdeputirten aus und sind sodann gleichfalls durch den Oberhauptmann der herzogl. Kammer zur Feststellung einzureichen;

3) in den übrigen Flecken und Landgemeinen hat das betreffende h. Kr. Amt nach vorgängiger Berathung mit der Gemeinde, Vorschläge zu machen, die sodann ebenmäßig durch den Oberhauptmann an h. Kammer zur Feststellung einzugeben sind.

Uebrigens bedarf es kaum der Bemerkung, daß die Pächter der h. Aemter und Klostergüter von den Beiträgen zu den auf die Amts-Ökonomie ausgeschriebenen Armen-Kosten sich nie ganz ausschließen können; denn auch abgesehen von ihren Pachtverhältnissen, würden sie, ihr Aufenthalt sei, wo er wolle, gesetzmäßig zur Unterstützung der Orts-Armen herangezogen werden müssen und ihr Beitrag erscheint hier um so angemessener, da er für Arbeiter erfolgt, die ihre Kräfte größten Theils in ihren Diensten verwendet haben.

Die Repartition des Beitrages zwischen der h. Domainen-Direction und dem Pächter, ist aber in den vorkommenden besonderen Fällen, sowohl nach der in der Gemeinde angenommenen Beitrags-Norm, als auch nach den Umständen und Verhältnissen des Amts-haushalts zu bestimmen, wobei denn besonders im Betracht zu ziehen ist, ob die Führung des Amtshaushalts die Aufnahme einer größern oder geringern Anzahl Tagelöhner-Familien erforderlich macht.

Den h. Kr. Aemtern und Bürgermeistern wird zugleich bemerkt gemacht, daß bei den Vorschlägen über die von den h. Aemtern &c. zu leistenden Beiträge und darauf Rücksicht zu nehmen sei, daß durch die Errichtung und Dotirung der Kreis-Armen-Cassen und durch die den Kammerlei-Cassen in den Städten überwiesenen Polizei-Strafgelder von Seiten der Landesregierung bereits ein sehr bedeutender Beitrag zur Unterstützung der Armen, welche sonst der Orts-Armen-Casse allein zur Last fallen würden, geleistet werde.

Brandversicherung, Brandschäden.

Resc. f. K. C. v. 14. October 1814.

Da nach Anzeige der Direction der hiesigen Brandversicherungsgesellschaft von verschiede-
Bege Reper. II. Thl.

Brandversicherung, Brandschäden, Rescripte.

denen Kr. Ger. unterlassen worden, derselben von den vorgefallenen Brandschäden Anzeige zu machen, und das dabei in re praesenti aufgenommene Protokoll über die Constaturung des Brandschadens, wie solches auch die Verordn. vom 18. Juli 1753 §. 17. deutlich vorschreibt, einzusenden, so wird den f. St. und Kr. Ger. hiemit in Erinnerung gebracht, daß solches allerdings neben der über jeden vorkommenden Brandschaden dem f. K. C. zu machenden Anzeige besonders geschehen müsse, und werden dabei die sämmtlichen St. und Kr. Ger. angewiesen, bei Aufnahme der gedachten Protokolle bei vorkommenden Brandschäden, nach der allegirten Verordnung genau sich zu achten, und mit möglichster Behutsamkeit zu verfahren, indem auf dieselbe die Ausmittelung des Betrages der den Abgebrannten zu bewilligenden Entschädigung sich gründet.

Resc. f. K. C. v. 12. Februar 1818.

Wegen der zu hohen Versicherung mancher Häuser soll nach Maßgabe des Resc. v. 29. Januar 1800, so wie der §. 5. und 8. der Verordn. v. 18. Juli 1753 und des §. 4. der Declar. v. 18. Decbr. 1792 verfahren werden.

Resc. f. K. C. v. 9. December 1821.

Da nach der erneuerten Landschafts-Ordnung vom 25. April v. J. §. 20. und Verordn. v. 29. Octbr. d. J. die Direction der Brandversicherungs-Anstalt vom Anfange des nächsten Jahres an zu dem Geschäftskreise des L. Str. C. gehört, so haben sich die Gerichte in den nach Verordn. v. 19. Mai 1814 §. 5. bezeichneten Fällen an dieses zu wenden.

Resc. f. G. K. C. v. 29. December 1825.

Durch ein unterm 8. December 1795 an das f. Consistorium ergangenes höchstes Resc. ist verordnet worden, daß keine Stadtkirche und Thurm, deren Werth sich über 20,000 Rthlr., und keine Dorfkirche und Thurm, deren Werth sich über 6000 Rthlr. beläuft, höher als mit den genannten Summen in die Brandversicherungs-Anstalt aufgenommen, unter diesen Summen aber jede Kirche nach ihrem Werthe profitirt werden dürfe.

Auf den Antrag des L. St. C. ist jedoch genehmigt, das das vorhin festgesetzte Maximum bis auf 50,000 Rthlr. und 10,000 Rthlr. resp. für die Stadt- und Dorfkirchen mit den Thürmen unter der Bedingung erhöht werde, daß die Kirchthürme mit Blitzableitern versehen sind.

Resc. h. K. C. v. 1. December 1826.

Die bei Asscurirung der städtischen Gebäude vorkommenden Arbeiten gehören ohnstreitig zu dem Ressort der Bürgermeister — die Asscurirung von Effecten u. bei auswärtigen Versicherungs-Anstalten, so wie deren in der Verordn. vom 16. October d. J. vorgeschriebene Annahme aber nach dem Inhalte dieser Verordnung zu der Competenz der Kr. Aemter oder Lokalgerichte.

Resc. L. Str. C. v. 14. März 1828.

Da es sehr auffallen muß, daß Windmühlen, welche bei dem gewöhnlichen Gebrauche nur einer geringen Feuergefahr ausgesetzt sind, im hiesigen Lande so oft ein Raub

der Flammen werden, so ist Verdacht entstanden, daß die Windmühlen meistens in Folge absichtlicher Brandstiftung eingekauft werden. Wie sich nun erwarten läßt, daß solche Brandstiftungen nicht eintreten werden, wenn die Windmühlen in Verhältniß zu der mit der Zeit stattfindenden Verminderung ihres Werthes gesetzmäßig auch im Brandversicherungscataster herab gesetzt werden, so wird den h. Kr. Aemtern angelegentlich empfohlen, den Werth der Windmühlen und die demselben geschehene Brandversicherung von Zeit zu Zeit einer sorgfältigen Prüfung zu unterwerfen und demnächst mit der etwa nöthig befundenen Herabsetzung der Versicherungssumme der landesherrl. Verordn. vom 29. Januar 1800 gemäß zu verfahren.

Wie diese Prüfung für jetzt geschehen und der Werth der Windmühlen der Versicherung entsprechend befunden ist, darüber wird einer Anzeige entgegengesehen.

Resc. h. R. E. v. 27. März 1828.

Wegen der Kosten, welche durch die Aufräumung der Materialien, durch die Wächterlöhne und die Auslagen für Del, Bier und Branntwein bei Feuersbrünsten in den Städten verursacht werden, wird unverhalten, daß die Aufräumungskosten in der Regel von den Beschädigten zu tragen sind, weil diese den Nutzen davon haben, die ihnen noch etwa brauchbaren Materialien verbleiben; in besondern Fällen aber, wo dieses nicht rathlich erscheint, ist darüber an das h. R. E. zu berichten. Die übrigen Kosten sind aus der Cämmereicasse zu bestreiten, indem dadurch vorzugsweise die allgemeine Sicherheit bezweckt wird.

Resc. L. Str. E. v. 5. April 1828.

Die Kosten der Revision der Taxen behuf der Brandversicherung sind von den Societätsgenossen zu tragen, deren Gebäude nach der Revision der Taxen zu hoch versichert gefunden werden.

Resc. h. R. E. v. 25. April 1829.

Da bei Uebertragung von Taxationen und Anfertigung von Bauplänen ein durchgängig gleichmäßiges Verfahren bisher nicht Statt gefunden hat, so ist zu dessen Erreichung folgendes bestimmt: die Uebertragung von Taxationen der Gebäude behuf der Aufnahme in das Brandversicherungscataster so wie der eintretenden Brandschäden zur Bestimmung der, aus der Brandcasse zu bezahlenden Entschädigungsgelder kann nicht unbedingt, der Reihe nach, an alle Werkverständige in einem jeden Kr. Amte geschehen, sondern selbige soll der Wahl der Kr. Aemter, nachdem diese es für angemessen halten und sie in die Werkverständigen Vertrauen setzen, überlassen bleiben.

Wenn gleich es zweckmäßig ist, daß die Baupläne oder Baurisse und Anschläge, deren Anfertigung von den Kr. Aemtern etwa den Maurer- oder Zimmermeistern zu übertragen sein möchte, in der Regel von den Amts- Zimmer- oder Maurermeistern angefertigt werden, so dürfen doch die Unterthanen, welche Bauten vorzunehmen beabsichtigen und die Baupläne ordnungsmäßig vorher zur Genehmigung der obrigkeitlichen Behörden vorlegen müssen, in der Wahl der, zu solchen Bauten zuzuziehenden Zimmer- oder Maurermeister nicht beschränkt werden, und kann von den obrigkeitlichen Behörden um so we-

44 Brandversicherung, Brandschäden, Rescripte, Criminal=Justiz.

niger die Prüfung der von solchen Zimmer- oder Maurermeistern angefertigten Daurisse und Anschläge verweigert werden, als denselben bei der Beurtheilung technischer Fragen immer noch die Zuziehung der Amts-Zimmer- oder Maurermeister zusteht.

Circul. Resc. h. St. M. v. 24. Mai 1830. Nr. 1.

wegen der Feuerversicherungen, den wirklichen Werth entsprechende Schätzungen unterzulegen, s. Art. Polizei und Verwaltung.

Criminal=Justiz.

Declarat. der B. vom 26. Juli 1827, die Zuständigkeit der Gerichte, um auf Zuchthaus- und Zwangs=Arbeitsstrafe zu erkennen, betr. (S. 15.) [No. 5.] (8. Februar 1828.)

Der §. 3. und 4. hat nur auf die gewöhnlichen Straffälle bezogen werden sollen, nicht auf die Ausnahmen. (S. 16.) [No. 5.] (8. Februar 1828.)

B. die, wegen gegenseitiger kostenfreier Vollziehung der Requisitionen in Criminalsachen mit der königl. Württembergischen Regierung geschlossene Uebereinkunft betr. (S. 107.) [No. 12.] (26. April 1828.)

B. den Urlaub der h. Dienerschaft betr. (S. 19.) [No. 5.] (25. Februar 1830.)

Strafbestimmungen für denjenigen h. Civil=Bedienten, welcher sich ohne Urlaub vom Orte seiner Dienstanstellung 24 Stunde entfernt. (S. 20.) [No. 5.] (25. Februar 1830.)

B. die Bestrafung der gegen die öffentliche Ordnung und Ruhe gerichteten Vergehen und das dabei zu beobachtende Verfahren, betr. (S. 155.) [No. 23.] (1. November 1830.)

§. 1. Bestrafung der absichtlichen Verletzung der Ehrerbietung gegen einen öffentlichen Beamten, während der Ausübung seines Amts. (S. 156.) [No. 23.] (1. November 1830.)

§. 2. Bestrafung des gewaltsamen Widerstandes gegen die rechtmäßigen Befehle und Anordnungen der Obrigkeit — Drohungen — Mißhandlungen — Rache, ohne Aufbruch. (S. 156.) [No. 23.] (1. November 1830.)

§. 3. Bestrafung der Widersehung gegen Gerichts- u. Unterbedienten, Polizei= Militair u. (S. 157.) [No. 23.] (1. November 1830.)

§. 4. Ddgl. desjenigen, der Gefangene befreit; (S. 157.) [No. 23.] (1. November 1830.)

§. 5. die öffentliche Sicherheit stört; (S. 157.) [No. 23.] (1. November 1830.)

§. 6. Drohungen ausstößt, Brand- und Droh=Brief verfertigt; (S. 158.) [No. 23.] (1. November 1830.)

§. 7. Bergwerks-, Hütten- und Walbarbeiter, Fabrikanten, Handwerker und Tagelöhner, um ihre Beschwerden durchzusetzen u. (S. 158.) [No. 23.] (1. November 1830.)

§. 8. Verbot der Ueberreichung der Gesuche und Beschwerden bei den Behörden u.

- von ganzen Gemeinen u. — nicht mehr als von 3 Deputirten. (S. 158.) [No. 23.] (1. November 1830.)
- §. 9. Allgemeine Strafzumessungsgründe bei Bestimmung der Strafen. (S. 159.) [No. 23.] (1. Nov. 1830.)
- §. 10. Bestrafung des Versuches eines der angeführten Vergehen. (S. 159.) [No. 23.] (1. Nov. 1831.)
- §. 11. Summarisches Verfahren. (S. 159.) [No. 23.] (1. Nov. 1830.)
- §. 12. Im Allgemeinen Befolgung der Vorschriften des Verfahrens des gemeinen Rechts und der Landesgesetze für den Untersuchungs-Proceß. (S. 159.) [No. 23.] (1. Nov. 1830.)
- §. 13. Untersuchung und Instruction bis zum Erkenntniß von den Kr. Aemtern und Stadtgerichten. — Weitläufige und schwierige Untersuchungen mit einem deputirten Kr. Beamten aus dem Distr. Ger. — Direction hat der älteste Beamte. (S. 160.) [No. 23.] (1. Nov. 1830.)
- §. 14. Eine summarische Wiederholung findet vorkommenden Umständen nach nicht statt, eben so wenig eine Vertheidigung vor dem ersten Erkenntniß. (S. 160.) [No. 23.] (1. Nov. 1830.)
- §. 15. Einsendung der instruirten Akten. (S. 160.) [No. 23.] (1. Nov. 1830.)
- §. 16. Abgebung des Erkenntnisses binnen 8, spätestens 14 Tagen. (S. 160.) [No. 23.] (1. Nov. 1830.)
- §. 17. Einlegung der Rechtsmittel — Verfahren dabei — Vertheidigung. (S. 160.) [No. 23.] (1. Nov. 1830.)
- §. 18. Erkenntniß über das Rechtsmittel. (S. 161.) [No. 23.] (1. Nov. 1830.)
- §. 19. Geht das Verbrechen in ein härteres über, so findet die härtere Strafe nach ordentlicher Untersuchung statt. (S. 162.) [No. 23.] (1. Nov. 1830.)
- §. 20. Publikation dieser Verordnung. (S. 162.) [No. 23.] (1. Nov. 1830.)

R e s c r i p t e.

Resc. f. L. Ger. v. 29. September 1815.

Sollte f. R. C. in Fällen, wo die Untersuchung beendet ist und rechtskräftige Erkenntnisse vorhanden sind, die Vorlegung der Akten verlangen, so sind solche unweigerlich einzusenden, dahingegen wird gedachtes Collegium im Laufe der Untersuchungen und bevor die Akten geschlossen sind, sich wegen der etwa benötigten Notizen mit Berichtserstattungen und Abschriften von Protokollen zu begnügen haben.

Resc. f. R. C. v. 26. Juni 1816.

Das f. G. R. C. hat dem f. R. C. mittelst Resc. v. 18. Juni zu erkennen gegeben, daß daraus, daß die Kr. Ger. die specielle Aufsicht über die Gefängnisse führen, und daß die Ablieferung der Arrestanten in der Regel an die Kr. Ger. und nicht an die Oberhauptleute geschehen müsse, nicht zu folgen scheine, daß die erste Aufnahme der

Arrestanten in die Gefängnisse nur einzig und allein durch eine Verfügung der Kr. Ger. zu bewirken stehe. Dem Oberhauptmanne könne im Gegentheile, als einer selbst den Kr. Ger. vorgesetzten Polizei-Behörde, das Recht, sowohl den Befehl zu einer Arrestation zu ertheilen, als auch bereits arretirte Individuen unmittelbar an den Gefangnen-Wärter zur sofortigen Sicherung und Aufnahme in die Gefängnisse zuzuschicken, um so weniger genommen werden, als die Fälle, wo solches selbst von untern Polizei-Bedienten geschehe, ohnstreitig oft vorkämen, und manche Umstände, wie die Abwesenheit der Kreis-Beamten, dies zu Zeiten nothwendig machen müsse. Jedoch verstehe es sich von selbst, daß in allen diesen Fällen der Gefangnen-Wärter die geschehene Ueberlieferung der Gefangnen zur weitern Verfügung dem f. Kr. Ger. sofort anzeigen müsse und könne, sobald solches jedesmal ordnungsmäßig geschehe, und auch von dem Oberhauptmanne dem Kr. Ger. wegen der dem Gefangnen-Wärter zugesandten Gefangnen die nöthigen Nachrichten ungesäumt mitgetheilt würden, durch solche Verhaftungen so wenig irgend ein Nachtheil herbeigeführt werden, als den Kr. Ger. dadurch die specielle Aufsicht über die Gefängnisse genommen werde.

Es ist also hiernach der Gefängniß-Wärter zu instruiren.

Resc. f. G. R. E. v. 20. Mai 1817.

Da es zur desto schleunigern und sicherern Habhaftwerdung der Urheber begangener Diebstähle und anderer öffentlicher Verbrechen erforderlich ist, daß dergleichen Vorfälle sobald als irgend möglich zur Kenntniß des entweder an dem Orte des begangenen Verbrechens selbst stationirten oder doch demselben zunächst stehenden Husaren-Detaschements gebracht werden, so ist die Verfügung zu treffen, daß von den Ortsvorstehern die Vorfälle der gedachten Art sofort, nachdem sie sich zugetragen, der nächsten Husaren-Abtheilung angezeigt und zugleich die zu verhaftenden Personen möglichst kenntlich gemacht werden.

Resc. f. L. Ger. v. 2. März 1821.

Mit denen im Berichte des f. Kr. Ger. betreffend die Beschwerde des königl. preussischen Oberlandesgerichts zu H. wegen verweigerter Befolgung der Requisitionen in Steuer-Contraventions-Sachen, welche hiesige Unterthanen sich im dortigen Territorio zu Schulden kommen lassen, aufgestellten Grundsätzen und denselben gemäß beobachteten Verfahren ist f. L. Ger. einverstanden. Doch dürften in dem Falle, wenn hiesige Unterthanen sich vor königl. preuss. Gerichten und Behörden behuf Untersuchungen in Steuersachen, sei es bloß, um sich zu rechtfertigen, oder etwa die Befreiung in Beschlag genommener Effecten zu erlangen, und sonst aus Gründen ihres Vortheils eingelassen haben, die dadurch von ihnen veranlaßten Gerichtskosten, jedoch nur für ihren Theil, mithin nicht diejenigen, zu deren Erstattung sie etwa verurtheilt worden, auch billig von ihnen bezahlt werden müssen, und hat f. Kr. Ger. in solchen Fällen, nachdem es sich zuvor vergewissert hat, daß unter den eingeforderten Kosten keine Verurtheilung begriffen ist, den Requisitionen zu deferiren.

L. Resc. v. 22. Juni 1821.

Den hannoverschen Gerichten ist in vorkommenden Fällen zu erwiedern, daß, da schon seit langer Zeit von den hiesigen Gerichten wegen der Unzuchtsbrüche keine Untersuchungen mehr angestellt, noch deren Weitreibung verfügt worden, und solches auch in Ansehung der aus den königl. hannoverschen Landen gebürtigen und in den hiesigen Landen niedergekommenen unverschuldeten Frauenpersonen weder zeither geschehen sei, noch künftig geschehen werde, man die Hoffnung hege, daß gegenseitig auch von dort aus die Stellung solcher allhier wohnhafter Frauenpersonen und die Weitreibung der Unzuchtsbrüche von selbigen ferner nicht mehr werde verlangt werden.

Resc. f. K. E. v. 5. December 1822.

Den Gerichten wird ein Schema zur Liquidation der Kosten für Unterhaltung der Gefangenen mitgetheilt, wobei bestimmt wird, daß die Liquidation vom Jahre 1823 und gleich nach Ablauf eines jeden Quartals eingesandt und auf möglichste Verminderung des täglichen Satzes für die Beköstigung gesehen werden soll.

L i q u

Kosten für Unterhaltung der Gefangenen
des ersten

N ^o	Gegenstand der Liquidation.	Verhaftszeit oder Tage:		
		des Eingangs.	des Ausgangs.	also in Summa im laufen- den Quart.
I. Allgemeine Kosten.				
1.	Miethe für das Gefängniß
2.	Heizung desselben
3.	Erleuchtung
4.	Reparatur des Schließzeugs
5.	Reparatur an den Fenstern
6.	Für Räucherung
7.	ic.	.	.	.
II. Besondere Kosten.				
1.	Jacob Müller, Beköstigung à Tag 2 Ogr.	5. Oct. 1822	.	90.
	Wäsche
	Lagerstroh à Nacht 4 Pf.
2.	Heinrich Gärtner, Beköstigung	2. Dec. 1822	.	90.
	Lagerstroh
	Arznei
3.	August Böse, Beköstigung	5. Febr. 1823	.	54.
	Lagerstroh
4.	Daniel Timpe, Beköstigung	9. Febr. 1823	24. März	43.
	Lagerstroh
	ein Paar Schuh
	eine Jacke
5.	Friedrich Schneider, Beköstigung	10 Febr. 1823	20. Febr.	9.
	Lagerstroh
	Summa	—
	davon ab von Friedrich Schneider erstattet	—
	Bleibt zu verwilligen
	N. N. den 1sten April 1823.
	Fürstl. Kreisgericht daselbst.

Criminal-Justiz, Rescripte.

49

m a.

D a t i o n

Bei dem Fürstl. Kreisgerichte N. N.

kennb

Quartals 1823.

B e t r a g der Kosten.			Be- läge.	Angabe, ob der Arrestat fähig und ver- pflichtet ist, die Kostungskosten zu erstatteten.	B e m e r k u n g e n.
Rthlr.	Ggr.	Pf.			
3	.	.	1	.	laut Miethcontracts, u. wegen Mangels eines eignen Gefangenhauses, für 2 Klafter Holz (ist nur vom Nov. bis März incl. zulässig). für 90 Nächte à 4 Pf. (insofern solche überhaupt erforderlich ist).
4	.	.	2	.	
1	6	.	.	.	
.	16	.	3	.	
.	8	.	4	.	
.	6	.	5	.	
7	12	—	—	der Arrest dauert fort. bezgl.	NB. Für den Eingangs- und Ausgangstag, welche zusam- men für einen Tag nur gerechnet werden, kommt nur ein täg- licher Befestigungstag zum Ansahe. Wo bisher die Heizung nach Tagen berechnet worden, muß die Anzahl derselben und die der zu heizen gewesenen Gefangen- stuben angegeben werden. Der bisher eingesandte Extract aus dem Kerkerregister wird künftig gleichfalls eingesendet, jedoch nur in simplo, die Equis- dation selbst aber in duplo. In der Regel ist jede, nicht auf bestimmten Sätzen beru- hende, Ausgabe durch Beläge zu justificiren, oder zu bemerken, weshalb solche nicht beigebracht werden können.
—	12	—	—		
1	6	—	—		
7	12	—	—		
1	6	—	—		
—	12	—	—		
4	12	—	—		
—	18	—	—		
3	14	—	—		
—	14	4	—		
—	18	—	—		
—	12	—	—		
—	18	—	—		
—	3	—	—		
39	13	4	—		
.	21	.	—		
38	16	4	—		

Herr Rescript. II. Thl.

7

Criminal-Justiz, Rescripte.

Resc. f. L. Ger. v. 21. März 1825.

Seit Erlassung der landesherrl. Verordn. vom 26. März 1823 die Bankerotte betreff. sind in den öffentlichen Anzeigen eine bedeutende Anzahl Vorladungen an Gläubiger zu Liquidationsterminen, beinahe von allen Gerichten des Landes bemerkt worden, gleichwol ist die Einsendung der Acten über die in sothaner Verordnung vorgeschriebene Untersuchung bei Insolvenzfällen, nur mit wenigen Ausnahmen vergeblich erwartet. Da nun nicht anzunehmen ist, daß in allen solchen Fällen bloß die der Competenz der f. St. und Kr. Ger. verbleibende geringste Strafbestimmung des fahrlässigen Bankerotts statt gefunden habe, um so weniger, als die in §. 18. besagter Verordnung vorgeschriebene Bekanntmachung auch solcher Erkenntnisse ebemäßig nicht erfolgt ist: so steht es nicht zu bezweifeln, daß sothane Untersuchung bisher größtentheils unterblieben sei. Da gleichwol die Verordnung sehr bestimmt bei jeder Insolvenz, es mag der Schuldner dieselbe selbst erklären und um die Wohlthat der Güterabtretung bitten, oder der Concurß durch das Andringen der Gläubiger bewirkt und von Gerichtswegen erkannt und eröffnet werden, nicht weniger bei Accordgesuchen, mithin in allen zur Kenntniß der Gerichte kommenden Fällen der Unzahlfähigkeit, die Untersuchung vorschreibt: so findet sich f. L. Ger. veranlaßt, die f. St. und Kr. Ger. hierdurch aufzufordern, daß sie, insofern selbige bisher in vorgekommenen Fällen die Anstellung der Untersuchung verabsäumt haben, solche, soweit es annoch thunlich, nachholen, nicht weniger künftig dem Inhalte der Verordnung gebührend nachkommen, diejenigen aber, welche bereits nach selbiger sich erachtet, damit alles Ernstes und ohne einige Ausnahme fortfahren, damit der heilsame Zweck derselben das leichtsinnige sowol als das betrügerische Schuldenmachen zu verhüten und den Credit durch Vorbeugung des Mißbrauchs zu befördern nicht unerreicht bleibe.

Resc. f. G. R. E. v. 7. April 1825.

Da die Wirkung, der mit der vormaligen preussischen Regierung und Kriege- und Domainen-Kammer zu Halberstadt unter dem 30. August 1767 (Friedersdorfs Promtuar Th. 1. S. 186.) abgeschlossenen Convention, nach welcher von den Gerichten hiesiger Lande und den Gerichtsbehörden im Fürstenthume Halberstadt und den dazu gehörigen Graf- und Herrschaften, auf gegenseitige Requisition alle und jede in Untersuchungssachen Unvermögender vorfallenden Expedition unentgeltlich verrichtet und außer Porto und Botenlohn keine Gebühren bezahlt werden sollen, mit Einverständniß des königl. preuß. Gouvernements auf den ganzen Umfang des gesammten königl. preuß. Staats ausgedehnt worden ist; so läßt f. G. R. E. solches sämmtlichen Gerichtsbehörden der hiesigen Lande zur Nachachtung und Befolgung der Reciprocität in allen königl. preuß. Gerichten zu verhandelnden Criminal-Sachen der vorgebachten Art, hiermit unverhalten.

Resc. f. G. R. E. v. 3. Mai 1825

wegen der Requisitionen der königl. preuß. Gerichte in Steuercontraventions-Sachen f. Artik. „Steuern.“

Criminal-Justiz, Rescripte.

51

Resc. f. L. Ger. v. 24. April 1826.

Dem f. Distr. Ger. N. wird für künftige Fälle bemerkt gemacht, daß es unzulässig ist, daß in Criminal-Sachen ein Richter ohne Zuziehung eines Actuars oder dieser allein Protokolle aufnimmt.

Resc. h. L. Ger. v. 28. Mai 1827.

Es haben bisher zum Oestern die Gerichte, wenn sie bei der Untersuchung von Verbrechen, deren Strafe weniger als zweijährige Freiheitsberaubung betrug, dem Angeschuldigten nach Vorschrift §. 32. der Verordn. vom 3. Febr. 1814 am Schlusse der Untersuchung die Frage vorlegten, ob derselbe eine schriftliche Vertheidigung verlange, und darauf eine bejahende Antwort erhielten, das in demselben §. bei der schwersten Gattung der Verbrechen und der dabei vor dem Erkenntnisse nothwendigen förmlichen Vertheidigung vorgeschriebene Verfahren angewendet. Mittelft höchsten Resc. vom 11. Mai c. ist nun auf desfallsige Anfrage die Ansicht des h. L. Ger. genehmigt, welche dahin geht, daß nach dem Sinne gedachter Verordnung bei den mit einer Strafe unter zwei Jahren zu belegenden Verbrechen die förmliche schriftliche Vertheidigung auch schon vor dem Erkenntnisse zwar nicht ausgeschrieben und dem Angeschuldigten auf sein Verlangen nicht zu versagen, und daß insbesondere bei der nachher in sothaner Verordnung aufgestellten Stufenfolge der in die mittlere Classe fallenden Vergehungen und Verbrechen dem Inquisiten seine Befugniß dazu durch obige Frage bekannt zu machen sei; jedoch deren Beschaffung ihm selbst überlassen bleiben und nicht in eben der Maße, wie es bei der dritten Gattung der mit einer zwei- und mehrjährigen Strafe zu belegenden Delicte geordnet ist, durch offizielle Betreibung und bei unzulänglichen eigenen Mitteln des Inquisiten auf öffentliche Kosten verfügt werden solle; als welches daraus, daß die Instructionsgerichte bei dieser Vertheidigung vor dem Erkenntnisse die Auflage zu deren Einbringung binnen vier Wochen dem Inquisiten selbst und nicht seinem Vertheidiger zu machen, und wenn er die Vertheidigung nicht eingeht, bloß den Ablauf dieser Frist, um mit der Einsendung der Acten zum Erkenntnisse zu verfahren, abzuwarten angewiesen sind; wogegen bei der dritten Gattung der schwersten Verbrechen die Vertheidigung vor dem Erkenntnisse als nothwendig characterisirt und deshalb ein Verfahren der Gerichte von Amtswegen vorgeschrieben ist, genugsam hervorgehe; um so mehr, als bei Verbrechen, welche eine Lebens- oder schwere Leibesstrafe nicht nach sich ziehen, eine formelle schriftliche Vertheidigung vor dem Erkenntnisse, nach allgemeinen Strafrechtsgrundsätzen, nicht wesentlich erforderlichlich, nach dem Erkenntnisse aber dem Inquisiten durch die dagegen gestatteten Rechtsmittel und das deshalb vorgeschriebene amtliche Verfahren in den hiesigen Landesgesetzen genugsam prospiciert worden.

Die h. Distr. Ger. haben daher bei der in den geeigneten Fällen an die Angeschuldigten zu richtenden Frage, ob sie schon vor dem Erkenntnisse eine schriftliche Vertheidigung verlangen, denselben zugleich zu eröffnen; daß ihnen solche zwar gestattet sei, jedoch nicht auf Kosten des Staats und nur insofern, als sie die Kosten dazu aus eige-

nen Mitteln zu bestreiten und solches nachzuweisen im Stande, und daß in solchem Falle ihnen das Nöthige zu besorgen selbst überlassen bleibe (obwohl dann, wenn ein solcher verhaftet sein sollte, das Gericht, wie sich von selbst versteht, ihm dazu behilflich sein muß); dahingegen, wenn sie solche Kosten nicht beschaffen können, damit bis nach dem gesprochenen Erkenntnisse Anstand genommen werden müsse, wo ihnen dann, in der Form der dagegen zulässigen Rechtsmittel, ihre Wertheidigungsmittel auszuführen unbenommen und auf ihr Verlangen nach Vorschrift der Verordnungen vom 3. Febr. 1814 und 29. September 1817 selbst von Gerichtswegen deshalb Verordnung werde getroffen werden.

Resc. h. L. Ger. v. 22. November 1827.

Es hat das h. Kr. Amt N. die Untersuchungs-Acten wegen eines vorgefallenen Unfugs eingesandt, und darüber, daß h. Distr. Ger. solche Acten demselben zur Fortsetzung und Beendigung der Untersuchung auch hiernächstigen Wiedereinsendung remittirt hat, Beschwerte geführt, und um Verfügung, daß besagte Untersuchung vom h. Distr. Ger. selbst fortgesetzt werde, gebeten.

Wie nun nach dem §. 4. Nr. 2 und 3. der höchsten Verordn. vom 26. März 1823 die Einrichtung des Justizwesens betr. in Untersuchungssachen, worin zu erkennen die Kr. Aemter competent sind, eine Einsendung der Acten an das betreffende Distr. Ger. vor Abgabe des Erkenntnisses nicht vorgeschrieben ist, in Fällen aber, da eine Competenz übersteigende Strafe, verwirkt worden, das Kr. Amt nur die ersten Protokolle über den Thatbestand aufzunehmen, das corpus delicti zu sichern, erforderliche Arrestationen vorzunehmen, und sodann die Acten sofort an das Distr. Gericht, welchem nach §. 2. Nro. 2 und 3. die ferneren Instructionen der Sache obliegt, einzusenden hat: so kann das Distr. Ger. sich nicht berechtigt halten, dem gedachten h. Kr. Amte anzufinnen, daß selbiges die besagte Untersuchung gänzlich beendige, und alsdann wiederum ihm die Acten zusende. Die im §. 6. der angezogenen höchsten Verordnung enthaltene Bestimmung:

„Die Distr. Ger. sind demnach auch befugt, in Fällen, wo es den Partheien im Allgemeinen und namentlich der mindern Kosten wegen zur Erleichterung gereicht, die Kr. Aemter mit der Besorgung einzelner Verhandlung zu beauftragen. Dieses darf jedoch nie die Erleichterung der Distr. Ger. bezwecken, als worauf das vorsitzende Mitglied der letztern besonders zu sehen hat,“

rechtfertigt jenen Schritt nicht. Denn es ist hier

1) nicht von Besorgung einzelner Verhandlungen, sondern von vollständiger Instruction einer Untersuchungssache die Rede;

2) eine aus der geschehenen Beauftragung der Personen, welche etwa vor Gericht erscheinen müssen, erwachsende Erleichterung, da beide betreffende Gerichte ihren Sitz in einer Stadt haben, unerfindlich, vielmehr

3) lediglich eine durch die allegirte höchste Verordnung ausdrücklich ausgeschlossene Erleichterung, als bezweckt anzunehmen.

Es konnten die in Rede stehenden Untersuchungsacten dem h. Kr. Amte nur in dem

Falle zurückgesandt werden, wenn selbiges, um in dieser Sache zu erkennen, competent gehalten wurde.

Da jedoch dies in dem, vom Distr. Ger. an dasselbe erlassenen Schreiben nicht ausgesprochen ist: so muß das Gegentheil angenommen werden und stellt sich besagtes Schreiben lediglich als ein Commissorium dar.

Resc. h. L. Ger. v. 5. Februar 1828.

Wie nach einem nebst dessen Anlagen angeschlossenen Schreiben des h. Ober-Sanitäts-Collegii vom 14/21 December v. J. nur die Wundärzte, nicht aber die Aerzte bei ihrer Aufnahme außer dem Erbhuldigungsseide, einen Eid leisten, sondern letztere nur einen Revers unterschrieben, übrigens der Dr. med. N. N. so wenig als irgend ein anderer Zeuge oder Sachverständiger sich entlegen kann, auf richterliches Erfordern seine Wahrnehmung bei Untersuchung und Behandlung des betreffenden Patienten, und sein Kunsturtheil darüber eidlich an- und abzugeben: so hat h. Distr. Ger. demselben solches unter Vorlegung des vom h. Ober-Sanitäts-Collegio anhero mitgetheilten Formulars des von ihm vollzogenen Reverses zu eröffnen und demselben aufzugeben, daß er bei Vermeidung des gesetzlichen Zwanges entweder seine bei den Acten befindlichen Gutachten eidlich zu bestärken, oder über deren Gegenstand anderweit eidlich sich vernehmen zu lassen habe; wie denn, wenn er sich dessen weigern sollte, mit der Anwendung gesetzlicher Zwangsmittel wider denselben zu verfahren ist.

L. Resc. v. 10. März 1828.

Von der h. Kammer ist angezeigt worden, daß das h. Distr. Ger. N. in solchen Fällen, wo die erkannte Defraudationsstrafe durch die hiesigen Anzeigen bekannt gemacht worden, auch die bewilligten Milderungen solcher Strafen mit zur öffentlichen Kenntniß bringe. Wie jedoch dadurch das Vertrauen der Accisepflichtigen auf dergleichen Milderungen zu sehr genährt und mittelbar die Defraudationen befördert werden: so hat das h. Distr. Ger. solche Strafmilderungen künftighin nicht mit in den gedachten Blättern bekannt machen, sondern lediglich die erkannten Strafen in dieselben inseriren zu lassen.

Resc. h. L. Ger. v. 17. März 1828.

Der Commandeur der Landwehr-Drägoner und Landwehr-Fußjäger, Obristlieutenant Pott zu Braunschweig, hat beschwerend zur Anzeige gebracht, daß seit Einführung der neuen Gerichtsverfassung dem höchsten Rescripte vom 12. September 1819, zufolge dessen die Gerichte denselben von dem Ausfalle solcher Untersuchungen, wenn Husaren oder Fußjäger im Dienste von Unterthanen beleidigt oder gemißhandelt werden, in Kenntniß setzen sollen, welches höchste Resc. den sämmtlichen Stadt- und Kr. Gerichten durch das Circular vom 23. September d. J. zur Nachricht und Nachachtung bekannt gemacht ist, von den gegenwärtigen Gerichten nur in seltenen Fällen Folge geleistet werde, und hat derselbe darauf angetragen, die Vorschrift gedachten höchsten Rescripts aufs neue bei den Gerichten in Erinnerung zu bringen.

Die h. Distr. Ger. und das h. Kr. Ger. Lhedinghausen werden daher hierdurch

Criminal-Justiz, Rescripte.

anderweit aufgefordert, in vorkommenden Fällen von dem Ausgange der wegen Beleidigung der Landwehr-Drägoner und Fußläger angestellten Untersuchungen die Bekanntmachung an den Commandeur derselben nicht zu verabsäumen.

Resc. h. L. Ger. v. 17. März 1828.

Auf den erstatteten Bericht wird erwiedert: daß, wenn gleich nicht für jedes Vergnadigungsgeſuch eines unvermögenden Verurtheilten, Vergütung aus der Staatscasse erfolgen kann, dennoch im vorliegenden Falle, wo es dem N. unſtreitig zuſtand, etwanige Entſchuldigungsgründe gegen die, gegen ihn verfügte Wiedereinſpernung in die Strafanſtalt vorzubringen, oder in deren Ermangelung nach Anſeit, des Artik. XC. der peinlichen Gerichtsordnung die Gnade des Landesherrn anzurufen, andere Rückſichten eintreten: ſo hat das h. Diſtr. Ger. die liquidirten Gebühren des Procurators N. N. feſtzulegen und zu verwilligen.

Resc. h. R. C. v. 1. Auguſt 1828.

Die Beſtimmung des §. 6. lit. f. der höchſten Verordn. vom 4. October 1826 wornach für Heizung, Licht und Lagerſtroh der Gefangenen keine beſondere Entrichtungen Statt finden, ſondern die dadurch veranlaßten Ausgaben in dazu geeigneten Fällen unter die Alzungscoſten aufgenommen und berechnet werden ſollen, iſt biſher von den Gerichten dahin ausgelegt, daß die Ausgaben für die gedachten Gegenſtände auch von den vermögſamen zur Erſtattung der Alzungscoſten verurtheilten Gefangenen nicht eingefordert, ſondern jederzeit, wie bei den unvermögsamen Arreſtaten, der h. Kammer-Caſſe in Anrechnung gebracht werden.

Da jedoch die allegirte Beſtimmung eine ſolche Befreiung nicht ausdrücklic in ſich begreift, auch kein zureichender Grund vorhanden iſt, weshalb die Gefangenen, welche zur Erſtattung der Alzungscoſten verurtheilt worden und zu deren Berichtigung im Stande ſind, nicht eben ſowol die baaren Auslagen für die Heizung, Licht und Lagerſtroh erſetzen ſollten: ſo werden die h. Kr. Aemter in Gemäßheit eines Allerhöchſten Reſc. vom 19. v. M. hierdurch angewieſen, ſolche Koſten den vermögenden zur Erſtattung der Alzungscoſten verurtheilten Gefangenen hiñſüro mit aufzulegen und ſind bei denjenigen Gerichten, wo die Koſten für die qu. Gegenſtände ſpeciell und tageweiſe berechnet werden, ſolche Koſten nach derſelben Berechnung, wie für die unvermögenden Gefangenen der h. Kammer liquidirt wird, von den vermögenden Gefangenen, welche zur Erſtattung der Alzungscoſten verurtheilt werden, einzuziehen; bei denjenigen Gerichten aber, wo ſolche Gegenſtände entweder in natura der Gefangenen-Anſtalt ausgewieſen werden, oder wo für dieſelben in folle liquidirt wird, ſcheint es angemessen, den Durchſchnittsbetrag von 3 Ggr. für Heizung, 10 Pf. für Erleuchtung und 4 Pf. für Lagerſtroh täglich den vermögenden Gefangenen zu berechnen und von denſelben einzuziehen.

Sollte inzwiſchen hiñſichtlich dieſer Berechnungsart bei dem einen oder anderen Gerichte noch ein Bedenken obwalten, ſo wird darüber weiterer gutachtlicher Bericht gewärtigt.

Resc. h. L. Ger. v. 22. August 1828.

Aus den Braunschw. Anz. hat h. L. Ger. ersehen, daß von mehreren der h. Distr. Ger. bei Bekanntmachung vollzogener Strafen in dem Falle, wenn gegen das vom h. L. Ger. ausgesprochene Erkenntniß ein Devolutiv-Rechtsmittel verfolgt worden, der Strafbetrag nicht bloß nach Maßgabe des zu vollziehenden Erkenntnisses, sondern nach dem Inhalte beider Erkenntnisse angegeben worden. Da nun aber lediglich die vollzogenen Strafen, nicht aber zugleich sämmtliche ausgesprochene Erkenntnisse zur allgemeinen Wissenschaft zu bringen sind und letztes ganz ohne Nutzen ist: so haben die h. Distr. Ger. künftig die Strafen nur in dem Maße, als solche wirklich zur Vollstreckung kommen, bekannt zu machen.

Resc. h. L. Ger. v. 2. September 1828.

Es hängt von den Umständen ab, ob ein Angeschuldigter fortbauern im Arrest zu behalten oder auf freien Fuß zu stellen, ob Zeugen vom Kreisamte eidlich abzuhehren oder die eidliche Bestärkung deren Aussagen auszusetzen sei, wie denn auch die Untersuchung, behuf Bestätigung des Thatbestandes und Sicherung des corporis delicti unbestritten dem Kr. Amte zusteht.

Alle diese Umstände sind bei der Instruction der Untersuchung zu berücksichtigen und ist ihnen gemäß zu verfahren, übrigens aber ist eine bestimmtere Begrenzung des Verfahrens für die, die Untersuchung einleitenden Kr. Aemter um so bedenklicher zu erachten, als oft die Umstände entscheiden müssen, ob eine Ausdehnung erforderlich sei oder nicht.

Resc. h. R. C. v. 31. October 1828

wegen Mittheilung der Erkenntnisse an die Accise-Inspectoren in Zollbetrug-Sachen, s. Artikel: „Zoll.“

Resc. h. R. C. v. 19. December 1828.

Zur Erhaltung und Beförderung des Glor's des hiesigen, dem gemeinen Besten so nöthigen und nützlichen, anatomisch-chirurgischen Instituts ist auf den Antrag des h. Ober-Sanitäts-Collegii, mittelst Allerhöchsten Resc. vom 3. d. M. beschlossen worden, den Umkreis, aus welchem bisher verordnungsmäßig Leichen an die Anatomie hieselbst geliefert worden, zu erweitern und auf sämmtliche zu den Wolfenbüttelschen und Schöningenschen oberhauptmannschaftlichen Districten gehörige h. Kr. Aemter, so wie auf die Stadtbezirke in denselben auszudehnen und ist dabei bestimmt worden, daß von jetzt an die Leichen

- a) der gemeinen und privilegierten Huren,
- b) der Verunglückten, deren Beerdigung aus ihren eigenen Mitteln nicht bestritten werden kann, und
- c) der Selbstmörder,

und zwar in den sechs Monaten vom October bis März einschließlich aus den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel und sämmtlichen zu den obgedachten Districten gehörigen Kr. Aemtern und Städten in denselben mit alleiniger Ausnahme des h. Kr. Amtes Calvörde, in den übrigen Monaten aber nur aus den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel und

den Kr. Aemtern Ribbigshausen und Weshelbe an die hiesige Anatomie geliefert werden sollen.

Zur Erlangung einer gewissen ordnungsmäßigen Ablieferung der Leichen soll aber nach folgenden näheren Bestimmungen verfahren werden.

- 1) Wenn ein Leichnam der erwähnten Art sich vorfindet, so haben die betreffenden Behörden sofort einen Boten an die Anatomie zu Braunschweig mit der Anfrage abzusenden, ob der Leichnam abgeliefert werden solle.
- 2) Prediger, Opferleute und Ortsvorsteher sind verbunden, den Beamten sogleich darüber Mittheilung zu machen, wenn eine Person der in Rede stehenden Art in ihren resp. Gemeinen verstorben ist, und haben auch die betreffenden Behörden dafür zu sorgen, daß sie zeitig von solchen Todesfällen in Kenntniß gesetzt werden, um ohne Verzug den Boten absenden zu können.
- 3) Dem letztern, wenn er von einer auswärtigen Behörde abgesandt ist, wird der Lohn mit 4 Ggr. für jede Meile sofort bei Ablieferung des Schreibens in dem Anatomiegebäude verabreicht und ist die Einrichtung getroffen, daß die Boten daselbst ohne Verzug ihre Abfertigung erhalten.
- 4) Der Transport wird auf Kosten der Anatomie besorgt und wird zu Einziehung der Leiche ein Wagen von Braunschweig aus übersandt, auch der Sarg mit demselben.
- 5) Die Kr. Aemter sind berechtigt, die Ortsvorsteher dahin zu instruiren, daß sie den Boten mit der Anfrage, ob die Leiche abgeliefert werden soll, auch unmittelbar an die Anatomie abzufertigen haben, doch muß gleichzeitig auch dem Kr. Amte Anzeige gemacht werden.
- 6) Die auswärtigen Behörden sind verpflichtet, nach Ablauf eines jeden Quartals dem anatomisch = chirurgischen Collegio darüber Anzeige zu machen, ob und welche Leichen der oberwähnten Art im Laufe des verfloffenen Quartals in ihrem resp. Gerichts- und Verwaltungsbezirke vorgekommen sind.
- 7) Da Fälle vorkommen können, in welchen die Ablieferung der Leiche qu. für bedenklich zu halten ist, so kann davon nur unter folgenden Bedingungen und in nachbemerkter Form Dispensation verlangt werden.

Hält eine Behörde dafür, daß Gründe für eine Dispensation eintreten: so ist dennoch die angeordnete Anzeige nicht zu verabsäumen, es sind aber zugleich dem anatomisch = chirurgischen Collegio die für eine Dispensation eintretenden Gründe vorzulegen. Es ist dabei anzuführen:

Vor- und Zuname des Verstorbenen, Alter, Wohnort, Stand, das Vormundschafts- und Familienverhältniß.

Erkennt das Collegium oder das mit der Beurtheilung beauftragte Mitglied die Gründe für zureichend an, so wird der betreffenden Behörde desfalls sofort Mittheilung gemacht, ist das Collegium aber abweichender Meinung, so fügt es der dem h. St. M. in original-

ginali vorzulegenden Anzeige und dem Antrage der entgegenstehenden Gründe bei und erwirkt so die definitive Entscheidung.

Wegen der den Predigern und Opperleuten nach Maßgabe der Bestimmung sub 2. zu ertheilenden Anweisung ist von dem h. St. M. das Nöthige an das h. Consistorium erlassen, auch das h. Obersanitäts-Collegium angewiesen, das h. Collegium anatomicum hieselbst, wegen Beachtung der gegebenen Vorschriften bei dem Empfange der Leichen mit Instruction zu versehen.

Bekanntmachung I. Str. E. v. 19. December 1828.

Da in Betracht der seit einiger Zeit sehr häufig vorgekommenen aller Wahrscheinlichkeit nach größtentheils boshafterweise angefügten Feuerschäden verordnet ist, daß, um der ferneren Verübung von dergleichen Verbrechen thunlichst entgegen zu wirken, einem Jeden, der den boshaften Urheber irgend eines im Lande entstandenen Brandschadens dergestalt zuerst zur Anzeige bringen wird, daß solcher zur gerichtlichen Untersuchung und Bestrafung gezogen werden kann, eine Belohnung von Einhundert Thalern ausbezahlt werden soll; so wird solches hiermit öffentlich und mit der Bemerkung bekannt gemacht, daß im eintretenden Falle die Bezahlung der zugesicherten Belohnung aus hiesiger Brandversicherung-Casse geschehen wird.

(Br. Anz. 1828. Nr. 101.)

Resc. h. R. E. v. 2. Februar 1829.

Da h. R. E. es für angemessen hält, daß die von vermögenden Arrestaten refundirten Gefangenen-Kosten für die Folge nicht mehr direct an die h. Kammer-Casse abgeliefert werden, sondern in den monatlichen Liquidationen zur Berechnung kommen, so wiew h. Distr. Ger. in Wolfenbüttel in Beziehung auf die Berichte vom 17. d. M. hiedurch ersucht, dergleichen refundirte Kosten hinkünftig an das dortige h. St. Ger. abzuliefern, damit dieses dieselben in der Gefangenen-Kosten-Liquidation in Einnahme bringen lasse.

Resc. h. E. v. 4. März 1829.

Da von der Strenge der Verordn. den Hausdiebstahl betr. längst abgewichen ist, so sind künftig die Worte des Auszuges aus den Verordnungen (mitgetheilt durchs Resc. vom 9. October 1824) pag. 8 und 9: „wird hier aus der angeführten höchsten Verordn. ausdrücklich wiederholt,“ — „mit Karren- und Zuchthaus-Strafe belegt werden sollen,“ wegzulassen und ist statt dessen zu sagen: „wird in Erinnerung gebracht, daß diejenigen, welche sich an diese Verwarnung nicht kehren, nach Anleitung gedachter Verordn. mit geschärfster peinlicher Strafe belegt werden sollen.“

Resc. h. St. M. v. 21. März 1829.

Auf die in dem Berichte enthaltene Anfrage: ob der §. 2. der I. Verordn. vom 26. Juli 1827, durch welche körperliche Züchtigungen bei erwachsenen Personen aus der Zahl der Criminalstrafen ausgeschlossen sind, auch dann anwendbar sei, wenn es nur auf eine disciplinarische Ahndung gegen verhaftete Inquisiten und Sträflinge ankomme, wird unver-

Criminal-Justiz, Rescripte.

halten, daß in diesem Falle gedachte Verordn. allerdings anzuwenden sei und bei der bestimmten Vorschrift derselben die in Antrag gebrachte Declaration nicht zulässig erscheine. Es kann daher den Untersuchungsrichtern nicht gestattet werden, gegen Inquisiten oder Sträflinge, der Vorschrift der Gesetze zuwider, körperliche Züchtigungen zu verfügen, und muß es ihnen überlassen bleiben, durch Gefängnißstrafe oder Schärfung derselben, durch ein schlechteres Local, durch schmalere Beköstigung, durch Fesseln oder Verstärkung der bereits angelegten, je nachdem die Umstände eines dieser Mittel als zweckmäßig und zulässig darstellen, dergleichen Ungebüß, wie der N. vor dem Gerichte N. begangen, zu ahnden.

Bekanntmachung h. R. E. v. 19. Juni 1829.

Wir sind autorisirt, zur Steuerung der seit einiger Zeit überhand genommenen Forellendieberei von 5 bis 10 Thaler für die Ergreifung oder Denunciation eines Forellendiebes in den h. Gewässern der Neile und ihren Nebenbächen bei Lutter am Barenberge auf den Fall auszuloben, daß der denunciirte Frevler des angeschuldigten Vergehens überführt und zu der gesetzlichen Strafe verurtheilt wird, und bringen solches mit der Bemerkung hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß die desfallsigen Anzeigen bei der betreffenden Forstbehörde einzubringen sind.

(Br. Anz. 1829. Nr. 48.)

Resc. h. L. Ger. v. 3. August 1829.

Da in den Fällen, in welchen Inquisiten, die in erster Instanz zur Strafe des großen Karrens verurtheilt werden, diese Strafe salva appellatione antreten wollen, hieraus alsdann, wenn in der oberen Instanz das Erkenntniß abgeändert und die Strafe in eine der Gattung nach, gelindere verwandelt würde, mancherlei Uebelstände, besonders in der Hinsicht hervorgehen könne, daß die Karrenstrafe an sich infamirend ist, so kann in den gedachten Fällen eine vorläufige Antretung der Strafe nicht gestattet, die Strafe vielmehr erst dann, wenn das dieselbe aussprechende Erkenntniß rechtskräftig geworden, vollzogen werden. Die Distr. Gerichte haben sich hiernach in vorkommenden Fällen zu achten.

Resc. h. R. E. v. 23. October 1829.

Für die Folge ist bei Beurtheilung der Kosten-Berichtigung für Inserenda wegen gestohlener Sachen in auswärtige Blätter, nach Analogie der auf den Grund eines höchsten Resc. vom 25. Januar 1788 erlassenen Bekanntmachung des vormaligen fürstl. Intelligenz-Directorii (Fredericksdorffs Promptuarium Th. VI. p. 22.) zu verfahren und also wenn solche Kosten von der Staats-Casse zu tragen sind, jedesmal das dabei zum Grunde liegende Verhältniß der Liquidation näher auszuführen.

Resc. h. R. E. v. 17. Februar 1830.

Da über die Auslegung der in dem Circul. Resc. vom 19. December 1828 und zwar über die sub lit. c. wegen Ablieferung der Leichen von Selbstmördern enthaltenen Vorschrift ein Zweifel entstanden, ob diese Verordn. auch auf die Leichen solcher Selbstmörder Anwendung finde, welche sich im Zustande der Melancholie das Leben nehmen,

und dieserhalb mittelst Resc. des h. St. M. vom 3. d. M. die Declaration dahin gegeben ist, daß es den Gerichten zu überlassen sei, in Fällen von Selbstmorden nach Maßgabe der individuellen Verhältnisse des Selbstmörders, und insbesondere, wenn der Selbstmord in Folge von Melancholie verübt worden, von der als Regel vorgeschriebenen Ablieferung der Leiche an die Anatomie zu dispensiren: so wird solches nachrichtlich hierdurch bekannt gemacht, um sich bei vorkommenden Fällen danach zu richten.

Resc. h. L. Ger. v. 11. März 1830.

Daß, da wie die desfalls bestehenden gesetzlichen Vorschriften ersehen lassen, in Untersuchungs-Sachen eine elective Einlegung von Rechtsmitteln, wie in Civil-Processen, nicht statthaft ist, vielmehr nach einer bestimmt zu erlangenden Erklärung des Denunciaten über die Art des Rechtsmittels, nach Maßgabe der hier zur Anwendung kommenden Vorschriften der höchsten Verordn. v. 29. September 1817 §. 4—7. und der höchsten Verordn. vom 29. Juli 1826 §. 2 und 3. dem von dem Denunciaten gewählten Wertheidiger die erforderliche Vinalaufgabe zur Einbringung der Rechtfertigungsschrift hätte gemacht werden sollen: so ist dieses zuvörderst annoch zu veranlassen und resp. zu verfügen.

Resc. h. St. M. v. 2. April 1830.

Wie, nachdem bereits vor einigen Jahren verschiedene hannoversche Gerichte es verweigert, dortseitige Unterthanen in Steuer- und Zoll-Contraventionsachen vor hiesigen Gerichten zu sistiren, auch andern dahin einschlagenden Requisitionen Folge zu leisten mit dem Auführen, daß auf Gegenstände dieser Art die Convention vom 12. April 1795 keine Anwendung leide, damals es Bedenken gefunden hat, hierüber mit der königl. hannoverschen Regierung ein Separatabkommen zu treffen und dagegen beschloffen worden ist, von Seiten der hiesigen Gerichte die Retorsion eintreten zu lassen, so bietet in dem vorliegenden Falle die ablehnende Erklärung des Amts Giffhorn Grund zu einer Beschwerde nicht dar und muß hiernach die fragliche Untersuchung auf sich beruhen bleiben. Es ist jedoch die reciproke Verweigerung der Rechtshilfe von Seiten der hiesigen Gerichte in den in Rede stehenden Untersuchungsachen auf die Sistirung dieseitiger Unterthanen vor den königlich hannoversch. Gerichten, und die von den letztern begehrte Vollziehung der von ihnen erkannten Strafen an hiesigen Unterthanen zu beschränken, wogegen simple Citationen diesen insinuiert werden können, weil es ihrem Interesse gemäß sein könnte, von dem ihnen zustehenden Wertheidigungsrechte vor den dortseitigen Gerichten Gebrauch zu machen. Herzogl. Distr. Ger. M. hat nun nach dem Obigen, sowohl das h. Kr. Amt S., so viel den vorliegenden Fall betrifft, zu bescheiden, als die Kr. Aemter für künftige Fälle zu instruiren.

Resc. h. St. M. v. 16. October 1830.

Auf das von dem h. St. M. an das königl. hannoversche Cabinets-Ministerium wegen der, auf den Grund der Convention von 1798 zu verfügenden Auslieferung des, wegen wiederholten Diebstahls bei dem hiesigen h. Distr. Ger. in Untersuchung gerathenen

60 Criminal-Justiz, Dienstkleidung, Domainen, Rescripte.

Dienstknechts N. N. aus N. erlassene Vorschreiben ist von letztgedachtem Ministerio erwideret worden, daß die angeführte Convention auf den vorliegenden Fall keine Anwendung zu finden scheine, indem der §. 4. derselben nur auf diejenigen Fälle passe, in welchen von nicht domicilirten Landesunterthanen die Rede sei. Dieser Ansicht muß h. St. M. als richtig beitreten, und hat daher das gleichzeitige Anerbieten des königl. Cabinets-Ministerii, daß über die, von dem Inculpanten in den hiesigen Landen muthmaßlich begangenen Verbrechen, auch von den königl. hantwertsch. Gerichten erkannt werde, um so mehr angenommen, als die Beendigung der, wider denselben obschwebenden Untersuchungen dadurch beschleunigt, und deren Führung vereinfacht werden wird.

Resc. h. St. M. v. 5. November 1830.

Den Kr. Aemtern werden Exemplare der Verordn. vom 1. Novbr. 1830, die Bestrafung der gegen die öffentliche Ordnung und Ruhe gerichteten Vergehen u. betr. zu dem Ende zugefertigt, um solche durch Anschlag an die Gerichtsstelle und an den sonst geeignet scheinenden, vom Publicum häufig frequentirten Orten zur öffentlichen Kenntniß zu bringen und über die Beachtung derselben auf das Strengste zu halten.

Dienstkleidung.

Resc. h. R. E. v. 22. Juli 1829.

In Gemäßheit eines höchsten Resc. vom 10. d. M. das Tragen der Knöpfe mit Kr. Hochfürstl. Durchl. Namens-Chiffer und Krone betr., wird hiermit zur Nachricht und Nachachtung bekannt gemacht:

1) die Civilbeamten, mit Ausnahme der beim Forst- und Jagd-Departement Angestellten, tragen auf einem blauen Fracke mit blauem Tuchkragen, matt vergoldete Knöpfe mit lateinischer einfacher Chiffer und Krone, keine auf den Vatten.

2) Die beim Forst- und Jagd-Departement sich befindenden Beamten tragen auf einem grünen Fracke mit schwarzem Sammetkragen matt vergoldete Knöpfe mit lateinischer Chiffer und Krone.

Dieserjenigen dieser Staatsdiener jedoch, welche zugleich Hofchargen bekleiden, statt der mit einfacher Chiffer, Knöpfe mit der lateinischen doppelten.

Domainen.

W. den Erlaß der Häuslingschuß- und Dienstgelber für das Jahr 1830 von Michaelis bis dahin 1831 betr. (S. 167.) [No. 25.] (18. November 1830.)

R e s c r i p t.

Resc. f. R. E. v. 23. April 1817.

Die Verzeichnisse über die Häuslingschuß- und Dienstgelber sollen nach der Circularverfügung vom 17. Mai 1815 in der vorgeschriebenen Form jedesmal prompt auf Oßtern und Michaelis angefertigt werden, und in den auf diese Termine folgenden 14

Feldtauben, Finanz-Collegium, Rescripte.

61

Lagen bei f. Kammer eingehen; die Kr. Ger., welche diesen Termin verabsäumen, und die Verzeichnisse später einsenden, für jeden verspäteten Tag in einen Thaler Strafe genommen werden, wobei keine Nachsicht eintreten kann.

Feldtauben.

W. das Verbot des Feldtaubenhaltens in den Städten und Flecken betr. (S. 17.) [No. 4.] (5. Februar 1830.)

Erneuerung der W. vom 8. August 1744: Das Wegschießen der Feldtauben ist vermöge des Jagdrechts, und wer von der Orts-Polizei Erlaubniß dazu erhalten, gestattet.

R e s c r i p t.

Resc. h. K. C. v. 25. Februar 1830.

Durch die allerhöchste Verordn. vom 5. Februar dieses Jahrs

das Wegschießen der Feldtauben auf den vor den Städten und Flecken belegenen Aeckern und Gärten betr.

ist zwar festgesetzt, daß Niemand ohne Erlaubniß der Orts-Polizei die Feldtauben vor den Städten und Flecken wegschießen dürfe; da jedoch, wenn mit Ertheilung dieser Erlaubniß zu willfährig verfahren wird, dieses leicht zu Jagdfreseln Veranlassung geben kann: so werden die Polizeibehörden angewiesen, vor Ertheilung eines Erlaubnißscheins mit den betreffenden Forstbedienten deshalb zu communiciren.

Finanz-Collegium.

W. die Einsetzung eines Finanz-Collegiums und eine veränderte Bestimmung über den Geschäftskreis der Kammer betr. (S. 9.) [No. 3.] (28. Januar 1830.)

S. 5. Einsetzung des Finanz-Collegiums — Geschäftszweig. (S. 12.) [No. 3.] (28. Januar 1830.)

S. 6. Untergeordnete Behörden des Fin.-Coll. — Berichterstattung. (S. 13.) [No. 3.] (28. Jan. 1830.)

S. 7. Juridischer Beistand — Justizdepartement. (S. 14.) [No. 3.] (28. Jan. 1830.)

S. 8. Berichterstattung der Leihhaus-Commission, Rechn., Revis. Commiss., Civilb. Wittwen- und Waisen-Cassen-Deputat. (S. 15.) [No. 3.] (29. Jan. 1830.)

S. 9. Vortrag des Direct. des Fin.-Coll. (S. 15.) [No. 3.] (28. Jan. 1830.)

S. 10. Ausführung dieser Verordn. auf den 1. April 1830. (S. 15.) [No. 3.] (28. Jan. 1830.)

R e s c r i p t.

Bekanntmachung h. Finanz-Collegii v. 1. Mai 1830.

Das h. Finanz-Collegium, die Direction der Domainen, der Forsten, der Berg- und Hütten-Werke und die Oberbau-Verwaltung, welche durch die landesherrl. Verordn.

62 Finanz-Collegium, Rescript. Forst- und Jagd-Wesen.

vom 28. Jan. d. J. errichtet sind, werden ihre Geschäfte von heute an beginnen. Von diesem Tage an wird auch statt der bisherigen herzogl. Kammer-Casse, welche unter diesem Namen aufhört, die herzogl. Hauptfinanz-Casse eintreten, an welche also alle Gelber, die bisher der h. Kammer-Casse gebührt haben, einzuliefern sind, so wie von ihr die Zahlungen, welche etatsmäßig gegenwärtig bereits verwilliget sind, fortwährend geleistet werden. Die Quittungen, welche von der h. Hauptfinanz-Casse zu ertheilen sind, werden von einem Mitgliede des h. Fin.-Coll. contrasignirt; Quittungen, welche mit solcher Signatur nicht versehen sein sollten, können als vollständig nicht angesehen werden.

Das h. Fin.-Coll. und die demselben beigeordneten, oben benannten Behörden werden zwei Siegel, ein größeres mit dem h. Wappen, ein kleineres aber mit dem Krosse und der Krone und einer die Behörde bezeichnenden Umschrift führen.

Die technische Ausführung der Bauten und Reparaturen auf den öffentlichen Wegen, außer den Chausséen, wird von der h. Oberbau-Verwaltung geleitet, an welche sonach die auf diesen Dienstzweig sich beziehenden Eingaben zu richten sind.

Den sämtlichen Behörden und herrschaftlichen Dienern und Allen, die es sonst angeht, wird dieses zur Nachricht und Nachachtung hierdurch bekannt gemacht.

(Br. Anz. 1830. Nr. 34.)

Forst- und Jagd-Wesen.

Erklärung wegen der zwischen der herzog. Braunschw. und königl. Großbritt. Hannoversch. Regierung, zur Sicherung der Entdeckung und Bestrafung der an den Gränzen vorfallenden Holz-, Wild- und Fisch-Entwendungen getroffenen Uebereinkunft. (S. 121.) [No. 17.] (2. August 1828.)

- §. 1. Die Grenzobrigkeiten sollen sich mit Willfährigkeit behilflich sein, die Holz- u. Diebstähle ausfindig zu machen. (S. 121.) [No. 17.] (2. Aug. 1828.)
- §. 2. Verfolgung der Frevler bis ins benachbarte Gebiet — Hausfuchung ohne vorherige Anfrage bei der Obrigkeit, jedoch in Gegenwart des Bürgermeisters, Voigts und des Ortsvorgesetzten. (S. 121.) [No. 17.] (2. Aug. 1828.)
- §. 3. Doppelte Aufnahme und Einsendung des aufgenommenen Protocolls von dem Ortsvorsteher. (S. 122.) [No. 17.] (2. Aug. 1828.)
- §. 4. Ueberlieferung und Aufbewahrung der entwandten Gegenstände an und von dem Denuncianten — Beschlaganlegung, wenn die Entwendung nicht eingestanden ist; — Zurückgabe der dem Verderben ausgesetzten Sachen, dann aber für Feststellung des Thatbestandes Sorge zu tragen. (S. 122.) [No. 17.] (2. Aug. 1828.)
- §. 5. Verhaftung bei wichtigeren Vergehungen von der Obrigkeit zu verfügen — Benachrichtigung an das competente Gericht. (S. 123.) [No. 17.] (2. Aug. 1828.)
- §. 6. Weitere Untersuchung und Bestrafung von der Obrigkeit des Orts, wo das Vergehen begangen ist — Gewährung der Requisitionen. (S. 123.) [No. 17.] (2. Aug. 1828.)

- S. 7. Ist die Entwendung nach den Gesetzen des Orts, wo sie begangen ist, nicht wrogenmäßig, sondern peinlich zu bestrafen, so bleibt die Auslieferung zu einer Vereinbarung, nach der Convention von 8. Januar 1798, verstellt. Wenn die Auslieferung nicht gewährt werden sollte, so ist der Denunciat vor das Gericht seines Wohnorts zu ziehen. (S. 123.) [No. 17.] (2. Aug. 1828.)
- S. 8. Unbeschränkte Dauer — Aufkündigung dieser Vereinbarung. (S. 123.) [No. 17.] (2. Aug. 1828.)
- W. die diesjährige Eröffnung der niederen Jagd betr. — 12. Septbr. (S. 126.) [No. 19.] (19. Aug. 1828.)
- W. die diesjährige Eröffnung der niederen Jagd betr. — 12. Septbr. (S. 15.) [No. 6.] (27. Aug. 1829.)
- Circul.-Resc. an sämtliche h. Distr. Ger., St. Ger. und Kr. Aemter, die Auslegung der, mit dem königl. preuß. Gouvernement unterm 7. Februar 1827 abgeschlossenen Uebereinkunft wegen gegenseitiger Ergreifung wirksamer Maßregeln zur Verhütung der Forstfrevel in den Gränzwaldungen betr. (S. 5.) [No. 2.] (10 Januar 1830.)
- 1) Die sogenannten qualificirten Holzdiebstähle des preuß. Rechts, gehören unter den Bereich der Convention. (S. 7.) [No. 2.] (10. Jan. 1830.)
 - 2) Ob ein von hiesigen Unterthanen im Preuß. begangenes Delict ein Forstfrevel sei, ist nach hiesigen Gesetzen zu beurtheilen, die Strafe aber nach preuß. Rechte zu bestimmen. (S. 7.) [No. 2.] (10. Jan. 1830.)
- W. die diesjährige Eröffnung der niedern Jagd betr. — 10. Septbr. (S. 133. (No. 15.] (30. Aug. 1830.)

R e s c r i p t e.

Resc. f. K. C. v. 20. September 1814.

Unter der ehemaligen Braunschweigischen Regierung, bestand bis zum Eintritte der französischen Occupation die Einrichtung, daß das von den die Herrschaftlichen Forsten administrirenden Forstbedienten erlegte Wildpret durch die Unterthanen entweder durch Herrendienste, Reihendienste oder Reihboten, sowohl aus den Forstrevieren in die Wohnung der Forstbedienten, als auch an die f. Hofküche transportirt werden mußte.

Da diese Einrichtung von jetzt an wieder in eben der Art, wie sie damals in jedem Theile des Landes bestand, in Kraft treten soll, so beauftragt f. K. C. das f. Kr. Ger., hiernach die nöthigen Anordnungen in dem Umfange ihres Kreisbezirks zu treffen und nicht allein dafür zu sorgen, daß der Transport des Wildprets gehörig beschafft, sondern auch dahin zu sehen, daß die Unterthanen, denen solcher obliegt, dafür wie ehemals entschädigt werden.

Gleichergestalt ist zu verfügen, daß die Dienste bei dem Klapper- und Treibjagen so wie vormalis geleistet werden, und sich auf jedesmaliges Anfordern der Forstbedienten

Forst- und Jagd-Wesen, Rescripte.

an den bestimmten Orten und zu festgesetzter Zeit einfinden, wenn zuvor dem f. Kr. Ger. von dem Oberforstbedienten eine Requisition dahin zugegangen sein wird, daß jeder Jagd= dienstpflichtige vorerst zu einmaliger Ableistung des Dienstes die Anweisung erhalten möge, welche Requisition bei nochmaliger Dienstleistung wiederholt werden wird.

Resc. f. R. C. v. 29. Januar 1815.

Es besteht fortwährend die Verordnung, daß aus Herrschaftlichen Forsten kein Holz ins Ausland verkauft werden soll. Dieselbe hat jedoch auf Privats- oder Gemeine= Waldungen keine Beziehung, und es ist daher außer Zweifel, daß Holzvorräthe in den letztern bemerkten Forsten, die deren Besitzer nicht selbst bedürfen, vorausgesetzt, daß selbige nicht die Obliegenheit haben, das Holz den herrschaftlichen Hütten vorzugsweise zu überlassen, ins Ausland abgesetzt werden können.

Resc. f. R. C. v. 20. März 1815.

Es ist oft bemerkt, daß die Bauholzanschläge für die Unterthanen, welche des Holzes entweder zu neuen Bauten oder zu Reparaturen bedürftig sind, keinesweges mit der nöthigen Accurateffe angefertigt werden, und hauptsächlich auf die möglichste Ersparung des Holzes, da wo solches thunlich ist, nicht gehörig Bedacht genommen wird. Um dem Nachtheil vorzubeugen, welcher aus diesen Versäumnissen für die Herrschaftlichen Forsten, deren Bestände, insbesondere so viel das Buchen- und Eichenholz anlangt, geschont werden müssen, erwächst, wird hiermit festgesetzt, daß

1) sämtliche Bauansschläge nur von den beeidigten Amtszimmermeistern mit Berücksichtigung der möglichsten Holzersparung angefertigt;

2) anstatt, daß bisher die Giebelsparen von Eichenholz genommen worden, solche künftig nur von Lannenholz veranschlagt werden, und

3) die Buchen=Dielen zur Bekleidung der Giebel gänzlich wegfallen, und deshalb die Wände ausgemauert werden sollen, so daß auch die Stachbölzer wegfallen, welches letztere für um so zweckmäßiger gehalten werden muß, da Lehmwände sehr feuergefährlich, und Mauersteine allenthalben zureichend vorhanden sind.

Wie nun die Forstbehörde hiernach instruiert worden ist, so beauftragen Wir f. Kr. Amt das Nöthige dahin zu verfügen, daß obige Bestimmungen den Unterthanen ebenfalls zur Kenntniß gelangen, damit sie in vorkommenden Fällen sich danach achten können.

Instruction f. Kammer=Collegii für die Herzogl. Braunschweigischen Forst=Officianten, in Gemäßheit höchsten Rescripts vom 1. Mai 1815.

Die Forsten des Herzogthums Braunschweig und Fürstenthums Blankenburg sind nach höchster Bestimmung in vier Forstämter oder Forstmeistereien eingetheilt, welche aus Oberforstereien und diese wiederum aus Forstrevieren bestehen.

Die Verwaltung eines jeden Forstamtes oder jeder Forstmeisterei geschieht:

1) durch den Vorgesetzten desselben;

2)

Forst- und Jagd-Wesen, Rescripte.

65

- 2) durch die dazu gehörigen Oberförster und
- 3) durch die reitenden und gehenden Förster.

Allgemeine Instruction.

§. 1. Sämmtliche Officianten sind verbunden, sich alle ergangene und noch zu erlassende Verordnungen, das Forst- und Jagd-Wesen betr., bekannt zu machen und sich darnach zu achten, auch den Vorschriften und Anordnungen der f. Collegien pünktlich nachzukommen.

§. 2. Die zu fordernden Berichte sind jederzeit nach angestellten hinlänglichen Erkundigungen und Ueberlegungen prompt, mit möglichster Bestimmtheit und größter Zuverlässigkeit abzustatten, überhaupt aber alle von Seren. oder der f. K. ergehenden Verfügungen, Rescripte, Dekrete oder Resolutionen ohne Aufschub willig und treu zu befolgen.

§. 3. Ohne Urlaub darf kein Officiant sich aus seinem Wirkungskreise entfernen, und ist zu einer Reise ins Ausland Seren. höchste Genehmigung erforderlich. Die Gesuche dieserwegen werden f. K. zu weiterer Beförderung eingereicht, und müssen die von den Oberförstern, Forstschreibern und Revierforstbedienten durch den Districts-Oberforstbedienten an f. K. gelangen.

Zu Reisen im Lande haben die Districts-Oberforstbedienten den Urlaub von f. K., die Oberförster und Forstschreiber von den Districts-Oberforstbedienten, die Revierforstbedienten hingegen von dem betreffenden Oberförster einzuholen und ist in allen diesen Fällen die Verfügung zu treffen, daß durch die Abwesenheit Nichts versäumt werde, zu welchem Ende jedesmal der Tag der Abreise und die Zeit, auf welche der Urlaub zu erhalten gewünscht wird, angezeigt werden muß.

§. 4. Jeder Officiant ist verbunden, ein anständiges und untadelhaftes Leben zu führen und alles dasjenige zu thun, was einem getreuen herrschaftlichen Diener wohl anstehet und gebühret.

Instruction für die Vorgesetzten der Forstmeisterei.

§. 5. Insbesondere liegt dem Vorgesetzten einer jeden Forstmeisterei ob, sich der Verbesserung der bestmöglichen Benutzung, sowol der herrschaftlichen als der in Administration sich befindenden Gemeine- und Stifts-Waldungen u. pflichtmäßig angelegen sein zu lassen, zu dem Ende die Reviere in Begleitung des betreffenden Oberförsters und Revierförsters jährlich mehrere Male zu bereisen, über die Execution der genehmigten Cultur- und Hauungs-Vorschläge ein Protokoll und ein anderes über den vorgeschlagenen Holztrieb und zu preponirenden Culturen nach gemeinschaftlich angestellter Ueberlegung, aufzunehmen, ersteres von jeder Oberförsterei besonders an f. K. einzusenden, von letzteren aber dem betreffenden Oberförster eine beglaubigte Abschrift zuzustellen. Die Protokolle sollen bei den von dem Oberförster anzufertigenden Vorschlägen zur Grundlage dienen, wie solches im §. 16. weiter angeführt ist.

§. 6. In Ansehung der Mast hat derselbe dahin zu achten, daß solche entweder durch Betreiben mit Massschweinen oder durch Verpachtung gehörig benutzt werde;

Forst- und Jagd-Wesen, Rescripte.

zu dem Ende, die ihm von dem Oberförster vorzulegenden Maassanschläge genau zu prüfen und solche sodann mit seinem Gutachten und Berichte an f. K. zur Genehmigung einzureichen.

§. 7. Gleichergestalt hat derselbe auf die Instanderhaltung und zweckmäßige Benutzung der herrschaftlichen Jagden sein Augenmerk zu richten, zugleich aber darauf zu halten, daß die Bildpretschäden von Aekern und Wiesen so viel als möglich abgewendet werden.

§. 8. Die von den Oberförstern jährlich anzufertigenden Hauungs- und Cultur-Vorschläge (Schema F. und G.) sendet der Vorgesetzte der Forstmeisterei spätestens den 15. August mit seinem etwanigen darin angeführten Bemerkungen an f. K., und verfertiget demnächst an jene die darauf erfolgenden Resolutionen aus.

Eben so sendet derselbe die ihm von den Forstschreibern den 1. Juni zugehenden Cultur-Rechnungen, nachdem er solche nachgesehen und seine etwanigen Erinnerungen beigefügt hat, an f. Kammer.

§. 9. Der Oberförster und Forstschreiber siehet unter der unmittelbaren Aufsicht des Vorgesetzten der Forstmeisterei, zu welcher er gehört. Dieser wird zuerst wegen jeder Nachlässigkeit oder Unordnung, nicht weniger wegen jeder unterbliebenen Unordnung u., in Anspruch genommen und ist dafür verantwortlich. Derselbe hat daher darauf zu achten, daß die Oberförster und Forstmeister ihrer Obliegenheit genau nachkommen, und diejenigen, welche solches nicht thun, der f. K. anzuzeigen.

§. 10. Die etwanigen Vorschläge bei entstandenen Vacanzen sind jederzeit mit aller Unpartheilichkeit abzugeben, und ist dabei allein das Beste des Dienstes zu beachten.

§. 11. In allen Fällen, da von dem Oberförster oder Forstschreiber die Mitwirkung seines Vorgesetzten, oder dessen Abhilfe in irgend einer Sache, in Anspruch genommen wird, z. B.

wenn eingerissene Unordnungen abzustellen; wenn nützliche Forstverbesserungen zu machen sind; wenn die Bewirthschaftung der Interessenten oder Gemeinde-Waldungen nicht so geschieht, wie es zum Besten derselben geschehen muß; wenn Revierforstbediente sich nachlässig beweisen u.;

hat solche derselbe willig zu übernehmen, diejenigen Mittel vorzuziehen und anzuwenden, welche er für zweckmäßig hält und nöthigen Falls davon f. K. Anzeige zu machen.

§. 12. Der Vorgesetzte der Forstmeisterei hat sich die Erhaltung der höchsten Gerechtsame pflichtmäßig angelegen sein zu lassen, auch eben sowol darauf zu halten, daß die Forst- und Jagd-Gränzen nicht geschmälert oder darin Eingriffe gemacht werden.

§. 13. Die höchsten Orts oder von Seiten der f. K. erlassenen Verfügungen sind jedesmal prompt zu expediren, so wie auch diejenigen Angelegenheiten, welche einer höhern Verfügung bedürfen, gehörigen Orts ohne Anstand anzuzeigen.

§. 14. Die eingehenden Exhibita, so wie die Expeditionen, sind zu numeriren und in ein darüber zu führendes Buch, mit Auführung des Datums des Ein- und Abgangs,

gehörig einzutragen, nicht weniger sämtliche Acten und Piecen in einer aufzustellenden Registratur dergestalt zu reponiren und darüber ein Repertorium aufzustellen, daß erforderlichen Falls ohne Mühe davon Gebrauch gemacht werden kann; auch ist in Gemäßheit des §. 26. darauf zu halten, daß von dem ihm untergeordneten Forstpersonale gleiche Ordnung beobachtet werde.

§. 15. Was das Forstrechnungs- und das Forstbußwesen anbetrifft, so sind darüber besondere Instructionen angefertigt, welche von dem Chef der Forstmeisterei, insofern es ihn betrifft, aufs Genaueste zu befolgen sind, so wie er auch darauf zu achten hat, daß solches von den betreffenden Forstbedienten geschieht.

Instruction für die Oberförster.

§. 16. Die Verbesserung und Instandhaltung der herrschaftl. und Interessenten-Bal-dungen, die Gewinnung des dem Bestande und der Nachhaltigkeit angemessenen Ertrages, so wie die zweckmäßigste und bestmöglichste Benutzung der Forstprodukte, gehört zu den vorzüglichsten Pflichten des Oberförsters, und machen dies die Hauptgegenstände der von den Vorgesetzten der Forstmeisterei in Begleitung des Oberförsters und betreffenden Revierförsters jährlich vorzunehmenden Forstbereisung aus. Von dem darüber von dem gedachten Vorgesetzten aufgenommenen Protokolle erhält der Oberförster nach §. 5. eine beglaubte Abschrift, welche demselben bei den zu fornirenden Hauungs- und Cultur-Vorschlägen zur Grundlage dient und denselben jedesmal beizufügen ist.

Wie diese Vorschläge, welche unfehlbar den 1. August jeden Jahrs dem Districts-Vorgesetzten eingereicht werden müssen, einzurichten sind, ergeben die Schemata O. und P.

§. 17. Nach erfolgten Genehmigungen dieser Vorschläge fertigt der Oberförster Extracte daraus, den betreffenden Revierforstbedienten zu, und schreitet hierauf zu Anschlagung der zu hauenden Stämme, so wie er auch darauf zu achten, daß nach den Vorschlägen und darauf erfolgten Resolutionen pünktlich verfahren werde.

§. 18. Das gehauene Holz wird von dem Oberförster im Weisem des Revierförsters und, so viel wie thunlich, auch in Gegenwart des Forstschreibers abgezählt, darüber ein Protokoll oder Abzählungsliste in duplo aufgenommen, solche von den gegenwärtigen und vorbenannten Forstbedienten unterschrieben, und das eine Exemplar dem Forstschreiber zum Belag der Rechnung, das zweite Exemplar aber dem Revierförster eingehändigt. Bevor die Abzählung auf solche Weise nicht geschehen, darf von dem Holze nicht das Geringste abgefahren werden, wobei darauf strenge zu halten, daß das aus Licht- und Abtriebs-Schlägen erfolgende Holz an Wege und zur Abfuhr gelegene bloße Plätze gebracht, aus allen übrigen Hauen aber vor Ausbruch des Laubes abgefahren werde.

§. 19. Was die Massnutzung anbetrifft, so hat derselbe im Weisem des Forstschreibers und des betreffenden Revierförsters, so wie mit Zuziehung der beeidigten Taxatoren, die zu betreibenden Forstförter in Angensein zu nehmen, sodann nach geschehener Angabe der einzelnen Taxationen und Ausmittelung der einzutreibenden Stückzahl an Schweinen, den Massenanschlag gemeinschaftlich mit dem Forstschreiber aufzustellen, und solchen mit

dem ebenfalls gemeinschaftlich zu entwerfenden Gutachten dem Districts-Oberforstbedienten zu übergeben, dann aber, nach eingegangener Genehmigung f. K. und desfallsiger Verfügung des Oberforstbedienten, dahin zu sehen, daß die Masten, der Vorschrift gemäß, entweder betrieben oder verpachtet werden. Die Einförmung der Schweine geschieht in seinem Weisheit und in Gegenwart des Forstschreibers und Revierförsters; im Fall der Verpachtung ist darüber von ihm und dem Forstschreiber ein Protokoll aufzunehmen, welches von dem letztern der Mastrechnung als Belag beigelegt wird.

§. 20. Der Oberförster hat die Reviere seines Bezirks fleißig zu bereisen, insbesondere aber die Schläge während der Hauungszeit und während der Abfuhr so oft als thunlich nachzusehen, auf die Erhaltung der höchsten Gerechtsame und daß die Forst- und Jagd-Grenzen nicht geschmälert werden, nicht weniger, daß die ihm untergebenen Forstbediente ihren Obliegenheiten genau nachkommen, pflichtmäßig zu achten.

Derselbe ist für jede Nachlässigkeit, Unordnung u. in seinem Bezirke verantwortlich, und hat daher sowohl diejenigen Forstbediente, welche sich solche zu Schulden kommen lassen, durch nachdrückliche Erinnerungen ohne Rücksicht zu ihren Obliegenheiten anzuhalten, wenn darauf aber keine Besserung erfolgen sollte, dieselben seinem Vorgesetzten zur Anzeige zu bringen; als er auch sonstige Unordnungen, Nachlässigkeiten u., welche von Walдарbeitern, Interessenten oder andern Personen herrühren, auf eine oder andere Weise abzustellen, Bedacht zu nehmen und erforderlichen Falls seinem Vorgesetzten deswegen zu berichten hat.

§. 21. Die ihm von seinem Vorgesetzten zugehenden Verfügungen oder Bekanntmachungen sind entweder von ihm zu beobachten oder ohne Anstand an die Behörde zur Befolgung zu expediren: so wie auch diejenigen Angelegenheiten, welche höherer Verfügung bedürfen, gehörigen Orts zur Anzeige zu bringen sind.

§. 22. Außer der Erhaltung der höchsten Jagd- und Fischerei-Gerechtsame, gehört auch die Abwendung aller derselben durch Frevler zuzufügenden Nachtheile, so wie die Erreichung des bestmöglichen Ertrages mit Rücksicht auf dessen Nachhaltigkeit, und die möglichste Abwendung der Wildpretsschäden an den Feldern, Aeckern und Wiesen, zu den Obliegenheiten des Oberförsters.

§. 23. In Ansehung der Forst-Culturen hat derselbe dahin zu sehen, daß solche, in Gemäßheit der erfolgten Genehmigung, zweckmäßig und tüchtig bewerkstelliget werden, auch zu dem Ende die zu kultivirenden Forstförter, während der Arbeit so oft als möglich in Augenschein zu nehmen. Nach vollendeten Arbeiten sind solche nochmals genau nachzusehen, um sich von der Richtigkeit der, von dem Revierförster aufzustellenden, und von ihm zu attestirenden Cultur-Rechnungen zu überzeugen.

§. 24. Was die Holzabgabe und das Forst-Rechnungswesen anbetrißt, so ist darüber eine besondere Instruction angefertigt, welcher der Oberförster, insoweit es denselben betrißt, nachzukommen hat.

§. 25. Gleichergestalt findet derselbe in der Instruction vom Forstbußwesen seine

Forst- und Jagd-Wesen, Rescripte.

69

in dieser Hinsicht ihm obliegenden Dienstverrichtungen, welchen er sich aufs Genaueste zu unterziehen hat.

Was diejenigen Frevler anbetrifft, welche zu Walдарbeitern condemniret werden: so wird er Sorge tragen und darauf halten, daß solche zum Besten der herrschaftl. Forsten verwendet werden.

§. 26. Was in §. 14. wegen eines zu führenden Exhibiten-Buchs, desgleichen wegen Aufbewahrung und Ordnung der vorhandenen und eingehenden Acten ic. bestimmt worden, gilt auch für den Oberförster und hat derselbe auch in dieser Hinsicht die Revierforstbediente zur Ordnung anzuhalten.

Instruction für die Forstschreiber.

§. 27. Die Dienstobliegenheiten des Forstschreibers bestehen hauptsächlich darin, daß er über die, zu seinem Wirkungskreise gehörigen Forst-Reviere die genaue Controlle, sowohl in Ansehung des Materials, als der Gelbberechnung, nach Maßgabe der ihm diesferhalb zugehenden Verfügungen der f. K. und der Districts-Oberforstbediente, führe, zu welchem Ende derselbe dahin sehen muß, daß alle zu erhebende Forsterevenien zu rechter Zeit eingezogen und Rückstände dabei möglichst vermieden werden.

§. 28. Insbesondere wird derselbe angewiesen, den Holzabzählungen, soviel als möglich, wenn es seine übrigen Dienstverrichtungen erlauben, beizuwohnen und die dabei aufgenommenen Protokolle und Abzählungslisten, welche zum Belage der Rechnung dienen, mit zu unterschreiben.

§. 29. Derselbe hat alle Rechnungen, in Betreff der vorgenommenen Hauungen, Culturen, Schmiedekohlungen, so wie überhaupt in Ansehung aller, Beauf Benützung der Forsten anzuwendenden, Kosten, auf Anordnung der Oberforstbediente und nach Maßgabe der Lohnzetteln der Revierforstbediente, aus einer ihm deshalb anzuvertrauenden Vorschusscasse zu entrichten, davon Rechnung abzulegen, welche zur Controlle gegen die Förster dient; nicht weniger auch die Arbeiten wegen extraordinairer Holzbenützungen, z. B. die Administration der Nutz- und Bauholz-Magazine, so wie der Schmiedekohlungen ic. zu übernehmen, darüber die vorgeschriebenen Rechnungen zu führen, und solche an f. Kammer einzusenden.

§. 30. Bei Aufstellung der, unfehlbar bis zum 30. Juni jeden Jahres von demselben aufzunehmenden, und durch Vermittelung des Districts-Oberforstbedienten an f. K. einzusendenden, Cultur-Rechnungen ist zu beachten, daß solche mit den genehmigten Cultur-Anschlägen in Vergleich gebracht, und durch die von den Oberförstern attestirten Lohnzetteln der Revierförster gehörig belegt sein müssen. Ueber die Form und Einrichtung dieser Rechnungen giebt das sub lit. H. beigefügte Schema nähere Anleitung.

§. 31. Der Forstschreiber hat dahin zu sehen, daß die von den Revier-Forstbedienten zu führenden Manuale nicht allein ordnungsmäßig eingerichtet, sondern auch in demselben die jedesmaligen Einnahmen durch Zubauungen, nicht weniger die Ausgaben an Holze, nach den Rubriken: „baar und frei,“ zu rechter Zeit gehörig aufgeführt werden.

Forst- und Jagd-Wesen, Rescripte.

Die Lohnbücher der Holzhauer sind von ihm öfters mit diesen Manualen zu vergleichen, um sich davon zu überzeugen, daß in dem ganzen Reviere nichts gefället sei, was ihm zur Verlohnung nicht angegeben worden.

§. 32. Bei vorfallenden Mastfegen hat derselbe sich der Veranschlagung der zu betreibenden Mastförter, so wie der Ein- und Ausfemung der Mastschweine, wie solches in dem §. 19. vorgeschrieben ist, zu unterziehen und dahin zu sehen, daß der möglichst hohe Benutzungs-Ertrag dafür zur Berechnung komme; ingleichen bei Ausfemung der Mastschweine die Fehmgelder in Empfang zu nehmen, davon die vorgefallenen Unkosten, worüber ihm nach §. 42. die Rechnung von dem Revierförster vorgelegt werden wird, zu bezahlen und den Ueberschuß sofort an die Kreiscasse abzuliefern. Ueber die Mast-Revenüen hat derselbe eine besondere Rechnung nach Schema I. zu führen, in welcher die für Bezahlung eingetriebenen Schweine summarisch, die freien Schweine hingegen einzeln aufgeführt werden müssen. Letztere können nur aus solchen bestehen, welche entweder nach bestehenden Verträgen, Observanzen, oder auf Verfügung f. K. frei zur Berechnung kommen; die hierauf Bezug habenden Verwilligungen u., so wie die vorgedachten Unkosten-Rechnungen, sind von der ihm abzulegenden Hauptrechnung als Beläge beizufügen.

§. 33. Diejenigen Vorschriften, welche wegen Führung eines Exhibiten-Buchs, Aufbewahrung und Ordnung der eingehenden Verfügungen und Scripturen, Instanderhaltung der Registratur u. §. 14. ertheilt worden, findet auf den Forstschreiber gleiche Anwendung, und hat derselbe sich nach diesen Vorschriften genau zu achten.

§. 34. Diejenigen Forstschreiber, welche mit dem Districts-Oberforstbedienten an demselben Orte wohnen, sind verpflichtet, dem letztern bei Erstattung der vorfallenden Berichte, Ausfertigung der eingegangenen Verfügungen, und bei der Schreibarbeit überhaupt, so viel die eigenen Geschäfte es gestatten, hilfreiche Hand zu leisten und zu unterstützen.

§. 35. So viel übrigens die Hauptbeschäftigung der Forstschreiber, die Führung der Forstrechnungen, Aufstellung der desfalligen Extracte u. anbelangt: so wird sowol darüber, als auch über die in Ansehung des Forst-Wesens ihnen obliegende Verpflichtungen, in den über das Forstrechnungswesen und Forstbußgeschäft ertheilenden Instructionen nähere und vollständige Anweisung ertheilt, und derselben in Betreff des letzteren Geschäfts noch hinzugefügt, daß die Forstschreiber verpflichtet sind, dem betreffenden Oberförster mit dem Schlusse eines jeden Monats einen Extract von den, zu Walдарbeiten condemnirten Forstfrevlern, mit Bemerkung der Straftage, zuzustellen, damit letzterer die Ableistung der Arbeiten verfügen könne.

Instruction für die Revierforstbediente.

§. 36. Jeder Revierforstbediente ist verpflichtet, das ihm anvertraute Forst- und Jagd-Revier mit unermüdetem Fleiße, sowol bei Tage, als des Nachts zu bewachen, die betroffenen Frevler nach Inhalt der Instruction über das Forstbußwesen zur Anzeige zu bringen und denjenigen, welche er nicht auf der That trifft, nachzuforschen, nach-

Forst- und Jagd-Wesen, Rescripte.

71

zuspüren oder in Begleitung des Ortsvorstehers deswegen Visitationen anzustellen und sich folchergestalt alle Mühe zu geben, daß der wirkliche Frevler entdeckt und bestraft werde.

§. 37. Gleichergestalt liegt demselben ob, auf die Forst- und Jagd-Gränzen, desgleichen auf die landesherrl. Gerechtsame in beiderlei Hinsicht zu achten und jede Schmälerung ungesäumt zur Anzeige zu bringen.

§. 38. Alles, was zur Verbesserung der herrschaftlichen und Gemeinde-Waldungen, mithin zu Vermehrung des Ertrages und zu bestmöglicher Benutzung desselben beitragen möchte, hat der Revierforstbediente, nach seinen besten Einsichten, seinem Vorgesetzten vorzutragen, auch die hiererhalb von demselben zu erhaltenden Anweisungen mit allem Fleiße und so gut als möglich auszurichten.

§. 39. Sich selbst Nichts zu erlauben, was seine Befugnisse überschreitet, z. B. Hütungen oder Grasnutzungen in den Forsten; Anmaßung irgend eines Waldprodukts, es bestehe solches in Holz oder in der Rast; Benutzung eines Forstgrundes, als Acker, Garten oder Wiesen; Anmaßung oder Zueignung von Wildpret; unbefugte Accidenz-Beziehung von Holzverkäufen u. und eben so wenig für sich und ohne Genehmigung seiner Vorgesetzten Jemanden Etwas einräumen und zuzugestehen, daß der Ordnung und seinen Verpflichtungen zuwider ist und daher nicht zugestanden werden kann.

§. 40. Dem Revierforstbedienten als Special-Verwalter eines bestimmten Waldbstricts liegt ob:

a) die accurate Führung eines Forst-Manuals für jedes einzelne ganze Wirthschaftsjahr, in welchem alles gehauene oder zur Benutzung kommende Holz, es werde von ihm allein oder von dem vorgefetzten Oberförster aufgenommen und abgezählt, nach den verschiedenen Columnen, alsbald zur Einnahme gesetzt; desgleichen alles und jedes aus dem Reviere abgegebene Holz nach seinen Sorten und den Angaben des Werthes, nicht weniger alle übrigen Forstprodukte nach verschiedenen Rubriken und Verwerthung zur Ausgabe gebracht und eingetragen werden muß.

b) Die genau zu führende und besonders zu notirende Auslöhnung und Abrechnung mit den Holzhauern, woraus sich von selbst der größte Theil der Einnahme-Posten für das Forstmanual ergibt.

c) Daß er das den Holzhauern abgenommene Holz jedesmal in die denselben zuzustellenden Lohnbücher, mit Anführung des Datums und des betragenden Hauerlohns, eintrage, daß mithin diese Lohnbücher sämmtlich gehauenes Holz enthalten.

d) Die ausgefetzte wöchentliche Einsammlung der Frevellisten und Protokolle von den Unterförstern, welche er mit den seinigen präcise mit dem Schlusse des Monats an den Oberförster einzusenden hat.

e) Eine alle Monat aufzustellende, bei Anwesenheit des Oberförsters auf dem Reviere gemeinschaftlich zu revidirende und von demselben zu attestirende Designation von dem gehauenen Holze außer den bestimmten Schlägen.

Wie es übrigens mit der Rechnungsführung gehalten werden soll, darüber giebt

Forst- und Jagd-Wesen, Rescripte.

die Instruction über das Forstrechnungswesen die nöthigen Anweisungen, wonach sich der Revierforstbediente zu achten hat, und wird demselben aufgegeben, sich jeden eigenmächtigen Verfahrens, es bestche solches in der Abgabe irgend eines Waldprodukts, oder in Benützung der Mast u., zu enthalten.

§. 41. Es ist dahin zu sehen:

- 1) daß die Holzhauer und Wasenbinder keine betrügerische Malter und Wasen anfertigen und aufstellen; diejenigen, welche solches thun, sind das erste Mal mit Einziehung eines Theils des betragenden Hauer- und Bindelohns, welches von dem Oberförster zu bestimmen ist, zu bestrafen, das zweite Mal aber aus der Arbeit zu setzen;
- 2) daß dieselben nur allein die von dem Oberförster angeschlagenen Stämme hauen;
- 3) daß sie bei den Fällen dieser Stämme die gehörige Vorsicht anwenden, damit durch das Umschlagen nicht andere Stämme beschädiget werden;
- 4) daß das Abhauen des Schlagholzes so niedrig als möglich vom Brietel, mit einem schrägen und glatten Hieb geschehe;
- 4) daß die Malter und Schocke nicht in Lohden, sondern an den dazu angewiesenen Plätzen aufgestellt werden;
- 6) daß das bei dem Schlagholze vorfallende Nutzholz als: Wagenbeischeln, Leiterbäume, Wandstöcke u., desgleichen das in den gehauenen Stämmen enthaltene Nutzholz für Rademacher, Tischler, Wöttcher, Drechsler u., so wie das darin sich findende Bauholz, ausgehalten und nach den benannten verschiedenen Sorten aufbewahrt und benützt werde;
- 7) daß die Holzhauer und Wasenbinder sich nicht ermaßen, Klüfte oder Wasen unter dem Namen von Feierabendholz mitzunehmen.

§. 42. Wie es mit der Veranschlagung und Nutzung der Masten zu halten, darüber geben die §. 19. und 32. im Allgemeinen Anweisung, welcher in Hinsicht des Revierforstbedienten und der demselben dabei obliegenden Verpflichtungen folgendes beigefügt wird:

Derfelbe muß sich, im Fall die Betreibung der Mast für Herrschaftl. Rechnung verfügt worden, bemühen, die zu betreibende Stückzahl an Schweinen herbei zu schaffen, solche mit dem Herrschaftl. Eisen einbrennen, und dahin sehen, daß außer den gebrannten und bei der Einfemung gezählten Schweinen keine andere in die Mast getrieben werden; auch darauf achten, daß vor der Ausfemung kein Schwein abgeholt, und daß bei der Erbauung eines Stalles für die Schweine, und einer Hütte für den Masthirten, bei Aufwendung der nöthigen Botenlöhne wegen Herbeischaffung der Schweine und der Bestimmung des Wochenlohns für den Hirten u. die möglichste Sparsamkeit beobachtet werde. Ueber diese sämtlichen Unkosten hat der Revierforstbediente eine vollständige Rechnung aufzustellen, solche mit den gehörigen Belägen zu versehen, dieselbe von dem Oberförster

at:

attestiren zu lassen, den Betrag derselben von dem Forstschreiber in Empfang zu nehmen, und sie dem letzteren mit den Belägen zu übergeben.

§. 43. Bei den Culturen hat derselbe alle Sorgfalt anzuwenden, daß solche bei möglichster Ersparung zweckmäßig verrichtet, mithin der Boden, wo es nöthig ist, zu vorzunehmender Besaamung gehörig präparirt, die Pflanzlöcher nach Verhältniß der Stärke der Stämme und nach Befinden des Bodens gehörig gefertigt, das Pflanzen selbst aber mit möglichster Vorsicht verrichtet, da, wo es nöthig, Wasserabzugsgräben und Abzugsrinnen angelegt, kurz nichts unterlassen werde, wodurch ein gutes Gedeihen der Culturen erwartet werden kann. Ueber die während der Arbeit zu bezahlenden Tagelöhne hat derselbe den Arbeitern gehörige Lohnzettel auszustellen, damit letztere darauf die Löhnungen von dem Forstschreiber in Empfang nehmen können, nach Beendigung der genehmigten Culturarbeiten aber darüber eine vollständige Rechnung aufzustellen, solche mit den erforderlichen Belägen zu versehen, sie dem Oberförster zur Revision und Attestirung vorzulegen, und dieselbe, nachdem sie attestirt worden, dem Forstschreiber als Belag zu dessen Hauptcultur-Rechnung einzuhändigen.

§. 44. Das dem Revierforstbedienten anvertraute Jagd-Revier hat derselbe, in Gemäßheit des unterm 10. April d. J. erlassenen Jagd-Reglements und so wie es einem guten Weidmanne zusteht, zu bejagen und zu beschießen, mithin auf die Erhaltung einer, dem Reviere angemessenen Wildbahn bedacht zu sein, dabei aber durch Hezen und Schießen die Wildpretsschäden möglichst abzuwenden.

§. 45. Wenn demselben die Administration herrschaftl. Fischereien übertragen sein sollte, so hat er dahin zu sehen, daß ein angemessener Ertrag davon jährlich gewonnen, und der Bestimmung gemäß abgeliefert werde, zu dem Ende durch gute Aufsicht und zweckmäßige Vorkehrungen es dahin zu bringen, daß sothane Fischereien in guten Stand kommen und darin erhalten werden.

§. 46. Die bei dem Revierforstbedienten eingehenden Resolutionen, Anweisungen, Nachrichten, Urkunden u. hat derselbe so zu ordnen, daß er davon zu allen Zeiten, ohne beschwerliches Suchen, Gebrauch machen kann und sich diesermwegen nach der ihm von seinen Vorgesetzten zu gebenden Anweisung zu richten. Insbesondere hat er über das in den herrschaftlichen und Interessenten-Waldungen geschlagene, angewiesene und abgefahrene Holz richtige Manuale zu führen, woraus jederzeit ersehen werden kann, was an Holz geschlagen, was abgefahren ist, wer solches erhalten hat, und was vorrätzig ist. Instruction f. R. C. das Forst-Rechnungswesen betr., in Gemäßheit Seren. höchsten Resc. vom 1 Mai 1815.

Da die gegenwärtig verordnete Einrichtung des Forst-Wesens nähere Bestimmungen desselben nöthig macht, und dabei die Vorschriften der höchsten Verordn. vom 13. März 1786, in sofern dieselben für zweckmäßig und dem gegenwärtig bestehenden Geschäftsgange angemessen zu halten sind, wiederum in Anwendung gebracht werden sollen: so wird

Bege Reper. II. Thl.

darüber zur Nachachtung der Forst-Rechnungsführer und sämtlicher Forstbediente Nachstehendes festgesetzt.

§. 1. Nachdem in Gemäßheit der ergangenen Verfügungen der Holztrieb in einem Reviere oder Forstorte beendet worden: so muß das Holz in Beisein des Oberförsters und Revierforstbedienten und, so viel thunlich, auch in Gegenwart des Forstschreibers abgezählt, darüber ein von allen Theilen zu unterschreibendes Protokoll aufgenommen, oder eine Abzählungsliste angefertigt, ein Exemplar davon dem Forstschreiber, das andere Exemplar aber dem Revierförster eingehändigt werden. Der Forstschreiber hat dieses Protokoll oder Verzeichniß seiner jährlichen Hauptrechnung als Belag anzufügen.

§. 2. Nach geschehener Abzählung ertheilt der Oberförster dem Revierforstbedienten die Anweisung darüber, auf welche Weise das Holz verwendet werden soll, ob zu den herrschaftl. Hütten und Gewerken und sonstigen herrschaftl. Bedürfnissen, zu Deputaten, zu sonstigen freien Abgaben, zum Verkauf an namentlich bestimmte Käufer oder zum Verkauf an Unterthanen, welche sich bei dem Revierförster gemeldet haben, oder bei demselben melden werden u.; nicht weniger giebt derselbe dem Forstschreiber von dieser Anweisung Nachricht, damit letzterer von der getroffenen Disposition Kenntniß erhalte.

§. 3. Auf den Grund der obigen Anweisung fertigt der Revierforstbediente monatlich von demjenigen Holze, welches nach der Disposition des Oberförsters an bestimmte Käufer abgegeben worden, eine Liste an, welche den Namen und Wohnort der Käufer, so wie den Betrag des Forstzinses enthalten, von ihm dem Forstschreiber übergeben und von diesem der Kreiscasse eingehändigt werden muß, damit solcher die Kaufgelder erheben könne. Für dasjenige Holz hingegen, dessen Verkauf dem Revierförster, nach der Anweisung des Oberförsters, überlassen worden, erhebt er das Geld unmittelbar von den Käufern, und liefert solches summarisch und gegen Quittung an die Kreiscasse ab, wobei jedoch zu beachten, daß der Revierförster diese Ablieferungen dergestalt einzurichten hat, daß er niemals einen, die Summe von 50 Rthlr. übersteigenden Cassenvorrath im Hause haben dürfe.

§. 4. Mit dem Schlusse jeden Monats hat der Revierförster eine vollständige Material- und Geld-Rechnung aufzustellen und solche unfehlbar und bei Vermeidung einer Strafe von einem Thaler für jeden Contraventionsfall, bis zum Dritten des nächstkommenen Monats an den Forstschreiber in duplo abzugeben. Ueber die Form und Einrichtung dieser Rechnung giebt das sub lit. A. angefügte Schema nähere Anweisung und werden nach demselben den Revierforstbedienten die gedruckten Formulare jederzeit zugefertigt werden.

§. 5. Sämmtliche in dieser Rechnung aufgeführte Einnahmen an Holz müssen mit den §. 1. gedachten Auszahlungsprotokollen oder Listen belegt, die Holzabgaben hingegen, welche namentlich aufzuführen sind, entweder durch die Verwilligungen der f. R., die dem Revierforstbedienten wo möglich in originali, sonst aber in gehörig attestirten Abschriften oder Extracten von dem Oberforstbedienten zuzufertigen sind, oder durch schrift-

liche Anweisungen der letztern, und müssen sowol jene, als diese, der Rechnung wieder beigefügt werden. Falls aber solche Abgaben sich auf Berechtigungen oder anerkannte Obervanzen gründen, müssen solche mit gehörigen Bescheinigungen der Empfänger justificirt werden, und sind die Oberforstbedienten in allen Fällen, bei Vermeidung schwerer Verantwortung gehalten, dergleichen Holzabgaben an die Revierförster schriftlich, und nur den Grund der desfalligen Verfügungen der f. R. zu assigniren. Die am Schlusse jeden Monats verbleibenden Waldborräthe müssen in der Rechnung genau angegeben und specificirt werden.

Die Einnahme für Forke wird, mit Angabe der verkauften Quantitäten und der Käufer, entweder durch die Verfügungen f. R., oder durch die Versteigerungs-Protokolle ic. belegt.

Ueber die zur Berechnung kommenden Maß-Einnahmen erhält der Revierförster einen Extract aus der desfalligen Rechnung des Forstschreibers, und ersterer führt diese Revenüen, mit Bezug auf diesen Extract, summarisch in seiner Rechnung auf.

Die Intraden von der Jagd, mit Ausnahme der Pachtgelder, welche unmittelbar durch die Kreiscasse erhoben werden, sind monatlich aufzuführen, die vorkommenden freien Wildpretsabgaben an die fürstl. Hofhaltungen, Deputatisten ic. aber durch die desfalligen Bescheinigungen zu belegen.

Alle ständigen oder fixen Gefälle müssen zu der Zeit, da solche fällig sind, so wie alles Holz, Kohlen, Wildpret ic. jedesmal in dem Monate, worin dasselbe verabfolgt worden, richtig und bei unvermeintlichem Verluste des Dienstes berechnet, auch darf Niemanden ohne vorgängige Autorisation f. R., eine Frist zur Bezahlung gestattet werden.

Am Schlusse der monatlichen Rechnung sind die sämtlichen Berechnungen summarisch zu wiederholen, und darunter ist eine Abrechnung zu ziehen, aus welcher ersehen werden kann, was der Förster selbst erhoben und abgeliefert hat; die geschehene Geldablieferung muß durch die Quittungen der Kreiscasse belegt werden.

§. 6. Sobald nach §. 4. dem Forstschreiber die monatliche Rechnung von dem Revierförster übergeben worden, hat derselbe solche sowol in calculo, als in materia nach den geordneten Taxen genau zu revidiren, darauf, daß dieselbe der Vorschrift gemäß angefertigt worden, strenge zu halten, insonderheit bei 5 Rthlr. Strafe keine Abgabe darin passiren zu lassen, welche nicht durch die vorbeschriebenen, ordnungsmäßigen Beläge und Bescheinigungen, oder falls die Abgabe sich auf perpetuirliche Verwilligungen gründet, durch deren richtige Allegirung justificirt ist, dieselbe nach den bestehenden Vorschriften zu berichtigen, und dem Förster das eine revidirte Exemplar mit seiner Unterschrift nebst einer Bescheinigung über die an ihn abgegebenen Original-Kreiscassen-Quittungen zurück zu geben, das zweite Exemplar aber, Behufs Beifügung zu der Jahresrechnung, an sich zu behalten.

§. 7. Nach der auf solche Weise geschehenen Revision der Monats-Rechnungen hat der Forstschreiber außer den nach §. 3. von dem Revierförster erhaltenen und der Kreis-

Forst- und Jagd-Wesen, Rescripte.

casse zu übergebenden Listen von dem verkauften Holze, aus diesen Rechnungen vollständige Extracte von sämmtlichen andern, sowol fixirten als unständigen, in dem Monate zur Berechnung gekommenen Gefällen, zu formiren und solche der Kreis-Casse zur Erhebung und Berechnung einzusenden.

§. 8. Mit dem Schluß eines jeden Vierteljahres stellt der Forstschreiber, auf den Grund der monatlichen Rechnungen, einen, mit denselben genau übereinstimmenden Quartal-Extract, nach Schema sub lit. B., von jeder Oberförsterei besonders in triplo auf, sendet davon ein Exemplar an f. R., das zweite an die Kreis-casse zum Belag ihrer Rechnung und behält das dritte ad acta zurück. Dem an die Kreis-casse abzugebenden Exemplare fügt er eine, nach dem Schema sub lit. C. anzufertigende Anweisung über die in dem abgewichenen Quartale zu Berechnung gekommenen baaren Forst-Revenüen bei, welche die Kreis-casse nach befundener Richtigkeit zu attestiren und an ihn zum Belag der Jahres-Rechnung zurück zu geben hat.

§. 9. Den in den ebengedachten Quartal-Extracten aufgeführten Forst-, Jagd- und andern Aufkünften werden die Einnahmen aus dem Forstbußwesen, nach Maßgabe der gerichtlichen Erkenntnisse und etwa freiwillig geleisteten Zahlungen hinzugesetzt, und diese, nebst den vorerwähnten Einnahmen, machen die sämmtlichen, im Verlauf eines jeden Quartals zur Erhebung angewiesenen Revenüen aus.

Der bei dem Forstbußgeschäfte zu beobachtende Geschäftsgang, insofern von Erhebung und Berechnung der Straf gelder die Rede ist, bestehet in folgendem:

Die competenten Gerichtsbehörden lassen dem betreffenden Forstschreiber die in Rechtskraft getretenen Erkenntnisse zugehen, welcher das Nöthige daraus in das, nach Schema sub lit. D. anzulegende Forstbußregister einträgt, die Strafbeträge summirt, und den Kreis-cassen ein Verzeichniß derselben zur Erhebung zufertiget. Die auf solche Weise zur Erhebung angewiesenen Summen werden, mit Anführung des Datums der geschehenen Anweisung, in den Quartal-Extract aufgenommen.

Was die, ohne vorgängige Abgabe eines Erkenntnisses, freiwillig offerirten Zahlungen betrifft, so leistet der Frevler solche, auf den Antrag des Oberförsters, in die Kreis-casse, der Oberförster aber stellt am Ende eines jeden Monats, mit kurzer Angabe des Vergehens, des Schaden- und Werth-Ersatzes und der Strafe, ein Verzeichniß davon auf, übergiebt solches dem Forstschreiber, und dieser trägt die Geldbeträge auf den Grund desselben in den Quartal-Extract ein.

§. 10. Am Schlusse des Quartal-Extractes hat der Forstschreiber zuerst sämmtliche Restanten aller Art aus den vorigen Extracten, dann die im letzten Quartale, für welchen der Extract gilt, hinzugekommenen Restanten aufzuführen, darauf diejenigen Rückstände, welche im Laufe des Quartals nach den eingegebenen monatlichen Förster-Rechnungen zur Erhebung angewiesen sind, zu benennen, und endlich diejenigen Restanten, welche hiernach am Ende dieses Quartals noch verbleiben, in den folgenden Quartal-Extract wiederum namentlich zu übertragen.

Forst- und Jagd-Wesen, Rescripte.

77

Derselbe ist dafür verantwortlich, daß die Rückstände in dem Monate, da solche fällig sind, in den Förster-Rechnungen baar berechnet, und der Kreiscasse zur Erhebung angewiesen werden.

§. 11. Der Forstschreiber hat für jedes Jahr ein Manual anzulegen, in welches sogleich nach dem Eingange der monatlichen Förster-Rechnungen sämtliche darin enthaltene Berechnungen nach folgenden Capiteln einzutragen sind:

A. Baare Forst- und Jagd-Gefälle.

Cap. 1. für Bau-, Nutz- und Geräthe-Holz.

- 2. = Brennholz.
- 3. = Borke.
- 4. von der Rohlung.
- 5. = Mast.
- 6. = Jagd und Fischerei.
- 7. für Forstbeitragselder.
- 8. = verschiedene sonstige Einnahmen.
- 9. aus dem Forstbußgeschäfte.

Die Cap. 1. und 2. müssen, außer den Rubriken für die Geldberechnung, auch die nöthigen Columnen für Material-Berechnung, wie solches in den Förster-Rechnungen angegeben ist, enthalten. In Ansehung des Cap. 1. bis 8. incl. muß für jedes Revier eine besondere Seite bestimmt, und können in Betreff der Cap. 1. 2. 3. und 4. die Berechnungen summarisch eingetragen werden; solches gilt auch von den Cap. 5. und 6, jedoch nur insoweit, als darunter keine fixirte Gefälle, z. B. Pachtgelder u. begriffen sind, in dem letztere namentlich aufgeführt werden müssen. Die Cap. 7. benannten Forstbeitragselder sind ebenfalls von jeder Gemeinde namentlich einzutragen, nicht weniger die sub Cap. 8. bemerkten verschiedenen Einnahmen. Für die Berechnungen wegen Cap. 9. sind zwei besondere Seiten bestimmt; auf der ersten werden eingetragen:

- | | |
|---|--------------|
| 1) Datum des gerichtlichen Erkenntnisses, | } summarisch |
| 2) Eingangsdatum desselben, | |
| 3) Werth- und Schaden-Ersatz, | |
| 4) Erkannte Strafe, | |
| 5) Erkannte Straftage, | |

auf der zweiten Seite werden die freiwillig angebotenen und geleisteten Zahlungen, in Gemäßheit des durch den Oberförster dem Forstschreiber zugefertigten Verzeichnisses, bemerkt.

B. Angerechnete oder freie Forst- und Jagd-Gefälle.

Cap. 1. Für Bau-, Nutz- und Brennholz zu herrschaftlichem Behufe.

- 2. = dergl. zu den Communion-Hütten und Gewerken.
- 3. = Holzabgaben an Berechtigte.
- 4. = = = Deputatisten.

Forst- und Jagd-Wesen, Rescripte.

Cap. 5. Für Holzabgaben zu Begebetterung und Schachtbau.

• 6. • frei zu lieferndes Wildpret an die f. Hofhaltungen und Deputatisten.

• 7. • freie Mastschweine.

In Betreff der Cap. 1. bis 5. incl. müssen für jedes Revier besondere Seiten mit den nöthigen Rubriken sowol für das Material, als den freien Forstzins angelegt, und auf denselben die Abgaben an Material mit dem Betrage des Forstzinses für jeden einzelnen Posten summarisch aufgeführt werden. Gleichergestalt sind bei Cap. 6. für jedes Revier eigene Seiten mit den erforderlichen Columnen für jede Art von Wildpret, welche in dem betreffenden Jagdreviere vorkommen möchte, so wie für den Geldbetrag, zu bestimmen, und die geschehenen Abgaben einzeln summarisch anzuführen, welches auch auf Cap. 7. insofern Anwendung findet, daß dabei nur für die frei getriebene Stückzahl Schweine, und für das deshalb zu berechnende Fehmgeld, Columnen gezogen zu werden brauchen.

Wenn übrigens in einem Oberförsterbezirke einige, unter dem oben bemerkten 7ten Cap. enthaltene Berechnungen gar nicht vorkommen sollten, so können solche ganz weggelassen werden.

§. 12. Mit dem Ende eines jeden Vierteljahres werden sämtliche im vorstehenden §. angegebene Capitel summiert, welche Summen die Grundlage zu dem §. 8. vorgeschriebenen Quartal-Extracte abgeben.

§. 13. Am Schlusse des Jahres hat der Forstschreiber einen jährlichen Extract nach dem, bei den Quartal-Extracten vorgeschriebenen Schema sub lit. B., ebenfalls von jeder Oberförsterei besonders in triplo aufzustellen, ein Exemplar an f. R., das zweite an die Kreiscaffe einzusenden, das dritte aber für sich zurückzubehalten. Die Grundlage zu diesem Jahresextracte und zu der im folgenden §. vorgeschriebenen Jahresrechnung ergibt sich ebenfalls aus der, durch die jährliche Aufrechnung des Manuals resultirenden Hauptsumme.

§. 14. Außer den oberwähnten vierteljährigen und jährlichen Extracten hat der Forstschreiber am Ende des Jahres eine vollständige, sämtliche Revenüen enthaltende Forstrechnung aufzustellen und solche spätestens bis Ende Februars dem Oberförster einzuhandigen, welcher sie, nach erlangter Ueberzeugung ihrer Richtigkeit, mit unterschreiben muß. Der Oberförster übersendet dieselbe dem Districts-Oberforstbedienten zur Revision und dieser hat sie, mit seinen eigenen monitis begleitet und mit seiner Unterschrift versehen, längstens bis zum 31. März an f. R. einzureichen.

§. 15. In dieser Jahresrechnung wird zuerst auf eben die Weise, wie in den monatlichen Försterrechnungen, das gehauene Holz vereinnahmt und die Einnahme mit den, den Monatsrechnungen beiliegenden Abzählungsprotokollen und Listen belegt, auch bei Eintragung des gehauenen Holzes die nämliche Ordnung und Reihenfolge, wie in den Hauungsvorschlägen, beobachtet.

§. 16. Ueberhaupt müssen in die jährliche Forstrechnung sämtliche Berechnungen,

welche die monatlichen Försterrechnungen oder das Manual enthalten, nach der, bei dem Manual vorgeschriebenen Abtheilung in Capitel aufgenommen und solche durch die Anlage der Försterrechnung belegt, oder falls etwanige, darin vorkommende Abgaben sich auf Berechtigungen, Verträge, Observanzen und perpetuirliche Verwilligungen gründen sollten, solche dabei gehörig nachgewiesen werden.

§. 17. Im Allgemeinen wird noch bemerkt, daß die Rechnung, den ertheilten Vorschriften gemäß, dergestalt einzurichten ist, daß solche in allen Stücken eine deutliche Uebersicht gewährt und ohne Schwierigkeit sowol in calculo als in materia revidirt werden könne, die derselben beizufügenden Beläge müssen gehörig geordnet, numerirt und geheftet werden.

§. 18. Von den Forstgrundstücken, welche in Erbenzins oder Pacht gegeben sind, hat der Forstschreiber ein Lagerbuch (Schema E.) zu führen, welches ihm zur Grundlage bei den zur Erhebung zu bringenden Proben dieser Art dient.

§. 19. Uebrigens hat der Forstschreiber den Revierforstbedienten zur ordnungsmäßigen Einrichtung des zu führenden Manuals die gehörige Anleitung zu geben, solche fleißig zu revidiren und darauf zu achten, ob das von ihm verlohnte Holz mit diesem Manuale und Lohnbüchern der Holzhauer, desgleichen, ob das darin verausgabte Holz mit den monatlichen Rechnungen übereinkommt. Schreibfehler sind von demselben zu berichtigen; wenn hingegen bei sohanen Revisionen absichtlich begangene Unrichtigkeiten hervorgehen, so sind solche um so mehr dem Districtsvorgesetzten sofort zur Anzeige zu bringen, als sich sonst der Forstschreiber solcher Unrichtfertigkeiten selbst schuldig machen würde.

Resc. f. R. E. v. 30. April 1816.

Mitteltst höchsten Resc. vom 24. ejusd. ist bestimmt, daß das den Justizbeamten im Weserbistricte vormals bestimmt gewesene Accidenz aus den sogenannten Hafer-Mast-Revieren wiederum von den bei den betreffenden Kr. Ger. angestellten Beamten bezogen werden solle.

Anmerk. Im Weserbistricte wird die Mast in Propet- und Hafer-Mast eingetheilt. Jene findet in einem ganzen Forstreviere oder in einer besonderen Abtheilung desselben statt, worin die Landesherrschaft mit Holz und Mast nach Willkühr verfahren und wie sie will, nutzen kann, ohne daß die Unterthanen dagegen ein Widerspruchrecht hätten, außer wenn ihre Hude und Weide gegen das hergebrachte Verhältniß beeinträchtigt würde. Die Hafer-Mast ist folgendermaßen hergebracht. Wenn volle Mast in einem Reviere der Hafer-Mast vorhanden, so treiben gewisse Gemeinen, und zwar ein jeder der Vollmeier, der Halbmeier, der Großkötter, der Kleinkötter und der Brinkfeger eine verhältnißmäßige gewisse Stückzahl Schweine in solches Revier zur Mastung ein, und entrichten dafür bei Eichelmast auf 9 Wochen und bei Buchmast auf 12 Wochen für jedes Schwein 3 Himpten Hafer an die h. R., die entweder in Natur entrichtet, oder nach einem zu bestimmenden Preise bezahlt werden. Wenn nur $\frac{2}{3}$ oder halbe Mast vorhanden, so treiben diese Gemeinen nur $\frac{2}{3}$

Forst- und Jagd-Wesen, Rescripte.

oder die Hälfte ihrer gewissen Stückzahl Schweine in die Hafer-Mast-Reviere ein, wofür sie an f. R. für 9 oder 12 Wochen 3 Himpten Hafer, wie vorgedacht, entrichten. Wenn nur $\frac{1}{4}$ oder noch weniger Mast vorhanden ist, so wird dieselbe nach der Schätzung verkauft oder verpachtet. Außer den Gemeinen können die Obrigkeitlichen der Städte, die Beamte, Bauernmeister und Vorsteher eine verhältnißmäßige Stückzahl Schweine bei voller Mast frei eintreiben und müssen sich bei $\frac{1}{4}$ oder halber Mast nach diesem Verhältnisse mit sechsfreier Eintreibung der verhältnißmäßigen Stückzahl begnügen.

Wenn bei voller Mast nach Abzug der Anzahl Schweine, die ein Jeder nach erwähnter Maße einzutreiben berechtigt ist, noch Mast übrig ist: so werden auch noch Schweine, der Nichtberechtigten, für Mastgeld angenommen, welches f. R. bekommt. Bei $\frac{3}{4}$ oder halber Mast fällt dieses weg.

Vergl. Eichhorns deutsche Staats- und Rechts-Geschichte. 2r. Thl. S. 307. not. a.

Resc. f. R. E. v. 14. Juni 1816.

Der S. 16. der höchsten Verordn. vom 5. Mai v. J., das in Forstbußsachen zu beobachtende Verfahren betr., schreibt vor:

daß die Resultate der in Forststrafsachen ausgesprochenen Erkenntnisse von den resp. Gerichten in ein, nach einem bestimmten Schema anzulegendes Register eingetragen, und diese gehörig unterzeichnet, dem betreffenden Oberförster zugestellt werden sollen, damit auf den Grund derselben die Einziehung der erkannnten Forstbußgelder geschehe.

Es ist nun bei f. R. E. zur Anzeige gebracht, daß manche f. Rr. Ger. in die obigen Register Erkenntnisse über Frevel aufnehmen, welche aus mehreren Oberförsterbezirken zur Bestrafung denunciirt sind.

Da inzwischen nach den gegenwärtigen bestehenden Einrichtungen bei der Forst-Administration das Rechnungs- und Cassen-Wesen für jeden Oberförsterbezirk besonders und ganz separirt für sich geführt wird; so ist es unumgänglich nothwendig:

daß die resp. f. Rr. Ger. auch die obgedachten Forstbußerkennniß-Register oberförstereimweise anfertigen und den betreffenden Oberförstern zustellen; niemals aber in ein und dasselbe Register Frevel aufnehmen, welche an zwei verschiedene Oberförster angezeigt worden;

wonach sich eintretenden Falls auf das Genaueste zu achten.

Resc. f. R. E. v. 22. Juni 1816.

Die Bestimmung des R. E. vom 26. Juni a. p.:

daß die Rr. Ger. dahin zu wirken haben, daß die Anschläge von dem Bauholze, welches die Unterthanen aus herrschaftlichen Forsten zu erhalten wünschen, den betreffenden Oberförstern spätestens den 15. September jeden Jahres ausgehändigt, nicht weniger die etwanigen Mutholzansforderungen ebenfalls vor
ger

gedachtem Termine gemacht werden, weil alle später eingehenden Gesuche der Art unberücksichtigt bleiben müssen,
wird in Erinnerung gebracht, und ist den Unterthanen bekannt zu machen, daß eine Nichtbeobachtung der Verordnung und verspätete Einbringung der Bau- und Nutzholz-Gesuche unfehlbar zur Folge haben solle, daß solche für das Mal gar nicht weiter berücksichtigt werden.

Resc. f. R. E. v. 2. März 1817.

Da nach Vorschrift eines höchsten Rescripts vom 22. v. M., die prompte Untersuchung der angezeigten Forst- und Jagdsfrevel betr., die Oberforstbedienten angewiesen sind, jedesmal, wenn die f. R. Ger. auf zweimalige Erinnerung die Untersuchung der Forst- und Jagd-Defraudationen nicht vorgenommen haben möchten, bei dem f. L. Ger. über verzögerte Justiz-Verwaltung sich zu beschweren; auch von sothanem Schritte und dessen Erfolge zu weiterer Verfügung dem f. R. E. Anzeige zu machen: so wird dieses den f. R. Ger. hieburch zu ihrer Nachricht und um danach ihre Maßregeln zu nehmen, eröffnet.

Resc. f. R. E. v. 10. October 1817.

Das Resc. vom 26. Juni 1815 und das vom 22. Juni a. p., die Einreichung der Bau- und Nutzholz-Gesuche betr., werden in Erinnerung gebracht und sollen alle auf vorschriftswidrigem Wege und zur unrichten Zeit einkommenden Gesuche wegen Bau- und Nutzholzes nicht beachtet werden.

Resc. f. G. R. E. v. 5. Januar 1818.

Es sind Zweifel darüber entstanden, ob nach Erlassung des neuen Forststraf-Directorii die besondern Strafbestimmungen der am 2. September 1796 für das Fürstenthum Blankenburg erlassenen Verordnung hinsichtlich der Entwendungen von herrschaftlichem Flöß-, Schacht-, Bau- und Malterholz noch zur Anwendung zu bringen seien, und findet sich f. G. R. E. daher bewogen, hieburch zu erklären, daß solches nicht die Meinung sei, indem die allgemeinen Dispositionen des Straf-Directorii anjehet auch für das Blankenburgische und Walkenriedsche als hinreichend und genügend erscheinen und, wenn etwa eine künftige Erfahrung die schärfere Bestrafung der Entwendung des Flößholzes insonderheit nöthig machen sollte, solche noch immer verordnet werden kann. Indessen versteht es sich, daß bei der königl. Preuß. und hiesiger Seits bestehenden Gemeinschaft in Ansehung der Schwemmerei und Ablage der Flöße auf der Bude die Entwendung des preuß. Holzes auch ferner eben so wie die des hiesigen bestraft werden müsse.

Resc. f. G. R. E. v. 16. Februar 1819.

Auf den Bericht vom 2. d. M. ist f. G. R. E. damit einverstanden, daß diejenigen Forstfrevel, welche in dem jenseits der großen Bude belegenen Wendefurth Forst-Reviere verübt worden, nicht mehr, wie bisher, von dem Kr. Ger. Blankenburg, sondern, ungeachtet das gedachte Revier zu der Oberförsterei Blankenburg gehört, von dem Kr. Ger. Hasselfelde untersucht, also die Frevellisten und Protokolle von dem Wendefurth-Bege Reprt. II. Zhl.

Forst- und Jagd-Wesen, Rescripte.

ther Revierförster zwar ferner bei dem ihm vorgesetzten Oberförster zu Blankenburg eingereicht, von diesem aber mit dem Strafantrage versehen, dem Kr. Ger. Hasselfelde zur weiteren Untersuchung übersandt werden müssen, gedachter Oberförster jedoch bei eintretenden Behinderungen sich in Gemäßheit der Verordn. vom 5. Mai 1815, §. 10. in den Untersuchungsterminen durch den in Hasselfelde wohnenden Wendefurth'schen Revier-Förster vertreten lassen könne, als wonach daher f. K. an den Oberförstmeister H. das Erforderliche zu verfügen hat.

Resc. f. K. E. v. 4. Februar 1820.

Dem f. Kr. Ger. H. wird auf den, unterm 25. October v. J. an f. K. erstatteten Bericht hiermit unverhalten, daß, da die Haselnüsse in den dortigen Forsten als zur Mastnuzung mitgehörig angesehen werden müssen, auf diejenigen, welche, ohne Erlaubniß scheinbar gelöst zu haben, Haselnüsse in den gedachten Forsten pflücken oder auflesen, der §. 135. des Forst-Straf-Directorii vom 5. Mai 1815 analogisch anzuwenden sei.

Resc. f. K. E. v. 31. Mai 1820.

Da kürzlich eine Revision der Forsten des Weserbistricts ergeben hat, daß fast durchgängig ein baldiger Mangel an dem, besonders zur Erhaltung der dortigen Fabriken unentbehrlichen platten Scheitholze, zu besorgen ist, zugleich aber befunden worden, daß das Waasholz, besonders Stammwaasen, welche fast überall im Ueberflusse vorhanden, aus Ungewohnheit der dortigen Holzconsumenten, bisher größtentheils unbenutzt geblieben sind, eine solche unökonomische Forstbenutzung aber nothwendig abgestellt werden muß: so hat f. K. E. an die betreffenden Forstbehörden dato verfügt, daß in der Folge:

- 1) allen Bäckern außer einer kleinen Quantität Kluftholz, zum häuslichen Gebrauche und zu Pichtfeuer im Ofen — höchstens 8 Malter — zu ihrem Gewerbe nur Waasen,
- 2) den Bierbrauereien bloß Waasen, den Branntweindrennereien aber nur Waasen und Stuken, und
- 3) an die Brennholzkäufer ein verhältnißmäßiger Theil Waasen, mindestens $\frac{1}{4}$ des Bedarfs, und bei etwa verweigerter Annahme, gar kein Kluftholz gegeben werden soll.

Das f. Kr. Ger. wird beauftraget, diese Anordnungen zur Kenntniß der dortigen Unterthanen zu bringen, theils, damit jeder Holzconsument sich danach einrichte, theils aber, damit es nicht für Willkühr der Forstofficianten gehalten werde, wenn selbige nach obigen Bestimmungen verfahren, wie f. K. E. denn überhaupt vertrauet, daß das f. Kr. Ger. den Nutzen und die Nothwendigkeit der getroffenen Einrichtung den Unterthanen gehörig anschaulich machen werde.

Resc. f. K. E. v. 29. September 1820.

Mehre zur Kenntniß der höchsten Behörde gebrachte Reclamationen wegen Vergütung an Wildschäden und überhaupt die zeither eingelaufenen vielen Klagen der Unterthanen über zu großen Bestand des Wildes in den hiesigen Forsten haben Veranlassung gegeben, daß mittelst allerhöchsten Resc. vom 14. Junj. eine allgemeine Beschränkung des Wildstandes anbefohlen worden ist, welche, wenn gleich der Jagdherr das Recht haben

muß, seine Wildbahn in einem solchen Zustande zu erhalten, daß sie dasjenige gewähren kann, was das Jagdrecht mit sich bringt, und wenn gleich sowol nach allgemeinen Rechten, als insbesondere nach der hiesigen Gesetzgebung sich Niemand über den Wildstand zu beschweren berechtigt ist, wenn solcher seine angemessenen Gränzen nicht überschreitet, der Landesherrschaft als wünschenswerth in Hinsicht des allgemeinen Wohles und wegen des gegenwärtigen mindern Bedürfnisses des f. Hofstaates für jetzt als thunlich sich dargestellt hat.

(An die Oberforstmeistereien Blankenburg, Seesen und Stadtholendorf.)

Es ist deshalb in dem erwähnten allerhöchsten Resc. der Befehl, daß das Schwarzwild überall, wo es dem Ackerbau nachtheilig werden kann, zu jeder Jahreszeit und ohne alle Ausnahme und Schonung todt geschossen werde, ausdrücklich wiederholt, und fordern Wir Sie in Bezugnahme auf die bereits in dieser Hinsicht erlassenen und Ihnen zur Genüge bekannten Bestimmungen nochmals auf, auf die genaue und umfassende Befolgung derselben in dem Ihrer Verwaltung anvertrauten Bezirke alles Ernstes bedacht zu sein, auch dem Ihnen untergeordneten Personal hiernach die gemessensten Instructionen zu ertheilen.

Damit der beabsichtigte Zweck vollständig erreicht, und kein Mittel, was dahin führen kann, unversucht bleibe, haben Sie binnen 4 Wochen gutachtlich zu berichten, ob es zweckmäßig sein möchte, in den Vorhölzern, an dazu geeigneten Orten, Saufänge anzulegen, und wenn Ihrer Meinung nach ein besonders wirksamer Erfolg davon zu erwarten ist, die Kostenanschläge über deren Vorrichtung zugleich mit einzusenden.

(A n A l l e.)

Was das Rothwild und die Art, dessen dormaligen Bestand zu vermindern, betrifft, so ist verfügt, daß solches nicht überall in gleicher Maße geschehen, vielmehr sich nach dem bedeutendern oder weniger bedeutenden Ackerbau in jeder Gegend richten solle. Es wird daher für diejenigen Forstbistricte, in denen eine solche Verminderung annoch statt finden soll, besondere Anweisung unter dem heutigen Tage erlassen werden.

Außerdem ist im mehrerwähnten allerhöchsten Rescripte nochmals verordnet, und haben Sie mit allem Ernst darauf zu halten, daß den früheren Bestimmungen gemäß von Seiten der Jagdbedienten dem ackerbauenden Theile der Landeseinwohner jederzeit hilfreiche Hand geleistet werde, wenn diese den Austritt des Wildes in bestimmten Gegenden zur Anzeige bringen, und daß die Jagdbedienten sodann keinen Fleiß und Mühe sparen, um, so viel an ihnen ist, das austretende Wild zu erlegen, oder von solcher Gegend zu verschrecken.

Recess zwischen dem Königsreiche Hannover und dem Herzogthume Braunschweig wegen der Jagdfolge vom 10. Januar 1822.

Zwischen dem f. Br. Kün. G. R. E. und dem königl. Großbrit. Hannov. Cabinets-Ministerio ist folgender Recess über die Jagdfolge in beiderseitigen herrschaftl. Jagden geschlossen worden:

Forst- und Jagd-Wesen, Rescripte.

1) Von dem angeschossenen und über die Gränze geflohenen Stück Wildpret muß dem betreffenden Revierforstbedienten oder einem auf dessen Revier stationirten herrschaftl. Jäger Anzeige gemacht, und, wenn es verlangt wird, der Anschuß und Flucht gezeigt werden.

2) Das Verfolgen (Nachslängen) eines angeschossenen Stückes Wildpret über die Gränze geschieht, wenn es thunlich ist, im Beisein des angränzenden Forstbedienten, oder eines auf dessen Revier stationirten Jägers, mit einem gutgearbeiteten Schweißhunde, welcher vom Riemen eher nicht zu lösen, bis das angeschossene Stück gesprengt ist.

3) Ohne besondere Erlaubniß und ohne Beisein des angränzenden herrschaftl. Forstbedienten, darf nicht verloren gesucht, bei verloren gegangener Fährte der Schweißhund vom Riemen nicht gelöst werden.

4) Das Verlorensuchen darf nur mit Schweißhunden oder mit ein Paar Menschen, ohne jedoch dabei Lärm zu machen, geschehen, damit das Revier, worin solches vorgenommen wird, dadurch so wenig als möglich beunruhigt werde.

5) Demjenigen herrschaftl. Jagdbedienten, der ein Stück Wildpret angeschossen hat, welches über die Gränze gesetzt worden, steht es zwar frei, der Hege über die Gränze zu folgen, auch das sich vor dem Hunde gestellte Stück Wildpret todt zu schießen; er darf solches aber, wenn nicht besondere Umstände, als Unsicherheit u. s. w. eintreten, nicht wegbringen, und ist, wenn es verlangt wird, verbunden, den Anschuß und die Flucht über die Gränze zu zeigen, weshalb beides gehörig zu verbergen (ein Strauch oder Ast darauf zu legen) ist.

6) Ein angeschossenes Stück Wildpret ist nach 24 Stunden über die Gränze nicht ferner zu verfolgen. Wenn solches nach dieser Zeit gefunden wird, so hat derjenige, welcher den Anschuß verrichtet hat, seine Ansprüche daran verloren.

7) Derjenige Revierforstbediente, in dessen Namen das über die Gränze geflohene Stück Wildpret angeschossen wird, ist für die pünktliche Erfüllung der obigen Vorschriften verantwortlich, und wird für jeden Contraventionsfall in 20 Rthlr. Strafe genommen, welche von dessen Besoldung abgezogen und in der Rechnung desjenigen Forst- oder Jagdbedienten vereinnahmt werden sollen, in dessen Revier das angeschossene Stück Wildpret getreten ist.

Urkundlich des hierunter gedruckten f. Geheimencanzleisiegels und beigefügter Unterschrift.
(Neues vaterländ. Archiv B. 5. H. 1. S. 193.)

Resc. f. R. E. v. 17. Mai 1825.

Alle Bauholz-Anforderungen sollen durch die Gerichte an die Forstbehörden spätestens im Monat August jeden Jahres gelangen; alle in die davon anzufertigende Liste nicht aufgenommenen Anforderungen mit alleiniger Ausnahme solcher, welche durch Umstände nöthig werden möchten, die nicht vorher gesehen werden konnten, für das Jahr überall nicht berücksichtigt, sondern zur Anmeldung im künftigen Jahre zurückgewiesen werden.

Forst- und Jagd-Wesen, Rescripte.

85

I. Resc. v. 15. Junı 1826.

Da es zur Abfözung und Erleichterung des Verfahrens in Forststraffsachen, welches von dem Kr. Amte Ribbadsghausen gegen Einwohner der hiesigen Stadt angestellt wird, für zuträglich gehalten, daß zu allen Geschäften und Verrichtungen, welche bei selbigen vermöge der Verordnungen vom 8. Mai 1815 und 20. April d. J. den Amtsvoigten oder sonstigen Gerichts-Unterbiedienten obliegen, ein allhier angestellter und wohnhafter Gerichtsdiener gebraucht werde; so hat f. Distr. Ger. ein dazu völlig qualificirtes Subject auszuersuchen und dasselbe anzuweisen, die von gedachtem Kr. Amte in solchen Forst- und Jagd-Contraventionsfachen und wegen Bestrafung der allhier wohnhaften Freveler erlassenen Vorladungen und Verfügungen zu insinuiren, so wie die darüber anzufertigenden Register zu führen und überhaupt die dazu gehörigen Geschäfte und Bestellungen nach den Vorschriften der angezogenen Verordnungen und der ihm zu ertheilenden nähern Instruktionen auszurichten. F. Distr. Ger. hat das gedachte Kr. Amt und die hiesigen St. Ger. von der gegenwärtigen Anordnung in Kenntniß zu setzen und denselben zugleich zu eröffnen, wie zu ihnen vertrauet werde, daß sie die zu deren Ausführung erforderlichen Mittheilungen und Requisitionen auf dem kürzesten und schnellsten Wege unter sich bewerkstelligen und dadurch den guten Erfolg dieser Verfügung befördern würden.

Resc. h. R. E. v. 13. Februar 1827.

Der Forstmeister im Weserdistricte ist angewiesen, dem Kr. Amte künftig, wie solches früher geschehen ist, im Herbst jeden Jahrs Verzeichnisse der dem Unterthanen zum Laubsammeln aufgegebenen Forstorte zuzustellen, und in denselben bemerken zu lassen, von welchem Tage an das Laubsammeln gestattet sein soll.

Nach dem Empfange dieses Verzeichnisses ist deren Inhalt den Unterthanen in den betreffenden Ortschaften bekannt zu machen.

Resc. h. St. M. v. 24. October 1827.

Auf den Bericht vom 19. d. M. genehmiget das h. St. M., daß diejenigen Landwehrjäger und denselben attachirte Infanteristen, deren Station ein Zusammentreffen mit königl. preuß. Unterthanen wahrscheinlich macht, auf die richtige Anzeige der von den letztern verübten Forstfrevel beeidigt werden, und hat der Commandeur der Landwehrjäger sich dieserhalb an die betreffenden h. Kr. Aemter zu wenden, wobei demselben übrigens dieses Rescript zur Legitimation des Antrags dienen wird.

Instruktion h. R. E. für die Wildhüter in den herzogl. Braunschw. Landen vom 9. Januar 1828.

In Gemäßheit des §. 23. der landesherrl. Verordn. vom 16. September 1827, die Abwendung der Wildschäden und deren Vergütung betr., wird den, von den Feldmark-Interessenten angestellten Wildhütern Folgendes zur genauesten Befolgung hiedurch vorgeschrieben:

§. 1. Ein jeder Wildhüter ist verpflichtet, eine Stunde vor dem Untergange der Sonne sich nach denjenigen Grundstücken zu begeben, welche demselben zur Abwehrung

des Wildes angewiesen worden, und muß daselbst bis nach dem Aufgange der Sonne verbleiben, es sich angelegen sein lassen, das den Feldern sich nahekommende, oder das darauf bereits ausgetretene Wild, in den Wald zurück zu jagen, zu dem Ende während der ganzen Nacht sich wachend erhalten, ununterbrochen von einem Theile der Feldmark nach dem andern, insbesondere nach den Punkten sich begeben, wo das Wild am gewöhnlichsten sich zeigt, und solches auch bei stürmischem und reginigtem Wetter um so weniger unterlassen, als das Wild dann vorzüglich gern auf die Felder zu treten pflegt.

§. 2. Zur Verschreckung des Wildes von den, den Wildhütern zur Bewachung übergebenen Grundstücken, ist denselben gestattet, Schreckbilder aufzustellen, sich lärmender Instrumente, blind geladener Pistolen und gemeiner Haushunde, worunter auch Dachshunde verstanden werden sollen, zu bedienen, auch Feuer anzuzünden.

§. 3. Unter den lärmenden Instrumenten ist insbesondere ein Nachtwächterhorn, oder eine Klapper zu verstehen, und ist jeder Wildhüter verbunden, eins dieser Instrumente zu gebrauchen, auch zur Controle seiner Wachsamkeit solches mindestens alle Halbstunden hören zu lassen.

§. 4. Die Haushunde, welche die Wildhüter bei der Verschreckung des Wildes gebrauchen dürfen, müssen nicht zu groß sein, damit sie das Wild nicht niederziehen können, auch nicht lange bei dem Jagen anhalten und zur Disposition des Wildhüters bald zurückkehren. Vor ihrem Gebrauche sind sie dem betreffenden Forst- und Jagd-Bedienten vorzuzeigen, und werden von demselben, wenn sie obige Eigenschaften nicht haben, verworfen. Die tauglich befundenen Hunde sind von der polizeilichen Anordnung befreit, mit Knäppeln am Halse versehen zu sein, müssen aber eine Schelle am Halse hängen haben, um den Forst- und Jagd-Bedienten kenntlich zu werden, und versteht es sich übrigens von selbst, daß die Wildhüter die Holzungen mit ihren Hunden unter dem Vorgeben, das Wild dadurch von dem Austreten auf die Felder zu verhindern, nicht durchstreifen dürfen, bei der gesetzlichen Strafe von drei Thalern im Contraventionsfalle.

§. 5. Die von den Wildhütern etwa zu unterhaltenden Feuer müssen mindestens zwanzig Schritte vom Holzbestande entfernt sein, und jedesmal vor dem Nachhaufgehen von den Wildhütern völlig ausgelöscht werden; dem Revierförster bleibt es jedoch nachgelassen, wenn ein Waldbrand nicht zu befürchten steht, auf den Antrag der Wildhüter zu gestatten, das Feuer dem Holzbestande näher als 20 Schritte anzulegen, so wie gegenwärtig demselben zusteht, das Anzünden der Feuer in einer weitem Entfernung als 20 Schritte anzuordnen.

§. 6. Zur Unterhaltung der Nachtfuer ist den Wildhütern gestattet, Leeseholz in den herrschaftlichen Forsten, oder aus der Waldung der Feldeigenthümer zu sammeln, dieselben haben aber durchaus kein Recht, in Ermangelung solchen Leeseholzes sich den Bedarf an Brennmaterial eigenmächtig in den gedachten Holzungen zu hauen, sind vielmehr verpflichtet, sich deshalb an die sie gebungenen Feldmarks-Interessenten zu wenden.

§. 7. Gleichfalls liegt den Feldmarks-Interessenten ob, das erforderliche Material zur Aufrihtung der Wildhütten zu liefern, wenn solche für nöthig erachtet sind.

§. 8. Um von der Erlaubniß, das Wild durch blinde Pistolenschüsse von den Feldern zu verschrecken, Gebrauch machen zu können, ist den Wildhütern gestattet, Pulver bei sich zu führen. Würden dieselben aber betroffen, außer dem Pulver, noch Kugeln, gehacktes Blei, oder Schrot (Hagel) bei sich zu führen: so wird solches mit einer, bis zu Stägigem Gefängnisse zu schärfenden Strafe belegt, so wie wirklich begangene Jagd-frevel, außer der, in dem Forststraf-Directorio festgesetzten Strafe, noch die sofortige Entziehung von dem Hüterdienste zur Folge haben würde.

Daß die Wildhüter sich den etwa nöthig erachteten Visitationen durch die Forst-Officianten und sonstige Polizei-Beamte unterwerfen müssen, wird nur beiläufig bemerkt.

§. 9. Wenn die Wildhüter das Austreten des Wildes durch alle ihnen zu Gebote stehende Mittel nicht verhindern können, so sind sie verpflichtet, dem betreffenden Förster davon sofort Anzeige zu machen, damit dieser die, für solche Fälle angeordneten Jagden anzustellen, veranlaßt werde.

§. 10. In dem Falle, daß die Feldfrüchte durch das ausgetretene Wild wirklich Schaden erlitten haben, sind die Wildhüter verbunden, solches dem Eigenthümer der beschädigten Grundstücke sowol, als dem Förster sogleich anzuzeigen.

§. 11. Eine besondere Pflicht der Wildhüter ist ferner, während der Zeit, in welcher sie nach dem §. 1. auf ihrem Posten sein müssen, darauf zu achten, daß die bestellten Felder unbefugter Weise mit den Viehheerden nicht betrieben, oder durch einzeln umherlaufendes Vieh nicht beschädigt werden; und würde eintretenden Falls davon sofort dem betreffenden Forst-Bedienten und Eigenthümer des beschädigten Grundstücks Anzeige zu machen sein.

§. 12. Die Forst-Officianten sind angewiesen, über die genaue Befolgung dieser Instruction zu wachen; daher die Wildhüter etwanigen Ermahnungen derselben, bei Vermeidung des Verlustes ihres Dienstes, Folge zu leisten, auch denselben, zur Verhütung von Unglücksfällen, ohne Verzug zu antworten haben, wenn sie von ihnen, bei der Ausübung ihres Dienstes, angerufen werden.

Bekanntmachung h. K. E. v. 29. Februar 1828.

Da in neuerer Zeit die Zahl derjenigen Aspiranten, so in hiesigen Forstdiensten dermaleinst versorgt zu sein wünschen, in der Masse zugenommen hat, daß sie fast für 20 Jahre hinreichen würde, um die nach Erfahrungen im Durchschnitt jährlich erledigt werdenden Forstdienststellen wiederum zu besetzen: so finden Wir Uns veranlaßt, dieses nicht nur zur öffentlichen Kenntniß zu bringen und diejenigen jungen Leute, welche noch in Begriff stehen, sich für das Forstfach zu bestimmen und ihre Angehörigen von der Schwierigkeit, in demselben, unter den jetzigen Verhältnissen, zu einer Anstellung zu gelangen, zu unterrichten, sondern bemerken auch noch, wie zur Vermeidung fernerer Ueberhäufung der Forst-Aspiranten folgende Einrichtungen getroffen sind:

Forst- und Jagd-Wesen, Rescripte.

- 1) daß ferner und jedem der h. Revierforstbedienten gestattet ist, nicht mehr als einen Forstlehrling zu gleicher Zeit bei sich zu haben;
- 2) daß Wir den resp. h. Oberforstbedienten diejenigen Revierforstbedienten namhaft gemacht haben, bei denen künftig Forstlehrlinge sich während drei Jahre aufhalten haben müssen, um überhaupt demaleinst im Forstfache angestellt werden zu können;
- 3) daß jeder Forstlehrling, bevor er als solcher von den obgedachten Revierforstbedienten angenommen werden darf, sich einem Examen der resp. Oberforstbedienten zu unterwerfen hat; welches jedoch als erstes Examen sich nur dahin erstrecken wird, zu prüfen, ob der sich meldende Lehrling die gewöhnlichen Rechnungsbarten, die Rechtschreibkunst inne, und einen gesunden Körper hat, widrigenfalls er abgewiesen wird;
- 4) daß nach überstandenen Lehrjahren jeder Forst-Aspirant sich einem zweiten höheren Examen der resp. Oberforstbedienten gleichfalls zu unterziehen hat, wobei ihm nach Maßgabe seines Bestehens ein Zeugniß von vier verschiedenen Graden erteilt werden wird;
- 5) daß bei künftigen Anstellungen vorzugsweise diejenigen Aspiranten berücksichtigt werden sollen, denen der erste Grad des Zeugnisses zu Theil geworden, wo hingegen diejenigen des letzten Grades überall abzuweisen und nur nach Jahresfrist befugt sind, noch einmal auf abermalige und letzte Prüfung anzutragen;
- 6) daß nur diejenigen Aspiranten (wenn sie irgend eine Hoffnung zur Versorgung im Forstfache haben wollen) der Befolgung vorstehender Vorschriften enthoben sein können, welche eine der bekannten Forstlehranstalten hinreichende Zeit und mit Nutzen besucht, und sich deshalb einer Prüfung unterworfen haben.

(Br. Anz. 1828. Nr. 21.)

Resc. h. R. E. v. 19. April 1828.

Es ist für angemessen gefunden, den Oberforstbedienten die Befugniß zu erteilen, in sofern nach Befriedigung der herrschaftlichen Bedürfnisse der Forsthaushalt solches noch erlaubt, denjenigen Unterthanen, welche ihren Holzbedarf auf den Forstschreibtagen nicht angefordert haben, auch zu Neubauten aus den herrschaftlichen Forsten das nöthige Holz gegen Bezahlung des taxmäßigen Forstzinses verabsolgen zu lassen, wenn dieselben von dem betreffenden h. Kr. Amte oder der Stadtbehörde ein Attest vorzeigen, wonach der Neubau in polizeilicher Hinsicht genehmigt worden. Es sind daher künftig die Holzansforderungen der Unterthanen mit den Berichten wegen der Erlaubnißerteilung zu Neubauten nicht mehr an die Oberhauptleute oder das h. R. E. einzusenden, sondern die Bau-lustigen wegen des Holzes an die Oberforstbedienten zu verweisen.

Obige Bestimmungen haben auf die Holzansforderungen derjenigen Unterthanen keinen Bezug, welche das Holz in Folge eines Rechts, oder auf dem Wege der Gnade forstzinsfrei oder zu einem ermäßigten Forstzins in Anspruch nehmen.

Re-

Forst- und Jagd-Wesen, Rescripte.

89

Resc. h. R. E. v. 9. Mai 1828.

Dem Kr. Amte wird ein Resc. an den Forstmeister mitgetheilt, um genau darauf zu halten und die Verfügung öffentlich bekannt zu machen.

In Bezug auf den Bericht vom 16. April d. J., womit der Forstmeister die Laubbenutzungspläne der Oberforst H. und N. für 18²⁷/28 überreicht, wird erwiedert, daß, was die künftige Laubbenutzung anbetrifft, solche, so wie es auch für die Gemeinde S. unter dem 28. Februar d. J. bestimmt ist, durchgängig vom 1. Mai bis zum 1. Nov. statt haben solle, mithin ferner in den Wintermonaten kein Laub gesammelt werden darf. H. Kr. Amt hat zu veranlassen, daß diese Bestimmung zur allgemeinen Kenntniß der Unterthanen, welchen bisher die Laubbenutzung zugestanden worden, gebracht werde, und sind ferner alljährlich die Laubbenutzungs-Pläne für jedes Sommerhalbjahr spätestens mit dem 1. März einzureichen, wobei nur noch bemerkt wird, daß dem bisherigen Schema dazu noch drei Columnen hinzuzufügen sind, worin

1) das Alter, 2) dermalige Bestandsbeschaffenheit, 3) das Wirthschaftstheil nach dem Betriebsplane der aufzugebenden Orte auszudrücken ist, damit danach die Zweckmäßigkeit der Aufgabe um so eher beurtheilt werden könne, und ist das Nöthige zu veranlassen, daß deren resp. Gemeinen diese Einrichtung gehörig bekannt werde, zu welchem Ende der Forstmeister angewiesen wird, in der Folge, wenn demselben die einzureichenden Pläne mit Genehmigung h. R. versehen, remittirt sein werden, davon die erforderlichen Extracte an die betreffenden Kr. Aemter vor dem 1. Mai jeden Jahrs einzusenden, und selbige zu ersuchen, die erforderlichen Bekanntmachungen an die resp. Gemeinen zu veranlassen.

Resc. h. R. E. v. 26. Mai 1828.

Aus der copeilichen Anlage werden die h. Kr. Aemter ersehen (s. das folgende Resc.) was dato wegen des von Forstfrevlern in Gemeinewaldungen an die Gemeinen zu leistenden Ersatzes des Schadens und des Werthes an die Oberforstbediente verfügt sei, und werden die Kr. Aemter aufgefordert, darauf zu halten, daß der von der h. Kr. Casse an die Ortsvorsteher abgelieferte Gelbbetrag vereinnahmt; desgleichen, daß die umgewandelten Arbeitstage statt des Geldersatzes gehörig abgeleistet werden.

Resc. h. R. E. v. 9. Junius 1828.

Da es erforderlich ist, daß in den von den h. Kr. Aemtern der Forstbehörde zuzufertigenden Erkenntnissen über die in Gemeine- und Privatwaldungen verübten Frevel, die Strafe und der Ersatz an Schaden und Werth getrennt, in besondern Rubriken und auf dieselbe Weise die alternative erkannte Strafarbeit oder Gefängnißstrafe angegeben werde: so ist solches künftig nicht außer Acht zu lassen.

Resc. h. R. E. v. 26. Mai 1829 an die Oberforstbediente.

Die Ersetzung des Schadens und Werths für die in den Gemeinewaldungen verübten Frevel ist bisher nach den darüber eingegangenen Berichten theils unterlassen, theils nicht mit der erforderlichen Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit geschehen. Es wird deswegen hierüber Folgendes bestimmt:

Bege Repert. II. Thl.

Forst- und Jagd-Wesen, Rescripte.

1) Nach Vorschrift des §. 20. der höchsten Verordn. vom 5. Mai 1815, das in Forstfachen zu beobachtende Verfahren betr., ist dem Ortsvorsteher jeder Gemeinde ein Extract aus den eingegangenen Erkenntnissen, von dem an die Gemeinde-Casse zu bezahlenden Schaden- und Werth-Ersatz zuzustellen.

2) Dieser Ersatz ist von der h. Kr. Casse zugleich mit der Strafe einzuziehen und an den betreffenden Ortsvorsteher, nach Abzug der festgesetzten Remisen, gegen dessen Quittung zu bezahlen, welcher hierauf die eingezahlten Gelder in der Gemeinde-Rechnung vereinnahmen wird.

3) Bei nachgewiesener Insolvenz der Frevler ist dem betreffenden Ortsvorsteher der von dem Kr. Amte in Arbeitstage umgewandelte Ersatz bekannt zu machen, damit derselbe deren Ableistung besorgen kann.

Resc. h. K. E. v. 3. October 1829.

Damit die jährlichen Verzeichnisse des aus den Weser-Forsten angeforderten Bauholzes zeitiger eingesandt werden, ist bestimmt:

1) die Anschläge zu den von den Unterthanen beabsichtigten Neubauten und Reparaturen der Kirchen, Schul- und Pfarrgebäude, nebst den Bau- und Situationsrißen sind spätestens bis zum Ablaufe des Monats Juli jeden Jahrs an das Kr. Amt H. abzuliefern, und werden die nach diesem Termine eingehenden Anschläge, insofern dieselben nicht Bauten betreffen, deren Dringlichkeit sich erst später ergeben hat, bis zum nächsten Jahre zurückgelegt.

2) Die dem h. Kr. Amte vor dem Anfange des Monats August eingelieferten Risse und Situationspläne zu Neubauten werden, nebst den Holzanschlägen von dem Kr. Amte bis zur Mitte des eben genannten Monats zur Prüfung in polizeilicher Hinsicht dem Oberhauptmanne eingesandt, welcher solche, mit seinen Bemerkungen versehen, bis zum Schlusse desselben Monats dem Kr. Amte remittirt.

3) Die sämtlichen Risse und Anschläge zu Neubauten, so wie die Bemerkungen des Oberhauptmanns und die Anschläge zu Reparaturen werden sodann, nebst dem Gutachten, hinsichtlich des zu bezahlenden oder zu erlassenden Forstzinses für das veranschlagte Holz von dem Kr. Amte, bis zur Mitte des Monats September zur Revision der Bau- und Holzanschläge dem Kammerbaumeister zugestellt, welcher solche bis zur Mitte October an die Oberforstbehörde abliefern. Diese fertigt

4) nach Maßgabe der revidirten Anschläge ein Verzeichniß von dem angeforderten sämtlichen Bauholze in der bisherigen Form an, und sendet solches nebst den Rißen, Anschlägen und sonstigen Anlagen im Anfange November an die Kammer ein. Was dagegen

5) die nach dem Ablaufe des Monats Juli eingehenden Anschläge zu solchen Bauten und Reparaturen betrifft, welche durch nicht vorher gesehene Umstände veranlaßt werden und deren Ausführung keinen Aufschub leidet: so sind solche zwar in jedem einzelnen Falle besonders, jedoch auf gleiche Weise, nämlich dergestalt an h. K. zu befördern,

Forst- und Jagd-Wesen, Rescripte.

91

daß dieselben von dem Kr. Amte an den Oberhauptmann, resp. an den Kammerbaumeister und von diesem an die Oberforstbehörde abgegeben, von dieser aber an h. K. eingesandt werden.

Das dieserhalb Nöthige ist den Unterthanen und dem Amtszimmermeister bekannt zu machen.

Bekanntmachung h. K. E. v. 23. October 1829.

Demnach mittelst Allerhöchsten Resc. vom 11. September d. J. genehmigt ist, daß eine Commission niedergesetzt werde, welche von jetzt an sämtliche Forst-Aspiranten des ganzen Landes (mit Ausschluß derjenigen, so im h. K. E. Anstellung in diesem Fache erlangen) zu prüfen hat, zu welchem Zwecke sie sich alljährlich einmal dahier in Braunschweig versammeln und den Prüfungstermin bekannt machen wird, und zu besagter Commission nachstehende Personen ausgewählt sind, als:

1) der Forstmeister von Weltheim in Stadtholbendorf, 2) der Oberförster Uhde in Königslutter, 3) der Forstschreiber Krebs hieselbst,

so wird solches hierdurch in Bezug auf Unsere Bekanntmachung vom 29. Februar 1828 zur öffentlichen Kenntniß gebracht und haben sich dem zufolge die, eine Prüfung beabsichtigenden Forst-Aspiranten mit ihren desfalligen Anträgen an eines der obgenannten Mitglieder besagter Commission künftig zu wenden.

(Br. Anz. 1829. Nr. 85.)

Resc. h. K. E. v. 6. Januar 1830.

Allerhöchsten Orts ist bestimmt, daß von jedem Morgen Gemeinde-Forst, je nach der besseren oder geringeren Beschaffenheit, mit Ausnahme der Wälder 1 Egr. 6 Pf. — 1 Egr. 4 Pf. — 1 Egr. 8 Pf. — jährlich bezahlt werden, es sei denn, daß ein Gutsförster herkömmlich, oder ein von der Gemeinde angenommener, von der Forstbehörde bestätigter und gerichtlich beeidigter Holzaufsesser, den Forstschuß allein ausübe, in welchen Fällen nur 3 Pf. vom Morgen zu entrichten sind.

(Vergl. Fredericksdorfs Promt. Th. 4. S. 87. fgd.)

Bekanntmachung h. K. E. v. 4. April 1830.

In Folge Unserer Bekanntmachung vom 23. October vorigen Jahrs, die Einsetzung einer h. Forst-Examinations-Commission betr., bringen Wir hierdurch annoch folgende, nähere Bestimmungen über das Forst-Examen zur öffentlichen Kenntniß:

§. 1. Die h. Forst-Examinations-Commission wird in der Regel jedes Jahr einmal ihre Zusammenkünfte behuf Prüfung der sich Angemeldeten halten, jedoch vorher den nähern Termin öffentlich bekannt machen.

§. 2. Da den mit der erforderlichen Erlaubniß versehenen Revierförstern (Publicandum vom 29. Februar 1828) die Annahme eines Forstlehrlings von jetzt an nur dann gestattet sein soll, wenn solcher Lehrling bei h. Forst-Examinations-Commission geprüft, und mit den nöthigen Schulkenntnissen versehen, befunden worden, auch künftig kein Forst-Aspirant in h. Forst-Diensten — besonders vorbehaltene Ausnahmen abgerechnet — auf

den unteren Posten angestellt und von diesen weiter befördert werden wird, welcher nicht zuvor die unten vorgeschriebenen Examina gemacht und mindestens das Zeugniß des 3ten Grades erhalten hat: so zerfällt das Geschäft der Commission in eine vorläufige Prüfung derjenigen jungen Leute, welche mit der Absicht, demnächst eine Anstellung in h. Forst- und Jagd-Diensten zu erhalten, bei einem Förster in die Lehre gehen wollen, und in Examinirung der Forst-Aspiranten, so wie derjenigen Forstbediente der unteren Grade, welche auf Beförderung Anspruch machen wollen.

§. 3. Die Prüfung der bei einem Förster in die Lehre gehenden jungen Leute soll sich auf die Untersuchung der Fähigkeit im Rechtschreiben und im gewöhnlichen Rechnen beschränken, jedoch ist zugleich auf einen fehlerfreien, gesunden Körper Rücksicht zu nehmen, auch zu verlangen, daß der Geburtschein, die Schulzeugnisse, ein Gesundheits-Attest und eine kurze Darstellung über den Stand und Wohnort der Eltern, so wie über den genossenen Unterricht beigebracht werde.

§. 4. Zu dem Anstellungs-Examen wird kein Aspirant zugelassen, der nicht das 20ste Lebensjahr bereits zurückgelegt, und wenn er eine Forstschule oder Universität besuchte, mindestens zwei Jahre bei einem zum Unterrichte befugten Forstbedienten sich aufgehalten hat, und wird sich dieses Examen über alle Zweige der Forst- und ihrer Hilfswissenschaften, so wie über das Jagdwesen erstrecken, jedoch ist dabei Rücksicht zu nehmen, ob der Examinant seine forstliche Bildung nur bei praktischen Forstbedienten, oder auf einem Forstlehr-Institute und außerdem noch auf einer Universität erhalten hat, indem im ersten Falle die vorzulegenden Fragen sich hauptsächlich auf die Grundsätze der practischen Forstwissenschaft und auf die unentbehrlichsten Hilfswissenschaften beschränken sollen. — Die von den Unterrichts-Anstalten kommenden Aspiranten haben die üblichen Zeugnisse über ihren bisherigen Fleiß und über ihr Betragen, so wie eine selbst geschriebene Darstellung der Art und des Umfanges ihrer Bildung, die Anderen dagegen, außer dieser Darstellung, ihren Lehrbrief und ein Zeugniß des betreffenden Oberforstbedienten, beizubringen.

§. 5. Das Bestehen in dieser Prüfung giebt die Hoffnung zu einer successiven Anstellung als Gehilfsjäger, Unterförster und Gehilfsförster (gehender Förster 2ter Classe), jedoch kann derjenige, welcher nur auf einen Unterförster-Posten reflectirt und auf weitere Beförderung Verzicht leistet, ein milderes Examen erlangen; wobei außer den Kenntnissen im Jagdwesen, nur auf eine Fertigkeit im Rechnen und auf die Fähigkeit geprüft wird, ein Forst- und Jagdsrevel-Protokoll gehörig abzufassen.

§. 6. Nachdem die Forst-Aspiranten angestellt sind, und mindestens zwei Jahre in dem Posten eines Schreibgehilfs-Jägers bei den resp. Oberforstbedienten, oder eines Gehilfsförsters (gehenden Försters 2ter Classe) gedient haben, können dieselben auf ein abermaliges Examen antragen, welches zu einer Beförderung in den Posten eines Revierförsters (gehenden Försters 1ter Classe und reitenden Försters) befähigt. Dasselbe wird über practische Gegenstände angestellt werden und soll insbesondere die Ueberzeugung gewähren, ob der Examinant mit den Instructionen und Vorschriften über die Verwaltung eines Forst-

reviers, sowol in technischer Hinsicht, als in Beziehung auf die Berechnung des Forstertrages, nicht weniger mit dem Geschäftsgange überhaupt bekannt ist.

§. 7. Auf die Prüfung zur Beförderung auf eine Forstschreiber-, Oberförster- und titular Forstmeister-Stelle ist Niemand befugt anzutragen, vielmehr behalten Wir Uns vor, in geeigneten Fällen diejenigen Individuen zu bezeichnen, deren Qualification zu solchen Posten, insoweit es die dazu erforderlichen Kenntnisse betrifft, geprüft werden soll.

§. 8. Das desfallsige Examen wird ebenfalls practisch sein und in Beziehung auf einen Forstschreiber-Posten hauptsächlich den Geschäftsgang, das Rechnungs- und das Protokollwesen umfassen; hinsichtlich der Beförderung zu einer Oberförster- oder titular Forstmeister-Stelle aber sich nicht nur über die eben genannten Gegenstände, sondern über allgemeines Forst- und Jagdrecht, vaterländische Forst- und Jagd-Gesetzgebung, über die Ressort-Verhältnisse der Behörden und über den Geschäftsgang bei der Forst- und Jagd-Verwaltung erstrecken.

§. 9. Diejenigen Forst-Candidaten, welche Anstellung bei Unserm Collegio suchen, müssen sich zuvörderst bei besagter Commission nicht nur einer Prüfung unterwerfen, welche nach dem vorhergehenden Paragraphen bei dem Oberförster-Examen in Frage gestellt werden soll: sondern auch über alle die Wissenschaften und Forstverwaltungs-Gegenstände, worauf laut der Paragraphen 4 und 6. behuf der ersten Anstellung und Beförderung zum Revierförster geprüft wird; dieselben sind jedoch alsdann in dem Falle ihrer Beförderung zu einer practischen Dienststelle jeder ferneren Prüfung überhoben. Wir behalten Uns jedoch vor, vor ihrer Anstellung in Unserem Collegio mit ihnen außerdem noch eine höhere Prüfung vorzunehmen.

§. 10. Hinsichtlich derjenigen Forst-Aspiranten, welche in Folge des Publicandums vom 29. Februar 1828 bei den betreffenden Oberforstbedienten examinirt und bestanden sind, soll angenommen werden, daß sie dadurch die Befähigung zu der Stelle eines Gehilfsjägers, Unterförsters und Gehilfsförsters dargethan haben, und müssen dieselben, um in eine Revierförsterstelle einzurücken zu können, annoch das in §. 6. vorgeschriebene Examen bestehen.

§. 11. Die jetzt bereits angestellten Gehilfsjäger, Unterförster und Gehilfsförster, welche die in §. 6. gedachten Posten auf daselbst vorgeschriebene Zeit bekleidet haben und Ansprüche auf Beförderung in Revierförsterstellen erlangen wollen, haben sich gleichfalls dem Revierförster-Examen zu unterziehen, und sollen ausnahmsweise auch die gegenwärtig als gehende Förster 1ster Classe bereits Angestellten, wenn sie wünschen, demnächst zu reitenden Förstern zu avanciren, verpflichtet sein, zuvörderst das in §. 6. vorgeschriebene Examen zu machen.

§. 12. Den Exaministen werden Censuren über den Ausfall der Prüfung nach vier Abstufungen, welche Uns zuvor zur Bestätigung vorgelegt werden, ertheilt, nämlich:

Zeugniß des 1ten Grades: vorzüglich ausgezeichnet.

— — 2ten — — gut,

Zeugniß des 3ten Grades: bedingt mittelmäßig,

— — 4ten — — — — — schlecht,

und schließt das Zeugniß des 4ten Grades jede Anstellung in Forstdiensten aus; jedoch ist diesen Individuen gestattet, sich zu einer nochmaligen Prüfung, spätestens aber nach zwei Jahren, wieder zu melden, wobei es aber alsdann sein Verbleiben behält.

Wer das Zeugniß des 3ten Grades erhält, muß, um Hoffnung zu einer Anstellung zu haben, seine practische Brauchbarkeit hinlänglich nachweisen können, und die Empfänger des ersten Zeugnißes sollen unter Umständen vorzugsweise berücksichtigt werden.

§. 13. Die Gesuche um Prüfung sind an die h. Forst-Examinations-Commission in Braunschweig zu adressiren.

(Br. Anz. 1830. Nr. 30.)

Instruction h. K. C. für die Taxatoren der Wildschäden in den herzogl. Braunschw. Landen vom 30. April 1830.

(Den h. Kr. Aemtern durch die Oberhauptmannschaften mitgetheilt.)

In Gemäßheit des §. 43. der landesherrl. Verordn. vom 16. September 1827, die Abwendung der Wildschäden und deren Vergütung betr., wird den zur Abschätzung der Wildschäden erwählten und bestellten Taxatoren die erforderliche Instruction im Folgenden hiemit ertheilt:

§. 1. Die Taxatoren haben sich vor Allem mit den Vorschriften und Bestimmungen bekannt zu machen, welche die vorgedachte landesherrl. Verordnung über die Abschätzung der Wildschäden enthält, und wovon ein Auszug angehängt worden ist.

§. 2. Dieselben haben auf die von dem h. Kr. Amte an sie ergehende Vorladung, an dem bestimmten Orte, zur festgesetzten Zeit sich einzufinden, und von der das Besichtigung- und Taxations-Geschäft leitenden Gerichtsperson die Nachweisung des angeblich vom Wilde beschädigten Grundstücks, nach dessen Lage und Größe, wie solches in der Vermessungs-Beschreibung bezeichnet worden, zu gewärtigen.

§. 3. Bei der Besichtigung des solchergestalt bezeichneten Grundstücks ist vornämlich zu untersuchen, ob der angebliche Schaden an den Früchten oder an dem Grundstück selbst durch Roth- oder Schwarzwild veranlaßt worden, indem nur ein solcher Schaden verordnungsmäßig in Betracht kommt. Wenn hierüber Zweifel entstehen, und die Ansichten der Taxatoren von dem gegenwärtigen Forst-Officianten oder von dem Inhaber des beschädigten Grundstücks bestritten werden sollten, so ist es zur Entscheidung der Gerichtsperson zu verstellen, ob zur Erlebigung dieser Zweifel auf das Gutachten eines unpartheiischen Jagd-Verständigen provocirt werden solle.

§. 4. Die Taxatoren haben ferner genau zu untersuchen, ob der vorgefundene Schaden außer dem Wilde zum Theil noch durch andere Einwirkungen herbeigeführt, und ob etwa bei der Bestellung des beschädigten Grundstücks ein auf dessen Abtrag Einfluß habender Fehler, oder eine Cultur-Vernachlässigung begangen ist, eintretenden Falls aber das Nöthige darüber zu bemerken.

Forst- und Jagd-Wesen, Rescripte.

95

§. 5. Nach sorgfältiger Erwägung dieser Umstände ist derjenige Abtrag des Grundstücks à Morgen nach Humpfenzahl, der Strohertrag nach Pfunden und bei Wiesen der Futterabtrag nach Centnern abzuschätzen, welchen das beschädigte Grundstück muthmaßlich gehabt haben würde, wenn die Beschädigung durch das Wild nicht eingetreten wäre, wobei vorzüglich der vorliegende Cultur-Zustand und die Productionskraft des Grundstücks nach Bodenmischung, Untergrund und seiner besonderen Lage, daneben aber auch der erfahrungsmäßige Ertrag der in der betreffenden Feldmark belegenen Grundstücke gleicher Qualität zu berücksichtigen ist.

§. 6. Wenn ein größeres Grundstück zur Besichtigung und Abschätzung gelangt, auf welchem eine verschiedene und auffallende Abweichung des Bodens, des Cultur-Zustandes und der Bestellungsort zu bemerken ist, so wird dasselbe in eben so viele verschiedene Abtheilungen getrennt und der Ertrag von einer jeden Abtheilung besonders abgeschätzt.

§. 7. Hiernächst wird der bei der Ernte wirklich zu erwartende Ertrag des Grundstücks abgeschätzt, der Rückfall der Ernte, welcher durch eine Vergleichung dieser und der im §. 5. erwähnten Abschätzung sich ergibt, nach Morgenzahl berechnet und dabei ermittelt, wie viel von diesem Rückfalle auf die Beschädigung durch das Wild, und wie viel davon auf sonstige Beschädigungen, Naturereignisse oder andere Einwirkungen in Anrechnung zu bringen ist. Bei den Wiesen ist insbesondere noch zu untersuchen, ob etwa die Grasnarbe von den wilden Schweinen dergestalt umgebrochen ist, daß die Wiedererzeugung des Grases bis zur nächstjährigen Ernte nicht zu erwarten steht, und ob dieser Schaden durch Planirung des Bodens ersetzt werden kann. Im letzten Falle sind die Planirungskosten, in sofern sie weniger betragen, als der sonst zu vergütende Ausfall der nächstjährigen Ernte, zu berechnen und in Ansatz zu bringen.

§. 8. Das Ergebniß der Besichtigung und Abschätzung wird bei Ackerstücken in eine Tabelle getragen, wie sie dieser Instruction in dem Schema A. angehängt ist. Bei Wiesen giebt das anliegende Schema B. weitere Anleitung zur Aufstellung der Wildschadensberechnung.

§. 9. Für jeden Grundbesitzer ist in der Regel eine besondere Tabelle anzufertigen. Nur wenn mehrere Feldmarkengenossen gemeinschaftlich auf Besichtigung und Abschätzung des Wildschadens angetragen haben, und diese Besichtigung und Abschätzung in einem und demselben Termine vorgenommen wird, können dieselben in einer Tabelle zusammengefaßt werden.

§. 10. Wenn dasselbe Grundstück wegen einer nach der ersten Besichtigung und Abschätzung eingetretenen neuen Beschädigung abermals zur Besichtigung kommt, so ist über das Ergebniß dieser abermaligen Besichtigung und Taxation eine neue Tabelle nach Anleitung der, bei der früheren Besichtigung und Taxation bereits entworfenen Tabelle aufzustellen.

§. 11. Verschieden von dieser neuen Besichtigung und Abschätzung ist die zur Begründung des Entschädigungsanspruchs erforderliche, von dem h. Kr. Amte auf den An-

trag des Beschädigten möglichst kurz vor der Ernte und wenigstens binnen vier Wochen vor derselben anzuordnende nochmalige Taxation der vorhin schon besichtigten und abgeschätzten Wildschäden, wobei im Allgemeinen die obgedachten, für die erste Taxation vorgeschriebenen Bestimmungen zu beobachten sind.

§. 12. Ergiebt sich bei dieser wiederholten Besichtigung, daß der früher wahrgenommene Schaden durch den Nachwuchs ersetzt, oder unter das im §. 41. Nr. 3. der landesherrl. Verordnung bestimmte Maß, nämlich:

- 1) bei Grundstücken, die von der Forst an mehreren Seiten begrenzt werden, unter einem Vierteltheile,
- 2) bei solchen, die mit einer Seite an die Forst stoßen, unter einem Sechstheile, und
- 3) bei denen, die von der Forst überall nicht berührt werden, unter einem Achttheile,

des davon zu erwartenden Ertrages vermindert worden, so ist solches ohne specielle Taxe der mit der Leitung des Geschäfts beauftragten Gerichtsperson zum Registriren anzuzeigen.

§. 13. Ist dagegen ein solcher Nachwuchs nicht eingetreten, so wird auf gleiche Weise wie das erste Mal abgeschätzt und dabei ermäßigt, ob der Rückfall der Ernte von dem vom Wilde beschädigten Grundstücke lediglich dem Wildfraße beizumessen, oder zum Theil auch anderen äußeren Einwirkungen und Ereignissen zuzuschreiben sei.

Um hierbei zu einem möglichst richtigen Urtheile zu gelangen, sind alle in der Zwischenzeit der beiden Besichtigungsperioden auf die Vegetation des beschädigten Stückes Einfluß habende klimatische Einwirkungen und Witterungs-Veränderungen ins Auge zu fassen und zu verfolgen; auch ist dabei der Ertrag, so wie die Beschaffenheit der Aehren und Körner auf dem vom Wilde beschädigten Stücke mit dem Ertrage eines in der Nähe gelegenen unbeschädigten Stückes von gleicher Bodenmischung, Lage und Culturzustande zu vergleichen, endlich aber auch zu berücksichtigen, ob etwa durch das Zertreten der nassen, nur mit einer flachen Ackerkrume versehenen Grundstücke ein auf die künftijährige Ernte Einfluß habender Nachtheil bewirkt worden sei?

§. 14. Die Besichtigungs- und Abschätzungs-Tabellen sind binnen 3 Tagen nach abgehaltenem Termine an das h. Kr. Amt mit Bericht einzusenden.

S c e m a.

(A.)

Abschätzung des Wildschadens auf der Feldmark

Brand- Kffec. N ^o	Benennung		N ^o	Größe						Frucht- Art.	Muthmaßlicher Ertrag des Ackers			
	der			der		des		1) nach dessen			2) nach Verich-			
	Ackerbesitzer	Länderei		Länderei	beschädig- ten Theils	Culturzustan- de und der Pro- ductionskraft à Morgen		sichtigung be- eingetretenen Schadens à Morgen						
						Hbt.	Pfund	Hbt.	Pfund					
			der Wanne	im Beide	Mrg.	Mth.	Mrg.	Mth.						
2.	Ackermann Joh. Heinrich Klenke.	die Trumpe	3	12	10	60	4	—	Weizen	12	1200	9	900	

Forst- und Jagd-Wesen, Rescripte.

99

B e r e c h n u n g

N. N. von der Erndte des Jahrs 18..

Rückfall		D a v o n				Gesamt-		B e m e r k u n g e n.
der		a u f				Betrag		
Erndte		äußere		Wildschaden		Wildschadens		
à Morgen		Einwirkungen						
Hbt.	Pfund Stroh	Hbt.	Pfund Stroh	Hbt.	Pfund Stroh	Hbt.	Pfund Stroh	
3	300	1	100	2	200	8	800	Das Land ist gegen Süden von der Forst be- gränzt, leidet vom Verschatten des Holzes, und ist mit Hungerquellen versehen. Dasselbe hatte im vo- rigen Jahre Klee getragen, und ist zum Waizen mit der Aze gebüngt. Der Boden ist lehmiger Klei, mit etwas Dammerde gemischt, der Untergrund Kalk- stein. In der zwischen beiden Besichtigungen statt gehabten Vegetations- Periode trat anhaltende Dürre ein; auch hat das Getraide vom Befallen gelitten.

13*

(B.)

Abſchätzung und des Wildſchadens auf den Wieſen

Brand = Affec. = №	Benennung		№ der	Gr ö ß e								E r t r a g				Rückfall			
	der			der		des beschädig-		ten Theils der		nach der Pro-		ductionskraft		nach Verück-		sichtigung des		der	
	Wiesenbesitzer			Wiesen		Heu-		Grum-		à Morgen		à Morgen		à Morgen		à Morgen		Ernte	
	Abtheilung			Wiesen		met-		met-		Heu		Grum-		Heu		Grum-		Heu	
						Wiesen		Wiesen		Wiesen		Wiesen		Centner		Centner		Centner	
4	Halbspanner Hennig Risch- bieter	Theilblecke	3	11	3	60	—	—	2	—	—	—	18	10	9	5	9	5	

B e r e c h n u n g

v o r N. N. v o m J a h r e 1 8 2 9.

D a v o n auf		Gesammt- Betrag des Wildschaden		In Gelde berechnet à Centner 8 Ggr.			Planirungs- Kosten			Total- Entschädigung			Bemerkungen.		
äußere Ein- wirkungen	Wildschaden	Heu	Streu- met	Heu	Streu- met	Centner	Rthlr.	Ggr.	Pf.	Rthlr.	Ggr.	Pf.			
Centner	Centner	Centner	Centner	Centner	Centner	Centner	Rthlr.	Ggr.	Pf.	Rthlr.	Ggr.	Pf.			
4	—	5	5	10	10	6	16	—	1	2	—	7	18	—	Die Wiese ist gegen Westen von der Forst begränzt. — Die Qua- lität des Futters ist fast durchgängig Kuhheu. — Der Boden besteht aus sandigem Lehmboden, der Untergrund aus Thon. Die Wiese wird im Winter und Früh- jahre von der Aue über- flutet. Die Heuernte hatte stark durch Spät- fröste gelitten.

Forst- und Jagd-Wesen, Rescripte.

Resc. h. Forst-Dir. v. 29. Mai 1830.

Die Forstbesoldungsbeiträge, welche bisher von den waldbesitzenden Gemeinden und Interessentenschaften erhoben wurden, waren theils nicht nach gleichmäßigen Principien festgesetzt, theils war den h. Kr. Aemtern und den Eigenthümern der Holzungen unbekannt geblieben, nach welchen Grundsätzen dieselben zu den Beiträgen concurrirten; daher nach Allerhöchster Bestimmung über die zu befolgenden Grundsätze eine Revision der Beiträge vorgenommen ist, deren Resultate die angelegten Verzeichnisse enthalten. Solche werden besonders deshalb mitgetheilt, damit bei entstandenen Beschwerden die Kr. Aemter sich im Stande befinden, den betreffenden Corporationen den nöthigen Aufschluß über die Sachverhältnisse zu geben, zu welchem Ende auch noch nachfolgende Principien bekannt gemacht werden:

1) von jedem Waldmorgen einer Gemeinde oder Interessentenholzung, worin ein adeliger Gutsförster herkömmlich den Forstschutz ausübt, oder wofür ein von dem Eigenthümer angenommener und besoldeter, von der Forstbehörde bestätigter und gerichtlich beeidigter, besonderer Holzaufsesser zur Handhabung des Forstschutzes angestellt ist, wird wegen der, den h. Forstbedienten bleibenden Leitung der Forstbewirthschaftung, drei Pfennig jährlich entrichtet;

2) von jeder andern Walzung der Art, wo dem h. Forst-Personale die Betriebsleitung und der Forstschutz zugleich obliegt, pro Waldmorgen

a) im Hochwalde auf gutem und Mittel-Boden 1 Ggr. 6 Pf.;

b) im Hochwalde auf schlechtem und im Niederwalde auf gutem und Mittel-Boden 1 Ggr. 4 Pf.;

c) im Niederwalde auf schlechtem und in raumen Orten auf gutem und Mittel-Boden 1 Ggr.;

d) in raumen Orten auf schlechtem Boden 8 Pf., und

e) für Wägen, welche bis jetzt noch nicht angebauet sind, wird kein Beitrag erhoben.

Resc. h. Forst-Dir. v. 7. Juni 1830.

Den h. Kr. Aemtern werden in der Anlage Exemplare der für die Taxatoren der Wildschäden in den hiesigen Landen entworfenen Instruction zugesandt, um darauf in Gemäßheit der Bestimmungen des §. 43. der unterm 16. September 1827 über die Abwendung und Vergütung des Wildschadens erlassenen Verordnung die Taxatoren des Amtsbezirks zu beeidigen.

Resc. h. Forst-Direct. v. 8. Juni 1830.

In Gemäßheit einer Verfügung h. K. vom 16. Juli 1824 sind bisher die jährlichen Holzanforderungen der berechtigten Unterthanen, in soweit sie Neubauten betreffen, zunächst an den Oberhauptmann gesandt, um sich bei Einreichung derselben an die h. Forst-Direct. über die polizeiliche Zulässigkeit solcher Bauten berichtlich zu äußern; seitdem jedoch die Verwaltung der herrschaftlichen Forsten von h. K. getrennt und dafür die

Forst- und Jagd-Wesen, Gemeine-Angelegenheiten, Rescripte. 103

unterzeichnete Behörde eingesetzt worden, so wird es unthunlich, diesen Geschäftsgang ferner beizubehalten, vielmehr müssen künftig die qu. Holzzettel direct an h. Forst-Direct. gesandt und die in polizeilicher Hinsicht bedürftigen Genehmigungen h. R. von den Unterthanen durch Vermittelung des Oberhauptmanns separat eingeholt werden.

Resc. h. R. v. 9. Juni 1830.

Auf eine Anfrage wird unverhalten, daß die herrschaftlichen Forstbedienten, seitdem von den Gemeinen Forstbeitragselder bezogen werden, zur Erhebung von Forstanzweisungsgeldern überall nicht berechtigt sind, es sei denn, daß mit jenen Gebühren Mähwaltungen remunerirt werden, welche zu ihrem officio nicht gehören. Was dagegen die Anfrage betrifft, ob und in wiefern die Revierförster auf eine freie Mast für ihre Schweine in den Gemeine-Waldungen Anspruch machen können: so wird es bei dem beschaffigen Herkommen, wonach die Forstbedienten fast in sämtlichen Landestheilen die Mast in den herrschaftlichen, wie in den Gemeine-Waldungen mit einem, zweien oder auch nur mit einem halben Schweine seit undenklichen Zeiten zu benutzen pflegen, um so mehr verbleiben müssen, als dieselben zur Mastzeit manche Mähwaltungen haben, welche nicht durch die Forstaufsicht herbeigeführt werden, sondern lediglich den Nutzen und Vortheil des Waldeigenthümers bezwecken.

Gemeine-Angelegenheiten.

1. Resc. v. 16. März 1815.

Die Oberhauptleute haben die f. Kr. Ger. anzuweisen, ein tabellarisches Verzeichniß aller Ortsvorsteher ihres Gerichtsbezirks einzureichen, worin zu bemerken: ob die Gemeinen mit der Geschäftsführung der Ortsvorsteher zufrieden sind, oder Beschwerde über selbige zu führen haben. Wo letzteres der Fall ist, und nicht etwa die Beschwerdeführung ohne allen Grund ist, sind neue Subjecte vorzuschlagen, dabei aber besonders Rücksicht zu nehmen, welche Subjecte die Gemeinen selbst sich wünschen; auch in Fällen, wo das Kr. Ger. es bedenklich findet, das von der Gemeinde gewünschte Subject in Vorschlag zu bringen und ein anderes vorschlagen zu müssen glaubt, den Grund hiervon speciell anzuführen.

Zugleich ist ein Gutachten an den Oberhauptmann darüber abzugeben, ob es gerathen sei, die alte Verfassung, nach welcher zweierlei Vorsteher der Gemeinde angestellt waren, von denen einer über die Polizei-Gesetze wachte, und durch welchen besonders die Anordnungen der f. Aemter, z. B. Begeßerung, Visitation der Feuerstellen, Einquartirung, Kriegsführen u. in Vollzug gesetzt worden; der andere aber insbesondere nur die Verwaltung der Gemeinegüter und die Repartition der Gemeinelasten zu besorgen hatte, wieder herzustellen und was einem jeden derselben als Emolument anzuweisen sein möchte, oder was für Bedenklichkeiten gegen die Wiederherstellung der alten Verfassung obwalten.

Gemeine-Angelegenheiten, Rescripte.

Resc. f. R. E. v. 26. November 1816.

Bei den Vorschlägen über den Umfang und die Geschäfte, so wie über die Feststellung der künftigen Emolumente der Ortsvorsteher, ist von dem Gesichtspunkte ausgegangen, daß in jeder Gemeinde in der Regel ein Ortsvorsteher und ein Amtsgeschwornener nöthig sein werde, wovon ersterer das Rechnungswesen, die Erhebung der Steuern u., letzterer aber die polizeiliche Aufsicht, das Ansagen der Herrendienste u., zu übernehmen haben würde, wogegen in den ganz kleinen Gemeinden für diese verschiedenen Funktionen ein Ortsvorsteher hinreichend sein möchte. Uebrigens ist zu erwarten, daß die Regierung einen angemessenen Beitrag zu der Salarirung der Ortsvorsteher werde bewilligen.

Um einen endlichen Entschluß über beide Gegenstände fassen zu können, sind die bisherigen Angaben wegen der Ortsvorsteher noch nicht hinreichend befunden, und ist besonders noch in Erfahrung zu bringen für nöthig erachtet, worin die bisherigen Emolumente 1) der Ortsvorsteher, 2) der Amtsgeschwornen oder Gehilfen, bestanden haben, welche Emolumente sowol specificce, als auch in einer Totalsumme zu Gelde gerechnet werden müssen, um demnächst genau beurtheilen zu können, wie viel künftig, im Falle alle Naturalemolumente wegfallen sollten, an baarem Gelde zur Entschädigung ausgesetzt werden müßte. Auf die Bewilligung der Spanndienstfreiheit ist künftig nicht zu rechnen, wol aber auf die Befreiung von Handdiensten u. Die Nachrichten sollen in einem Formulare zusammengeestellt werden.

Resc. f. R. E. v. 10. November 1817.

Die in der Verfügung f. R. E. vom 27. Januar d. J. enthaltene Bestimmung, daß die Abnahme der Gemeinde-Rechnungen an Ort und Stelle geschehen solle, hat den Zweck, Unrechtfertigkeiten leichter zu entdecken, und ist zugleich auf den §. 7. der höchsten Verordn. vom 19. Februar 1814 begründet, nach welchem in besonderen, die Verwaltung des Gemeindevermögens betreffenden Fällen, der Rath der versammelten Gemeinde vernommen werden soll.

Wenn diese Zwecke auf eine sonstige Weise erreicht werden können, oder die Localität die Rechnungsabnahme in den Gemeinden selbst nicht erlaubt: so wird zwar genehmiget, daß in einzelnen Fällen von der gedachten Bestimmung abgewichen werde und die Rechnungsabnahme in dem Wohnorte des Kr. Ger., jedoch immer im Beisein mehrerer unbescholtener Gemeinde-Mitglieder geschehe; es versteht sich aber von selbst, daß die für die Abnahme der Rechnungen anzusetzenden Gebühren sodann gehörig moderirt werden müssen.

Resc. h. R. E. v. 28. October 1826.

Nach einer neuerdings eingegangenen höchsten Bestimmung sollen den Ortsvorstehern nur die Gemeinde-Reihe Dienste, aber nicht der Herrendienst erlassen sein, folglich auch eine Erlassung der etwanigen Dienstpacht nicht statt finden können.

Resc. h. R. E. v. 25. Juli 1827.

In Gemäßheit eines höchsten Resc. vom 16. Juli d. J. und unter Verweisung auf das

Gemeine-Angelegenheiten, Gemeinheitstheilungen, Rescripte. 105

das höchste Circul. Resc. vom 8. Juni 1827. wird auf einen Bericht unverhalten, daß, auf den Antrag, außergerichtliche Verpachtungen von Gemeine-Gütern zu gestatten, nicht eingegangen werden könne, sondern die Verpachtungen dieser Güter gerichtlich geschehen müssen und in gleicher Maße wie die, der Güter von wirklichen Unmündigen, nicht zu den Verwaltungs-Sachen zu zählen sind, weshalb es sich denn auch von selbst ergibt, daß für diese und ähnliche Gegenstände, als z. B. Verkäufe und Verpfändungen von Gemeine-Gütern, die in der Exportel-Laxe vom Jahre 1814 vorgeschriebenen Sätze zu erheben sind.

Resc. h. St. M. v. 26. Januar 1828.

Auf den Bericht wird dem h. Kr. Amte N. N. hiermit unverhalten, wie die executivische Einziehung der restituendum der Gemeine-Cassen-Rechnungsführer über den Betrag von 20 Rthlr. durch die Kr. Aemter in dem Falle unbedenklich erscheine, wenn ein völliges liquidum vorhanden ist, hierzu jedoch insbesondere das Anerkenntniß des Schuldners gehöre, weil dann das betreffende restituendum nicht mehr das Object eines Rechtsstreits bilden kann. Wenn es aber an dieser Agnition fehlt, so wird, weil in solchem Falle die Geltendmachung eines Contradictionsrechts immer gedenkbar ist, das Districtsgericht, welchem die Cognition zusteht, Behuf Einziehung solcher Rechnungs-Rückstände angegangen werden müssen.

H. Kr. Amt hat daher in vorkommenden Fällen hiernach sich zu achten und zu verfahren.

Resc. h. R. C. v. 25. Mai 1829.

Da es zur Sprache gekommen ist, daß von mehreren h. Kr. Aemtern in Gemeine-Rechnungs-Sachen Copialien erhoben und berechnet worden, solches aber den Vorschriften der an die vormaligen h. Kr. Ger. unterm 20. November 1821 und 10. Juni 1823 ergangenen allerhöchsten Circul.-Resc., wonach die Abnahme der Gemeine-Rechnungen für einen Act der Administration und nicht der Jurisdiction zu halten, zuwider ist, so findet sich das h. R. C. veranlaßt, diejenigen h. Kr. Aemter, welche in Gemeine-Rechnungs-Sachen, sei es nun für die Mittheilung der gerichtsseitig formirten monita, die Vorladung zu den Abnahmetermen und für die Abschriften der Abnahme-Protokolle, Copialien berechnet haben, auf die dabei zum Grunde liegende irrige Deutung der gedachten Rescripte hierdurch aufmerksam zu machen; wobei übrigens bemerkt wird, daß, wenn die Gemeinden oder die Rechnungsführer noch besondere Abschriften von den fraglichen Verhandlungen auswirken, welche zum gewöhnlichen Gange des Abnahme-Geschäfts nicht gehören, alsdann Copialien zu berechnen sind.

Gemeinheitstheilungen.

I. Resc. v. 25. Mai 1825.

In den Fällen, wo das zu theilende Grundstück in dem Bezirke mehrerer Gerichte belegen ist, behält sich das f. R. C. vor, dasjenige Gericht, welches das Theilungs-Bege Repert. II. Thl.

106 **Gemeinheitstheilungen. Gerichts-Sporteln, Rescripte.**

geschäft allein einzuleiten hat, auf den vorgängigen Bericht der f. Landes-Defonomie-Commission und den Umständen nach, zu bestimmen.

Resc. h. St. N. v. 23. Februar 1828.

Damit Unsere h. Landes-Defon.-Commiff. in den Stand gesetzt werde, der, im §. 13. der Verordn. vom 26. März 1823 enthaltenen Bestimmung gemäß von jeder bewerkstelligten Gemeinheitstheilung Unserer h. R. und dem L. Str. C. die erforderlichen Mittheilungen zu machen, werden sämtliche h. Kr. Aemter hierdurch angewiesen, in allen Gemeinheitstheilungs-Sachen ohne Ausnahme, namentlich also auch in denjenigen Fällen, in welchen die Interessenten einer Theilung solche durch compromissarisch erwählte Commisfarien bewerkstelligen, den Theilungsplan und die betreffenden Acten der gedachten Landes-Defon.-Commiff. vorzulegen, auch von diesem wesentlichen Erfordernisse die Interessenten gleich bei Errichtung des Compromisses in Kenntniß zu setzen.

Extract aus dem L. Resc. vom 25. März 1825, den h. Kr. Aemtern durch das Schreiben der h. Landes-Defon.-Commiff. vom 21. October 1829, mit dem Ersuchen mitgetheilt, derselben jedesmal, sobald sich der darin erwähnte Fall bei einer Gemeinheitstheilung ergiebt, acta einzusenden, bevor die Verhandlungen weiter fortgesetzt werden, damit die in dem Rescripte vorbehaltene Bestimmung eingeholt werden könne.

Da Wir Uns bewogen gefunden haben u. und behalten Wir Uns auch künftig in den Fällen, wo das zu theilende Grundstück in dem Bezirke mehrerer Gerichte belegen ist, vor, dasjenige Gericht, welches das Theilungsgeschäft allein einzuleiten hat, auf den vorgängigen Bericht Unserer h. Landes-Defon.-Commiff. und den Umständen nach zu bestimmen u.

Gerichts-Sporteln.

Circular-Resc., die für die Aufnahme von Kauf- und anderen Contracten über Gegenstände unter 100 Thaler zu erhebenden Sporteln betrf. (S. 23.) [No. 6.] (16. März 1830.)

R e s c r i p t e.

Resc. f. G. R. C. v. 1. Mai 1816.

Dem f. Kr. Ger. B. wird auf die in dem Berichte vom 22. v. M. gemachte Anfrage hiemit unverhalten, daß, da in der Sportel-Ordnung vom 9. Februar 1814 für die Deposition von Documenten und Pretiosen keine Depositen-Gebühren vorgeschrieben worden, selbige auch dafür nicht zu erheben, sondern bloß die vorschriftsmäßigen Schreibgebühren und die Gebühren für den Depositenschein zu fordern seien.

Resc. f. R. C. v. 14. November 1818.

Ungeachtet im §. 2. der Verfügung der vormaligen f. Regierungs-Commission vom 9. Februar 1814, die Gerichts-Sporteln betrf., vorgeschrieben worden, daß die Gerichte für den Werth der ihnen auf ihr Verlangen verabfolgten Gerichts-Sportel- und Sten-

pelpapier = Vorräthe verantwortlich und gehalten sein sollen, am Schlusse jeden Monats den Betrag des verbrauchten Papiers unfehlbar abzuliefern, zugleich aber eine Quittung der Casse nebst der Abrechnung an die Steuer-Direction, für welche die f. R. eingetretten ist, einzusenden, dergestalt, daß selbige bis zum 10. des nächsten Monats eingetroffen sein müssen: so wird doch diese Vorschrift nicht von allen Gerichten beobachtet, vielmehr sind einige nicht nur mit der Ablieferung der Gelder, sondern auch selbst der Abrechnungen, seit längerer Zeit im Rückstande geblieben und haben auf die an sie ergangenen wiederholten Erinnerungen sich damit zu entschuldigen gesucht, daß die eingegangenen Gelder zur Bestreitung der Gerichts-Verwaltungskosten vorschußweise verwandt worden. Da es nun in Gemäßheit eines deshalb anhero gelangten höchsten Rescripts vom 5. v. M. wegen der daraus entstandenen Unordnungen auf keinen Fall geduldet werden soll, daß die Gerichte Vorschüsse zur Bestreitung der Gerichtsverwaltungs-kosten von den erhobenen Sportel- und Stempel-Geldern entnehmen, vielmehr solche, wenn sie deren zu Zeiten durchaus bedürfen, auf ihre Gerichts-Erstattung an die f. R. angewiesen, und die Gerichte, in sofern sie es an der prompten Ablieferung der Sportel- und Stempel-Gelder und der mit der Quittung der Stempel-Receptur versehenen und anhero einzusendenden Abrechnung fehlen lassen, insbesondere diejenigen, welche bisher damit im Rückstande verblieben sind, dazu auf das Ernstlichste angehalten werden sollen: so wird solches den f. R. Ger. hierdurch eröffnet und die genaueste Befolgung dieser höchsten Vorschrift erwartet.

1. Resc. v. 28. Juni 1827.

Auf den Bericht vom 16. d. M. wollen Wir vorgeschlagenermaßen den bei den Braunschweigischen Districtsgerichten angestellten Gerichtsdienern ausnahmsweise hiermit gestatten, für die Zukunft 2 ggr. 8 Pf. für die Insinuation eines Decrets mit Einschluß der zu insinuirenden Copie von dem Extrahenten zu erheben.

Resc. h. 1. Ger. v. 1. Juli 1827.

Demnach mittelst höchsten Rescripts vom 31. März 1827 h. 1. Ger. angewiesen ist, das h. Distr. Ger. N. auf die eingereichten Bemerkungen über den Mißbrauch des Armenrechts bei Processen und zu freiwilligen Bescheinigungen der Armuth behuf Erlangung desselben auch hinsichtlich der gebetenen Declaration des §. 11. der Verordnung vom 9. Febr. 1814, nachdem die vom h. 1. Ger. in einem darüber erfordernten Berichte geäußerten Ansichten gebilligt worden, selbigen gemäß zu instruiren: so wird zu solchem Ende folgendes zur Nachricht und Nachachtung hiemit unverhalten: Was nämlich

1) das Armenrecht betrifft, so enthalten bereits die älteren, insofern sie unabgeändert geblieben sind, noch jetzt gültigen Prozeßgesetze, die Hofgerichtsordnung Tit. 15. und die Canzleiordnung §. 31. deshalb die nöthigen Vorschriften, zu deren Erläuterung und zugleich der in diesen beiden Ordnungen vorgeschriebene, von den Armenpartheien zu leistende Eid dient, obgleich derselbe übrigens aus mehreren Gründen außer Gebrauch gekommen ist. Nach dieser Bestimmung hat

Gerichts-Sporteln, Rescripte.

a. derjenige, welcher das Armenrecht zu erlangen beabsichtigt, zu bescheinigen, daß er aus wirklichem Mangel an Vermögen außer Stande sei, die Gerichtsgebühren, oder die Belohnung des Anwaltes, oder beides zugleich aufzubringen.

Da jedoch der Fall eintreten kann, daß Partheien, welche auf die eben bemerkte Weise nicht arm zu nennen sind, mithin ein vollkommenes Armuthszeugniß zu erlangen und zu dem eigentlichen Armenrechte sich zu qualificiren nicht vermögen, sich gleichwol für die Gegenwart außer Stande befinden, die Gerichtsgebühren u. zu erlegen, gleichwol mit Anstellung der Klage, oder mit der Vertheidigung bis dahin, daß sie die erforderlichen Mittel durch Anleihen auf Grundstücke, oder auf andere Weise sich verschaffen mögen, nicht füglich warten können; so ist für diese das beneficium annotationis sportularum ausgefunden, wodurch sie nur einstweilen von Erlegung der Gerichtsgebühren befreit und ihnen dieselben bis dahin bloß creditirt werden, daß sie zu Bezahlung derselben sich in Stand setzen können. Auch hierzu wird ebenfalls ein Zeugniß des Unvermögens erfordert, welches inzwischen nach der Natur der Sache nicht auf ganzliches, sondern temporelles Unvermögen gerichtet ist.

Nach Maßgabe dieser verschiedenartigen Bescheinigungen haben nun die Gerichte entweder das wirkliche Armenrecht, oder bloß die einstweilige Anschreibung der Gebühren zu bewilligen, und versteht es sich dabei von selbst, daß der einer mit dem eigentlichen Armenrechte versehenen Parthei dienende Advocat, er mag von dem Gerichte als Officialanwalt bestellt sein, oder deren Sache freiwillig übernommen haben, nur mit Ausnahme eines weiter unten zu bemerkenden Falles von solcher Parthei eine Belohnung nicht fordern kann, vielmehr dieselbe völlig unentbehrlich zu vertreten verbunden ist.

Da auch die Hofgerichtsordnung zu Erlangung des Armenrechts eine glaubliche schriftliche Urkunde der Armuth von dem Gerichte des Orts, da die Parthei saßhaft ist, erfordert, so werden die Districtsgerichte die Armuthszeugnisse nicht anders zu beobachten haben, als wenn solche entweder von den Kreisämtern unmittelbar ausgestellt, oder doch, falls sie von untergeordneten Officianten ertheilt sind, von jenen deren Inhalt zugleich mit attestirt ist, wodurch denn auch der Beschwerde über die zu leichte Erlangung solcher Atteste wird vorgebeugt werden, zumal da herzogl. Districtsgerichten es unbenommen bleibt, die Kreisämter ihres Districts zu eigener pflichtmäßiger Aufmerksamkeit, als auch zur Anweisung der unter ihnen stehenden Officianten zu pflichtmäßiger Sorgfalt bei deren Ausstellung zu veranlassen.

b) Ferner soll das Gericht bei Ertheilung des Armenrechts Achtung geben, ob die arme Parthei Ursach und Befugniß habe, die rechtliche Ausführung der Sache zu begehren; auch

c) wenn dieselbe danach befunden wird, zu deren Abfürzung vorzüglich die gültliche Pflege versucht werden; falls aber

d) vermerkt werden sollte, daß die arme Parthei keine gute Sache hätte, auch, weil sie von aller Ausgabe befreit ist, lieber zanken und rechten, als sich nach Willigkeit vergleichen und weisen lassen wollte, ihr das Armenrecht und die freie gerichtliche Assistenz wiederum entzogen werden.

Durch eine solche Prüfung der Sache, die indeß in erster Instanz nur selten schon bei Anbringung der Klage, schon mehr aber bei Vertheidigung, hauptsächlich aber erst im weiteren Verfahren statthast sein, und wobei das Gericht nicht seine etwaige vorläufige Ansicht, sondern nur erscheinendes offenkundiges Unrecht; oder bei Ablehnung von Vergleichsvorschlägen unbezweifelten Eigensinn zu berücksichtigen haben dürfte, wird denn auch die Belästigung des Gerichts und der Gegenparthei durch unbegründete Prozesse verhütet werden.

Diese Befugniß, im Fortgange des Verfahrens bei befundenem Ungrunde der Sache das Armenrecht zurückzunehmen, dürfte denn auch wirksamer sein, als der gethane Vorschlag, vor Ertheilung des Armenrechts eine Nachweisung der Rechtmäßigkeit der Ansprüche zu erfordern, obgleich die Canzleiordnung dasselbe vorschreibt, um so mehr, als solches nicht füglich ohne einen Rechtsbeistand geschehen kann, womit die Parthei in erster Instanz bei ihrem Antrage in der Regel noch nicht versehen ist, und schon erst mittelst der Bewilligung des Armenrechts zugeordnet erhält. Endlich ist

e) die arme Parthei durch das verwilligte Armenrecht von den Gerichts- und Advocatur- und Gebühren nicht schlechterdings befreit, vielmehr, wenn sie durch den Rechtsstreit hinlängliche Mittel zu deren Berichtigung gewinnt, oder sonst in der Folge zu Vermögen gelangt, zu deren Nachzahlung verpflichtet, wozu sie sich sogar mittelst des vorgeschriebenen Armeneides verbindlich machen soll. Hierdurch und durch eine genauere Unterscheidung des eigentlichen Armenrechts von der bloßen Anschreibung der Gebühren wird dann auch die Vervortheilung der herrschaftlichen Cassen abgewendet werden, wenn die Gerichte darauf achten, die angeschriebenen Gebühren, nachdem die Parthei zu Aufbringung der Kosten sich in den Stand zu setzen Zeit gehabt hat, wenigstens bei Beendigung des Processus, auch bei bewilligtem wirklichen Armenrechte, wenn die Parthei hinlängliche Mittel zur Zahlung erstreitet (wobei jedoch mit Mäße zu verfahren und den Armen dadurch nicht aller Gewinn aus dem Rechtsstreite zu entziehen ist) zu erigiren, und wird auf solche Weise der Sportel- und Stempelcasse ein nicht unbedeutender Theil ihrer Gebühren erhalten werden können, wobei es nicht ungewöhnlich sein dürfte, statt des in dem Eide den armen Partheien enthaltenen Angelöbnißes zu eventueller Erstattung der Gerichts- und Advocaturkosten, nachdem solcher Eid außer Gebrauch gekommen ist, ein förmliches zu den Acten zu registrirendes Versprechen von denselben zu erfordern. Nach dem Vorbermerkten nun wird

2) einer Declaration des §. 11. der Verordnung vom 9. Febr. 1814, die Gerichtsporteln betr., es nicht bedürfen, indem die Vorschrift derselben nur für den

Gerichts-Sporteln, Rescripte.

daselbst aufgestellten Fall gegeben ist, nicht aber solchen Fall, als den alleinigen, in welchem die Nachzahlung von Gerichtsgebühren Statt habe, ausschließlich aufstellt, daher die übrigen Fälle nach den bestehenden sonstigen Gesetzen zu beurtheilen sind und insonderheit der zur Anfrage gebrachte Fall durch die älteren Gesetze, welche die das Armenrecht genießenden Parteien bei Erstreitung hinlänglicher Zahlungsmittel durch den Prozeß selbst oder deren Erwerbung in der Folge durch andere Glücksstände ausdrücklich zur Nachzahlung verpflichten, und in ihrer Gültigkeit fortwährend bestehen, vollkommen entschieden ist.

Resc. h. R. C. v. 25. Juli 1827

wegen der Gerichts-Sporteln bei Verpachtungs- u. Gegenständen in Gemeinde-Angelegenheiten, s. Art. Gemeinde-Angelegenheiten S. 104.

Resc. h. St. M. v. 1. Mai 1828.

Dem h. Distr. Ger. wird das mittelst Berichts eingesandte Gesuch der Wittve des Geldwechslers W. um Verfügung der Rückzahlung, angeblich zu viel bezahlter Gerichtsgebühren, hierbei zurückgefertiget und wie die in Braunschweig noch bestehende altdeutsche und von der römischen Tradition unterschiedene Einrichtung der gerichtlichen Auflassung unbeweglicher Güter den Uebergang des Grundeigenthums durch Erbgang ausdrücklich begreift (s. Untergerichts-Ordnung Cap. XIV. §. 1.) und dabei herkömmlich die für Uebertragung solchen Eigenthums durch Kauf u. verordneten Gebühren haben erhoben werden müssen, demgemäß auch die neue Taxe der Gebühren für Aufnahme von Kaufverträgen und dergleichen unter h. St. M. Genehmigung (vergl. Resc. vom 8. April 1826. die Rudeloffsche Erbschaft betr.) in Anwendung gebracht ist, und hinsichtlich der Armengelder ein gleiches Herkommen sich gebildet hat: so ist die Supplicantin abschlägig zu bescheiden. Uebrigens soll gestattet sein, daß in Zukunft bei Veränderungen des Grund-Eigenthums ohne dessen Uebertragung die vormals nach Maßgabe der Untergerichts-Ordnung erhobenen Gebühren eingezogen und die neue Taxe nur bei wirklichen Uebertragungen durch Tausch, Kauf u., überhaupt bei Aufnahme von Uebertragungs-Contracten befolgt werde, und ist in vorkommenden Fällen darnach zu verfahren.

Resc. h. St. M. v. 4. Juli 1828.

Da, geschehener Anzeige zufolge, hinsichtlich der Ablieferung der von den Gerichten erhobenen Sporteln an die h. Kammer-Casse kein gleichmäßiges Verfahren beobachtet wird, die Herbeiführung eines solchen jedoch der bessern Ordnung und Controle wegen nothwendig erscheint: so werden die h. Distr. Ger. Stadtger., Kr. Aemter und das h. Kr. Ger. Rbedinghausen hiermit angewiesen, sofort nach dem Schlusse eines jeden Monats die in demselben erhobenen Sporteln mit einer generellen Angabe ihres Betrags an h. Kammer-Casse abzuliefern, zugleich aber auch h. Kammer von der geschehenen Ablieferung, mit Beifügung eines von dem Gerichte zu unterschreibenden Extracts aus dem Expeditionsbuche, woraus eine jede einzelne Ausfertigung und die dafür erhobene Sportelgebühr zu ersehen ist, in Kenntniß zu setzen.

Resc. h. St. M. v. 1. August 1828.

Da auf den Antrag der h. Kammer genehmigt ist, daß alle, hinsichtlich der von den Unternehmern herrschaftlicher Bauten zu beschaffenden Cautionen, aufzunehmenden gerichtlichen Verhandlungen, Hypothek-Bestellungen und Eintragungen, so wie die darauf auszufertigenden Dokumente stempel- und sportelfrei sein sollen: so wird solches sämmtlichen h. Distr. Ger., Stadt-Ger., Kr. Aemtern und dem h. Kr. Ger. Lhedinghausen zu ihrer Nachricht und Nachachtung damit unverhalten.

Resc. h. L. Ger. v. 24. November 1828.

Von dem h. R. C. ist zur Anzeige gebracht, daß bei mehreren der h. Gerichte, besonders der Kr. Aemter, die Amtsbögte für die Anheftung der Anschläge, nicht bloß in eigentlichen Verwaltungs-Sachen, sondern auch bei Auctionen und ähnlichen, zu der freiwilligen Gerichtsbarkeit gehörenden Angelegenheiten sowohl der h. Kammer, als der Privatpersonen sich eine zu hohe Gebühr, nämlich einige für das im Gerichtslocal zu affigirende Exemplar zwar nur die gesetzliche Taxe zu 6 Ggr., diese jedoch gedoppelt für das Anheften und Abnehmen, dann aber auch noch für die mehreren in den Krügen und anderen öffentlichen Orten angeschlagenen Exemplare den Betrag der Insinuationsgebühr zu 1 Ggr. 4 Pf., für jedes andere dagegen, sogar für jedwedes affigirte Exemplar 6 Ggr. berechnet haben, und hat dasselbe darauf angetragen, die Gerichte zu Abstellung dieses, der Sportel-Ordnung zuwider laufenden Mißbrauchs anzuweisen.

Da nun in der, der Verordnung vom 9. Februar 1814 angehängten Sporteltaxe I. A. 10. c. bei Subhastationen für die Besorgung des Anschlags überall nur 6 Ggr. ohne Weiteres zuzubilligen sind, die Besorgung des Anschlags aber das ganze Geschäft sowohl des Anheftens und Abnehmens sämmtlicher der an mehreren Orten zu affigirenden Exemplare der Anschläge, einschließlich der Dokumentirung enthält und die gegenwärtigen Gerichte in der Verordnung vom 9. Junius 1825, die veränderte Justiz-Verfassung betr., §. 3. ausdrücklich auf die Sporteltaxe verwiesen sind; auch das, was der Anschläge halber für die Subhastationen verordnet worden, bei sonstigen Geschäften derselben Art, mithin für sämmtliche Gattungen von Anschlägen gelten muß: so sind die Unterbedienten der Distr. Ger., in sofern sich solche eine Ueberschreitung der gesetzlichen Taxe bei den Anschlägen erlaubt haben sollten, anzuweisen, sich derselben künftig zu enthalten und darauf zu achten, daß sie solcher Anweisung gebührend nachkommen; nicht minder auch dieses Rescript den sämmtlichen respectiven Stadt-Ger. und Kr. Aemtern des Distr. Ger. Bezirks mitzutheilen.

Resc. h. L. Ger. v. 8. März 1830.

Obwohl die Amtsbögte, Gerichtsdiener und Gerichtsboten an sich schuldig sind, für die ihnen zugebilligte und nach Inhalt der höchsten Verordn. vom 4. October 1826 §. 2. nur einfach zu erhebende Insinuationsgebühr die documentirten Copien derjenigen gerichtlichen Erkenntnisse, Decrete und Verfügungen, deren Originalien sie den Partheien insinuiert haben, den Extrahenten zuzustellen, oder für die Zustellung an selbige zu sorgen ist: so ist

Gerichts-Sporteln, Rescripte.

es doch nicht erforderlich, daß jene Gerichtsunterbedienten die gedachten Copien unbedingt in allen Fällen selbst überbringen. Vielmehr genügt es nicht nur, sondern ist zur Ersparung vermeidlicher Kosten an Reise- und Meilen-Geldern auch nöthig, daß, wenn der Extrahent oder der von demselben zur Annahme und Auslösung der Bescheide legitimirte Anwalt oder Mandatar außerhalb des Wohnorts des insinuirenden Gerichtsunterbedienten, oder gar außerhalb des demselben unmittelbar angewiesenen Geschäftskreises wohnt, überhaupt alsdann, wenn zu demselben ein besonderer Weg zu machen wäre, wofür die Meilen-Gelder ein Mehreres, als das gewöhnliche Postporto betragen würden, die Zufertigung der Copien der Bescheide durch die Post oder auch, wo regelmäßige Boten angestellt sind, durch diese geschehe.

Für die in solchen Fällen dem Gerichtsunterbedienten, welcher die Insinuation des Originals vorgenommen hat, obliegende Bemühung des Verpackens und Einsiegels der Copien und der Beförderung zur Post oder an die Boten, ist demselben, vermöge eines an das h. L. G. ergangenen Rescripts des h. Staats-Ministerii vom 22. Februar 1830 eine Gebühr von einem Mariengroschen für jeden Bescheid bestimmt worden, und das h. L. G. ist angewiesen, wegen Einführung eines desfallsigen gleichmäßigen Verfahrens das Erforderliche zu erlassen.

Resc. h. L. Ger. v. 2. April 1830.

Auf den Bericht wird unverhalten, daß für Aufnahme freiwilliger Vorträge in prozeßualischen Angelegenheiten zum Protokolle einen Sportelsatz von 6 Gr. zu berechnen, nach Analogie der in der Sporteltaxe enthaltenen Ansätze ad I. A. 2. a. h. und p. unbedenklich scheine.

Resc. h. L. Ger. v. 17. Mai 1830.

Es ist sehr häufig die Bemerkung gemacht, daß, die den Partheien ertheilten Ausfertigungen und Abschriften der Bescheide und sonstigen Verfügungen in Prozeßsachen nicht allein die ordnungsmäßige Anzahl von 24 Zeilen auf der Seite (Sporteltaxe I. A. 9. b.) enthalten, sondern auch mit ungebührlicher Ausdehnung der Sylben und Buchstaben geschrieben sind.

Es ist jedoch leicht einzusehen, daß in der Zulassung einer solchen Ordnungswidrigkeit von Seiten der Actuarien der Gerichte und insbesondere der vorsitzenden Mitglieder derselben eine um so größere Pflichtwidrigkeit liegt; als dadurch die Partheien offenbar durch eine unbefugte Vermehrung der Copialien benachtheiligt werden. Wie daher einem solchen, das Ansehen der Gerichte (welche auf die Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften um so strenger halten sollten, als sie ähnliche Mißbräuche gegen die Advocaten zu rügen verpflichtet sind) nachtheiligen Uebelstande nicht länger nachgesehen werden kann, so werden sämmtliche Gerichte, insbesondere aber die vorsitzenden Mitglieder derselben, deren Geschäfte in Hinsicht auf die Copialien versehenen Personen hiermit ernstlich erinnert, bei Anfertigung der von den Partheien zu bezahlenden Copien aller Art streng auf die Beobachtung der in der Sporteltaxe enthaltenen Vorschrift zu halten, und würde h. L. Ger.,
in

in sofern dasselbe, dieser Aufforderung ungeachtet, wider Erwarten ähnliche Mißbräuche bemerken sollte, sich, wiewol ungern, genöthigt sehen, gegen die Contravenienten, nach Maßgabe des §. 9. der Regier. Commiss. Verfüg. vom 9. Febr. 1814, die Gerichts-Sporteln betr., auf strenge Weise zu verfahren.

Gewerbe und Gilden.

W. die Modification des §. 135. der allgemeinen Gewerbe- und Gilden-Ordnung in Beziehung auf die Maurer- und Zimmermeister-Wittwen betr. (S. 131.) [No. 22.] (13. Decbr. 1828.)

Die Vergünstigung des gedachten §. hat auf die Wittwen der Maurer- und Zimmermeister keine Anwendung.

W. die Declaration des §. 126. der modificirten Gewerbe- und Gilden-Ordnung vom 29. Octbr. 1821 betr. (S. 151.) [No. 23.] (15. Decbr. 1828.)

Die Landmeister bezahlen die nach §. 63. bestimmten Eintritts-Gelder und sonstigen Beiträge nur zur Hälfte; auch ist auf letztere Zahlungen die im §. 17. enthaltene Bestimmung wegen Entrichtung der Gebühren zur Hälfte zu beziehn. (S. 151.) [No. 23.] (15. Decbr. 1828.)

Die W. vom 13. Decbr. 1828, die Modification des §. 135. der allgemeinen Gewerbe- und Gilden-Ordnung, in Beziehung auf die Maurer- und Zimmermeister-Wittwen betr., ist aufgehoben. (S. 61.) [No. 9.] (22. April 1830.)

R e s c r i p t e.

Resc. f. R. C. v. 3. Mai 1816.

Es wird unverhalten, daß zwar den auf das Maler-Gewerbe bisher mit Gewerbebeschein versehenen Personen, bei der noch bestehenden Gewerbefreiheit, das Gewerbe nicht untersagt werden könne, inzwischen aber strenge darauf zu halten sei, daß die Maurer die ihnen zustehende Gerechtsame, welche in den Steinhauer-, Maurer-, Lehm- und Kalkputz-Arbeiten, dem Verzwicken oder Verkitten der Häuser, so wie in dem äußeren Anputz derselben, in Fresco-Laugen oder Milch-Farben, besteht, und keinesweges sich auf Zimmermalerei mit Del- und Leimfarben ausdehnen darf, nicht überschreiten.

Resc. f. R. C. v. 5. September 1816.

Es wird auf erstatteten Bericht erwiedert, daß es den Malern gänzlich frei stehe, auch Maurer-Gesellen zu ihren Gehilfen zu nehmen, da sie für die zu übernehmende Arbeit verantwortlich sind und die Gewerbefreiheit hierunter keine Einschränkung leidet.

Resc. f. R. C. v. 27. September 1820.

Wenn ein Zimmermann, Maurer, Glaser oder Tischler einen Bau oder einen Theil davon in Entreprise genommen hat, und dabei auswärtige Schlosser-Fabrikate anbringt, so begeht er dadurch keine Gewerbesteuer-Contravention. Einen Eingriff in die

Gewerbe und Gilden, Rescripte.

Befugnisse der Schlosser-Profession, mithin eine Contravention gegen das Gewerbesteuer-Gesetz wird er erst dann begehen, wenn er Schlosser-Fabrikate selbst verfertigte, oder die den Schlossern zustehenden Arbeiten, ohne mit dem dazu erforderlichen Gewerbscheine versehen zu sein, selbst verrichten würde.

Hiernach ist der Supplicant zu bescheiden.

Resc. f. R. E. v. 30. März 1821.

1) Die aus der bis jetzt beibehaltenen Gewerbeverfassung hervorgehende Freiheit der Gewerbe ist nur in dem Sinne zu verstehen, daß dadurch das gemeine Wohl befördert, nicht aber gefährdet werden soll. So wie diese Verfassung selbst eine Polizeianstalt ist, welche den Hauptzweck hat, durch die Ertheilung der Gewerbscheine die Landesverwaltung in einer fortdauernden Kenntniß der Gewerbtreibenden und ihrer Eigenschaften zu erhalten, so können dadurch keinesweges solche landespolizeiliche Maßregeln ausgeschlossen sein, welche die Abwendung einer für das gemeine Beste entstehenden Gefahr beabsichtigen.

Zu solchen Maßregeln gehört die momentane Beschränkung der Genossen eines Gewerbes, wenn eine Vermehrung dieser Anzahl offenbar nicht mehr die dem Publicum wohlthätige Concurrenz bezwecken, sondern nur die Verarmung eines Theiles der Geweribegenossen und die Nothwendigkeit seiner Erhaltung durch die Armenanstalten zur Folge haben würde.

2) Den Einwohnern der hiesigen Lande kann zwar nicht verwehret werden, sich ausländischer Schuhmacher dergestalt zu bedienen, daß sie bei denselben Bestellungen machen, und sich von ihnen Schuhmacherarbeiten senden lassen; da aber ausländische Schuhmacher ihr Gewerbe in den hiesigen Landen nicht betreiben dürfen und das Anmessen und Ueberbringen (Verkauf) der Schuhe einen Theil des Gewerbetriebes ausmacht, so ist solches künftig nicht mehr zuzulassen.

Resc. f. R. E. v. 25. Juli 1822.

Da nach dem §. 5. der Gildordnung vom 29. October 1821 alle diejenigen Gewerbetreibenden, welche entweder vor 1808 schon Mitglieder einer Gilde gewesen sind, oder welche gegen Lösung eines Gewerbscheins bisher ihr Gewerbe betrieben haben, in die wieder hergestellten Gilden aufgenommen werden sollen: so hat dieses die Frage veranlaßt, wie es mit denjenigen gehalten werden solle, welche ihr Gewerbe zwar seit dem Jahre 1808 neu angefangen haben, zur Lösung von Gewerbscheinen aber überall nicht verpflichtet gewesen sind.

Es sind dieses namentlich die Wollen-, Hanf- und Leinenweber, welche durch das Gesetz vom 12. Februar 1810 und das Decret vom 1. November 1812 von der Gewerbesteuer frei gesprochen sind, so wie die braunschweigischen Cassenschlächter, welche wegen dieses Nebengewerbes von der Gewerbesteuer dispensirt gewesen sind und vormalig ebenfalls eine Gilde bildeten.

Nach Vorschrift eines allerhöchsten Rescripts vom 14. d. M. sollen diese seit 1808

neu hinzugekommenen Gewerbetreibenden, gleich denen, welche bisher mit Gewerbescheinen versehen gewesen sind, ungeführt in der Ausübung ihrer Gewerbe gelassen und ohne Ablegung einer Geschicklichkeitsprobe, gegen Bezahlung der durch die neue Gildordnung genehmigten Gebühren, in die betreffenden Gilden aufgenommen werden, insofern sie nur bisher auf legale Weise und Beobachtung der obrigkeitlichen und polizeilichen Vorschriften ihr Gewerbe selbstständig betrieben haben.

Resc. f. R. E. v. 5. April 1823.

Auf den Bericht vom 26. v. M., die von dem vormaligen Sergeanten M. in S. nachgesuchte Erlaubniß zur Betreibung des Schlosserhandwerks daselbst betreffend, lassen wir unverhalten, daß auf die, wegen dieses Gegenstandes, schon früher erstatteten Berichte Entscheidung deshalb nicht erfolgt ist, weil die Frage unentschieden geblieben ist, ob die bei der Reserve in beständigem Dienste gewesenen Militair-Personen zu dem Betriebe bürgerlicher Gewerbe haben zugelassen werden können?

Da die Militairreserve in der frühern Verfassung nicht mehr besteht, auch der M. sich überall nicht mehr in wirklichen Militairdiensten befindet, da derselbe ferner als Ausländer nicht mehr angesehen werden kann, zur Betreibung des Schlossergewerbes aber wenig oder gar kein Vermögen erforderlich ist, und der Mangel des dazu etwa unumgänglich nöthigen Vermögens durch das dem Supplikanten zu Theil gewordene Wartegeld aufgewogen wird, auch die Stadt S. durch die daselbst vorhandene Anzahl von vier Schlossern nicht geradezu für überfüllt zu halten ist, so sind keine genügende Gründe vorhanden, dem Supplikanten die Zulassung zur Betreibung der von ihm erlernten Profession in S. zu verweigern, wenn er den Vorschriften des §. 118. der Gildordnung sub 1. 2. 4. und 5. Genüge leisten kann.

Resc. f. R. E. v. 10. Juli 1823.

Da das Geschäft des Lakirens ein von der Klempnerprofession verschiedenes Gewerbe bis jetzt gewesen ist, auch zur Erhaltung der vorhandenen Lakirfabriken bleiben muß; da ferner nach §. 10. der Gewerbesteuer-Verordnung vom 29. October 1829 auch von den nicht zünftigen Gewerbetreibenden Geschicklichkeitsproben abgelegt werden müssen und es nicht angemessen ist, wenn bei Beurtheilung der Probestücke nach Analogie des §. 123. der Gildordnung verfahren wird, so muß es bei der abschläglichen Resolution auf das Gesuch des Klempners, um Befreiung von der Anfertigung eines Probestücks Behuf Betreibung des Gewerbes als Lakirer, hinsichtlich der selbst verfertigten Blechwaaren, sein Bewenden behalten.

Resc. f. R. E. v. 25. Mai 1824.

Da das Lakiren der Klempnerwaaren nicht zu den Gewerbebefugnissen der Klempner gehört, mithin auch nicht den Klempnern in Braunschweig zusteht, das von dem Supplikanten in N. beabsichtigte Geschäft, Klempnerwaaren von Anderen lakiren zu lassen und die auf diese Weise in einen veränderten Zustand gebrachten Handelsproducte zu verkaufen, aber in das Gewerbe der Lakirfabrikanten eingreift, so steht dem Gesuche

Gewerbe und Gilden, Rescripte.

des Klempners in N., ihm die Erlaubniß zu ertheilen, seine Klempnerwaaren durch Andere lakiren zu lassen, nicht zu deferiren.

Resc. f. R. E. v. 20. September 1824.

Auf den Bericht wird unverhalten, wie den Tischlern ferner. unbedenklich das Anmalen der von ihnen selbst verfertigten Mobilien und Särge gestattet werden kann, da diese Verzierung ihrer eigenen Handwerkszeugnisse als ein besonderes Gewerbe nicht anzusehen ist. Dagegen steht einem Tischler das Anmalen der von ihm selbst nicht angefertigten Mobilien eben so wenig zu, als die in das Malergewerbe einschlagenden Arbeiten jeder Art.

Resc. f. R. E. v. 4. Februar 1825.

Da der Verkauf des Brotes, als eines der nöthigsten Lebensbedürfnisse, so viel als möglich erleichtert werden muß, und den Bäckern in S. ein großer Abbruch in der Nahrung nicht geschehen kann, wenn sie selbst das Brot in guter Qualität und zu billigen Preisen verkaufen, so kann den Dorfbäckern, welche durch Gewerbescheine nicht schon zum Hausiren berechtigt sind, nicht untersagt werden, das Brot den Abnehmern zu überbringen, wenn solches von diesen bei ihnen zuvor bestellt ist, und muß den Bäckern in S. überlassen werden, die Fälle auszumitteln und anzuzeigen, in welchen die Dorfbäcker diese ihnen zustehende Befugniß durch den Hausirhandel mit Brot überschreiten sollten, so wie denn auch das Brot zu den Artikeln gerechnet werden muß, dessen Verkauf an den Wochenmarkttagen im Ausstehen auf gewissen Plätzen gestattet ist.

Resc. f. R. E. v. 10. Februar 1826.

Auf einen Bericht wird unverhalten, wie es zwar nicht zulässig ist, daß ein Lehrling zur Erlernung zweier Professionen bei zwei verschiedenen Gilden eingeschrieben werde, daß dagegen aber keinem Maurer-, Zimmer- und Dachdecker-Gesellen nach Maßgabe des §. 20. der Gilde-Ordnung untersagt werden kann, die Leinweberei außer dem Gildeverbande zu betreiben.

Resc. h. R. E. v. 24. December 1827.

Das h. R. E. tritt der Ansicht des L. Str. E. im Rescripte vom 12. November 1827 bei, daß es nicht gebräuchlich sei, daß ein eigentlicher Kunstmaler seine Malereien auf Blech trägt und dieselben mit Lack überzieht, wie derselbe in den Lackfabriken gebraucht werde; den gedachten Malern das Bemalen und Lakiren von Präsentirtellern und Blechwaaren nicht zustehende; daß ferner auch die Klempner nicht berechtigt seien, Blechwaaren von Anderen bemalen und lakiren zu lassen und sodann mit diesen lakirten Waaren Handel zu treiben, da ein jeder Handwerker als solcher nur die Befugniß zum Verkaufe seiner Handelserzeugnisse habe.

Resc. L. Str. E. v. 5. Februar 1828.

Leinwebergefellen sind der Nahrungs-Contribution nicht unterworfen.

Resc. h. R. E. v. 25. Februar 1828.

Was die Frage im Allgemeinen betrifft, ob ein Ackerbaubetriebender auch Vieh

durch aufgekauftes Getreide müssen und verkaufen dürfen, ohne mit einer Concession als Viehhändler versehen zu sein, so wird nicht der Zukauf des Getreides, sondern nur der Zweck des Viehhaltens für das Erkennungszeichen des Viehhandels gehalten. Wenn nämlich ein Ackerbautreibender sich genöthigt sieht, zur Verbesserung seines Ackers periodisch mehr Vieh zu halten, als er mit selbstgewonnenem Getreide ausfüttern kann und das fettgewordene Vieh verkauft, so kann man dieses Geschäft, weil solches nur ein Ausfluß größerer Industrie im Ackerbaue und kein für sich bestehendes Gewerbe ist, als einen Viehhandel eben so wenig ansehen, als die Viehmästung, ohne welche der Branntweinbrenner sein Hauptgewerbe nicht betreiben kann, oder den Kauf und Verkauf, welche die Inhaber von Luxusperden von Zeit zu Zeit vornehmen.

Der Viehhandel, wenn derselbe als Hauptgewerbe betrieben wird, ist dagegen leicht zu erkennen, indem das eigene Interesse des Viehhändlers erfordert, sich offen als solchen anzukündigen und das bei demselben aufgestellte Vieh zu jeder Zeit käuflich ist.

Bekanntmachung. L. Str. C. v. 29. Februar 1828.

Es ist zur Anzeige gekommen, daß Gewerbescheine, welche nur zum Handelsbetriebe auf Messen und Jahrmärkten ertheilt waren, widerrechtlich dazu benutzt sind, auch außer den Messen und Märkten Handel, und zuweilen sogar Hausirhandel, zu treiben. Um solchen Mißbräuchen für die Zukunft vorzubeugen und die nur für die Messen und Jahrmärkte geltenden Gewerbescheine noch mehr, als solches bisher schon geschehen ist, vor den gewöhnlichen Gewerbescheinen auszuzeichnen, sind die erstern vom laufenden Jahre mit blauer Farbe gedruckt, worauf die sämmtlichen Obrigkeiten und polizeilichen Behörden hierdurch aufmerksam gemacht werden.

(Br. Anz. 1828. No. 16.)

Bekanntmachung h. R. C. v. 22. März 1828.

In Gemäßheit eines höchsten Rescripts vom 5. d. M. wird hierdurch bekannt gemacht, daß die bisherige alleinige Berechtigung des hiesigen Stadtmusikanten zu Ausübung des Musikgewerbes aufgehört hat und diejenigen Musiker, welche künftig mit Gewerbescheinen zu Betreibung dieses Gewerbes in hiesiger Stadt versehen zu werden wünschen, nach Maßgabe der Gewerbesteuer-Verordnung vom 29. October 1821 bei dem Stadtmagistrate allhier sich zu melden haben; daß ferner den Musik-Ehren der hiesigen Regimenter mit Genehmigung ihres Chefs zwar gestattet sein solle, ohne Einlösung von Gewerbescheinen musikalische Unterhaltungen zum Genuße für Kunstliebhaber, oder zu deren Ausführung in den ersten Gasthäusern und öffentlichen Gärten der hiesigen Stadt und den dazu gehörigen Umgebungen sie aufgesordert werden, zu geben, auch zum Lanze für gebildete Gesellschaften musikalisch aufzuwarten, insofern solches in Uniform und nur von Mitgliedern desselben Musik-Ehore ohne Theilnahme anderer, bei diesem Musik-Ehore nicht angestellter und nicht mit Gewerbescheinen versehener Musiker geschieht; daß endlich kein Musiker an musikalischen Aufwartungen Theil nehmen darf, welcher mit einem Gewerbescheine nicht versehen ist, und als Gehüfen der mit Gewerbescheinen versehenen Musiker nur solche

Personen zu betrachten sind, welche bei diesen Wäskanten wohnen und in Lohn und Brod stehen.

(Br. Anz. 1828, No. 25.)

Resc. h. R. E. v. 26. April 1828.

Wenn gleich die Ertheilung der Concessionen von Seiten h. Kammer nur in den §§. 16. 17. und 22. der modificirten Gewerbe- und Gilden-Ordnung vom 29. Octbr. 1821 gedacht ist, demzufolge die Krämer in den Dörfern, die Handwerker auf dem Lande und die Hausirer mit Concessionen versehen werden sollen: so folgt doch schon aus der ordnungsmäßigen Ausübung des Rechts der Oberaufsicht, daß kein Gewerbe ohne besondere Erlaubniß angefangen und betrieben werden dürfe.

Diesem allgemeinen Grundsatz entsprechen auch die §§. 3. und 10. der Verordnung vom 29. October 1821, die Gewerbesteuer betr., wornach eine Legitimation zum Gewerbetriebe außer dem Zunftverbande Statt finden und durch Gewerbescheine ohne vorgängige Genehmigung der h. Kammer ertheilt werden soll. Die allgemeine Form der Legitimation durch Gewerbescheine hat indessen durch die Verordnung vom 7. Febr. 1822, die Wiederherstellung der Contribution von der Nahrung und den Handwerken betr., eine erhebliche Modification erlitten, indem die Gewerbetreibenden, welche der Nahrungscontribution wiederum unterworfen sind, nicht durch Gewerbescheine, die zugleich als Steuerquittungen dienen, legitimirt werden können.

Seitdem hat nun zwar die Regel fortgedauert, daß ein jeder Gewerbetreibender im Stande sein müsse, zu jeder Zeit wegen seines Gewerbebetriebes sich zu legitimiren; über die Frage: in welcher Form diese Legitimation hinsichtlich verschiedener Classen von Gewerbetreibenden zu beschaffen sei, haben aber noch einige Zweifel obgewaltet.

Nachdem nunmehr diese Zweifel durch ein höchstes Rescript vom 1. d. M. beseitigt sind, so werden die h. Kr. Aemter mit nachstehenden Grundsätzen bekannt gemacht:

- 1) Die Legitimation der Gewerbetreibenden geschieht entweder:
 - a) durch Concessionen der h. Kammer, oder
 - b) durch Gewerbescheine, oder
 - c) durch Meisterbriefe der Gilden.
- 2) Die Ertheilung der Concessionen und Gewerbescheine knüpft sich an die Gattung der Steuerzahlung, so, daß die der Contribution von der Nahrung und den Handwerken unterworfenen Gewerbetreibenden, durch Concessionen und die gewerbesteuerpflichtigen Personen durch Gewerbescheine, sich zu legitimiren haben.
- 3) In denjenigen Theilen und Ortschaften des Landes, in welchen nach der Verordnung vom 7. Februar 1822 die Contribution von der Nahrung und den Handwerken wiederum erhoben wird, dient die Gewerbeverzeichnung in dem durch die Verordnung vom 14. August 1787 publicirten, rectificirten Contributions-Faße zur Anleitung für die Ausfertigung der Concessionen, und nur diejenigen werden mit Gewerbeschei-

nen versehen, deren Gewerbe in diesem Contributions-Fuße nicht genannt sind, oder auf welche derselbe nicht nach dessen Inhalte analogische Anwendung findet. Demnach werden alle Handwerker mit Concessionen versehen, da der zweite Abschnitt des rectificirten Contributions-Fußes, welcher sich auf den ersten Abschnitt des allgemeinen Contributions-Fußes bezieht, besagt, daß auch die nicht genannten Handwerker auf dem Lande verhältnißmäßig in Ansatz gebracht werden sollen, wogegen die Gewerbeverzeichnung in dem Abschnitte I. des rectificirten Contributions-Fußes, welcher die Nahrungtreibenden enthält und sich auf den 10. Abschnitt des allgemeinen Contributions-Fußes bezieht, strict angewendet werden muß, weil die analogische Classification der darin nicht genannten Gewerbetreibenden, nicht vorgeschrieben ist, und sind diese nicht verzeichneten Nahrungtreibenden also nicht mit Concessionen, sondern mit Gewerbescheinen zu versehen.

4) Die Mäher, welche nicht schon vor 1808 u. privilegiert gewesen sind, und unterwerfen sich der Verordnung vom 3. October 1816 auf den Grund rechtskräftiger Erkenntnisse beibehalten werden können, oder seit dem Jahre 1814 die Erlaubniß zu neuen Mäheranlagen erhalten haben, müssen sich ebenfalls durch Concessionen versehen.

5) Die Gewerbetreibenden in den, der Contribution von der Nahrung unterworfenen Städten, welche nicht durch Zunft oder Meisterbriefe sich legitimiren können, werden nach Anleitung dessen, was vorstehend sub. 3. angeführt ist, gleichfalls mit Concessionen versehen.

6) Dasselbe findet auf die Flecken Anwendung, in welchen auch diejenigen Handwerker, welche an den Gilden Theil nehmen und Meisterbriefe erhalten, gleich den Handwerkern in den Dörfern, sich mit Concessionen versehen müssen.

Die Oberhauptleute haben nun, so weit diese Bestimmungen auf ihren District Anwendung finden, die h. Kr. Aemter und Bürgermeister zu instruiren und insonderheit

1) untersuchen zu lassen, welche Gewerbetreibende in den Städten durch Meisterbriefe oder durch Gewerbescheine bereits legitimirt sind und welche mit Concessionen annehmbar versehen werden müssen; auch Verzeichnisse der letztern mit einer Angabe: ob die Gewerbetreibenden im Jahre 1821 schon mit Gewerbescheinen versehen gewesen sind, oder seitdem die Erlaubniß zum Gewerbebetriebe erhalten haben, baldigst zur Ausfertigung der Concessionen einreichen zu lassen;

2) untersuchen und anzeigen zu lassen, welche in und nach westfälischer Zeit angelegte neue Mäher vorhanden sind, und für welche Mäher Concessionen ertheilt werden können, weil a) deren Fortdauer, nach rechtskräftig gewordenen Erkenntnissen zulässig, oder b) die Erlaubniß zu ihrer Anlegung, nach der westfälischen Zeit ertheilt ist;

3) nicht allein von den zünftigen Handwerkern in den Flecken, sondern auch von allen anderen noch nicht durch Concessionen oder Gewerbescheine legitimirten Gewer-

Gewerbe und Gilden, Rescripte.

betreibenden, nach Anleitung des sub 1. gedachten Verfahrens für die Städte, Verzeichnisse zur Ausfertigung der Concessionen einsenden zu lassen.

Uebrigens ist zu verfügen, daß von den künftig noch rechtskräftig werdenden Erkenntnissen über das Fortbestehen neu angelegter Mühlen dem J. 10. der Verordn. vom 3. October 1816 gemäß, jederzeit dem h. R. E. Anzeige zur Ausfertigung der Concessionen, statt der früher vorgeschriebenen Ausfertigung der Gewerbescheine, gemacht werde.

Auf eine Anfrage: ob den Baubedienten für Reisen, welche sie für Prüfung der Meisterstücke der Bauhandwerker unternehmen, Diäten, und wie viel zukommen, und wer solche zu entrichten habe, ist denselben eröffnet: wie in der Regel nicht nöthig sein werde, daß von den Districtsbaumeistern zu den nach J. 123. der allgemeinen Gildordnung vom 29. October 1821 ihnen obliegenden Theilnahme an der Prüfung der Bauhandwerker, Reisen unternommen würden, da zur Ersparung der Kosten gewöhnlich die Meisterstücke und Risse ihnen zur Beurtheilung zugesandt würden und die Stückmeister bei ihnen sich einfinden könnten, daß gleichwol aber in einzelnen Fällen, wenn solche Reisen unvermeidlich sein sollten, die Reisekosten und Diäten nach den Sätzen, welche den Baumeistern vom h. R. E. zugestanden seien, von den Stückmeistern bezahlt werden müßten.

Resc. h. R. E. v. 11. März 1829.

Auf den Bericht, die Beschwerde der Schloßler über Beeinträchtigung in ihren Gewerbebefugnissen betreffend, wird folgendes erwiedert:

1) Der Verkauf von eisernen Verzierungen an den Särgen, eisernen Beschlägen zu Fensterrahmen und von anderen Schlosserarbeiten, kann den Kramnählern nicht untersagt werden und kann die Schlossergilde ein solches Verbot nach Maßgabe des J. 23. der Gewerbe- und Gildordnung vom 29. October 1821 auch nicht in Anspruch nehmen.

2) Wie alle Arbeiten aus weißem Bleche, so gehört auch die Verfertigung der Sargverzierungen aus diesem Materiale und der Blaker, zu den Gewerbebefugnissen der Klempner und nicht allein diese Professionisten können ihre eigenen Arbeiten an den Särgen befestigen, sondern auch die Tischler sind um so mehr berechtigt, die schon vollendeten Handwerkerzeugnisse der Schlosser, Klempner und Gärtler an den von ihnen gefertigten Neubeln und Särgen zu befestigen, als zu dieser Beschäftigung kein Feuer und keine Feile erforderlich ist und vielmehr solche Befestigung durch das Vorstoßen und Einbohren in Holz, wesentlich in die Tischlerarbeit eingreift.

3) Auch auf das Anschlagen der Schlosserzeugnisse an Thüren und Fenstern, findet das Ebenbemerkte Anwendung; dagegen steht den Sägeschmieden die Verfertigung von Schloßern und Hässen und deren Befestigung an Thüren und Fenstern, nicht zu, und muß daher diesem unbefugten Eingriffe Einhalt geschehen.

Resc. h. R. E. v. 16. März 1829.

Es wird bemerkt gemacht:

1) die Ausfertigung der Concessionen für künftige Handwerker hat nur unter der

Vors

Voraussetzung Statt gefunden, daß die betreffenden Personen den gesetzlichen Vorschriften Genüge geleistet haben u.

2) Hinsichtlich der Leineweber ist durch ein allerhöchstes Resc. vom 10. Aug. 1822 im Verfolg des §. 10. der Gildeordnung vom 29. October 1821 bestimmt worden, daß nur denjenigen, welche sich zu einer Gilde halten, gleich den übrigen Handwerkern, Concessionen ertheilt werden sollen.

3) Die Krüger und Besitzer der vor 1808 angelegten Mühlen, legitimiren sich zum Gewerbebetriebe auf die bisherige Weise.

4) Die Garnhändler sind vor Aushändigung der Concessionen zu beeidigen.

Resc. h. R. E. v. 14. April 1829.

Im Verfolge des Resc. h. R. E. vom 3. September 1827, die Aufhebung der Reihebrauerei betr., wird den Oberhauptleuten eröffnet, wie mittelst eines Resc. des h. St. M. vom 25. Februar 1828, was zuvörderst die Frage über die, denjenigen Brauberechtigten, welche in Zukunft von ihrer Brauberechtigung nicht mehr Gebrauch machen können, zuzubilligende Entschädigung betrifft, die Entscheidung erfolgt ist, daß, da die Ausführung des Project's wegen Errichtung einer durch Abgaben der ihre Gerechtsame ausübenden Berechtigten gebildeten Cassé zu Gunsten der nicht brauenden Berechtigten mit nicht leicht zu beseitigenden Schwierigkeiten verbunden sein und den bezweckten Erfolg nicht gewähren werde, folgende Modification getroffen werden solle.

A. Diejenigen Brauer, welche von ihrer Gerechtsame ferner Gebrauch machen wollen, entrichten die volle Contribution wie bisher, oder nöthigensfalls nach einer Ausgleichung der jetzigen verschiedenartigen Steuersätze.

B. Wer seine Gerechtsame gänzlich aufgeben zu wollen, vor der competenten Obrigkeit erklärt, befreiet sein Haus, vorausgesetzt, daß ihm das unbeschränkte Dispositionsrecht darüber zusteht, von der auf demselben als Brauhaus etwa höheren Contributionspflicht.

C. Wer hingegen eine solche Verzicht nicht leistet, und ohne jedoch zu brauen beibehalten zu wollen erklärt, kann sich von der Zahlung der Hälfte des seinem Brauhaus als solchem obliegenden Mehrbetrages an Contribution auf so lange Zeit befreien, als er von seiner Berechtigung Gebrauch nicht machen zu wollen, im voraus vor der Ortsobrigkeit erklärt. Eine solche Erklärung ist jedoch nur für den Zeitraum von mindestens einem Jahre und dann zulässig, wenn solche vor Ablauf des Jahreswechsels abgegeben worden ist.

Uebrigens soll es im Allgemeinen bei der ausgesprochenen Aufhebung der Reihebrauerei sein Bewenden behalten und ist der Termin des Aufhörens derselben da, wo der Anfang des Brau-Turnus bekannt ist, auf den Zeitpunkt des Ablaufs des Letztern, sonst aber auf den 1. October 1829 bestimmt worden, von welchem Termine an, die freie Concurrénz unter den Berechtigten gestattet ist.

Bege Rescript. II. Thl.

Gewerbe und Gilden, Rescripte.

In Ansehung der Brauberechtigten sind folgende nähere Bestimmungen für zweckmäßig erachtet:

1) Die bestehenden Brauberechtigungen bleiben ferner Real-Rechte der Häuser, welchen sie jetzt ankleben und sollen in den einzelnen Städten keine Concessionen zum Braubetriebe ertheilt werden können, als nur in sofern die Anzahl der jetzt bestehenden Brauberechtigungen sich vermindert haben wird.

Die Gildverbindungen der Brauer bleiben dabei bestehen.

2) Die Brauberechtigungen können nur zugleich mit dem Hause, auf welchem sie ruhen, veräußert, oder in Nutzung gegeben werden, mit alleiniger Ausnahme derjenigen, welche über die einfache Zahl hinzugekauft sein sollten. In Ansehung dieser soll deren Verkauf binnen einer Frist von fünf Jahren von der Aufßhrung der alten Einrichtung an, dergestalt gestattet sein, daß die Acquirenten dadurch den ihnen zugehörigen Häusern die Rechte und Pflichten der Brauhäuser erwerben.

Nach Ablauf dieser Frist ist das Recht zum abgesonderten Verkaufe solcher Berechtigungen als erloschen anzusehen.

Diese Bestimmungen sind auf die Brauereien in den Orten, je nachdem die Reibbrauerei noch Statt findet, oder selbige bisher schon aufgehört hat, anzuwenden, demnach auch den interessirenden Personen das Nöthige bekannt zu machen, in Ansehung des Absatzes oder der Ermäßigung der Nahrungs-Contribution aber bei dem L. Str. C. das Nöthige zu veranlassen; und wird es übrigens kaum der Andeutung bedürfen, daß da, wo unter den Brauinteressenten bis jetzt eine gemeinschaftliche Brauadministration Statt gefunden hat, dieses Verhältniß ferner bestehen kann und nur eine fortdauernde polizeiliche Aufsicht über die Bierbrauerei angewendet werden muß, wogegen keinem Brauinteressenten verweigert werden kann, von der gemeinschaftlichen Brauadministration sich loszusagen, um in einem eigenen Brauhause die Bierbrauerei selbstständig zu betreiben.

Resc. h. R. C. v. 5. August 1829.

Ein Verbot gegen den Verkauf des von in- oder ausländischen Ortschaften nach H. gebrachten Brotes ist eben so wenig zulässig, als die Belegung des auswärtig gebackenen Brodes mit einer Eingang-Steuer; dagegen aber soll darauf gehalten werden, daß der Verkauf solchen Brotes nur auf den Wochenmärkten oder durch die zu dem Brothandel befugten Personen geschieht.

Resc. h. R. C. v. 6. October 1829.

Wenn gleich diejenigen Fuhrleute, welche aus dem Frachtfahren ein Gewerbe machen, auf dieses mit Concessionen versehen sind und wegen desselben öffentliche Abgaben entrichten müssen, gerechte Ansprüche auf obrigkeitlichen Schutz in der Ausübung ihres Gewerbes haben, und die Verhinderung der Eingriffe in dasselbe durch unbefugte Personen verlangen können, so kann für einen solchen Eingriff doch nicht gehalten werden, wenn ein Bauer oder ein anderer Pferde haltender Einwohner für Kausleute oder andere Personen gelegentlich eine Fuhr besorget, oder nach dem Transporte ländlicher Producte

zur Stadt, auf dem Rückwege Kaufmanns-Güter oder andere Gegenstände mitnimmt. Ein Eingriff in die Befugnisse der Frachtfuhrleute würde vielmehr erst dann eintreten, wenn das Fahren von Waaren gegen Lohn nach Art der Frachtfuhrleute nicht bloß gelegentlich, sondern gewöhnlich und regelmäßig geschehen, mithin als ein eigentliches Gewerbe betrieben werden würde und ist von den competenten Behörden zu erwarten, daß gegen unbefugte Personen, wegen solcher Eingriffe in das Gewerbe der Land- oder Frachtfuhrleute, pflichtmäßig verfahren werde.

Hiernach ist der Supplicant zu bescheiden.

Resc. L. Str. C. v. 4. December 1829.

Da die aus den contributionspflichtigen Theilen der hiesigen Lande gebürtigen Viehhändler wegen ihres Handels der Nahrungscontribution und nicht der Gewerbesteuer unterworfen sind, bei ihrem Gewerbebetriebe sonach sich nicht durch Concessionen legitimiren müssen, mithin bei der Ertheilung der Mess- und Marktgewerbescheine als Regel zu befolgen ist, daß den gedachten Personen überhaupt keine Gewerbescheine auszufertigen sind: so bringet L. Str. C. solches hiermit in Erinnerung, um diesen Grundsätzen gemäß bei der Ausfertigung der Marktgewerbescheine zu verfahren, indem bemerkt wird, daß nur die Städte Braunschweig und Wolfenbüttel und die Ortschaften des h. Kreisamts in Balkenried der Nahrungscontribution nicht unterworfen sind.

Resc. h. St. M. v. 15. December 1829.

Da Zweifel über das bei der Wahl der Ortsvorsteher-Gehilfen zu beobachtende Verfahren entstanden sind, so ist bestimmt, daß bei der Wahl der Gehilfen sowohl, als auch bei Ausmittlung der ihnen zuzubilligenden Remuneration in gleicher Maße, als bei der Wahl der Ortsvorsteher selbst, verfahren werden soll.

Resc. h. R. C. v. 19. März 1830.

In Erwägung des Familienverhältnisses des Schneidergesellen N. in M. und in Hinsicht darauf, daß die Wanderung für Schneidergesellen, welche nur bei Landmeistern gelernt und gearbeitet haben, nicht durchaus nöthig oder ausführbar ist, soll der Supplicant von der Wanderung zwar dispensirt und seine Zulassung zur Ablegung der Geschicklichkeitsprobe, Behuf seiner Befekung als Meister in M. gestattet sein, jedoch ist bei der Prüfung des Supplicanten mit Sorgsamkeit zu verfahren.

Güterbestätiger. *von Hagen*
Bekanntmachung der h. Pacht-, Zoll- und Accise-Commission
v. 20. October 1828.

Unter Allerhöchster Genehmigung ist zwischen der unterzeichneten Commission, dem hiesigen Stadtmagistrate und den Deputirten des Handelsstandes ein Reglement zur Verbesserung der Güter-Verladungen und der deshalb bisher bestandenen Einrichtung in hiesiger Stadt, verabredet; und werden die dieselhalb vom 1. November d. J. an zur Ausführung kommenden Bestimmungen in folgendem zur Kenntniß des Publicums gebracht.

Güterbestätiger, Rescripte.

§. 1. An die Stelle der bisherigen Güterbestätiger-Anstalt tritt vom 1. November d. J. an ein Bureau der Güterbestätiger. Dasselbe soll als ein zur Beförderung des gemeinsamen Interesses des hiesigen Handelsstandes dienendes Institut auf die unten bemerkte Weise der Controlle der Vorsteher des Handelsstandes unterworfen sein; jedoch übernimmt die unterzeichnete Commission die strenge Aufsicht darüber, daß die getroffenen Bestimmungen in allen Punkten befolgt und von jeder bei dem fraglichen Bureau angestellten Person geleistet werde, was zur Erreichung des Zweckes erforderlich ist. Dem Bureau wird ein Local auf dem h. Packhofe angewiesen.

§. 2. Das Personal des Güterbestätiger-Bureaus wird aus sechs Personen und einem Gehilfen bestehen, deren Dienst-Verrichtungen sind:

- a) Annahme der Anmeldungen der zu versendenden Güter und die Buchführung darüber;
- b) Annahme der Anmeldung der Fracht suchenden Fuhrleute, Bedingung der Frachtlöhne, Besorgung des sogenannten Auspasse-Geschäfts, Aufsicht über die Verladung der Güter;
- c) Führung der Absendungs-Register nach den verschiedenen Hauptstraßen und Ausfertigung der Auspasse-Scheine;
- d) Führung der Clabbe und des Haupt-Buchs über die auf den Gütern haftenden Spesen;
- e) Cassen- und Buchführung über die Einnahmen und Ausgaben der Anstalt. Dem Personale sind die auf dem h. Packhofe zugelassenen und erforderlichen Auflader, Handarbeiter und Boten untergeordnet und unter dessen specielle Aufsicht gestellt.

Für das sub a. bezeichnete Geschäft ist der Güterbestätiger Jorns bestimmt. Falls auf den zur Absendung angemeldeten Gütern Spesen haften, so müssen diese letzteren sogleich bei Anmeldung der Güter genau angegeben werden, um mit notirt werden zu können.

Die sub b. bemerkten Verrichtungen wird der Güterbestätiger Krzikenbohm besorgen, welchem der Güterbestätiger-Gehilfe Schween beigegeben ist, und der auch die specielle Aufsicht über die Auflader führen wird, welchen die Güter-Verladungen nach den nahen Orten als Wolfenbüttel, Helmstedt u. s. w. überlassen sind.

Die Absendungs-Register nach den verschiedenen Straßen werden von den Güterbestätigern Jorns, Schuster, Siemonis und Siebel, die Spesen-Clabbe nebst Hauptbuch von dem Güterbestätiger Siemonis und die Cassen und die darauf Bezug habenden Journale und Rechnungen von dem Güterbestätiger Selwig geführt werden.

§. 3. Die Expeditionsstunden für das Güterbestätiger-Bureau sind regelmäßig von 8 bis 12 Uhr Vormittags, und zwischen Ostern und Michaelis auf die Zeit von 2 bis 7 Uhr, zwischen Michaelis und Ostern aber auf die Zeit von 2 bis 5 Uhr Nachmittags festgesetzt; wenn nicht dringende Geschäfte die Verlängerung dieser Zeit erfordern.

§. 4. Um die geschehene Herabsetzung der Güterbestätiger-Gebühren zu erreichen,

Güterbestätiger, Rescripte.

125

ist erforderlich und bestimmt worden, daß vom 1. November d. J. an alle von hier abgehende Kaufmanns-Güter, welche auf den Hauptstraßen versandt werden, die Versendung mag vom Packhose oder aus dem Hause, von Kaufleuten oder Privaten, während oder außer der Messe geschehen, durch die Vermittelung des Güterbestätiger-Büreaus verladen werden, und sollen hiervon nur die mit des Absenders eigenem Gespann transportirt werdenen Güter, so wie das Herrschaftliche Eigenthum und das Getreide aller Art, ausgenommen sein.

Auch ist es der unterzeichneten Commission überlassen worden, eine gleiche Ausnahme und Befreiung hinsichtlich derjenigen Güter zuzustehen, welche während der Messen von den Eigenthümern oder Einkäufern der Waaren auf deren Transporte in Person begleitet werden.

Bei den Versendungen nach nahe gelegenen in- oder ausländischen Orten, so wie nach den Gegenden, die nicht zu den Hauptstraßen gehören, bleibt es jedem Versender überlassen, die Verladungen auf solche Art zu bewerkstelligen, wie er es seinem Vortheile, oder dem seines Committenten, angemessen findet.

§. 5. Der Güterbestätiger, welchem die Annahme der Fuhrleute obliegt und welcher namentlich die Sicherheit der Fuhrleute, wie auch das Verhältniß ihres Fuhrwerks zu den zu verladenden Gütern zu prüfen, und, falls darnach die Verladung Statt finden kann, den billigsten Lohn zu bedingen, imgleichen für die schnelligste Beförderung der Güter zu sorgen hat, muß wegen Festsetzung des Frachtlohns auf den verschiedenen Straßen, mit den dieserhalb zu ernennenden drei Deputirten des Handelsstandes, welche jedesmal aus einem Proprehändler und aus zwei Expedituren bestehen sollen, communiciren, und darf von den solchergestalt verabredeten Bestimmungen keinerlei Abweichungen machen; also den Lohn nicht erhöhen oder vermindern, ohne deshalb vorher wieder die Zustimmung der gedachten drei Deputirten eingeholt zu haben.

Auch darf bei einem und demselben Wagen oder an demselben Tage kein Unterschied in der Fracht Statt finden, und derjenige, welcher wenig Güter zu versenden hat, nicht mehr bezahlen, als Andere, die viel versenden.

Sollten die Güterbestätiger sich mit den Handels-Deputirten hierüber nicht einigen können, so wird die Sache der unterzeichneten Commission zur Entscheidung vorgetragen werden.

§. 6. Die Verladung der Güter geschieht nach der Reihenfolge der eingetragenen Aufgaben, in sofern die Quantität und sonstige Beschaffenheit der nicht zu trennenden Güter die Verladung mit dem zunächst an der Reihe stehenden Fuhrwerke gestattet. Die Reihenfolge der Fuhrleute bestimmt sich nach der Zeit ihrer geschehenen Anmeldung und der ihnen darüber unter der laufenden Ordnungsnummer erteilten Bescheinigung. Mel- den sich bei dem betreffenden Güterbestätiger mehrere Fuhrleute zu gleicher Zeit und sind diese in ein und dasselbe Thor einpassirt, so soll die Priorität unter denselben, hinsicht-

Güterbestätiger, Rescripte.

lich der zu empfangenden Ladung, nach Folge der Nummern der ihnen behändigten Lohzetteln bestimmt, in jedem anderen Falle aber durch das Loos entschieden werden.

Wenn Jemand Eilgüter zu einer höheren Fracht außer der Reihe versenden will, so müssen diejenigen, welche frühere Aufgaben gemacht haben, erst befragt werden, ob sie sich dieses gefallen lassen oder auch für ihre Güter selbst eine höhere Fracht bewilligen wollen, und soll in streitigen Fällen die h. Packhaus-, Zoll- und Accise-Commission über die Qualität der Eilgüter, als solcher, entscheiden.

Sobald die Eilgüter fortgeschafft worden, sollen die für selbige bewilligten höheren Löhne nicht weiter für gewöhnliche Güter fortbauern und berechnet werden.

§. 7. In Ansehung der zu verladenden Güter und der etwa darauf haftenden Spesen, hat der zur Verladung angestellte Güterbestätiger bei der ihm obliegenden Auswahl der Fuhrleute die äußerste Diligenz zu prästiren, überdies aber die resp. Waaren-Absender von der getroffenen Wahl des Fuhrmannes in Kenntniß zu setzen und ihnen die Genehmigung desselben durch Ausstellung des Frachtbriefes zu überlassen. Sodann hat das Güterbestätiger-Bureau die auf den Gütern haftenden Spesen von den Fuhrleuten einzuziehen, solche dem Absender am Schlusse jeden Monats gegen Quittung zuzustellen, und wird über dieses Geschäft eine eigene Rechnung geführt.

In den Fällen, wo das Güterbestätiger-Bureau bei Versendung der mit Spesen behafteten Güter das Creditiren solcher Spesen an den Fuhrmann, ungeachtet der bei Auswahl des letztern beobachteten äußersten Diligenz, dennoch für bedenklich hält, soll dasselbe den Waaren-Absender, wo möglich sogleich bei Aufgabe der betreffenden Güter, davon in Kenntniß setzen, und ist zum Beweise dieser Erklärung, von Seiten des Büreaus, unter dem hiernächst dem Absender zu präsentirenden Auspassezettel von dem Güterbestätiger Krekenbohm eintretenden Falls folgende, mit seiner Unterschrift zu versehende, Bemerkung zu setzen:

„Die Eincassirung der vorbemerkten Spesen zu geschieht auf alleinige Gefahr des Absenders.“

worunter von dem Absender zu bemerken sein wird:

„Acceptirt. N. N.“

und wird sodann auf den Grund dieses, an das Bureau zurückkommenden Auspassezettels in dem Spesen-Hauptbuche bei dem betreffenden Posten eine behäufte Bemerkung gemacht werden.

Nur in dem Falle, wenn das Güterbestätiger-Bureau es unterlassen hat, den Waaren-Absender auf die gedachte Weise von der nichts zu übernehmenden Garantie für die Spesen in Kenntniß zu setzen und dessen Erklärung einzuholen, ob er dem Fuhrmanne die fraglichen Spesen creditiren, oder deren Einziehung auf anderem Wege selbst besorgen wolle, übernimmt dasselbe die Gefahr wegen der dem Fuhrmanne creditirten Spesen, indem sodann die Ertheilung des Frachtbriefes nicht als stillschweigende Einwilligung in das Creditiren der Spesen gelten, vielmehr das Bureau die Garantie über-

nehmen und Gewähr leisten soll, vorausgesetzt, daß die Angabe der Spesen nach Vorschrift des §. 2. gehörig beobachtet worden.

§. 8. Der das Verladungsgeſchäft besorgende Güterbestätiger hat zugleich die Aufsicht über die Verladungen selbst zu führen, die Scheine und Frachtbriefe herbeischaffen zu lassen, und nach beendigter Ausladung solche den betreffenden Buchhaltern in dem Güterbestätiger-Bureau zu überliefern. Diese haben solche nach befundener Uebereinstimmung in das betreffende Versendungs-Register einzutragen, dem Fuhrmanne über die nach angehängter Taxe pro Schiffsfund zu bezahlenden Güterbestätiger- und Auslade-Gebühren, ingleichen über das Schreibgeld mit Auslieferung der Frachtbriefe eine Rechnung zu behändigen. Solche Rechnung muß der Fuhrmann alsdann nebst dem Betrage der Zahlung dem Cassirer gegen Quittung ausliefern und sind durchaus nur an diesen die Güterbestätiger- und Auslade-Gebühren zu erlegen und außerdem hierunter keine weitere Zahlungen zu machen.

§. 9. Die empfangene Quittung über die bezahlten Güterbestätiger- und Ausladegebühren ic. hat der Fuhrmann nebst den gewöhnlichen Thorabfertigungen bei der Ausfuhr aus hiesiger Stadt dem Thor-Einnehmer abzugeben, ohne welche seinem Fuhrwerke der Ausgang nicht gestattet wird.

Ist die Verladung nach den §. 4. zugelassenen Ausnahme-Fällen ohne Vermittelung des Güterbestätiger-Bureaus direkt durch den Absender geschehen, so hat dieser einen behüfigen Ladeschein mit Benennung des Fuhrmannes, Verzeichnung der Ladung und ihres Bestimmungsortes, auszustellen, selbigen in dem Güterbestätiger-Bureau visiren zu lassen und sodann dem Fuhrmanne auszuhandigen, um diesen Schein bei seinem Auspassiren dem Thor-Einnehmer, statt der sonst zu präsentirenden, obgedachten Quittung, abzugeben, widrigenfalls ihm der Ausgang nicht gestattet wird.

§. 10. Die auf das Geschäft des Güterbestätiger-Bureaus sich beziehenden Differenzen werden zunächst von der unterzeichneten Behörde zur Beurtheilung und Ausgleichung gezogen.

Erfordert die Vermittelung der Differenz oder die Verhütung fernerer Unregelmäßigkeiten der Art, eine Erläuterung oder Ergänzung des unter Allerhöchster Bestätigung verabredeten Reglements, so wird solche mit den Repräsentanten des Handelsstandes in Berathung gezogen und über die etwa gut befundenen Abänderungen des Reglements von der h. Commission zur Erwirkung der Allerhöchsten Bestätigung Bericht erstattet werden.

§. 11. Von den zu entrichtenden Güterbestätiger-Gebühren werden zuvörderst die Bureau- und Baukosten des Instituts und seines Locals, so wie die Kosten für die Boten zur Herbeiholung der Frachtbriefe und Scheine, bestritten. Der bleibende Ueberschuß wird sodann in 67 Quoten abgetheilt und von diesen Quoten, nach den mit den Repräsentanten des Handelsstandes verabredeten und Allerhöchsten Orts genehmigten Bestimmungen, einem jeden Offizianten des Güterbestätiger-Bureaus, mit Ausnahme der

Güterbestätiger, Rescripte.

Auflader, am Schlusse jeden Monats der ihm bewilligte Antheil aus der Güterbestätiger-Casse ausbezahlt; jedoch soll diese Remuneration das in den Verhandlungen mit den Repräsentanten des Handelsstandes für einen jeden der gedachten Officanten festgesetzte Maximum seiner jährlichen Einnahme nicht übersteigen, und der sich solcherge-
stalt etwa ergebende Ueberschuß jedesmal, ohne weitere Anrechnung, für das nächste Jahr der Casse verbleiben.

§. 12. Was die Bezahlung der Auflader anlangt, so wird solche von den nach angehängter Taxe bestimmten, von dem Fuhrmanne nach Anleitung des §. 8. in die Casse des Güterbestätiger-Büreaus zu entrichtenden Auflade-Gebühren vergestalt bestritten, daß jeder Auflader am Schlusse jeder Woche die für seine während derselben geleistete Arbeit eingegangenen Gebühren von dem Cassirer, auf eine Nachweisung des betreffenden Güterbestätigers, und gegen Quittung ausbezahlt erhält.

§. 13. Alles Geschenknehmen, es bestche im baarem Gelde, Naturalien oder Dienstleistungen, ist den bei dem Verladungs-geschäfte zugelassenen Aufladern, Arbeitern und Boten untersagt. Sie sind unter strenge Aufsicht des Güterbestätiger-Büreaus gestellt, und wird das Vergehen mit der Entlassung von der Arbeit und der Entfernung vom Packhofe bestraft werden. Die bei dem Güterbestätiger-Bureau angestellten Personen sind besonders angewiesen, außer den festgesetzten Gebühren nichts zu erheben und einzufordern, und werden sie deshalb auf die Befolgung der ihnen ertheilten schriftlichen Instruction, verwiesen.

§. 14. Das in der Gebühren-Nachweisung mit bemerkte Anweisungsgeld für die Anweisung der am h. Packhofe lagernden Güter, wird vom 1ten November d. J. an von dem Packhofs-Inspector Mauvillon, das Schreibgeld hingegen, welches für die Handlungs-Comtoire entrichtet wird, durch den Cassirer des Güterbestätiger-Büreaus mit erhoben werden, und ist übrigens dieses Schreibgeld von den betreffenden Versendern binnen längstens vier Wochen nach dem Schlusse eines jeden Jahres für solche Zeit zu liquidiren und bei der Güterbestätiger-Casse gegen Quittung in Empfang zu nehmen.

N a c h w e i s u n g

der vom 1ten November 1828 an bei dem Güterbestätiger-Bureau zu Braunschweig zu erlegenden Gebühren.

I. Güterbestätiger, Gebühren.

A. Hauptstraße nach Holland, jenseit des Rheins, Elberfeld, Frankfurt a. M., Thüringen etc.

a) Nach Holland und jenseit des Rheins

b) : Frankfurt a. M., Elberfeld und Thüringen . (f. Anz. St. 86.)

c) : Cassel und Göttingen

pro Schiff-
Pfund.

Ggr.	pf.
2	8
2	—
1	8

B. Haupt-

Güterbestätiger, Rescripte.

129

B. Hauptstraße nach Magdeburg, Berlin und Leipzig:

- a) nach Magdeburg
 b) : Berlin
 c) : Leipzig

pro Schiff-
Pfund.

Sgr. Pf.

1	8
2	8
2	—

C. Hauptstraße nach Bremen u.

- a) nach Bremen
 b) : Denabrück, Zwoll und Holland

2	—
2	8

D. Hauptstraße nach Lüneburg, Hamburg, Lübeck u.

- a) nach Lüneburg
 b) : Hamburg
 c) : Lübeck und Rostock

1	8
2	—
2	8

E. Straße nach Halberstadt, Quedlinburg u.

- nach Halberstadt und Quedlinburg

1	8
---	---

F. Straße nach Celle, Hannover u.

- nach Celle, Hannover, Hildesheim

1	—
---	---

II. Auflade-Gebühren.

Die Auflade-Gebühren betragen ohne Unterschied der Frachtstraßen, wohin die Verladungen Statt finden:

- a) für schwere Güter auf Wagen geladen
 b) : Wolle, Hopfen, Federn und desgl.
 c) : schwere Güter auf Karren geladen
 d) : Wolle, Hopfen und Federn auf Karren

1	—
1	4
1	—
2	—

III. Anweise-Geld.

Das Anweisegeld, welches für die Niederlage bestimmt ist, beträgt . .

—	6
---	---

IV. Schreib-Geld.

Diese Abgabe wird von dem Güterbestätiger-Bureau für die hiesigen Handlungen von dem Gewicht der verladenen Güter erhoben, und alljährlich gegen einzufendende specificirte Rechnungen den betreffenden Handlungen bezahlt:

- a) bei weitem Entfernungen mit
 b) für nähere Orte, nach Maßgabe der Fracht

1	—
—	6

V. Ablade-Gebühren.

In sofern die mit Ladung eintreffenden Fuhrleute sich zum Abladen der bei dem h. Packhose angestellten Arbeiter bedienen wollen, sollen Letztere Bege Repert. II. Zhl.

dafür zum Höchsten folgende Gebühren, ein Mehreres aber in keinem Falle zu nehmen befugt sein:

- a) von dem Keller Fuhrwerke und dem von Helmstädt, Wolfenbüttel, dem Hannoverschen Ober-Harz, Goslar und aus dem Bezirke des Braunschweigischen Harz-Distrikts eintreffenden Fuhrwerke, für jedes Schiff: Pfund ohne Anrechnung der Lies-Pfunde
 b) Von dem sonstigen Fuhrwerke für jedes Schiff: Pfund ebenfalls ohne Anrechnung der Lies-Pfunde

pro Schiff-Pfund.	
Sgr.	Pf.
—	—
—	6
—	8

Handelsvertrag.

W. den unterm 24. Septbr. 1828 zu Hessen=Cassel abgeschlossenen Handelsvertrag betr. (S. 133.) [No. 23.] (20. Decbr. 1828.)

Ein jeder hat sich nach der unterm 10. Novbr. 1828 insonderheit nach den, im S. 14. enthaltenen Bestimmungen zu achten.

Handelsvertrag.

Art. 1. Zweck des Handelsvertrages, Beförderung des möglichst freien Verkehrs in den Vereinsstaaten (Königreich Hannover und Sachsen, Churfürstenth. Hessen und Großherzogth. Sachsen=Weimar=Eisenach, Landgraffsch. Hessen-Homburg, Herzogth. Nassau, Oldenburg, Sachsen-Altenburg, Coburg=Gotha, Meiningen, Fürstenth. Reuß, Schwarzburg=Rudolstadt und die freien Städte Bremen und Frankfurt) im Sinne des Art 19. der deutschen Bundes=Acte. (S. 138.) [No. 23.] (29. Septbr. 1828.)

Art. 2. Dauer desselben vorerst bis zum 31. Decbr. 1834. (S. 138.) [No. 23.] (29. Septbr. 1828.)

Art. 3. Zusammenkommen des Vereins. (S. 138.) [No. 23.] (29. Septbr. 1828.)

Art. 4. Verpflichtung ohne ausdrückliche Bestimmung des ganzen Vereins mit keinem, im Vereine nicht begriffenen Staate in Zoll u. = Verband zu treten — Ausnahme. (S. 139.) [No. 23.] (29. Septbr. 1828.)

Art. 5. Herstellung und Unterhaltung der Handelsstraßen; Durchführung durch die Staaten des Vereins und möglichste Abkürzung. (S. 139.) [No. 23.] (29. Septbr. 1828.)

Art. 6. Möglichste Vereinfachung der Formen und Controlen beim Ein-, Durch- und Ausgange; Abstellung der Mißbräuche; liberale Behandlung u. zu einem frequenten Transporte. (S. 140.) [No. 23.] (29. Septbr. 1828.)

Art. 7. Nichterhöhung der Transito-Abgaben, und Geleits. — Vorbehalt wegen der Waaren die aus den nicht zum Vereine gehörenden Staate in einen nicht dazu gehörenden gebracht werden. — Versicherung desselben Rechts mehreren in unmittelbarer Berührung liegenden Vereinsstaaten, ohne Zustimmung der übrigen — nicht aber für solche Waaren, welche zufolge der Ladungs=Documente u. definit-

- tiv nach einem andern Vereinsstaate bestimmt sind. (S. 140.) [No. 23.] (29. Septbr. 1828.)
- Art. 8. Eine neue Regulirung der bestehenden Durchgangs-Zölle, wodurch keine neue Belästigung herbeigeführt wird, ist nicht ausgeschlossen. (S. 141.) [No. 23.] (29. Septbr. 1828.)
- Art. 9. Ergreifung von Repressalien. (S. 142.) [No. 23.] (29. Septbr. 1828.)
- Art. 10. Der Begriff des Transitoguts ist aus der, in jedem Staate des Vereins bestehenden Gesetzgebung zu entnehmen. Bestimmungen, wo er im Zweifel zu nehmen. — (S. 142.) [No. 23.] (29. Septbr. 1828.)
- Art. 11. Das Chaussée-, Brücken- und Pflastergeld ist nicht zu erhöhen. Vorbehalten bleibt die Belegung neu angelegter und verbesserter Chaussees u. damit. (S. 143.) [No. 23.] (29. Septbr. 1828.)
- Art. 12. Auf amtliche Zeugnisse gefertigte Ausstellungen der Transitoabgaben, Chaussée-, Wege-, Brücken- und Pflastergelber auf den Handelsstraßen. (S. 143.) [No. 23.] (29. Septbr. 1828.)
- Art. 13. Keine Anlegung irgend eines Waarenverbots. (S. 143.) [No. 23.] (29. Septbr. 1828.)
- Art. 14. Uebereinkunft wegen Vertriebes der nothwendigen Lebensbedürfnisse, (welche namhaft gemacht werden). (S. 144.) [No. 23.] (29. Septbr. 1828.)
- Art. 15. Uebereinkunft wegen der Abgaben der Handelsreisenden. (S. 147.) [No. 23.] (29. Septbr. 1828.)
- Art. 16. Uebereinkunft wegen Abschließung der Handelsverträge unter sich und mit fremden Staaten. (S. 147.) [No. 23.] (29. Septbr. 1828.)
- Art. 17. Jeder Vortheil, in Ansehung des Eingangs-, Ausgangs- u. Abgaben, welche ein Vereinsstaat einem fremden zugestehet, soll jedem andern V. St. zu Theil werden. (S. 147.) [No. 23.] (29. Septbr. 1828.)
- Art. 18. Ueber gemeinsame Maßregeln bestimmt die Gesamtheit. — Benennung, was dahin gehört. (S. 148.) [No. 23.] (29. Septbr. 1828.)
- Art. 19. Die Stipulationen beabsichtigen keinesweges die wegen der freien Schifffahrt bestehenden Staatsverträge. (S. 148.) [No. 23.] (29. Septbr. 1828.)
- Art. 20. Anweisung der Consuln. — Tragung der Kosten. (S. 148.) [No. 23.] (29. Septbr. 1828.)
- Art. 21. Vergleichungstabellen hinsichtlich des Gewichts u. (S. 148.) [No. 23.] (29. Septbr. 1828.)
- Art. 22. Auswechslung der Ratificationen. (S. 149.) [No. 23.] (29. Septbr. 1828.)
- V. den, mit der königl. Hannoverschen, Churfürstl. Hessischen und Großherzogl. Oldenburgischen Regierung am 27. März 1830 abgeschlossenen Vertrag, wegen Herstellung freien Handels und Verkehrs und Annahme eines gleichmäßigen, gemeinschaftlichen

Systems der indirecten Abgaben betrff. (S. 99.) [No. 11.] (18. Mai 1830.)

- §. 1. Vereinigung zur Annahme eines gleichmäßigen und gemeinschaftlichen Eingangs-, Ausgangs- und Verbrauchs-Abgabensystems. (S. 101.) [No. 11.] (18. Mai 1830.)
- §. 2. bezieht sich a) auf benannte indirecte Abgaben in den Staaten und b) den in dem gemeinschaftlich zu verabredenden Tarif zu benennenden. (S. 101.) [No. 11.] (18. Mai 1830.)
- §. 3. Aufhebung der bestehenden Steuer- und Zolllinien. — freier Verkehr mit Ausschluß der namentlich bezeichneten Artikel. (S. 102.) [No. 11.] (18. Mai 1830.)
- §. 4. Aufstellung einer gemeinsamen Linie. (S. 102.) [No. 11.] (18. Mai 1830.)
- §. 5. Aufhebung der bestehenden Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangs-Verbote — Verbote gegen das Ausland. (S. 102.) [No. 11.] (18. Mai 1830.)
- §. 6. Uebereinstimmende Anordnungen hinsichtlich der Behandlung des Ein- und Ausganges innerhalb der aufzustellenden Steuer- und Zolllinie, der Tariffätze u. (S. 102.) [No. 11.] (18. Mai 1830.)
- §. 7. Vereinigung wegen des Tarifs. (S. 102.) [No. 11.] (18. Mai 1830.)
- §. 8. Vorschriften wegen einzeln belegener Landestheile — Vereinigung mit anderen Staaten deshalb — Befreiung unter Controle-Maßregeln wegen der daraus eingehenden Producte der Fischerei, des Landbaues, der Viehzucht und der Forstwirtschaft. (S. 103.) [No. 11.] (18. Mai 1830.)
- §. 9. Ausnahme von dem freien Verkehre wegen des Kochsalzes. Allgemeine Bestimmungen zur Sicherstellung der desfalligen Intraden. (S. 103.) [No. 11.] (18. Mai 1830.)
- §. 10. Ausschließung der Spielkarten vom freien Verkehre — Verbot der Einführung und Verkauf ohne Stempel. (S. 105.) [No. 11.] (18. Mai 1830.)
- §. 11. Regulirung und Erhebung der Durchgangs-Abgaben. (S. 105.) [No. 11.] (18. Mai 1830.)
- §. 12. Die Wasserzölle bleiben ausgeschlossen. (S. 107.) [No. 11.] (18. Mai 1830.)
- §. 13. Die Schiffsahrts-Abgaben, Lootsen- u. Weg- u. Gelder Hafen- u. Unkosten unterliegen den einseitigen Bestimmungen. — Die Einwohner aus den anderen intrahirenden Staaten sind den Inländern hinsichtlich dieser Abgaben gleich zu behandeln. (S. 107.) [No. 11.] (18. Mai 1830.)
- §. 14. Verbrauchs-Abgaben nach gemeinsamen Einverständnissen, nach gleichmäßigen Einrichtungen und Abgabesätzen — Jedenfalls wegen Biers und Brantweins. — Letztere nach der Maische. (S. 107.) [No. 11.] (18. Mai 1830.)
- §. 15. Besondere Verbrauchs-Abgaben unterliegen den einseitigen Bestimmungen. — Grundsätze, welche deshalb in Rücksicht der contrahirenden Staaten zu befolgen. (S. 107.) [No. 11.] (18. Mai 1830.)
- §. 16. Heranziehung der abgabepflichtigen Gegenstände. — Ausnahme wegen des

- Regentenhausess — der auswärtigen Souveraine ic. — Rückvergütung — Freipässe — Einfuhr-Erleichterungen, Rückvergütung deshalb. (S. 108.) [No. 11.] (18. Mai 1830.)
- §. 17. Verfügung wegen der Begünstigungen der nicht vereinigten Staaten. (S. 108.) [No. 11.] (18. Mai 1830.)
- §. 18. Verträge mit anderen Staaten nur im Einverständnisse der contrahirenden. — Handels- und Schifffahrts-Verträge, welche auf den Ertrag der gemeinschaftlichen Abgaben keinen Einfluß haben, einseitig. (S. 109.) [No. 11.] (18. Mai 1830.)
- §. 19. Entschädigungen für aufgehobene Zoll- und Steuer-Rechte, welche Privaten und Communen zu entrichten sind. (S. 109.) [No. 11.] (18. Mai 1830.)
- §. 20. Befugniß zur Einrichtung der steuerfreien Niederlagen unter gemeinschaftlichen Controle-Maßregeln. — Gebühren — Durchgangs-Abgaben — Eingangs-, Ausgangs- und Verbrauchs-Abgaben aus den Niederlagen — Niederlage- und Packhofs-, Steuer- und Zoll-Personale. (S. 109.) [No. 11.] (18. Mai 1830.)
- §. 21. Freier Verkehr in Rücksicht der auf die Messen gebrachten Waaren — Ausnahme. — (S. 110.) [No. 11.] (18. Mai 1830.)
- §. 22. Freie Einlassung der Gegenstände beim Wiedereingange. (S. 111.) [No. 11.] (18. Mai 1830.)
- §. 23. Errichtung der Grenz-Erhebungs-Ämter. (S. 111.) [No. 11.] (18. Mai 1830.)
- §. 24. Erhebung der Eingangs-Abgaben von dem Erhebungsamte des Bestimmungs-orts — Sicherstellung deshalb vom Eingangs-Ämte — Erhebung der Ausgangs-Abgabe. (S. 111.) [No. 11.] (18. Mai 1830.)
- §. 25. Die Anordnung der Verwaltung von jedem Staate in Gemäßheit gemeinsamer Bestimmung — Verkündigung der Verordnungen, Verfügungen und Instructionen — Bevollmächtigte in den contrahirenden Staaten. (S. 112.) [No. 11.] (18. Mai 1830.)
- §. 26. Bestimmung des Personales von jedem contrahirenden Staate ausschließlich — ist dessen Gesetzen unterworfen — Dienstzeit. — (S. 112.) [No. 11.] (18. Mai 1830.)
- §. 27. Besoldung des Personales — Administrations-Kosten — Einseitige Uebernehmung der Central-, Zoll- und Steuer-Verwaltung — Pensionirung — Anschaffung des Locales ic. (S. 113.) [No. 11.] (18. Mai 1830.)
- §. 28. Gemeinsame Verabredung wegen der Tagelöhner und Reisekosten, Vergütung für das Wägen, Plomben, Siegel ic. (S. 113.) [No. 11.] (18. Mai 1830.)
- §. 29. Ersetzung der Ausfälle durch Dienstuntreue — Berechnung und Einstehen für die Cassen ic. (S. 113.) [No. 11.] (18. Mai 1830.)
- §. 30. Zu nehmende Verabredung wegen der Untersuchung und Bestrafung der Ver-

gehen gegen die Geseze über die gemeinschaftlichen Eingangs- u. Abgaben — Competenz der Gerichte — Sistiren der Uebertreter — (S. 113.) [No. 11.] (18. Mai 1830.)

§. 31. Begnadigungs- und Strafverwandlungs-Recht — Verfügung wegen der Zoll- und Steuerstrafen und confiscirten Gegenstände oder deren Werth, mit Vorbehalt der Antheile der Denuncianten — der defraudirten Abgaben. (S. 114.) [No. 11.] (18. Mai 1830.)

§. 32. Vertheilung des Gesamtbetrags der Abgaben nach Verhältniß der Bevölkerung — Ausmittlung der Bevölkerung. (S. 114.) [No. 11.] (18. Mai 1830.)

§. 33. Gegenseitige Anrechnung der erhobenen Abgaben — vorläufige Abrechnung von 3 zu 3 Monaten und jährlich. (S. 115.) [No. 11.] (18. Mai 1830.)

§. 34. Central-Commission zur Nachweisung über den Statt gehaltenen Ertrag u. (S. 115.) [No. 11.] (18. Mai 1830.)

§. 35. Gleichmäßigkeit der Münze, des Maaßes und Gewichts in den contrahirenden Staaten in Beziehung auf das Zoll- und Abgabe-Wesen. (S. 115.) [No. 11.] (18. Mai 1830.)

§. 36. Versprechen zur gegenseitigen Unterstützung in der Sicherstellung der Abgaben. (S. 116.) [No. 11.] (18. Mai 1830.)

§. 37. Behandlung der Handel- und Gewerbetreibenden wie eigene Unterthanen in Beziehung auf ihr Gewerbe und Abgaben. (S. 116.) [No. 11.] (18. Mai 1830.)

§. 38. Zu treffende Vereinigung wegen des Hausirhandels. (S. 116.) [No. 11.] (18. Mai 1830.)

§. 39. Commissarien zur Ausführung der Bestimmungen. (S. 116.) [No. 11.] (18. Mai 1830.)

§. 40. Dauer dieses Vertrages bis 1841 — Wiederauflösung, wenn sämtliche deutsche Bundesstaaten sich wegen gemeinsamer Maßregeln vereinigen. (S. 117.) [No. 11.] (18. Mai 1830.)

§. 41. Ausfertigung der 4 Exemplare dieses Vertrages. (S. 117.) [No. 11.] (18. Mai 1830.)

V. den mit dem Königreiche Sachsen, dem Königreiche Hannover, dem Churfürstenthume Hessen, den Großherzogthümern Sachsen-Weimar-Eisenach und Oldenburg, dem Herzogthume Nassau und den freien Städten Bremen und Frankfurt a. M. unterm 11. October 1829 abgeschlossenen Vertrag über die Beförderung des gegenseitigen Handels und Verkehrs betrff. (S. 125.) [No. 14.] (22. Juli 1830.)

Folgende §§. des Vertrages werden mit dem Bemerken zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß die nähern Vereinbarungen demnächst weiter bekannt gemacht werden sollen.

S. 4. Zusicherung einer in der Folge zu erhöhenden Erleichterung von 25 p. C. Nachlaß, an den tarifmäßigen Abgaben-Sätzen, für die wichtigsten eigenen Erzeugnisse der Natur. (S. 126.) [No. 14.] (22. Juli 1830.)

S. 5. In Ansehung dieser eigenen Erzeugnisse, welche a) dem Handelsbedürfnisse der übrigen Vereinsländer auf eine sonstige Weise entsprechen, oder aber b) durch besondere Verträge u. an der vollständigen Gewährung des Reciprocums gehindert sind, sollen für selbige gleichwol ähnliche Erleichterungen u. eingeräumt werden. (S. 127.) [No. 14.] (22. Juli 1830.)

Bekanntmachung, die mit dem Großherzogthume Sachsen-Weimar-Eisenach auf den Grund, des mit dem Königreiche Sachsen, dem Königreiche Hannover, dem Churfürstenthume Hessen, den Großherzogthümern Sachsen-Weimar-Eisenach und Oldenburg, dem Herzogthume Nassau und den freien Städten Bremen und Frankfurt a. M. unterm 11. Octbr. 1829 abgeschlossenen Vertrages über die Beförderung des gegenseitigen Verkehrs getroffene Uebereinkunft wegen gegenseitiger Bewilligung von Abgabe-Entrichtungen betrff. (S. 129.) [No. 14.] (22. Juli 1830.)

Uebereinkunft mit dem Großherzogthume Sachsen-Weimar-Eisenach, daß die hier benannten Erzeugnisse gegen 25 p. C. an Acciseabgaben in die Herzogthümer eingeführt werden dürfen.

R e s c r i p t e.

Resc. h. K. C. v. 27. Decbr. 1828.

Demnach zufolge des S. 14. des unterm 24. Septbr. d. J. zu Cassel abgeschlossenen Vertrages zur Beförderung des Handels und Verkehrs in den mitteldeutschen Staaten, namentlich in den Königreichen Hannover und Sachsen, dem Churfürstenthume Hessen, dem Großherzogthume Sachsen-Weimar, Herzogthume Braunschweig u. vom 1. Januar 1829 an, daß von den Producenten auf den Wochenmärkten auszustellende oder von ihnen, wie auch den Zwischenhändlern von Leßtern, jedoch nur in Quantitäten von nicht mehr als 20 Centnern, zum feilen Verkaufe geführte Getreide, bei der Einfuhr von einem Vereinslande in ein anderes, wenn es mit Ursprungsattesten versehen ist, von jeder Eingangsabgabe frei sein, und die Beglaubigung solcher Atteste von den Obrigkeitlichen unentgeltlich geschehen soll, bei der Einfuhr von Getreide, von zwei Centnern und darunter aber es der Ursprungsatteste nicht bedarf und es dann vorerst als genügend erscheint, daß die Beglaubigung der Atteste auf dem platten Lande von den Ortsvorstehern geschehen, so werden sub. A. und B. zwei Formulare zu solchen Attesten, auch sub. C. eine Uebersicht des Verhältnisses des hiesigen Himptengemäßes zu dem Centnergewichte der verschiedenen Getreidearten zu dem Ende zugestelt, um die Ortsvorste-

Handelsvertrag, Rescripte.

her zur gehörigen Befolgung obiger Bestimmungen, unter Mittheilung der Anlagenzuweisen.

A.

Ursprungs-Bescheinigung.

Unterzeichneter sendet durch { eigenes Gespann } von
 folgende, selbstgeerntete Frucht, nämlich Fuhrmann
 nach im am ten 18

Als richtig bescheinigt.

den ten 18

(L. S.) (Unterschrift des Ortsvorstehers.)

(Unterschrift mit Stand, Vor- und Zunahmen des Producenten.)

R ä t f e i t e.

Diese Bescheinigung ist von dem umstehend bemerkten Tage der Ausstellung an gerechnet, für Tage, gültig. Jede Unrechtfertigkeit, Verfälschung oder sonstiger Mißbrauch bei der Ausstellung oder Anwendung dieses Certificats, wird den Umständen gemäß, gegen den Aussteller, Bescheiniger oder Fuhrmann, nach der Strenge des Gesetzes geahndet werden.

B.

Ursprungs-Bescheinigung.

Unterzeichneter sendet durch { eigenes Gespann } von
 folgende, im hiesigen Lande erzeugte und auf den hiesigen Märkten erkaufte Früchte, nämlich Fuhrmann
 nach im
 am ten 18

Als richtig bescheinigt.

den ten 18

Von dem Magistrate

(Unterschrift mit Stand, Vor- und Zunahmen des Zwischenhändlers.)

R ä t f e i t e.

Diese Bescheinigung ist von dem umstehend bemerkten Tage der Ausstellung an gerechnet Tage gültig.
 Jede u. (wie vorhin.)

C.

Handelsvertrag, Rescripte.

137

C.

Uebersicht des Verhältnisses des Braunschweigischen Himptens zu dem Centnergewichte der verschiedenen Kornarten.

Kornarten.	Es sind zu rechnen.			Bemerkung.
	1 Cent.	2 Cent.	20 Cent.	
	gleich			
	Himpten.	Himpten.	Himpten.	
1. Weizen	2 $\frac{1}{4}$	4 $\frac{1}{2}$	45	Der Rauminhalt eines Himptens wovon 40 einen Wispel aus- machen, beträgt 1566 Pariser Cubitzoll.
2. Roggen	2 $\frac{1}{2}$	5	50	
3. Gerste	3	6	60	
4. Hafer	4	8	80	
5. Wicken	2	4	40	
6. Erbsen	2	4	40	
7. Bohnen	2	4	40	
8. Linsen	2	4	40	
9. Buchweizen . .	3	6	60	
10. Hirse	2 $\frac{1}{2}$	5	50	
11. Dinkel oder Spelz	2 $\frac{1}{2}$	5	50	

Resc. h. R. E. v. 14. März 1829.

Mit Bezug auf das Resc. vom 27. Decbr. v. J. die Ausführung des Art. 14. des, am 24. Septbr. des vorigen Jahrs unter den mitteldeutschen Staaten geschlossenen Handelsvertrages betr., wird den h. Kr. Aemtern unverhalten, daß hinsichtlich der Certificate bei der Ein- und Durchfuhr von Getreide und Hülsenfrüchten aus anderen Vereinsstaaten, in und durch die königl. hannoverschen Lande von der königl. Oberzoll-Direction zu Hannover nachfolgende, mit dem 1. April d. J. in Wirksamkeit tretende Vorschriften erlassen worden sind:

I. Einfuhr, ohne Declaration zur Durchführung,

a) von Producenten in einem Vereinslande.

Das Getreide, worunter die im Handels- und Zoll-Vertrage benannten Hülsenfrüchte allemal mit verstanden werden — welches von einem Producenten in einem Vereinsstaate, unmittelbar aus demselben Behuf Ausstellang auf hiesigen Wochenmärkten oder sonst zum feilen Verkaufe im Königreiche, mithin an noch ungewisse Empfänger und Abnehmer in demselben, oder aber als von ihm an den inländischen Empfänger schon verkauft zur Ablieferung an selbigen eingeführt wird, muß, um gänzlicher Zollbefreiung ohne Unterschied der Quantität theilhaft zu werden, mit einem an die Eingangs-Receptur ab-

Bege Recept. II. Zhl.

18

zugebenden, von dem Producenten oder dessen Verwalter, unter Angabe des Orts und Tages der Ausstellung, mit Vor- und Zunamen eigenhändig unterschriebenen Certificate begleitet sein, in welchem außer der Angabe des Transportmittels und bei Fuhrwerk auch dessen Bespannung, so wie der Name des Führers des Transports, wenn solcher ein anderer, als der Producent selbst ist, die Art und Quantität des Getreides, letztere mit Buchstaben, bemerkt und zugleich auf Ehre und Gewissen versichert ist, daß dasselbe von dem Aussteller im Vereinslande gewonnen worden.

Die Bestimmung zur Ausstellung auf hiesigen Wochenmärkten, oder zu sonstigem feilen Verkaufe im Königreiche, mithin an noch ungewisse Empfänger und Abnehmer in denselben, oder aber der Umstand, daß von dem Producenten die Früchte an den inländischen Empfänger schon verkauft sind und an selbigen abgeliefert werden sollen, müssen auf eben jene Weise versichert sein, und in beiden Fällen ist der inländische Ort, wohin das Getreide zu führen beabsichtigt wird, im letztern Falle aber auch der Name des Empfängers daselbst anzugeben.

Die Richtigkeit der Unterschrift des Producenten oder Verwalters muß von der Orts-Obrigkeit des Ausstellers beglaubigt sein, die Gültigkeit des Certificate aber ist auf vier Wochen beschränkt, die vom Tage der Ausstellung durch den Producenten oder Verwalter angerechnet werden.

b) Einfuhr von Zwischenhändlern in einem Vereinslande ohne Declaration zur Durchführung.

Da der auf Quantitäten von nicht über 20 Centner zugestandenen Zollbefreiung des Getreides, welches von Zwischenhändlern in einem Vereinsstaate unmittelbar aus demselben eingeführt wird, an die Bedingung feilen Verkaufs im Königreiche geknüpft ist: so sind die den jedesmaligen Transporten beizugebenden, und an die Grenz-Eingangs-Receptur abzuliefernden Certificate, gleich wie die Bescheinigungen der Producenten oder ihrer Verwalter von den Zwischenhändlern oder ihren Geschäftsführern, unter Angabe des Orts und Tages der Ausstellung mit Vor- und Zunamen eigenhändig zu unterschreiben.

Nicht minder müssen die Transportmittel und bei Fuhrwerken auch dessen Bespannung, so wie der Name des Führers des Transports, wenn solcher ein anderer als der Zwischenhändler selbst ist, imgleichen die Art und Quantität des Getreides, letztere niemals über 20 Centner und mit Buchstaben ausgedruckt, angegeben sein. Die erforderliche Versicherung des Zwischenhändlers oder seines Geschäftsführers ist auf Ehre und Gewissen aber dahin zu richten, daß ihm nicht anders bekannt sei, als daß das Getreide aus einem Vereinslande herrühre, und dasselbe von ihm noch nicht verkauft, vielmehr zum feilen Verkaufe im Königreiche, mithin an noch ungewisse Empfänger in selbigem, nach den zu benennenden inländischen Orten bestimmt sei.

Hinsichtlich der obrigkeitlichen Beglaubigung und Gültigkeitsdauer findet das nämliche statt, was wegen der Certificate der Producenten vorgeschrieben ist.

II. Einfuhr mit Declaration zur Durchföhrung.

Die Certificate, womit, um die partielle erhöhte Zollerstattung beim Ausgange zu erlangen, das Getreide begleitet sein muß, welches bei der Einfuhr aus einem Vereinslande zur Durchföhrung declarirt wird, müssen die Versicherung, auf Ehre und Gewissen enthalten — in sofern der Producent oder dessen Verwalter der Aussteller ist, daß das Getreide von ihm im Vereinslande gewonnen worden — und in sofern ein Zwischenhändler oder dessen Geschäftsföhrer der Aussteller ist, daß ihm nicht anders bekannt sei, als daß das Getreide aus einem Vereinslande herröhre. Außerdem müssen eben so, wie in den Certificaten für die Einfuhr ohne Declaration zur Durchföhrung, die Art und Quantität des Getreides, letztere in Buchstaben, das Fuhrwerk, dessen Bespannung und der Name des Fuhrmanns angegeben sein.

Soll die Durchföhr auf einer Aze geschehen, so ist dieses unter Benennung der Receptur des Ausganges zu bemerken. Sind die eingeföhrten Früchte nicht zum Transito auf einer Aze bestimmt, sondern sollten dieselben vor der Ausföhr im Inlande gelagert werden: so muß sowol diese Bestimmung, als der Lagerungsort und der Empfänger im Inlande, in den Certificaten angezeigt sein.

Auch bei diesen Certificaten kommen die obigen Bestimmungen hinsichtlich der obrigkeitlichen Beglaubigung und der Gültigkeitsdauer in Anwendung.

Die Eingefessenen sind hiervon ausführlich in Kenntniß zu setzen, auch die Ortsvorsteher mit der erforderlichen Anweisung wegen Beglaubigung der quaest. Certificate zu versehen.

Resc. h. Finanz-Colleg. v. 25. Septb. 1830.

Die Kreisämter haben sich, so viel sie betrifft, nach den in der Bekanntmachung vom heutigen Tage, enthaltenen Bestimmungen auf das Genaueste zu achten, den sich bei ihnen einfindenden Interessenten das Formular zu den erforderlichen Ursprungsbefcheinigungen mitzutheilen und allenfalls Anleitung zu geben, wie gedruckte Exemplare davon in Braunschweig zu erhalten seien; bei Beglaubigung der Befcheinigungen aber so zu verfahren, daß keine Angaben zugelassen oder Beglaubigungen ertheilt werden, von deren Wahrhaftigkeit sie nicht vollständig überzeugt sind.

Handelsvertrag, Rescripte.

F o r m u l a r.

Herzogthum Braunschweig.

Ursprungs-Schein.

Der Unterzeichnete
 sendet hiermit an
 Vermittelung des Expeditours
 die Eingangszollstätte
 nämlich:

aus
zu
zu

ver-
durch
über
folgende Gegenstände,

Gegenstand.	Zahl der Colli.	Angabe der Ver- packung und Ver- packung und Zahl der angelegten Plomben oder Siegel.	Marke und Nummer eines jeden Colli.	Gewicht eines jeden Colli.	
				Brutto.	Netto.

(Sämmtliche Angaben mit Einschluß der Zahlen, sind in Buchstaben auszudrücken.)

Diese Gegenstände sind } in meiner Fabrik } in
 } für meine Rechnung }
 gefertigt, und es versichert der Unterzeichnete den angegebenen Ursprung auf Ehre und
 Gewissen.

Die Versendung geschieht über
 ist dieser Ursprungs-Schein bei der Grenzzollstätte
 vor dem Ablaufe der unten bemerkten Zeit vorzuzeigen

und es

am ten 18

(Namensunterschrift des Versenders.)

Nach stattgehabter Prüfung der Richtigkeit der hierin gemachten Angaben wird dieser
 Ursprungs-Schein pflichtmäßig beglaubigt und dessen Gültigkeit auf Tage be-
 stimmt.

am ten 18

(L. S.)

(Untersignung der Behörde.)

Bekanntmachung h. Finanz-Colleg. v. 25. Septbr. 1830.

Mit Bezug auf die Allerhöchste Verordnung vom 22. Juli d. J., den zwischen dem Herzogthume Braunschweig und dem Königreiche Sachsen, dem Königreiche Hannover, dem Churfürstenthume Hessen, den Großherzogthümern Sachsen-Weimar-Eisenach und Oldenburg, dem Herzogthume Nassau und den freien Städten Bremen und Frankfurt a. M. unterm 11. Octbr 1829 abgeschlossenen Vertrag wegen Beförderung des gegenseitigen Handels und Verkehrs betr., werden diejenigen Vorschriften, welche zur Erlangung des stipulirten Nachlasses an den jedesmaligen tarifmäßigen Eingangsabgaben zu beobachten sind, im Folgenden zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

1. Die in den genannten Staaten geschehene Fabrication der Gegenstände, für welche der obige Nachlaß bewilligt ist, muß durch Ursprungs-Certificate nachgewiesen werden.

2. Diese Certificate dürfen nur von den Fabrikanten, und auch von diesen nur über diejenigen Waaren ausgestellt werden, welche sie selbst versertigt haben, oder welche sie durch Andere, und zwar jedenfalls im Inlande, für sich haben anfertigen lassen.

3. Die gedachten Certificate müssen genau in der vorgeschriebenen Form ausgestellt, und Behuf ihrer Gültigkeit von der Ortsobrigkeit des Ausstellers, oder von einer am Absendungsorte damit beauftragten Zoll- und Steuer- Behörde, nach Prüfung der Richtigkeit, auf ihre geleistete Eidespflicht unter Weidrückung ihres Dienstsiegels oder Dienststempels beglaubigt werden.

4. Den Interessenten in den hiesigen Landen werden die Formulare zu den besagten Certificaten, auf ihr Anfordern, von den Stadtbehörden und resp. den h. Kr. Aemtern, mitgetheilt werden, von welchen auch allenfalls Anleitung gegeben werden wird, wie gedruckte Exemplare davon zu erhalten sind, und finden sich auf der Rückseite solcher Formulare die Fälle angegeben, in welchen die Certificate ungiltig werden.

5. Fabrikanten, welche nicht nur Lager von ihren inländischen, sondern zugleich und an demselben Orte auch Lager von ausländischen Waaren derselben Art haben, können die Beglaubigung ihrer Certificate nur erhalten, wenn der beglaubigenden Behörde der Ursprung der zu versendenden Waaren durch denselben aufgedruckte oder sonst angefügte Ursprungs- Stempel nachgewiesen wird.

6. Daß diese Nachweisung geschehen ist, muß in diesem Falle bei Beglaubigung der Ursprungs- Certificate ausdrücklich mit bemerkt werden.

7. Die Colli, in denen die Waaren versandt werden sollen, müssen, wenn die Waaren nicht mit Stempeln versehen sind, von der Steuer- oder Zollbehörde an dem Absendungsorte plombirt oder versiegelt werden.

8. Von denselben Behörden muß auch die im §. 5. vorgeschriebene Ursprungsbezeichnung der betreffenden Waaren bewirkt werden.

9. Die Begünstigung kommt in der Regel nur bei directer Versendung von den Fabrikanten in denjenigen Staat, von welchem die Abgaben-Erleichterung zugestanden ist, zur Anwendung; es ist jedoch nicht erforderlich, daß die Waare auf einer Art geliefert werde.

10. Auch wird sie nur in dem Falle bewilligt, daß die bevorzugten Waaren nicht mit anderen Gegenständen, hinsichtlich deren eine Abgaben-Erleichterung nicht stipulirt worden, in einem Collo zusammen verpackt ist.

11. Sind die fraglichen Waaren aus einem Vereinslande in ein anderes übergegangen, und daselbst in den freien Verkehr gekommen, so kann bei dem Wiederverkaufe aus diesem zweiten in ein drittes der contrahirenden Vereinsländer daselbst auf den vertragmäßigen Erlaß kein Anspruch gemacht werden.

12. Von der in den §§. 9. und 10. enthaltenden einschränkenden Bestimmung sind jedoch diejenigen der begünstigten Gegenstände ausgenommen, welche, wenn gleich sie nicht direct aus einem in das andere Vereinsland gesendet, doch auf die in den Vereinsstaaten Statt findenden Messen gebracht, dort an Käufer aus einem der contrahirenden Staaten abgesetzt, oder auch durch den Verkäufer selbst in denjenigen Staat versendet werden, welcher dem andern contrahirenden Staate, aus dem die gedachten Gegenstände ursprünglich herkommen, die Abgaben-Erleichterung zugestanden hat, und welchem der Käufer angehört.

13. Hinsichtlich dieser Messwaaren ist folgendes zu beobachten:

I. Wenn der Fabrikant seinen Waaren die Abgaben-Erleichterung sichern will, so hat er sie

1) sofern sie unmittelbar vom Fabrikorte abgesandt sind, mit einem oder nach Verschiedenheit ihrer Gattungen und nach seinem Gefallen mit mehreren von ihm vorschriftsmäßig ausgestellten, amtlich beglaubigten Ursprungs-Certificaten,

2) sofern sie aber von einem, in einem andern Vereinsstaate befindlichen Messorte kommen, mit einem Certificate, welches von der an diesem Orte damit beauftragten Behörde, auf den Grund der Ursprungs-Certificaten unter Anführung der fol. des Messcontos ertheilt worden, auf die Messe zu führen; in

beiden Fällen aber müssen

3) außerdem noch die Waaren der Bezeichnung mit einem Ursprungs-Stempel vor ihrer resp. ersten Absendung unterworfen sein.

II. Diese Certificate bilden die Grundlage für diejenige Legitimation, welche bei der Einführung der verkauften Waare in den andern Staat, den von diesem zugestandenen Abgaben-Nachlaß bewirken soll.

III. Die Messwaaren, für welche die Begünstigung, entweder in dem Staate, wo die Messe gehalten, oder in einem der andern Vereinsstaaten Statt finden soll, müssen zwar (wenn sie nicht, wie oben sub. 1. 2. bemerkt ist, von der Messe des einen Vereinsstaates nach der des andern kommen) in ursprünglicher Verpackung zur Messe gelangen; von da können sie aber durch die Käufer aus den contrahirenden Staaten, oder durch Versendung der Verkäufer, selbst theilweise, mit den behüflichen Certificaten versehen, eingeführt werden, vorausgesetzt, daß die vollen tarifmäßigen Eingangsabgaben mindestens drei Thaler betragen und daß die

ursprüngliche Versiegelung oder Verbleiung noch vorhanden ist. Inzwischen ist es zur Erlangung der Begünstigung nothwendig, daß

- IV. die Ursprungs-Certificate bei der Ankunft an dem Messorte zuerst an diejenige Behörde abgeliefert werden, welche dazu bestimmt ist, daß sie sich von der Uebereinstimmung der Certificate mit den Waaren überzeugt, nach befundener Richtigkeit jene verificirt, und über Letztere alsdann — in sofern von dem Einbringer darauf Anspruch gemacht wird, ein Messconto anlegt, daß
- V. der Inhaber des Waarenlagers über die nach den contrahirenden Vereinstaaten verkauften Waarenquantitäten gleiche Declarationen, wie sie im §. 1. vorgeschrieben worden, der Behörde einreicht, und diese sodann auf den Grund des Messcontos die Certificate beglaubigt, und darüber ein genaues Register hält.

Uebrigens kann diese Behörde verlangen, daß die Verpackung der Waaren unter ihrer Beaufsichtigung geschehe.

- VI. Für die Messlager, welche nicht mindestens ein Nettogewicht von zwei Centnern haben, kann ein Conto, und für die daraus Statt findenden Versendungen ein Certificat nicht verlangt werden.

Es wird aber ein solches Conto für diejenigen Waarenlager zugestanden, welche aus mehreren einzelnen kleinen Sendungen gebildet sind, wenn nur das Gewicht der Letztern zusammen wenigstens zwei Centner netto beträgt.

- VII. Die Uebertragung der unverkauft bleibenden Messgüter von einem Messconto auf das der nächstfolgenden Messe kann Statt finden, wenn dergleichen Bestandgüter für die Zwischenzeit durch Aufnahme in öffentliche Niederlagen oder in Privatniederlagen (unter Verbleiung) sicher gestellt werden.

Uebrigens müssen die Declarationen über dergleichen Bestandgüter binnen acht Tagen nach dem Schlusse der Messe eingereicht werden, indem sonst das Messconto für erloschen angesehen wird.

- 14. Bei den Waarenversendungen aus solchen Vereinstaaten, denen der Nachlaß von 25 p. C. nur für eine bestimmte Quantität zugestanden ist, finden die obigen Vorschriften in allen Theilen ebenfalls Anwendung.

Wenn Waarenlager aus diesen Staaten auf Vereins-Messen gebracht werden, ist die Messbehörde auf Verlangen des Verkäufers verbunden, ihm eine beglaubigte Abschrift des Messcontos zu ertheilen, damit er dadurch in den Stand gesetzt werde, seiner Regierung nachzuweisen, welche Waarenquantitäten von ihm nach den betreffenden Vereinstaaten abgesetzt sind.

- 15. Sammtliche nach den obigen Bestimmungen erforderlich werdende Expeditionen, Beglaubigungen, Plombirungen und Versiegelungen u. sollen ex officio, mithin ganz unentgeltlich geschehen.

- 16. Mißbräuche oder gar Verfälschungen der Certificate werden, sobald sie zur Wissenschaft der Behörden der betreffenden Vereinstaaten gelangen, auch ohne vorherige

144 Handelsvertrag, Rescripte. Herzogthum Braunschweig.

Requisition untersucht und nach den Landesgesetzen bestraft werden, und sollen namentlich absichtliche Defraudationen außer der sonstigen gesetzlichen Strafe den Verlust des Rechts, Ursprungs-Certificate auszustellen, nach sich ziehen.

17. Die Recepturen, über welche der Eingang Statt finden muß, falls den begünstigten Waaren der Nachlaß zu Theile werden soll, werden jederzeit zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden, und es findet der Nachlaß nur bei Einführungen über solche Eingangspunkte Statt.

Auf die Versendungen, welche durch die Post bewerkstelligt werden, findet indes diese Beschränkung keine Anwendung.

18. Für jetzt ist der fragliche Abgaben-Nachlaß nur hinsichtlich der, in der Allerhöchsten Bekanntmachung vom 22. Juli d. J. genannten, in das Großherzogthum Sachsen Weimar und resp. aus demselben in die hiesigen Lande einzuführenden Gegenstände verabredet, und wird, sobald deshalb auch mit andern Staaten die näheren Vereinigungen getroffen sein werden, solcherhalb das Erforderliche bekannt gemacht werden.

19. Für die in das Großherzogthum Sachsen-Weimar einzuführenden Waaren, denen der mehrgedachte Nachlaß bewilligt worden ist, sind die Abladungsorte als Eingangspunkte anzusehen, indem daselbst die Eingangsabgaben erhoben werden; für die aus besagtem Großherzogthume in die hiesigen Lande einzuführenden begünstigten Waaren aber sind:

- a) auf der Straße über Leipzig und Halberstadt: das Accise-Amt Hessen;
 - b) auf der Straße über Göttingen und Nordheim: das Accise-Amt Ildehausen
- als Eingangspunkte bestimmt.

Herzogthum Braunschweig.

Patent Sr. Durchl. des Herzogs Wilhelm zu Braunschweig-Weilb., die einstweilige Uebernahme der Regierung der hiesigen Lande betr. (S. 141.) [No. 18. (nicht 17.)] (28. Septbr 1830.)

Patent Sr. Durchl. des Herzogs Wilhelm die Führung der Administration der hiesigen Lande betr. (S. 169.) [No. 26.] (26. Novbr. 1830.)

Patent Sr. Durchl. des Herzogs Wilhelm, die, zufolge eines in der vierzigsten Sitzung der hohen deutschen Bundesversammlung vom 2. Decbr. 1830 Nr. 2. gefaßten Beschlusses, Sr. Durchl. bis auf Weiteres übertragene Führung der Regierung des Herzogthums Braunschweig betr. (S. 173.) [No. 27.] (7. Decbr. 1830.)

R e s c r i p t e.

Resc. h. R. E. v. 7. Juni 1828.

Da bei der durch die erworbene Souverainität veränderten Stellung des Durch-
lauch-

Herzogthum Braunschweig, Rescripte. Hoheits-Gränze. 145

lauchtigsten Landesfürsten die bisher üblichen Curialien unpasend befunden worden sind und daher in den unmittelbar an Er. Durchl. gerichteten Berichten anstatt der ohnehin undeutschen Benennung „Serenissimus“ ansezt „Er. Hochfürstliche Durchlaucht“ und „Allerhöchstdieselben“ gesetzt wird, so bleibt solches in Gemäßheit eines vom h. Staatsministerio unterm 30. v. M. erlassenen Rescripts, zur Nachricht und Nachachtung unverhalten.

Resc. h. L. Ger. v. 2. November 1830.

Mitteltst Resc. des h. St. M. vom 24. Octbr. 1830 ist bestimmt, daß die Erbhuldigungs- und Dienstfeide unter den gegenwärtigen Verhältnissen mit den Eingangs- Worten: „Ich schwöre Treue und Gehorsam dem Durchlauchtigsten Herzoge Wilhelm zu Braunschweig-Dels bei Höchstdeffselben dormaligen Regierung des Herzogthums Braunschweig;“ normirt, zugleich aber ein besonderes Verzeichniß derjenigen Personen, welche auf diese Weise beeidigt worden, angelegt werden solle, wegen dessen Einsendung demnächst Verfügung erfolgen werde.

Hoheits-Gränze.

Instruction für die beiden, zur geometrischen Messung und Beschreibung der rezeßmäßigen Gränzbezeichnung bestimmten Feldmesser Bader und Wilke. (Zugefertigt durchs Schreiben der Gränzregulir.-Commiss. v. 30. Octbr. 1826.)

1) Ein jeder der beiden Geometer hat sich mit den erforderlichen Instrumenten zu versehen, und müssen die Meßketten einander gleich und übereinstimmend, entweder nach dem calenbergischen, oder braunschweigischen Längenmaße gefertigt sein.

Die Winkel müssen mit einem Theodoliten, oder Winkelmesser gemessen werden, der mittelst des Nonius wenigstens einzelne Minuten angiebt. Es ist ferner erforderlich, daß die Meßketten von Zeit zu Zeit mit einander und zwar mit einem zuvor anzufertigenden Normal-Maßstabe von gutem trocknen und nicht ästigen Lannenholze, an den Enden mit Eisen beschlagen, verglichen, und in sofern es nöthig ist, rectificirt werden, indem bekanntlich die Meßketten bei dem Gebrauche sich längen.

2) Bevor sie ihre Arbeit beginnen, haben sie sich bei demjenigen königl. Amte, oder h. Kreisamte, welches sie zuerst zur Messung und Beschreibung der Gränzbezeichnung requiriren wird, zur Vereidung auf die gewissenhafte Verrichtung des ihnen übertragenen Geschäfts und namentlich auf die gehörige Aufnahme des Gränzprotocolles zu melden, und wird solche Behörde, indem die allen betreffenden Local-Behörden zuzufertigende Abschrift dieser Instruction die Stelle einer Requisition durch die Gränz-Regulirungs-Commissarien vertritt, nicht nur diese Verpflichtung vorzunehmen, sondern auch Abschrift des darüber aufgenommenen Protocolles sowol an jeden der beiden Commissarien ad acta commissionis einzusenden, als ihnen, den beiden Feldmessern, zu ihrer Legitimation für die Zukunft zuzustellen haben.

Bege Resert. II. Thl.

3) Die gesetzten Gränzsteine müssen nicht nur nach ihrer Entfernung von einander, sondern auch die Richtungen der dadurch bezeichneten Gränzlinien nach den Winkeln, welche je zwei Gränzlinien mit einander machen, genau bestimmt werden. Ein Gleiches ist erforderlich, wenn die Gränze durch Gräben, oder Pfähle, oder überhaupt durch andere künstliche Vorrichtungen bezeichnet sein sollten.

4) Es bleibt den Geometern überlassen, wie sie die Arbeit unter sich vertheilen wollen, jedoch ist dabei vorbehalten, daß zur erforderlichen Controle Jeder des Anderen Arbeit mit seinen Instrumenten nachmesse, damit sich die Geometer auf diese Weise von der Richtigkeit der Arbeit überzeugen.

5) Das Gränzprotocoll wird nach dem angelegten Schema tabellarisch und zwar doppelt entworfen, und nach Beschreibung eines passlichen Abschnitts der Gränze den betreffenden beiderseitigen Beamten vorgelegt, welche solches nachzusehen, etwa erforderlich scheinende Erläuterungen in die letzte Columne zu tragen und beide Exemplare mit ihrer Unterschrift zu versehen haben. Jede Localbehörde schickt sodann das von ihr an sich zu nehmende Exemplar, nachdem sie Abschrift desselben bei ihren Acten behalten, an den Commissair ihrer Seite ab.

Königlich Hannoversches Amt N. mit dem Herzoglich Braunschweigischen Amte N.

Horizontale Entfernung vom Steine, Pfahle, Hügel u.	Größe des Winkels, dessen Centrum	Die Öffnung dieses Winkels liegt am meisten	Die folchergehalt festgesetzte Gränze läßt dennoch unter Königl. Hannover- scher Herzogl. Braunschw. Landes-Hoheit	Bemerkungen.
Nr. 986. G. B.	Der Örtliche Nr. Grabt. Minuten.			

Hypothekenwesen.

Wegen Anmeldung der von den Beamten und Actuarien der Kreisämter und der Stadt-Ger. Wolfenbüttel und Braunschweig zu bestellenden Hypotheken, s. W. v. 14. Juli 1825 S. 6. (S. 208.) [No. 8.] und

Declaration derselben vom 27. Octbr. 1830. (S. 151.) [No. 22.]

R e s c r i p t e.

L. Resc. v. 23. Mai 1814.

Aus der Verordnung vom heutigen Tage ist die verfügte Prorogation des Termins zur Anmeldung der hypothekarischen Rechte das Weitere zu ersehen.

In Beziehung darauf wird hierdurch nur im Allgemeinen noch bemerkt gemacht, daß möglicher Weise der Fall eintreten könnte, daß Hypothekforderungen, welche dem Landesherrn oder dessen Domainen, Stiftern, Albstern, milden oder geistlichen Stiftungen, oder Corporationen gehörten, und von dem unrechtmäßigen Besitzer cedirt worden, etwa von den Cessionarien zur Eintragung angemeldet würden.

Es bedarf des Erwähnens nicht, daß alle dergleichen nicht eingewilligte Veräußerungen des Landesherrn und dessen Stiftungen Eigenthums an sich selbst nichtig sind, daher nicht auf den Namen der Cessionarien eingetragen werden dürfen. Es wird daher erwartet, daß die Gerichte auch ohne Erinnern solche Eintragungen nicht verfügen, vielmehr die bei solchen Gelegenheiten oder auch sonst zu ihrer Kenntniß kommenden Forderungen oder sonstigen Rechte, welche dem Landesherrn zuständig sind, sofort bei dem betreffenden Grundstücke nachrichtlich vermerken und der h. Cammer davon zur Verfolgung der landesherrl. Gerechtsame ungesäumten Bericht erstatten, und wird übrigens nachrichtlich unverhalten, daß die h. Cammer dato angewiesen ist, alle diejenigen dem Landesherrn oder den vorgedachten Stiftungen, Domainen oder Corporationen zuständig gewesenen und von den unrechtmäßigen Besitzern entweder eingezogenen oder abgetretenen Gerechtsame als den Rechten nach noch den rechtmäßigen Besitzern zuständig zur Eintragung anzumelden, welche sodann das betreffende Gericht pflichtmäßig zu besorgen und ohne der landesherrl. Cammer Zustimmung oder rechtliche Entscheidung nicht zu löschen hat.

Endlich ist es erforderlich, daß sämtliche von den Notarien und Hypothekendewahrern bestellte Immobilien-Cautionen von Amts wegen eingetragen werden, und hat daher das Gericht die zu diesem Ende erforderlichen Nachrichten ohne Anstand aus den Registraturen der ehemaligen Tribünale und Hypothekendewahrer fordersamst einzuziehen und die Eintragung pflichtmäßig zu besorgen.

Wünscht einer oder der andere der Notarien oder Hypothekendewahrer solche Hypothek gelöscht zu sehen, so kann dies nicht anders, als nach vorgängiger öffentlicher Ladung und darauf erfolgter Präclusion geschehen, und versteht es sich von selbst, daß

auch alle auf andere Weise von selbigen bestellte Cautionen nicht eher gelöscht und die Documente darüber retradirt werden dürfen, bis ein solches Verfahren erwirkt und der Präclussionsbescheid rechtskräftig geworden.

1. Resc. v. 6. Juni 1814.

Da dasjenige, was in Ansehung der den Domainen oder Corporationen zugehörigen, von dem unrechtmäßigen Besitzer cedirten Hypothekforderungen und deren Anmeldung zur Eintragung von Seiten der Cessionarien in dem Rescripte vom 23. v. Mts. festgesetzt worden, aus denselben Gründen auch auf die Immobilien, welche von den gedachten Domainen oder Corporationen etwa an andere Besitzer übergegangen sein sollten, und deren von den jetzigen Besitzern etwa intendirten gerichtlichen Verlassungen oder Verpfändungen anwendbar ist, so werden die Gerichte hierdurch darauf noch zum Ueberflusse und damit sie nicht nichtige Eigenthums-Veränderungen veranlassen oder sanctioniren, besonders aufmerksam gemacht.

1. Resc. v. 6. Juni 1814.

Da diejenigen Bestimmungen, welche das Circular-Rescript vom 23. v. Mts. in Ansehung der den Domainen oder Corporationen zugehörigen, von dem unrechtmäßigen Besitzer cedirten Hypothekforderungen und deren Anmeldung zur Eintragung von Seiten der Cessionarien enthält, desgleichen die Bestimmung des Circular-Rescripts vom heutigen dato, die gerichtliche Verlassung oder Verpfändung der selbigen zuständig gewesenenen Immobilien betrff., auch auf die dem deutschen Orden zugehörig gewesenenen Capitalien, Grundstücke und Gerechtsame der Natur der Sache nach anwendlich sind, so wird solches den Gerichten zum Ueberflusse zur genauen Nachachtung in vorkommenden Fällen hierdurch bemerkt gemacht.

Resc. h. 1. Ger. v. 9. November 1826.

Der Vormund N. hat um Declaration des höchsten Circular-Rescripts vom 14. Decbr. 1825 (Jahrgang 1826 S. 1.) angetragen, weil ihm die Eintragung zweier vor Notar und Zeugen aufgestellten Schuldschreibungen, in welchen das Allodium des Gutes D. zur Hypothek gesetzt worden, wegen ermangelnder gerichtlicher Bestätigung derselben verweigert sei, und es ist dem f. 1. Ger. die Bescheidung aufgetragen.

Ob nun gleich die Darstellung des Supplicanten, als sei die Eintragung in das Hypothekenbuch, wegen nicht impetrirter Confirmation der Obligation verweigert worden, deren es jedoch bei Verpfändungen von Rittergütern nicht, vielmehr nur bei bäuerlichen Grundstücken bedürfe, nicht eigentlich die richtige ist, indem zufolge der ertheilten, und zugleich producirten zweiten Resolution das Distr. Ger. sich bestimmter darüber ausgesprochen hat, daß nicht der Mangel der Confirmation der eigentliche Weigerungsgrund sei, dasselbe inzwischen, weil eine bloß vor Notar und Zeugen aufgenommene Pfandverschreibung, Inhalts der landesherrl. Verordn. vom 12. Decbr. 1803, nur als Privathypothek gelte, und nur als solche eingetragen werden könne, zur Eintragung derselben in solcher

minderen Qualität die Einwilligung der Gläubiger und deren Beibringung annoch zuvörderst nöthig erachtet.

Da jedoch nach der sehr bestimmten Vorschrift bekannter Landesverordnungen der Rang der eingetragenen Hypotheken unter einander lediglich nach der Zeit der Eintragung sich richten soll und in dem höchsten Circul. Resc. vom 14. December des vorigen Jahres aller Zweifel darüber, ob nicht die Verordn. vom 3. Februar 1814 §. 53. Nr. 6. lediglich gerichtliche und denselben gleichstehende Unterpfänder zur Eintragung zu lassen, durch die Erklärung, daß nicht bloß gerichtliche, sondern vor Notar und Zeugen, selbst auch bloß unter Privatpersonen bestellte Hypotheken zur Eintragung angemeldet und eingetragen werden können, völlig gehoben ist: so kann hinfüro auf die Art der Bestellung bei inscribirtten Hypotheken nichts weiter ankommen, und können die Gläubiger keine Gefahr leiden, indem früher eingetragene Privathypotheken selbst den später eingetragenen gerichtlichen vorgehen, und ist also die erforderliche Einwilligung des Gläubigers völlig ohne Nutzen, dessen cautelarisches Interesse wahrzunehmen, das Distr. Ger. ohnehin keinen Verurs, vielmehr ihm (dem N.) dessen Beachtung lediglich selbst zu überlassen haben möchte. Es ist daher mit der Eintragung zu verfahren.

Resc. h. L. Ger. v. 4. Junius 1827.

Durch ein höchstes Resc. vom 19. Mai 1827 ist h. L. Ger. angewiesen, auf die vom h. Distr. Ger. N. mittelst Berichts vom 12. Septbr. 1826 erbetene Declaration der landesherrl. Verordnung, die Eintragung der Hypotheken betrff. und ins besondere auf die wegen Löschung der abhanden gekommenen, auf einen bestimmten Inhaber lautenden Obligationen bestellten Hypotheken zu höchster Entscheidung vorgelegte Anfrage, dasselbe nach Maßgabe des vom h. L. Ger. darüber erforderlichen Berichts zu instruiren, daß es rücksichtlich der aufgestellten Frage: ob die Löschung der auf den Grund einer auf einen namentlich genannten Inhaber lautenden Verschreibung ingrossirten Hypothek, wenn solchane Verschreibung abhanden gekommen, mithin dem Schuldner nicht zurückgegeben werden kann, der Gläubiger aber mit der Löschung der Hypothek einverstanden ist, ohne Weiteres geschehen könne, oder zuvor annoch eine förmliche gerichtliche Mortification der Verschreibung von Seiten des Gerichts von Amts wegen zu erfordern sei? der gebetenen Declaration nicht bedürfe, indem nach den in den angezogenen Verordnungen wegen der Hypothekenbücher ertheilten Vorschriften und deren Zwecken unter den vorkommenden Umständen die Entscheidung dahin, daß die Entsagung des Gläubigers auf das Hypothekenrecht zu dessen Löschung genüge, und es einer Mortification der Obligation nicht bedürfe, keinem Zweifel unterworfen sein könne. Denn es ist die Frage: ob in dem vorgelegten Falle der Schuldner mit Sicherheit zahle? von der: in wiefern unter Zustimmung des dispositionsfähigen Gläubigers die der Forderung halber eingetragene Hypothek wiederum gelöscht werden könne? völlig verschieden, so daß dieselben mit einander nicht einmal in einiger Verbindung stehen.

Jene betrifft, sobald auch der Schuldner, wie bei beiden vorausgesetzt wird, über

sein Vermögen verfügen kann und nicht etwa in persönlicher Hinsicht seinetwegen dem Gerichte Pflichten der Fürsorge obliegen, lediglich des Schuldners Privatverhältnisse und interessirt das Gericht auf keine Weise, wie es denn selbst einen der Rechte Unkundigen bei vorkommender zeitiger Gelegenheit deshalb zwar wol zu belehren, nicht aber dessen Verhalten bei der Sache zu ordnen befugt ist. Eben so wenig hat das Gericht für den Gläubiger zu sorgen, der die gesammte Forderung sogar erlassen, um so mehr auf die dafür bestellte Sicherheit verzichten kann, noch weniger aber etwaige Cessionen zu berücksichtigen, welche zu dem Hypothekenbuche nicht angemeldet sind. Da nun der Gegenstand und Zweck der Hypothekenbücher lediglich das Hypothekenrecht der Gläubiger, nicht aber zugleich Sicherung der Schuldner ist, so kann es nur noch allein darauf ankommen, ob etwa die bei Löschung eingetragener Hypotheken zu beachtenden Förmlichkeiten die Mortification der verlorenen Obligation als eine von Amts wegen zu machende Maßregel erheischen.

Da jedoch für die Löschung besondere Förmlichkeiten nicht vorgeschrieben sind, mithin dabei bloß dasjenige, was aus der Natur der Sache sich als wesentlich darstellt, zu berücksichtigen ist, die Entragung aber nur dann, wenn sie von dem Gläubiger verlangt wird, geschieht; so muß ein entgegengesetztes Wollen, nämlich die Entfagung des Hypothekenrechts zu dessen Löschung genügen, wobei dem, das Hypothekenbuch führenden Gerichte, weder über die Veranlassung des Gläubigers zu solcher Entfagung, ob wegen Zahlung oder sonstiger Weise, noch über die bei den verschiedenen Tilgungsarten der Forderung zu Sicherung der Liberation des Schuldners zu nehmenden Cautelen eine Cognition zusteht, um so weniger, als das Gericht in der Qualität der das Hypothekenbuch führenden Behörde in Rücksicht der Personen, weder des Gläubigers, noch des Schuldners, nicht einmal mit einer Gerichtsbarkeit, vermöge welcher dasselbe jene Sicherungsmaßregeln zur Anwendung bringen könnte, versehen ist; überdem auch dasselbe keine andere, als die in dem Hypothekenbuche namhaft gemachten Personen, mithin keine bloß möglicher Weise existiren könnende, bis dahin unbekannte Cessionare zu berücksichtigen hat.

Aus diesen und den in dem Berichte angeführten Gründen ist die erste der in demselben aufgestellten Ansichten für die richtige erkannt, um so mehr, als, was die Gründe für die zweite Ansicht betrifft, das höchste Circul.-Resc. vom 14 Decbr. 1825 (Jahrgang 1826 S. 1.) die Cessionen nur in sofern, als sie in das Hypothekenbuch eingetragen sind, berücksichtigt, die nicht eingetragenen mithin das dasselbe führende Gericht nicht interessiren, ferner das Sachverhältniß zwischen Obligationen, die auf einen benannten Gläubiger und denen, die auf den bloßen Inhaber lauten, wenn die Obligation verloren gegangen, in der Hinsicht bedeutend differirt, daß bei den letzteren der Gläubiger unbekannt geworden ist, mithin nicht, wie bei jenen, zwischen dem Gläubiger und dem Schuldner solches Verlustes wegen Uebereinkunft getroffen werden kann; überdem die Verordnungen nur allein das Verfahren behuf der Mortification selbst zum Gegenstande haben und einen darauf gerichteten Antrag voraussetzen, die hier zu entscheidende Frage aber: ob und

in welchen Fällen es der Mortification einer verloren gegangenen Verschreibung bedürfe, völlig unberührt lassen, und aus dem Schweigen derselben über diesen Gegenstand, daß solche in allen Fällen unbedingt erforderlich sei, sich keineswegs folgern läßt, wenn gleich übrigens in Ansehung des Mortificationsverfahrens bei beiden Arten von Obligationen ein Gleiches zu beobachten ist und in dieser Hinsicht dieselben auch durch die neueste Verordn. vom 24. Juni 1827 einander gleich gestellt sind; endlich die Fürsorge für den öffentlichen Credit nicht so weit getrieben werden kann, um gegen die Verabsäumung gewöhnlicher Sicherheitsmaßregeln selbst in Ansehung ihrer Existenz zweifelhafte Subjecte durch die Gerichte vertreten zu lassen.

(Vergl. Resc. h. L. Ger. v. 27. Septbr. 1830 Artik. Justizverfassung.)

Resc. h. St. M. v. 8. September 1829

wegen der verabredeten Clauseln und wegen Verpfändung der Totalgrundstücke, s. Justiz-Verfassung.

Resc. h. L. Ger. v. 14. Januar 1830.

Obwohl es in den hiesigen Landen noch zur Zeit an einer ins Einzelne gehenden Bestimmung über den in Hypothekensachen zu beobachtenden Geschäftsgang fehlt, so steht doch nach der Verordn. vom 26. März 1823 die Einrichtung des Justizwesens betr. §. 2. der Hauptgrundsatz fest, daß die Hypothekenbücher von den Distr. Ger. geführt werden sollen. Aus dieser Vorschrift im Allgemeinen, aus ihrem bekannten Grunde und Zwecke und ihrer Aufstellung in der Reihe der anderen Verfügungen über den Geschäftsbereich dieser Behörden ergibt es sich klar, daß die Leitung des Hypothekewesens gleich den übrigen Geschäftszweigen der Distr. Ger., zu ihren kollegialischen Obliegenheiten gerechnet ist, wie denn auch der hier eintretenden kollegialischen Verantwortlichkeit nur eine kollegialische Verhandlung entsprechen kann.

Daraus folgt, daß alle gerichtlichen Verfügungen in Hypothekensachen, mögen dieselben die Eintragung oder Löschung von Hypotheken betreffen, nur von kollegialischen Beschlüssen der Distr. Ger., nie von Bestimmungen eines einzelnen Mitgliedes ausgehen dürfen. Demgemäß ist es also nöthig, daß:

1) Alles, was in Hypothekensachen bei einem Distr. Ger. einkommt, nachdem es durch den Actuar oder Registrator über das darüber zu führende Journal eingetragen worden, dem Vorsitzenden des Gerichts oder demjenigen stimmführenden Mitgliede, welchem von demselben der Vortrag in solchen Sachen übertragen wird, vorgelegt,

2) daß sodann von diesem dem Collegio Vortrag davon gemacht und darauf vom Collegio nach einer in jedem einzelnen Falle anzustellenden Prüfung durch einen von den stimmführenden Mitgliedern zu signirenden Beschluß über die gebetene Eintragung oder Löschung, oder das, was dieserhalb noch zu berichtigen und beizubringen ist, verfügt,

3) die formelle Ausführung solcher Verfügung d. h. die wirkliche Eintragung oder Löschung und die Extension der Angaben zu etwa noch erforderlichen vorläufigen Bescheiden,

Hypothekenwesen; Israeliten, Rescripte. Justiz=Verfassung. 153

den, zwar, wie bei allen sonstigen gerichtlichen Erlassen, dem Actuar oder dessen Geschäftsgehilfen zugetheilt, aber

4) auch über diese Ausrichtungen der Actuare pp. vom Gerichte selbst die Controle geführt und deshalb namentlich

5) jede Ausfertigung und Bescheinigung im Besonderen, also auch jedes Eintragungs- oder Löschungs=Dokument, jeder Löschungsschein u. Namens des ganzen Collegii von einem stimmführenden Mitgliede unterschrieben werden müsse.

Resc. h. L. Ger. v. 8. Mai 1830

wegen Aufnahme der Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit s. Artik. Justiz=Verfassung.

Israeliten.

Resc. h. R. C. v. 5. Juni 1828.

Es wird zur Nachricht unverhalten, wie auf ein von den Vorstehern der israelitischen Gemeinde zu Braunschweig dem h. St. R. überreichtes Gesuch wegen der von den übrigen israelitischen Gemeinden des hiesigen Landes zu dem Gehalte des Land=Rabiners Eggers zu leistenden Beiträge in der Voraussetzung, daß dawider keine gegründete Beschwerden erhoben werden und bis auf Weiteres mittelst Allerhöchsten Resc. vom 23. v. M. gestattet worden, daß für die israelitischen Einwohner in dem h. Kr. Amte H. diese Beiträge auf 10 Rthlr. jährlich bestimmt und vom 1. Aug. v. J. an, wo der hiesige Rabiner Eggers als Land=Rabiner bestellt worden ist, eingezogen werden.

Resc. h. R. C. v. 2. October 1828.

In Beziehung auf das Resc. vom 5. Juni d. J. werden die h. Kr. Aemter benachrichtigt, wie auf ferneres Ansuchen der Vorsteher der hiesigen israelitischen Gemeinde, mittelst Allerhöchsten Resc. vom 23. v. M. genehmigt worden, daß bei Ausschreibung und Einsendung der von den auswärtigen israelitischen Gemeinden an die hiesige zu dem Gehalte des Land=Rabiners Eggers zu zahlenden Beiträge, folgendergestalt verfahren werde: der hiesige Stadt=Magistrat übersendet den Kr. Aemtern alljährlich ein Ausschreiben der auf die jüdischen Einwohner in dem Amtsbezirke repartirten Beiträge qu. worauf denn den Contribuenten die Einsendung der ausgeschriebenen Summen an die hiesige israelitische Gemeinde=Vorsteher aufzugeben ist.

Justiz=Verfassung.

L. Circul.=Resc. an sämtliche Gerichte der hiesigen Lande, das Verfahren bei der nothwendigen Subhastation von Erbenzins=Grundstücken betrff. (S. 1.) [No. 1.] (17. Decbr. 1827.) Im Jahrg. von 1828.

Bei den nothwendigen Subhastationen von Erbenzins=Grundstücken soll sofort nach abgehaltenem Subhastationstermine, unter Communication des Citationsprotokolls, dem Wege Repert. II. Zhl.

Erbenzinsherrn mittelst Bescheides, eine Auflage wegen der Ausübung des Vorkaufs-Rechts gemacht werden. (S. 1.) [No. 1.] (17. Decbr. 1827.)

Declarat. der W. vom 1. Juli 1782, 15. März 1787 und 12. Septbr. 1797 die Belegung der Pupillen-, Curatel-, Kirchen- und anderer dergleichen Gelder bei dem Leihhause betrff. (S. 11.) [No. 4.] (28. Jan. 1828.)

§. 1. Diese Verordn. sind nicht auf die Activ-Bestände rechtshängiger Concurse anzuwenden. (S. 12.) [No. 4.] (28. Jan. 1828.)

§. 2. Die Leih.-Cassen sind nicht verpflichtet, diese Gelder in Verzinsung zu nehmen.

W. die Verwaltungs- und Nutznießungs-Rechte des Vaters an dem Vermögen seiner Kinder, zur Erklärung der W. vom 30. Decbr. 1754 über die Erbfolge der Ehegatten §. 4. und der Verfug. vom 3. Febr. 1814 über das Verfahren der Gerichte, §. 48 bis 52. betrff. (S. 109.) [No. 13.] (6. Mai 1828.)

§. 1. Das Verwaltungsrecht des Vaters ist nach den Bestimmungen des gemeinen Rechts zu beurtheilen und finden die über die Vormundschaften und Curatelen bestehenden Vorschriften keine Anwendung. — Einreichung des Inventars beim Distr. Ger. (S. 111.) [No. 13.] (6. Mai 1828.)

§. 2. Beschränkung der Bestimmung über die Dauer des Nießbrauchs (§. 4. der W. von 1754) als Modification des gemeinen Rechts auf die Worte des Gesetzes. (S. 111.) (No. 13.) (6. Mai 1828.)

§. 3. Im Fall ungetreuer Verwaltung und fundbarer Insufficienz des Vermögens, soll dem Vater die Verwaltung, mit Vorbehalt der Nießbrauchs-Rechte, entnommen werden. (S. 112.) [No. 13.] (6. Mai 1828.)

(Vergl. vormundschaftl. Ordn. der Stadt Helmstedt vom 9. April 1797 §. 3.)

Circul.-Resc. an sämtliche Gerichte der hiesigen Lande, mit Ausnahme des h. Kr. Ger. Lhedinghausen, die Competenzbestimmung derselben bei Requisitionen auswärtiger Gerichte betrff. (S. 19.) [No. 8.] (16. Septbr. 1829.)

Sie sind ohne Unterschied von den h. Distr. Ger. zu genügen, und in sofern solche etwa direct an die h. Kr. Aemter gelangen sollten, von diesen an Erstere abzugeben, wo es denn von den h. Distr. Ger. abhängen soll, den Requisitionen selbst, oder, den Umständen nach, durch Mandate an die h. Kr. Aemter Genüge zu leisten.

W. die Einsetzung eines Oberhofgerichts betrff. (S. 25.) [No. 7.] (20. März 1830.)

§. 1. Befegung des Oberhofgerichts und Verhältniß desselben zu den übrigen Gerichtsbehörden. (S. 25.) [No. 7.] (20. März 1830.)

§. 2. Jurisdiction desselben. (S. 26.) [No. 7.] (20. März 1830.)

- §. 3. Nähere Bestimmungen über die Competenz des Oberhofgerichts in Civilproceßsachen. (S. 27.) [No. 7.] (20. März 1830.)
- §. 4. Competenz desselben in Untersuchungssachen. (S. 29.) [No. 7.] (20. März 1830.)
- §. 5. Competenz in nichtstreitigen Angelegenheiten. (S. 31.) [No. 7.] (20. März 1830.)
- §. 6. Verfahren in Civil-Sachen. (S. 32.) [No. 7.] (20. März 1830.)
- §. 7. Rechtsmittel. (S. 33.) [No. 7.] (20. März 1830.)
- §. 8. Verfahren in Untersuchungssachen. (S. 35.) [No. 7.] (20. März 1830.)
- §. 9. Executionen. (S. 36.) [No. 7.] (20. März 1830.)
- §. 10. Gerichtsgebühren. (S. 37.) [No. 7.] (20. März 1830.)
- §. 11. Rechtsmittel bei Verfügungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit. (S. 37.) [No. 7.] (20. März 1830.)
- §. 12. Persönliches forum des bei dem Oberhofgerichte angestellten Personals. (S. 38.) [No. 7.] (20. März 1830.)
- §. 13. Allgemeine Bestimmungen. (S. 38.) [No. 7.] (20. März 1830.)

B. die Aufhebung der Verordn. vom 31. Decbr. 1813, die Eingangs- und Schluß-Formel der richterlichen Erkenntnisse betr. (S. 61.) [No. 9.] (22. April 1830.)

Declarat. der Verordn. vom 8. Decbr. 1825 und 22. Juni 1827 wegen Bestätigung der von Bauern eingegangenen Verträge betr. (S. 96.) [No. 10.] (8. Mai 1830.)

Diese Verordnungen gehen nur auf Bauergüter.

Circul.-Resc. an sämtliche h. Distr. Ger., St. Ger. und Kr. Aemter, das Subhastationsverfahren betr. (S. 135.) [No. 16.] (23. Aug. 1830.)
Den h. Kr. Aemtern und St. Ger., mit Ausnahme der Stadt Braunschweig, wird *vi perpetuae commissionis* auch bei nothwendigen Subhastationen das dabei erforderliche Verfahren, die Edictalladung und Ertheilung des Zuschlages, verbunden mit der Confirmation, so wie die Erlassung des Präclüsiobescheides, übertragen.

(Vergl. B. v. 10. April 1800 in Rüchendaß's Promtuar. S. 206.)

B. die Aufhebung des Oberhofgerichts betr. (S. 147.) [No. 21.] (25. Octbr. 1830.)

Die Verordn. vom 20. März 1830 wird aufgehoben.

B. die nähere Bestimmung des §. 6. der Verordn. v. 14. Juli 1825 über den Gerichtsstand des Personals der Distr. Ger. und Kr. Aemter, hinsichtlich der gerichtlichen Bestellung und Confirmation von Hypotheken betr. (S. 151.) [No. 22.] (27. Octbr. 1830.)

§. 1. Zuständigkeit des St. Ger. oder Kr. Amts nach §. 5. der Verordn. vom 14. Juli 1825, wenn für oder gegen Beamte oder Actuare auf ein in ihrem Kreise lie-

Justiz-Verfassung, Rescripte.

gendes Grundstück eine Hypothek bestellt wird. (S. 152.) [No. 22.] (27. Octbr. 1830.)

§. 2. Desgleichen wegen der Confirmation. (S. 152.) [No. 22.] (27. Octbr. 1830.)

§. 3. Der §. 1. der Verordn. vom 14. Juli 1825 hat in Braunschweig keine Anwendung. (S. 152.) [No. 22.] (27. Octbr. 1830.)

R e s c r i p t e.

1. Resc. v. 18. April 1816.

Da in Erfahrung gebracht ist, daß in Ansehung der Mortification der auf Inhaber lautenden Obligationen von Seiten der Gerichte in den hiesigen Landen nach sehr verschiedenen, zum Theil ganz unzulässigen Ansichten und Grundsätzen verfahren und auf die desfallsigen Anträge verfügt werde, und es daher dringend nöthig erachtet worden, den hieraus entstehenden nachtheiligen Folgen und Ungleichheiten in der Rechtspflege durch eine über diesen wichtigen Gegenstand mit Nächstem zu erlassende Verordn. abzuheben, so werden die f. Kr. Ger. vorläufig hierdurch angewiesen, das Verfahren in dergleichen etwa bei denselben vorkommenden Sachen bis zur Bekanntmachung der gedachten Verordn. gänzlich zu sistiren und insonderheit keine Edictal-Citationen, Präclusionen und Mortificirungen wegen solcher auf den Inhaber ausgestellter Schuldschreibungen zu erkennen.

Resc. f. G. R. E. v. 30. September 1816.

Da es den Umständen nach unbedenklich ist, daß die protokollarische Aufnahme einer, das Personal des f. Kr. Ger. B. betreffenden Handlung der freiwilligen Gerichtsbarkeit von einem dabei nicht interessirten Mitgliede des Kr. Ger. geschehe, so bleibt solches dem f. Kr. Ger. B. auf die in dem Verichte vom 9. d. M. dieferhalb gemachte Anfrage zur Nachachtung hiermit unverhalten.

Resc. f. R. E. v. 6. November 1817.

Durch ein höchstes Resc. vom 12. Octbr. 1817 ist verordnet worden: daß hinfüro in dem Fürstenthume Blankenburg bei Sterbefällen des Erbenzinnesmannes, statt des doppelten Erbenzinses außer dem vollen Betrage des currenten Erbenzinses in der Regel und wenn nicht ganz besondere Umstände eine weitere Ermäßigung erfordern sollten, nur noch zwei Drittheile desselben genommen werden sollen, welches zur künftigen Nachachtung in Betreff des dortigen f. Kr. Ger. hierdurch unverhalten bleibt.

Resc. f. G. R. E. an f. Schulden-Liquidations-Commission in Braunschweig v. 14. December 1817.

Es ist dem f. G. R. E. zugegangen, was f. Schulden-Liquidations-Commission unterm 19. August d. J. wegen der in mehreren einzelnen Fällen hinsichtlich des durch die Verordn. vom 13. Decbr. v. J. bestimmten Präclusiv-Termins zur Liquidation der das hiesige Landesschuldenwesen betreffenden westphälischen Staatspapiere entstandenen Zweifel einberichtet hat, und will f. G. R. E. den hierunter gemachten Anträgen gemäß hierdurch genehmigen, daß

1) so viel die in der Rechtsache M. wider A. von dem f. Kr. Ger. E. an das hiesige f. St. Ger. als forum competens eingesandten westphälischen Staatspapiere anlangt, dem gedachten f. St. Ger. gegen Herausgabe der westphälischen Obligationen Nr. 13,821., 6384. und 6385. die betreffenden ältern Verbriefungen um demnächst nach erfolgter Entscheidung des Rechtsstreites den rechtmäßigen Besitzer durch ein behufiges Document zu legitimiren, mit der gewöhnlichen die Forderung für richtig erkennenden Bemerkung zugestellt, in Ansehung der westphälischen Obligationen Nr. 6382. und 6383., 7075. und 7076. aber, welche von dem gedachten f. St. Ger. ebenfalls, jedoch nur gegen eine Empfangs = Bescheinigung an f. Schulden = Liquidations = Commission abzuliefern sind, bent Bestimmungen des §. 13. der Verordn. vom 19. Decbr. v. J. und dem Besichte gemäß verfare;

2) dem Advocaten L. auf dessen Eingabe, die den Hogrefeschen Kindern zu L. zugehörigen westphälischen Obligationen betr., die vorgeschlagene Bescheidung ertheilt werde;

3) in Ansehung der dem H. in E. zugehörig gewesen westphälischen Obligationen mutatis mutandis, wie ad 1. verfügt worden, verfahren und gegen Herausgabe dieser Papiere die betreffenden ältern Obligationen bis zur Entscheidung des darüber ewaltenden Processus bei f. L. Ger. niedergelegt werden;

4) der Halbspänner G. zu B. alsdann noch zur Liquidation der westphälischen Obligation Lit. 6. Nr. 10,213. zugelassen werde, wenn derselbe nachzuweisen vermag, die Mortification spätestens mit dem 30. Juni d. J. nachgesucht zu haben;

5) dem Kaufmann St. auf die Eingabe wegen der ihm abhanden gekommen westphälischen Obligationen die vorgeschlagene Bescheidung ertheilt, und endlich

6) die dem Kaufmann B. in E. zugehörigen westphälischen Obligationen betr., die königl. hannov. Liquidations = Commission um die Ausfertigung des die Stelle dieser vernichteten Verbriefungen vertretenden Documents ersucht werde.

F. Schulden = Liquidations = Commission hat also darnach das Weitere zu besorgen, insbesondere auch ad 1. und 3. mit dem hiesigen f. St. Ger. und dem f. L. Ger. das Weitere zu concertiren und wird übrigens, wie derselben bereits mittelst Resc. vom gestrigen Tage eröffnet worden, über das bei der Mortification der auf den Inhaber ausgestellten Schuldverschreibungen nächstens eine Verordn. erlassen werden.

Resc. f. R. E. v. 15. August 1819.

Da nicht selten der Fall eintritt, daß herrschaftl. Berg = und Hüttenleute zu solcher Zeit vor Gericht gefordert werden, wo deren Stelle ohne Nachtheil des Werks nicht sofort durch einen andern Arbeiter ersetzt werden kann, so hat f. Kr. Ger., damit solche Inconvenienzen möglichst vermieden werden, in vorkommenden Fällen künftig die betreffenden Berg = und Hütten = Officianten davon möglichst lange vorher in Kenntniß zu setzen, damit selbige für die temporelle Besorgung der jedesmaligen keinen Aufschub leidenden Geschäfte sorgen können. Als Ausnahme von dieser Vorschrift sind nur solche Fälle zu be-

trachten, wenn nach Maßgabe des etwa begangenen Vergehens, eine Entweichung der zu citirenden und resp. zu avertirenden Personen zu befürchten, also *periculum in mora* vorhanden ist.

L. Resc. v. 30. März 1821.

Die R., welche wegen Alimentation ihres mit dem abwesenden P. erzeugten Kins des bisher gegen dessen Curator einen Rechtsstreit geführt, hat das anliegende Gesuch und resp. über ihren Rechtsbeistand übergeben. Die Acten werden ersehen lassen, in wiefern die Beschwerde gegründet zu sein scheint, und es gehört zu des Gerichts aus der Rechtshängigkeit des Prozesses folgenden Befugnissen, den in Führung desselben seinen Pflichten nicht entsprechenden Advocaten dazu anzuhalten. Es wird daher dem Gerichte sothanes Gesuch zu dem Ende zugestimmt, damit nach Befinden der Lage der Sache mittelst Requisition einer Vernehmung des Advocaten, und daß eventualiter demselben, wenn ihm die angeschuldigte nachlässige Betreibung des Prozesses zur Last fällt, darüber constituiert und zur besseren Beobachtung seiner Pflichten angewiesen werde.

L. Resc. v. 2. Mai 1823.

Es ist aus einem Berichte des f. Consistorii ersehen, wie f. Ar. Ger. in einer Streitigkeit zwischen der Gemeinde NN. und der Pfarre zu NN. auf eine von ersterer gegen letztere angebrachte Klage, den verfassungsmäßigen Weg nicht beobachtet, sondern sogleich ein gerichtliches Verfahren eingeleitet hat, und dem f. Consistorio selbst die abgegebenen Decrete hat insinuiren lassen. Es hätte nun in Gemäßheit der Verordn. vom 28. Mai 1746 Nr. 2. und 3. (Frederdsdorfs Promptuar. Th. 2. S. 389.), anstatt auf die Klage sogleich ein prozeßualisches Verfahren einzuleiten, zuvor von Seiten der Kirchenvisitatoren versucht werden müssen, diese Angelegenheit im administrativen Wege mit Zuziehung des Predigers beizulegen, dem f. Consistorio aber zu dessen vorgängiger Verfügung davon Bericht erstattet, und erst dann, wenn auf solche Weise die Beilegung der Sache nicht zu erreichen gewesen wäre, nach geschehener Zustimmung der Gemeindeglieder zu dem Prozesse und, nachdem vom f. Consistorio ein Anwalt bestellet worden, die Klage diesem letztern, oder falls die Bestellung des Anwaltes noch nicht geschehen wäre, vorläufig dem Prediger, nicht aber dem f. Consistorio selbst, welches in Streitsachen gegen Kirchen und Pfarren nie als Parthei angesehen und behandelt werden kann, zur Einleitung der prozeßualischen Verhandlungen communicirt und darauf zugleich angemessene rechtliche Verfügung getroffen werden sollen.

Resc. f. G. R. C. v. 29. April 1824.

Da es erforderlich ist, daß sämtliche Gerichte nach Ablauf eines jeden Jahres binnen vier Wochen ein Verzeichniß der bei ihnen während desselben eingegangenen und an f. Leihhaus abgelieferten Depositengelder bei f. G. R. C. einreichen: so sind die f. Ar. Ger. von den Oberhauptleuten hiernach anzuweisen.

Resc. f. L. Ger. v. 3. September 1824.

Da es keinen Zweifel haben kann, gestalt die in den hiesigen Landen recipirten Ab-

vocaten, als welche für sämtliche Gerichte des Landes bestellt und bei jedem derselben aufzutreten berechtigt sind, vorzugsweise aber diejenigen, welche bei den f. Kr. Ger. die Advocatur-Praxis in solchen Sachen, wofür sie von ihren Partheien remuneriret werden, betreiben, auch verbunden sind, bei selbigen die Sachen armer Partheien unentgeltlich zu übernehmen, und daß die f. Kr. Ger. unmittelbar selbige besagten Partheien als Official-Anwälde beizugeben befugt sind, ohne daß es dazu der Concurrenz f. L. Ger. bedürfe, in eben der Maße, wie dieselben in den Untersuchungssachen die Defensores selbst auswählen und bestellen; dabei auch hinsichtlich des zu beobachtenden Wechsels und daß nicht einer derselben herbeigezogen werde, die f. Kr. Ger. nur ihre eigenen Beauftragungen zu berücksichtigen haben, ohne die, einem Anwalde etwa von anderen Gerichten ertheilten gleichen Aufträge in Betracht zu ziehen: so bleibt denn f. Kr. Ger. die Zuordnung eines Official-Anwaldes für den Imploranten lediglich überlassen.

Resc. f. S. R. C. v. 19. Januar 1826.

In dem Berichte vom 13. v. M. hat f. Distr. Ger. zu H. darauf angetragen, daß selbiges durch eine besondere Verfügung autorisirt werden möchte, den Kr. Aemtern in allen dazu geeigneten Fällen die Abhaltung der Subhastations-Termine aufzutragen. Wie jedoch schon in der Verordn. vom 26. März 1823 S. 6. den Distr. Ger. gestattet ist, den Kr. Aemtern in den Fällen, wo es den Partheien im Allgemeinen und namentlich der mindern Kosten wegen zur Erleichterung gereicht, also auch alsdann, wenn dadurch der Vortheil der Betheiligten bezweckt und befördert wird, behüßigen Auftrag zu ertheilen, so bedarf es der in Antrag gebrachten besondern Autorisation nicht, und bleibt es dem pflichtmäßigen Ermessen des f. Distr. Ger. überlassen, ob und wenn eher es den Kr. Aemtern dergleichen Subhastationen zu committiren für kathsam und angemessen halte. Besonders wird aber hierbei zu berücksichtigen sein, daß bei Subhastationen der Grundstücke von höhern Werthe, wozu Kaufstüce auch aus entfernten Orten sich einzufinden pflegen, bei deren größern Entlegenheit kein wesentlicher Vortheil aus der Committirung zu erwarten stehe und selbige daher in der Regel nur bei geringern Immobilien, kleinen Höfen und Häusern, einzelnen Ackerstücken u. s. w. in sofern nicht die Umstände in einzelnen Fällen auch bei jenen ein Gleiches anrathen, zulässig sein werde, und erscheint zwar übrigens der Vorschlag des f. Distr. Ger. die Subhastationen alsdann, wenn das Grundstück einem Kr. Amte näher als dem erstern gelegen ist, dem Kr. Amte zu committiren, im Allgemeinen am angemessensten; da indeß die Beauftragung auch in andern Hinsichten, als wegen der geringern Entfernung des Kr. Amtes, Vortheil herbeiführen kann, so wird dieselbe in vorkommenden Fällen solcher Art ebenfalls Statt haben müssen.

Resc. h. L. Ger. v. 2. Mai 1826.

Auf den erstatteten Bericht wird erwiedert: daß die Entseigelungen so wenig den f. St. Ger. und Kr. Aemtern als den f. Distr. Ger. allein zustehen können, und zwar den erstern ausschließlich nicht, weil weder die Versiegelungen noch die Entseigelungen zu den Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit gehören, vielmehr die Versiegelungen den

St. Ger. und Kr. Aemtern als eine besondere Attribution beigelegt sind, ohne dabei der Entsiegelungen zu erwähnen, jenes aber unstreitig deshalb geschehen ist, weil die Versiegelungen nicht selten Eile erfordern, mithin durch die meistens näheren Kr. Aemter schleuniger besorgt werden können, als von den entfernteren Distr. Ger., welche Eile bei den Entsiegelungen nicht statt findet, mithin von jenen auf diese nicht geschlossen werden kann; ferner auch der für die ausschließliche Befugniß der St. Ger. und Kr. Aemter zu den Entsiegelungen angeführte Grund, daß die Abnahme der von denselben angelegten Siegel auch nur von ihnen geschehen dürfe, auf die Distr. Ger. nicht paßt, indem diese als mit jenen in Verbindung stehende Behörden zu betrachten sind, da die Kr. Aemter als Deputierte der Distr. Ger. angesehen werden sollen; den Distr. Ger. aber ebenfalls ausschließlich nicht, weil in vielen Fällen diese durchaus keine Veranlassung haben, die Entsiegelung zu verfügen, insbesondere bei Vormundschaften, wenn nach der von den St. Ger. und Kr. Aemtern selbst zu besorgenden Bestellung der Vormünder und zur Aufnahme des Inventars, die diesen Gerichten gleichfalls zusteht, geschritten wird, als zu welchem Ende die Entsiegelung nothwendig geschehen muß, jedoch kein Grund vorhanden ist, weshalb solche zuvor von dem Distr. Ger. angeordnet werden müßte, wodurch vielmehr nur unnöthige Weitläufigkeiten entstehen würden.

Wie folchemnach keines der beiden Gerichte sich die Befugniß zu den Entsiegelungen mit Ausschluß des andern aneignen kann, so wird dieselbe lediglich nach den Umständen und deren Zwecke beurtheilt werden müssen, mithin den Distr. Ger. in allen den Fällen zustehn, wo diese Entsiegelung oder solche Handlungen, behuf deren dieselbe erforderlich wird, von selbigen zu verfügen sind, dagegen aber die St. Ger. und Kr. Aemter dazu gleichfalls befugt sein, wenn der Zweck der Entsiegelung in deren Competenz gehört.

Da jedoch die St. Ger. und Kr. Aemter auf die Sicherheit der unter Siegel genommenen Gegenstände und die Unverletzlichkeit der Siegel zu achten, verbunden sind, mithin davon in Kenntniß gesetzt werden müssen, wenn ihre Siegel durch eine andere Behörde abgenommen werden; so versteht es sich von selbst, daß die Distr. Ger., die St. Ger. und Kr. Aemter von solchen Entsiegelungen jedesmal, sofort zu benachrichtigen verbunden sind.

Diese Bestimmung ergibt sich aus den vorhandenen gesetzlichen Vorschriften und der Natur der Sache.

Resc. f. G. R. C. v. 8. Mai 1826.

Es wird dem f. Distr. Ger. hiermit unverhalten, daß die Kr. Aemter den Distr. Ger. die über die Bestellung der Vormünder aufgenommenen Protokolle allerdings mitzutheilen haben, solches jedoch nicht im Originale, sondern in einer beglaubigten Abschrift geschehen müsse und diese der monatlichen Uebersicht der bestellten Vormundschaften beizufügen sei, die Ausfertigung der Tutorien aber den Kr. Aemtern zustehe.

Resc.

Resc. f. L. Ger. v. 5. Juni 1826.

Durch das in Sachen des f. Kammer-Anwaltes wider die Gemeinde Cattenstedt an das vormalige Kr. Ger. B. unterm 17. August 1824 erlassene Resc., wurde diesem Gerichte aufgegeben, künftig den in vim publicati abzugebenden Bescheiden den Tag der Abgabe hinzuzufügen. Das f. Kr. Ger. hat hierauf in einem Berichte vom 29. März v. J. den Wunsch ausgedrückt, die von ihm bisher beobachtete Form der in vim publicati zugefertigten Bescheide auch ferner beibehalten zu dürfen. Wie jedoch ein zureichender Grund dafür nicht angeführt und nicht anzuführen ist, es vielmehr, um etwaigen Versäumnis bei der Expedition und Insinuation solcher Bescheide wahrnehmen und constatiren zu können, selbst nützlich ist, daß dergleichen Bescheiden das Datum der Abgabe hinzugefügt werde, dieses auch der von sämtlichen übrigen Gerichten hiesiger Lande beobachteten Form gemäß ist, so hat f. Distr. Ger. B. künftig den in vim publicati abzugebenden Bescheiden das Datum der Abgabe beizufügen, und daß solches auch von den Kr. Aemtern im dortigen Districte geschehe, zu veranlassen.

L. Resc. v. 30. Juni 1826.

Da die Verfügungen des f. Consistorii, worauf der R. seine Litisdenuciation gegen dasselbe gründet, von gedachtem Collegio vermöge der ihm zustehenden Oberaufsicht über das Kirchenwesen, als einer administrativen Behörde, getroffen sind, so kann solcherhalb ein gerichtlicher Anspruch gegen dasselbe nicht gemacht werden und ist daher die Requisition des Distr. Ger. wegen Insinuation eines Decrets an das f. Consistorium von dem Distr. Ger. in Wolfenbüttel auch ferner abzulehnen.

Resc. h. L. Ger. v. 13. November 1826.

Durch ein höchstes Resc. vom 31. v. M. ist h. L. Ger. angewiesen, hinsichtlich der zwischen dem h. Distr. Ger. zu Braunschweig und den dasigen h. St. Ger. über deren Competenz-Verhältnisse entstandenen, dem h. G. R. C. zur Entscheidung beiderseitig vorgetragenen Differenzen, nach Maßgabe des darüber erforderten und erstatteten gutachtlichen Berichts dieselben folgendermaßen zu bescheiden.

I. die Testamente betr.:

Da den h. St. Ger. durch die höchste Verordn. vom 20. Decbr. v. J. die Annahme, Publication und Aufbewahrung der Testamente wiederholt ausdrücklich zugewiesen worden, daraus aber nothwendig folgt, daß die St. Ger. auch in den Besitz aller dazu aus den Zeiten der früher bestandenen Gerichte gehörigen und darüber geführten Listen, Register und Verzeichnisse und aller etwanigen sonstigen Urkunden, welche auf die Testamente Bezug haben, auch der bei den Gerichten annoch vorhandenen Originale gesetzt werden müssen; diesem zufolge auch das h. Distr. Ger. sich bereit erklärt hat, dasjenige Buch, in welches bei dem vormaligen Stadtmagistrate die eröffneten Testamente abschriftlich eingetragen worden, an die St. Ger. auszuhandigen, hierzu auch die von den ehemaligen westphälischen Cantons-Notarien der Stadt Braunschweig eingelieferten Register, theils wegen der darin befindlichen Testamente, theils weil dieselben überhaupt Urkunden

über Gegenstände der freiwilligen Gerichtsbarkeit enthalten, gehören: so hat das h. Distr. Ger. nicht nur das vorbemerkte, die Abschriften der Testamente enthaltene Buch, sondern auch dessen sämtliche in der Registratur sich befindende sonstige, die Testamente betreffende Verzeichnisse, Register und Urkunden, insbesondere die bei demselben zurückbehaltenen Original = Testamente, desgleichen die Register der ehemaligen westphälischen Cantons = Notarien an die h. St. Ger. auszuliefern, diese aber haben die Original = Testamente jedesmal zu aßerviren und nicht, wie ehemals geschehen, nach genommener Abschrift an die Erben zurückzugeben, sind auch nicht etwa verbunden, die Original = Testamente, nach erfolgter Publication an das Distr. Ger. auszuliefern, wie es nach dessen Intention dahin gehe, aus der zum Behuf zu ertheilender Attestate aus selbigen prätenbirten Zurückbehaltung der bereits publicirten Testamente und der behaupteten ausschließlichen Befugniß, aus den Testamenten überhaupt Attestate zu ertheilen, welche ohne den Besitz derselben nicht geschehen kann, fast den Anschein hat; woraus sich denn von selbst ergibt, daß solche Attestate, in sofern sie bloß Abschriften der Testamente, oder Extracte daraus, oder auch Atteste über den Inhalt, die äußere Form und Beschaffenheit, so wie deren Befolgung enthalten und betreffen, die St. Ger., falls aber selbige die Frage, ob ein Testament angefochten, ob es annullirt oder bei Kräften geblieben sei u. s. w. zum Gegenstande haben, das Distr. Ger. auszustellen ausdrücklich befugt seien, nach dem bekannten Grundsatz, daß jedes Gericht nur dasjenige, was aus ihm vorliegenden Acten und Urkunden und auch nur so weit, als solches sich daraus ergibt, alteriren könne.

II. Die Versiegelungen und Inventuren anlangend:

Da die höchste Verordn. vom 26. März 1823 die, St. Ger. und Kr. Aemter zur Sicherung der Massen durch Anlegung der Siegel bei Todesfällen oder bei dem Ausbruche eines Concurſes für verpflichtet und befugt erklärt, den Distr. Ger. aber in dieser Hinsicht überall keine Attributionen beilegt, mithin die Ausübung des Acts der Versiegelung den St. Ger. ausschließlich zusteht; dadurch inzwischen die allgemeine Fürsorge des Distr. Ger. und damit selbst die Anordnung einer Versiegelung von Seiten desselben nicht ausgeschlossen ist; und auch die Eile, welche die Vollziehung derselben zu Zeiten erfordern kann, auf die Competenz um so weniger einwirken mag, als in den Orten, wo St. Ger. oder ein Kr. Amt mit dem Distr. Ger. zusammen befindlich sind, die Anforderung der letzteren zu Vollziehung des Acts keinen Aufenthalt machen kann, bei getrennten Orten hingegen das Zeiterforderniß dasselbe bleibt, bei Versiegelungen zum Behuf eines Concurſes jedoch die höchste Vorsicht nöthig ist, damit durch eine zu frühzeitige Handlung nicht ein noch abwendlicher Concurſ und hinterher nicht einzubessernde Nachtheile und Verlegenheiten herbei geführt werden, zumal durch die Versiegelung gewöhnlich der formelle Concurſ eröffnet wird, welche Eröffnung zu erkennen und zu verſägen gleich wol den Distr. Ger. ausschließlich zusteht: so gehört zwar die Vollziehung der Versiegelungen in der Regel zu der ausschließlichen Competenz der St. Ger.; inzwischen ist das h. Distr. Ger. solche anzuordnen und dem St. Ger. aufzutragen befugt, wobei

es sich von selbst versteht, daß, in sofern unter ganz besondern Umständen eine von dem Distr. Ger. nöthig gefundene Versiegelung eine außerordentliche Eile erfordern sollte, so wie auch in Criminalfällen dieselbe, in Rücksicht der Verhältnisse des Distr. Ger. zu den St. Ger., in einem solchen außerordentlichen Falle auch unmittelbar durch das Distr. Ger. nicht unzulässig sei; bei ausbrechenden Concursen aber haben nach specieller Vorschrift des höchsten Resc. die St. Ger. nicht anders damit vorzuschreiten, als wenn zuvor der Local-Beamte darüber im versammelten Distr. Ger. Vortrag gemacht und von dem letztern die fragliche Maßregel beschlossen worden; dagegen steht das Recht zu den Inventar-Aufnahmen und den damit gewöhnlich verbundenen Entseigelungen, theils den Distr. Ger., theils den Kr. Aemtern zu, je nachdem die Veranlassung behuf dessen dieselben geschehen, zu der streitigen oder nicht streitigen Gerichtsbarkeit zu referiren ist, indem was die Entseigelungen betrifft, die Versiegelungen den Kr. Aemtern nur als Maßregel zur Sicherung der Massen, mithin beschränkt und nicht mit allen etwanigen Folgen verliehen ist, die Befugniß der Kr. Aemter also, sobald jener Zweck erreicht worden, aufhört, die Entseigelungen auch in der Regel keine Eile erfordern und der Grund, daß nur dasjenige Gericht, welches die Siegel angelegt hat, selbige abnehmen dürfe, bei dem Verhältnisse des Distr. Ger. zu den Kr. Aemtern nicht unbedingte Anwendung findet; die Inventuren aber und das Recht dazu den St. Ger. und Kr. Aemtern nur bei den Vormundschaften beigelegt worden, solchem nach in den übrigen Fällen es eben so wie bei den Entseigelungen auf die Veranlassung und welcher Gerichtsbarkeit diese zufällt, ankömmt; daher denn dem Distr. Ger. die Inventar-Aufnahme und des Behufs auch die Entseigelung bei Concursen, streitigen Erbschaftsfällen, vacanten Erbschaften und dergl., den St. Ger. hingegen behuf der Vormundschaften und wenn die Aufnahme des Inventars als Act der freiwilligen Gerichtsbarkeit bei ihnen nachgesucht wird, wohin insbesondere die zum Zwecke der Antretung der Erbschaften mit der Rechtswolthat des Inventars zu rechnen ist, zusteht, jedoch bei Entseigelungen, welche das Distr. Ger. vornehmen läßt, die St. Ger. davon sofort zu benachrichtigen sind.

III. In Betreff der Bestellung der Vormünder und Curatoren, in Ansehung welcher die St. Ger. darüber, daß das Distr. Ger. selbst solche bestelle, dieses aber, daß von den St. Ger. die Vorschlagung von Personen zu Vormündern gänzlich unterlassen sei, wozu letztere in Beziehung auf J. S. Nr. 8. der höchsten Verordn. vom 26. März 1823 die Einrichtung des Justizwesens betr. sich nicht verbunden achten, Beschwerden geführt haben, sind die h. St. Ger. zur Vorschlagung der Vormünder behuf der Auswahl des Distr. Ger. ohne Ausnahme verbunden, indem jene gesetzliche Verfügung, daß die Kr. Aemter befugt sein, für die Kinder von Reihewohnern u. auf dem platten Lande die Vormundschaften sofort und ohne Auswahl der Vormünder von Seiten der Distr. Ger. anzuordnen, nur eine Ausnahme enthält und als solche vielmehr die obneben mit obliq. Bestimmtheit ausgesprochene Regel bestätigt, daß in allen übrigen Fällen und besonders in den Städten die St. Ger. mit der Bestellung der Vormünder nicht

Justiz-Verfassung, Rescripte.

anders, als nach dem sie zuvor bei dem Distr. Ger. da zu qualificirte Personen in Vorschlag gebracht haben, verfahren dürfen, welches auch durch das von dem h. L. Ger., zufolge höchster Erklärung unterm 26. Jan. d. J. an die Ger. erlassene Resc., nach welchem in den Städten nicht etwa eine gleiche Ausnahme für die geringere Classe der Bürger und Einwohner Statt finden soll, besträt ist; dagegen die anderweitige Bestellung der Vormünder bei dem Abgange der früheren von deren ersten Bestellung nicht verschieden ist und nicht dem Distr. Ger., sondern gleich dieser den St. Ger. zugehört; auch bei ausbleibenden Vorschlägen der St. Ger. diese höchstens nur des Rechts dazu verlustig zu erklären und dieselben von dem Distr. Ger. selbst ausgewählte Vormünder zu bestellen, anzuweisen gewesen wären; und haben daher künftig die h. St. Ger. vorschriftsmäßig bei dem Distr. Ger. zu den Vormundschaftsacten geeignete Personen in Vorschlag zu bringen und diese nur nach vorgängiger Auswahl zu bestellen, das h. Distr. Ger. aber bei Sterbe- und sonstigen Abgangsfällen der Vormünder deren anderweitige Bestellung auf gleiche Weise den St. Ger. zu überlassen; diese jedoch sich bei Bestellung der Curatoren auf die persönlichen Curatelen, als welche allein ihnen in dem §. 8. Nr. 8. der angezogenen höchsten Verordn. zugewiesen worden, zu beschränken, wogegen die Anordnung der Curatelen für die Massen, mithin die Bestellung der Concurſ- Curatoren, vacanten Erbschaften u. s. w. dem h. Distr. Ger. ausschließlich verbleibt.

IV. Die Ertheilung von Lebens-Attestaten, Beglaubigung von Unterschriften und dergleichen Documente betrff.,

so gehören jene beide offenbar der freiwilligen Gerichtsbarkeit, und folglich auch den St. Ger. ausschließlich zu, indem deshalb, weil dem h. Distr. Ger. zu Braunschweig einzelne Acte derselben aus besondern Rücksichten ausnahmsweise verblieben sind, dasselbe davon keinen Grund hernehmen kann, sich bei den Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit im Allgemeinen eine Concurrenz mit den St. Ger. anzueignen. Im Uebrigen aber versteht es sich von selbst, daß diejenigen Attestate, welche auf den Grund von Verhandlungen und Acten ertheilt werden, nur von demjenigen Gerichte erfolgen können, bei welchem solche verhandelt sind und dem diese vorliegen.

V. Und da endlich Verpachtungen und Subhastationen auf freiwilligen Antrag der Interessenten dem h. Distr. Ger. wegen ermangelnder Competenz und daraus entspringender Nichtigkeit der Handlung nicht zustehn: so hat dasselbe sich der Ausübung solcher ihm nicht gebührenden Acte künftig zu enthalten und solche den competenten h. St. Ger. lediglich zu überlassen.

Resc. h. L. Ger. v. 13. März 1827.

Es hat bei Seren. der Gutbesitzer N. durch seinen Mandatar um höchste Declaration des §. 8. der Verordn. vom 26. März 1823 die Einrichtung des Justizwesens betrff., in der Beziehung gebeten, daß er in einer, den jüngsten Besitz betreffenden Streitsache mit der Supplication, die von ihm gegen das auf eine von Finanz-Regen wider das Erkenntniß des Kr. Amts erhobene Vorstellung vom Distr. Ger. abgegebene abkom-

bernde Erkenntniß eingelegt worden, nicht zugelassen werden wollen; und solche vom Distr. Ger. für unstatthaft erklärt, insbesondere die höchste Verordn. vom 13. Julius 1820 auf den gegenwärtigen Fall für unanwendbar gehalten sei. Wie nun durch ein höchstes Resc. vom 2. d. M. entschieden ist, daß gegen Urtheile, welche auf die wider Erkenntnisse der St. Ger. und Kr. Kammer erhobene Vorstellung der Supplicationen erfolgen, in dem Falle, wenn solche abändernd sind, annoch von Seiten des Supplicanten gleichfalls eine Vorstellung oder Supplication Statt habe, und die Verordn. vom 13. Juli 1820 darauf allerdings Anwendung finde, indem der Grund derselben die gegenseitige Gleichheit der Rechte und Billigkeit, auch hier zutrefte, das Rechtsmittel der Vorstellung in der gedachten höchsten Verordn. mit dem der Supplication, als ein von einem deputato des Distr. Ger. abgegebenes Erkenntniß gerichtet, gleichbedeutend genommen, die Verschiedenheit des Ausdrucks aber nur auf die Gerichte, bei welchen die Rechtsmittel gebraucht werden, Beziehung habe, und die neue Anordnung der Gerichte, welche in diesem Stücke ganz in dem Verhältnisse der älteren geblieben, darunter keinen Unterschied machen könne; auch selbst dann, wenn sothaner Vorstellung die Natur der Appellation, wie jedoch nicht der Fall sei, beigelegt werden dürfe, dadurch die Supplication nicht ausgeschlossen werde; überhaupt diese Supplication von Seiten desjenigen, welcher sich derselben vorher zu bedienen noch nicht Veranlassung gehabt, eine verbotene supplicatio supplicationis nicht genannt werden möge; endlich bei der Klarheit der Sache es zu solchem Ende einer höchsten Declaration nicht bedürfe: so wird solches hierdurch zu erkennen gegeben und dem Distr. Ger. die Auflage gemacht, den Supplicanten mit dem Rechtsmittel annoch zuzulassen.

Resc. h. L. Ger. v. 10. April 1827.

Von dem h. St. Ger. B. ist allhier beschwerend angezeigt worden, daß in der bei demselben rechtshängig gewesenen Klagsache der Wittwe des Fleischermeisters E. wider die Wittve des Kellerknechts S. für sich und als Vormünderin ihrer Kinder, wegen rückständiger Hypothekcapitals-Zinsen zu 20 Thlr., in welcher das St. Ger., nach fruchtlos ertheilter Auflage zu deren Bezahlung, der Klage und dem fernern Antrage der Klägerin gemäß, auf Subhastation des verhypothecirten Hauses erkannt gehabt habe, von dem Distr. Ger. solche Subhastation wiederum aufgehoben sei, wozu als Grund in einem an das h. St. Ger. unterm 6. v. M. erlassenen Schreiben, die zu solcher Subhastation er-mangelnde Competenz desselben angegeben worden, und da das St. Ger. sich dadurch in seiner Zuständigkeit gekränkt erachtet, hat dasselbe unter Einsiglerung des gedachten Schreibens die Entscheidung dieser Competenz-Streitigkeit des h. L. Ger. in Anspruch genommen. Bei der in diesem Schreiben enthaltenen Aufstellung der Gründe, wodurch h. L. Ger. sich zur Beurtheilung der Sache hinlänglich im Stande befinde, ist es nicht erforderlich gehalten; außerdem Berichtigung zu erfordern, kann aber diese Gründe unter der nicht unbedeutenden Voraussetzung abzuweisen der ertheilten Entscheidung die Hypothek wegen der

Zinsen auch mit bestellt sei, auf keine Weise zur Bestreitung der Competenz des St. Ger. behuf Erkennung der Subhastation geeignet finden, obwohl h. L. Ger. gern darin einverstanden ist, daß das St. Ger. wohlgethan haben würde, sowol überhaupt in Rücksicht der Geringfügigkeit der ausgeklagten Summe, als wegen der als Schuldner dabei interessirten minderjährigen Personen, die Klägerin von der Absetzung der Subhastation und zur Zufriedenstellung mit der Mobilien-Execution zu disponiren, zu der Subhastation aber nur erst dann, wenn kein anderes Executions-Object vorhanden gewesen sein sollte, oder die Klägerin schlechterdings auf ihr Recht bestanden hätte, vorzuschreiten.

In sofern dagegen im Allgemeinen die Competenz des h. St. Ger. zu dieser Subhastation in Betracht kommt, sind die gegen dieselbe angeführten Gründe keinesweges zulänglich. Denn

1) Die höchste Verordn. vom 26. März 1823 macht hinsichtlich der Competenz der St. Ger. in Civilsachen bis zu 20 Thlr. keinen Unterschied zwischen Real- und bloßen Personal-Klagen. Es hören mithin auch jene vor die St. Ger.

2) Die hypothekarische Klage ist gerade auf Angreifung des verpfändeten Grundstücks gerichtet, hat mithin den Verkauf desselben im Nichtzahlungsfalle zur nothwendigen Folge.

3) In dem Rechte zur Annahme und Entscheidung einer Klage ist offenbar die Gestattung der Mittel zur Vollstreckung des Erkenntnisses enthalten, folglich auch der Subhastation bei darauf hinführenden Klagen.

4) Es ist hierunter bei der Competenz-Bestimmung der St. Ger. keine Beschränkung gemacht und findet sich nirgends, daß dieselben die Vollziehung der Erkenntnisse nur allein auf Mobilien zu erstrecken befugt, bei Immobilien hingegen solche dem Distr. Ger. zu überlassen verpflichtet sein sollten.

5) Das Distr. Ger. konnte zu der qu. Subhastation nicht competent werden, indem demselben die Subhastationen als solche ausschließlich nicht, sondern nur in Folge seiner contentiösen Gerichtsbarkeit, hinsichtlich der zu selbiger gelangten Sachen zustehen, mithin dasselbe eine Subhastation, die die Folge einer einem andern Gerichte zuständigen Klage ist, nicht an sich ziehen kann. Es ist mithin auch kein Grund vorhanden, weshalb etwa die St. Ger. die Subhastation bloß erkennen, die Realisirung derselben aber dem Distr. Ger. zu überlassen sein sollten.

6) Die dem h. Distr. Ger. ausschließlich vorbehaltenen Verlassung der dortigen Grundstücke ist ein von der Subhastation verschiedener Act und begreift diese nicht in sich.

7) Die gerügte Abcitation der Realgläubiger zu dem Subhastationstermine ist keine Edictal-Citation, sondern bloß eine Vorladung zu Wahrnehmung ihrer Befugniß bei der Licitation nach Vorschrift der Untergerichtsordnung Cap. XVI. §. 7.

8) Dem St. Ger. steht eine ähnliche Bestimmung der gerügten Untergerichtsordnung ibidem §. 4. zur Seite, nach welcher vornämlich auch das Untergericht, abgesehen

dessen Competenz auf 100 Thlr. beschränkt war, in Folge der bei ihm angebrachten Real-Klagen, Subhastationen ohne Rücksicht auf den Werth des Grundstücks erkennen durfte.

9) Was bei Gegenständen über 20 Thlr. Rechtsens sein könnte, kommt hier nicht in Betracht, indem es nur auf den klagbar gemachten Betrag, nicht aber auf den des Executions-Object's ankommt und nur darnach die Competenz sich bestimmt, eine Verschiedenheit derselben in Ansehung der Klage und der Erkenntniß-Vollstreckung aber nicht Statt findet, weshalb denn auch

10) eben so wenig für die vereinigten St. Ger. eine Competenz würde begründet werden können, welche zur Annahme von Klagen über Gegenstände bis zu 20 Thlr. gleichfalls nicht befugt sind, und in Ansehung deren eben dieselben Gründe Statt finden würden, welche das vorstehende hinsichtlich des h. Distr. Ger. enthält.

H. Distr. Ger. hat daher künftig die dortigen St. Ger. in dieser ihnen zustehenden Competenz nicht weiter zu beschränken, jedoch bleibt es demselben überlassen, dieselben dahin zu admoniren, daß sie bei geringfügigen Klagen wegen Zinsen von Hypothekcapitalien auf Subhastation des verpfändeten Grundstücks nicht anders erkennen, als wenn darauf ausdrücklich angetragen worden, und sie zuvor möglichst bemühet gewesen sind, die klagende Parthei zum Abstande von selbigen und zum Versuche einer Vertreibung aus dem Mobilien-Vermögen, in sofern solches in geeignetem Maße zulänglich vorhanden ist, zu disponiren.

Resc. h. L. Ger. v. 25. Mai 1827.

Auf Veranlassung einer bei höchster Landesregierung über das in hiesigen h. Landen bestehende Verfahren bei Particular-Concurse, insbesondere auch, ob und in welcher Maße ausländische Gläubiger als Liquidanten dabei zugelassen werden, von einer auswärtigen Gesandtschaft gesuchten Benachrichtigung ist in einem solcherhalb erforderlichen Berichte des letzteren Gegenstandes wegen in Rücksicht der Concurse überhaupt auf den 64ten Artikel der Wechselordnung, nach welchem Fremde bei Fallitanten und daher entstehenden Concursen mit den hiesigen Unterthanen sich gleiches Rechts zu erfreuen haben sollen, daferne nur von ihrer Landesobrigkeit den hiesigen Unterthanen die Parität gegönnt wird, Bezug genommen und daraus gefolgert, daß die Concursgerichte von den auswärtigen Liquidanten, in sofern ihnen die Gestattung gleicher Rechte für hiesige Unterthanen in dem Lande des auswärtigen Gläubigers nicht schon hinlänglich bekannt sei, sofort und ohne erst dieserwegen von Seiten der Mitgläubiger eine Einrede und Antrag zu erwarten, eine derfallsige Nachweisung aufzugeben haben würden; in dem Falle aber, wenn diese Nachweisung vielleicht nicht hinlänglich beschafft werden könnte und zweifelhaft bliebe, von den hiesigen Concursgerichten höchsten Orts anzufragen sein dürfte, um unmittelbare Communication der höchsten Landesregierungen über das bisher Beobachtete zu Vermeidung von Differenzen zu veranlassen. In einem hierauf erfolgten höchsten Resc. v. 8. Mai 1827 ist nun die Ansicht des h. L. Ger. über diesen letztern Gegenstand des Berichts, das Verfahren der hiesigen Concursgerichte in dem Falle, wenn denselben nicht mit Gewißheit be-

kannt ist, ob in dem betreffenden Auslande den hiesigen Unterthanen gleiche Rechte mit den inländischen Liquidanten zu Statten kommen, genehmigend hervorgehoben, und in dieser Hinsicht bei entstehenden Concursen leicht sich Fälle ereignen können, wo den Gerichten eine bestimmte Vorschrift über ihr Verhalten wünschenswerth sein möchte, so wird solches hierdurch bekannt gemacht.

Post Script. I. des h. L. Ger. v. 21. Juni 1827 ad acta P—sche Vormundschaft betr. und namentlich J. S. P. und Conf. wider den ehemaligen Vormund II.

Es wird gewärtiget, daß das Distr. Ger. bemüht sein werde, so weit es die Befugnisse des Concursrichters zulassen, zu verhindern, daß die Masse durch vermeidliche Kosten beeinträchtigt werde.

In dieser Hinsicht ist nach dem im hiesigen Lande längst bestehenden Gerichtsgebrauche namentlich zu verfügen, daß von dem Contradictor wider sämtliche Liquidanten nur in einer denselben durch ein Circulardecret mitzutheilenden Schrift excipiendo gehandelt werde, worauf sofort das Prioritätsurtheil abzugeben und in diesem wegen der in facto oder jure noch nicht aufgeklärten Posten nur in soweit ein ferneres und ein Separatverfahren anzuordnen ist, als solche Posten der Wahrscheinlichkeit nach zur Hebung gelangen dürften.

Post Script. II. des h. L. Ger. v. 21. Juni 1827 in derselben Sache.

Eine kurze Registratur des Amtsvoigts über die geschehene Zufertigung oder Vorzeigung eines Decrets genügt. Es ist daher, um unnütze Copialien zu vermeiden, bei ähnlichen Fällen auch hierauf Rücksicht zu nehmen.

Resc. h. L. Ger. v. 1. Juli 1827
das Armenrecht betr. s. Art. Gerichts-Sporteln.

Resc. h. St. M. v. 12. Juli 1827.

Mit Bezugnahme auf den vom h. L. Ger. unter dem 26. Febr. d. J. erstatteten Bericht wird dasselbe hierdurch zur Feststellung des *fori continentiae causarum ex identitate* authorisirt, sowol in den zur Sprache gebrachten als in ähnlichen Fällen dasjenige h. Distr. Ger. vor welchem die unter verschiedenen Distr. Ger. domicilirten Beklagten in einem und demselben Proceß Recht zu geben und zu nehmen schuldig, jedesmal zu bestimmen, auch rücksichtlich dieser Bestimmung zu seiner Legitimation sich auf das gegenwärtige Resc. zu beziehen.

Resc. h. St. M. v. 21. September 1827.

Da, ungeachtet in der Regel die Klagen in *puncto stupri et satisfactionis* nicht zur Competenz der combinirten h. St. Ger. gehören werden, weil der gesammte Rechtsanspruch der bis zum vollendeten 14ten Jahre zu alimentirenden Kinder das Streitobject bildet, dennoch zur Geschäfts erleichterung des h. Distr. Ger. beschloffen ist, die Cognition und Entscheidung in diesen Rechtsfachen ausnahmsweise *ad vi commissionis* den

den gedachten combinirten St. Ger. zu übertragen, so bleibt solches dem h. Distr. Ger. auf den Bericht vom 14. d. M. zur Nachricht und Nachachtung hiermit unverhalten.

Resc. h. St. M. v. 22. September 1827.

Dem h. Distr. Ger. wird auf den Bericht vom 14. d. M. hiermit unverhalten, wie es als Folge der Rechtsanalogie einleuchtend sei, daß die in der Verordn. vom 9. v. M. enthaltenen Competenz-Bestimmungen rücksichtlich der Widerklagen auch auf die braunschweigischen combinirten St. Ger. angewandt werden müssen und denselben nicht die Befugniß zustehe, in der Widerklage, wenn deren Object die Summe von 100 Thlr. überschreitet, ein Erkenntniß auszusprechen und es also einer Declaration der gedachten Verordn. überall nicht bedürfe. Was ferner den Antrag, daß bei enthobener Rechtskraft der von den combinirten St. Ger. ausgesprochenen Erkenntnisse, in der Supplications-Instanz unter den St. Ger.-Assessoren ein Referentwechsel Statt finden, die Relation in pleno des Distr. Ger. abgestattet und sodann nach Mehrheit der Stimmen die vorgelegene Sache entschieden werden möge, anbetrifft, so steht demselben nicht zu willfahren, weil es zweckmäßiger erscheint, diejenigen Mitglieder des Gerichts, welche in der ersten Instanz an der Relation Theil genommen haben, an der Verhandlung in der zweiten Instanz, namentlich an der abzustattenden Relation keinen Antheil nehmen zu lassen.

Resc. h. R. C. v. 21. Januar 1828.

Da auf den Antrag des zu dem unterm 1. Juli 1793 hieselbst eröffneten und mittelst höchsten Resc. vom 10. Januar 1794 bestätigten allgemeinen braunschweigischen Sterbe-Cassen-Instituts, verordneten Regierungs-Commissairs, Hofraths Hellwig allhier, durch ein höchstes Resc. v. 11. d. M. dem gedachten Institute die, den milden Stiftungen gesetlich zustehenden Gerechtsame bewilligt worden: so wird dieses der höchsten Verfügung zufolge zur Nachricht und Nachachtung hierdurch bekannt gemacht.

Resc. h. St. M. v. 26. Januar 1828.

Es ist auf Declaration der die Vormundschaften und Curatelen betreffenden Verordn. hinsichtlich der Frage: ob der, vermöge der väterlichen Gewalt seiner Kinder, deren peculia adventitia verwaltende Vater sich dieselben unterwerfen müsse, angetragen. Da jedoch weder das römische Recht, noch die neuere hiesige Gesetzgebung den Vätern die qu. Verpflichtung auferlegt, das am 19. März 1748 an die damalige Justiz-Canzlei erlassene Resc. (cf. Fredersdorfs Promt. I. S. 150.) auch, wie solches denn durch eine darin vorbehaltene Publication erst die Kraft eines allgemeinen Gesetzes erlangt haben würde, zu einem solchen nicht erhoben und nie in Wirkung getreten, noch ein Gerichtsgebrauch darüber begründet worden ist, und da ferner die allerdings nützliche Sicherstellung ihrer Väter durch bloße decreta de alienando nicht erreicht werden, vielmehr eine umfassende Gesetzgebung erfordert würde, welche wiederum wegen der dadurch veränderten Stellung der Väter zu den Kindern und der Schwächung des auch diesen Credit der Ersten erheblichen Bedenklichkeiten unterliegen müßten, so kann eine Declaration in der angetragenen Maße nicht Statt finden, sondern es muß vielmehr der §. 48. der

Justiz-Versaffung, Rescripte.

Verordn. vom 3. Februar 1814 lediglich von eigentlichen Vormundschaften und Curatelen verstanden werden.

Resc. h. L. Ger. v. 1. April 1828.

Der Procurator N. N. hat darüber Beschwerde geführt, daß mittelst des in der Prozeßsache des N. wider N. erlassenen Bescheides demselben zugleich mit aufgegeben sei: seine exhibita künftighin durch seinen dortigen Procurator unterschreiben und einreichen zu lassen, widrigenfalls solche unberücksichtigt bleiben würden, und stellt diese Auflage als in mehrfacher Hinsicht die qu. Rechte der außer der Stadt Braunschweig wohnenden Advocaten beeinträchtigend dar.

Da nun die bei dem vormaligen Magistrate und Untergerichte der Stadt Braunschweig bestandene Einrichtung, vermöge deren daselbst besondere Procuratoren angestellt waren, bei dem dasigen St. Ger. und nachmaligen jetzigen h. Distr. Ger. nicht beibehalten ist, vielmehr dasselbe in diesem Stücke den übrigen h. Distr. Ger. gleich steht und die in den h. Landen recipirten Advocaten die Befugniß haben, bei sämmtlichen Gerichten, mit alleinigen Ausnahmen der Obergerichte, ohne Beschränkung zugelassen zu werden, also auch ihre Prozeßschriften durch einen der dortigen Advocaten oder den von ihnen zur Annahme und Auslösung der Bescheide bestellten Mandatar als Procurator unterschreiben und exhibiren zu lassen nicht verbunden sind, durch eine solche Vorschrift auch die dortigen Advocaten implicite zu Procuratoren bei h. Distr. Ger. gemacht werden würden, welches zu verfügen oder die von den Partheien aus dem Grunde der Kosten-Ersparung und Vermeidung von Weitläufigkeiten allein zum Behuf der Insinuation und Auslösung der Bescheide als sogenannte procuratores in loco freiwillig constituirten Mandatarien in wirkliche Procuratoren umzuwandeln, dem h. Distr. Ger. nicht zusteht: so sind die von dem Querulanten in den von ihm geführten Prozessen zu überreichenden Schriften auch ohne Mitunterschrift des von seiner Parthei bestellten dortigen Mandatars oder procuratoris in loco künftig anzunehmen.

Resc. h. L. Ger. v. 1. Mai 1828

wegen Verlassung der Grundstücke s. Gerichts-Exporteln.

Resc. h. L. Ger. v. 19. Mai 1828.

In frühern bei ähnlichen Veranlassungen erlassenen Rescripten hat h. L. Ger. auf das in der höchsten Verordn. die Einrichtung des Justizwesens betrff. vom 26. März 1823 als Unterscheidungsmerkmal für die Competenz der h. Distr. Ger. und Kr. Aemter zum Grunde gelegte Princip der streitigen oder freiwilligen Gerichtsbarkeit und wegen der Curatelen auf den weiterhin auch in dem höchsten Resc. vom 14. Mai v. J. anerkannten Unterschied für Personen oder Massen aufmerksam gemacht, mittelst dessen genauer Beachtung jedwede Differenz ohne Schwierigkeit zu vermeiden steht. Nach diesen Grundsätzen kann, was

ad 1. und 2. des Verichts die Subhastationen und Verpachtungen, desgl. den auctionsmäßigen Verkauf von Mobilien betrifft, kein Zweifel obwalten, daß solche jedes-

mal, sobald sie nicht in Folge eines der streitigen Gerichtsbarkeit angehörigen Geschäftes erforderlich werden, zu den Gegenständen der freiwilligen Gerichtsbarkeit gehören, mithin den Kr. Aemtern zustehen; aus welchem Grunde denn auch

ad 3. der Verkauf des Mobiliarnachlasses, wenn gleich solcher zu einer hereditas jacens gehört hat, dem h. Kr. Amte und nicht dem Distr. Ger. zuständig gewesen ist, indem solcher Verkauf nicht wie bei Concurseen die Verfüßerung der Masse als Folge der Güterabtretung unbedingt nothwendig, vielmehr als ein besonderer von dem Er-messen des Curators abhängender Act zu betrachten ist, obgleich solcher, wenn er geschieht, gerichtlich vorgenommen werden muß.

Es kann hierbei nicht darauf ankommen, was in einzelnen Fällen vielleicht fördernder und weniger umständlich sein möchte, so wie auch deshalb auf die ehemaligen, mit-theilst neuer, durch andere allgemeine Rücksichten motivirte gesetzliche Einrichtung abgeänder-ten Verhältnisse, obgleich die ältern in andern Beziehungen ihr Gutes hatten, nicht zu-rückgegangen werden darf. Eben so wenig konnte

ad 4. der Umstand, daß mit dem Antrage zur Subhastation des N. Hauses zu-gleich ein Gesuch um Vorladung der Creditoren verbunden worden, das Distr. Ger. zu der Subhastation ermächtigen, da diese, als freiwillige demselben auf keine Weise zu-stand, die Edictalladung aber davon sächlich zu trennen war und das Distr. Ger. daher über diese allein zu verfügen, jene aber an das Kr. Amt zu verweisen gehabt hätte.

Hiernächst

ad 5. die Vormünder und Curatoren = Bestellungen anlangend, dürfte, dabei An-ordnung der Vormundschaften die Vorschlagung und demnächst die wirkliche Anstellung und Verpflichtung der Vormünder der Competenz der Kr. Aemter überwiesen ist, kein Grund vorhanden sein, weshalb bei dem Abgange eines Vormundes in Ansehung des zu bestel-lenden neuen, nicht auf gleiche Weise wie bei der ersten Vormundschaftsbestellung zu verfahren sein sollte, indem die höchste Verordn. zwischen einer ersten und der etwanigen folgenden keinen Unterschied macht; wie denn auch das Distr. Ger. die Befugniß zu letztern gegenwärtig nicht weiter behauptet: es kann aber auch hierbei eine Abweichung von der höchsten Vorschrift deshalb nicht zulässig werden, weil die fernerweite Bestellung eines Vormundes in einem besondern Falle durch das Distr. Ger. mit Ersparung einiger Umstände hätte geschehn können. Rückfichtlich der Frage: in wiefern die Curatoren von den Distr. Ger. oder von den Kr. Aemtern anzuordnen und die Curatoren zu bestellen seien, kann es keinen Zweifel leiden, daß wenn das Erforderniß einer Curatel für Per-sonen, indem bei denen für Sachen die Kr. Aemter überall nicht concurriren, nicht voll-kommen klar oder gar bestritten ist, zuvörderst über die Anordnung derselben, als die Rechte der Personen betr., das h. Distr. Ger. zu entscheiden habe, indem den Kr. Aem-tern nur die Bestellung der Curatoren zustehet, wobei stillschweigend vorausgesetzt ist, daß, in gleicher Art wie bei den Vormundschaften, wenn die Kr. Aemter sofort dazu vorzuschrei-ben dürften, die Nothwendigkeit einer Curatel offenbar sein müsse: bezgl., daß dabei eben

Justiz = Verfassung, Rescripte.

so wie bei den Vormundschaften, mit Vorschlagung und Auswahl der zu bestellenden Curatoren zu verfahren ist, indem die höchste Verordn. hiervon bloß die Vormundschaften für Reihewohner auf dem platten Lande ausnimmt, rücksichtlich aller übrigen Personen aber, also auch der eines Curators bedürftigen, jenes Verfahren feststellt.

Bei einer cura prodigi hingegen gehört die Bestellung des Curators deshalb nicht zu den Befugnissen der Kr. Aemter, weil dieselbe nicht die Person des für einen Verschwenker erklärten, sondern die Erhaltung seines Vermögens zum Gegenstande hat, mithin als eine eigentliche cura honorum von der Competenz der Kr. Aemter ausgeschlossen ist: und wird das Distr. Ger. hiernach und nach der höchsten Verordn. zum Grunde liegendem Principe, ob lediglich Vermögensmassen oder zugleich mit und hauptsächlich Personen den Gegenstand der Curatel ausmachen, in künftigen ähnlichen Fällen zu verfahren haben.

Aus diesem und dem oben bemerkten ergibt sich denn auch die Entscheidung für die speciell benannten Fälle von Vormundschafts- und Curatelbestellungen, rücksichtlich deren das h. Kr. Amt wider das Distr. Ger. Beschwerde geführt hat, und kann davon die für den N. wegen Altersschwäche angeordnete Curatel nicht ausgenommen werden, indem selbst, wenn bei dem Distr. Ger. die Nothwendigkeit der Anordnung derselben zur Sprache gekommen und solche von demselben beschlossen sein sollte, dasselbe doch von dem Kr. Amte die Vorschlagung von Personen zu Curatoren zu erfordern, demnächst aber demselben die Verpflichtung des ausgewählten zu überlassen gehabt hätte, wobei es unbenommen bleibt, auf eine von dem Distr. Ger. etwa besonders zu dieser Curatel für geeignet erachtete Person das Kr. Amt aufmerksam zu machen.

L. Resc. v. 30. November 1828.

Der Bericht vom 12. d. M. über das Gesuch der B. hieselbst, als Vormünderin ihrer minderjährigen Tochter, um Dispensation vom Meistgebote rücksichtlich eines von derselben privatim verkauften auf ihre gedachte Tochter mit vererbten Grundstücks, ist zugegangen. Da jedoch der, der Verordn. vom 5. Novbr. 1763 zum Grunde liegende Zweck, den wahren Werth der Minderjährigen zugehörigen Grundstücke zu ermitteln, im vorliegenden Falle bereits durch die Statt gehabte Versteigerung erreicht worden ist, indem gegenwärtig ein Dritter nicht nur etwa das damals erfolgte plus licitum an der Stelle der meistbietenden Erben erfüllt, sondern sogar dasselbe zugleich mit der angeordneten Abschätzung weit überschritten hat, so bedarf es in dem fraglichen Falle der nachgesuchten Dispensation nicht.

L. Resc. p. 5. December 1828.

Demnach laut einer Anzeige h. K., von Seiten des h. Distr. Ger. N. Zweifel darüber erhoben worden, ob dasselbe als eine h. K. subordinirte Behörde verpflichtet erscheine, einer von derselben erhaltenen Berichtsaufgabe zu entsprechen und es in dieser Hinsicht nothwendig ist, den gegen das bestehende Ressort-Verhältniß erhobenen Zweifel zu beiseitigen: so bleibt dem h. Distr. Ger. zu seiner Nachricht und Nachachtung unverhals-

ten, daß mit Ausnahme der Justiz- und sonstigen dahin gehörenden Angelegenheiten, in welchen h. L. Ger. als die einzige den h. Distr. unmittelbar vorgesezte Behörde zu betrachten ist, dasselbe in allen die Administration betreffenden Gegenständen, wohin namentlich die den Distr. Ger. obliegenden Comptabilität über die Kosten der Ger. Verwaltung und ihres Heizungsbedarfs, imgleichen über die Sportel-Einnahme und über die Copialien-Rechnungen auch, in soweit die Distr. Ger. dabei concurriren, über die Gefangenen-Kosten, desgleichen rücksichtlich der baulichen Einrichtung und Instanderhaltung der Gerichtslocale und Inventarien, und endlich die Einrichtung, Verwaltung und Polizei in den Gefängnissen, so weit solches die Distr. Ger. angehet, zu rechnen ist, die h. R. als seine unmittelbar vorgesezte Behörde zu betrachten hat und mithin derselben zur Berichtserstattung in den dazu geeigneten Fällen verpflichtet ist.

Resc. h. St. M. v. 30. December 1828.

Bei dem Verkaufe der Grundstücke, wobei Minderjährige oder sonst unter Curatel befindliche Personen concurriren, wenn solche privatim verkauft werden, ist eine höchste Dispensation vom Meistgebote nicht erforderlich, wenn solche vorher bereits subhastirt worden und sich nachher noch ein Käufer anfindet, welcher mehr als vorher bei der Subhastation geboten worden, zum Kaufgelde offerirt. (An das h. Distr. Ger. in Braunschweig.)

Resc. h. L. Ger. v. 12. Jannar 1829.

Der N. hat darüber Beschwerde geführt, daß in der rechtshängigen Prozeßsache des M—schen Vormundes wider N. bei Liquidation der Kosten des verzögerten Prozeßes die Gebühren für den in loco bestellten Procurator seiner Parthei abgesprochen worden und zwar aus dem angeführten Grunde, weil solche Gebühren zu den nothwendigen Kosten nicht zu rechnen seien, indem ein Advocat in N. hätte gewählt werden können; durch diesen Absatz aber einer Seits die Freiheit der Partheien, sich aus den im Lande angestellten Advocaten denjenigen, zu welchem sie Vertrauen hegen, zu wählen, so wie die Rechte der Advocaten andrer Seits ohne rechtlichen Grund beschränkt worden, und er daher, obgleich der Gegenstand an sich unbedeutend, doch der Folgen wegen um eine abändernde Verfügung bitten müsse. Da nun den Partheien unter den im Lande recipirten Advocaten die Wahl offenbar frei steht, die Verfügung auch, daß bei der Auswahl eines zu Braunschweig nicht wohnhaften Sachführers die Parthei einen procurator in loco bestellen müsse, von dem Gerichte selbst ausgegangen ist, unter diesen Umständen aber die dem letzten zustehenden Gebühren als unnöthig nicht betrachtet werden können, und wenn sie gleich vermeidlich sind, solches doch nur mit Beeinträchtigung der Wahlfreiheit der Partheien und der Rechte der übrigen Advocaten des Landes der Fall sein würde, indem keine gesetzliche Vorschrift die an dem Orte, woselbst ein Gericht seinen Sitz hat, wohnhaften Advocaten zu Führung der Prozesse bei demselben ausschließend begünstigt: so sind die qu. Procuraturgebühren gegenwärtig dem Kläger in dessen Kostenrechnung auch

künftig überhaupt in ähnlichen Fällen, bis deshalb etwas Näheres gesetzlich bestimmt werden wird, passiren zu lassen.

Resc. h. St. M. v. 8. September 1829.

Dem h. Kr. Amte N. wird auf erstatteten Bericht unverhalten, daß, nach den Grundsätzen der Cautelar-Jurisprudenz die bei einem abzuschließenden Rechtsgeschäfte verabredeten Clauseln vom Richter gegen das Verlangen der Partheien nicht und überhaupt nur in sofern zurückgewiesen werden können, als dieselben sich ganz offenbar als unnütz darstellen, daß aber der eidlische Consens der Ehefrau in den eventuellen Verkauf der verpfändeten Dotalgrundstücke hierher nicht zu rechnen ist. Denn, um bei der bekannten Unveräußerlichkeit des Dotalgrundes wegen der Ehe, nur einen Gegenstand zu verühren, so folgt daraus, daß die Ehefrau eine Schuld als Selbstschuldnerin contrahirt, keinesweges, daß das Darlehn zu ihrem Nutzen verwandt, mithin auch die Verpfändung der Dotalgrundstücke zu ihrem Vortheile geschehen sei. Einer desfalligen, mit Schwierigkeiten und Weitläufigkeiten verbundenen Untersuchung kann also nur mit Sicherheit durch die betreffende eidlische Versicherung der Ehefrau begegnet werden, und da auch in den Fällen, wo es zweifelhaft sein könnte, ob ein zu verpfändendes Grundstück Dotalgrundstück sei, dem Gläubiger nicht zu versagen ist, seinen Rechtsstand in casum casus durch die betreffende eidlische Versicherung festzustellen: so wird h. Kr. Amt hiermit angewiesen, so wie auch sonst in ähnlichen Fällen rücksichtlich der eidlichen Versicherung der Ehefrauen in den eventuellen Verkauf verpfändeter Dotalgrundstücke den Anforderungen des N. zu entsprechen.

Was die Anstlage von N. betrifft, so steht es mit der Sorge des Gerichts für das Wohl minderjähriger Personen nicht im Widerspruche, wenn ein Minderjähriger in einem abzuschließenden Rechtsgeschäfte zur Vervollständigung desselben dem beneficio restitutionis vor Gericht eidlich entsagt, indem das Gericht pflichtmäßig dafür zu sorgen hat, vor Zulassung der Minderjährigen zu der Leistung des eidlichen Verzichts sich die Ueberzeugung zu verschaffen, daß der Minderjährige keine ihm nachtheilige Rechtsgeschäfte eingehe.

Resc. h. St. M. v. 31. December 1829.

Da der Dienst beim h. Hoftheater nothwendig darunter leidet, wenn die Kleidungsstücke der Hoffchauspieler, womit diese auf den Proben resp. bei den Darstellungen erscheinen müssen, mit Arrest belegt, resp. zum Objecte der Execution verwandt werden, so wird h. Distr. Ger. in Braunschweig damit angewiesen, auf die Kleidungsstücke der Hoffchauspieler keinen Arrest zu erkennen, resp. nicht zu gestatten, daß in diesen Gegenständen die Execution vollstreckt werde, und sind die betreffenden St. Ger. gleichfalls von dem Inhalte dieser Nachricht in Kenntniß zu setzen.

1. Resc. v. 5. April 1830.

Demnach es theils wegen der fiscalischen Rechte der Durchl. Landesherrschaft, theils aber wegen des unverkennbaren Interesses der bestellten Curatoren, von ihrer Verpflichtung ein endliches liberatorium zu erhalten, nothwendig erscheint, daß die für verschol-

lene Personen gerichtlich angeordneten Curatelen dann sich endigen, wenn die Abwesenden, wenn sie noch lebten, das 70ste Lebensjahr überschritten haben würden, es auch erforderlich ist, daß hierin ein gleichmäßiges Verfahren Statt finde, so ertheilt h. St. M. hiermit sämmtlichen Gerichten der Braunschw. Lande folgende Anweisung:

§. 1. Sobald in einer Curatel über das Vermögen eines Verschollenen angenommen werden muß, daß der Abwesende das 70ste Lebensjahr überschritten, haben die Gerichte in allen Fällen, wo die Curatoren es versäumen sollten, selbst geeignete Vorschriften zu Beendigung der Curatelen zu machen, die Curatoren anzuweisen, auf die Todeserklärung des Verschollenen anzutragen, eine Citation der Erben desselben zu veranlassen, und für beide Zwecke eine Edictalladung auszuwirken.

§. 2. Wenn sich in dem angeetzten Termine weder der Abwesende selbst eingefunden, noch Erben desselben sich gemeldet oder gehörig legitimirt haben, sind die Gerichte verbunden, der h. R. ex officio die erforderliche Anzeige zu machen, damit jene Behörde ihre fiscalischen Rechte wahrnehmen könne. Nichts desto weniger ist

§. 3. h. R. C. berechtigt, auch ohne die vorhin erwähnte Anzeige erhalten zu haben, da, wo es demselben angemessen erscheinen könnte, selbst gerichtliche Anträge zu machen, sei es auf Todeserklärung des Verschollenen, oder aber auf Präclusion der etwaigen unbekannten Erben desselben.

§. 4. Obgleich nun zwar regelmäßig die Edictalladung des Abwesenden mit derjenigen seiner etwaigen unbekannten Erben zu verbinden ist, so bleibt es doch in einzelnen Fällen bei dem Vorhandensein zureichender Gründe, den Gerichten überlassen, hierin eine Ausnahme zu machen, und für beide Edictal-Citationen ein gedoppeltes Verfahren einzuleiten.

Resc. h. St. M. v. 8. Mai 1830.

Die Aufnahme von Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit ist ganz verschieden von der richterlichen Bestätigung in den Fällen, wo nach einer gesetzlichen Nothwendigkeit diese erfordert wird. Rücksichtlich der erstern stehen die h. Kr. Aemter mit den Notarien in gleicher Kategorie, denen als solchen eine Cognition über die Rechtsbeständigkeit der aufzunehmenden Handlungen nicht gebührt, und eine Verweigerung der Aufnahme eines solchen Actes gestaltet sich als Justizsache, in welcher die gerichtliche Oberbehörde, welche dem Beamten der freiwilligen Gerichtsbarkeit zunächst vorgesetzt, allein competent ist, um auf desfalls eingegangene Beschwerden der Partheien das Erforderliche zu verfügen, wogegen die Bestätigung von Contracten, wobei oft Umstände und Rücksichten eintreten, welche von der formellen und materiellen Rechtsbeständigkeit des Geschäfts in Hinsicht auf die Contrahenten ganz unabhängig sind, den Kr. Aemtern als Polizei-Behörde obliegen, und also die denselben vorgesetzte Administrations-Behörde diejenige ist, bei welcher desfallsige Beschwerden anzubringen sind.

Wie nun auch eventuell der Einwand, daß die Aufnahme eines nach Ansicht des Kr.-Beamten ungiltigen Rechtsgeschäfts ohne Nutzen sein würde, weil derselbe dem Gesäfte dennoch die gerichtliche Bestätigung verweigern würde, keine Rücksicht verdient, in-

dem die einer solchen Bestätigung zum Grunde liegende *causae cognitio* nicht die eigentliche Rechtsbeständigkeit des Geschäfts selbst zum Gegenstande hat, so kann in dem zur Sprache gekommenen Falle das h. Distr. Ger. allerdings dem h. Kr. Amte die Anweisung zur Aufnahme des M—schen Hof-Abtretungs-Vertrags in B. ertheilen.

Schreiben der h. Leihhaus-Commission v. 23. Mai 1830.

Die h. Leihh.-Commiff. benachrichtigt das h. Distr. Ger. zu W., daß, nach einem Resc. des h. St. M. v. 18. d. M., künftig nicht mehr erforderlich ist, das Verfahren in Betreff der Mortificirung abhanden gekommener Leihh.-Obligationen über belegte Pupillen- und Curatelgelder anzuordnen, sondern dieselbe ermächtigt worden, darüber neue, auf den Namen der Pupillen ausgestellte Obligationen und Cassenscheine ertheilen zu lassen, wenn die Vormänder oder Curatoren die älteren abhanden gekommenen Documente mortificiren und dabei, mittelst eines Attestates des h. Distr. Ger. bescheinigen, daß das fragliche Capitaleigenthum des Pupillen, der Verlust von dem Vormunde angezeigt, die Vormundschaft oder Curatel noch nicht beendet, und der Administrator bis zum Tage der Ausstellung nicht ermächtigt worden sei, über das Capital oder einen Theil desselben zu disponiren, und die h. Leihh.-Commiff. die Leihh.-Casse alhier darnach mit Anweisung versehen und derselben aufgegeben habe, die etwa bei ihr eingegangenen Erklärungen resp. Bescheinigungen der Art, zur Verfügung des Erforderlichen an h. Leihh.-Commiff. abzuliefern; und überläßt daher die h. Leihh.-Commiff. dem h. Distr. Ger., die Vormänder und Curatoren mit den nöthigen Bescheinigungen zu versehen.

L. Resc. v. 15. Juni 1830

die Substationen betref. s. Artif. Wohnortsrecht.

Resc. h. L. Ger. v. 22. Juni 1830.

In der Sache der Ackerleute L. und Consorten in S. wider die Gemeinde S. wegen Aufbringung der Kosten zur Haltung des Gemeinde-Kempens, haben die Imploranten sich darüber beschwert, daß ihnen durch die Decrete vom 8. Mai und 5. Juni d. J. die Auswirkung der Vernehmung der imploratischen Gemeinde in Hinsicht deren Zustimmung zum Prozesse aufgegeben sei, und solches durch Vorweisung der Manualacten nachgewiesen. Da es nun nicht Sache der Kläger ist, für die Beschaffung der passiven Legitimation der Beklagten zu sorgen, hiervon auch der Umstand, daß nach gegenwärtig bestehender Verfassung die Vernehmung der Gemeinden, wovon die Prozeßführung den Kr. Aemtern als administrativen Behörden obliegt, keine Ausnahme begründen kann: so hat h. Distr. Ger. mit Beiseitesetzung der obgedachten Decrete den Ortsvorsteher der imploratischen Gemeinde S. bei angemessener Strafe anzuweisen, für die Vernehmung der Gemeinde behuf ihrer Vertheidigung gegen die bereits mitgetheilte Klage bei dem h. Kr. Amte und Vorbringung eines desfallsigen Attestes binnen einer angemessenen Frist Sorge zu tragen.

Resc. h. St. M. v. 23. Juni 1830.

Da bei einigen Gerichten der hiesigen Lande sich die Observanz gebildet haben soll,
die

die Erstattung der Kosten des in einem Prozesse von einer israelitischen Parthei unter den, durch das landesherrl. Circul.-Resc. vom 19. Febr. 1788 vorgeschriebenen Formlichkeiten abgeleiteten Haupttheiles dem sachfälligen, in die übrigen Prozesskosten verurtheilten Theile nur dann zuzuerkennen, wenn dieser ebenfalls ein Israelit ist, dieser Gerichtsgebrauch aber, da dem in einem Rechtsstreite Obtinirenden sein Religionsbekenntniß nicht präjudiciren kann und die Kosten einer Eidesleistung mit zu den verursachten Prozesskosten gehören, eine offenkundige Unbilligkeit enthält; so weist h. St. R. sämtliche Gerichte hiermit an, künftighin den zu erkennenden Ersatz der Prozesskosten, auch wenn der in selbige verurtheilte Theil kein Israelit ist, auch auf diejenigen der fraglichen Eidesleistung mit zu erstrecken.

Resc. h. L. Ger. v. 27. September 1830.

Es kann keinem gegründeten Zweifel unterworfen sein, daß den Kreisbeamten, welchen in ihrer Qualität, als Administrativ-Behörde gesetzlich die Bestätigung der Verträge unter Bauern obliegt, alle diejenigen Mittel frei stehen müssen, welche sie zu dem Zwecke erforderlich halten, auszumitteln, ob die einzugehenden Verbindlichkeiten zum Nachtheile der Landes- oder Gutsherrschaft reichen, und ob die Contrahenten selbst bei ihrem Haushalte ferner bestehen, vor einer Zerrüttung ihres Vermögens bewahrt und in Aufsehung desselben nicht übervorthelt werden mögen, wie sich dieses aus dem Inhalte der höchsten Verordn. vom 8. Decbr. 1825 wörtlich ergibt.

Hält der Kreisbeamte also in einem gegebenen Falle zu obigem Zwecke die Legitimation der Contrahenten für erforderlich: so muß ihm frei stehen, die deshalb nöthigen Auflagen zu machen, denn nur er ist für die pflichtmäßige Ausführung dieses ihm, nicht sowohl in seiner Eigenschaft als Verwalter der freiwilligen Gerichtsbarkeit, als vielmehr, wie schon bemerkt, als Administrativ-Behörde, obliegenden Geschäfts allein verantwortlich und ist er in dieser Beziehung dem Distr. Ger. auch überall nicht untergeordnet.

Wenn daher in dem vorliegenden Falle des, vor h. Distr. Ger. B. abgeschlossenen Vergleichs in der Sache R. wider H. dem h. Kr. Amte behuf gehöriger Prüfung dieses Vertrags zum Zwecke der Bestätigung desselben die Legitimation der Partheien oder einer derselben erforderlich schien, so war h. Kr. Amt allerdings zu Ausmittlung derselben befugt und verpflichtet und das h. Kr. Amt war um so weniger an die beschaffliche gerichtliche Bestimmung des h. Distr. Ger. gebunden, als die Rücksichten des Richters im Prozesse von denen des Administrativ-Beamten in Hinsicht auf die Legitimation ganz verschieden sein können, und die deshalb beiden Behörden obliegenden Verpflichtungen ganz unabhängig von einander bestehen.

Hieraus folgt von selbst, daß wenn auch h. Distr. Ger. B., indem es seine eigene frühere Auflage in Beziehung auf die Legitimation, deren Erörterung es dem h. Kr. Amte durch den Erlaß vom 15. Jan. d. J. vi commissionis übertrug, nachmals auf eingewandte Supplication wieder aufhob, eine weitere Legitimation nicht für nöthig erachtete; wie jedoch selbst diesem der fernere Erlaß vom 18. Mai d. J. zu widersprechen scheint, das h. Kr. Amt dadurch keinesweges verhindert wurde, Alles dasjenige in dieser Bezie-

hung zu verfügen, was demselben als Administrativ-Behörde erforderlich zu sein schien; wobei es sich freilich von selbst versteht, was jedoch auch in dem Berichte eingeräumt wird, daß falls über die Verichtigung des Legitimations-Punkts an sich unter den Partheien selbst ein Streit entstehen würde, die Entscheidung dieses Streitpunkts allerdings an die competente Gerichtsbehörde verwiesen werden müssen.

Wenn solchemnach das h. Distr. Ger. dem h. Kr. Amte in dem Erlasse vom 16. Juli d. J. über die Befugniß in Hinsicht auf die verlangte Legitimation der Contrahenten zur Sache behuf der Confirmation Weisungen ertheilt; so hat dasselbe seine Ressort-Verhältnisse und seine Competenz überschritten; indem die Beurtheilung dessen, was dem h. Kr. Amte behuf der Bestätigung bürgerlicher Contracte obliegt, lediglich den vorgesetzten Verwaltungs-Behörden zusteht.

(Vergl. Resc. h. L. Ger. vom 4. Juni 1827 Art. Hypothekwesen.)

Resc. h. St. M. v. 13. November 1830.

Wenn gleich in den Motiven der Verordn. vom 8. Decbr. 1825 nur allgemein gesagt worden, daß gegen die Verfügungen der Aemter bei Confirmationen der Verträge über bürgerliche Grundstücke der Recurs an die höheren Verwaltungsbehörden genommen werden müsse; so ist doch in dem dispositiven Theile dieses Gesetzes eine Verufung an die gedachten Behörden nur dann gestattet, wenn die Confirmation des Vertrages versagt worden ist. Es findet also, nach jener Verordnung, eben so wenig eine Beschwerde wegen ertheilter Confirmation Statt, als solche förmlich Statt gefunden hat; vielmehr bleibt demjenigen Contrahenten, welcher sich durch einen confirmirten Vertrag für verlegt hält, nur, wie früherhin, der Weg Rechts offen, der aber nur dann mit Erfolg betreten werden kann, wenn rechtliche Gründe zur Aufhebung oder Modification des Contractes vorhanden sind. Wollte man den also bestehenden gesetzlichen Zustand ändern, so würde hierin nicht eine Declaration der gegebenen Verordnungen, sondern wirklich eine neue gesetzliche Bestimmung liegen, welche rückwirkende Kraft nur dann haben könnte, wenn sie derselben ausdrücklich beigelegt würde.

Obgleich nun die Verordn. vom 8. Decbr. 1825, ihrem Inhalte nach, eine Declaration ist und als solche von den Gerichten, auf die vor ihr liegenden Fälle, nach einem, auch durch mehrere Erkenntnisse des Oberappellationsgerichts bestätigten constanten Gerichtsgebrauche angewendet wird, so erscheint es doch in mehrerer Beziehung bedenklich, einem neuen Gesetze, welches Verufungen gegen die Bestätigung der Contracte zuließe und dessen Richtigkeit überhaupt sehr reiflich erwogen werden muß, rückwirkende Kraft zu geben. Unter diesen Umständen ist der N. zurückzuweisen.

Resc. h. St. M. v. 18. December 1830.

Der Bericht vom 9. Juli d. J. die Frage über die Competenz der Gerichte der Stadt Braunschweig in Injuriensachen, welche auf Abbitte und Ehrenerklärung gerichtet sind, betreffend, ist seiner Zeit eingegangen. Es bestimmt nun die Verordn. vom 26. März 1823 über die Einrichtung des Justizwesens §. 4. Nr. 1., daß die Kr. Aemter in In-

jurisachen nur dann competent seien, wenn der Antrag des Klägers auf Entschädigung oder Bestrafung ihre Zuständigkeit nicht übersteige, und in derselben Verordn. ist §. 8. Nr. 2. verfügt, daß die Appellation nunmehr in allen Injurisachen, wenn das Object der Beschwerde sich dazu eigne, zulässig sei. Diese ganz allgemeinen Bestimmungen umfassen alle Arten von Injurienklagen; dieselben beziehen sich daher auch auf diejenigen, welche auf Widerruf, Abbitte und Ehrenerklärung gerichtet sind, und es läßt sich dießemnach nur nach den allgemeinen Vorschriften über die Competenz der Gerichte beurtheilen, vor welches Forum Klagen dieser Art gehören. Bei dieser Beurtheilung ist die Verfügung des §. 3. der Verordn. vom 3. Febr. 1814, daß in Injurienklagen keine Appellation Statt haben soll, nicht von Erheblichkeit; denn theils kann dieselbe eine Norm dafür, welches Gericht nach der jetzigen Gerichtsverfassung in Injurisachen competent sein solle, überhaupt nicht abgeben, theils ist sie durch die nachfolgende Verordn. vom 26. März 1823 aufgehoben. Da nun die Competenz der hiesigen Gerichte sich nach dem Betrage des streitigen Gegenstandes bestimmt, so kommt es lediglich darauf an, ob sich das Object der auf Widerruf, Abbitte und Ehrenerklärung gerichteten Klagen nach Gelde bestimmen lasse. Dieses ist aber, nach der Natur des Gegenstandes, nicht der Fall, und daß dem so sei, wird durch die Reichsgesetze ausdrücklich anerkannt, deren Bestimmungen um so wichtiger sind, als auch in den, dem h. Hause ertheilten Privilegien nur bei der ästimatorischen Injurienklage auf die Appellationssumme gesehen werden soll. Nach der hierunter bestehenden Gesetzgebung gehören daher alle Injurienklagen auf Widerruf, Abbitte und Ehrenerklärung, eben so wie alle Klagen, deren Gegenstand unschätzbar ist, vor die h. Distr. Ger., und hat sich das h. Distr. Ger. Braunschweig hiernach in vor kommenden Fällen zu achten, die hiesigen h. St. Ger. auch demgemäß anzuweisen.

Um jedoch zu verhindern, daß die schon gehäuften Arbeiten des obengedachten Distr. Ger. auf diese Weise einen neuen Zuwachs erhalten und da nach dem bisher beobachteten Verfahren die Geschäfte der St. Ger. dadurch nicht zunehmen werden, bestimmt h. St. M. hierdurch, daß die vereinigten St. Ger. die auf Widerruf, Abbitte und Ehrenerklärung gerichteten Klagen, dieselben mögen nun außerdem zugleich mit einem Antrage auf öffentliche Strafe oder Erlegung einer Geldsumme verbunden sein, vi perpetuae commissionis, für das h. Distr. Ger. zu übernehmen haben, zu welchem Ende das Erforderliche an h. L. Ger. dato vom h. St. M. erlassen worden ist.

K a m m e r.

W. die Einsetzung eines Finanz-Collegiums und eine veränderte Bestimmung über den Geschäftskreis der Kammer betr. (S. 9.) [No. 3.] (28. Jan. 1830.)

§. 1. Der Geschäftskreis der Kammer begreift: (S. 10.) [No. 3.] (28. Jan. 1830.)

1) die allgemeine Landes- und die Sicherheits- auch Gewerbs-Polizei. (S. 10.) [No. 3.] (28. Jan. 1830.)

- 2) Die Aufsicht der städtischen und ländlichen Gemeinen und Ortschaften, Vermögensverwaltung und Revision der Administrations-Rechnungen derselben und der öffentlichen Corporationen. (S. 10.) [No. 3.] (28. Jan. 1830.)
- 3) Die Aufsicht über alle Armenanstalten, milden Stiftungen u. (S. 10.) [No. 3.] (28. Jan. 1830.)
- 4) Die Aufsicht über die Gefängnisse, Zucht- und Strafanstalten u. (S. 10.) [No. 3.] (28. Jan. 1830.)
- §. 2. Es werden den verbleibenden Dienstzweigen, behufs des beim h. St. M. darüber zu machenden Vortrages, noch hinzugefügt: (S. 10.) [No. 3.] (28. Jan. 1830.)
 - 1) sämtliche kirchliche, Schul- und Unterrichts-Angelegenheiten. (S. 10.) [No. 3.] (28. Jan. 1830.)
 - 2) Die Gränz- und Lehn-Sachen. (S. 10.) [No. 3.] (28. Jan. 1830.)
 - 3) Das gesammte Medicinalwesen mit der Gesundheits-Polizei. (S. 10.) [No. 3.] (28. Jan. 1830.)
 - 4) Das Landeshauptarchiv. (S. 10.) [No. 3.] (28. Jan. 1830.)
 - 5) Das Intelligenzwesen und die Censur (S. 10.) [No. 3.] (28. Jan. 1830.)
 - 6) Die Gemeintheilungs-Sachen. (S. 11.) [No. 3.] (28. Jan. 1830.)
- §. 3. Die Berichte werden in diesen Angelegenheiten an die h. Kammer eingeschickt. (S. 12.) [No. 3.] (28. Jan. 1830.)
- §. 4. Einer der Kammer-Directoren macht in der Regel in dem h. St. M. den Vortrag und eröffnet die Beschlüsse der h. K. (S. 12.) [No. 3.] (28. Jan. 1830.)
- §. 5. Einrichtung des Finanz-Collegii s. Artik. Finanz-Collegium.

Resc. f. K. E. v. 3. December 1817.

Es ist bemerkt, daß in der, den hiesigen Anzeigen eingerückten Bekanntmachung der von f. K. den Gerichten aufgetragenen Versteigerung herrschaftlicher Grundstücke einigemale angeführt ist, daß der Versteigerungs-Termin auf den Antrag der f. K. ange-
setzt sei.

Da dieser Ausdruck den Verhältnissen nicht angemessen ist, indem die f. K. nicht, wie dieses in processualischen Verhandlungen der Fall ist, als Parthei um eine richterliche Entscheidung nachgesucht, sondern den Gerichten die zur willkürlichen Gerichtsbarkeit gehörige Ausrichtung einer von ihr selbst getroffenen Verfügung committirt hat: so ist künftig sowol in der den hiesigen Anzeigen inserirten Bekanntmachung, als auch in den Substitutions-Patenten zu setzen, daß die Versteigerung im Auftrage oder auf Verfügung der f. Kammer geschehe.

Resc. h. K. E. v. 22. Mai 1828.

Es ist bei einigen h. Kr. Aemtern Zweifel darüber entstanden, ob die Strafgebelde, welche rentirenden Diensten zuerkannt sind, in die Kreisarmencasse zur Einnahme kommen, oder an die h. Kammer-Casse abgeliefert werden müssen.

Wie es jedoch unbezweifelt ist, daß diese Strafen nicht zu den Orts- und Geldpo-

lizei = Strafen gehören, welche in den Landstädten bei den Cämmerei = Cassen und auf dem Lande bei den Kreisarmen = Cassen vereinnahmt werden, so haben die h. Kr. Aemter hierunter, in Gemäßheit des höchsten Circul. = Resc. vom 19. Decbr. 1821 zu verfahren und erstgenannte Strafgeelder an die h. Kammer = Cassen einzusenden, auch h. Kammer = Cassen jedesmal davon in Kenntniß zu setzen.

Reglement h. R. C. für die in den Sollinger Steinbrüchen arbeitenden Steinbrecher vom 31. Mai 1828.

Da die bisher Statt gehabte Verpachtung der Sollinger Steinbrüche mit dem 1. April d. J. beendigt und eine Administration angeordnet worden; so ist auch das unterm 1. Febr. 1796 erlassene Reglement für die Steinbrecher den jetzigen Verhältnissen nicht mehr angemessen, und wird daher hiermit aufgehoben.

Es treten dagegen vom gedachten 1. April d. J. an, folgende Bestimmungen in Kraft:

1) Die h. Steinhofs = Commission ist mit der obern Leitung des Sollinger Steinwesens beauftragt. Die sämtlichen Steinbrecher stehen zunächst unter den Befehlen des Administrators und unter der unmittelbaren Aufsicht der Steinvoigte und Steinhofs = Aufseher, deren Anordnungen schuldige Folge zu leisten ist.

2) Wenn ein Steinbrecher über die angestellten Stein = Voigte oder Steinhofs = Aufseher Beschwerden zu führen hat, so wendet er sich an den Administrator. In dem Falle aber, daß er bei dessen Verfügung sich nicht beruhigen zu können glaubt, oder im Falle er über den Administrator Klage hat, steht es ihm frei, bei der h. Steinhofs = Commission eine schriftliche Vorstellung einzureichen.

3) Es sollen zwar zum Betriebe derjenigen Brüche, welche Steinbrecher in Folge von Concessionen bisher bearbeitet haben, wenn sie sich unverweilich betragen, keine andere Steinbrecher angelegt, vielmehr so viel als thunlich solche Brüche durch die bisherigen Arbeiter vorzugsweise betrieben werden; sobald sie jedoch dem Inhalt der Concession zuwider handeln, sich Veruntreuungen, Entwendungen oder andere Vergehen zu Schulden kommen lassen, werden sie mit den, nach den §. 11. cc. bestimmten Strafen belegt.

4) Diejenigen Steinbrecher, welche ohne bestimmte Zusicherung auf die Fortdauer der Arbeit angestellt sind, oder in der Folge angenommen werden, sind als gewöhnliche Lohnarbeiter anzusehen und können von dem Administrator mit Genehmigung der h. Steinhofs = Commission zu jeder Zeit, wenn die Umstände oder ein pflichtwidriges Betragen es erfordern, gänzlich abgelegt werden.

5) Ohne ausdrückliche schriftliche Erlaubniß von dem Administrator ist es den Steinbrechern nicht gestattet, Gehilfen oder Tagelöhner zur Bearbeitung der Brüche anzunehmen. Im Falle der Genehmigung sind sie für solche Gehilfen verantwortlich; auch haben diese, selbst wenn sie Söhne oder Verwandte der Steinbrecher sind, keine Ansprüche auf fortwährende Arbeit oder Annahme als Steinbrecher.

6) Die Brecherlöhne werden im Frühjahr für jeden Bruch auf die bevorstehende Ar-

beitszeit mit Ausnahme außerordentlicher Fälle von der h. Steinhofs-Commission und dem Administrator bestimmt. Ueber den Verdienst wird mit jedem Steinbrecher ein Lohnbuch gehalten, welchem dies Reglement vorgeheftet ist.

7) Auf die in den Winter-Monaten zu verrichtende Arbeit des Abräumens, wird zwar bei der Bestimmung der Löhne im Allgemeinen Rücksicht genommen, jedoch sollen auf vorgängige Untersuchung der h. Steinhofs-Commission und des Administrators für ungewöhnliche Arbeiten billige Abräumungskosten verwilligt und ausbezahlt werden. Für das in den Winter-Monaten verrichtete Abräumen wird, wie bisher, ein angemessener Vorschuß verwilligt, welcher von dem Verdienste der Steinbrecher bis zum 1. Octbr. jedes Jahrs abgezogen und getilgt wird.

8) Die Anfertigung und Anlieferung der Steine, die Anordnung im Betriebe der Brüche, die Annahme von Tagelöhnern, bleibt dem Administrator überlassen. Die Steinbrecher haben seinen Befehlen willige Folge zu leisten, sich auch mit ihren persönlichen Gesuchen an ihn zunächst zu wenden.

9) Den Steinbrechern ist jeder Verkauf von Steinen, wozu auch die Bruch-, Quader- und Werksteine gehören, deren Verkauf ihnen bisher nachgelassen war, ausdrücklich untersagt; sie werden für diese letztere Steinsorte eine angemessene Bezahlung des Brecherlohns erhalten.

10) Die Abfuhr der fertigen Steine von den Brüchen wird von dem Administrator angeordnet, jedoch wird dem Steinbrecher auf den Arbeitslohn der auf dem Bruche vorrätigen, mit Genehmigung des Administrators angefertigten Steine, ein angemessener Vorschuß ausbezahlt, in sofern der Vorrath über 6 Fuder beträgt.

Bestimmungen über die Vergehen der Steinbrecher.

11) Die Steinbrecher sollen durch Steinfuhrleute ohne Beisein oder ohne Anweisung der Steinvoigte keine Sorte und Gattung von Steinen aus den Brüchen abfahren lassen. Der h. Steinhofs-Commission oder dem Administrator ist es erlaubt, in vorkommenden besondern Fällen von dieser Vorschrift, durch Ertheilung schriftlicher Anweisung abzuweichen und eine für jeden Fall zweckdienliche Einrichtung zu treffen.

12) Jeder Steinbrecher ist verbunden, den im Betriebe habenden Steinbruch ordnungsmäßig und nicht auf den Raub zu bearbeiten, sondern den Stein in die Tiefe zu verfolgen und sorgfältig auszuarbeiten. Wer den desfallsigen Anordnungen und Vorstellungen seiner Vorgesetzten nicht Folge leistet, verfällt in eine Strafe von 6 Ggr.

13) Der Steinbrecher ist gehalten, den von und aus seinem Bruche fortzuschaffen: den Abraum und Kummer nur allein an denjenigen unschädlichen Orten aufzuschütten, welche ihm von dem Steinvoigte dazu angewiesen werden, bei Vermeidung einer Strafe von 6 Ggr. und Fortschaffung des etwa schon aufgehäuften Kummers an den von dem Steinvoigte angewiesenen Ort.

14). Sollte ein Steinbrecher dem angränzenden Steinbruche mit dem Betriebe so nahe kommen, daß ein Ueberschreiten seiner Bruchgränze zu befürchten ist; so hat der-

selbe dem Steinvoigte, welcher eine für beide Steinbrecher verbindliche Entscheidung treffen wird, in Zeiten Anzeige zu machen. Für jedes eigenmächtige Ueberschreiten seiner Gränze in einen andern Bruch, hat der Schulbige eine Strafe von 8 Ggr. für jedes über seine Gränze hinaus gebrochene Fuder Steine zu bezahlen und den Bearbeiter des angränzenden Bruchs schadlos zu stellen, falls der Steinvoigt einen demselben dadurch erwachsenen Schaden attestiren sollte. Auf den letztgedachten Schaden-Ersatz ist ebenfalls zu erkennen, und der Steinbrecher in eine Strafe von 8 Ggr. zu verurtheilen, wenn derselbe seine Gränze überschritten, aber noch keinen Stein in dem angränzenden Bruche angefertigt haben sollte.

15) Sollten, behuf gestatteter Erweiterung von Brüchen, Bäume weggenommen werden müssen, so hat der Steinbrecher dem betreffenden Steinvoigte Anzeige davon zu machen und dessen Anordnungen zu gewärtigen, widrigenfalls der Steinbrecher als Forstfrevler betrachtet und rücksichtlich der untergrabenen und umgefallenen Bäume ebenfalls so betrachtet und bestraft werden soll.

16) Ein Steinbrecher darf ohne einen, von der h. Steinhofs-Commission oder dem Administrator auf bestimmte Forstorte oder Forst-Orts-Abtheilungen und gewisse Tage auszu stellenden Erlaubnißschein, welcher, bevor die Arbeit begonnen wird, unfehlbar dem betreffenden Revierförster vorzuzeigen ist, nicht nach einem neuen Steinbruche schürfen, bei Vermeidung einer Strafe von 12 Ggr., außer dem vollständigen Ersatze des etwa angerichteten Schadens.

17) Jedes von den Steinbrechern eingeschlagene Schürfloch ist bei Vermeidung einer Strafe von 12 Ggr. wieder zuzuworfen.

18) Ist von dem Steinbrecher ein guter Stein aufgefunden worden, so hat derselbe zu der Aufnahme des neuen Steinbruchs die schriftliche Erlaubniß von dem Administrator einzuholen.

Jeder Steinbrecher, welcher den neu aufgefundenen Bruch ohne diese Erlaubniß in Betrieb setzt, verfällt in eine Strafe von Einem Thaler.

19) Die Bestimmungen der §§. 14. und 16. finden gleichmäßige Anwendung in Betreff der Aufnahme alter, verlassener Steinbrüche.

20) Jedem Steinbrecher ist es untersagt, Gehilfen oder Tagelöhner, selbst wenn es seine Ehre oder Verwandte sind, ohne schriftliche Erlaubniß des Administrators in seinem Bruche arbeiten zu lassen, oder zur Hilfe zu nehmen, bei Vermeidung einer Strafe von 4 Ggr. für jeden Arbeiter und für jeden Tag.

21) Wenn ein Steinbrecher den bisher betriebenen Steinbruch ohne Erlaubniß des Administrators verläßt, und innerhalb eines ganzen Jahrs nicht betrieben hat, so ist der Bruch als verfallen zu betrachten und soll über den Betrieb desselben den Umständen nach anderweit verfügt werden.

22) Wenn dem Steinbrecher bestimmte Anlieferungen von Steinen von dem Administrator aufgegeben worden und er die Erfüllung dieser Auflage nicht für möglich hält;

so hat derselbe dem Steinvoigte oder dem Administrator, oder, wenn er kein Gehör finden sollte, der h. Steinhofs-Commission, welche eine definitive Entscheidung treffen wird, Vorstellung zu machen, widrigenfalls aber, und wenn die Arbeit nicht in der bestimmten Frist beendigt wird, Einen Thaler als Strafe zu erlegen.

23) Würde der Steinbrecher die ihm aufgegebenen Lieferung binnen der bestimmten Zeit überall nicht beschaffen, so steht es dem Administrator frei, den Bruch, aus welchem die Lieferung erfolgen soll, durch andere Arbeiter so lange, bis das angeforderte Quantum gefördert sein wird, betreiben zu lassen.

24) Wenn der Steinbrecher das in den Winter-Monaten vom 1. Octbr. bis Ende März zu verrichtende Abräumen entweder gar nicht, oder nicht vollständig besorgen kann; so hat er dem Administrator die Behinderungsgründe anzuzeigen. Im Unterlassungsfalle verfällt er in eine Strafe von 1 Thlr. Für den Abraum wird sodann eine gewisse Frist von dem Administrator bestimmt, und wenn er solche nicht einhält oder gegründete Ursachen deshalb nicht angiebt, so wird angenommen, daß er die Arbeit aufsagt, und soll der Steinbruch einem andern eingethan werden.

25) Die Steinbrecher sind verbunden, die Dachsteine so zu bearbeiten und aufzusetzen, daß ein Fuder 40 Stück große, 12 bis 15 mäßige, 20 bis 24 Zoll breite, 40 Stück mittlere, 8 bis 9 mäßige, 14 bis 16 Zoll breite und 40 Stück kleine, 6 mäßige, 10 bis 12 Zoll breite Steine enthält, und daß damit 120 □Fuß auf dem Bruche gedeckt werden können, ohne daß schlechte, untaugliche Steine, welche letztere überall zurückzuwerfen sind, sich darunter finden; bei Vermeidung einer Strafe von 6 Pf. für jeden untauglichen Stein und für jeden □Fuß, welcher an den zu deckenden 120 □Fuß fehlt.

Die Dehl- und Legesteine werden nach den durch die Rahmen bestimmten Größen in untadelhafter Güte angefertigt und ist von dem Steinbrecher darauf vorzüglich Bedacht zu nehmen, daß die glatte Seite der Steine zu der Schlage-Seite genommen werde, auch daß die Legesteine nicht unter $1\frac{1}{4}$ Zoll Stärke, die Dehlsteine aber 2 Zoll und darüber halten, auch hat der Steinbrecher diejenigen Steinsorten fertig zu machen, welche der Administrator behuf Befriedigung der eingegangenen Bestellungen anfordert, bei Vermeidung einer Strafe von 6 Pf. für jede untaugliche Elle oder für jedes Stück, das die Maße nicht hat, oder zu einer verbotenen Sorte zugerichtet ist.

26) Die auf dem Bruche geschlagenen Dachsteine müssen, sobald als der Vorrath 2 Fuder beträgt, sofort sortirt und in Fudern aufgesetzt werden, widrigenfalls der Contravenient in eine Strafe von 6 Ggr. für das Fuder verfällt.

27) Den Steinbrechern ist es aufs Strengste verboten, Steine irgend einer Art, sie mögen in spaltbaren oder unspaltbaren Steinen bestehen, für sich oder für Rechnung des Administrators eigenmächtig zu verkaufen, oder, unter welchem Vorwande es auch sei, zu entwenden oder entwenden zu lassen. Vielmehr haben die Steinbrecher alle sich bei ihnen meldenden Käufer, an den Steinvoigt oder an den Administrator zu verweisen.

Für

Für jeden verkauften oder auf irgend eine Weise entfremdeten Stein wird der Werth desselben als Strafe erlegt und außerdem ein gleicher Betrag an den Administrator als Schadenersatz von dem Steinbrecher baar vergütet.

28) In eine gleiche Strafe verfällt jeder Steinbrecher, welcher den Steinfuhrleuten ohne Weisung oder Anweisung des Steinvoigts Steine verabsolgen läßt.

29) Sind die Steine in Abwesenheit des Steinbrechers von dem Bruche entwendet; so wird derselbe so lange als Theilnehmer dieser Entwendung angesehen, und mit der im §. 27. angedrohten Strafe belegt, bis er den Beweis, daß die Entwendung ganz ohne sein Wissen, Zuthun oder Verschulden geschehen ist, vollständig geführt haben wird.

30) Die Steinbrecher sind hiermit angewiesen, keinem Fuhrmanne, welcher vor Sonnenaufgang sich zum Laden von Steinen, selbst mit einem von dem Steinvoigte ausgestellten Ladescheine einfinden sollte, die Abfuhr der Steine zu gestatten, und ist der Fuhrmann bis Sonnenaufgang aufzuhalten.

Die Fuhrleute, welche sich des Abends oder an Sonn-, Fest- und Bußtagen zur Ladung anfinden, sind gänzlich wegzuweisen, wenn sie auch mit einem Ladescheine versehen wären. Jeder Contravenient verfällt in eine Strafe zu dem doppelten Werth-Be-trage der zur Unzeit geladenen Steine.

31) Alle und jede von den Steinbrechern vor Sonnenaufgang oder nach Sonnen-untergang, so wie an Sonn- und Fest- oder Bußtagen begangenen Contraventionen wer-den mit dem Duplo der vorstehend bestimmten Strafen belegt.

32) Sobald ein Steinbrecher, der nach Publication dieses Reglements wegen ir-gend eines Verbrechens schon einmal schuldig erkannt ist, nach eingetretener Rechtskraft des Erkenntnisses eine zweite Contravention begehet, so wird derselbe mit dem Duplo der vorstehend bestimmten Strafen belegt. Im dritten Contraventionsfalle soll derselbe mit ei-ner auf den vierfachen Gelbbetrag sich belaufenden Strafe belegt werden.

Bei dem vierten Male aber soll auf die vierfache Strafe nochmals erkannt und außerdem der unverbesserliche Frevler gänzlich und für immer aus der Steinbrucharbeit verwiesen werden und keine Ansprüche auf Entschädigung für Abräumen oder sonstige Arbei-ten, welche er auf den Bruch verwandt hat, machen können.

33) Wenn ein Steinbrecher ungebührliche Handlungen begehet, oder tadelhafte Ar-beiten vollführt und durch die Anordnungen des Steinvoigts oder sonstiger Officanten sich nicht sofort warnen und augenblicklich zu dem richtigen Verfahren bewegen läßt, sondern vielmehr auf die verbotene Weise fortfährt, so wird derselbe für seinen hartnäckigen Un-gehorsam, mit eintägiger und dem Antrage h. Steinhofs-Commission zufolge, bis auf acht Tage zu erhöhender Gefängnißstrafe, unter Vorbehalt der eigentlichen damit ver-zirkten Geldstrafe, belegt.

34) Sollte ein Steinbrecher das ihm von dem Administrator zugestellte Lohnbuch abhanden kommen lassen, so soll derselbe mit einer Strafe von 4 Ggr. belegt werden,

und die in den Büchern des Administrators befindliche Conto in Absicht seines Credit und Debet völligen Beweis ausmachen.

35) Wenn ein Steinbrecher auf erhaltene zweimalige Vorladung vor der h. Steinhofs-Commission oder vor dem Administrator nicht erscheint, und innerhalb der nächsten drei Tage nach der zweiten Ladung sich nicht durch stattgehabte Krankheit oder Abwesenheit vollständig zu entschuldigen im Stande ist, so verfällt derselbe in eine Strafe von 6 Ggr.

36) Wörtliche und thätliche Widersprechlichkeiten oder Beleidigungen der Steinbrecher gegen die Steinvoigte und Aufseher werden nach dem Antrage h. Steinhofs-Commission mit einer Strafe von 1 bis 5 Thlr. oder verhältnismäßiger Gefängnißstrafe belegt.

Eben dasselbe mit Berücksichtigung der erschwerenden Umstände findet statt, wenn ein Steinbrecher sich gegen ein Mitglied der h. Steinhofs-Commission, den Administrator oder den zur Aufsicht angewiesenen herrschaftl. Forstofficianten, widerseztlich oder beleidigend beweiset.

37) Uebrigens dient den Steinbrechern zur Nachricht, daß die Forstbedienten, das h. Polizei-Militair, die Chauffee- und Zolleinnehmer, Chauffee-Aufseher und Wärter, die Anweisung erhalten werden, auf etwaige Entwendungen genau zu achten, und daß den Denuncianten, mit Ausnahme der Steinvoigte und Steinlager-Aufseher, die Hälfte der zu erkennenden Strafe als Remuneration zugesichert ist.

Resc. h. St. M. v. 19. Juli 1828.

Da es für nöthig und angemessen erachtet worden, ein neues Reglement für die in den Sollinger Steinbrüchen arbeitenden Steinbrecher zu erlassen, so wird dasselbe dem h. Distr. Ger. H. hierbei mitgetheilt, um solches in Zukunft bei etwa erforderlich werdenden richterlichen Entscheidungen in den dazu geeigneten Fällen zum Grunde zu legen.

Resc. h. R. C. v. 28. November 1828.

Aus einem Berichte des h. Kr. Amts Wolfenbüttel vom 5. Octbr. d. F. hat h. R. C. gesehen, daß die Pferde haltenden Brinkfizer und Anbauer in den Amtsdörfern des dortigen Gerichtskreises bei der Subrepartition der Brennholzfuhrn für die h. Hofhaltung und die herrschaftl. Magazine bisher unberücksichtigt geblieben sind. Es ist jedoch im §. 2. des höchsten Reglements vom 28. Juli 1763 ausdrücklich bestimmt, daß, um den Fuhrleuten hierunter so viel als möglich alle Erleichterung und Hilfe zu verschaffen, zu der Brennholzanzuhr alle und jede mit Zugpferden versehene Unterthanen in den Amtsdörfern concurriren sollen. Unter dieser generellen Bestimmung sind also auch diejenigen Zugpferde, welche die Brinkfizer und Anbauer etwa halten, mit begriffen; und wenn gleich, um den Repartitionsfuß zu bestimmen, beispielweise nur Ackerleute, Halbspänner und Rothfassen genannt worden sind; so wird hieraus eine Befreiung der von den Brinkfizern und Anbauern gehaltenen Pferde nicht abgeleitet werden können, als der Fall, daß Brinkfizer und Anbauer Zugpferde halten, zu der Zeit der Erlassung des Reglements, wohl gar nicht vorkam und auch jetzt nur ausnahmsweise eintritt.

Da diese Holzfuhrn mit der gewöhnlichen Dienstpflicht der Amtsunterthanen in

Kammer, Rescripte. Kammer Schulden. Kirchenbücher, Rescripte. 187

gar keiner Verbindung stehen, die Verbindlichkeit dazu auch weder aus dem Gemeinerverbande entspringt, noch an den Besitz von Grundstücken geknüpft ist, sondern lediglich durch das Halten von Zugpferden begründet wird, so kann auch durch das bisher geschehene Uebersehen einzelner Brinkfeger und Anbauer mit diesen Fuhren eine Befreiung dieser Unterthanen=Classe für die Zukunft nicht herbeigeführt, und eine rechtsbeständige Observanz nicht gebildet sein, vielmehr haben die übrigen bespannten Unterthanen das begründetste Recht, daß jene zu den Holzfuhren in der Maße, wie solches bei den einzelnen Rotherpferden bestimmt ist, mit heran gezogen werden.

Es ist hiernach bei der Subrepartition der Holzfuhren künftig zu verfahren, eintretende Differenzen aber, welche durch gütliche Vorstellung nicht auszugleichen, sind zur rechtlichen Entscheidung zu verweisen.

(Vergl. Fredericksdorfs Promt. Th. 1. S. 340. Th. 3. S. 176. u. Landt. Absch. v. 1597. Art. 1.)

Kammer schulden.

Bekanntm. h. K. C., die Umschreibung einer bestimmten Anzahl älterer Schuldverschreibungen betr. (S. 43.) [No. 10.] (21. Novbr. 1829.)

Die neu auszufertigenden Kammer=Obligationen sollen auf den Inhaber lauten und mit halbjährigen Zinscoupons auf 10 Jahre versehen werden. (S. 43.) [No. 10.] (21. Novbr. 1829.)

Formular. (S. 44.) [No. 10.] (21. Novbr. 1829.)

Kirchenbücher.

Resc. h. St. M. v. 15. August 1828.

Da sich bei der Revision der eingesandten Seelenlisten vom Jahre 1827 ergeben hat, daß bei verschiedenen h. Kr. Aemtern bei der Zusammenstellung der Volksmengen der Gemeinen nicht mit der gehörigen Sorgfalt zu Werke gegangen ist und mehrere Unrichtigkeiten in der Zusammenziehung der Zahlen haben ausgebeßert werden müssen, so haben die h. Kr. Aemter diesem Gegenstande ihre Aufmerksamkeit zu widmen, so wie zu verfügen, daß in Zukunft die Trennung von Stadt- und Land-Gemeinen hinwegfallen und die Volksmenge derselben in eine Liste eingetragen und zusammengezogen werde.

Resc. h. C. v. 26. April 1829.

Da von mehreren Kirchenbuchführern über die Anwendung der in dem Reglement vom 10. Decbr. 1814, die Führung der Kirchenbücher betr., II, 16. enthaltenen Vorschrift, daß in die Duplicate auch die Marginalberichtigungen und Bemerkungen der Originale mit übertragen werden sollen, Zweifel erhoben worden sind, so werden zur Erläuterung jener Vorschrift folgende nähere Bestimmungen hinzugefügt, daß zwar, zufolge des Reglements II. 10. und 16. bei der Abschrift der Original-Kirchenbücher eine völlige, auch auf die Uebereinstimmung der Seitenzahlen sich erstreckende Gleichförmigkeit der Duplicate mit jenen, welche von den Kirchenbuchführern auf Eid und Pflicht verbürgt wird, zu

188 Kirchenbücher, Kirchen- und Schulangelegenheiten, Rescripte.

Stande gebracht, und daher auch die Marginal-Berichtigungen und Bemerkungen mit übertragen werden müssen, daß jedoch dies auf Schreibfehler, welche der Hand des Kirchenbuchführers beim Schreiben des Originals nur entschlüpft und von demselben in der Randcolumnne sogleich berichtigt sind, mithin auf solche Wörter oder Buchstaben, welche der Kirchenbuchführer gar nicht hat schreiben wollen und welche er daher durch die Berichtigung wieder zurückgenommen hat, nicht auszudehnen sei.

Resc. h. E. v. 10. Juli 1830.

Da verschiedentlich bemerkt worden ist, daß die Kirchenbuchführer bei Ausfertigung der Auszüge aus den Kirchenbüchern sich nicht der bei Documenten erforderlichen Genauigkeit befleißigen, indem sie besonders die Namen der in Betracht kommenden Personen nicht immer so deutlich schreiben, daß dabei Irrthum oder Zweifel nicht Statt finden kann, auch wol Correcturen und Rasuren sich erlauben, so werden sämtliche Kirchenbuchführer erinnert, daß sie auf dieses wichtige Geschäft ihrer Amtsführung ihre pflichtmäßige Sorgfalt verwenden, widrigenfalls sie zu erwarten haben, daß ungenaue und undeutlich geschriebene kirchliche Scheine ihnen zurückgegeben und statt derselben die Ausfertigung anderer Scheine von ihnen werde gefordert werden.

Kirchen- und Schulangelegenheiten.

Resc. f. E. v. 9. November 1814.

Da die Kirchen- und Pfarrwittwenhausrechnungen von manchen Orten hiesiger Lande unter der vorigen Verfassung nicht regelmäßig zur Revision alhier eingegangen, von einigen auch schon früherhin rückständig geblieben sind: so wird es um so nöthiger sein, daß die ehemalige Ordnung der Dinge auch hierin bald möglichst wieder hergestellt werde, je mehr das gemeine Beste solches erheischt, und je dringender daran durch mehrere anhero erlassene höchste Rescripte bereits erinnert worden ist.

Dem zufolge werden nun sämtliche geistliche und weltliche Herren Kirchenvisitatoren im Lande angelegentlich hierdurch aufgefordert, nicht nur den Kirchenrechnungsführern ihres Bezirks bei Mittheilung des gegenwärtigen Ausschreibens, wovon die nöthigen Exemplare den geistlichen Herren Visitatoren hierbei zugestellt werden, die ungesäumte Ablegung der bei ihnen etwa rückständig gebliebenen Rechnungen aufzugeben und über deren Ablieferung ernstlich zu halten, sondern auch die von Jenen eingegangenen und künftig eingehenden Rechnungen fordersamst zu moniren und nach erfolgter Beantwortung der darüber gemachten Erinnerungen abzunehmen, auch mit den Abnahmeprotokollen anhero einzusenden, wobei f. Consist. zu denselben vertrauet, daß sie ihrer Obliegenheit hierin ohne weiteres besonderes Auerinnern aus eigenem Pflichtgefühle nachzukommen nicht ermangeln werden.

Ausschr. f. E. v. 28. Februar 1816.

Damit von den Predigern und andern Rechnungsführern der Kirchen und sonstigen frommen Stiftungen des hiesigen Landes der höchsten Verordn. vom 4. Decbr. des vo-

rigen Jahrs, die Liquidation der Landesschulden und die Zinszahlung davon betr., (f. Verordnungsammlung von 1815 Nr. 18.) desto genauer nachgelebt und zugleich etwaigen Irrungen und unnöthigen Weitläufigkeiten thunlichst vorgebeugt werde, hat f. Confist., nach vorgängiger Communication mit der f. Landesschuldenliquidations-Commission, durch gegenwärtiges Ausschreiben über verschiedene Punkte folgende nähere Anweisung zu ertheilen nöthig gefunden.

1) (Zu den §§. 1. 4. und 8. der allegirten höchsten Verordn.) Da den Kirchen und andern frommen Stiftungen des hiesigen Landes, nach einer bereits im Octbr. 1814 und im Febr. 1815 getroffenen höchsten Verfügung, die Zinsen von ihren bei den hiesigen Landesscassen vor der französischen Occupation belegten Capitalien für die Calenderyahre 1814 und 1815 aus. f. Generalcasse vorschußweise schon angewiesen sind und bezahlt sein müssen: so werden denselben nunmehr die ferneren Zinsen durchgängig, vom 1. Jan. des jetzt laufenden Jahrs 1816 an gerechnet, bis zu den in den ursprünglichen braunschw. Landesobligationen ausgedrückten Verfalltagen d. J., der erwähnte Zeitraum fasse nun mehr oder weniger Monate und Tage in sich, nachbezahlt werden. Hiernach sind also die fälligen Zinsen demnächst genau auszurechnen, und die Zinsquittungen gehörig abzufassen. Im künftigen Jahre 1817 tritt alsdann die Zinszahlung zuerst wieder in ihre ehemalige Ordnung zurück, mithin müssen auch dann und in den folgenden Jahren die Quittungen wieder, wie vormalß, jederzeit über obligationsmäßig einjährige Zinsen ausgestellt werden.

Hinsichtlich der Zinszahlung aber von den während der französischen Occupation, also in den Jahren 1806 und 1807, bei der braunschw. Landschaft für Kirchen und andere fromme Stiftungen belegten Capitalen, worauf vorschußweise noch keine Zinsen angewiesen und bezahlt sind, wird es, nach Vorschrift der oben gedachten Verordn., damit eben so, wie mit allen übrigen Landesschuldencapitalen, gehalten, und die Zahlung dergestalt geleistet werden, daß in dem nach dem 1. Januar d. J. 1816 zunächst eintretenden obligationsmäßigen Termine gleich einjährige Zinsen, bis in das vorige Jahr 1815 zurückgerechnet, erfolgen. Hiernach sind dann auch die Zinsquittungen mit der erforderlichen Genauigkeit einzurichten.

In beiden hier gedachten Fällen sind die älteren braunschw. Originalverschreibungen, nachdem solche, mit der nöthigen Bescheinigung der f. Liquidations-Commission versehen, von derselben, in Gemäßheit der Verordnung, zurückgegeben sein werden, bei der nächsten Zinserhebung und Einreichung der Quittungen bei f. Generalcasse mit vorzuzeigen.

2) (Zum §. 14.) Auf gleiche Weise, als im zweiten Absätze des ersten Abschnitts bemerkt worden, ist es auch mit den von Kirchen und andern frommen Stiftungen an die Schloßbaukasse in Braunschweig ausgeliehenen Capitalen, worauf die Zinsen in den letztern Jahren gleichfalls rückständig geblieben, zu halten, und sind die Quittungen über die fälligen Zinsen darnach gehörig abzufassen.

3) (Zum §. 7.) Zur Erleichterung der Liquidation der den Kirchen und andern

frommen Stiftungen zustehenden Landeschuldencapitale und zur Ersparung desfalliger Kosten, ist die f. Landeschuldenliquidations-Commission damit einverstanden, daß diejenigen Prediger, welche Rechnungsführer der Kirchen und sonstigen frommen Stiftungen sind und persönlich vor der Commission zu erscheinen verhindert werden, Bevollmächtigte für sich substituiren, und auf diese eigenhändig geschriebene, ihre eigenhändige volle Namens- und Amtsunterschrift, nebst beigedrucktem Kirchensiegel, enthaltende Vollmachten, ohne sonstige gerichtliche Formlichkeiten, ausstellen.

Diejenigen Rechnungsführer von Kirchen und andern frommen Stiftungen, welche nicht Prediger sind und kein Kirchensiegel führen, haben, wenn sie vor f. Liquidations-Commission persönlich nicht erscheinen können, eine solche Vollmacht gleichfalls eigenhändig auszustellen, auch mit ihrem vollen Namen zu unterschreiben, und hierauf die competenten geistlichen und weltlichen Kirchensvisitatoren um Beglaubigung der ihnen zu dem Ende vorzulegenden Vollmacht, mittelst Unterschrift und Amtsiegels, zu ersuchen. — Die Stempeltaxe und Gerichtsporteln bei solchen Vollmachten und deren Beglaubigungen sind übrigen, nach der in den Br. Anz. enthaltenen Bekanntmachung vom 20. Januar 1815, erlassen, und bedarf es also überhaupt zu dergleichen Vollmachten der Stempelbogen nicht.

Behuf gleichförmiger Abfassung der Vollmachten erfolgen zwei den jedesmaligen Umständen anzupassende, mit A. und B. bezeichnete, die Landeschuldencapitale und Schloßbaucapitale betreffende Formulare hierbei.

Uebrigens kann zum Bevollmächtigten jeder verständige und zuverlässige Mann, wenn gleich derselbe kein Rechtsgelehrter ist, gewählt werden, und haben die Rechnungsführer bei diesem Geschäfte thunlichste Kostenersparung zu berücksichtigen.

Auch ist von jedem Rechnungsführer, obgleich demselben die Verwaltung des Vermögens mehrerer Kirchen und anderer frommen Stiftungen zusteht, wegen der Landesobligationen nur Eine Vollmacht, worin sie Alle, soweit ihnen dergleichen Obligationen gehören, zu benennen sind, erforderlich. — In Rücksicht mehrerer Schloßbaucassenverschreibungen bedarf es gleichfalls nur Einer, jedoch besonderen Vollmacht.

4) (Zum §. 5.) Den bei f. Liquidations-Commission, nebst den vorhandenen Zinscoupons einzureichenden, gegen die ursprünglichen braunschw. Landesobligationen eingetauschten, westphälischen Originalobligationen, welche nicht mit den in der Usurpationsperiode wegen der verschiedenen Zwangsanleihen ausgestellten Obligationen zu verwechseln sind, ist zugleich ein Verzeichniß solcher in Gewahrsam des Kirchenrechnungsführers zeither befindlich gewesenem Verschreibungen, worin Buchstab, Nummer, Folium der geschehenen Eintragung, Datum, Capitalbetrag, Zinsfuß und die Stückzahl der anliegenden Zinscoupons bemerkt worden, beizufügen, auch eine Abschrift dieses Verzeichnisses zu eigener Nachricht zurückzubehalten.

Die Einreichung der unter der fremden Regierung bei dem Obligationsumtausche den Staatsgläubigern eingehändigten kurzen Abrundungsabrechnungen ist jedoch bei der gegenwärtigen Auslieferung der westphälischen Obligationen, nach dem Schreiben der f. Li-

liquidations-Commission, nicht erforderlich, und sind daher diese Abrechnungen zu etwanigem künftigen Gebrauche zurückzubehalten.

5) (Zum §. 9.) Da diejenigen westphälischen Obligationen, welche von den Rechnungsführern der Kirchen und andern frommen Stiftungen, behuf Ausnahme von der im Jahre 1812 von der usurpatorischen Regierung geschehenen Reduction der Staatsschuld oder zur Erhöhung des Zinsfußes, an die damalige General-Intendanz des Staatsschatzes in Kassel eingesandt, von daher aber nicht zurückgekommen sind, laut Anführens der f. Liquidations-Commission, sich größtentheils in deren Händen schon befinden: so haben diejenigen Rechnungsführer, welche bei diesen Umständen die westphälischen Obligationen nicht einreichen können, nur die Nummern und Capitalbeträge derselben, so wie die Stückzahl der dabei befindlich gewesenen Zinscoupons, auch daß und wann die Obligationen nach Kassel gesandt worden, in einer ohne Stempel aufzusetzenden und mit Ort, Datum und voller Namens- und Amtsunterschrift zu versehenen Anzeige gehörig nachzuweisen; worauf ihnen, des Mangels der Obligationen ungeachtet, vorläufige Beglaubigungsscheine, demnächst aber die ältern Verbriefungen selbst sollen zugesellt werden. — Sollten sich jedoch in einzelnen Fällen die angeblich nach Kassel eingesandten Obligationen wider Verhoffen nicht unter den bei der gedachten Commission vorhandenen Documenten befinden, so hat dieselbe für solche nicht wahrscheinliche Fälle eine weitere Bestimmung sich vorbehalten.

6) (Zum §. 10.) Was hiernächst die auf Capitale, welche für die Kirchen und anderen frommen Stiftungen bei den hiesigen Landescaffen — wie im Anfange des ersten Abschnitts erwähnt ist — vor der franzöf. Occupation belegt, und worauf die Zinsen von den Jahren 1814 und 1815 schon erhoben worden, von den Monaten Novbr. und Decbr. 1813 noch rückständig gebliebenen Zinsen betrifft, so ist durch ein unter dem 12. d. M. an die f. Generalcasse ergangenes und von f. Liquidations-Commission dem f. Consist. in Abschrift mitgetheiltes höchstes Resc. genehmiget, daß den besagten Kirchen und andern frommen Stiftungen hiesigen Landes die bemerkten zweimonatlichen Capitalzinsen sofort ausgezahlt werden. — Hiernach haben also die Rechnungsführer solcher Kirchen u. s. w. diese Zinsen aus f. Generalcasse, mittelst Einreichung gehöriger Quittungen darüber, eingesäumt zu erheben.

7) (Zu den §§. 15. 16. und 17.) Falls auch etwa einer einzelnen Kirche oder andern frommen Stiftung an die Landesverwaltung aus der vor der westphälischen Occupation vorhergehenden Periode noch Forderungen zustehen sollten, sei es aus Rückständen oder aber aus geschehenen Vorschüssen oder sonstigen von der Landesverwaltung aufgetragenen Leistungen: so ist deren vorschriftsmäßige gehörige Liquidation vor dem 30. Jun. d. L. nicht zu verabsäumen. Wenn aber solche Forderungen schon bei der vormaligen Partikularliquidation zu Braunschweig gehörig angemeldet worden, so ist bloß darauf Bezug zu nehmen. — Hierunter sind jedoch alle diejenigen Zahlungen und Leistungen, welche, wie z. B. die Vorschußsteuer vom Kirchen-Pfarrlande u. s. w. auf allgemeinen Aufschreibung

Kirchen- und Schulangelegenheiten, Rescripte.

gen beruhen, oder auch die das Land oder dessen Einwohner betroffenen Kriegsschäden, ferner — wie sich von selbst versteht, — die während der feindlichen Usurpation zu den gezwungenen Staatsanleihen gezahlten Beiträge, nicht mit begriffen.

Der Herr Generalsuperintendent hat nun den Herren Superintenden ten in der ihm anvertrauten General-Inspection, und durch diese den unter denselben stehenden Herren Predigern und andern Rechnungsführern der Kirchen und sonstigen frommen Stiftungen, Jedem ein Exemplar dieses, behuf leichterer Verbreitung, gedruckten Ausschreibens, wovon die erforderliche Anzahl hierbei erfolgt, bald möglichst zuzustellen, und ihnen zugleich die sorgfältige Beobachtung und Befolgung der darin enthaltenen Vorschriften, so wie die thunlichste Beeilung des Geschäfts, unter Hinweisung auf die Verordn. vom 4. Decbr. 1815 selbst und auf die in den vorigjährigen Br. Anz. stehende Bekanntmachung der f. Landesschuldenliquidations-Commission vom 12. desselben M., zur Pflicht zu machen.

A.

Da ich, unterschriebener zeitiger Rechnungsführer der Kirche (Pfarrwitwenhaus-Casse ic.) zu ———, verhindert bin, der Wiedereintausch der, der besagten Kirche (Pfarrwitwenhaus-Casse ic.) zugehörigen ältern braunschw. Landesobligation (Obligationen) gegen eine dafür ausgestelltte westphälische Staatsobligation (gegen die dafür ausgestellten westphälischen Staatsobligationen) bei f. Landesschuldenliquidations-Commission in Braunschweig persönlich vorzunehmen; so ersuche und bevollmächtige ich hierdurch den ——— (Namen, Stand und Wohnort des Bevollmächtigten) dies Geschäft für mich zu besorgen, und alles dazu Erforderliche vorzutragen und zu verrichten, insbesondere auch die westphälische Obligation (westphälischen Obligationen) zu überreichen, und dabei die etwa nöthigen Erläuterungen zu geben, dagegen aber die vorläufige Bescheinigung und demnächst die ursprüngliche braunschweigische, von f. Liquidations-Commission visirte und attestirte Obligation (ursprünglichen braunschw., von f. Liquidations-Commission visirten und attestirten Obligationen) für mich in Empfang zu nehmen, auch zur Verfallzeit, gegen Vorzeigung dieser Originalverschreibung (Verschreibungen) und gegen Einreichung meiner Quittung (Quittungen) die fälligen Zinsen für die unter meiner Aufsicht stehende Kirche (Pfarrwitwenhaus-Casse ic.) zu erheben und mir zu übersenden. Solches Alles will ich jederzeit als von mir selbst geschehen betrachten und genehmigen, auch meinen Bevollmächtigten schadlos halten.

(Ort, Datum und Unterschrift des vollen Namens und des Standes, auch bei Predigern das Kirchensiegel.)

B.

Da ich, unterschriebener zeitiger Rechnungsführer der Kirche (Pfarrwitwenhaus-Casse zu ——— verhindert bin, die verordnete Vorzeigung der, der gedachten Kirche (Pfarrwitwenhaus-Casse) zugehörigen Obligation (Obligationen) der Schloßbaukasse in Braunschweig, behuf deren Visirung und Attestirung, bei der f. Landesschuldenliquidations-Com-

Commission daselbst persönlich vorzunehmen: so ersuche und bevollmächtige ich hierdurch den N. N., dies Geschäft für mich zu besorgen, und alles dazu Erforderliche vorzutragen und zu verrichten, auch demnächst zur Verfallzeit, gegen fernere Vorzeigung der von f. Liquidations-Commission visirten und attestirten Originalverschreibung (Verschreibungen) und gegen Einreichung meiner Quittung, die fälligen Zinsen für die meiner Aufsicht anvertraute Kirche (Pfarrwittwenhaus-Casse u.) zu erheben und mir zu übersenden.

Solches Alles will ich als von mir selbst geschehen jederzeit betrachten und genehmigen, auch meinen Bevollmächtigten schadlos halten.

(Ort, Datum und Unterschrift des vollen Namens und des Standes, auch bei Predigern das Kirchensiegel.)

Resc. f. E. v. 28. Februar 1816.

Den f. Kr. Ger. werden von dem unterm heutigen dato an die geistlichen Behörden ergangenen gedruckten Consistorial-Ausschreiben, die Liquidation der den Kirchen und sonstigen frommen Stiftungen des hiesigen Landes zugehörigen, bei den öffentlichen Cassen und bei der Schloßbaukasse in Braunschweig belegten Capitale und die Erhebung der Zinsen davon betr., die nöthigen Exemplare, zur Nachricht und Nachachtung, hierbei zugefertigt, und vertrauet f. Consist. zu denselben, daß sie diejenigen Kirchen- u. Rechnungsführer, welche nicht Prediger sind, und beauf der im 3ten Abschnitte des Ausschreibens bemerzten Beglaubigung sich an die f. Kr. Ger. wenden möchten, baldigst damit versehen, auch überhaupt den Rechnungsführern der Kirchen und andern frommen Stiftungen bei der im 6ten Abschnitte erwähnten Liquidation sonstiger Forderungen an die Landesverwaltung nöthigenfalls auf alle thunliche Weise förderlich sein werden.

Resc. f. G. R. E. v. 15. October 1816.

Nach einem Berichte des f. Consist. hat f. Kr. Ger. B. darüber Bedenken erhoben, ob die wegen Versiegelung der Pfarr-Registraturen für das Herzogthum Braunschweig erlassenen Verfügungen auch in dem Blankenburgschen zu befolgen seien. Da es nun aber allerdings die Absicht gewesen, daß der Inhalt des dem f. Kr. Ger. vom f. Consist. bekannt gemachten Resc. vom 16. Decbr. 1814 allgemein und also auch auf das Blankenburgsche angewandt werden solle, so hat f. Kr. Ger. solches sich zur Nachachtung dienen zu lassen und den auf das gedachte Resc. sich gründenden Verfügungen des f. Consist. Folge zu leisten.

Resc. f. G. R. E. v. 26. November 1816.

Da f. St. M. es am zweckmäßigsten erachtet, in Ansehung der Concurrenz der Prediger und übrigen Kirchen- und Schuldiener zu den Gemeinde-Abgaben, Lasten und Diensten im Allgemeinen die vor der feindlichen Besignahme der hiesigen Lande hierunter bestandenen Verhältnisse wieder herzustellen und f. R. dato aufgegeben ist, dieserhalb das weitere Erforderliche zu verfügen, so bleibt solches dem f. Consist. hiermit auf den Bericht nachrichtlich unverhalten.

Wege Repert. II. Zhl.

I. Resc. v. 2. Mai 1823

wegen der Prozesse der *piorum corporum* und des Versuches der Güte, vor deren Anstellung von Seiten der Kirchenvisitatoren, s. Artik. Justiz-Versaffung.

Resc. f. G. R. E. v. 25. September 1823.

Wie es sowol allgemeinen, als den in hiesigen Landen angenommenen und befolgten Grundsätzen nach, keinem Zweifel unterworfen ist, daß die Anordnungen über die sowol neben den Kirchen als von denselben entfernt befindlichen Kirchhöfe und Begräbnißplätze, es mag von deren Anlegung und Erweiterung oder von solcherhalb zu treffenden Einrichtungen die Rede sein, und die Aussicht darüber dem f. Consist. zustehet, und dasselbe nur in Fällen, wo polizeiliche Rücksichten eintreten, mit f. R. zu communiciren hat; so ist die Ansicht des f. Kr. Ger. in dem fraglichen Falle unrichtig und hätte dasselbe, als weltlicher Kirchenvisitor sich darin pflichtmäßig an f. Consist. wenden und dessen Verfügung erwarten sollen. Irrig ist auch die Meinung, daß die Verfügungen über die Kirchhöfe ein Ausfluß der geistlichen Gerichtsbarkeit seien, da solche unverkennbar einen Theil der dem f. Consist. übertragenen kirchlichen Verwaltung ausmachen; und ist es besonders ein Irrthum, wenn f. Kr. Ger. die Beerdigung der Todten nicht mehr für eine religiöse, sondern nur für eine polizeiliche Handlung halten will.

Nachricht des Magistrats der Stadt Braunschweig
vom 29. April 1826.

Der bestehenden Einrichtung nach steht den Provisoren der Kirchen in Braunschweig die Erhebung der Aufkänfte der Kirchen, die Berechnung dieser und der regelmäßig vorkommenden Ausgaben, die Aussicht auf die Gebäude und übrigen Grundstücke der Kirche zu, jedoch ist zu allen den Handlungen, welche eine außerordentliche Ausgabe zur Folge haben, auf die Veränderung der Substanz der Grundstücke wirken, den Verlust oder die Veränderung einer Gerechtsame nach sich ziehen, die Sicherheit des Capital-Vermögens der Kirche gefährden können, die Autorisation der vorgesetzten Behörde erforderlich.

Wie die übrigen, so haben auch die Provisoren der St. Magni Kirche die höhere Genehmigung einzuholen, wenn sie als Kläger oder Verklagte, in einem das Kirchenvermögen betreffenden Prozesse handeln wollen.

Die autorisirende Behörde anlangend, so ergiebt die älteste städtische Kirchenordnung vom Jahre 1531, wie ursprünglich die Verwaltung des Kirchenvermögens, und auch das der milden Stiftungen geordnet worden.

Es wurden damals Provisoren aus der Gemeinde angeordnet, jedoch so, daß für jedes *pium corpus* ein Mitglied des Magistrats zu dem Provisorat mit eintrat.

Diese Einrichtung hat sich, während übrigens manche Veränderungen in Betreff jener Verwaltung vorgingen, bis in die gegenwärtige Zeit erhalten und daraus ist das Verhältniß der Provisoren zu den Oberprovisoren erwachsen.

Das Mitglied des Magistrats, welchem das Oberprovisorat übertragen ist, hat die Cognition und Relation wegen der auf Autorisationen der vorhin erwähnten Art und

auf Ertheilung von Zahlungsbefehlen gemachten Anträge, und dem Beschlusse des Collegii gemäß wird, wenn nicht den Umständen nach zuvor höchste Genehmigung einzuziehen ist, die Autorisation ertheilt.

Als Ausnahme von der Regel hat auch das Kirchen-Cassen-Collegium eine Aufsicht auf die Verwaltung des Vermögens der Kirchen und milden Stiftungen.

Die Anschläge zu Bauten und Reparaturen werden dieser Behörde, deren Mitglied der jedesmalige Magistrats-Director ist, mitgetheilt, und nur mit Genehmigung des Kirchen-Cassen-Collegii können die Bauten ausgeführt werden. Diese Ertheilung von Zahlungsbefehlen und Autorisationen zu Prozessen steht dieser Behörde nicht zu.

Die Verbindung zwischen dem Magistrate und dem Kirchen-Cassen-Collegio läßt es zu, daß die bei der einen oder andern Behörde etwa irrig gemachten Anträge *brevi manu* an das competente Collegium abgegeben werden.

Resc. f. L. Ger. v. 22. Juni 1826.

Es hat sich der Vorfall ereignet, daß in einer, vorhin allhier rechtshängig gewesenem Ehescheidungsache, ehe das Erkenntniß, wodurch die Scheidung der Ehe ausgesprochen worden, die Rechtskraft beschritten gehabt, von einem Prediger auf Vorzeigung einer simplen Abschrift des Ehescheidungs-Erkenntnisses, obgleich in derselben ausdrücklich enthalten war, daß das Erkenntniß erst dann in forma probante ausgefertigt werden sollte, wenn es die Rechtskraft beschritten haben würde, eine anderweite Proclamation und Copulation des Ehemannes, welcher auf Scheidung der Ehe geklagt hatte, vorgenommen worden ist. Dieser Umstand hat Veranlassung gegeben, daß das f. L. Ger. das f. Consist., unter Mittheilung der nöthigen Nachricht, zugleich ersucht hat, die Prediger anzuweisen, daß die Proclamation und Copulation solcher Personen, gegen welche eine anderweite Ehe einzugehen, nachgelassen worden, nur erst dann geschehen können, wenn ihnen ein durch Unterschrift und Untersiegelung ausgefertigtes Erkenntniß, welches zugleich entweder mit einem darunter gesetzten oder mit einem begleitenden gerichtlichen Atteste versehen, daß das Erkenntniß in Rechtskraft getreten sei, überliefert werden würde, damit durch diese Vorschriftsmaßregel für die Zukunft dergleichen Versehen vorgebeugt werde.

Resc. f. C. v. 16. August 1826.

Auf den Bericht des Kr. Amts ic. genehmigt das h. Cons. den Verkauf einer Brinkfegerstelle des Dorfs E. unter den bisherigen Bedingungen; jedoch ist dem neuen Käufer bemerklich zu machen, daß er die gewöhnlichen Laudemienelder von der Kaufsumme der Kirche zu entrichten, die geschehene Entrichtung dem f. Cons. zu bescheinigen und zugleich um Ertheilung eines Erbenzinsbriefes allhier nachzusuchen habe, worauf sodann das Weitere verfügt werden wird.

Resc. f. C. v. 16. August 1826.

Das f. Cons. läßt dem Kr. Amte einen Consens zu einem Anlehne auf ein Haus, welches der Kirche St. Stephani in Helmstedt erbenzinspflichtig ist, zur Zustellung und zur Einziehung der Gebühren zu 5 Thlr. 8 Ggr. zugehen. Uebrigens haben die Kirchen-

Kirchen- und Schulangelegenheiten, Rescripte.

visitatoren bei der vorgegangenen Veränderung in der Person des Erbenzinsmannes, dem Consiten einen neuen Erbenzinsbrief gegen die, dem Herkommen nach zu zahlenden Laudemiangelder, Namens der Kirche zu ertheilen und ausfertigen zu lassen.

Resc. f. C. v. 19. August 1826.

Da vor Kurzem angezeigt ist, daß hier und da die mit der Beforgung der Schreiber beauftragten Kr. Amts-Actuarien sich, außer den ihnen für die Abschrift des Kirchenrechnungsabnahme-Protokolls verordnungsmäßig zukommenden Copialien auch noch Gebühren für die Vidimation solcher Abschrift berechnet haben, dergl. Gebühren aber nach der ausdrücklichen Vorschrift eines unter dem 24. Novbr. 1786 an f. Consf. ergangenen höchsten Resc. in den Kirchenrechnungen in Ausgabe nicht passiren sollen, so wird das f. Kr. Amt N. darauf hierdurch aufmerksam gemacht und aufgefordert, genau darüber zu halten, daß für Abschriften der Kirchen- und Pfarrwittwenhaus-Rechnungsabnahme-Protokolle Vidimationsgebühren aus den Kirchencassen nicht gefordert und genommen werden.

Resc. h. C. v. 2. September 1826.

Dem Pastor N. wird auf seine Anfrage, die Ausfertigung und Form der den Erbenzinspflichtigen der Kirche zu C. zu ertheilenden neuen Erbenzinsbriefe betr., unverhalten:

1) Die Erbenzins- und Meierbriefe, welche Namens der Kirche, der dergleichen Zins gebührt, zu ertheilen sind, werden von dem jedesmaligen Prediger in C. Namens der Kirche ausfertigt, wann in Veränderungsfällen zuvor das h. Consf. eine solche Ausfertigung genehmigt hat, auf welche Genehmigung im besagten Erbenzinsbriefe ebenfalls Bezug genommen werden muß.

2) Die Genehmigung des h. Consf. in die Veränderung des Consiten muß daher vor Ausfertigung eines neuen Erbenzinsbriefes nachgesucht und dem Pastor zu diesem Behufe zugegangen sein.

Einer Confirmation des, von demselben hiernach auszufertigenden Erbenzins- oder Meierbriefes bedarf es aber von Seiten des h. Consf. sodann nicht.

3) Die neuen Erbenzinsbriefe sind, mutatis mutandis wörtlich nach dem Inhalte und nach der Form der vorhergehenden ältern Briefe auszufertigen, auch ist der herkömmliche Zins darin unverändert beizubehalten; übrigens muß, wenn in den ältern Briefen den Praestantiariis wegen ihrer, der Kirche erbenzinspflichtigen Grundstücke, eine Befreiung von Steuern und Abgaben versprochen sein sollte (weil solche Freiheit durch spätere Landesgesetze aufgehoben ist, und nicht gewahrt werden kann), bei einem solchen passu hinzugefügt werden: „in sofern die Landesgesetze dergleichen Befreiungen gestatten.“

4) Wenn keine ältere Erbenzins- oder Meierbriefe vorhanden sind; so ist in den neu zu ertheilenden Briefen einer Befreiung der Steuern und Abgaben gar nicht zu erwähnen, sondern nur die gewöhnliche Form zu erwähnen und dabei der bisherigen Zins zu bedingen.

Für die Ausfertigung eines solchen neuen Erbenzinsbriefes ist dem Aussteller

mehr nicht, als die gewöhnlichen Copialien, nebst der üblichen Siegelgebühr, zu nehmen gestattet, welches überhaupt, ohne die besonders zu erlegende Ausgabe des Stempelpapiers über 8 Sgr. nicht betragen kann, und sind diese Gebühren unter der Ausfertigung des Briefes zu specificiren.

5) Außer der Gebühr für die Ertheilung des neuen Erbenzinsbriefes sind aber auch von denjenigen Besitzern, welche durch Kauf oder Lausch die pflichtigen Kirchengrundstücke sich verschafft haben, desgleichen von denjenigen, welche solche als Mitgabe bei ihrer Verheirathung zugekommen sind, die gewöhnlichen Laudemialgelder zu zwei Procent von dem Kaufpreise oder dem abzuschätzenden Werthe der Grundstücke; welcher letztere nöthigenfalls vom h. Kr. Amte zu bestimmen sein wird, an die Kirche zu bezahlen und in der Kirchenrechnung zu vereinnahmen.

Ans schreiben h. E. v. 20. September 1826.

Da h. E. seit einiger Zeit in Erfahrung gebracht hat, daß die Vorschriften der höchsten Verordn. vom 9. April 1768, die kirchlichen Verhältnisse, Rechte und Obliegenheiten der römisch-katholischen Einwohner hiesiges Landes betref., besonders in Hinsicht auf die Verheirathung protestantischer mit römisch-katholischen Glaubensgenossen, und vorzüglich auf die hierbei zwischen den Verlobten darüber, in welcher christlichen Confession die aus der künftigen Ehe erfolgenden Kinder unterrichtet und erzogen werden sollen, zu schließende Uebereinkunft, auch von den protestantischen Predigern, soweit diese Vorschriften sie angehen, nicht immer gehörig beachtet und befolgt worden: so ist von h. E. nöthig gefunden, selbige bei ihnen in Erinnerung zu bringen, und werden daher sämtliche protestantische Prediger hiesiges Landes zur sorgfältigen Beachtung und genauen Befolgung nachstehender Punkte der erwähnten Verordn. von neuem hierdurch angewiesen:

„4) Wenn (in Braunschweig) der Fall eintritt, daß der Bräutigam evangelischer, die Braut aber katholischer Religion ist: so gehöret, wenn die Proclamation gehörig geschehen, die Copulation dem Prediger, in dessen Parochie die Braut seit einem halben Jahre, oder doch das letzte Vierteljahr, gewohnt oder auch gedient hat. Im andern Falle aber, wenn der Bräutigam katholischer und die Braut evangelischer Religion ist, gehöret sie dem katholischen Geistlichen. — Die Katholischen haben jedoch, wenn die Trauung nicht in der Kirche, sondern in Privathäusern geschieht, gleich den Evangelischen, das, was geordnet ist, zu entrichten.

5) Wenn andere Religions-Verwandte sich mit Katholiken verheirathen, es sei Braut oder Bräutigam von dieser oder jener Religion: muß vor dem öffentlichen Aufgebote unter beiden Verlobten ausgemacht und bestimmt werden, in welcher Religion die in der bevorstehenden Ehe zu erzeugenden Kinder sollen erzogen werden. Auch haben die katholischen Geistlichen, bevor nicht solches geschehen und die quoad hunc passum zwischen beiden Theilen regulirte Eheveredung ihnen in beglaubigter Abschrift mitgetheilt werden, mit der Proclamation nicht zu verfahren. Es hat aber der protestantische Theil zu dem Ende sich bei seiner ordentlichen Obrigkeit zu melden, und ihr die vorsehende Verheir-

lichung bekannt zu machen, diese aber, mit Zuziehung des Beichtvaters, welchem, die nöthigen Vorstellungen bescheidenlich zu thun, bevorbleibt, in Gegenwart des andern die Eheveredung, so weit solche die Erziehung und Religion der künftigen Kinder betrifft, zu reguliren, und davon beiden Theilen ein mit dem Gerichts-Siegel originalisirtes Exemplar, nebst einer beglaubigten Abschrift für die Geistlichen, auszuhändigen. Und wie die Obrigkeit das darüber aufgenommene Protokoll wohl aufzubewahren hat, also ist auch dem dazu gezogenen Beichtvater eine Abschrift davon zuzustellen, damit er ein wachsameres Auge darauf habe, ob auch demnächst die Eheleute ihre Kinder, der Convention gemäß, in der für sie erwählten Religion erziehen und unterrichten lassen.

6) Nach solcher unter den Verlobten genommenen Abrede und pacto werden dann auch die in der Ehe erzeugten Kinder entweder in der katholischen oder evangelischen Kirche getauft, auch, wie vorbedacht, in der für sie bestimmten Religion, bis sie die annos discretionis erreicht haben, unterwiesen."

Was übrigens in der eingangs angeführten höchsten Verordn. von der Stadt Braunschweig gesagt worden, das findet jetzt, seitdem und so lange auch in der Stadt Wolfenbüttel und im Bezirke des vormaligen Ludgeri-Klosters vor der Stadt Helmstedt ein römisch-katholischer Prediger angestellt ist, auf die eben genannten beiden Städte gleichfalls seine Anwendung; wogegen die Copulationen der in den Landstädten und auf dem Lande wohnenden Personen, es mögen beide Verlobte römisch-katholischer oder gemischter Confession sein, dem Ausschreiben vom 19. September 1818 zufolge von dem evangelischen Prediger ihres Wohnorts geschehen müssen, von dem katholischen Geistlichen in Braunschweig, Wolfenbüttel oder bei Helmstedt aber nur dann verrichtet werden dürfen, wenn die Verlobten von dem evangelischen Prediger ihres Wohnorts ordnungsmäßig proclamirt worden sind, und gehörig Dimissorialen erhalten und beigebracht haben.

Resc. h. E. v. 3. Januar 1829.

Da durch ein allerhöchstes Resc. vom 6. v. M. genehmigt worden ist, daß künftig in den Kirchen des hiesigen Landes, in sofern solche mit Orgeln versehen sind, an allen Sonn- und Festtagen, mit Einschluß des Bußtages, der Kirchengesang von der Orgel begleitet werde, so haben die Generalsuperintendenten sämtliche Special-Superintendenten u. davon in Kenntniß zu setzen und das deshalb Erforderliche zu verfügen.

Uebrigens ist in Gemäßheit jenes allerhöchsten Resc. den Organisten zugleich zu eröffnen, daß dieselben für das vermehrte Orgelspiel eine Vergütung nicht in Anspruch nehmen können, wonach sie nach dem Erfordernisse des Gottesdienstes die Orgel zu spielen verpflichtet sind und eben so wenig jetzt eine Zulage verlangen dürfen, als ihnen bei verminderten Festtagen ein Abzug gemacht worden ist.

Resc. h. E. v. 27. Juni 1829.

Nachdem dem h. E. durch ein unterm 22. d. M. ergangenes höchstes Resc. eröffnet ist: „Obwol die Stolzgebühren für Beerdigungen den Rechten nach nur da, wo die Leichenbestattung geschieht und, weil solche in der Regel nur an dem Orte des Ablebens

zulässig ist, bei nachgelassener Abführung der Leiche nach einem andern Begräbnißplatze ausnahmsweise zugleich der Geistlichkeit des Sterbeorts und derjenigen des Ortes, wo die Beerdigung Statt findet, zu entrichten sind; so werden doch oft Ansprüche auf deren Bezahlung von der Geistlichkeit derjenigen Sprengel erhoben, welche im letzteren Falle bei der Leichenführung auf dem Wege berührt werden. Da nun ein solcher Mißbrauch dem Ansehen der Geistlichkeit nachtheilig wirkt, und es überhaupt nützlich ist, den Zweifeln zu begegnen, die solcherhalb erhoben werden möchten: so hat h. E. die Verfügung zu treffen, daß in Zukunft wegen Durchführung der Leichen von der Geistlichkeit der auf dem Wege vom Sterbeorte nach dem des Begräbnißes etwa zu berührenden Kirchensprengel überall keine Stolggebühren eingefordert werden," so haben die Generalsuperint. die Superint. u. zur Befolgung dieser Vorschrift anzuweisen und sich hiernach selbst zu achten.

Ausschreiben h. E. v. 16. September 1829.

Es ist von jeher den christlichen Gemeinen hiesiger Lande gestattet, das Andenken ihrer verstorbenen Angehörigen durch Denkmäler auf den Gräbern derselben zu ehren; auch verdient diese löbliche Sitte beibehalten zu werden, da sie einen Jeden, nach seinem Stande und Berufe, ermuntern soll, durch christlich frommen Wandel eines liebevollen Andenkens sich werth zu machen. Um so mehr ist aber auch darauf zu achten, daß die Inschriften solcher Grabdenkmäler in jeder Hinsicht, nicht allein nach ihrem Inhalte, sondern auch in ihrer Abfassung, Darstellung und Form, zweckmäßig, unanstoßig und untadelhaft erscheinen.

Obwohl h. E. nun nicht zweifelt, daß die Prediger auf dem Lande, wenn sie früh genug davon Kunde erhalten, über die Wahl und Darstellung solcher Inschriften ihre Gemeiniglieder gern belehren und berathen werden, so findet dasselbe dennoch, zumal da es immer üblicher wird, daß auch Filialgemeinen, welche seltener von ihren Predigern besucht werden, auf ihren Dörfern eigene Kirchhöfe oder Begräbnißplätze anlegen, nöthig, die Prediger hierauf besonders aufmerksam zu machen, und dem gemäß zu verordnen, daß von nun an da, wo die Hinterbliebenen ihren Abgeschiedenen ein Denkmal in Stein, Holz oder Eisen zu errichten wünschen, solches nicht eher gestattet sein solle, als bis die Inschriften derselben (falls sie damit versehen werden sollen), nach Inhalte und Form, vor Anfertigung und Aufstellung der Denkmäler von dem Prediger des Orts zweckmäßig und untadelhaft besunden und gebilliget sind.

Ausschreiben h. E. v. 20. Februar 1830.

Die in dem zweiten Theile der erneuerten Kirchenordnung unter dem Titel „Agenda“ enthaltenen Anordnungen für die Einrichtung des öffentlichen Gottesdienstes und die Versorgung der kirchlichen Handlungen so wie die denselben beigefügte Formulare, Kirchengebete und Collecten genügen unverkennbar den Ansprüchen und Forderungen der gegenwärtigen Zeit nicht mehr, so daß h. E. es nicht hat mißbilligen können, wenn bisher die Prediger hiesigen Landes von den gedachten Anordnungen, und besonders von den Formularen, deren buchstäbliche Anwendung wol niemals zu fordern gewesen, mehr oder weniger ab-

gewichen sind. Obgleich nun zwar eine solche den Predigern gestattete Freiheit in den letzten Zeiten nirgends Anstoß bei den Gemeinen erregt zu haben scheint; so bleibt doch die auffallende Verschiedenheit der Art und Weise, wie gegenwärtig in den Kirchen hiesigen Landes die kirchlichen Handlungen verwaltet werden, nicht ohne nachtheiligen Einfluß. H. C. hält es daher für ein Bedürfniß unserer Zeit, daß durch eine verbesserte, der religiösen und ästhetischen Bildung der Gemeindeglieder angemessene Kirchen-Ägende die wünschenswerthe und nothwendige Gleichförmigkeit der öffentlichen Gottesverehrung bewirkt und die würdige Verwaltung der kirchlichen Handlungen überall gesichert werde, und hat h. C. zu dem Ende allerhöchsten Orts auf Einführung einer neuen Kirchen-Ägende angetragen.

Da nun der Antrag unterm 13. d. M. die Genehmigung des h. St. M. erhalten hat, und h. C. beauftragt worden ist, die erforderlichen Vorbereitungen zu dem beabsichtigten Zwecke zu veranstalten; so läßt dasselbe solches sämmtlichen Geistlichen hiesigen Landes hierdurch unverhalten sein, indem es dieselben zur Mitwirkung in der wichtigen Angelegenheit auffordert.

Wenn durch eine neue Kirchen-Ägende das Kirchenwesen im Lande verbessert und befördert werden soll; so muß dieselbe

1) eine dem Geiste des wahren Christenthums und der Zeitbildung entsprechende liturgische Ordnung der öffentlichen Gottesverehrung für alle Kirchen des Landes festsetzen;

2) das, was in den heiligen Gebräuchen der evangelischen Kirche unveränderlich sein sollte, als feststehende Norm aufstellen und die Verba solemnia bei der Verwaltung der Sacramente und anderer kirchlicher Handlungen vorschristlich anordnen;

3) das, was in allen christlichen Gemeinen des Landes Allen Noth thut und sonntäglich vor Gott auszusprechen ist, in einem allgemeinen Kirchengebete würdig zusammenfassen, und dadurch alle Kirchenglieder wahrhaft in Andacht vereinigen;

4) eine reiche Sammlung von einfachen, acht christlichen Altargebeten für die gewöhnlichen Sonntage und außerordentlichen Festtage, ingleichen von Collecten und Antiphonen, enthalten;

5) verschiedene, den Bedürfnissen der Gemeinen angemessene erbauliche Formulare für die gewöhnlichen kirchlichen Handlungen, für Taufen, Copulationen, Einsegnungen der Wöchnerinnen, Vorbereitungen zum Abendmahle, Krankenberichtungen, auf allgemeine und besondere Fälle, zur Auswahl darbieten.

Werden sodann alle Prediger des Landes zu genauer Beobachtung der festgesetzten liturgischen Ordnung und der im Wesentlichen vorgeschriebenen Form, die heiligen Gebräuche zu verwalten, verpflichtet, so wird eben dadurch die heilsame Einheit und Gleichförmigkeit der Gottesverehrung bewirkt werden; und indem die reiche Sammlung von Gebeten und von Formularen zu Amtsbreden dem noch ungeübten Prediger die wünschenswerthe Anleitung zu seinem Amte giebt, und dem geübtern nicht unwillkommene Materialien zu gelegentlicher Benutzung darbietet, so wird dadurch die würdige Verwaltung der kirchlichen Handlungen gesichert, ohne daß dem Geistlichen, der aus dem Herzen beten und

und für die einzelnen Amtsfälle selbst das Passendste zu ersinnen und zu reden weiß, ein beschränkender Zwang auferlegt wird.

Da h. E. nun die Abfassung einer solchen Kirchen-Agende für höchst wichtig und einflussreich hält; so wünscht dasselbe, dieses Geschäft zu einer Angelegenheit der gesammten Landeskirche zu machen, und eben deshalb alle würdige Geistliche des Landes zur Theilnahme daran und zur Mitwirkung dabei zu veranlassen.

Zu dem Ende hat der Herr Generalsuperintendent die Superintendenten und durch diese sämtliche Prediger seiner General-Inspection aufzufordern, daß Jeder, der Kraft und Willen, zur Verbesserung unseres Kirchenwesens beizutragen, in sich fühlt, es sich zur Pflicht mache, entweder einen Entwurf zu der liturgischen Ordnung des Gottesdienstes, oder ein allgemeines Kirchengebet, oder Altargebete, Collecten, Antiphonen, oder Reden für verschiedene Amtshandlungen, auch für ganz speciell Fälle, auszuarbeiten. Die Superintendenten jeder Inspection haben sodann die Arbeiten der Prediger sich einliefern und in der Inspection zur Critik circuliren zu lassen, auch dieselben auf der nächsten Synode zum Gegenstande der Berathung und Beurtheilung zu machen und diejenigen Entwürfe, welche, nach dem Urtheile der Synode, die gelungensten sind, mit Beifügung einiger Beiträge, an den ihnen vorgesetzten Generalsuperintendenten einzusenden, von welchem sie, mit dessen eigenen Mittheilungen, an h. E. zu weiterer Prüfung und zweckmäßiger Benutzung eiligst zu befördern sind.

H. E. erwartet, daß durch eine solche allgemeine Theilnahme an dieser Angelegenheit der religiöse und kirchliche Geist in sämtlichen Predigern des Landes angeregt und belebt werden wird, und wie h. E. nicht zweifelt, unter den Beiträgen derselben viel Werthvolles und besonders das, was den Bedürfnissen der verschiedenen Gemeinden angemessen ist, zu finden, so glaubt dasselbe auch, durch eine solche Art der Abfassung die unbedenkliche und ungehinderte allgemeine Einführung der neuen Kirchen-Agende am sichersten einzuleiten.

Vor Allem aber hofft h. E. dabei auf den Segen dessen, der bisher in der Kirche hiesiges Landes den acht christlichen Geist erhalten und durch das Predigamt wirksam befördert hat.

Ordnung der kirchlichen Feier des Secularfestes der Augsburgerischen Confession am 3ten Sonntage nach Trinitatis 1830.

§. 1. Das Fest wird an dem vorhergehenden 2ten Sonntage nach Trinitatis, nach seiner Bedeutung und Wichtigkeit, angekündigt, und am Sonnabende vor der Feier, wie an dem Morgen derselben, festlich eingeläutet; auch wird in den Städten, wo sich die Gelegenheit dazu darbietet, beim Anbruche des Festtages der Choral Nro. 593 des braunschweigischen Gesangbuchs: „O Herr, dein seligmachend Wort u.“ oder Nro. 179 „Erhalt' uns Herr, bei deinem Wort u.“ von dem Thurme mit Blasinstrumenten gespielt.

§. 2. Der Gottesdienst beginnt zu der gewöhnlichen Zeit mit einem Lobliede. Darauf folgt, nach den üblichen Intonationen, eine Festcollecte oder ein auf die Feier Bezug

habendes Gebet vor dem Altare und die Vorlesung des für das Johannis-Fest bestimmten epistolischen Textes oder eines passenden Psalms; sodann das Hauptlied.

§. 3. Die Festpredigt wird über einen der folgenden Bibeltexte gehalten: Matth. 10, 18—22. Man wird — selig. Joh. 7, 37. Jesus rief — trinke. Joh. 8, 31. 32. Da sprach — frei machen. Ap. Gesch. 24, 14—16. Das bekenne — Menschen. Röm. 1, 16. 17. Ich schäme — leben. 1 Cor. 1, 10. Ich ermahne — Meinung. 1 Cor. 15, 1. 2. Ich erinnere — hättet. Phil. 1, 27. 28. Wandelt — Widersachern. 1 Theff. 4, 1. Weiter — werdet. 2 Theff. 2, 15—17. So siehet — Werk. 1 Petr. 3, 15. 16. Heiliget — Christo. 1 Joh. 2, 24. Was — bleiben. Hebr. 10, 23. 24. Lasset — Werken. Jesaias 59, 21. Ich mache — Ewigkeit. — Nach der Predigt werden die durch die Festfeier angeregten frommen Empfindungen und Entschlüssen in einem andächtigen Gebete ausgesprochen, und sodann wird das Lied 409 „Nun danket ic.“, wo es sein kann, mit Begleitung von Trompeten und Pauken, gesungen.

§. 4. Wo sich Communicanten einfinden, ist die Gottesverehrung mit der Abendmahls- handlung zu beschließen, deren Feierlichkeit in den Stadtkirchen, wo zwei Prediger angestellt sind, durch die Theilnahme derselben erhöht werden wird.

§. 5. Des Nachmittags ist entweder da, wo Epistel-Predigten üblich sind, eine gleichfalls auf das Fest Bezug habende Predigt über Einen der angegebenen Texte zu halten, oder es ist über die Festbegebenheit zu catechisiren.

Resc. h. E. v. 21. April 1830.

Da neuerlich in verschiedenen Parochien Zweifel und Beschwerden über die den Predigern und Opherleuten zu entrichtenden Gebühren für kirchliche Handlungen erhoben worden sind, solche Differenzen aber der Amtswürde der Kirchendiener und dem guten Verhältnisse derselben zu den Gemeiniegliedern schaden, und daher nach Möglichkeit verhütet werden müssen: so sind genaue Verzeichnisse der üblichen Gebühren einzusenden.

Ausschreiben h. E. v. 13. October 1830.

Die Pflicht der Religionslehrer, zur Erhaltung der gesetzlichen Ordnung, und eben dadurch zur Beförderung der Wohlfahrt des Vaterlandes, mitzuwirken, fordert in der gegenwärtigen Zeit, in welcher die bürgerliche Ruhe in mehreren Ländern gestört ist, ganz besondere Beachtung. Auch die Prediger im Herzogthume Braunschweig haben jene Pflicht sorgfältig zu beherzigen, um so mehr, da einerseits in den gegenwärtigen Verhältnissen des Landes, ein mißverständener Patriotismus sich leicht versucht fühlen könnte, dagegen zu handeln, und die Gemüther für eine gefährliche Aufregung ungewöhnlich empfänglich sind, auf der andern Seite aber die durch Gottes Gnade herbeigeführte glückliche Entwicklung der Staatsverhältnisse die Erhaltung der gesetzlichen Ordnung, ohne welche das Staatswohl nicht bestehen kann, um so wünschenswerther macht, damit die dem Vaterlande eröffnete erfreuliche Aussicht in eine bessere Zukunft nicht vereitelt werde.

Wir fordern daher, in Gemäßheit eines Resc. des h. St. M. vom 7. d. M., den Herrn Generalsuperintendenten auf, die Superintendenten und, durch diese die Pre-

diger der General-Inspection an die erwähnte wichtige Amtspflicht zu erinnern, und wir erwarten, daß es den würdigen, von ächter Vaterlandsliebe beseelten Geistlichen gelingen werde, durch ihre Religionsvorträge die aufgeregten Gemüther ihrer Gemeindeglieder zu beruhigen, und in denselben das demüthige und getroste Vertrauen zu dem weisen Regierer der Welt, so wie das zuversichtliche Vertrauen zu den Absichten und Maßregeln der wohlwollenden Landesregierung zu beleben, und dadurch die Landeswohlfahrt wirksam zu befördern.

L a n d s c h a f t.

Ausschreiben des Präsidenten der zweiten Section der vereinigten Braunschw. Wolfenbüttel. und Blankenburg. Landschaft vom 18. Februar 1821.

Auf die, in Betreff der den Deputirten der Freisassen wegen ihres Aufenthalts auf dem Landtage und der Kosten ihrer Reise zukommenden Entschädigung, und deren Vertheilung auf die Besitzer der Freisassengüter, an die Landesregierung gemachten Anträge, ist von selbiger unterm 13. v. M. rescribirt:

„daß diese Vergütung von sämmtlichen Freisassen des Kr. Ger., für welches der Deputirte gewählt worden, übernommen werden müssen, und falls eine Uebereinkunft darüber nicht zu Stande kommen werde, ein Regulativ wegen der Aufbringung gedachter Kosten getroffen werden solle. Was hingegen diejenigen Deputirten anlange, welche wegen zu geringer Anzahl der freien Gutsbesitzer des Kr. Ger., für welche sie erscheinen, von diesen nicht allein, sondern mit Zuziehung der Freisassen eines andern Kr. Ger. erwählt werden, so müsse deren Entschädigung, in Entstehung eines Uebereinkommens, von jedem in dem fraglichen Kr. Ger. ansässigen freien Gutsbesitzer zu einem Drittheile übernommen, das Fehlende aber von allen Schrift- und Freisassen des ganzen Landes aufgebracht werden, und könne die Vertheilung der erforderlichen Beiträge nach dem Fuße der Contribution geschehen.“

Der Freisasse N. wird diesemnach bei dem Kr. Ger., für welches er erschienen ist, unter Bezugnahme auf den §. 78. der Landesch. Ordnung und allenfallsiger Vorzeigung dieses Schreibens darauf anzutragen haben, daß selbiges auf die obbemerkte Weise ihm zu der Entschädigung ver helfe, welche hinsichtlich seines vom 22. Novbr. bis 7. Decbr. incl. vorigen Jahres Statt gefundenen Aufenthalts auf dem Landtage und der Reisen ihm gebühret, zugleich aber darauf Bedacht nehmen müsse, ein solches Uebereinkommen wegen der bevorstehenden zweiten Ständeverammlung zu treffen. Sollte die vorgedachte Entschädigung weder durch eine Vereinbarung noch die Dazwischenkunft des betreffenden Kr. Ger. ihm nicht werden können, so wolle er der Landschaft davon Anzeige machen. Bekanntm. der zum engern Ausschusse der vereinigten Braunschw. Wolfenbüttel. und Blankenburg. Landschaft Verordneten vom 4. December 1821.

Demnach vom Anfange künftigen Jahres an die Ertheilung der landesch. Sti-

pendien durch die Mitglieder des engern und größern Ausschusses der Landschaft wiederum erfolgen wird, so ist es für nöthig erachtet, über die Art der Begründung des Anspruchs und das sonstige bei der Bewerbung zu beobachtende Verfahren folgendes zur Kenntniß des Publicums zu bringen:

1) Der Besiz des Grades von Vorkenntnissen, um mit Nutzen die Academie beziehen zu können, und ein untadelhafter Lebenswandel sind allgemeine Erfordernisse zur Bewerbung um ein landschaftliches Stipendium. Es hat demnach ein Jeder, welcher sich zu einem solchen meldet, vom Rector des Gymnasii, welches er in höchster Classe besucht hat, ein Zeugniß hierüber auszuwirken. Diese Zeugnisse sind, unter des Ausstellers Siegel verschlossen, entweder den Gesuchen beizufügen oder an die Ausschüsse der Landschaft von den Rectoren unmittelbar einzusenden. —

Diejenigen Bewerber, deren Ansprüche dem Nachstehenden zufolge übrigens begründet erscheinen, müssen sich außerdem einer anzustellenden Prüfung unterwerfen. —

2) Wenn der Anspruch auf ein nach der Stiftungsurkunde für gewisse Personen ausschließlich bestimmtes Stipendium gerichtet wird, so müssen die Umstände, welche denselben begründen, speciell ausgeführt werden; namentlich ist bei der Nachsuchung um das ritterschaftliche Stipendium besonders anzugeben, und erforderlichen Falls nachzuweisen, daß und welches zur Stimmführung berechtigende Gut dem Bewerber oder einem seiner Eltern eigenthümlich zustehe.

3) Der Anspruch auf eins der nach freier Wahl zu ertheilenden Stipendien wird dadurch begründet, daß der Bewerber weder des Vermögens ist, die Kosten der Erhaltung auf der Academie aus eigenen Mitteln zu bestreiten, noch auch eine zu diesem Zwecke hinreichende Unterstützung von andern zu erwarten hat. — In den nicht auf bestimmte Stipendien gerichteten Gesuchen ist demnach eine allgemeine Angabe der Vermögens-Umstände des Bewerbers und seiner Eltern aufzustellen, auch der Unterstützungen zu erwähnen, welche demselben zur Vollendung seiner Studien von andern bereits zugesichert sein sollten. — Bei entdeckten Mängeln und Unrichtigkeiten dieser Angaben wird auf ein solches Gesuch nicht weiter Rücksicht genommen. —

4) Da die Einrichtung getroffen ist, daß von den nach freier Wahl zu vertheilenden Stipendien alljährlich eine gleiche Zahl erlobigt und in dem Collationstermine um Michaeli wieder auf drei Jahre vergeben werde, so wird auch bei der jedesmaligen Stipendien-Vertheilung nur auf diejenigen Rücksicht genommen, welche im Michaelitermine des Jahres, wo die Vertheilung erfolgt, zur Universität abgehen. — Ein Stipendiengesuch, welches über ein Jahr vor dem Abgange des Bewerbers zur Universität eingereicht wird, ist daher um so mehr als unzeitig zu betrachten, als über das Dasein der Voraussetzungen, unter denen ein solches ertheilt werden kann, sich nicht füglich ein Urtheil fällen läßt.

5) Sämmtliche Gesuche um landschaftliche Stipendien sind übrigens an die Ausschüsse der vereinten braunschw. wolfsenb. und blankenb. Landschaft zu richten, und mit

Stempel zu 2 Ggr. zu belegen; auch müssen dieselben außer den Namen und Vornamen des Bewerbers und seiner Eltern, die Angaben des Standes und Wohnorts der Letztern, des Faches, welchem der Erstere sich widmen will, der Zeit seines Abganges zur Universität, und der Lehranstalten, welche er bis dahin besucht hat, enthalten.

Lehn- und Gränz-Sachen.

Resc. f. G. R. E. v. 5. Juli 1825.

Obwohl f. G. R. E. nicht zweifelt, daß f. Kr. Ger. in allen denjenigen Fällen, wo dessen richterlicher Competenz durch die, in dem mit dem Königreiche Hannover am 24. Junius v. J. abgeschlossenen Gränz-Recess, bestimmte Hoheits-Gränzlinie solche privatrechtliche Verhältnisse königl. hannov. Unterthanen unterworfen sind, welche bisher vor königl. hannov. Gerichte gehört haben, die Justiz den Unterthanen des genannten Nachbarstaats unparteiisch und ohne Anstand administrieren werde, so wird dasselbe doch noch dazu, in Gemäßheit des §. 1. des vorgebachten Gränz-Recesses hierdurch ausdrücklich angewiesen.

Leihhaus.

W. das zu Helmstedt zu etablirende Leihhaus betr. (S. 19.) [No. 6.] (5. März 1828.)

- §. 1. Diese Anstalt ist der Aufsicht und Direction der Leihhaus-Commission in Braunschweig unterworfen. (S. 19.) [No. 6.] (5. März 1828.)
- §. 2. Bestimmung, wannmehr Pfänder angenommen, ausgelöst und prolongirt werden und wannmehr das Leihhaus geöffnet ist. (S. 20.) [No. 6.] (5. März 1828.)
- §. 3. Benennung der Leihhausbediente und deren Geschäfte. (S. 20.) [No. 6.] (5. März 1828.)
- §. 4. Leihen auf Handpfänder nach Anleitung des §. 26. der Verordn. vom 9. März 1765. — Ausnahmen der nicht anzunehmenden Pfänder. (S. 21.) [No. 6.] (5. März 1828.)
- §. 5. Ausstellen der Scheine und Prolongation derselben. (S. 21.) [No. 6.] (5. März 1828.)
- §. 6. Rein Gewerbe mit den Leihh. Scheinen — Bestrafung desjenigen, wer sie ankauft u. (S. 22.) [No. 6.] (5. März 1828.)
- §. 7. Jedem Verfeher steht es frei, ob er seinen Namen nennen oder verschweigen wolle. Geheimhaltung des Namens — Einsicht der Rechnungsbücher. (S. 22.) [No. 6.] (5. März 1828.)
- §. 8. Verkauf des verfallenen Pfandes — Verichtigung der Zinsen und des Pfandschillings, der Strafe nebst Auktionsgebühren — Bekanntmachung der Auction. (S. 23.) [No. 6.] (5. März 1828.)

- §. 9. Zinsen von dem Pfandschillinge — Unter 1 Rthlr. wird nicht geliehen — Zinsen auf Darlehne von 5 Rthlr. und weniger auf volle 6 Monate — über 5 Rthlr. bis zur Einlösung. (S. 23.) [No. 6.] (5. März 1828.)
- §. 10. Hilfe eines Dritten — Makler. (S. 24.) [No. 6.] (5. März 1828.)
- §. 11. Nichtverbindlichkeit der Herausgabe des Pfandes vor vollkommener Befriedigung — Ausnahmen wegen Untersuchungen — Zurückerlieferung. (S. 24.) [No. 6.] (5. März 1828.)
- §. 12. Rechte und Befugnisse der Anstalt — vindicationsklagen — Bekanntm. der Diebstähle von den Gerichts- und Polizei-Behörden dem Leihh. — Verfaß verlorener oder entwendeter Sachen. (S. 24.) [No. 6.] (5. März 1828.)
- §. 13. Verabfolgung des Pfandes gegen Bezahlung zc. und Einlieferung des Pfandes — nicht wenn er abhanden gekommen und Arrest auf denselben gelegt ist. (S. 26.) [No. 6.] (5. März 1828.)
- §. 14. Verfahren, wenn Pfandscheine verloren gegangen sind — Mortificirung — Zurückgabe des Pfandes. (S. 26.) [No. 6.] (5. März 1828.)
- §. 15. Versteigerung der Pfänder — Berichtigung der Ueberschußgelder — Regreß wegen des Verlustes, (S. 26.) [No. 6.] (5. März 1828.)
- §. 16. Bestellung des Faustpfandes an Privatpersonen — kein Gewerbe damit — Strafe — Unterhändler. (S. 27.) [No. 6.] (5. März 1828.)
- §. 17. Leihen auf landschaftliche Obligationen. (S. 28.) [No. 6.] (5. März 1828.)
- §. 18. Die Vorschriften wegen der Handpfänder gelten auch von verpfändeten Obligationen — besondere Vorschriften dieserhalb. (S. 28.) [No. 6.] (5. März 1828.)
- §. 19. Ausleihen der Gelder auf Hypotheken — kein Vorzugsrecht. (S. 28.) [No. 6.] (5. März 1828.)
- §. 20. Anleihen von Capitalien — Ausstellung der Obligationen und der Cassenscheine. (S. 31.) [No. 6.] (5. März 1828.)
- §. 21. Vorzeigen der Obligat. und des Cassenscheins bei Erhebung der Zinsen. (S. 31.) [No. 6.] (5. März 1828.)
- §. 22. Abhandenkommen der Obligat. über angeliehene Gelder. (S. 31.) [No. 6.] (5. März 1828.)
- §. 23. Deposition der Gelder beim Leihh. (S. 32.) [No. 6.] (5. März 1828.)
- §. 24. Einlösung zc. mit gestohlenem Gelde. (S. 32.) [No. 6.] (5. März 1828.)
- §. 25. Gerichtsstand der Leihh. Anstalt in Creditsachen — summarisches Verfahren. (S. 32.) [No. 6.] (5. März 1828.)
- §. 26. Sportel- und Stempelfreiheit. (S. 33.) [No. 6.] (5. März 1828.)
- §. 27. Keine Einquartirung im Leihh. Gebäude — Beiträge wegen Einquart. (S. 33.) [No. 6.] (5. März 1828.)
- §. 28. Revidirung des Leihh. (S. 33.) [No. 6.] (5. März 1828.)

§. 29. Extension der Verordn. auf das Helmst. Leihh. (S. 33.) [No. 6.] (5. März 1828.)

V. die Ausdehnung des §. 16. der Verordn. vom 5. März 1828 das zu Helmstedt neu zu etablirende Leihh. auf den Bezirk des Kr. Amts Schöppenstedt betr. (S. 129.) [No. 21.] (24. Octbr. 1828.)

R e s c r i p t e.

Bekanntm. h. Leihh.-Commiff. v. 19. September. 1828.

Zu Folge der landesherrl. Verordn. vom 5. März d. J. wird das in der Stadt Helmstedt zu errichtende Leihh. am 1. k. M. in dem an der Neumärkerstraße allda sub Nro. 267. belegenen, vormaligen Schneidewin'schen Hause, wohin der Eingang entweder von der Neumärkerstraße oder über den ehemaligen Schulhof genommen werden kann, eröffnet und mit Ausnahme des Sonnabends, an welchem weder Pfänder angenommen und ausgelöst, noch Pfandscheine prolongirt werden, desgleichen mit Ausnahme der Sonn- und Festtage und des Bußtages, der allerhöchsten Vorschrift gemäß täglich und zwar Vormittags von 8 bis 12 Uhr, Nachmittags aber von 2 bis 5 Uhr geöffnet sein.

(Br. Anz. 1828. Nr. 76.)

Bekanntm. h. Leihh.-Commiff. v. 21. September 1828.

Demnach im §. 16. der mit dem 1. k. M. in Kraft tretenden allerhöchsten Verordn. vom 5. März d. J. das zu Helmstedt zu errichtende h. Leihhaus betr., einem Jeden bei Vermeidung einer Geldstrafe von 10 bis 20 Rthlr. und dem Befunde der Umstände nach, bei Vermeidung einer Gefängnißstrafe von 14 Tagen bis zu 4 Wochen, es untersagt werden, aus dem Verleihen auf Pfänder ein Gewerbe zu machen; diejenigen, die bei der Eröffnung des h. Leihhauses, in dem Bezirke des h. Distr. Helmstedt Handpfänder auf Zinsen in Verwahrung haben, bei Vermeidung der obigen Strafe, schuldig sein sollen, sich binnen den nächsten acht Tagen mit ihren Schuldnern auseinander zu setzen und in sofern dieses nicht zu bewerkstelligen wäre, die in Verfaß habenden Pfänder in das Leihhaus zu bringen und darüber, nach vorgängiger Abschätzung des Pfandes, einen Leihhauschein zu nehmen, und endlich Allen und Jeden, welche sich gebrauchen lassen, auf Handpfänder Geld zu suchen, gleichfalls bei Vermeidung obiger Strafen untersagt ist, solches an irgend einem andern Orte zu thun, als dem Leihhause; so werden diese allerhöchsten Vorschriften mit der Bemerkung in Erinnerung gebracht, daß die angestellten Leihhausbediente ernstlich angewiesen sind, auf deren Befolgung sorgfältig zu achten und die ihnen etwa bekannt werdenden Contraventionen den betreffenden Gerichten zur Verfügung der Strafe anzuzeigen; zugleich werden aber auch diejenigen, die in dem Bezirke des h. Distr. Ger. Helmstedt Handpfänder auf Zinsen in Verwahrung haben, hiermit aufgefordert, solche 8 Tage nach der Eröffnung des h. Leihhauses, welche am 1. k. M. Statt findet, wenn keine Auseinandersetzung mit ihren Schuldnern thunlich sein sollte, an dasselbe abzuliefern.

(Br. Anz. 1828. Nr. 76.)

L o t t e r i e n .

Bekanntmachung h. R. v. 27. October 1830.

Wenn gleich durch die landesherrl. Verordn. vom 4. Jan. 1757 den hiesigen Unterthanen verboten ist, in eine solche auswärtige Lotterie zu setzen, deren Plan in den hiesigen Landen nicht höchsten Orts publicirt worden, auch durch die Verordn. vom 28. Novbr. 1771 und 2. Juli 1787 die Collecteurs und Subcollecteurs das Colligiren zu den in den hiesigen Landen nicht erlaubten ausländischen Lotterien bei Vermeidung einer Strafe von 50 Thlr. untersagt ist, so hat doch seit einiger Zeit das Spielen hiesiger Unterthanen in nicht erlaubten auswärtigen Waaren- und andern Lotterien und das Colligiren dazu so sehr überhand genommen, daß dadurch erhebliche Nachtheile für das hiesige Land und Beschwerden der theilhaftigen Directionen der erlaubten Lotterien veranlaßt sind.

Es wird daher das ergangene Verbot hiermit in Erinnerung gebracht und zugleich bemerkt, daß die jetzt in den hiesigen Landen zulässigen fremden Lotterien

die königl. hannoverschen Classenlotterien zu Hannover und Osnabrück;

die königl. sächsischen Classenlotterien zu Dresden und Leipzig;

die churfürstl. heßische Classenlotterie zu Cassel;

die großherzogl. weimarsche Classenlotterie zu Weimar;

die herzogl. gothaische Classenlotterie zu Gotha; und

die Stadt-Lotterien zu Hamburg und Frankfurt am Main

sind, daß jedoch auch das Spielen in diesen Lotterien und das Colligiren berechtigter Collecteurs zu diesen Lotterien nur so lange, als das gegenwärtige Reciprocitäts-Verhältniß zwischen den genannten fremden Lotterien und der hiesigen Classenlotterie besteht, erlaubt ist, ferner die in den genannten Städten bestehenden Neben- und Waaren-Lotterien, sie betreffen die Verlosung von Porzellan, Mobilien oder Geld, allhier verboten bleiben.

(Br. Anz. 1830. Nr. 85.)

M e d i c i n a l - P o l i z e i .

B. den Geschäftskreis der Oberhauptleute betr. (S. 181.) [No. 11.] (24. Febr. 1814.)

§. 7. Aufsicht der Oberhauptleute über alle, die allgemeine Wohlfahrt betreffenden Anstalten, Hospitäler und Kranken-Anstalten. (S. 184.) [No. 11.] (24. Febr. 1814.)

§. 8. Bericht derselben an die Regierungs-Commiss. wegen gefährlicher und ansteckender Krankheiten. (S. 185.) [No. 11.] (24. Febr. 1814.)

B. die Organisation der Kammer und deren Geschäftskreis betr. (S. 289.) [No. 23.] (19. Mai 1814.)

§. 5. Aufsicht der R. über die allgemeine Landes- und Sicherheits-Polizei, die Medicinal-Anstalten, Beförderung der medicinischen Polizei ac. (S. 291.) [No. 23.] (19. Mai 1814.)

Resc.

Resc. f. G. R. E. v. 19. Octbr. 1815. — daß das f. G. R. E. sich bewogen gefunden, die früherhin geführte unmittelbare Leitung der bei sich zeigenden gefährlichen und ansteckenden Krankheiten unter Menschen und Vieh zu treffenden polizeilichen Maßregeln und Anordnungen, provisorisch wieder zu übernehmen, f. Th. 1. S. 352.

Resc. f. R. E. v. 19. Mai 1817. wegen der vierteljährigen Liquidationen und der Erstattung der Gebühren für die medicinischen Geschäfte der physicorum und der zu ertheilenden Atteste, f. Th. 1. S. 357.

Resc. f. R. E. v. 22. April 1820 wegen desselben Gegenstandes, f. Th. 1. S. 29.; so wie:

Schreiben des f. Ob. San. E. v. 11. Septbr. 1822, f. Th. 1. S. 30.

B. über das, bei der Behandlung armer Kranken und den dadurch verursachten Kosten zu beobachtende Verfahren. (S. 79.) [No. 16.] (5. Juli 1826.)

Ausschr. h. E. wegen der Kuhpockenimpfungs-Scheine v. 23. Decbr. 1826, f. Th. 1. S. 382.

Resc. h. R. E. v. 23. Aug. 1827 wegen der Attestirung der Liquidationen der physicorum, f. Th. 1. S. 384.

Resc. h. R. E. v. 23. Aug. 1827 wegen Unterdrückung der Verbreitung der Schaa-pocken, f. Th. 1. S. 384.

B. die Zusicherung einer Belohnung von 10 Thlr. für jeden Wundarzt, welchem die Lebensrettung eines Verunglückten gelingt, betrft. (S. 153.) [No. 24.] (19. Decbr. 1828.)

R e s c r i p t e.

Schreiben des f. Ob. San. E. v. 31. August 1822.

Die Gerichte werden ersucht, den Physiciis bei dem ihnen durch ein höchstes Resc. v. 26. Juli v. J. aufgetragenen Geschäfte, nach und nach sämtliche Schulen wegen der Schutzpocken zu revidiren, so wie auch die Erwachsenen, welche die natürlichen Pocken nicht gehabt haben, in Erfahrung zu bringen, beihilflich zu sein.

Resc. f. G. R. E. v. 14. März 1823.

Hierdurch wird den Kr. Ger. der neu abgedruckte kurze Unterricht über die zur Her-stellung plöglich verunglückter und leblos scheinender Personen anzuwendenden Mittel zu dem Ende zugestiftet, um solche unter die Prediger, Ortsvorsteher und andere Individuen, für welche die Mittheilung zweckmäßig erachtet werden sollte, zu vertheilen.

Resc. h. R. E. v. 27. September 1826.

Der Physicus zu Holzminden soll für die ärztliche Behandlung der nicht zu sei-nem Physicats-Kreise gehörigen, bei dem Distr. Ger. Holzminden zur Haft und Unter-suchung gebrachten Personen entschädigt werden. Im Unvermögensfalle der Inhaftirten sind die-derfallsigen Liquidationen in der Abgangs-Kosten-Rechnung aufzuführen.

Wege Repert. II. Thl.

Medicinal-Polizei, Rescripte.

Resc. h. St. M. v. 15. Juli 1828.

Da h. St. M. auf den Bericht vom 2. d. M. Nr. 355. hierdurch genehmigen will, daß die im Bezirke des h. Kr. Amts Eschershausen belegenen, gegenwärtig zum Physicate Gandersheim gehörigen Ortschaften Brunkensen, Coppengrabe, Grünenplan, Hohenbüchen, Lütgenholtenfen und Markfelbießen dem Physicate Eschershausen beigelegt werden; so hat das h. Ob. San. C. dieserhalb das Erforderliche zu verfügen, und die Berichts-Anlage anbei zurück zu empfangen.

Bekanntm. h. Ob. San. C. v. 13. Januar 1829.

Demnach es öfters vorgekommen, daß von den Apothekern hiesiger Lande Brech- und andere heftig wirkende Mittel auf alte Recepte ohne Vorwissen und Einwilligung der Aerzte verabreicht worden sind, hierdurch aber oft großer Nachtheil entstanden ist, so wird in Gemäßheit eines allerhöchsten Resc. vom 6. d. M. den Apothekern hiesiger Lande bei Vermeidung einer Geldstrafe von 20 Thlr. für jeden Contraventionsfall damit untersagt, Medicamente von heftiger und bedenklicher Wirkung, als Drastica, Mercurialia, Narcotica, Emmenagoga, so auch Resina und Tinctura Jalappae, auf alte Recepte, ohne nochmaliges besonderes Anordnen eines approbirten Arztes, verabsolgen zu lassen.

(Br. Anz. 1829. Nr. 5.)

Resc. h. St. M. v. 4. October 1829.

Da es zur Erhaltung der Irrenanstalt in dem Alexii Pflegehause zu Braunschweig nothwendig erforderlich ist, daß für die aus dem Lande künftig aufzunehmenden armen Irren dem Pflegehause eine Entschädigung wegen ihrer Verpflegung gezahlt werde, diese aber zu 44 Thlr. jährlich für jedes Individuum nach billiger Berechnung anzunehmen ist, so wird bestimmt, daß der Beitrag, den jeder in die Anstalt aufgenommen werdende unbemittelte Irre aus dem Lande an selbige zu entrichten hat, jährlich vorerst zu 44 Thlr. angenommen werde, und daß in Zukunft keine dergleichen Pfleglinge in die Anstalt aufgenommen werden sollen, ohne daß letztere rücksichtlich der Kosten ihrer Verpflegung Sicherheit erhalte.

Verfüg. h. Ob. San. C. v. 16. November 1829.

Sämmtliche Physici werden angewiesen, die in ihrem Bezirke wohnenden Aerzte, Apotheker und Wundärzte, daß das Durchsehen der Recepte auf den Apotheken nicht geduldet werden solle und daß derjenige Arzt, dem die Kenntniß der Recepte, welche für einen von einem andern Arzte früher behandelten Patienten verschrieben worden, nothwendig sei, sich an den Principal der Apotheke wenden möge, davon in Kenntniß zu setzen.

Resc. h. St. M. v. 21. November 1829.

Alle in die hiesigen Lande einwandernden Handwerksgefallen, deren Gesundheit von den betreffenden Orts-Polizei-Behörden nicht als völlig unverdächtig erkannt wird, sollen einer durch den betreffenden Physicus auf vorgängige Requisition der Orts-Polizei-Behör-

den unentgeltlich vorzunehmenden Untersuchung ihres Gesundheitszustandes unterworfen und dabei nach folgenden Bestimmungen verfahren werden:

1) die Untersuchungen der wegen ihres Gesundheitszustandes verdächtigen Handwerksgefallen werden auf vorgängige zeitige Requisition in dem von der Polizei-Behörde dazu bestimmten Locale und im Weisem eines Unter-Polizeibedienten während des Sommers um 7 Uhr und im Winter um 8 Uhr Morgens nach dem Tage der Ankunft der gedachten Gefellen von dem Physicus vorgenommen.

2) Im Fall der Abwesenheit oder Krankheit eines Physicus wird der von ihm als seinem Substituten designirte Arzt oder Wundarzt zu der Untersuchung aufgefordert, damit die Reisenden nicht aufgehalten werden.

3) Ergiebt die Untersuchung, daß der Handwerksgefelle an einer ansteckenden Krankheit leidet, so wird dieses von dem Physicus oder dessen Substituten in nachstehender Art in dem Wanderbuche oder in dem Passe desselben bemerkt:

Johann Meyer aus H. — litt am ten an Krätze,

B.

Physicus in H.

und es hat die Polizei-Behörde sodann dafür zu sorgen, daß der Kranke, in sofern sein Zustand solches zuläßt, sofort über die Gränze geschafft werde.

(Der Inhalt dieses Resc. ist den Kr. Aemtern von dem h. K. C. durch das Resc. vom 14. Decbr. 1829 mitgetheilt.)

Bekanntm. h. Ob. San. C. v. 17. Januar 1830.

Zur Gefolge der in den Br. Anz. erlassenen Bekanntm. vom 13. Jan. a. p., das Verbot für die Apotheker hiesiger Lande, Brech- und andere heftig wirkende Mittel auf alte Recepte ohne Vorwissen und Bewilligung der Aerzte zu verabreichen, betrff., findet sich h. Ob. San. C. veranlaßt, nachträglich zu erinnern, daß obige Bekanntm. nicht allein auf die von den Aerzten, sondern auch auf die von den Wundärzten und Thierärzten hiesiger Lande verschriebenen Recepte sich beziehe.

Zugleich wird zur Verhütung der immer mehr und mehr überhand nehmenden ärztlichen Puschereien den Apothekern hiesiger Lande und gleichfalls bei der in der Bekanntmachung vom 13. Jan. a. p. angedrohten Strafe von 20 Thlr. hiermit zur Pflicht gemacht:

1) von Laien abgeschriebene, oder von andern Unbefugten, insbesondere auch von Studiosen an der anatomisch-chirurgischen Anstalt hierselbst verschriebene Recepte; ferner

2) — jedoch mit Ausnahme von Nothfällen, welche inzwischen an solchen Orten, wo mehrere Aerzte wohnen, nur selten vorkommen können, und wenn sie ja vorkommen, jedesmal zur Kenntniß des Arztes, welcher im Wohnorte des Apothekers lebt, gebracht werden müssen — solche Recepte, welche zum innerlichen Gebrauche bestimmte Arzneien enthalten und nicht von Aerzten, sondern von Wundärzten, deren Praxis auf die Behandlung äußerlicher Schäden bei Menschen beschränkt ist, oder gar von Thierärzten, welche

an der Behandlung der Krankheiten des Menschen überall gar keinen Theil nehmen dürfen, verschrieben sind, nicht anzufertigen und, um hierbei möglich sicher zu Werke zu gehen,

3) sich der Anfertigung eines jeden Recepts zu enthalten, welches nicht mit der Namensschiffer dessen, der es verschrieben, versehen ist.

Gleichwie nun h. Ob. San. C. zu den Apothekern der hiesigen Lande das gegrüßete Vertrauen hegt, daß sie den ihnen hierdurch ertheilten Vorschriften gern und gewissenhaft nachkommen werden, so will dasselbe, um selbige vor der Gelegenheit zur Uebertretung jener Vorschriften möglichst zu bewahren, nur noch die Aerzte, Wundärzte und Thierärzte hiesiger Lande und zwar jeden derselben auf dasjenige, was in der Bekanntmachung vom 13. Jan. v. J. sowol, als auch im gegenwärtigen Nachtrage zu dieser Bekanntm. als Regulativ für sein pflichtmäßiges Thun und Lassen enthalten ist, aufmerksam machen und dessen Befolgung theils hiermit, theils auf den Grund ohnlängst ergangener Verordn. auf das Strengste anbefohlen haben.

(Br. Anz. 1830. Nr. 6.)

Bekanntm. h. Ob. San. C. v. 27. Januar 1830.

Da von mehreren Seiten her Beschwerden bei dem Ob. San. C. darüber geführt worden, daß viele Aerzte, der bestehenden Medicinal-Versaffung und namentlich den in dem erneuerten Circularschreiben vom 21. Septbr. 1803 enthaltenen Bestimmungen zuwider, es sich erlauben, zum Nachtheile für die Gerechtsame der Chirurgen, welchen jede Art von chirurgischer Verrichtung zukommt, nicht allein befugterweise mit großen und wichtigen Operationen, sondern unbefugterweise auch mit kleinen und unwichtigen chirurgischen Verrichtungen und Handleistungen sich zu befassen; daß ferner einige andere, und zwar im geraden Widerspruche mit dem unzweideutigen Inhalte des §. 15. der Medicinal-Ordnung vom Jahre 1721 und des unterm 14. Junius 1826 von dem Ob. San. C. an die Physici erlassenen und von diesen sämtlichen Aerzten hiesiger Lande mitgetheilten Circularschreibens, kein Bedenken tragen, die Medicamente nicht von den privilegirten Apotheken zu verschreiben, sondern an ihre Kranken selbst zu dispensiren: so will h. Ob. San. C., um den hierunter begangenen Contraventionen für die Zukunft bestmöglich vorzubeugen, den Aerzten hiesiger Lande den Inhalt der vorhingedachten Verfügungen hierdurch und mit dem Bemerken in Erinnerung bringen, daß, gleich wie diejenigen Chirurgen, welche unbefugterweise sich mit innerlichen Curen abgeben, in Gemäßheit des unterm 20. Jan. 1794 von dem h. Ob. San. C. aus an die hiesigen Stadt-Wundärzte ergangenen Erlasses eine Geldstrafe von 20 Thlr. für jeden Uebertretungsfall verwirken, so wie auch die Aerzte, welche auf die vorhin bemerkte Weise den Gerechtsamen der Chirurgen zu nahe treten, nach Anweisung des ebengedachten Erlasses mit einer gleichen Geldstrafe belegt werden sollen, diejenigen aber, welche gesetzwidriger Weise die Medicamente selbst dispensiren, den betreffenden Gerichtsbehörden zur arbiträren Bestrafung unfehlbar anheim fallen werden.

Die Aerzte haben nun hiernach sich zu richten und alle diejenigen, welchen die

Handhabung der medicinischen Polizei zunächst obliegt, also insbesondere die Physici, pflichtmäßig darauf zu achten, daß dem Inhalte der gegenwärtigen, so wie der im 6ten Stücke der hiesigen Anzeigen enthaltenen Bekanntmachung von Seiten der Aerzte, Apotheker, Chirurgen und Thierärzte pünktlich nachgekommen werde, die Contraventionsfälle aber sofort gehörigen Orts zur Anzeige zu bringen.

(Br. Anz. 1830. Nr. 11.)

Resc. h. E. v. 30. Januar 1830.

Durch das Consist. Ausschr. vom 12. Octbr. 1791 und 12. April 1794 ist bereits verordnet, daß die Prediger jedes Orts, sobald sich in ihren Gemeinden, auch auf den Filialen, grassirende ansteckende Krankheiten äußern, davon sofort höchsten Orts und dem Landphysicus des Bezirks eine kurze Anzeige, mit Bemerkung, wie viele Personen daran krank liegen, oder schon gestorben sind, machen sollen. Zu solchen Krankheiten gehört besonders auch die an sich und in ihren Folgen so verderbliche furchtbare Epidemie der natürlichen Menschenblattern. Inzwischen ist dem h. E. kund geworden, daß manche Prediger erst nach mehreren Krankheitsfällen diese dem Physicus anzeigen, durch welche Verspätung sehr großes Unglück herbeigeführt werden kann. Deshalb hat h. E. für nöthig gehalten, sämmtlichen Predigern hierdurch aufzugeben, daß sie bei der geringsten Spur der Blattern-Epidemie, auch nur in einem einzigen Falle in ihren Gemeinden, welche zu ihrer Kenntniß kommen, unverzüglich solches, mit Bemerkung des Orts der Personen, der Zeit, wann die Krankheit entdeckt ist und der dabei etwa eintretenden besondern Umstände, dem Stadt- oder Land-Physicus des Bezirks anzeigen, sich auch besonders auf den Filialen durch den Schullehrer, die Altaristen, die Ortsvorsteher oder die Geschworenen thunlichst schnell Kunde von solchem Krankheitsfalle zu verschaffen suchen. Zugleich erinnert h. E. an das Consist. Ausschr. vom 14. Febr. 1801, wodurch die Prediger aufgefordert sind, den ihnen anvertrauten Gemeinden alle Vorsicht bei der Behandlung und den Besuchen kranker Angehörigen, besonders wenn sie mit einer ansteckenden Krankheit behaftet sind, mittelst gehöriger Lüftung und Räucherung der Krankenzimmer, Wechselung und Auslüftung der Kleider, Vermeidung des Zusammenschlafens mit kranken Personen u. s. w., so wie irgend eine paßliche Gelegenheit sich dazu findet, dringend zu empfehlen.

Militairwesen.

W. die Einsetzung eines General-Kriegs-Gerichts betrff. (S. 41.)

[No. 8.] (20. März 1830.)

§. 1. Verhältnisse des General-Kriegs-Gerichts zu den übrigen Gerichten. (S. 41.)

[No. 8.] (20. März 1830.)

§. 2. Jurisdiction desselben. (S. 42.) [No. 8.] (20. März 1830.)

§. 3. Competenz desselben in Civilsachen. (S. 43.) [No. 8.] (20. März 1830.)

§. 4. Competenz in Criminalsachen. (S. 45.) [No. 8.] (20. März 1830.)

Militairwesen, Rescripte.

- S. 5. Competenz in Ansehung der nicht streitigen Gerichtsbarkeit. (S. 46.) [No. 8.] (20. März 1830.)
- S. 6. Competenz in Betreff der Depositen. (S. 47.) [No. 8.] (20. März 1830.)
- S. 7. Sitz und Besetzung des Gen.-Kriegs-Ger. (S. 47.) [No. 8.] (20. März 1830.)
- S. 8. Verfahren in Civil-Prozesssachen. (S. 48.) [No. 8.] (20. März 1830.)
- S. 9. Von den Rechtsmitteln. (S. 51.) [No. 8.] (20. März 1830.)
- S. 10. Von der Execution. (S. 53.) [No. 8.] (20. März 1830.)
- S. 11. Verfahren in Criminalsachen. (S. 54.) [No. 8.] (20. März 1830.)
- S. 12. Von den Gerichtsgebühren. (S. 57.) [No. 8.] (20. März 1830.)
- S. 13. Persönlicher Gerichtsstand der bei dem General-Kriegs-Gerichte angestellten Personen. (S. 58.) [No. 8.] (20. März 1830.)
- W. die Aufhebung der W. vom 14. Aug. 1815: wie es einstweilen mit dem Militair-Vorspannwesen in den hiesigen Landen zu halten, betrff. (S. 61.) [No. 9.] (22. April 1830.)
- W. die Aufhebung des General-Kriegs-Gerichts betrff. (S. 147.) [No. 21.] (25. Octbr. 1830.)
- Die Verordn. v. 20. März 1830 wird aufgehoben.

R e s c r i p t e.

I. Resc. v. 15. April 1815.

In allen amtlichen Berichten und schriftlichen Verhandlungen soll der Ausdruck Conseription vermieden und an dessen Statt das Wort: „Militairpflichtigkeit“ gebraucht werden.

Resc. f. Milit.-Kammer-Deputat. v. 9. Mai 1815.

Seren. haben gnädigst beschlossen, den Frauen und Kindern der ausmarschirten Unterofficiere und Soldaten vom hiesigen Corps in nöthigen Fällen freie Medicamente verabreichen zu lassen, jedoch dabei bestimmt, daß den Apothekern, die nach den Recepten des betreffenden Physici oder sonstigen Arztes gelieferten Medicamente und davon einzureichenden, nach Vorschrift der Medicinal-Laxe anzufertigenden Rechnungen mit einem Abzuge von 20 pr. Cent, als wozu sich der hiesige Apotheker Meyer für dergleichen Frauen und Kinder in der hiesigen Stadt verstanden hat, baar bezahlt werden.

J. Ob. San. C. wird nun ersucht, gefälligst den Apothekern und Physicis der hiesigen Lande hiervon Nachricht zu ertheilen, und erstere zu einer baldigen Erklärung aufzufordern, ob sie die Medicamente gegen einen Abzug von 20 pr. Cent zu liefern bereit sind, als worüber einer geneigten Benachrichtigung entgegen gesehen wird. In diesem Falle würde der Betrag für die verabreichten Medicamente monatlich gegen eine von dem Arzte, der die Recepte ertheilt, zu attestirende Rechnung, bei f. Milit. Kamm. Deputat. zu liquidiren und die Bezahlung, nach Abzug der 20 pr. Cent, welche gleich am Ende der Rechnung abzusehen sind, zu gewärtigen sein.

Militairwesen, Rescripte.

215

Resc. f. M. U. Com. v. 27. Juni 1816.

Da durch ein höchstes Resc. vom 18. Juni 1816 die in Ansehung der sämmtlichen Militair-Pensionaire, sowol der Officiere, als Unterofficiere und Soldaten, früherhin bestandene Einrichtung, wonach zur Vestraltung der durch die Krankheit und Vererdigung der verstorbenen Militair-Pensionairs veranlaßten Kosten, außer der Pension für den Sterbemonat, auch noch der Betrag zweier Gnaden-Monate ausgezahlt worden, wieder hergestellt und f. General-Casse authorisirt ist, darnach in vorkommenden Fällen Zahlung zu leisten; so wird solches den Oberhauptleuten hierdurch unverhalten, um darnach das Nöthige den Kr. Ger. ihres Distr. zur Anwendung bei sich ereignenden Todesfällen der Pensionairs bekannt zu machen.

Resc. f. R. E. v. 18. Januar 1820

wegen Beaufichtigung der Holzmindener Straße von dem Militair, f. Art. Wegbau u.

Resc. f. M. U. Com. v. 18. Februar 1823.

Im vorigen Jahre hat die ärztliche Untersuchung der in Gemäßheit des in Abschrift mitgetheilten allerhöchsten Resc. vom 18. Januar 1822 (Zb. 1. S. 312.) von den betreffenden Stadt- oder Kr.-Physici an die hiesige M. Gesundh. Com. verwiesenen Cantonisten, eingetretener Umstände halber, nur spät Statt finden können. Da indeß bei der diesjährigen Militair-Aushebung von wesentlichem Nutzen ist, daß sämmtliche mit Gebrechen u. behafteten Militairpflichtigen vom Jahre 1802, über deren Dienstuntauglichkeit oder Dienstfähigkeit die Kr. oder Stadt-Physici zu entscheiden nicht ermächtigt sind, oder Bedenken tragen, nach beendigter Loosung sogleich hier von der M. Gesundh. Com. definitiv untersucht werden, damit die dienstfähig befundenen mit dem auszuscheidenden Rekruten-Transporte nach Maßgabe ihrer Loosnummern ins Militair eingefellt werden können und nicht, wie im abgelaufenen Jahre, zum Nachtheile anderer Individuen ein Jahr zurückgesetzt bleiben, die M. Ges. Com. aber an jedem Tage, mit Ausnahme des Sonntags und Mittwochs zusammen zu berufen steht, so will f. M. U. Com. (die Majore) beauftragen, den resp. Canton-Commissionen, durch Verzeigung dieses, bemerkl. zu machen, wie sie zum Besten des Zwecks angemessen finde, daß dergl. an die M. Ges. Com. verwiesene Cantonisten, welche den Weg hierher zu Fuße machen können, in den auf die Loosung folgenden ersten Tagen mit Ausschluß des Sonnabends und Dienstags zur ärztlichen Untersuchung hierher sistirt werden; wobei jedoch erforderlich, daß der f. Mil. U. Com. der Tag ihrer Ankunft zeitig vorher angezeigt und eine namentliche Liste derselben zugesendet werde, der die etwa vorhandenen ärztlichen Bescheinigungen u. beigefügt werden können. Die Verpflegung der wo möglich aus jeder Oberhauptmannschaft auf einmal zu stellenden Cantonisten auf dem Herwege wird, wie früher, durch Vorschüsse von Seiten der f. Ger. mit 6 Ggr. täglich für jeden Mann geschehen können und besagte Cantonisten dabei anzuweisen seien, sich bei ihrer Ankunft hierselbst bei dem Casernen-Verwalter der Regiments-Caserne, behuf ihres Unterkommens und ihrer Beföstigung zu melden; um indeß die

Resc. h. Kriegs:Col. v. 12. Januar 1828.

Von Seiten der Cant.=Comm. ist nach den Vorschriften des höchsten Resc. vom 18. Jan. 1822 genau zu verfahren und nur dann die Zurücksetzung oder Entlassung von dienstunfähigen Cantonisten zu verfügen, sobald die Cant.=Comm. sich von dem unzweifelhaften Vorhandensein eines der zur ersten Abtheilung gehörigen 21 Gebrechen hinlänglich überzeugt haben werden.

Die Seifensiederei ist als kein Fabrikwesen zu betrachten und mithin §. 23. lit. a. auf den Cantonisten N. nicht anzuwenden, derselbe auch ohnehin nur als Administrator der Seifensiederei und Zubehör angesehen werden kann.

Resc. h. Kriegs:Col. v. 14. Januar 1828.

Es wird dem h. Kr. Amte hierdurch Nachricht gegeben, daß höchsten Orts unterm 4. huj. in Rücksicht auf die obwaltenden Umstände und in Erwägung der aus dem successiven Ab- und Zugange einzelner Cantonisten für den Dienst erwachsenden Nachtheile, so wie der bei dem bisher Statt gefundenen Verfahren entstandenen Inconvenienzen, nachstehende, auf das Canton- und Militair-Aushebungsgeßchäft Bezug habende Bestimmungen erlassen und festgesetzt sind:

1) Soll in Hinsicht der sich nachträglich stellenden Cantonisten in Zukunft ganz nach den desfalligen Bestimmungen des Cant.=Reglem. §. 113. verfahren, mithin jeder derselben, wenn er dienstfähig ist, nicht sofort, sondern erst bei der Recruten-Aushebung des nächsten Jahres eingestellt werden; eine Ausnahme hiervon aber bei denjenigen eintreten, gegen welche als wirklich Ausgetretene ein kriegsrechtliches Verfahren Statt gefunden hat, indem ein solcher Cantonist nach erlittener Strafe sofort an das Corps abzuliefern und bei demselben einzurangiren ist. Was die Dienstzeit der zur erstern Kategorie gehörigen Cantonisten, welche nachträglich erscheinen und erst bei der nächsten Recruten-Aushebung eingestellt werden, anlangt, so ist dieselbe vom Tage ihrer Einrangirung an zu berechnen.

2) Soll die Entlassung von einrangirten Cantonisten mit höhern Nummern für später einrangirte niedere Nummern, nur für den §. 50. des Cant.=Reglem. bestimmten Fall Statt finden, wo ein temporair dienstunfähig gewesener Cantonist nochmals eingestellt wird, im Uebrigen aber dieser §. auf andere nicht dahin gehörige Fälle, keine analogische Anwendung haben.

3) Soll der Eintritt von Freiwilligen nur auf die drei Perioden im Jahre beschränkt und festgesetzt sein, nämlich auf den im Frühjahr eintretenden Zeitpunkt der wirklichen Recruten-Ablieferung, so wie auf den 1. Octbr. und den 2. Jan. jeden Jahres, und ist der Commandeur des Corps hiernach angewiesen, die Annahme von Freiwilligen, welche sich außer jenen Perioden melden, zu verweigern. Die unterm 1. Octbr. und 2. Jan. freiwillig eingetretenen Individuen werden nach Maßgabe des Cant. Reglem. §§. 7. und 91. erst mit den Cantonisten der nächstfolgenden Recruten-Aushebung auf Verabschiedung Anspruch erhalten.

Bege Repert. II. Thl.

Um zugleich die höchsten Orts vorgeschriebene Ersparniß der zu bedeutend erscheinenden jährlichen Cant.-Comm.-Kosten für jetzt thunlichst zu bewirken, ist es nothwendig, daß künftig die unter persönlicher Theilnahme des dazu commandirten Staatsofficiers vorzunehmenden eigentlichen Cant.-Comm.-Geschäfte, für jedes h. Kr. Amt an einem Sitzungstage und dann, wenn die Anzahl der Cantonisten zu bedeutend ist, mit höchstens zwei Sitzungstagen beendigt werden; ferner daß außer den Reisetagen alle Zwischentage wegfallen, und in jeder Sitzung die Untersuchung der Cantonisten nur von einem Kr. Physico versehen, überhaupt aber das Geschäftspersonal um so eher vermindert werde, als die gewöhnlichen Diäten außer für die im §. 35. des Cant.-Reglem. bezeichneten stimmbfähigen Mitglieder der Cant.-Comm. nur noch für:

1) den Actuar oder Protokollführer; 2) den Unterofficier oder Schreiber des Staatsofficiers, und 3) den Amtsvoigt, oder Untervoigt, oder Gerichtsdiener passiren können, und die Ausgaben für Copialien u. gar nicht in der Rechnung erscheinen dürfen.

Damit der Zweck, die Sitzungstage der Cant.-Comm. auf einen oder höchstens zwei Tage zu beschränken, um so sicherer erreicht werden könne, soll der als Schreiber des Canton-Staatsofficiers fungirende Unterofficier schon während des Monats Februar in der Oberhauptmannschaft zeitig eintreffen, um die Collationirung der Cantonrollen nach den ihm mitzutheilenden Listen und Verzeichnissen, in jedem Kr. Amte, innerhalb 4 Tagen (excl. der Reisetage) dergestalt zu beendigen, und die qu. Cantonrollen in Stand zu setzen, daß sämtliche Veränderungen vor dem ersten Sitzungstage sich darin eingetragen befinden, womit seinerseits die nöthigen Vorarbeiten geleistet sind. Dagegen haben die h. Kr. Aemter ihrerseits ebenfalls dafür zu sorgen, daß die dortigen Cantonrollen vor Ankunft des Cantonschreibers sämtliche im Laufe des verwichenen Jahrs vorgesehene Veränderungen und alle von hieraus zugegangenen Verfügungen enthalten, daß ferner vor dem Anfange der Canton-Commissionsitzungen das Nachloosen der Cantonisten aus früheren Jahren, so wie die vorgeschriebene Untersuchung und Impfung der Cantonisten vorgenommen, daß die gegenseitigen Verhandlungen hinsichtlich der Dienstboten beendigt, überhaupt auch die Zeit raubenden Untersuchungen über die individuellen Verhältnisse der Cantonisten vorher gehörig eingeleitet, über die Umstände und Gebrechlichkeiten der Aeltern, in Fällen der Befreiung oder Zurücksetzung die erforderlichen Atteste beigebracht und vorläufig geprüft, mithin alle nöthigen Vorbereitungen so getroffen und geordnet sind, daß an dem Sitzungstage der Cant.-Comm. sowol die Beschlußnahme hinsichtlich der einzelnen zweifelhaften Fälle u. als die Loosung der Cantonisten ohne Unterbrechung vorgenommen werden könne. Zu diesem Ende scheint es angemessen, auf den Grund der während der Sitzungen vorläufig angefertigten beiden Listen der Cantonisten des laufenden Jahrs und derer früherer Jahre, alle übrigen Listen und Verzeichnisse erst nach Auflösung der Cant.-Comm. unterschreiben zu lassen, und ist es hinreichend, daß die Zahl derer, welche gelooft haben, so wie die Verzeichnisse derjenigen Cantonisten, welche zur Untersuchung

vor die Gesundheits-Commission zu stellen sind, dem bisherigen Verfahren gemäß vorläufig zeitig eingesendet, und dabei der Ankunftszeit der letzteren bemerkt werde, wogegen die Einsendung der übrigen vorschriftsmäßigen Verzeichnisse und Listen später erfolgen kann, und scheint es ebenfalls thunlich, das das Messen solcher Cantonisten, welche augenscheinlich das Normalmaaß erreicht haben, imgleichen das Signalisiren der Militairpflichtigen füglich nicht während der Sitzungen der Cant.-Comm. geschehe.

Resc. h. Kriegs-Col. v. 29. Januar 1828.

Es wird die Einsendung folgender Listen gewärtigt:

- 1) Liste der aus früheren Jahren zurückgesetzten und nochmals untersuchten Cantonisten,
- 2) desgl. der sich zum freiwilligen Dienste gemeldet,
- 3) der gesetzlich entlassenen (freiwilligen),
- 4) Loos-Listen,
- 5) der von der Gesundheits-Comm. zu Braunschweig ärztlich zu untersuchenden Cantonisten,
- 6) Dienstboten; a) der aus fremden Kr. Aemtern, welche zur Loosung gezogen; b) der aus dem h. Kr. Amte (Stadt) gebürtigen und in andern Districten loosenden.
- 7) der als Ausgetretene zu proclamirenden Cantonisten, und
- 8) der abwesenden und daher in den öffentlichen Blättern zu citirenden Cantonisten.

Was die ad 5. bemerkte und nur von dem betreffenden h. Kr. Amte allein zu beglaubigende Liste anlangt, so hat es mit der bereits früher bestimmten zeitigen Einsendung derselben und vorgängigen Benachrichtigung vor dem Eintreffen der Cantonisten, wie früher sein Verbleiben; in Hinsicht der übrigen Verzeichnisse und Listen ist es jedoch nicht erforderlich, daß durch das Unterschreiben derselben von sämtlichen Mitgliedern die Auf- lösung der Cant.-Comm. ohne Nutzen verzögert werde, vielmehr kann, da solche nicht früher als bis zum 1. c. spätestens bedürftig sind, die Unterschrift des einen oder andern etwa abwesenden Mitgliedes füglich durch Correspondenz herbeigeschafft werden.

Resc. h. Kriegs-Col. v. 5. April 1828.

Da höchsten Orts unterm 27. v. M. es genehmigt worden, daß bei den Verhältnissen und der Organisation des Gardehusaren-Regiments, hinsichtlich der durch die Verfügung wegen der Beschränkung des Eintritts der Freiwilligen auf drei Perioden im Jahre gegebenen Bestimmungen, eine Ausnahme gemacht und dem Commandeur des gedachten Regiments gestattet werden soll, zu jeder Zeit im Jahre Freiwillige anzunehmen, so wird dieses unverhalten.

Resc. h. Kriegs-Col. v. 12. Mai 1828.

Demnach Zweifel darüber entstanden sind, ob über die Stellvertretung der Cantonisten eine bloße Anzeige genüge oder in wiefern es der Einsendung der darüber schrift-

lich abgemachten Verhandlungen bedürfe, so wird hiermit eröffnet, daß es nur einer Anzeige über dergleichen Statt gefundene Stellvertretungen oder Nummerntausche mit Angabe der dabei interessirten Individuen zur Regulirung der Cantonrollen ohne Mittheilung der darüber schriftlich abgemachten Verhandlungen bedürfe, daß es aber dagegen erforderlich und den Bestimmungen des Cant.-Reglem. gemäß ist, daß sämtliche vorschriftsmäßige Bescheinigungen zc. an den Commandeur des Corps vollständig abgeliefert werden, um bei der betreffenden Abtheilung deponirt werden zu können.

Resc. h. Kriegss-Col. v. 30. Juni 1828.

Wir benachrichtigen das h. Kr. Amt hierdurch, daß, um das sowohl für den Dienst als auch die Kriegscasse nachtheilige Entlassen von einrangirten Cantonisten mit höhern Nummern für solche, welche später, schon vielleicht noch während der Einexercirzeit, mit übersprungen gewesenem niedern Nummern einrangirt werden, nach Möglichkeit zu beschränken, allerhöchsten Orts unterm 20. huj. nachfolgende Bestimmungen erlassen sind:

1) Sollen solche Cantonisten, welche ausweislich beigebrachter gültiger Bescheinigung wegen Krankheit oder unverschuldeter Abwesenheit am Recruten-Ablieferungstage sich nicht persönlich stellen können, deren Genesung und resp. baldige Nachstellung aber mit Gewißheit vorauszusehen ist, dem Corps namentlich überwiesen, dafür aber keine andere Cantonisten mit höhern Nummern zum Dienste einberufen werden, und es dann den Truppenabtheilungen, denen jene zugetheilt worden, überlassen bleiben, wenn sie zu lange nach dem Anfange der Recruten Exercirzeit bei ihnen eintreffen sollen, solche nur zu beeidigen und bis zum 1. Octbr. desselben Jahrs wieder zu beurlauben, dann aber zum Exerciren einzuziehen.

2) Was die übrigen sich nachträglich stellenden Cantonisten anbetrifft, so soll dieferhalb nachstehendes Verfahren beobachtet werden:

a) mit denen, deren Nichterscheinung hinlänglich entschuldigt wird, soll eben die Einrichtung, welche ad 1. vorgeschrieben worden, Statt finden; dagegen

b) diejenigen, welche keine oder unzulängliche Entschuldigungsgründe ihres Ausbleibens haben, sollen zwar eben so beeidigt und beurlaubt, jedoch erst mit den Recruten des nächsten Jahrs einbeordert und einexercirt und mit diesen hinsichtlich ihrer Militairpflichtigkeit gleich gestellt, auch drei Jahre ohne großen Urlaub zur Dienstleistung beibehalten werden.

Unter Berücksichtigung dieser Maßregel können übrigens nur die für die ad 2. a. bezeichneten Cantonisten zum Dienste eingezogenen höchsten Nummern einen, wenn gleich nicht durch das Cant.-Reglem. begründeten Anspruch auf Wiederentlassung machen, indem die sub 2. b. bemerkten Cantonisten jedesmal der Aushebung des nächsten Jahrs wieder zu gut kommen.

H. Kr. Amt wolle sich nun nach vorstehenden Bestimmungen genau achten und in

eintretenden Fällen darnach verfahren, auch jedesmal das Erforderliche in den Cantonrollen notiren.

Resc. h. Kriegs-Col. v. 1. September 1828.

Zur schnelleren Beförderung desjenigen Untersuchungs- und kriegsrechtlichen Verfahrens, welches gegen die, in der Verfügung vom 1. Aug. v. J. bezeichneten ausgetretenen Cantonisten Anwendung findet, ist es erforderlich, daß das über deren Festsetzung und Arretirung, so wie über die von ihnen vorgegebenen Ursachen und etwaigen Entschuldigungsgründe ihrer Abwesenheit aufgenommene Protokoll, nebst sonstigen darauf bezüglichen Papieren, zugleich mit der Ablieferung des betreffenden Cantonisten dem hiesigen Garnison-Commandanten direct zugestellt werde; wogegen an h. Kriegs-Col. nur eine Anzeige dieser verfügten Ablieferung, und eine Abschrift des gedachten Protokolls gleichzeitig einzufenden ist. Die obenbemerkte Verfügung wird daher hiernach abgeändert.

Resc. h. Kriegs-Col. v. 8. December 1828.

Die von dem hiesigen Garnison-Commandanten unterm 1. huj. zugegangene Anzeige, daß mitunter von den in der Verfügung vom 1. Aug. v. J. Nr. 3278. enthaltenen Bestimmungen abgewichen werde, indem die als Ausgetretene proclamirten, fixirten oder arretirten Cantonisten, statt der Vorschrift gemäß, an die hiesige Garnison-Commandantur, hin und wieder an den Commandeur des Corps abgeliefert wurden, veranlaßt h. Kriegs-Col., in Beziehung auf den Erlass vom 1. September c. Nr. 2427. obige Verfügung, nach welcher sämtliche ausgetretene Cantonisten an die hiesige Garnison-Commandantur abzuliefern sind, nochmals in Erinnerung zu bringen, und die betreffenden Behörden hiermit aufzufordern, nach deren Inhalte pünktlich zu verfahren.

Resc. h. St. M. v. 9. December 1828.

Da verschiedentlich wahrgenommen, daß beurlaubte Gardehusaren wegen geringerer Vergehen zu mehrtägiger Gefängnißstrafe verurtheilt und solche an denselben vollzogen worden, hieraus aber der Nachtheil entstanden ist, daß das diesen Beurlaubten auf Urlaub mitgegebene Pferd des Arrestanten während dessen Inhaftirung nicht ordnungsmäßig gepflegt und abgewartet ist; so haben die h. Kr. Renter in Zukunft vor Vollziehung einer solchen Strafe jedesmal dem Commandeur des Gardehusaren-Regiments davon Anzeige zu machen, und dessen Anordnung wegen Pflege des Pferdes abzuwarten.

In dem Falle jedoch, daß die unverzügliche Verhaftung eines beurlaubten Gardehusaren unumgänglich nothwendig werden sollte, haben die h. Kr. Renter selbst sogleich zweckmäßige Maßregeln wegen der Abwartung und Pflege des Pferdes durch einen andern in der Nähe sich aufhaltenden beurlaubten Gardehusaren, oder einen Landwehrradonier der nächsten Station zu treffen, davon aber ungefäumt den Commandeur der Gardehusaren zu benachrichtigen, damit dieser das Nöthige anordnen könne.

Resc. h. Kriegs-Col. v. 17. Januar 1829.

Um so viel als möglich die Cantongeschäfte durch Beschränkung der bisher vor

und nach der Loosung aufgestellten Listen und Verzeichnisse zu vereinfachen und die Arbeit zu erleichtern, dabei aber doch den Hauptzweck, zur gründlichen Führung der Cantonrollen eine vollständige und genaue Uebersicht zu erlangen, nicht aus den Augen zu verlieren, sondern so viel es sich ausführen läßt, zu befördern, findet h. Kr.=Col. angemessen und dem Zwecke entsprechender, daß von den in der Verfügung vom 29. Jan. v. J. bezeichneten Listen, die Einsendung der nachfolgenden, als:

2) der sich freiwillig zum Dienst gemeldeten,

3) der gesetzlich entlassenen,

6) der Dienstboten; a) der aus fremden Kreisen, welche zur Loosung gezogen; b) der aus h. Kr. Amte gebürtigen und in andern Districten loosenden, für die Folge unterbleiben und wegfallen kann, indem es ad 2. genügt, daß diejenigen Cantonisten, welche sich am Tage der Loosung und vor dem Beginnen derselben zum freiwilligen Eintritt in das Militair melden, deren Anzahl aber gemeiniglich nur gering ist, im Ansatze der Loosungsliste namhaft aufgeführt werden, hinter derselben sodann aber die Cantonisten, welche gelooft haben, in der bisherigen Ordnung folgen.

Damit indeß durch das Einziehen vorbemerakter Verzeichnisse in der Vollständigkeit der dadurch gelieferten Angaben kein nachtheiliger Ausfall entstehe, vielmehr wesentlicher Nutzen gestiftet werde, wird bestimmt, daß in Zukunft zwar erst nach geschiederer Loosung, jedoch spätestens bis zum 10. April c. eine Abschrift der jedes Jahr geführten Listen sämtlicher militairpflichtigen jungen Mannschaft und zwar auf die in dem anliegenden Formulare des Beispiels wegen angegebene Art mit den übrigen Listen eingeliefert und zugleich außerdem ein Verzeichniß der zurückgesetzten Cantonisten des laufenden Cantonjahrs mit vollständiger Erläuterung der Verhältnisse derselben und ihrer Aelteren u., so wie des Zurücksetzungsgrundes beigelegt werde.

Dem Physicus soll außer dem Geschäftstage während der Cant.=Comm. noch ein Tag und zwar vor gemeinschaftlicher Versammlung, behuf Untersuchung der Cantonisten wegen Impfung der Schutzblattern, gut gethan und die bestimmten Diäten und Reisekosten dafür in den Liquidationen aufgenommen werden.

Resc. h. Kriegs=Col. v. 19. Januar 1829.

Die dem h. Kr.=C. jährlich zugegangenen freisamtlichen Berechnungen über die Reise- und Zehrungsgelder, welche den zur ärztlichen Untersuchung beordert gewesenen Cantonisten gezahlt worden sind, erweisen, daß über das Fixum solcher Gelder bisher verschiedene Ansichten geherrscht, und deshalb mitunter nicht ganz angemessene Vorschüsse Statt gehabt haben. Damit nun für die Folge hierin nach festen Principien verfahren werden könne, wird verfügt, unter Bezugnahme auf das Circul. Resc. vom 18. Febr. 1823 Nr. 622, daß hinführo den mit Gebrechen u. behafteten, nach Braunschweig geschickten Cantonisten:

1) des h. Kr. Amts Calvörde für zwei Tagemärsche . . . 12 Ggr.

2)	des h. Kr. Amts Vorsfelde	}	für einen Tagemarsch . . . 6 Ggr.
3)	desgl. Schöningen		
4)	desgl. Helmstedt		
5)	desgl. Königslutter	}	für 2/3 dito 4 Ggr.
6)	desgl. Scheppenstedt		

täglich jedem Manne zur Herreise vom h. Kr. Amte vorgezossen, dagegen aber an Reisegeldern, weil solche erforderlichen Falls in Braunschweig erfolgen, gar nichts dort gezahlt, übrigens die einseitigen Berechnungen über diese Vorschüsse genau nach dem anliegenden Schema aufgestellt und behuf Wiedererstattung zeitig beim h. Kr.=Col. eingereicht werden.

Was Kranke, zur Fußreise hierher bescheinigtermassen unfähige Cantonisten anlangt, so können für selbige Transportkosten von Braunschweig aus nicht erfolgen, und sind dergleichen Cantonisten, nachdem die über ihre Marschunfähigkeit eingelieferten Bescheinigungen dem h. Kr.=Col. vorläufig mitgetheilt worden, entweder in ihrer Heimath bis zur völligen Genesung zurückzulassen, oder auf andere, den Ortsbehörden zu überlassende Weise und ohne daß Kosten für die Kriegscasse dadurch entstehen könnten, nach Braunschweig zu schaffen.

Refc.

[illegible]

Militairwesen, Rescripte.

225

Resc. h. E. v. 31. Januar 1829.

Die Generalsuperintendenten haben den Superintendenten und durch diese den Predigern und anderen mit der Führung der Kirchenbücher beauftragten Officianten von neuem aufzugeben, daß sie die zur richtigen Führung der Cantonrollen ganz unentbehrlichen Auszüge aus den Kirchenregistern, bei Vermeidung einer nöthigenfalls unnachsichtlich beizutreibenden Strafe von zwei Thalern für jeden, dem h. E. angezeigten Unterlassungs- oder Verzögerungsfall, zur bestimmten Zeit fertigen und an die vorgeschriebene Behörde pünktlich einliefern und wird auf die Ausschreiben vom 29. Decbr. 1821 und 12. April 1823 Bezug genommen.

Resc. h. Kr. Col. v. 14. Februar 1829.

Daß h. Conf. hat, um der Saumseligkeit in Betreff der Aufstellung der vorgeschriebenen Auszüge aus den Kirchenbüchern vorzubeugen, auf höhere Veranlassung den Predigern und andern mit der Führung der Kirchenbücher beauftragten Officianten, unterm 31. v. M. aufgegeben, der pünktlichen Fertigung und Einsendung der zur Führung der Cantonrollen erforderlichen Auszüge aus den Geburts- und Sterberegistern der Kirchenbücher bei Vermeidung einer nöthigenfalls unnachsichtlich beizutreibenden Strafe von 2 Thlr. für jeden dem h. Conf. angezeigten Unterlassungs- oder Verzögerungsfall zur bestimmten Zeit nachzukommen. In Contraventionsfällen will das h. Kriegs-Col. Anzeige gewärtigen.

Bekanntmachung h. Kr. Col. v. 15. Februar 1829.

Demnach in Gemäßheit einer von dem h. St. M. unter dem 3. d. M. gegebenen Bestimmung diejenigen militairpflichtigen jungen Leute, welche sich den höhern Wissenschaften widmen und in Folge des §. 27. des Cant.-Reglem. auf Zurücksetzung Anspruch machen, die nacherwähnten Atteste bei der betreffenden Cant.-Comm. beizubringen haben, und zwar:

1) im ersten Jahre ihrer Militairpflichtigkeit:

a) wenn sie die öffentlichen Schulen oder Gymnasien noch nicht verlassen haben, oder sich noch nicht auf einer Academie des Studirens wegen befinden, glaubhafte Atteste der betreffenden Directoren über ihren, bis in oder durch die höchste Classe fleißig und mit Nutzen gemachten Cursus;

b) wenn sie sich bereits auf einer Academie befinden, außer den ad a. jeden Falles zu producirenden Attesten der Gymnasien-Directoren noch ein von dem Universitäts-Prorector auf den Grund der Immatriculirung und der im Originale beizufügenden speciellen Lehrerzeugnisse über die betriebenen Studien und gehörten Collegia ausgestelltes Zeugniß der ununterbrochenen Gegenwart, des untadelhaften sittlichen Betragens und des anhaltenden Fleißes;

Bege Repert. II. Thl.

29

- 2) im zweiten Jahre und nachher jährlich, so lange sie die Academie besuchen, ohne Berücksichtigung ihres Alters ein ähnliches academisches Attest, wie das unter 1. lit. b. benannte;
- 3) nach Beendigung ihrer Studien wiederum ein solches Zeugniß, wie das eben unter Nr. 2. erwähnte, und darauf spätestens binnen 6 Monaten ein glaubhaftes Attestat über den Ausfall ihres Candidaten- oder Anstellungs-Examens;
- 4) wenn der Militairpflichtige auf einer öffentlichen Schule nicht gewesen und daher außer Stande sein sollte, die unter 1. lit. a. bemerkten Schulatteste zu produciren, so dann motivirte und hinlänglich detaillirte Atteste über die mittelst Privatunterrichts oder auf andere Weise von ihm betriebenen alten und neuen Sprachen und Vorbereitungs-wissenschaften, über den dabei angewandten Fleiß und dadurch erworbenen Grad von Kenntnissen, desgleichen über sein sittliches Betragen, seinen Aufenthaltsort und das academische Studium, welchem und wo und wann er sich demselben widmen will; welche Atteste jedoch von anerkannt competenten Lehrern ausgestellt und, wenn letztere im Auslande wohnen, von der Obrigkeit beglaubigt sein, jeden Falls aber die vollkommene Reife zum Universitätsbesuch genügend beweisen müssen;
- so wird solches hiermit zur Nachricht und Nachachtung unter dem Präjudiz bekannt gemacht, daß, wenn die beizubringenden Atteste nicht genau den obigen Vorschriften gemäß abgefaßt sind, die Zurücksetzung des betreffenden Individuums nicht verfügt werden kann.

(Br. Anz. 1829. Nr. 14.)

Resc. h. Kr. Col. v. 17. Februar 1829.

Nach einer von dem h. St. M. unterm 3. d. M. gegebenen Bestimmung soll von nun an der in dem §. 27. des Cant.-Reglem. enthaltene Ausdruck: „höhere Wissenschaften“ zwar die vier Cathegorien: Philosophie, Theologie, Jurisprudenz und Medicin in sich fassen, unter der ersten derselben aber stets die Disciplin der Philologie, Mathematik, Staatswissenschaft und Naturkunde, desgl. das wissenschaftliche Studium des Bau-, Berg-, Hütten- und Forstfaches, mitbegriffen werden. Da indessen die Begünstigung, welche der höheren Wissenschaft sich widmenden militairpflichtigen jungen Leuten zugestanden ist, zur Vermeidung etwanigen Mißbrauchs, so wie wegen des für die übrigen Cantonisten daraus erwachsenden Nachtheils nur auf vollständige und bündige Beweise eines mit Nutzen betriebenen Studiums begründet werden kann; so haben erstere bei der betrefsenden Cont.-Comm. diejenigen Atteste, worüber das Nöthige zur Kenntniß des Publikums durch die Anzeigen gebracht ist, beizubringen und ist streng darauf zu halten, daß die beizubringenden Atteste genau nach den bekannt gemachten Vorschriften abgefaßt sind, und wenn solches der Fall nicht ist, dem selbige producirenden Militairpflichtigen die dadurch bezweckte Zurücksetzung nicht zu Theil werden zu lassen.

(Vergl. Resc. v. 4. Octbr. 1822 Th. 1. S. 317.)

Resc. h. R. E. v. 9. März 1829.

Demnach auf die Vorstellung einiger h. Kr. Aemter, daß sie keinen disponiblen Fonds besäßen, um die vorschußweise Zahlung der Zehrungs- und Reisekosten, welche den, jedes Frühjahr vor der Recrutenablieferung zur definitiven ärztlichen Untersuchung hierher zu sendenden, mit Gebrechen u. behafteten Cantonisten des Aushebungsjahrs verabreicht werden, leisten zu können, mittelst Resc. des h. St. M. vom 3. d. M. beschloffen worden, daß künftig diese geringfügigen Vorschüsse einstweilen von den Gerichtsportel-Geldern bestritten werden können: so authorisirt das h. R. E. die h. Kr. Aemter hierdurch, die gedachten Kosten in vorkommenden Fällen von den eingehenden Gerichtsportel-Geldern zu entnehmen, und unter Beifügung einer besonderen speciellen Liquidation, deren Betrag in den monatlich einzusendenden Nachweisungen der erhobenen Sporteln abzusetzen.

Resc. h. Kr. Col. v. 29. April 1829.

Da vom königl. großbrit. hannov. Cabinet-Ministerio die Verfügung getroffen ist, daß den hiesigen, auf der Academie zu Göttingen studirenden Landeskindern diejenigen academischen Atteste, deren sie alljährlich in Beziehung auf ihre Cantonpflichtigkeit bedürfen, von dem dasigen Universitätsgerichte künftig unentgeltlich ertheilt werden, so wird solches hiermit nachdrücklich eröffnet.

Resc. h. R. E. v. 9. Februar 1830

wegen der Emigrations=Consense, s. Art. Polizei und Verwaltung.

Resc. h. Kr. Col. v. 24. Mai 1830.

Die den ärztlichen Mitgliedern der M. Gesundh. Comm. hieselbst be ih. Ob. San. E. obliegenden Dienstgeschäfte gestatten es nicht, daß besagte Commission außer den übrigen Wochentagen auch nur ausnahmsweise an den Mittwochen und Sonnabenden zusammenberufen werde. Da hierdurch die wegen Anherosifirung der hieselbst ärztlich zu untersuchenden Individuen unterm 13. Febr. 1823. Nr. 622. erlassene Bestimmung einige Modification erleidet; so wird solches den h. Kr. Aemtern eröffnet, um bei vorfallenden Untersuchungen von Cantonisten oder sonstigen Militairpersonen sich nach obiger Andeutung zu achten und die Anherosendung solcher Individuen so einzurichten, daß die Sitzungen der M. Gesundh. Comm. für die Folge an den vorbemerkten beiden Tagen unterbleiben können.

Bekanntm. h. St. M. v. 11. December 1830.

Da bei der kürzlich vorgekommenen und in Zukunft etwa noch eintretenden Detaschirung von Abtheilungen des activen Truppencorps in einzelne Theile des Landes es erforderlich ist, im Allgemeinen hinsichtlich der Verpflegung des außerhalb der Garnison, in den Landstädten oder auf dem Lande verquartierten Militairs, Bestimmung zu treffen; so hat h. St. M. beschloffen und setzt hierdurch fest, daß

- 1) an Vergütung für die Verpflegung dem Quartierträger
- a) für jeden Unterofficier und Gemeinen täglich 6 Ggr.

- b) für den Subalternofficier 12 Ggr.
 c) für den Capitain : 18 "
 d) für den Staatsofficier 1 Thlr.

und zwar letztere drei Sätze mit der Verpflichtung, dafür anständige und reichliche Kost zu liefern, gezahlt oder dem Officier unter der Bedingung, für seine Beföstigung selbst zu sorgen, überlassen werde;

2) daß für diese Vergütungssätze dem Unterofficier und Soldaten, so wie jeder zum Militair gehörigen Person, die nicht den Rang eines Officiers hat, täglich 2 Pfd. gut ausgebackenes Roggenbrot, zweimal wöchentlich Fleisch und an den übrigen Tagen, statt des frischen Fleisches, für jede Mahlzeit 1/4 Pfd. Wurst, Schinken oder Speck, oder auch 1/8 Pfd. Butter; ferner: Zugemüse, so viel Mittags und Abends zu einer rechtlichen Mahlzeit gehört, dem Subalternofficier, bis zum Capitain excl. aber, außer Quartier, Holz und Licht, das Nöthige an Brot, Suppe und Gemüse, mindestens zweimal wöchentlich frisches Fleisch, an den übrigen Tagen aber, wenn solches nicht herbeizuschaffen, die obigen Sätze an Wurst, Schinken oder Butter, auch Mittags und Abends bei jeder Mahlzeit eine Bouteille Bier, wie es in der Gegend gebrauet wird, und Morgens zum Frühstück Kaffee, Butterbrot und 1/8 Quartier Brantwein; endlich dem Capitain und Staatsofficier, außer der vorgedachten Verpflegung, Mittags noch ein Gericht zu liefern sei, wobei noch besonders bemerkt wird, daß der Soldat des Morgens zum Frühstück nichts weiter verlangen kann; ferner:

3) daß die Lieferung der Fourage-Rationen an die Cavallerie-Detachements oder be-rittenen Officiere von dem Fourage-Entrepreneur, aus dessen Magazinen die Landwehrdragoner auf dem Lande ihre Fourage erhalten, übernommen, in besonderen Fällen aber, wo die Quartierwirthe die Fourage etwa vorgeschoffen haben, diesen dieselbe Vergütung, welche der Entrepreneur pro Ration erhält, zugebilligt werde.

Die betreffenden Behörden und Individuen vom Civil und Militair haben sich also nach vorstehenden Bestimmungen auf das Genaueste zu achten.

(Br. Anz. 1830. Nr. 98.)

Resc. h. Kr. Col. v. 17. December 1830.

Mit Bezugnahme auf die in dem 98sten Stücke der hiesigen Anzeigen enthaltenen Regulativ-Verordn. über die Verpflegung des außerhalb der Garnison in den Landstädten und auf dem flachen Lande verquartirten h. Militairs, wird den Kr. Aemtern des Beispiels wegen, ein theilweise ausgefülltes Schema der Berechnung, welche über die Verquartirung und Beföstigung des detachirten Militairs, auf den Grund der von den Commandeurs der betreffenden Detachements mitzutheilenden namentlichen Liste, von den resp. Kr. Aemtern in vorkommenden Fällen anzulegen ist, mitgetheilt. Es wird dabei bemerkt, daß bei Verpflegung der Officiers, Unterofficiers und Soldaten der Tag der Ankunft ein-

schließlich, der Tag des Abmarsches aber exclusive zu berechnen ist. Bei etwa Statt gefundener Einquartirung sind die fraglichen Liquidationen danach aufzustellen und dem h. Kr. Col. zeitig durch die Oberhauptleute zuzusenden, um darnach die Zahlungen der bewilligten Entschädigungen reguliren zu können.

Sollten vielleicht einzelnen Ortschaften zur Bestreitung der Einquartirungskosten vorläufige Vorschüsse geleistet sein, so ist dahin zu sehen, daß der Betrag derselben unter der betreffenden Berechnung bemerkt, auch die Motive der Vorschußleistung und woher solche genommen und erfolgt sind, nachgewiesen werde. Auch wird es der Regelmäßigkeit und besseren Uebersicht halber erforderlich sein, daß in der kreisamtlichen Verquartirungsberechnung die mit Truppen belegten Ortschaften nicht durch einander aufgeführt werden, sondern ordnungsmäßig separirt auf einander folgen, damit sich ohne Schwierigkeit der Vergütungsbetrag für jede Gemeinde ermitteln läßt.

(Vergl. Resc. h. Kr. Col. v. 6. Jan. 1831.)

Militairwesen, Rescripte.

N a m e n der Einquartirten.	Grad derselben.	Zu welcher A b t h e i l u n g sie gehören.	Wo dieselben einquartirt ge- wesen.	D a u e r der Einquartirungs- zeit im October, vom bis zum	Z a h l der Einquartirungstage.
Verner.	Hauptmann.	Leib - Bataillon.	Hasselfelde.	1. bis 31. October excl.	31.
				Summa der Capitains Tage	31.
Jäger.	Sec. Lieut.	Leib - Bataillon.	Hasselfelde.	1. bis 31. October incl.	31.
Difermann.	dito.	dito.	dito.	1. bis 16. incl.	16.
				Summa der Subalternen Tage	47.
Müller.	Sergeant.	Leib - Bataillon.	Hasselfelde.	1. bis 31. October incl.	31.
Henze.	Corporal.	Inf. Regiment.	dito.	dito.	31.
Werner.	Soldat.	desgl.	dito.	dito.	31.

Militärwesen, Rescripte

231

Anzahl der verabreichten		Bemerkungen und Veränderungen.	
Portionen.	Rationen.		
31.	—		
31.	—		
31.	—		
16.	—	ist den 17. October nach abmarschirt:	
47.	—		
31.	—		
31.	—		
31.	—		

Recapitulatio und Geldberechnung.			
Tage des Capitains à 18 Ggr. beträgt	Thlr.	Ggr.	Pf.
desgl. der Subalternen à 12 Ggr.	=	=	=
desgl. der Unterofficiers und Solda-			
ten à 6 Ggr.	=	=	=
Summa der zu zahlenden Vergütung	Thlr.	Ggr.	Pf.
den ten 183			
Beglaubigt vom Herzogl. Kr. Amte			
Die Richtigkeit der Berechnung attestirt der Commandeur des Detachements.			

232 Militairwesen, Resc. Mühlen. Münzen, Resc. Polizei u. Verwaltung.

Resc. h. R. v. 30. December 1830.

Da nach einer Anzeige der h. Postdirection die Beforgung von militairischen Dienstbriefen nach Ortschaften, wohin keine Posten gehen, mit Schwierigkeiten verbunden, in der Regel an der baldigen Beförderung solcher Briefe aber gelegen ist; nun aber nach einer, den derzeitigen h. Kr. Ger. mitgetheilten Verfügung f. R. vom 30. Jan. 1815 Nr. 12,413. „dergleichen Militair=Dienstbriefe von den Ortsvorstehern besorgt und von einer Gemeinde zur andern geschickt werden sollen,“ so wird diese Bestimmung hiermit von neuem in Erinnerung gebracht und die Kr. Aemter aufgefordert, geeignete Maßregeln zu ergreifen, daß in vorkommenden Fällen darnach verfahren und dadurch etwaige Beschwerden über die Nichtbeforgung solcher Briefe, oder die Verzögerung derselben für die Folge vermieden werden.

M ü h l e n.

Circul.=Resc. an sämtliche h. Distr. Ger., St. Ger. und Kr. Aemter, die zur Anstellung des Provocationsverfahrens wegen Anlegung neuer Mühlen jedesmal erforderliche landesherrl. Genehmigung betrff. (S. 113.) [No. 14.] (5. Mai 1828.)

Die Bestimmung des Art. 22. des Landt. Absch. von 1597 ist durch die Verordn. v. 3. Octbr. 1816 keinesweges aufgehoben und ein Circul. Resc. vom 1. Octbr. 1827 (S. 87. der Verordn. Samml.) stillschweigend, als fortwährend gültig vorgee. (S. 113.) [No. 14.] (5. Mai 1828.)

M ü n z e n.

Resc. h. R. E. v. 1. November 1827.

Einer höchsten Bestimmung gemäß hat h. R. E. sämtliche Cassenbeamte in Bezug auf die Bekanntm. vom 15. März d. J. die fremden geringhaltigen Münzen betrff., ausdrücklich angewiesen, den sogenannten Ausschuß, oder die zu leichten und unscheinbar gewordenen, imgleichen die durchlöchernten Geldstücke nicht anzunehmen, wovon das h. Distr. Ger. in Hinsicht auf die an die h. Kammer=Casse von jezt an einzusendenden Gelber hiermit in Kenntniß gesetzt wird.

Polizei und Verwaltung.

B. gegen das Einfangen der Nachtigallen. (S. 35.) [No. 7.] (9. März 1828.)

Verbot bei 10 Thlr. oder 10 Tage Gefängniß.

B. die Abwehrung der zweck- und arbeitslos umherschweifenden Handwerksgefallen betrff. (S. 1.) [No. 1.] (30. Decbr. 1828.) (Im Jahrgang 1829.)

- I. Ausländischen wandernden Handwerksgefelln ist der Eintritt in die hiesigen Lande nur unter den genannten Bedingungen zu gestatten. (S. 1.) [No. 1.] (30. Decbr. 1828.)
- II. Bauhandwerker sind beim Eintritt einer besonders strengen Prüfung unterworfen — Maurern ist das Wandern vom 1. Decbr. bis zum 1. April und das Durchreisen, wenn sie mit reichlichem Reisegelde versehen sind, gestattet. (S. 2.) [No. 1.] (30. Decbr. 1828.)
- III. Zurückweisung mit Bemerkung in dem Passe oder Wanderbuche — Ausnahmen — (S. 3.) [No. 1.] (30. Decbr. 1828.)
- IV. Pässe u. sind zum Viso beim Eintritte vorzulegen. (S. 3.) [No. 1.] (30. Decbr. 1828.)
- V. Das Betteln ist bei schwerer Strafe untersagt u. (S. 3.) [No. 1.] (30. Decbr. 1828.)

Circul.-Resc. des h. St. M., die nähere Bestimmung der Grundsätze und des Verfahrens bei Remissionen wegen Brandschäden auf dem Lande betr. (S. 121.) [No. 13.] (24. Mai 1830.) (Vergl. Circul. Resc. vom 9. Decbr. 1771. Frederdsbors Promt. Th. 1. S. 10. und vom 6. Aug. 1802 in Rüchendahls Promt. S. 182.)

- 1) Der Mehrbetrag der Baukosten, verglichen mit der Versicherungssumme kommt nicht in Betracht — den Feuerversicherungen sind dem wirklichen Werthe entsprechende Schätzungen unterzulegen. (S. 122.) [No. 13.] (24. Mai 1830.) (Vergl. Verordn. v. 18. Juli 1753. S. 4. Frederdsbors Promt. Th. 3. S. 151. Declarat. vom 18. Septbr. 1792. S. 5. Th. 6. S. 425. Edict vom 29. Januar 1800. Frederdsbors Promt. von Rüchendahl Th. 7. S. 38. Verordn. vom 26. Octbr. 1826 Th. 1. S. 12. dieses Repert.)
- 2) Gegenstände, welche in Rechnung und Ansatz kommen. (S. 122.) [No. 13.] (24. Mai 1830.)
- 3) Ausmittlung des Werthes der verlorenen Gegenstände — Vernehmung des Gefindes — Eid. (S. 123.) [No. 13.] (24. Mai 1830.)
- 4) Keine Remission, wenn der Mobilienbesitz versichert gewesen ist. (S. 123.) [No. 13.] (24. Mai 1830.)
- 5) Remission 5 pr. Cent. an den directen Steuern. (S. 123.) [No. 13.] (24. Mai 1830.)

R e s c r i p t e.

Bekanntm. f. R. E. v. 17. Mai 1814.

Da zur Anzeige gebracht worden, daß ausländische Müller sich erlauben mit ihrem Fuhrwerke Getreide von dieseitigen Unterthanen zum Vermahlen auf ihren außer Landes belegenen Mühlen abzuholen und das Mahlwerk zurückbringen, dieses aber zum Nachtheile der inländischen Mühlen gereicht und zu Unordnungen Anlaß giebt und daher nicht

Bege Repert. II. Thl.

Polizei- und Verwaltung, Rescripte

weiter geduldet werden kann: so wird solches nicht nur bei angemessener Strafe verboten, sondern es werden auch die auswärtigen Müller gewarnt, sich vor dergleichen Contraventionen zu hüten.

Resc. f. R. C. v. 17. Mai 1815.

Mehrere Behörden versäumen es entweder ganz, ihren erstatteten Berichten ein gehöriges Rubrum vorzusetzen, oder in dieselben diejenigen data aufzunehmen, welche nothwendig dazu erfordert werden.

Da diese Mangelhaftigkeit den Geschäftsgang überhaupt, besonders aber die Registraturgeschäfte sehr erschwert, so werden die Oberhauptleute veranlaßt, sämmtlichen Behörden in ihrem Districte aufzugeben, daß sie künftig jedem zu erstattenden Berichte ein Rubrum vorsetzen, welches 1) die berichtende Behörde, 2) die Veranlassung und den Gegenstand des Berichts, und 3) wenn Bericht gefordert ist, auch die Nummer der Auforderung anzeigt.

Resc. f. R. C. v. 1. Juni 1815.

Die f. Kr. Ger. werden zu ihrer Nachachtung benachrichtigt, daß zufolge eines höchsten Resc. für dieses Jahr und für die Folge wegen der durch die Verordn. von 1749 und 1783 anbefohlenen Ablieferung der Sperlingsköpfe nichts geschehen soll, bevor im Allgemeinen verfügt sein wird, ob die gedachten Verordn. wieder in Ausübung gebracht werden sollen.

Resc. f. G. R. C. v. 11. Januar 1817.

Da außer der königl. hannov. Gesandtschaft zu Paris nunmehr auch die sämmtlichen übrigen hannov. Gesandtschaften von dem königl. Cabinets-Ministerio zu Hannover dahin instruiert worden sind, bei Legalisirung und Ertheilung von Pässen sich der hiesigen Unterthanen anzunehmen, so bleibt solches in Vorfolge des Resc. vom 25. Decbr. v. J. zur Nachricht und Nachachtung in vorkommenden Fällen hierdurch unverhalten.

Resc. f. R. C. v. 21. August 1817.

Das landesherrl. Ausschreiben vom 11. März 1752 (Fredericksbors Promt. Th. 4. S. 259), wodurch verordnet ist, daß die Müller und deren Knechte auf dem Lande gehörig beeidigt und in jeder Mühle richtige Waage und bezeichnete Gewichte gehalten und gebraucht werden sollen, wird in Erinnerung gebracht, da über die Nichtbeobachtung desselben Beschwerden eingegangen sind.

Es sollen daher von den Kr. Ger. Untersuchungen angestellt und Verfügungen getroffen werden, wodurch sowol die gedachten Mängel abgestellt, als auch die, zur Wahrung der Contraventionen, von Seiten der Müller bestehenden Gesetze zweckmäßig in Ausführung gebracht werden können.

Dabei wird jedoch bemerkt, daß, da das Auswägen mit dem Unzelgewichte leicht zu Uebervortheilungen Anlaß giebt und daher für gefährlich zu halten ist, dasselbe überall nicht zugelassen und selbst in solchen Mühlen nicht geduldet werden dürfe, wo der Platz

zur Anlegung einer größern Waage fehlt, indem es den Müllern in diesem Falle überlassen bleiben muß, eine Vorrichtung zu derselben außerhalb der Mühle zu treffen.

Resc. f. R. C. v. 2. Januar 1819.

Bei vorsehenden Bauten bleibt es unbenommen, sich der Amts-Zimmermeister, zumal wenn selbige als geschickte und zuverlässige Leute bekannt sind, in allen den Fällen, wo der Bau nur einzelne Gebäude oder Ställe u. betrifft, bei Fertigstellung der nöthigen Risse zu bedienen, und kann die weitere Zuziehung der Kammerbaumeister in diesen Fällen wegfallen; jedoch soll sie jedesmal dann, wie bisher Statt finden, wenn der Aufbau einer ganzen Reihe von Häusern einer Straße oder gar eines abgebrannten Orts, wo es auf ein genaues Einrichten der Hausstellen oder auf umfassende und wichtige Abweichungen von alten Baustellen ankommt, vorgenommen werden soll.

Resc. f. G. R. C. v. 8. Juli 1819.

Es wird genehmiget, daß f. R. den Revierförstern im Blankenburgschen die Anweisung ertheile, daß sie bei dem Ausbruche eines Waldfeuers davon sogleich auch die betreffenden Kr. Ger. in Kenntniß setzen.

Resc. f. G. R. C. v. 20. September 1819.

Da auf die Anzeige der königl. preuß. Regierung zu Erfurt, daß das Kr. Ger. N. N. sich geweigert habe, den Weitertransport eines Wagabunden aus dem Preuß. in das Hannov. an andern, als den bestimmten Correspondenztagen der hiesigen Husaren und königl. preuß. Gensd'armen, zu übernehmen, mit vorgedachter Regierung die Uebereinkunft getroffen ist, daß die gegenseitig zu überliefernden Wagabunden hinführo nur an den bestimmten Correspondenztagen übernommen werden sollen, so bleibt solches den Oberhauptleuten hiermit nachrichtlich und zu dem Ende unverhalten, um davon sowohl dem Kr. Ger. N. N., als auch den übrigen Kr. Ger. des Bezirks Eröffnung zu machen.

Resc. f. G. R. C. v. 27. October 1819.

Dem f. G. R. C. ist zugegangen, was das f. St. Ger. N. N. auf die Gesuche der Ehefrau des Gefellen Z. und deren Mutter um Verfügung, daß ihr resp. Ehemann und Schwiegersohn sich ferner allort aufhalten dürfe, einberichtet hat, und stimmt f. G. R. C. zwar im Allgemeinen dahin bei, daß in der Regel kein Gesell während seiner Wandjahre sein Domicil an dem Wohnorte seines Meisters erwerben kann. Es läßt sich jedoch dieser Grundsatz nicht süklig auf solche Handwerker anwenden, welche nicht bei einem Meister wohnen und bei selbigem nicht in Kost sind, vielmehr einen besondern Haushalt führen. Da letzteres nun bei dem Z. der Fall ist und derselbe sich seit dem Jahre 1816 allort förmlich niedergelassen und verheirathet hat, so kann ihm der fernere Aufenthalt in daziger Stadt nicht versagt werden.

Resc. f. R. C. v. 21. November 1819.

Im Verfolge des Resc. vom 6. Septbr. c. wird hiermit eröffnet, wie durch ein höchstes Resc. vom 13. ejusd. genehmigt sei, daß den auswärtigen Müllern an der Meiser. bis auf Weiteres gleich den hiesigen Müllern erlaubt werde, das Abholen des Getreides und das Zurückbringen des Mählwerks durch ihre Gespanne in solchen Fällen

zu besorgen, wo die hiesigen Müller in gedachter Gegend zu mahlen außer Stande sind.

Es ist hiernach das Erforderliche zu verfügen, damit in vorkommenden Fällen darnach verfahren werde.

Resc. f. G. R. C. v. 14. December 1819.

Was f. Kr. Ger. N. N. auf die Beschwerde des Ziegelbrenners R. zu M. wegen Einlegung des Tagelöhners B. in seine Wohnung einberichtet hat, ist dem f. G. R. C. zugegangen und findet dasselbe zwar den angetragenen Umständen nach gegen die ergriffene Maßregel nichts zu erinnern. Da jedoch der B. dem Berichte zufolge als nunmehr in M. domicilirt zu betrachten ist, so liegt es der ganzen dasigen Gemeinde ob, für sein Unterkommen zu sorgen, und kann dem R. nicht allein zugemuthet werden, denselben auf beständig einzunehmen; vielmehr ist diese Last unter alle Einwohner der Reihe nach, möglichst gleich zu vertheilen.

Resc. f. G. R. C. v. 9. April 1820.

Von Seiten der f. Polizei-Direction in Braunschweig ist auf Entscheidung der Frage angetragen worden, welche Gemeinde zur Aufnahme des Vagabunden L. aus H. verpflichtet sei? Obwol nun in der Regel durch den Aufenthalt als Diensthote, kein Domicilium begründet wird, so ist solches doch dann der Fall, wenn die Diensthoten während ihrer Dienstzeit sich verheirathen und mit der Erlaubniß der Ortsobrigkeit eine separirte Oekonomie führen, indem sie alsdann denjenigen Gesellen, z. B. Maurer- und Zimmergesellen, welche einen besondern Haushalt zu führen pflegen und durch den mehrjährigen Aufenthalt an einem Orte das Domicilium daselbst erworben, gleich zu achten sind. Der L. hat aber während seiner siebenjährigen Dienstzeit als Postfuhrknecht in R. sich dort verheirathet und wenigstens in Hinsicht seiner Familie einen besondern Haushalt geführt, auch dieselbe nach seiner Entfernung von dort immer daselbst zurückgelassen, und sich zu keiner Zeit in Braunschweig als beständiger Einwohner aufgehalten. Die Gemeinde R. wird sich daher nicht weigern können, denselben wieder aufzunehmen und für dessen Unterkommen zu sorgen.

Resc. f. R. C. v. 12. Juli 1820.

Da hin und wieder bemerkt worden, daß die Inschriften an den, vor noch nicht langer Zeit gesetzten oder reparirten Wegweisern so schlecht gemalt sind, daß sie jetzt schon wieder erloscht und unleserlich geworden sind, so haben die f. Kr. Ger. dieselben fleißig revidiren und darauf strenge halten zu lassen, daß sie fordersamst wieder in Stand gesetzt, und auf eine dauerhafte Weise hergestellt werden.

Resc. f. R. C. v. 28. October 1820.

Die f. Kr. Ger. haben in Betreff der in den Städten und Flecken vorkommenden Neubauten in gleicher Weise, wie bei den Neubauten auf dem platten Lande, zur weiteren Einholung der Genehmigung der f. R., an die Oberhauptleute zu berichten. Wie jedoch in den Städten und Flecken die auf dem Lande eintretenden Rücksichten auf das Aus-

einanderbauen hinwegfallen und überhaupt nur solche Vorrichtungen bei Neubauten zu verhindern und einer Modification unterworfen sind, welche den bestehenden polizeilichen Vorschriften zuwiderlaufen: so ist die Einrichtung der betreffenden Baurisse nur dann erforderlich, wenn besondere Gründe solches motiviren sollten, z. B. wenn eine neue Feueranlage zu einem an dem betreffenden Orte noch nicht betriebenen Gewerbe angelegt, zu enge und deshalb der Löschung unzugängliche Plätze von neuem bebaut, bisher bestandene, feuergefährliche Gebäude von neuem aufgeführt werden, oder sonstige Bedenklichkeiten obwalten sollten; dagegen aber ist bei jedem vorkommenden Falle genau anzugeben, ob und in wie weit gegen den intendirten Bau in feuergefährlicher Hinsicht sich Nichts einwenden lasse, und derselbe in keiner sonst polizeiwidrigen Art vorgenommen werden solle.

Resc. f. G. R. E. v. 13. April 1821.

Ein in Reihe und Glied stehender Soldat kann während seiner Dienstzeit in der Regel kein Domicil erwerben, überdem wenn derselbe sich während seines Urlaubs nur dann und wann an einem Orte aufgehalten hat, auch schon ein Jahr nach seiner Verheirathung gefänglich eingezogen war, mithin auch schon durch diesen Umstand die Erwerbung eines bleibenden Domicils unterbrochen worden. Nach den bisher angenommenen Grundsätzen hat Jemand, ohne Diensthute oder bei seinem Meister wohnhafter Gesell gewesen zu sein, ein Domicil erworben, wenn er sich zwei Jahre lang fortwährend an einem Orte aufgehalten hat, und nur in dem Falle kann ein Gesell an einem Orte ein Domicil erwerben, wenn sein Handwerk von der Art gewesen, daß er nicht bei dem Meister gewohnt, sondern einen besondern Haushalt geführt hat.

Resc. f. R. E. v. 16. Juli 1824.

In Beziehung auf das höchste Resc. vom 2. ejusd. soll über die für die Ausstellung der Pässe vorschriftsmäßig erhobenen Gebühren jährlich ein Verzeichniß nebst der Hälfte dieser Gebühren an das f. R. E. eingesandt werden.

Bekanntm. f. Politz.-Direct. in Braunschweig v. 25. April 1825.

Demnach bei hochfürstl. R. E. von Seiten mehrerer hiesigen Gastwirthe darüber Beschwerde erhoben worden, daß ihre Nahrung durch eine große Ausdehnung des von den hiesigen Brauern betriebenen sogenannten Ausspannes beeinträchtigt werde, und die hierauf angestellte Untersuchung ergeben hat, daß die den Brauberechtigten bisher herkömmlich zugestandne Befugniß zum Ausspann seit einiger Zeit zum Nachtheil der mit Gewerbescheinen versehenen Gastwirthe häufig überschritten worden ist, so werden, in Gemäßheit der vom hochfürstl. R. E. unterm 26. März v. und 15. April d. T. erlassenen hohen Resc., die sämmtlichen Brauberechtigten hiesiger Stadt vor ferneren Uebertretungen ihrer Ausspanns-Befugniß, bei Vermeidung der durch die landesherrl. Verordn. vom 29. Octbr. 1821 für den unbefugten Betrieb der, der Gewerbesteuer unterworfenen Gewerbe festgesetzten Strafe, hierdurch ersichtlich gewarnt, und wird zugleich zur Verhütung von Zweifeln über die zu dem genannten Ausspann gehörenden Befugnisse, nach Vorschrift der obengedachten hohen Resc. f. R. E. folgendes hiermit bekannt gemacht:

1) den bisherigen Brauberechtigten wird wie bisher der sogenannte Ausspann und die Befugniß, an die in ihren Häusern ausspannenden Fuhr- und Landleute Bier und Branntwein auszufchenken nachgelassen; auch wird

2) den Brauberechtigten gestattet, Landleute, welche zum Absatze ihrer Producte, als Holz, Korn, Gemüse und Consumtibilien zur Stadt kommen, auch des Nachts zu beherbergen, falls letztere mit dem Absatze ihrer ländlichen Producte in einem Tage nicht sollten fertig werden können, und sind hierunter auch Dekonomieverwalter begriffen, in sofern solche nicht einzeln, sondern nur zur Begleitung und Beaufsichtigung eines Transports ländlicher, zum Verkaufe in hiesiger Stadt bestimmter Producte die Stadt besuchen, und darin nicht länger als eine Nacht verweilen; wogegen aber die Beherbergung jeder Art, namentlich auch der Prediger vom Lande, Forstbedienten, Dekonomieverwalter, in sofern solche einzeln zur hiesigen Stadt kommen, oder länger als eine Nacht hieselbst verweilen, und aller anderer auf dem Lande wohnender Personen, welche unter der allgemeinen Benennung von Landleuten verstanden werden konnten, den Brauberechtigten nicht erlaubt ist;

3) Handwerksherbergen dürfen von Brauberechtigten als solchen nur gegen Einwilligung der, nach der oben erwähnten Verordn. erforderlichen Gewerbescheine der 5ten Classe gehalten werden.

Resc. h. R. E. v. 14. November 1826.

Da in Erfahrung gebracht ist, daß auf dem Lande häufig von den jungen Leuten Scheibenschießen und oft sogar ohne polizeiliche Aufsicht gehalten werden; diese Vergnügungen aber nicht nur keinen Nutzen, sondern dadurch, daß sie wol zu körperlichen Verletzungen Veranlassung geben, große Nachtheile herbeiführen, weshalb denn auch der Gebrauch des Schießgewehrs durch die allgemeine Landesordnung Art. 98. und durch die Verordn. vom 23. Aug. 1745 und 9. Jan. 1776 beschränkt worden, so wird dieserhalb eine strenge Aufsicht auf diesen Gegenstand empfohlen, und ist das Scheibenschießen auf dem platten Lande ohne besondere polizeiliche Erlaubniß zu untersagen.

Resc. h. R. E. v. 15. März 1827.

In Bezug auf die an demselben Tage in den Anzeigen erlassene Bekanntmachung über die bei den herrschaftl. Cassen zu verweigernde Annahme fremder geringhaltiger Münzsorten werden die Kr. Aemter beauftragt, die Gemeinen durch den betreffenden Ortsvorsteher von dem Inhalte jener Bekanntmachung noch besonders und ausdrücklich in Kenntniß setzen zu lassen.

Höchsten Orts genehmigte Ordnung des Magistrats in Braunschweig, die Verwaltung des Vermögens der Neu-Petri-

Thor-Gemeine betr. v. 19. März 1827.

§. 1. Die Verwaltung des Gemeindevermögens steht unter der speciellen Aufsicht einer aus sechs zu der Gemeinheit gehörigen Bürgern zusammengesetzten Deputation.

§. 2. Die Deputirten ergänzen sich, im Falle des Abgangs eines derselben auf die

Weise, daß von ihnen zu der vacanten Stelle zwei qualifizierte Mitglieder der Gemeinde dem Stadt-Magistrate präsentiert werden, von welchen dieser eins auszuwählen und zu bestätigen hat.

§. 3. Jährlich tritt einer der Deputirten aus, er kann jedoch aufs neue mit in Vorschlag gebracht werden. Die Reihenfolge, nach welcher die jetzt ernannten Deputirten austreten, stimmt das Loos.

§. 4. Die Deputirten haben ihr Gutachten abzugeben, wenn die Veräußerung, Vertauschung, Verpfändung oder eine sonstige die Substanz verändernde Disposition über Gemeinegüter in Antrag gebracht und die höchste Genehmigung desfalls, oder wegen eines aufzunehmenden Anlehns nachzusehen ist, auch können ohne ihre Zustimmung und einen in der Deputirtenversammlung ordnungsmäßig gefaßten Beschluß Prozesse für die Gemeinde nicht angestellt werden.

§. 5. Die Rechnungen über das Gemeinevermögen werden ihnen jährlich vorgelegt und vor Abnahme derselben haben sie binnen der festgesetzten Frist ihre Erinnerungen dagegen dem Magistrate einzureichen.

§. 6. Ueberhaupt ist es Pflicht der Deputirten, dahin zu streben, daß das Gemeinevermögen auf die zweckmäßigste Weise benutzt und verwaltet wird, sie sind in allen darauf sich beziehenden Angelegenheiten zu hören und verbunden, Anträge zu jenem Zwecke zu machen.

§. 7. Zur Aufbewahrung der sämtlichen auf die Gemeineangelegenheiten sich beziehenden Documente und Scripturen muß ein fester, hinlänglich geräumiger Schrank vorhanden sein, welcher bei dem Rechnungsführer aufzustellen ist.

§. 8. Es muß ein Buch eingerichtet und hiernächst sorgfältig conservirt werden, in welchem die sämtlichen Gemeinegrundstücke und Gerechtsame genau zu beschreiben sind. Alle auf diese Grundstücke und Gerechtsame sich beziehenden, ferner erfolgenden Entscheidungen und Bestimmungen sind in diesem Buche, mit Hindeutung auf das Document, bemerklich zu machen.

§. 9. Die auf Gemeinegrundstücke, Gerechtsame und Verbindlichkeiten sich beziehenden Schriften sind sorgfältig zu sammeln und in dem oberwähnten Schranke niederzulegen.

§. 10. Die Deputirten sind verbunden, jährlich vor Abnahme der Rechnung an Ort und Stelle davon sich zu überzeugen, daß von dem Rechnungsführer den in den vorhergehenden §§. erwähnten Obliegenheiten Genüge geleistet worden.

§. 11. Die Verwaltung des Gemeinevermögens und die Rechnungsführung wird einem Gemeinemitgliede übertragen, und es werden zu diesem Geschäfte zwei Subjecte vom Magistrate in Vorschlag gebracht, von welchen die Deputirten eins, welches vom Magistrate zu vermeiden ist, wählen.

§. 12. Der Rechnungsführer der Gemeinde, der nicht zugleich Deputirter sein darf, ist verbunden, eine bei dem Antritte seines Amtes von den Deputirten in Vorschlag zu bringende und von dem Magistrate zu genehmigende Caution zu bestellen.

§. 13. Er hat mit dem letzten December jeden Jahrs seine Rechnung zu schließen und sie bis zu Ende folgenden Monats Januar dem Stadt-Magistrate in duplo und mit den Belägen einzureichen, auch den §. 7. 8. und 9. gemachten Bestimmungen, wie überhaupt dieser Instruction, vollständig Genüge zu leisten.

§. 14. Die im Laufe des Jahrs vorkommenden Verpachtungen, Verkaufungen von Wiesewachs und anderer von den Gemeinegrundstücken gewonnener Nutzungen sind den Deputirten zeitig und wo möglich im Monat Januar bereits anzuzeigen, damit dieselben desfalls und wegen der übrigen in der Art der Nutzung der Gemeinegüter vorzunehmenden Veränderungen zur Berathung zusammentreten und die erforderlichen Anträge zeitig machen können. Die Verpachtungen und Verkaufungen sind der Regel nach und wenn eine Ausnahme nicht etwa ausdrücklich gestattet wird, öffentlich meistbietend vorzunehmen.

§. 15. Gleich nach dem Schlusse der Jahresrechnungen ist von den Deputirten auf den Antrag und unter Zuziehung des Rechnungsführers in Berathung zu nehmen, ob und in wie weit der Ueberschuß vom verflossenen Jahre unter die Gemeinemitglieder vertheilt werden kann, und es ist dem Stadt-Magistrate der entworfene Vertheilungsplan zur Genehmigung vorzulegen, auch Nachweisung darüber zu geben, welche Gelder im Laufe des Jahrs auf die Cultur und zu ordnungsmäßiger Benutzung der Gerechtsame und überhaupt in Gemeinangelegenheiten zu verwenden sind.

§. 16. Im Monate Januar ist auch von den Deputirten in Berathung zu ziehen, welche Gemeinedienstboten anzunehmen oder beizubehalten, und welche Contractsbedingungen zu machen sind. Der Rechnungsführer hat nun den Verabredungen und Bestimmungen der Deputirten gemäß die Contracte zu schließen und die etwa erforderlichen Arbeiten anzunehmen.

§. 17. Ist Saamenvieh oder sind Geräthschaften, behuf Benutzung der Gemeinegrundstücke anzukaufen, oder sind dergleichen Gegenstände zu veräußern, so geschieht solches in Gemäßheit eines Beschlusses der Deputirten.

§. 18. Gemeine Prozeßkosten dürfen nur auf vorgängiges Zahlungs-Mandat des Gerichts, vor welchem der Rechtsstreit anhängig ist, ausgezahlt und den Gemeinerechnungen müssen die Mandate angeschlossen werden.

§. 19. Die Gränzen der Grundstücke sind jährlich mindestens einmal in Augenschein zu nehmen. Der Rechnungsführer und die Deputirten haben dafür zu sorgen, daß die Gränzzeichen erhalten und wenn sie abhanden gekommen oder verfallen sind, erneuert werden.

§. 20. Der Gemeinerechnung ist ein Verzeichniß über die einzelnen Befizungen sowohl, als über die etwanigen Schulden der Gemeinde beizufügen, und es ist die Rechnung überhaupt nach dem mitgetheilten Formulare einzurichten.

§. 21. Der Rechnungsführer erhält für seine Mühwaltung eine von den Deputirten in Vorschlag zu bringende und vom Magistrate zu genehmigende Remuneration, die Deputirten aber verwalten ihr Amt als ein Ehrenamt unentgeltlich.

Vor-

Vorstehende Ordnung ist, nachdem sie den Gemeinemitgliedern resp. vom 19. 20. und 21. Febr. d. J. vorgelesen und von ihnen angenommen, nach einem höchsten Resc. vom 10. d. M. gnädigst genehmigt worden, mit des Magistrats-Collegii Unterschrift und Siegel versehen, ausgemacht, und es ist ein Exemplar davon den Deputirten der Neu-Perithors-Gemeine zur Aufbewahrung unter den Gemeine-Documenten zugestellt.

(Nota. Das Tribunal der Häger Gemeine ist mit höchster Genehmigung aufgehoben, und es sind dafür Deputirte eingesetzt, deren Verwaltung nach denselben Bestimmungen beurtheilt wird, die in der vorstehenden Ordnung enthalten sind.)

Resc. h. R. E. v. 1. Januar 1828.

Da für nothwendig erachtet ist, daß das in den hiesigen Landen hin und wieder bestehende Almosen sammeln in den an den öffentlichen Wegen belegenen Armenhöfen, als mit einer zweckmäßigen Straßen-Polizei nicht vereinbar, aufgehoben werde: so sollen die Kr. Aemter die Oberhauptleute von den Anstalten dieser Art in Kenntniß setzen und die vorhandenen Stiftungsurkunden, so wie eine oder einige Rechnungen derselben an sie einsenden.

Resc. h. R. E. v. 26. März 1828.

Da, den eingegangenen Berichten nach, der Erlassung eines allgemeinen Verbots gegen das Belegen des Glases in den Kotten mit Rasentörfen nicht nur keine bedeutende Schwierigkeiten entgegen stehen, sondern auch der dabei beabsichtigte Zweck, Schonung der Gemeineäuger und Beförderung der Viehzucht, durch den Nutzen und die Nothwendigkeit einer solchen Verfügung hinlänglich begründet wird, und auf höchste Autorisation vom 4. März 1826 das Belegen des Glases in den Kotten mit Steinen oder Holz vorgeschrieben ist: so ist das Belegen des Glases in den Kotten mit Rasentörfen bei einer Strafe von 10 bis 20 Mariengulden von den Kr. Aemtern zu verbieten, und darüber, daß solchem Verbote nicht entgegen gehandelt werde, mit aller Strenge zu halten.

Zugleich wird die strengste Befolgung der wegen der Verunreinigung der Gewässer durch die Glashöfen erlassenen Verfügungen in Erinnerung gebracht.

Resc. h. R. E. v. 27. März 1828.

Die Kosten, welche durch die Aufräumung der Materialien nach den Feuerbrünsten verursacht werden, sind in der Regel von den Brandbeschädigten zu tragen, weil diese den Nutzen davon haben, die ihnen auch noch etwa brauchbaren Materialien verbleiben; in besonderen Fällen aber, wo dieses nicht rathlich erscheint, ist darüber an das h. R. E. zu berichten. Die übrigen Kosten dagegen für die Wächter, Del, Bier und Branntwein sind (in den Städten) von der Cämmereicasse zu bestreiten, indem dadurch vorzugsweise die allgemeine Sicherheit bezweckt wird.

Resc. h. R. E. v. 18. April 1828.

Die Berichte auf Gesuche um Gestattung von Neubauten sind dergestalt einzurichten, daß daraus ersehen werden könne, ob Supplicant

Bege Repert. II. Thl.

- 1) einen unbescholtenen Lebenswandel geführt,
- 2) die Mittel zur Vollführung des Baues und, daß er dazu ein paßliches Grundstück besitze oder erwerben könne, nachgewiesen,
- 3) auf das höchste Circul.-Resc. vom 19. März 1825, die Aufhebung der Baudouzeurs und Abgabefreiheiten betreffend, aufmerksam gemacht,
- 4) in Rücksicht der zu haltenden Stückzahl des Viehes mit den übrigen Weidinteressenten sich geeinigt,
- 5) zur Uebernahme der öffentlichen und Domanalabgaben und Prästationen, welche jedesmal speciell anzugeben, sich bereit erklärt,
- 6) ob die betreffende Gemeinde zu dem Neubau ihre Zustimmung ertheilt oder wenigstens darüber vernommen, damit die etwaigen Widersprüche in Erwägung gezogen werden können, und ob
- 7) von Amtswegen die polizeiliche Untersuchung über die Localität angestellt worden, zu welchem Ende ein übersichtlicher Situationsplan aufzunehmen und einzusenden ist.

Die Vollendung des Anbaues ist jedesmal, ohne weitere Aufforderung des h. R. E. anzuzeigen, damit die Amtsrechnungsführer mit einer Bestimmung des Termins, von welchem an die Domanalabgaben zur Berechnung kommen müssen, versehen werden können, so wie auch eine gleiche Anzeige bei dem L. Str. E. hinsichtlich der Steuern zu machen ist.

Resc. h. St. M. v. 30. April 1828.

Die Vorschläge des h. Consistorii werden dahin genehmigt:

1) daß die empfohlene pomologische Schrift betitelt: „Hempels einträgliche Baumgarten im Hofe“ aus den Kirchenmitteln angeschafft und zur Instruction in der Obstbaumzucht benutzt werde;

2) daß an jedem Orte auf dem Lande, wo eine Schule befindlich und es an einem paßlichen Plage zur Anlegung einer Obstbaumschule nicht fehlt, eine solche angelegt und als annexum der Schule betrachtet werde.

Die erste Einrichtung der erstern würde in diesem Falle, wie vorgeschlagen, mit Zuziehung der Gemeinen geschehen, und dieselben auch in der Folge bei jeder unbedeutenden Arbeit hilfreiche Hand leisten müssen.

Was das zur Umzäunung gedachter Anlagen nöthige Holz betrifft, so wird in den Fällen, wo dasselbe nicht aus den Gemeineholzungen erfolgen kann, den Anträgen auf Verwilligung desselben, entgegengeesehen —

3) daß die Aufsicht über jede einzelne Baumschule unter den in dem Verichte gedachten näheren Bestimmungen dem Schullehrer des Orts übertragen und derselbe angewiesen werde, die Schuljugend in der Obstbaumzucht practisch zu unterweisen und sich derselben bei den vorfallenden Arbeiten zur Hilfe zu bedienen,

4) daß officiell bekannt gemacht werde, daß Niemand, der nicht gegründete Kennt-

niß in der Obstbaumzucht besitze, inskünftige als Landschullehrer angestellt, und von mehreren in den übrigen Schulkenntnissen gleich qualificirten Subjecten demjenigen, welcher die meisten Kenntnisse in der Obstbaumzucht erlangt habe, der Vorzug gegeben, den bereits angestellten Schullehrern aber eröffnet werde, daß ihre Beförderung und Unterstützung vorzüglich mit von dem Fleiße abhängen werde, welchen sie auf das Erlernen und die Beförderung der Obstbaumzucht verwenden würden; endlich

5) daß sowol die Prediger als die General- und Specialsuperintendenten zur möglichsten Beförderung des beabsichtigten Zwecks aufgefordert und für jede Inspection ein Exemplar der in dem Berichte gedachten pomologischen Schriften als: Vöbeckers Obstbaumzucht auf dem Lande und Reicharts allgem. Gartenschatz 5 Theile, zum Gebrauche für die Prediger, Schullehrer und übrigen Mitglieder der Inspection aus den betreffenden Kirchenmitteln angeschafft werde.

Was die Anschaffung der gedachten Bücher u. für die Seminarien-Bibliothek betrifft, so soll auf desfallige nähere Vorschläge den Umständen nach weitere Verfügung erfolgen.

Hinsichtlich des Unterrichts der Seminaristen und Schulpräparanden in den Städten wird bemerkt, daß es daselbst an Gelegenheit zur Erlernung der Obstbaumzucht nicht fehlen dürfte.

Was endlich auch die von h. R. in Antrag gebrachte Anlegung einer großen Obstbaumschule für das gesammte Land betrifft, so wird die weitere Verfügung vorbehalten.

Resc. h. St. M. v. 4. Mai 1828.

Da der Erlassung eines allgemeinen Verbots gegen das Belegen des Glases in den Kotten mit Rasenböden, welche bisher auf den Gemeindegängern gestochen zu werden pflegten und worüber Beschwerden geführt worden, nicht nur keine bedeutende Schwierigkeiten entgegenstehn, sondern auch der dabei beabsichtigte Zweck, Schonung der Gemeindegänger und Beförderung der Viehzucht, den Nutzen und die Nothwendigkeit einer solchen Verfügung hinlänglich begründet; so werden die Kr. Ämter angewiesen, den Gemeinen das Belegen des Glases in den Kotten mit Steinen oder Holz, durch angemessene polizeiliche Verfügungen für die Zukunft vorzuschreiben. Zugleich soll den Untertanen bei dieser Gelegenheit die strengste Befolgung der, wegen der Verunreinigung der Wässer durch die Glaskotten, ergangenen Verordnungen in Erinnerung gebracht werden.

1. Resc. v. 30. Mai 1828.

Da es erforderlich ist, daß künftig vor der Anstellung der hiesigen öffentlichen Taxatoren von Seiten der Gerichte in Braunschweig über deren Qualification mit dem Stadt-Magistrate communicirt werde: so hat h. Dissr. Ger. danach in vorkommenden Fällen sich zu achten und das Erforderliche zu besorgen.

Resc. h. R. E. v. 12. Juni 1828.

Auf den Antrag des h. R. E. ist genehmigt worden, daß zur Verhütung der Gefährlichkeit der Oefen in den Windmühlen folgende Sicherheitsvorschriften:

- 1) die vier Umfangswände der in den Windmühlen vorhandenen Verschlüge oder kleinen Gemächer, in welchen der Windofen sich befindet, sind zu besplitten und stark in Stroh- und Puzlehm zu setzen, welches auch zur leichteren Erwärmung viel beitragen wird,
 - 2) ist die Decke des Gemachs qu. einzuwellern, unterhalb mit Stroh- und Puzlehm und oberhalb mit Strohlehm zu übersetzen,
 - 3) der Bretterfußboden 1 bis $1\frac{1}{2}$ Zoll hoch mit trockenem Sande zu bedecken und $1\frac{1}{2}$ Zoll mit Gyps stark zu begießen,
 - 4) der Windofen wenigstens $1\frac{1}{2}$ bis 2 Fuß entfernt von den Wänden aufzustellen und dessen Rauchrohr durch einen 2 □Fuß großen Sandstein oder aus Ziegelgut verfertigte 2 Zoll starke Platte zu leiten,
 - 5) das Rauchrohr auf 2 Fuß Entfernung von der Windmühle auszumünden und in dem kleinen Gemache nahe an dem Ofen mit einer dichtschließenden Stellklappe zu versehen, auch dasselbe alle 14 Tage zu reinigen,
 - 6) die Schlafbank in dem Gemache der Eingangsthür und überhaupt alles Holzwerk in demselben mit einem Gemische von 3 Theilen feingeschlämmten Lehm, Thon und Rokenmehl dreimal zu überstreichen, indem dieser Ueberzug das Holzwerk gegen Brand einige Stunden vollkommen schützt,
- getroffen werden, und ist deren Beschaffung binnen einer Frist von vier Monaten bei einer Strafe von 10 Thlr. zu bewerkstelligen; demnächst ist durch die herrschafft. Bau-Officianten eine Revision vorzunehmen, auch erforderlichen Falls die unterbliebenen, für nöthig erachteten Vorkehrungen durch dieselben auf Kosten der Säumigen, vorrichten zu lassen.

Resc. h. R. E. v. 4. August 1828.

Das Circul.-Resc. h. R. E. vom 19. Febr. 1817, wonach die sämtlichen damaligen h. Kr. Aemter an die Befolgung der Verordn. vom 30. Novbr. 1743 und demnach an die dadurch vorgeschriebene Beeidigung der Maurermeister erinnert werden, wird zur genauen Beachtung nochmals in Erinnerung gebracht.

Resc. h. R. E. v. 26. August 1828.

Da sich in mehreren Fällen ergeben hat, daß die Niederlassung einwandernder Ausländer in den hiesigen Landen gestattet worden, ohne daß selbige durch Beibringung eines von den Behörden des Staats, aus welchem sie ausgewandert, ausgestellten Consenses zu ihrer Emigration sich dahin hinlänglich ausgewiesen haben, daß von ihnen ihrer Verbindlichkeit gegen den verlassenen Staat zuvor genüget worden ist und sie wegen keiner dergleichen weder für sich, noch für ihre Angehörigen in Anspruch genommen werden können, solches Verfahren aber besonders in Hinsicht der Militairpflichtigkeit zu unangenehmen Inconvenienzen Veranlassung giebt: so wird nach Maßgabe eines allerhöchsten Resc. vom 19. Aug. 1828 hiermit bestimmt, daß in Zukunft nur dann die Niederlassung eines

Ausländer in den hiesigen Landen, in sofern solche überall wünschenswerth und zulässig erscheint, gestattet werde, wenn derselbe, den oben angeführten Bedingungen durch einen von der Obrigkeit des Orts, wo er bisher domiciliert gewesen, ausgestellt und bei den Acten aufzubewahrenden Emigrations-Consens Genüge geleistet hat; in solchen Fällen aber, in welchen eine Ausnahme von dieser Vorschrift durch besondere Umstände motivirt werden möchte, an das h. R. C., behuf Einholung der allerhöchsten Genehmigung, berichtet werden solle.

Es haben sich hiernach die Oberhauptleute zu achten und diese Bestimmungen den h. Kr. Aemtern, Bürgermeistern und Polizeibeamten zur gebührenden Nachachtung zu eröffnen.

Resc. h. R. C. v. 3. September 1828.

Als allgemeiner Grundsatz ist angenommen, daß diejenigen Individuen, welche nicht als Diensthoten, sondern als Tagelöhner sich zwei Jahre lang an einem Orte aufgehalten haben, daselbst ihr Domicil erwerben, dergestalt, daß sie weder aus der Gemeinde, in welcher sie während des Zeitraums gelebt haben, verwiesen werden können, noch auch einer anderen Gemeinde die Verbindlichkeit obliegt, dieselben aufzunehmen.

Resc. h. R. C. v. 12. December 1828.

Da in Folge der Bestimmungen des Resc. h. R. C. vom 12. Juni 1828 die Feuergefährlichkeit der Defen in den Windmühlen betr. hin und wieder Zweifel darüber entstanden sind, ob jeder Windmüller gehalten sei, auf seiner Mühle einen Ofen zu setzen, oder ob er sich durch dessen Entfernung von der Beobachtung der in jener Hinsicht vorgeschriebenen Maßregeln befreien könne, so bleibt hiermit unverhalten, daß es einem jeden Windmüller freigestellt bleiben müsse, ob er in seiner Mühle einen Windofen entbehren wolle oder nicht, und bleibt es dagegen der Revision der Polizeibehörde, welche ohnehin darauf zu achten hat, daß überall keine Feuergefährlichkeiten in den Windmühlen vorhanden, überlassen, ob die Defen auf den Windmühlen hinweggenommen, oder ob dieselben der Vorschrift gemäß gegen Feuergefahr gesichert seien.

Resc. h. St. M. v. 28. Januar 1829.

Das landesherrl. Resc. vom 30. Septbr. 1744, wodurch den Mühlenbesitzern in den hiesigen Landen bei Vermeidung der Confiscation ihrer Pferde verboten worden, das zum Vermahlen und Verschroten bestimmte Korn von ihren Mahlgästen mit ihrem Spannwerke abzuholen und zurückzuliefern, ist, als den jetzigen Zeitverhältnissen nicht mehr entsprechend, aufgehoben.

Resc. h. St. M. v. 18. Februar 1829.

Nachdem die Tabacksfabrikanten zu Braunschweig Beschwerde darüber geführt haben, daß dem J. 9. der das Tabackswesen betreffenden landesherrl. Verordn. vom 6. Aug. 1770, demzufolge der in den Detailhandel kommende ausländische fabricirte Rauchtack nicht anders als in Briefen, Packeten und Rollen verhandelt werden solle, und die Briefe

und Packete von der Accise-Receptur bei dessen Angabe zur Accise und nach deren Einrichtung mit einem derselben dazu gegebenen Stempel bedruckt, der Knaster- und übrige Rollentaback dagegen an dem zuletzt zu verkaufenden Ende mit einem angehängten Blei versehen werden sollen, ohne diese Merkmale aber der Verkauf des ausländischen Tabacks bei Strafe der Confiscation nicht gestattet werden darf, nicht gehörig nachgekommen werde, auch daß verschiedene Kaufleute den aus dem Auslande eingegangenen Taback zum Verkauf schneiden lassen, welches Schneiden einen Theil der Tabacksfabrication ausmacht: so soll darauf gehalten werden, daß der im Auslande fabricirte Rauchtaback von den zum Tabackshandel berechtigten einheimischen Kaufleuten an die Consumenten und in den mit dem Accisestempel versehenen Briefen und Packeten oder in plombirten Rollen verkauft werde, auch das Schneiden des ausländischen Tabacks abseiten der Kaufleute nicht weiter Statt finde.

Resc. h. K. E. v. 18. März 1829.

Da in Erfahrung gebracht ist, daß der landesherrl. Verordn. vom 30. Jan. 1799 die Beschaffenheit der Barn-, Ziegel- und Lehmsteine betrff., insonderheit dem §. 1. derselben, wornach die Barnsteine, wenn nicht andere Maaßen bestellt sind, nach dem Brande genau 12 Zoll Länge, 6 Zoll Breite und 3 Zoll Stärke halten sollen, auf den herrschaftl. und Privat-Ziegeleien nicht allenthalben nachgekommen wird: so ist auf die Befolgung der erwähnten Verordn. zu achten.

Wegen der Controle ist an die betreffenden h. Kammer-Bauofficianten die nöthige Verfügung erlassen.

Resc. h. K. E. v. 13. April 1829.

Zur Erhaltung des Straßenpflasters und der Trottoirs, so wie zum Schutze der bei Regenwetter die Straßen passirenden Personen ist die h. Polizei-Direction in Braunschweig nach Maßgabe eines hohen Resc. des h. St. M. vom 25. v. M. unterm 3. d. M. autorisirt worden, hinsichtlich der mit Trottoirs bereits versehenen und künftig annoch neuzupflasternden Straßen hiesiger Stadt nach folgenden Bestimmungen zu verfahren:

- 1) daß bei jeder Uebertragung des Eigenthums eines an der Straßenseite belegenen und mit Dachrinnen noch nicht versehenen Gebäudes der neue Acquirent verpflichtet sei, binnen Jahresfrist nach erfolgter gerichtlichen Auflassung, die Dachrinnen und Fallröhren, den Polizeigesetzen gemäß, anzulegen.
- 2) daß, wenn nach Verlauf eines Jahrs die Einrichtung nicht erfolgt sei, der Rentent in eine Strafe von 10 Thlr. verfallen und die h. Polizei-Direction ermächtigt sei, die Rinnen auf Kosten des Hauseigenthümers anlegen zu lassen, und daß
- 3) die an den Häusern bereits vorgerichteten Rinnen nicht nur nicht hinweggenommen, sondern auch jeder Zeit in gutem Stande erhalten werden müssen.

Damit nun diese ebenjowol für das Publicum, als für die Hauseigenthümer wän-

schenswerthe Anordnung nicht umgangen werde; so wird das h. Distr. Ger. ersucht, bei den Verlassungen der betreffenden Häuser auf deren Befolgung achten zu wollen.

Resc. h. R. C. v. 25. April 1829,

die Taxation der Gebäude und Anfertigung der Baupläne behuf Aufnahme in die Brandversicherung betr., s. Brandversicherung, Brandschäden.

Resc. h. St. M. v. 3. Juli 1829.

Hin und wieder haben die Ortsvorsteher die Heimathscheine, durch welche eine Gemeinde einer andern die Zusicherung zu ertheilen pflegt, ein Individuum oder eine Familie im Fall der Verarmung wieder aufnehmen zu wollen, ohne Zustimmung der betreffenden Gemeinen und der h. Kr. Aemter ausgestellt. Das h. St. M. autorisirt daher die Kr. Aemter, den ihnen untergebenen Ortsvorstehern bekannt zu machen, daß durch die von ihnen allein ausgefertigten Heimathscheine keiner Gemeinde, wenn sie nicht sonst dazu verpflichtet, die Verbindlichkeit auferlegt werden könne, die betreffende Person oder Familie wieder aufzunehmen; daß vielmehr, wenn diese Maßregel von Wirksamkeit sein solle, der Revers auf vorgängige Zustimmung der Gemeinde von dem h. Kr. Amte oder Kr. Ger. ausgestellt werden müsse.

Resc. h. St. M. v. 18. Juli 1829.

Die zur Erhaltung der persönlichen Sicherheit und zum Schutz des Eigenthums in den hiesigen Landgemeinen bestehende, auf den Art. 24. der allgemeinen Landesordnung und auf die Resc. des vormaligen f. G. R. C. vom 9. Aug. 1815 und 20. April 1816 sich gründende Einrichtung, welcher zufolge in den Dörfern, neben dem bestellten Nachtwächter, beständige Nachtwachen von den Einwohnern selbst, der Reihe nach geleistet werden, ist dahin modificirt,

1) daß es in die Willkühr der größern Gemeinen gestellt werde, von der Verbindlichkeit zu den Reihe-Nachtwachen durch die Anstellung und Remuneration eines zweiten beständigen Nachtwächters, dessen Gehalt von den sämtlichen Ortseinwohnern nach dem Fuße der Personalssteuer aufzubringen ist, sich zu liberiren,

2) daß die Reihe-Nachtwachen auf die Wintermonate Octbr. bis incl. März beschränkt, und außerdem nur in Zeiten der Noth, nach dem pflichtmäßigen Ermessen der h. Oberhauptleute und Kr. Aemter angeordnet werden, hiernächst, so viel die Repartition der Nachtwachen betrifft,

3) bei dem jedesmaligen Turnus derselben in den Landgemeinen der Ackermann oder Vollmeier 4 Mann, der Halbspänner oder Halbmeier, auch Viertelspänner und größere Rothsassen 3 Mann, der Kleinkothsasse, Brinkfeger und Anbauer 2 Mann, und der Häusling 1 Mann dazu zu stellen habe.

Resc. h. St. M. v. 14. August 1829.

Wenn gleich die Frage: ob ein Fremder in einer Gemeinde aufgenommen werden solle? unstreitig polizeilicher und administrativer Natur ist, mithin, ohne Einmischung der

Gerichte, lediglich von der administrativen Behörde entschieden werden kann und muß; so ist es auf der andern Seite eben so gewiß, daß wenn die Aufnahme eines Fremden wirklich factisch bereits geschehen, derselbe sogar in einer Commüne bereits mehrere Jahre gewohnt hat, es nicht mehr alleinige Sache der Polizeibehörde sein kann, dem betreffenden Einwohner sein wirkliches oder vermeintliches Recht de facto zu entziehen, sondern es demselben freistehen müsse, die Hilfe des Gerichts gegen ein solches Verfahren, sei es durch possessorisches oder petitorisches Anträge, in Anspruch zu nehmen.

Resc. h. R. E. v. 21. August 1829.

Es ist dafür erachtet, daß die, hinsichtlich der Gewinnung des Bürgerrechts zu Helmsiedt, in dem allerhöchsten Resc. vom 18. August 1753 enthaltenen Bestimmungen, mit Ausnahme derer, welche die Rezeptionsgebühren betreffen, noch jetzt zur Anwendung kommen müssen. Uebrigens ist der Ausdruck in dem gedachten Resc.: „Immobilia“ nur auf Wohnhäuser zu beschränken. Zu dem Resc. v. 18. Aug. 1753 ist folgendes festgesetzt:

1) soll jeder, welcher in Helmsiedt Immobilien besitzt oder bürgerliche Nahrung treiben will, das Bürgerrecht gewinnen, und zu dem Ende den Bürgereid nach beizulegender Formel beschwören.

2) Die h. Bedienten und andere Honoratiores, auch alle diejenigen, welche keine bürgerliche Nahrung treiben, und die entweder wegen ihrer Immobilien oder aus andern Ursachen die Bürgerschaft gewinnen müssen, werden von der körperlichen Leistung des Eides ein für allemal befreiet; sie sind aber schuldig, den auch angelegten Revers unterschrieben und unterschiegelt dem Magistrate zuzustellen.

3) Alle diejenigen, welche die Bürgerschaft gewinnen, ohne Ausnahme, sie mögen vornehm oder gering, fremde oder Bürgersöhne sein, sollen einen ledernen Feuereimer liefern, welchen der zu bestellende Feuerherr examiniret, und wenn er tüchtig ist, denselben zeichnet; ist er aber untüchtig, so soll nicht der junge Bürger, sondern derjenige, welcher den Eimer gemacht hat, mit einem Thaler bestraft werden, auch einen tüchtigen Eimer statt des vorigen liefern. Wenn der junge Bürger ganz unvermögend ist, soll er nur 8 oder 12 Ggr. zum Feuereimer geben. Wenn nun so viele Feuereimer in Vorrath, daß keine mehr erforderlich sind, so ist deren Anzahl Sr. Durchl. zu melden, wo dann gestattet werden soll, daß von den jungen Bürgern für die Eimer Geld genommen und dieses zu Anschaffung anderer Feuergeräthe verwendet werde.

4) Damit die jungen Bürger, wenn sie die Feuereimer bestellen müssen, nicht aufgehalten werden, so sind die Schuster und Sattler anzuhalten, daß einige unter ihnen etliche Eimer beständig in Vorrath haben.

5) Jeder neue Bürger soll ein Willkürliches an die Armenanstalten geben, welches zu Rathhause aufgenommen, unter dem Bürgerzettel notirt und quartaliter mit einer Designation an die Armenanstalten abgeliefert wird.

6) An Bürgergeld soll überhaupt zehn Thaler zwölf Gutegroschen bezahlt werden,

wo:

wovon die Kämmerer 10 Thlr., derjenige, welcher das Einschreiben thut, 8 Ggr. und der citirende Rathsdienner 4 Ggr. haben soll.

7) Von dem Bürgergelde sind ganz befreiet: alle Bürgererbsöhne, Künstler, Fabrikanten; Professionsverwandte, welche ein in der Stadt noch nicht gewesenes Handwerk treiben wollen, Diensthoten beiderlei Geschlechts, welche bei einem Herrn 5 Jahre nach einander gedient haben; jedoch geben diese Alle den Feuereimer, die Hälfte der Einschreibes- und Citationengebühren. Wollten jedoch die Fabrikanten, Künstler und neuen Handwerker den Feuereimer nicht gutwillig geben, sind sie auch damit zu verschonen.

8) Wenn Frauensleute, die durch ihre Eltern oder Ehemänner das Bürgerrecht nicht haben, bürgerliche Nahrung treiben oder Immobilien besitzen wollen, sind sie von der Leistung des Bürgereides frei; sie müssen aber die prästationes sämmtlich leisten.

9) Wer eine recipirte Bürgerin, Bürgers-Wittwe oder Tochter heirathet, giebt das halbe Bürgergeld, die Gebühren aber völlig.

10) Die jungen Bürger sind bei ihrer Beerdigung zu erinnern, den Bürgereid fleißig zu lesen, zu welchem Ende der Bürgerzettel hinter die Eidesformel gedruckt ist.

11) Dafern auch andere nützliche Handwerker, deren Profession zwar dort schon exerciret wird, die jedoch mehr von auswärtigem als einheimischem Debit leben, mithin der Stadt Aufnahme befördern, bei ihrer Anmeldung zum Bürgerwerden die Erlassung des Bürgergeldes ganz oder zum Theil verlangen, so ist davon an Se. Durchlaucht zu berichten.

12) Diejenigen, welche keine Bürger werden, sollen ein jährliches vom Magistrate zu bestimmendes Schutzgeld erlegen.

Auf einen Bericht ist folgendes f. Resc. vom 29. Decbr. 1753 erfolgt: Soviel die Kinder der befreieten Personen anlangt, soll es bei den der Universität ertheilten Privilegiis ferner sein Bewenden haben, mithin der Apotheker N. N. kein Bürgergeld entrichten.

Wegen des in der Neumark zu erlegenden Bürgergeldes bleibt es bei der bisherigen Observanz.

Die 6 Ggr., welche die jungen Bürger bisher an die Armenanstalten geben müssen, bleiben diesen ferner. Es ist aber nicht nöthig, daß der junge Bürger deshalb zum receptore der Armenanstalt gehe, sondern es sind die Bürgerscheine zu Rathhause in Vorrath zu haben und die jungen Bürger zu ermahnen, den Armen noch ein Mehreres, als die 6 Ggr., zuzuwenden.

Die Bürgererbsöhne sind ad §. 7. den Bürgererbsöhnen gleich zu achten, und obgleich man geschehen läßt, daß ad §. 12. die Maurer-, Zimmer- und Dachdeckergesellen, welche bei ihren Meistern weder wohnen noch essen, mit Schutzgeld belegt werden; so sind doch andere Gesellen, deren Arbeit zur Beförderung des Commercii gereicht, als

Bege Repert. II. Thl.

Polizei- und Verwaltung, Rescripte.

Lein-, Zeug- und Strumpfw Weber, Nagel- und Sägeschmiede, davon frei zu lassen, wenn gleich die Gesellen ihre eigene Oekonomie haben.

(Vergl. Helmstädt. Statuten, Art. 12. und Verordn. vom 31. Decbr. 1759 in Friersdorfs Promt. Th. 1. S. 137.)

Resc. h. R. E. v. 25. August 1829.

Es ist bemerkt worden, daß hier und da von den Ortsvorstehern auf dem Lande die sogenannten Heimathscheine, durch welche eine Gemeinde einer andern die Zusicherung zu ertheilen pflegt, ein Individuum oder eine Familie, im Falle der Verarmung, wieder aufnehmen zu wollen, ohne Zustimmung der betreffenden Gemeinde und der h. Kr. Aemter ausgestellt werden. Um nun diesem Mißbrauche sowol als den daraus hervorgehenden nachtheiligen Folgen für die Zukunft vorzubeugen, so wird den h. Kr. Aemtern in Gemäßheit eines Resc. h. St. M. vom 3. Juni 1829 dieses hiermit zur Nachachtung und Instruction der ihnen untergebenen Ortsvorsteher bekannt gemacht, daß durch die von den Ortsvorstehern allein ausgefertigten Heimathscheine keiner Gemeinde, wenn sie nicht sonst dazu verpflichtet, die Verbindlichkeit auferlegt werden könne, die betreffende Person oder Familie wieder aufzunehmen; daß vielmehr, wenn diese Maßregel von Wirksamkeit sein solle, der Revers auf vorgängige Zustimmung der Gemeinde von dem h. Kr. Amte ausgestellt sein müsse.

I. Resc. v. 30. December 1829.

Da Zweifel über die bei der Wahl der Ortsvorsteher-Gehilfen zu beobachtende Verfahren entstanden sind, so ist entschieden, daß bei der Wahl der Gehilfen sowol, als auch bei Ausmittelung der ihnen zuzubilligenden Remuneration in gleicher Maße, als bei der Wahl der Ortsvorsteher selbst, verfahren werden solle.

Resc. h. R. E. v. 3. Januar 1830.

Bei Einreichung eines Gesuchs um Erlaubniß zum Neujahrblasen und zum Gratuliren, ist zur Sprache gekommen, daß noch in dem gegenwärtigen Jahre ein ähnlicher Mißbrauch durch Musici, Postillions, Briefträger u. hin und wieder Statt gefunden hat, und da dieser Unfug in der Folge nicht mehr geduldet werden kann, und gänzlich abgestellt werden muß, so wird das h. Kr. Amt veranlaßt, zur gänzlichen Abschaffung dieser dem Publico zur Last fallenden Mißbräuche zweckdienliche Maßregeln zu treffen, und die etwanigen Contravenienten zur Strafe zu ziehen.

Bekanntm. h. Staats-Canzlei v. 30. Januar 1830.

Da gegenwärtig bei der, von Kittsteiner zu Hanau verlegten Hanauer Zeitung ein besonderes Blatt unter dem Titel: „Allgemeiner Anzeiger zur Hanauer Zeitung“ erscheint, in welches alle, das öffentliche sowol wie das Privatinteresse angehende Bekanntmachungen und Anzeigen, und zwar die erstern ohne Erlegung von Insertionsgebühren, aufgenommen werden; so werden die resp. Behörden und Alle, welche jenes Blattes zu dem an-

gegebenen Zwecke sich zu bedienen geneigt sein sollten, auf Ersuchen des oben genannten Verlegers hiervon in Kenntniß gesetzt.

(Br. Anz. 1830. Nr. 11.)

Resc. h. R. E. v. 9. Februar 1830.

Um allen Inconvenienzen zu begegnen, welche einerseits die unbefugten Auswanderungen von hiesigen Unterthanen, andererseits die Aufnahme von Ausländern in hiesige Lande in einzelnen Fällen veranlaßt, so wie eine größere Gleichförmigkeit und bessere Uebersicht in diesem Verwaltungszweige zu erhalten, sollen alle, diese Angelegenheiten betreffenden Anträge der Behörden künftig an die h. R., behuf Einholung der höheren Genehmigung gerichtet, und vom genannten Collegium sobald die Emigrations=Consense nach einer gleichmäßigen Form ausgefertigt werden. Die desfalligen Anträge sollen an die Oberhauptmannschaften zur Weiterbeförderung eingereicht und soll überhaupt dann nur auf Ertheilung eines Emigrations=Consenses angetragen werden, wenn die Genügeleistung der Militairpflicht, so wie die Aufnahme der Nachsuchenden im Auslande, hinlänglich nachgewiesen ist, so wie sich ferner für die Aufnahme eines Ausländers in hiesige Lande nur dann zu verwenden, wenn derselbe den Consens dazu von seiner betreffenden Behörde beigebracht hat.

(Vergl. S. 23. der Verordn. v. 4. Mai 1830, das Wohnortrecht betr.)

Resc. h. R. E. v. 17. Februar 1830.

Da über die Verpflichtung der Unterthanen zur Aufräumung der Post- und Heerstraßen bei außerordentlichem Vorfälle hin und wieder Zweifel entstanden, und das h. R. E. sich veranlaßt gefunden hat, diese Sache zur höchsten Entscheidung zu verstellen, diese aber mittelst Resc. des h. St. R. vom 5. d. M. dahin erfolgt ist:

daß diese Dienste von den Unterthanen vermöge der ihnen obliegenden Verpflichtung zur Landfolge zu fordern seien, wenn das Naturereigniß von der Art ist, daß es durch Tagelöhner und Lohnfuhrer in der nothwendigen kürzesten Zeit nicht sogleich beschafft werden kann, also eine allgemeine Hilfsleistung erfordert, so wird solches zur Nachricht und Nachachtung bekannt gemacht.

Damit übrigens den Unterthanen die Arbeit erleichtert und ihren Leistungen die gehörige Richtung gegeben werde, wird für zweckmäßig gehalten, daß denselben die erforderliche Anweisung durch die Wegbau=Officianten ertheilt und die Arbeiten unter Aufsicht und Leitung dieser Officianten gestellt werden, da sie am genauesten beurtheilen können, und wann der Nothstand, der allgemeine Hilfsleistung erfordert, eingetreten ist, und an welchen Orten die Hilfe zunächst geschafft werden muß. Es ist daher beim R. Str. E. darauf angetragen, die Wegbau=Officianten dahin zu instruiren, in solchen Fällen, wo wirklicher Nothstand vorhanden ist, und den Arbeiten durch Tagelöhne nicht vorgekommen werden kann, mit den Oberhauptleuten zu communiciren und die Arbeiten unter deren Leitung zu nehmen.

Polizei- und Verwaltung, Rescripte.

Resc. h. R. E. v. 5. März 1830.

Da die Erfahrung gelehrt, daß bei Revision der Neubauten und ob den genehmigten Bauplänen gehörig nachgekommen und überall nur feuer sichere Gebäude, Schornsteine und Brandstellen vorgerichtet worden, nicht allenthalben die gehörige Sorgfalt gewidmet wird, diese Revision auch oft von Amtsvögten oder anderen, des Bauwesens nicht erfahrenden Personen allein vorgenommen wird, so findet h. R. E. es für zweckmäßig, daß dergleichen Revisionen den Umständen nach durch ein oder zwei tüchtige und unbetheiligte Gildebmeister vollführet und diesen zu dem Ende der genehmigte Bauplan mitgetheilt werde.

(Vergl. Resc. f. R. E. vom 11. Septbr. 1817 und die dabei befindliche Instruction unter Art. Polizei und Verwaltung im 1ten Theile.)

Resc. h. R. E. v. 26. März 1830.

Um den von mehreren Mühlenbesitzern seit Kurzem höchsten Orts eingereichten Beschwerden hinsichtlich des Getreidevermahleus von hiesigen Landeseinwohnern im Auslande abhelfende Maße zu geben, ist h. R. E. höchsten Orts authorisirt, zur Kenntniß der Behörden zu bringen, daß die mittelst Resc. vom 17. Mai 1814 sub Nro. 564. denselben communicirte Bekanntmachung

in Betreff des Verbots für die ausländischen Müller, mit ihrem Fuhrwerke Getreide von dieseitigen Unterthanen zum Vermahlen auf ihren außer Landes belegenen Mühlen abzuholen und das Mahlwerk zurückzubringen, erneuert, dabei aber den hiesigen Unterthanen freigelassen werde, in Nothfällen ihr Getreide zum Vermahlen selbst nach ausländischen Mühlen zu schaffen, oder Mehl von diesen zu importiren, wenn sie die Eingangsteuer im Preussischen auf Getreide mit 5 Silbergroschen pro Scheffel nicht erlegen wollen, wogegen sie dann aber pro Himpten Mehl 6 Pfennig Zoll auf den hiesigen Zoll-Stätten zu erlegen haben, in sofern nicht die Quantität 2 Himpten Korn oder Mehl und darunter beträgt, und sodann nach der Verordn. vom 10. März 1828 S. 18. frei eingeht.

Die Oberhauptleute haben hiernach den h. Kr. Aemtern und sonstigen Behörden das Nöthige zu eröffnen.

Resc. h. R. v. 5. Mai 1830.

Sollten die Vorschläge (Auslobung einer Miethe aus der Kreisarmencasse; Unterbringung in ein Gemeindehaus; Unterbringung in eine andere Gemeinde gegen Ausstellung eines Heimathscheins) zu dem erwünschten Erfolge, die arme Familie unterzubringen, nicht führen: so wird es gerathen sein, den jetzigen Hauswirth der Familie dahin zu disponiren, daß er gegen Vergütung aus der Kreisarmencasse sich noch zu einer etwa 14tägigen Beibehaltung dieser Familie verstehe, nach dem Verlaufe sodann wird entschieden werden können. Wenn derselbe jedoch in Güte dazu nicht zu bewegen, die von der Familie bewohnte Gelegenheit aber noch disponibel ist; so wird er dazu von Polizeiwegen gezwungen werden müssen.

Resc. h. R. v. 22. Mai 1830.

Da über die Festsetzung und Ausbringung der Kosten, welche durch die Revision der Neubauten veranlaßt werden, Zweifel entstanden sind, so findet sich h. R. bewogen, im Verfolge des Resc. vom 5. März 1830, folgende Bestimmung zu treffen.

So wie die allerhöchsten Orts vorgeschriebene landespolizeiliche Aufsicht über die von den Unterthanen vorzunehmenden Bauten gesetzlich, ins besondere schon in der landesherrl. Verordn. vom 30. Novbr. 1743 (Fredericksdors Promt. Th. 2. S. 448.) begründet ist, welche nicht nur die Beeidigung der Bauhandwerker, besonders der Mauermeister, vorschreibt, sondern auch die Anlage der Feuerstellen von einer vorgängigen obrigkeitlichen Untersuchung abhängig macht und die Vollziehung solcher Bauten vor erlangter obrigkeitlicher Genehmigung bei Strafe verbietet; so ist auch die amtliche Controle darüber, daß die Bauherren von den genehmigten Bauplänen nicht abweichen, eine nothwendige Folge jenes Gesetzes und der darauf beruhenden landespolizeilichen Anordnungen.

Die Untersuchung des Bauplans, so wie die Revision des vollführten Baues, sind die unumgänglichen stillschweigenden Bedingungen der Zulassung des Baues, und eben so, wie der Bauherr die Baukosten überhaupt tragen muß, eben so hat er auch diejenigen Kosten zu übernehmen, welche die fragliche Bedingung seines Baues involvirt. Die Kosten der Revision der Neubauten liegen daher dem Bauherrn eben so ob, wie die Kosten der Baupläne und Riße, welche sie den Behörden bei den Gesuchen um Erlaubniß zum Baue vorlegen müssen. Die Revision muß nun von den h. Beamten und Amts-Unterbekienten, wie sich von selbst versteht, unentgeltlich vorgenommen werden, da diese die Polizeiverwaltung unentgeltlich zu führen haben. Die zu adhibirenden Sachverständigen müssen aber eine Vergütung ihrer Reise, nämlich 6 Ggr. für die Meile, und die der Sporteltaxe gemäße Gratification von 16 Ggr. bis 1 Thlr. für den Tag zugebilligt erhalten. (Vergl. Instruct. für die Amtszimmermeister Art. 1. 2. Th. 1. S. 362.) Sollten in einigen h. Kr. Aemtern andere Gildemeister, als durch welche der Bau bewerkstelliget ist, nicht vorhanden sein, so ist der nächstwohnende unbetheiligte Gildemeister aus dem benachbarten Kr. Amte zu requiriren und ein gleiches Verfahren ist auch alsdann zu beobachten, wenn zu besorgen steht, daß der im Gerichtskreise vorhandene unbetheiligte Werkmeister die Revision aus Rücksichten nicht mit der gehörigen Strenge vornehmen und die entdeckten Mängel verschweigen werde.

Uebrigens sind die Revisionsatteste nebst den Bauplänen an die h. Kr. Aemter abzugeben und zu den betreffenden Acten zu nehmen.

(Vergl. Resc. vom 5. März 1830.)

Resc. h. St. M. v. 15. Juni 1830.

Auf Veranlassung der Bestimmung des §. 13. der Verordn. vom 4. v. M., das Wohnortrecht der Unterthanen in polizeilicher Hinsicht betr., wonach die unter gerichtlicher Confirmation geschehene Erwerbung eines mit einem Wohnhause versehenen Grundstücks in den Landgemeinen das Wohnortrecht begründet, ist in Anregung gebracht wor-

den, daß die h. Kr. Aemter die Landgemeinen gegen etwaige nachtheilige Folgen dieser Bestimmung in dem Falle zu sichern außer Stande seien, wenn die Grundstücke bei den h. Distr. Ger. im Wege der Subhastation verkauft und verlassen würden, indem sie in der Regel davon erst dann Kenntniß erhielten, wenn der Acquirent bereits angezogen sei. Da nun, nach allgemein bestehender Vorschrift, alle Verträge über Immobilien auf dem Lande, also auch die, in Folge sowohl freiwilliger als notwendiger Subhastationen geschehenen Veräußerungen, vor ihrer Bestätigung einer amtlichen Cognition unterworfen werden sollen, welche letztere, so wie die auf den Grund derselben zu ertheilende Confirmation ein Gegenstand der verwaltenden Fürsorge ist und daher zum Ressort der jetzigen Kr. Aemter gehört, aus diesem Grunde auch die, nach dem, dem Vernehmen nach, Statt findenden Gerichtsgebrauche, von den h. Distr. Ger. bei den von ihnen vorgenommenen Subhastationen ertheilten Abjudications-Decrete die vorgeschriebene amtliche Confirmation nicht ersetzen können: so werden sämtliche h. Distr. Ger. hiermit angewiesen, von dem Ausfalle der bei ihnen ergangenen Subhastationen von Immobilien auf dem Lande allemal den betreffenden h. Kr. Aemtern unter Beifügung der darüber aufgenommenen Protokolle die nöthige Mittheilung zu machen, und den Zuschlag nur unter Vorbehalt der amtlichen Bestätigung zu ertheilen.

Resc. h. K. v. 25. Juni 1830.

Da der Fleischer M. in H. nur befugt ist, das Fleisch von dem in H. geschlachteten Viehe zu verkaufen, der Fleischer E. in W. (im Auslande) aber nicht berechtigt ist, einen Handel und Hausirhandel mit Fleisch in den hiesigen Landen zu betreiben; so bleibt den Fleischern in H. es überlassen, etwaige Contraventionen der unbefugten Gewerbetreibenden bei der competenten richterlichen Behörde zur Untersuchung und Bestrafung anzuzeigen.

(NB. Der Fleischer M. im Braunschweigschen hatte mit dem Fleischer E. in W. im Auslande in Gemeinschaft geschlachtet und das Fleisch dann ins Braunschweigsche gebracht.)

Resc. L. Str. C. v. 2. Juli 1830.

Die Kr. Aemter werden veranlaßt, bei den in Zukunft eintretenden Brandschäden jedesmal anzuzeigen, ob von Seiten des Abgebrannten eine Versicherung wegen der Mobilien und sonstigen Effecten Statt gefunden habe und ob die Vorschriften der Verordn. vom 16. Octbr. 1826 gehörig befolgt sind.

Resc. h. St. M. v. 30. Juli 1830.

Da künftighin die Gesuche um Verwilligung der für die Rettung Verunglückter und für die Herausziehung von Leichnamen aus dem Wasser gesetzlich ausgelobten Prämien, bei h. K. ihre Erledigung finden werden, und es der Berichterstattung an das h. St. M. in Angelegenheiten dieser Art ferner nicht bedarf, so hat h. Kr. Amt mit den deshalb zu erstattenden Berichten künftig sich lediglich an h. K. zu wenden.

Resc. h. K. v. 3. November 1830.

Da den Fleischern der Handel mit den nicht aufgekauften Fellen ins Ausland frei

steht, so ist die Untersuchung gegen den N. N. (der an einen ausländischen Gärtner rohe Felle verkauft hatte,) niederzuschlagen.

Resc. f. R. v. 11. November 1830.

Es ist kürzlich der Fall vorgekommen, daß von einer umherziehenden Gesellschaft von Puppenspielern und Seiltänzern in den hiesigen Landen Unfug getrieben und hat solches die Veranlassung gegeben, neuerdings die mancherlei Nachtheile in Erinnerung zu ziehen, welche mit der Zulassung von dergleichen, einer polizeilichen Aufsicht schwer zu unterwerfenden Personen verkunden sind. Dieselben bestehen meistens aus zudringlichen Bettlern und läderlichem Gefindel und sind eine Plage der Gegend, wo sie hinkommen, indem sie den Müßiggang befördern und nur zu verdächtig sind, neben ihrem offensiblen Erwerbszweige Betrügereien und Diebstahl zu begehen, wo Gelegenheit dazu sich ihnen darbietet.

Im §. 29. der Verordn. vom 29. Octbr. 1831, die Gewerbesteuer betr., ist rücksichtlich solcher Subjecte verordnet, daß dieselben neben dem Gewerbebescheine zur Ausübung ihres Gewerbes in den einzelnen Orten der besondern Erlaubniß der Obrigkeit noch bedürfen sollen, und will h. R. nun rücksichtlich der Nachtheile, welche mit der Zulassung solcher Personen für das Land verbunden sind, in Beziehung auf obige Vorschrift die h. Kr. Aemter hiermit besonders aufmerksam machen, die Ertheilung solcher Erlaubniß auf alle thunliche Weise zu beschränken und dabei im Allgemeinen nach folgenden Bestimmungen zu verfahren:

1) fremden in den hiesigen Landen nicht ansässigen Subjecten, welche solche Erlaubniß nachsuchen, solche in der Regel überall nicht zu ertheilen, sondern solche sofort wegzuweisen und falls sie sich dennoch betreten lassen, inhaftiren und in ihre Heimath transportiren zu lassen;

2) solchen fremden Subjecten in dem Falle, wenn sie ihre Pässe verloren haben sollten und selbst im Stande wären, sich vollständig legitimiren zu können, dennoch mit keinen Pässen zur Weiterreise, sondern nur mit Ranfpässen in ihre Heimath zu versehen, und endlich

3) zu Märkten und sonst, dergleichen Subjecte nur dann zuzulassen und zur Ausübung ihres Gewerbes mit Erlaubniß zu versehen, wenn sie im Lande ansässig, auch schon bekannt und wegen schlechter Ausführung nicht übel berüchtigt sind.

(Vergl. Resc. h. R. E. vom 29. Mai 1819. Bd. 1. S. 437.)

Postwesen.

B. die Entfernung zwischen Seesen und Gandersheim betr. (S. 125.)

[No 18.] (13. Aug. 1828.)

1³/₄ Meilen.

Declarat. der Verordn. v. 1. Mai 1822, die von Lohnfahren zu lösenden Postpassirscheine betr. (S. 1.) [No. 1.] (7. Jan. 1830.)

Die Verordn. vom 1. Mai 1822 findet nur auf denjenigen Straßen Statt, wo und in sofern Extrapost-Stationen eingerichtet sind: es kommt dabei nicht darauf an, ob die Lohnfuhrn durch den Ort der Station gehen, sobald der Weg den Stationsort in der Maße berührt, daß die Extrapost-Pferde vom Orte der Abreise bis zum Stationsorte verabsfolgt werden.

R e s c r i p t e.

Resc. h. St. M. v. 9. Juni 1822.

— — — Was die in Antrag gebrachte Interpretation des §. 4. der Verordn. vom 1. Mai 1822 betrifft, so unterliegt es keinem Zweifel, daß ein Lohnkutscher, der nach dem berichteten Beispiele auf einem $\frac{3}{4}$ Stunden seitwärts von einer Poststation liegenden Nebenwege direct nach seinem Bestimmungsorte fahren kann, an Befahrung dieses Weges nicht gehindert und er zur Lösung eines Postscheins nicht angehalten werden dürfe, indem sonst die zum Vortheile der Postanstalten gegebenen Bestimmungen der Verordn. vom 1. Mai 1822 zum großen Nachtheile der mit Lohnfuhrn Reisenden zu weit ausgedehnt werden würden; dagegen würde aber durch beschränkende Bestimmungen das Postinteresse gefährdet werden und eine, alle möglichen streitigen Fälle bestimmt entscheidende Auslegung gedachten §. wird sich nicht geben lassen. Es muß daher, wenn von einer Poststation eine solche Contravention eines Lohnkutschers behauptet wird, die Entscheidung des Gerichts auf den Grund der Localität und der sich darnach auf die Absicht des Lohnkutschers, die Station zu umfahren, ergebenden Vermuthung erfolgen.

Bekanntm. h. Post-Direction v. 4. März 1828.

Es wird dem Publico hiermit bekannt gemacht, wie allerhöchster Bestimmung gemäß und nach Uebereinkunft mit der königl. hannoverschen General-Postdirection verfügt sei, daß vom 1. f. M. angerechnet die Reisenden, welche der Postkutsche zwischen hiesiger Stadt und Nordheim sich bedienen, diejenigen Gebühren oder Trinkgelder nicht mehr erlegen sollen, welche auf dieser Route von den Reisenden bisher auf jeder Station an die Wagenmeister resp. mit 2 und 1 Ggr. und an die Postillons mit 2 Ggr. zu bezahlen gewesen sind, und sind für gedachte Route die Wagenmeister und Postillons des Ernstlichen und bei scharfer Abndung angewiesen, sich der Anforderung dergleichen Gebühren oder Trinkgelder vom 1. des f. M. angerechnet zu enthalten, die Reisenden aber haben nach dieser Verfügung vom 1. f. M. angerechnet, auf erwähnter Route nichts weiter zu bezahlen, als das festgesetzte Postgeld, welches für eine Person mit 50 Pfd. Gepäck 7 Ggr. und für eine Person ohne Gepäck 6 Ggr. auf jede Meile beträgt.

Ferner wird dem Publico hiermit bekannt gemacht, wie auch gleichfalls vom 1. f. M. angerechnet, den Reisenden, welche der gedachten Postkutsche sich bedienen, für die bei sich habenden Effecten, um ihnen hinsichts derselben die bis jetzt mangelnde Sicherheit zu verschaffen, von Seiten der Post eine Garantie geleistet werden soll, und enthält über die

die Art dieser Garantie der Schein das Nähere, welchen die Reisenden bei dem Einschreiben zu der erwähnten Postkutsche erhalten.

(Br. Anz. 1828. Nr. 21.)

Resc. h. St. M. v. 6. März 1828.

Da beschloffen worden, die seit dem Monate Mai v. J. aufgehobene Portofreiheit der Kammer-Prozeßsachen vom 1. Mai d. J. an, in der Art wiederherzustellen, daß die Prozeßschriften, welche der Kammeranwalt an die Gerichte und an die Procuratoren in den gedachten Sachen absendet, so wie die Decrete und Schreiben, welche die Gerichte und Procuratoren an denselben absenden, mit der Bezeichnung: „herrschaftliche Dienstsachen“ zur Post gegeben werden, und dann portofrei in die Hände der Empfänger gelangen, so wird solches sämmtlichen Gerichten zur Nachachtung eröffnet und bleibt denselben zugleich unverhalten, daß h. K. der hiernach künftig wieder eintretenden portofreien Absendung und Empfanges der Acten und Prozeßschriften von Seiten des Kammeranwaltes ungeachtet, dennoch im Fall der Kostenvergütung von Seiten des Gegners nach Analogie des §. 11. der Verfügung der vormaligen f. Regierungs-Comm. vom 9. Febr. 1814 die Gerichts=Sporteln betr., einen gegründeten Anspruch auf das Porto habe, um dafür, daß das nicht gedachte Porto mit den Ueberschußgelbern aus der Postcasse an die h. Kammercasse nicht abgeliefert werde, die gebührende Entschädigung zu verlangen.

Bekanntmachung h. Post-Direct. v. 26. August. 1828.

Nach den in den königl. preuß. Staaten gültigen gesetzlichen Vorschriften müssen außer den baaren Geldern alle geldgleichen in- und ausländischen Papiere, namentlich auch die preussischen Cassenanweisungen bei ihrer Versendung mit der Post, dem ganzen Betrage nach, richtig declarirt werden; widrigenfalls von dem verschwiegene Objecte, 10 pr. Cent als Strafe confiscirt werden, ohne Rücksicht darauf, ob der Absender im In- oder Auslande wohnt.

Zur Vermeidung der Nachtheile, welche die Nichtangabe des Werthes bergl. geldgleichen Papiere bei deren Versendung mittelst der königl. preuß. Posten für die h. braunschweigischen Unterthanen zur Folge haben würde, werden die obigen gesetzlichen Vorschriften zur allgemeinen Nachricht und Nachachtung hiermit bekannt gemacht.

(Br. Anz. 1828. Nr. 68.)

Bekanntmachung h. Post-Direct. v. 2. November 1829.

Da in Gemäßheit einer königl. dänischen Verordn. allen aus der Fremde in die Herzogthümer Schleswig und Holstein eingehenden Waaren solche mit der Unterschrift des Absenders versehene offene Frachtbriefe beigefügt sein müssen, welche nicht nur die Ver- schläge nach der eigentlichen Benennung, die sie im Handel haben, und das Zeichen und Bruttogewicht derselben, sondern auch eine genaue Anzeige der in jedem Packete oder Verschläge vorhandenen Waaren, nach Stückzahl, Maß, Gewicht und Werth enthalten; diejenigen Packete oder Verschläge aber, bei denen diese Frachtbriefe fehlen, von den königl. dänischen Postanstalten zur Versendung nach Schleswig und Holstein überall nicht

Bege Repert. II. Thl.

angenommen werden dürfen; so wird solches zur Nachricht und Nachachtung hierdurch bekannt gemacht.

(Br. Anz. 1829. Nr. 87.)

Privilegien.

Er. herzogl. Durchl. Privilegium für den Kapellmeister Ferd. Rieß für die von demselben zu veranstaltende Ausgabe des Clavierauszuges der von ihm componirten musikalischen Werke, der Oper: „die Räuberbraut“ und des Oratoriums: „der Sieg des Glaubens,“ genannt. (S. 7.) [No. 3.] (20. Febr. 1829.)

Er. herzogl. Durchl. Privilegium für den königl. sächs. Musikdir. H. Marschner in Leipzig, wegen der von demselben zu veranstaltenden Ausgabe seiner Oper: „der Temppler und die Jüdin.“ (S. 21.) [No. 3.] (23. Septbr. 1829.)

R e s c r i p t.

1. Privilegium für den Buchdrucker Meyer in Braunschweig, v. 31. Juli 1826.

Demnach der Buchdrucker J. H. Meyer hieselbst um die Bestätigung der von Unsern Vorfahren in der Landesregierung seiner Buchdruckerei ertheilten Privilegien über den alleinigen Druck und Verlag der darin benannten Schriften nachgesucht hat, und Wir diesem Gesuche aus bewegenden Ursachen in der Maße Statt geben wollen, daß demselben der alleinige Druck und Verlag des Calenders und des Schulkatechismus, imgleichen des Gesangbuchs in den hiesigen h. Landen und zwar, so viel Letzteres angeht, das Fürstenthum Blankenburg und Stiftsamt Walkenried mit einbegriffen, zustehen und verbleiben solle, so wird die erbetene Confirmation dahin hierdurch ertheilt, dabei jedoch ausdrücklich vorbehalten, daß dem Impetranten hieraus für den Fall, wenn mit der einen oder der andern der erwähnten Schriften eine Veränderung vorgenommen oder andere an ihrer Statt eingeführt werden würden, deshalb ein Anspruch auf Entschädigung nicht erwachsen, auch das Verlagsrecht der andern etwa an deren Stelle tretenden Schriften in dieser Confirmation nicht begriffen sein solle, demselben übrigens die Versicherung gegeben, daß er gegen alle Beeinträchtigung dieses Privilegii, wie vorstehet, jederzeit nachdrücklichst geschützt werden solle, zu welchem Ende denn hiervon eine Abschrift sowohl Unserer f. R. und Unserer f. Conf., als auch dem gemeinschaftlichen Ob. App. Ger., Unserer f. L. Ger. und dem hiesigen f. Distr. Ger. ertheilt worden ist.

S a l z.

Resc. f. R. E. v. 29. Juli 1818.

Es ist mißfällig wahrgenommen, daß ungeachtet des unterm 13. Octbr. 1817 (Zb. 1. S. 392.) erlassenen, in Nr. 8283 und 84. der vorigjährigen hiesigen Anzeigen abgedruckten Verbots der Einfuhr des salzgitterschen Salzes in die auf dem rechten Ufer der

Auf den belegen Orten der Districte Wolfenbüttel und Schöningen, sich dennoch salzgitterische Salzkärner in den bezeichneten Orten haben sehen lassen.

Um nun den fernern Contraventionen gegen dieses Verbot möglichst vorzubeugen, ist höchsten Orts genehmigt worden, daß die in der citirten Verordn. den Contravenienten angedrohte Confiscation sowol der Ladung Salz als des Fuhrwerks, ganz zum Besten desjenigen geschehen soll, der einen salzgitterischen Salzkärner am rechten Ufer der Elbe betrifft und dergestalt zur Anzeige bringt, daß er der Defraudation überführt werden kann. Die f. Kr. Ger. haben daher über diesem erneuerten Verbote streng zu halten, und ungeachtet dasselbe in den hiesigen Anzeigen dreimal abgedruckt werden wird, dasselbe in den betreffenden Orten des f. Kr. Ger. durch die Ortsvorsteher bekannt machen zu lassen.

S i e g e s f e i e r.

W. wegen der diesjährigen Feier des Sieges bei Waterloo. (S. 116.)

[No. 15.] (18. Juni 1828.)

Bekanntm. die diesjährige Gedächtnißfeier des Sieges bei Leipzig betr. (S. 127.) [No. 20.] (30. Septbr. 1828.)

W. die diesjährige Feier des Sieges bei Waterloo betr. (S. 11.) [No. 4.] (2. Juni 1829.)

Bekanntm. die diesjährige Gedächtnißfeier des Sieges bei Leipzig betr. (S. 17.) [No. 7.] (16. Septbr. 1829.)

W. die diesjährige Feier des Sieges bei Waterloo betr. (S. 119.) [No. 12.] (18. Mai 1830.)

Bekanntm. h. St. M. die Feier des Sieges bei Leipzig betr. (S. 145.) [No. 20.] (9. Octbr. 1830.)

S t e m p e l.

Resc. f. R. E. v. 6. November 1815.

Nach der noch Gültigkeit habenden Stempelverordnung vom 28. Juni 1812 war es besonders den Districts-Controleurs der indirecten Steuern zur Pflicht gemacht, über die Stempelsteuer von Erbschaften zu wachen. Durch die Verordn. vom 28. April d. J. hat die Steuerverfassung rücksichtlich der Consumtionssteuer eine gänzliche Abänderung erlitten, wodurch denn der Dienst eines Districts-Controleurs mit dem 1. Juli d. J. seine Endschafft erreicht hat. Mit dem Aufhören dieser Stellen ist daher eine bedeutende Lücke bei der Controlirung jener Steuer entstanden, deren Folgen sich seit dem 1. Juli d. J. in der Art geäußert haben, daß nur sehr wenige Declarationen von Erbschaften behuf Festsetzung der davon zu entrichtenden Stempelsteuer eingegangen sind. Da nun der Art. 12. der Eingangs gedachten Verordn. insbesondere auch die Ger. verpflichtet, darüber zu wachen, daß die Stempelabgaben gehörig entrichtet werden, und dieselben jetzt ohnehin

Stempel, Rescripte.

von den in ihren Gerichtsbezirken sich ereignenden Sterbefällen Kenntniß erhalten, auch sonst bei Regulirung eröffneten Erbschaften Gelegenheit haben, die Entrichtung der qu. Stempelpfsteuer zu befördern, so wird die obige Vorschrift damit in Erinnerung gebracht, und haben die f. Rr. Ger. so lange dahin zu sehen, daß diejenigen der qu. Steuer unterworfenen Erbschaften, deren Declaration bislang unterblieben ist, annoch zur Versteuerung gezogen werden, bis bei der Reorganisation des Stempelwesens darunter die etwa nöthigen Einrichtungen getroffen sind.

Resc. f. R. E. v. 26. April 1817.

Es ist zur Anzeige gekommen, daß von einem Miterben, welcher ein, behuf der Erbausinandersetzung subhastirtes Grundstück für das Meistgebot erhalten, bei Uebnahme desselben der besondere Stempel für Kaufcontracte in Gemäßheit der Stempel-Verordn. vom 28. Juni 1812, gefordert sei.

Da nun aber die Uebertragung eines Grundstücks an einen der Erben bei der Erbausinandersetzung nicht als ein Kaufcontract betrachtet werden kann; so kann daher auch von dem Erben, welcher ein Grundstück aus der Erbschaft übernimmt, in Hinsicht des davon für die Erbschaftsmasse zu berechnenden Preises nicht der besondere Stempel für Kaufcontracte gefordert werden, und hat f. Rr. Ger. in vorkommenden Fällen hiernach zu verfahren.

Resc. f. G. R. E. v. 3. Januar 1822.

Da vermöge der unterm 29. Octbr. v. J. erlassenen Verordn. die veränderte Stempelpfsteuer mit dem 1. d. M. ihren Anfang nimmt und in die L. Str.-Casse fließt, das bisherige Stempelpapier auch der Verschiedenheit der Ansätze wegen von solcher Zeit an nicht mehr zu brauchen ist, sondern an die Stempeldistributionen zurückgegeben und umgetauscht werden muß, die für die gerichtlichen Erkenntnisse und Verfügungen aus der frühern Zeit zu entrichtenden Stempelgebühren aber an die f. R. Cassé einzuzahlen sind und nicht wohl mit dem neuen Stempelpapiere belegt werden können, so haben die Gerichte dafür zu sorgen, daß besagte Stempelgebühren, nebst den Gerichtsporteln, so wie sie eingehen, monatlich an die f. R. Cassé abgeliefert, und dabei von ihnen attestirte Verzeichnisse derselben angefügt werden; wogegen die darüber von der f. R. Cassé ausgestellten Quittungen zu Belägen der Zahlungen und für Stempel- und Gerichtsgebühren Rechnungen zu dienen haben, und in den betreffenden Acten statt des zu cassiren gewesenen Stempelpapiers auf solche Berechnungen und Quittungen zurückzuweisen ist.

Resc. L. Str. E. v. 12. September 1827.

Demnach durch ein höchstes Resc. vom 27. Aug. 1827 bestimmt ist, daß, wenn für den Zweck der Erbtheilungen Subhastationen eines Erbschaftsgrundstücks vorgenommen werden, oder bei der Concurrenz von Minderjährigen vorgenommen werden müssen, auch alsdann die Vorschrift des §. 11. Nr. 21. der Verordn. vom 29. Octbr. 1821 die Stempelpfsteuer betrff. zur Anwendung kommen, und also diese Uebertragung von dem Contractenstempel frei sein solle, so wird solches hiermit eröffnet.

Resc. L. Str. C. v. 12. Januar 1828.

Höchsten Orts hat der L. sich darüber beschwert, daß bei der erst kürzlich erfolgten Uebertragung des bürgerlichen Eigenthums der von ihm in den Jahren 1806 und 1807 verkauften Festungsgrundstücke die Verordn. vom 29. Octbr. 1821 die Stempelsteuer betr., sei zur Anwendung gebracht worden, wenigstens von ihm, da er mit einer stempelfreien Behörde contrahirt habe, nicht die Hälfte des dadurch angeordneten Contractstempels erhoben sei.

Es ist nun durch ein unter dem 3. d. M. erlassenes höchstes Resc. entschieden, daß rücksichtlich des anzuwendenden Stempelsatzes nicht das Datum des abgeschlossenen Vertrags, sondern nur das von dessen Ausfertigung, oder was deren Stelle als Urkunde vertrete, zu beachten, mithin im vorliegenden Falle die gedachte Verordn. anzuwenden sei, und eben deswegen auch nur die Hälfte des sonst eintretenden Stempelsatzes von ihm gefordert werden könne, weshalb das zu viel Bezahlte demselben zu vergüten sei.

Bekanntm. h. R. C. v. 16. Februar 1828.

Da sich bei mehreren Behörden verschiedene Ansichten über den Gebrauch und Nichtgebrauch des Stempelpapiers, insbesondere zu den Gesuchsanlagen gezeigt haben: so hat sich h. R. C. bei dem neuesten Falle der Art, unter Bezugnahme §. 2. Nr. 1. und 7. der Verordn. vom 29. Octbr. 1821 die Stempelsteuer betr. bewogen gefunden, daß abgesehen davon, daß Altteste über gute Aufführung, in sofern davon ein officieller Gebrauch gemacht wird, mit Ausnahme der Schulzeugnisse, an sich schon, nicht von der Stempelsteuer frei sind, die Regel befolgt werden muß, daß jede Anlage eines Gesuches als solche, und zwar auch dann mit dem Stempel zu versehen sei, wenn die Anlage ihrer Originalqualität zufolge, dem Stempel nicht unterworfen wäre, und hiervon allein die Anlage eine Ausnahme machen, welche als Originale schon mit dem vorschristsmäßigen Stempel versehen, oder wegen bescheinigter Armuth der Supplicanten frei sind.

Resc. h. C. v. 19. März 1828.

Durch das höchste Resc. v. 10. März 1815 ist bestimmt, daß in hiesigen Landen die für Confirmanden auszustellenden Geburts- und Tauffcheine inständtliche auf ungestempeltem Papiere, gegen eine Schreibgebühr von 2 Ggr., welches jedoch armen Kindern zu erlassen ist, ausgestellt werden dürfen, und dergleichen Scheine zum Unterschiede von andern Geburts- und Tauffcheinen, mit der Ueberschrift: „Behuf der Confirmation“ zu versehen sind, und daß diese für eine besondere Art der Geburtscheine festgesetzte Befreiung von dem gesetzlichen Stempel durch die für Geburtscheine im Allgemeinen geltende Verordn. vom 29. Octbr. 1821 nicht aufgehoben worden ist.

Resc. h. St. M. v. 1. August 1828,

wegen der Stempelfreiheit der Caution=Documente der Unternehmer herrschaftlicher Bauten, s. Art. Gerichts=Sporteln.

Resc. L. Str. C. v. 25. Januar 1830.

Obgleich nach dem heutigen Rechte eine unitas personarum inter filium et pa-

trem nicht anzunehmen steht, so haben dennoch die Kinder, noch bei Lebzeiten ihrer Eltern gewisse, zum Theil wirksame, zum Theil eventuelle Rechte auf das Vermögen derselben. Wenn die Letztern aus freiem Willen diesen Rechten noch bei ihren Lebzeiten eine Wirksamkeit einräumen, so entsteht daraus dasjenige Verhältniß, welches in der vaterländischen Jurisprudenz eine „erfrühete Erbschaft“ genannt wird. Verträge dieser Art gehören dahin mehr in die Kategorie der §. 11. als 21. der Stempelsteuerverordn. vom 29. Octbr. 1821 namhaft gemachten Verhältnisse, als in die, von welchen §. 5. redet, und ist also bei deren Ausfertigung nur ein Stempelbogen von 2 Ggr. anzuwenden.

Steuern.

B. die Declaration der landesherrl. Verordn. vom 29. Octbr. 1821, die Gewerbesteuer betr. (S. 7.) [No. 3.] (24. Jan. 1828.)

§. 1. Die Wirth von Clubbgesellschaften sind zu Lösungen von Gewerbescheinen verpflichtet. (S. 8.) [No. 3.] (24. Jan. 1828.)

§. 2. Eine Concession erteilt nur die Befugniß zu einem Gewerbe-Etablissement. (S. 8.) [No. 3.] (24. Jan. 1828.)

§. 3. Dem Inhaber von Gewerbescheinen auf Gast- und Schenkwirthschaften steht nicht zu, ihre Wirthschaften ohne polizeiliche Erlaubniß zu verlegen. (S. 8.) [No. 3.] (24. Jan. 1828.)

Circul.-Resc. h. St. M. die nähere Bestimmung der Grundsätze und des Verfahrens bei Remissionen wegen Brandschäden auf dem Lande betr. (S. 121.) [No. 13.] (24. Mai 1830.), (s. Art. Polizei und Verwaltung S. 233.)

B. Herzogs Wilhelm bei Seiner dormaligen Regierung des Herzogth. Braunsch. die Ermäßigung der Personalsteuer betr. (S. 139.) [No. 17.] (4. Octbr. 1830.)

Vom 1. Octbr. 1830. an soll bis auf Weiteres nur der für das Haupt der Familie und für selbstständige Personen bestehende Steuersatz erhoben werden. (S. 140.) [No. 17.] (4. Octbr. 1830.)

Rescripte.

Bekanntm. f. G. R. C. v. 17. December 1814.

Da mit dem 1. Jan. k. J. der Zeitpunkt eintritt, von welchem an, in Gemäßheit der beiden höchsten Verordn. vom 21. Juli d. J. (Verordnungssammlung Stück 24. Nr. 61. und 62.) ein Theil der bisherigen Grund- und Consumtionssteuer, nämlich

- 1) die über den vollen Betrag der Grundsteuer annoch erhobenen 5 pr. Cent;
- 2) die Grundsteuer von den ehemals davon befreieten Pfarr-, Schul- und Wittwen- thumsgrundstücken;
- 3) die bisherige Consumtionssteuer von dem Getreide, welches zum eigenen Bedarf ge-

mahlen und von dem Vieh, welches für eigene Rechnung geschlachtet wird, in den Landstädten und auf dem platten Lande, aufhören sollen; so werden sämtliche Behörden und Officianten, welche mit der Einziehung und Berechnung dieser solchergestalt aufgehobenen Abgaben beauftragt gewesen, hiermit angewiesen, dieselben vom gedachten Zeitpunkte an nicht mehr zu erheben, und wegen der deshalb bei dem Steuerwesen eintretenden Veränderungen und Modificationen das Erforderliche einzuleiten.

Wie nun aber übrigens bis dahin, daß die Umstände, auch hierin Seren. Wünschen gemäß, eine baldig zu verhoffende Erleichterung gestatten, es sowol bei der bisherigen Grundsteuer, als auch bei den übrigen Gegenständen, welche durch die gegenwärtige Consumtionssteuer getroffen werden, sein Bewenden behalten muß, auch die Steuer vom Getreide, welches nicht zur eigenen Consumtion, sondern zum Handel oder zum Backen, zum Verkaufe u. gemahlen wird, so wie an demjenigen Viehe, welches zum Verkaufe geschlachtet worden, fortbestehet, so darf man mit Zuversicht darauf rechnen, daß diese, so wie die übrigen fortdauernden öffentlichen Abgaben, um so richtiger und williger werden entrichtet werden, als ein jeder Steuerpflichtige selbst zu ermessen wissen wird, daß die gegenwärtig noch fortlaufenden, äußerst beträchtlichen Landesausgaben und die zur Erledigung der auf dem Lande ruhenden großen Verpflichtungen zu ergreifenden Maßregeln eine beträchtliche Verminderung der öffentlichen Einkünfte für jetzt unmöglich machen, wobei es jedoch zur allgemeinen Beruhigung gereicht, daß Seren. ernstes Bestreben dahin gerichtet ist, jede Gelegenheit, wo sich die Beförderung der Staatszwecke und des öffentlichen Wohls mit der Erleichterung der Steuerpflichtigen vereinen läßt, gern zu ergreifen, und namentlich auch in Ansehung der Städte Braunschweig und Wolfenbüttel, denen in dem jetzigen Augenblicke die in der obgedachten Verordn. für die Landstädte und das platte Land festgesetzte Befreiung von der Mahl- und Schlachtaccise noch nicht angedeihen kann, baldigst solche fernere Verfügung zu treffen, worin dieselben in jeder Hinsicht eine Verminderung der bisherigen Abgaben und Lasten erkennen werden.

Resc. f. G. R. E. v. 19. December 1814.

Es werden den Oberhauptleuten Exemplare einer unterm 17. d. M. erlassenen Bekanntm. wegen der mit dem 1. Jan. k. J. in Gemäßheit der Verordn. vom 21. Juli d. J. eintretenden Modification bei der Grund- und Consumtionssteuer anbei zugesertiget, um solche durch öffentlichen Anschlag fordersamst in den denselben anvertrauten Gemeinden zur allgemeinen Kenntniß bringen zu lassen, auch für die Vollziehung der darin enthaltenen Bestimmungen überall genaue Sorge zu tragen.

Resc. f. R. E. v. 20. September 1815.

Durch die höchste Verordn. vom 21. April 1815 J. 3. ist festgesetzt, daß die eingehenden Restverzeichnisse der rückständigen Steuern von den f. Kr. Ger. reviridiret, und wenn sich dabei nichts zu erinnern finde, nach geschehener Autorisation der darauf notirten Reste an die Kr. Einnehmer zur Weitreibung abgegeben werden; im Falle sich aber, bei einzel-

nen Ansätzen, Erinnerungen finden sollten, die f. Kr. Ger. auf deren schnelle Erläuterung und Erledigung Rücksicht zu nehmen hätten.

Es folgt nun zwar aus dieser Verfügung, daß die f. Kr. Ger., durch Verweigerung der Autorisation, die Execution einstweilen suspendiren können, jedoch dürfen diese Suspensionen in keine Befristungen ausarten, vielmehr können sie, nach dem Sinne der Verordn., und zu Aufrechterhaltung der Cassenordnung, nur dazu dienen, um zur Erläuterung und Erledigung etwaniger Erinnerungen Zeit zu verschaffen, und den Steuerpflichtigen während derselben nicht auf eine, vielleicht unverdiente Weise exquiren zu lassen. Demnach sind f. K. C. Fälle bekannt geworden, wo aus dergleichen einstweiligen Suspensionen der Execution förmliche und wiederholte Befristungen entstanden sind. Dieses liegt nicht im Sinne der Verordn., und muß das f. K. C. die f. Kr. Ger. also darauf aufmerksam machen, daß wenn der Fall eintreten sollte, daß sie nöthig finden, bei einem oder andern die Vollziehung der Execution zu suspendiren, wenn solche dem Debiten etwa im gegenwärtigen Augenblicke zu viel Nachtheil bringen, und er zu Berichtigung des Rückstandes zu einem andern Zeitpunkte mehr im Stande sein würde, f. Kr. Ger. dieserhalb sofort an f. K. C. zu berichten und, den Umständen nach, entweder auf Niederschlagung des Restes, oder auf Bewilligung der Befristung anzutragen haben. Sollte jedoch der Restant zur Bezahlung des Rückstandes gänzlich unfähig sein, so wird dieses das Protokoll des Executors ausweisen.

Besondere macht f. K. C. den f. Kr. Aemtern zur Pflicht, die bei ihnen eingehenden Restverzeichnisse so schnell als möglich an die Kr. Einnehmer gelangen zu lassen, weil durch deren Zurückhaltung nur Unordnung entsteht, und Verfolgung der Reste erschwert wird.

Resc. f. K. C. v. 2. März 1817.

Durch ein höchstes Resc. vom 14. v. M. ist verordnet worden, daß denjenigen Kormmäklern auf dem Lande, welche in einem schlechten Rufe stehen, ferner keine Gewerbescheine gegeben, auch überhaupt künftig keine Gewerbescheine zu solchem Mäkler-Gewerbe anders, als auf vorgängige genaue Untersuchung über die Moralität und die Vermögensumstände der Competenten ertheilt werden sollen.

Resc. L. Str. C. v. 20. August 1822.

Wir bemerken noch, daß wenn gleich diejenigen Viehhändler, welche in dem Bezirke zu Ertheilung von Gewerbescheinen vorgeschlagen sind, selbst wenn sie den Viehhandel nur auf Mee n und Märkten betreiben, sie dennoch nicht der Gewerbesteuer, sondern der Contribution von der Nahrung und den Handwerken unterworfen sind, und L. Str. C. die Gewerbescheine nur in der Hinsicht für sie hat ausfertigen lassen, weil deren Gewerbesteuer nicht weniger beträgt, als die Contribution und auch dieselben sich mittelst der Gewerbescheine auf Messen und Märkten leicht legitimiren können.

Resc. L. Str. C. v. 16. November 1822.

Da es in einigen Fällen zweifelhaft sein könnte, welche Personen zur Contribution von

Steuern, Rescripte.

265

Resc. I. Str. E. v. 23. November 1822.

Der Contributionsansatz des Kaufmanns H. für den Garnhandel hat nicht gestrichen werden können, weil dieser Handel kein annexum des Gewürzhandels ist.

Resc. f. G. R. E. v. 3. Mai 1825.

Wie durch ein Resc. des königl. preuß. Justiz-Ministerii vom 17. Aug. 1818 den preuß. Gerichten aufgegeben ist, die Requisitionen auswärtiger Ger. in Steuercontraventionsfachen abzulehnen, so hat auch f. Kr. Ger. sämtliche an dasselbe von Seiten königl. preuß. Gerichtsbehörden bisher ergangene und in Zukunft noch ergehende Requisitionen dieser Art abzulehnen. Indessen sind in allen künftigen vorkommenden Fällen dieser Art die betreffenden hiesigen Unterthanen von den geschehenen Vorladungen jederzeit zu dem Ende zu benachrichtigen, um erforderlichen Falls ihre Gerechtsame wahrnehmen, und jeden etwaigen Nachtheil von sich abwenden zu können.

Resc. f. R. E. v. 18. November 1825.

Die Oberhauptleute werden authorisirt, die f. Kr. Aemter und Bürgermeister anzuweisen, wegen der neu zu bewilligenden Gewerbescheine oder Gewerbeconcessionen, mit den Berichterstattungen sich an sie zu wenden, so wie auch die zur Ausfertigung der Gewerbescheine dienenden Verzeichnisse der gewerbetreibenden Personen an sie zur Weiterbeförderung an das I. Str. E. einzusenden.

Resc. I. Str. E. v. 2. Juni 1826.

In Folge der mit der königl. preuß. Regierung getroffenen Uebereinkunft, daß die Grundstücke, welche königl. preussische Unterthanen im hiesigen, und hiesige Unterthanen im königl. preuß. Territorio besitzen, bei den Cassen desjenigen Landes versteuert werden sollen, innerhalb dessen Gränzen solche belegen sind, und dieses Arrangement vom 1. Juli 1827 an in Kraft treten soll, werden in den Anlagen die Rollen über die von den Besitzern der qu. Grundstücke vom 1. Juli 1817 an zu entrichtenden Steuern zugesandt, um solche den betreffenden Vorstehern, behuf Erhebung und Ablieferung der darin berechneten Summen, zustellen zu lassen.

Resc. I. Str. E. v. 17. Juli 1826.

Das Resc. f. R. E. vom 18. Novbr. v. J. wird dahin abgeändert und aufgehoben, daß die f. Kr. Ger. und die Bürgermeister nach wie vor die darin benannten Etats und Verzeichnisse nicht an die Oberhauptmannschaften, sondern unmittelbar an das I. Str. E. einzusenden; daß aber in Ansehung der Concessionen zur Betreibung der Gewerbe es bei der Bestimmung sein Verbleiben behält, daß die Anträge mit den Berichten darüber an die Oberhauptleute einzusenden sind. Die Bürgermeister haben die Etats nicht erst an die f. Kr. Aemter einzureichen, da sie diesen nicht subordinirt, sondern coordinirt sind und der in der Verordn. vom 26. März 1823 aufgestellte Unterschied zwischen Local- und Landespolizei auf Steuerangelegenheiten nicht bezogen werden kann.

Resc. h. G. R. E. v. 6. October 1826.

Da man sich bei den hinsichtlich Statt findenden besondern Verhältnissen bewegen

Steuern, Rescripte.

gefunden, die Ertheilung der Autorisationen zur executivischen Einziehung von Resten an directen Steuern gegen die in der Stadt Braunschweig wohnhaften Restanten, ausnahmsweise von den Vorschriften der Verordn. vom 21. April 1815 dem hiesigen Stadt-Magistrate speciell zu committiren, so bleibt solches dem h. Distr. Ger. in Braunschweig zur Nachricht und um davon auch die drei Stadtgerichte in Kenntniß zu setzen, damit unverhalten.

Resc. I. Str. E. v. 15. December 1827.

Da die N. und N. im Dorfe N. zum Handel mit Materialwaaren im Kleinen in dem Etat von der Nahrungscontribution aufgeführt waren, dieser Handel aber der Gewerbesteuer unterworfen ist, so sind genannte N. und N. in dem gedachten Etat gestrichen und in die Gewerbesteuerrolle gesetzt.

Bekanntm. h. R. E. v. 7. Januar 1828.

Nachdem durch ein höchstes Resc. vom 31. Decbr. 1827 verordnet ist, daß denjenigen Hausirern, welche mit Gewerbescheinen zum Hausirhandel auf den hiesigen Messen versehen werden, nicht gestattet werden soll, sich zum Herumtragen und Feilbieten ihrer Waaren eines oder mehrerer Träger zu bedienen, und daß bei der Uebertretung dieses Verbots die Hausirer für jeden angenommenen Träger in dem ersten Contraventionsfalle in eine Strafe von 5, im Wiederholungsfalle aber in eine Strafe von 10 Thlr. genommen und die Waaren bis zur Entrichtung der Strafe mit Beschlag belegt werden sollen, so wird solches hiermit höchster Vorschrift gemäß zur Nachachtung bekannt gemacht.

(Br. Anz. 1828. Nr. 6.)

Bekanntm. h. R. E. v. 6. Februar 1828.

Demnach durch ein höchstes Resc. vom 24. v. M. das durch die höchste Verfügung vom 31. v. M. ergangene Verbot gegen das Herumtragen der Waaren während der Messzeit im Hausirhandel mittelst eines oder mehrerer Träger dahin erklärt und resp. modificirt worden, daß jedem Hausirer nur frei stehen solle, nur einen Packen Waaren mit sich zu führen, daß es ihm aber, falls er durch eigene Körperschwäche oder andere Umstände abgehalten werden sollte, diesen Packen selbst zu tragen, erlaubt sein solle, zur Tragung desselben sich eines Packenträgers zu bedienen, in welchem Falle er aber selbst keine Waaren tragen dürfe, so wird solches hierdurch höchster Vorschrift gemäß zur Nachachtung bekannt gemacht.

Resc. I. Str. E. v. 20. Februar 1828.

Es ist zur Anzeige gekommen, daß Gewerbescheine, welche nur zum Handelsbetriebe auf Messen oder Jahrmärkten ertheilt waren, widerrechtlich dazu benutzt sind, auch außer den Messen oder Jahrmärkten, Handel und zuweilen sogar Hausirhandel zu betreiben. Um solchen Mißbräuchen für die Zukunft vorzubeugen und die nur für Messen und Jahrmärkten geltenden Gewerbescheine noch mehr als bisher schon geschehen ist, von den gewöhnlichen Gewerbescheinen auszuzeichnen, sind die erstern vom laufenden Jahre an, mit blauer Farbe gedruckt. Es sind die betreffenden Unterbediente hiervon in Kenntniß

zu setzen und dieselben zu einer strengen Controle über den Gebrauch der Gewerbescheine anzuweisen.

Resc. h. St. M. v. 12. Mai 1828.

Auf den Bericht vom 6. Febr. d. J. Nr. 248. ist der Stadt-Magistrat in B. ermächtigt, wegen der Rückstände auf die Stollgebühren und Stuhlzinse, die Beiträge zu den Kosten des Stei. pflasters und die Schulgelder, eben so wie solches hinsichtlich der directen Steuern durch das Resc. vom 6. Octbr. 1826 genehmigt worden ist, die erforderliche Autorisation behuf Weitreibung durch Executoren und Rathsbdiener zu ertheilen.

Resc. L. Str. E. v. 29. August 1828.

Das L. Str. E. habe sich veranlaßt gefunden, den sämtlichen Kr. Einnehmern und dem Einnehmer zu Luedinghausen eine neue Instruction zu ertheilen und von denselben bei den betreffenden h. Kr. Aemtern und St. Ger. und dem h. Kr. Ger. Luedinghausen zu Protokoll erklären zu lassen, daß sie diese Instruction gelesen, wohl verstanden und zu deren genauen Befolgung mit Beziehung auf den geleisteten Dienstleid sich verpflichtet haben.

Den Distr. Ger. wird diese Instruction für den Fall vorkommender Untersuchungen mitgetheilt.

Instruction L. Str. E. für die Kr. Einnehmer v. 25. Juli 1828.

In den landesherrl. Verordn. vom 19. Febr. 1814 und 21. April 1815 ist zwar einiger Verpflichtungen der Kr. Einnehmer gedacht; in Ermangelung eines allgemeinen Dienstreglements für dieselben ist aber in deren Dienstverrichtungen die insonderheit für das Cassen- und Rechnungswesen unumgänglich nöthige Einsörmigkeit bisher vermißt. Wir sehen Uns demnach veranlaßt, denselben folgende, ihr Dienstverhältniß und ihre Dienstbedingungen bestimmende, durch ein allerhöchstes Resc. vom 4. d. M. genehmigte Instruction zu ertheilen, und ihnen deren pünktlichste Befolgung mit Verweisung auf den bereits geleisteten Dienstleid zur Pflicht zu machen.

A. Dienstverhältniß.

Die Kr. Einnehmer haben hauptsächlich die in die L. Str. Cassen fließenden öffentlichen Abgaben zu erheben, und sind also zunächst dem L. Str. E. untergeordnet. Wegen der denselben übertragenen Forstrecepturen, deren Geldvorräthe sie jederzeit von denen der Kr. Cassen getrennt zu halten verpflichtet sind, haben sie jedoch ihre Instructionen von h. Kammer zu empfangen. Den ihnen untergebenen Executoren und den mit ihnen in Geschäftsverbindung stehenden Ortsvorstehern und Untererhebern müssen sie mit Ruhe und Keufseligkeit begegnen, so wie auch erwartet wird, daß sie gegen Steuerbedenten, welche über ihr Steuerverhältniß von ihnen unterrichtet zu sein wünschen, oder gegen welche Zwangsmaßregeln zur Steuerbeitreibung in Anwendung gebracht werden müssen, sich der Bestimmung und den Pflichten eines Staatsdieners gemäß und so benehmen, daß die Steuerpflichtigen nicht zu Beschwerden über unnöthige Härte im Dienstverfahren Veranlassung erhalten. Dieselben dürfen, bei der Strafe, welche die Verletzung ihrer Dienstpflicht nach

sich zieht, und bei Verantwortlichkeit für alle daraus entstehende Nachtheile, sich ohne Urlaub von ihrem Posten nicht entfernen. Die Caution, deren Bestellung unerlässlich ist, und deren Aufkündigung die Dienstentlassung nach sich ziehen würde, soll in der Regel wenigstens dem 24sten Theile der jährlichen Einnahme für die L. Str. Cassé gleichkommen; sie dient aber zur Sicherheit wegen aller den Kr. Einnehmern aufgetragenen Erhebungen:

B. Einnahmen der Kr. Cassen.

Die Einnahmen der Kr. Cassen für den Dienst des L. Str. C. sind gegenwärtig folgende:

- | | |
|--|-----------------------------------|
| 1) Contribution, | 12) Stifts- und Kloster-Taxe, |
| 2) Proviandgeld, | 13) Stadt-Taxe, |
| 3) Fouragegeld, | 14) Exemtensteuer, |
| 4) Reiter-Service, | 15) Contribution von der Nahrung, |
| 5) Landschatz, | 16) Landschatz von der Nahrung, |
| 6) Viehschatz, | 17) Gewerbesteuer, |
| 7) Schaffschatz, | 18) Gewerbesteuerstrafen, |
| 8) Mühlenschatz, | 19) Personalsteuer, |
| 9) Zehntschatz von zehntfreier Länderei, | 20) Accise, |
| 10) Scheffelschatz von forensen Meiergütern, | 21) Accisestrafen, |
| 11) Zehnt- und Scheffelschatz vom Zehnten, | 22) Chausseegeld, |
| | 23) Brandcassen-Beiträge. |

Die sub 1, 2, 3, 4, 5, 6, 14, 15 und 16 genannten Abgaben werden monatlich, und zwar in dem Zeitraume vom 1. bis 10. eines jeden Monats erhoben, und müssen spätestens bis zum 20. an die Kr. Cassé, und von dieser spätestens bis zum 22. eines jeden Monats an die L. Str. Cassé abgeliefert werden. Die Personalsteuer muß ebenfalls monatlich, und zwar am 1. eines jeden Monats entrichtet, und spätestens bis zum 10. an die Kr. Cassé, und von dieser weiter an die Hauptcassé abgeliefert sein. Die Gewerbesteuer muß nach dem §. 21. der Verordn. vom 29. Octbr. 1821 zur Hälfte bei Aushändigung der Gewerbescheine, und zur andern Hälfte auf Johannis jeden Jahrs, in dem Falle aber, daß die Gewerbescheine nach Johannis ausgeliefert werden sollten, sofort ganz bezahlt werden. Der Schaffschatz wird am 24. Juni jeden Jahrs entrichtet. Die sub 8, 9, 10 und 11 gedachten Abgaben werden jährlich auf Galli, mithin am 16. Octbr., eingezahlt. Die Einzahlung der Stifts- und Kloostertaxe, so wie der Stadt-taxe, geschieht jährlich am 10. Novbr. Die Accise- und Chausseegeld-Einnehmer haben ihre Erhebungen von einem jeden Monate vom 1. bis spätestens den 3. des darauf folgenden Monats an die Kr. Cassé abzuliefern, von welcher die Ablieferung an die L. Str. Cassé bis zum 10. desselben Monats bewerkstelligt sein muß. Wenn ein Erheber die Accise und das Chausseegeld in dem gedachten Zeitraume der drei ersten Tage eines jeden Monats nicht abliefern sollte, so hat der Kr. Einnehmer davon dem L. Str. C. sofort

Anzeige zu machen. — Ueberhaupt dient es zur Regel für den Kr. Einnehmer, daß alle im Laufe eines Monats eingegangenen Summen bis zum Ende desselben Monats an die L. Str. Cassé abgeliefert sein müssen, und auf den nächstfolgenden Monat also ein haarer Cassenvorrath nicht übertragen werden darf. Die vorstehende, den spätesten Tag der Einsendung fälliger Steuern bestimmende Vorschrift ist nur dahin zu deuten, daß die vollständige Ablieferung derselben sodann erfolgen müsse, nicht aber darunter zu verstehen, daß die Elementarerheber die Vereinnahmung bis dahin aussetzen, oder sie und die Kr. Einnehmer die theilweise eingegangenen Steuerbeträge bis dahin unter sich behalten dürfen, vielmehr haben die Letzteren dafür zu sorgen, daß die Elementarerheber die Einsammlung mit dem Fälligkeitstermine einer jeder Steuer beginnen, und die vorläufig erhobenen Summen, wenn sie zu einem Belange herangewachsen sind, an sie abliefern. Eben so haben die Kr. Einnehmer einen Geldvorrath von 500 Rthlr. und darüber sofort an die L. Str. Cassé einzusenden, und bei den jedesmaligen Einsendungen den gesammten Cassenbestand ohne einigen Vorenthalt abzuliefern.

Sollte ein Kr. Einnehmer die ihm vorgeschriebenen Ablieferungstermine nicht gehörig beobachten, und aus der längern Aufbewahrung des Geldes irgend ein Nachtheil oder Cassenverlust entstehen, so ist der Kr. Einnehmer dafür verantwortlich und zur Ersetzung des entstandenen Verlustes aus eigenen Mitteln selbst dann verpflichtet, wenn er auch sonst die zur Sicherheit der Cassé vorgeschriebenen Vorsichtsmaßregeln gehörig wahrgenommen haben würde. Alle oben verzeichnete Einnahmen werden durch Etats oder besondere Anweisungen des L. Str. C. festgesetzt. Wegen der zu erhebenden Brandcassenbeiträge werden den Kr. Einnehmern jährlich Erhebungsetats zugestelt, und die Erhebung geschieht sofort nach dem Empfange dieser Etats.

In Ansehung der Beitreibung der öffentlichen Abgaben muß den Verordn. vom 19. Febr. 1814 und vom 21. April 1815, so wie dem Executions-Reglement vom 18. August 1814 gemäß verfahren werden, und ist der Kr. Einnehmer wegen der aus einer seinerseits eingetretenen Versäumnis entstehenden Folgen persönlich verantwortlich. Demnach hat der Kr. Einnehmer besonders darauf zu halten, daß von den Erhebern die Steuern zur Zahlungszeit ordnungsmäßig in einer Summe abgeliefert, oder die etwa gebliebenen Reste specificirt, die Restverzeichnisse revidirt, berichtigt und demnach binnen vier Tagen dem betreffenden h. Kr. Amte oder St. Ger., und in Braunschweig dem Stadt-Magistrate zur Ertheilung der Beitreibungsautorisation vorgelegt werden, daß ferner mit der Annahmung und Executionsvollstreckung nach Vorschrift des Executions-Reglements von den Executoren verfahren werde. Gegen jeden Erheber, welcher sich in der Ablieferung oder Nachweisung der Steuerreste säumnig zeigen sollte, ist nach vorgängiger Ertheilung der Autorisation zur Anwendung von Zwangsmaßregeln, ebenfalls dem Executions-Reglement gemäß, zu verfahren. Wenn unter den nachgewiesenen Steuerresten sich solche befinden, welche nicht sogleich beigetrieben werden können, weil über das Vermögen der Debiten Concurs entstanden ist, so hat der Kr. Einnehmer diese Reste ordnungs-

mäßig bei der competenten Gerichtsbehörde zu liquidiren, und ist derselbe zu dem Ende verpflichtet, auf die Edictal-Vorladungen der Gläubiger zu achten, welche von den Gerichten ergehen.

Der Kr. Einnehmer ist verbunden, monatlich mit den Steuererhebern abzurechnen, und thunlichst dahin zu wirken, daß deren Erhebung in Ordnung und Klarheit erhalten werde. Jedem derselben hat er ein Quittanzbuch, wozu ihm gedruckte Formulare geliefert werden sollen, zuzustellen, und darin den Betrag der abzuliefernden Abgaben, der gebliebenen Rückstände und der geschehenen Ablieferungen anzumerken, auch über letztere in Buchstaben zu quittiren.

C. Ausgaben der Kr. Cassen.

Da die Kr. Cassen eigentlich nur Einnahme-Cassen sind, so müssen bei denselben zwar die Zahlungen geleistet werden, welche die L. Str. Cassé auf sie anzuweisen für angemessen hält; diese Ausgaben werden aber nicht in die Kr. Cassenrechnung aufgenommen, sondern mittelst Einsendung der darüber empfangenen Beläge statt baarer Geldablieferung der Hauptcassé zugerechnet.

Diejenigen Ausgaben, welche die Kr. Cassen für eigene Rechnung zu bestreiten und in die Jahresrechnung aufzunehmen haben, sind folgende:

1) Ablieferungen an die L. Str. Cassé; 2) Remissionen, welche den Unterthanen auf deren Abgaben bewilligt werden; 3) Steuerausfälle, und 4) Zurückzahlung der ohne Verbindlichkeit entrichteten Steuern.

Die Ablieferungen an die L. Str. Cassé geschehen durch die Post, und müssen mit genauen Specificationen der in Zurechnung gebrachten Ausgabebeläge und mit Sortenzetteln über die baaren Geldsendungen begleitet sein. Die Münzsorten müssen abgefordert und in starkes Papier eingerollt werden. Die Geldrollen werden versiegelt und mit einer Bezeichnung des darin enthaltenen Betrages, der Münzsorte und der abliefernden Kr. Cassé versehen. Die Verpackung bei der Ablieferung geschieht in Kisten, Fässern oder Beuteln, und sind dabei die wegen des Postwesens bestehenden Vorschriften zu beobachten. Bei den Ablieferungen sind der L. Str. Cassé die Steuergattungen und Rechnungsjahre, auf welche die Quittungen von derselben ausgestellt werden sollen, anzugeben, und muß bei dieser Angabe um so mehr mit Sorgfalt verfahren werden, als die dabei unterlaufenden Irrthümer nur schwer, oder, wenn sie erst spät entdeckt werden, wol gar nicht zu berichtigen sind.

Die Herausgabe der Remissionen muß mit Verwilligungen des L. Str. C. belegt werden. Sobald die Verwilligungen erfolgen, ist der Betrag der Remissionen auf die verschiedenen Steuergattungen gleich den baaren Erhebungen in dem Journale und den Manualen in Einnahme und zugleich in Ausgabe zu stellen. Auch werden dieselben in den Quittanzbüchern der Steuererheber angemerkt, und diesen Quittungen darüber ertheilt. In den Jahresrechnungen müssen die Remissionen mit Specificationen der Debiten und der ihnen erlassenen Steuern belegt, auch diese Specification mit Bescheinigungen der Steuerpflicht-

pflichtigen dahin, daß die Remissionen ihnen zu Theil geworden und auf deren Abgaben in Anrechnung gekommen sind, versehen werden. Diese Specificationen müssen von den Stadt-Magistraten, Bürgermeistern oder Ortsvorstehern bescheinigt werden.

Die Steuerausfälle bestehen entweder in Rückständen, welche ungeachtet der geschehenen Anwendung des Executions-Reglements in Ermangelung genügender Auspfändungsgegenstände nicht haben eingezogen werden können, oder zu deren Bezahlung, nach den in Concursprocessen ergangenen Erkenntnissen, die Masse nicht hinreichend befunden ist, oder in der Niederschlagung unrichtiger und doppelter Steueransätze. Die Herausgabe der inexigibel befundenen Steuerreste wird mit dem Executionsprotokolle, welches eine genaue Bezeichnung der Rückstände enthalten und mit der Anerkennung der Debiten und einer Bescheinigung der Ortsvorsteher und obrigkeitlichen Behörde versehen sein muß, so wie mit der Genehmigung des L. Str. C. belegt. Mit gedruckten Formularen zu den Protokollen der Executoren, für die verschiedenen Fälle des Erfolgs modificirt, sollen die Kr. Einnehmer jederzeit in genügender Anzahl versehen werden.

Die Herausgabe der zufolge der Concursprocessse verloren gegangenen Steuerreste muß mit gerichtlichen Attesten und der Genehmigung des L. Str. C. belegt werden. Zur Belegung der Niederschlagung unrichtiger oder doppelter Steuerfälle genügt dagegen die Verfügung des L. Str. C. Mit der Eintragung der Steuerausfälle in die Bücher der Kr. Cassé und in die Quittanzbücher der Erheber muß eben so verfahren werden, als es in Ansehung der Remissionen vorgeschrieben ist.

Die Zurückzahlung der ohne Verbindlichkeit entrichteten Abgaben wird mit der Anweisung des L. Str. C. und mit der Quittung der Empfänger belegt. Sie unterscheidet sich von den Steuerausfällen dadurch, daß sie in den Quittanzbüchern der Erheber nicht in Anrechnung kommt, auch in den Büchern der Kr. Cassé nicht in Einnahme, sondern nur in Ausgabe gestellt wird.

D. B u c h f ü h r u n g.

Die Bücher, welche ein jeder Kr. Einnehmer zu führen verpflichtet ist, sind folgende: 1) ein Hauptjournal und Specialjournale für diejenigen Einnahmen, deren erste Erhebung dem Kr. Einnehmer übertragen ist; 2) Manuale für die verschiedenen Gattungen von Einnahmen; 3) ein Correspondenzregister; und 4) ein Register über die für die Hauptcassé geleisteten Zahlungen.

Wie der Zweck des Hauptjournals dahin geht, eine fortlaufende und augenblickliche Uebersicht des Zustandes der Cassé zu haben, so müssen darin auch alle Einnahmen und alle durch die Kr. Cassenrechnung laufende Ausgaben ohne Ausnahmen und ohne Rücksicht auf die Natur derselben, in demselben Augenblicke, wo sie vorkommen, hinter einander fort, in chronologischer Ordnung eingetragen werden. Die pünktliche Eintragung in dieser Art ist von Wichtigkeit, und werden die Kr. Einnehmer daher verpflichtet, darauf die größte Aufmerksamkeit zu verwenden. Dieselben haben demnach nie eine Quittung aus den Händen zu geben, bevor sie die darin bezeichnete Einnahme nicht in das Hauptjour-

nal eingetragen haben, und nie eine Ausgabe ohne gleichzeitige Eintragung in das Hauptjournal oder in das Zahlungsregister zu machen, auch über die Ausgaben sich mit ordnungsmäßigen Belägen zu versehen und diese sorgfältig aufzubewahren, indem sie sonst, wenn ein Einnahmeposten weggelassen, oder dessen Eintragung verspätet, auch ein Ausgabeposten nicht ordnungsmäßig zu Buche getragen werden sollte, den Verdacht eines absichtlichen Cassendefects auf sich laden würden, so wie der Verlust von Ausgabebelägen und die Verabsäumung der Eintragung der Ausgaben einen Cassenausfall und die daraus entstehende Verantwortlichkeit für sie herbeiführen kann.

Da die Kr. Einnnehmer für jetzt eine andere Elementarerhebung, als die der Brandcassenbeiträge, nicht zu besorgen haben, so ist ein Specialjournal auch nur für diese Gattung der Einnahme erforderlich. In diesem Specialjournale müssen die eingegangenen Beträge an jedem Abend zusammengezählt und in einer Summe in das Hauptjournal übertragen werden. Das Hebungsregister der Brandcassenbeiträge macht die Führung eines Manuals über diese Einnahmen entbehrlich. In dem Hauptjournale müssen die Einnahmen und Ausgaben am Schlusse einer Seite jederzeit summiert und die Summen auf die folgende Seite übertragen werden.

Die Manuale haben die Bestimmung, eine schnelle und deutliche Uebersicht von dem Fortgange und Zustande der Steuererhebung in jeder Gemeinde zu geben, und durch eine Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben auf eine jede Revenüengattung und von jedem Rechnungsjahre den Kr. Einnnehmer in den Stand zu setzen, in jedem Augenblicke über seinen Rechnungshaushalt Auskunft zu geben und zu jeder Zeit seine Rechnung abzulegen. Deswegen müssen die Einnahmen und Ausgaben an jedem Tage aus dem Hauptjournale in die Manuale übertragen, und der Ort dieser Uebertragung muß in dem Hauptjournale bezeichnet, in den Manualen aber wiederum auf die Nummer und Seite des Hauptjournals zurückgewiesen werden. Die Manuale müssen für jede Gattung der Steuern eine vollständige Uebersicht gewähren, wenn gleich die Nachweisung mehrerer Steuerarten in einem Manuale, z. B. der Contribution, des Proviandgelbes, Fouragegelbes, Reiter-Service, Landschatzes u. s. w. zulässig ist; jedoch muß zugleich die nöthige Trennung der Steuergattungen, Rechnungsjahre und Gemeinen beobachtet werden. Die Manuale müssen die Beträge, welche nach den Etats und Anweisungen des L. Str. C. aus jeder Gemeinde eingehen sollen, die darauf eingezahlten Summen, die am Ende eines jeden Monats bleibenden Rückstände, so wie eine Zusammenstellung der Erhebungen und Rückstände aller Gemeinen am Monatschlusse enthalten.

Das Hauptjournal muß nach dem sub A. und die Manuale müssen nach dem sub B. anliegenden Formulare geführt werden, welches letztere jedoch nach der Beschaffenheit der Abgabe zu modificiren ist.

Diese Bücher müssen mit Seitenzahlen versehen und in starke Pappe eingebunden werden.

Weber in dem Hauptjournale noch in den Manualen darf radirt oder ausgestrich-

chen werden, sondern jedes etwa begangene Versehen muß durch eine Bemerkung erläutert und durch eine neue Vereinnahmung oder Verausgabung berichtigt werden. Ueberhaupt müssen in diesen Büchern die Eintragungen reinlich und deutlich geschrieben werden. Das Correspondenzregister muß eine getreue Abschrift aller von dem Kr. Einnehmer erlassenen Dienstschriften nach ihrer Zeitfolge enthalten. In das Register der geleisteten Zahlungen werden letztere auf einer Seite nach ihrem Brutto- und Netto-Betrage eingetragen. Auf der entgegengesetzten Seite sind die in Ausgabebelägen an die L. Str. Cassé gemachten Ablieferungen zu specificiren. Auf jeder Seite müssen die Beträge aufsummirt und die Summen auf die folgende Seite übertragen werden.

Am Schlusse eines jeden Monats müssen die in Ausgabebelägen gemachten Ablieferungen von der Summe der geleisteten Zahlungen abgezogen und die wegen ihrer Mangelhaftigkeit etwa nicht in Zurechnung angenommenen und dem Kr. Einnehmer zurückgesandten Ausgabebeläge den geleisteten Zahlungen wiederum zugesetzt werden, damit zu jeder Zeit übersehen werden kann, welche Summe in Ausgabebelägen sich statt baaren Geldes in der Cassé befindet. Das Register der Zahlungen ist nach dem sub C. beigefügten Schema zu führen.

E. Controle der Kr. Cassen.

Die Kr. Einnehmer sind verpflichtet, nach der auch bisher schon bestandenen Einrichtung, am Schlusse eines jeden Monats einen den Zustand der Cassé nachweisenden Abschluß, drei Extracte der Steuererhebung, nach den Perioden bis einschließlich des Jahres 1821, von da bis zum laufenden Jahre ausschließlich, und endlich wegen des jedesmal laufenden Jahres von einander getrennt, eine Nachweisung der bewilligten Befristungen und Remissionen, und ein Verzeichniß der in den verschiedenen Gemeinden gebliebenen Steuerreste anzufertigen und in den drei ersten Tagen des folgenden Monats an das L. Str. C. einzusenden. Diese monatlichen Nachweisungen haben den Zweck, im Laufe des Jahres C. einzufenden. Diese monatlichen Nachweisungen geben eine Uebersicht zu geben, und monatlich von dem Rechnungshaushalte des Kr. Einnehmers eine Uebersicht zu geben, und auf deren Grund den Rechnungsführer in Ansehung der angegebenen Coll-Einnahme, der Ablieferungen und Steuerreste einer Controle zu unterwerfen, zugleich aber durch die Revision dieser Nachweisungen eine sofortige Berichtigung der etwa eingeschlichenen Versehen herbeizuführen.

Von Zeit zu Zeit sollen die Kr. Cassen unvermuthet durch einen Beauftragten des L. Str. C. revidirt, und soll bei diesen Cassenrevisionen hauptsächlich darauf gesehen werden, ob die Cassé richtig ist, und ob die Bücher ordnungsmäßig geführt und die an das L. Str. C. eingesandten Monatsabschlüsse und Extracte damit in Uebereinstimmung sind. Wie aber den Kr. Einnehmern keine Cassencontroleure beigegeben und die vorstehend erwähnten Einrichtungen zur Erlangung einer gründlichen Controle noch nicht ausreichend sind, so ist von den Kr. Einnehmern noch Folgendes zu beobachten.

Außer den gewöhnlichen Quittungen, welche den Erhebern oder Einzahlern der in die Kategorie der directen Steuern gehörigen Abgaben und den Accise- und Chauffeegeld-

Einnehmern ertheilt werden, sind diesen verschiedenen Erhebern und Einzahlern zugleich Duplicate der Quittungen zuzustellen. Diese Duplicate sollen sofort nach dem Empfange von den Ortshebern oder Einzahlern an die ihnen vorstehenden Stadt=Magistrate, Bürgermeister oder Kr. Aemter, und von den Accise= und Chauffeegeld=Einnehmern an die betreffenden Accise=Inspectoren abgeliefert, und von diesen Behörden unverzüglich weiter an das L. Str. G. eingesandt werden, bei welchem die Duplicatquittungen zur Vergleichung mit den von den Kr. Einnehmern in Einnahme gestellten Erhebungen dienen sollen. Da die obrigkeitlichen Behörden verpflichtet sind, für den zeitigen und ordnungsmäßigen Eingang der öffentlichen Abgaben mitzuwirken, so wird die Einsicht der Duplicatquittungen zugleich dazu dienen, dieselben von den geschehenen Einzahlungen und dem Betrage der gebliebenen Reste in Kenntniß zu setzen.

Zur Ausfertigung der Duplicatquittungen sollen die Kr. Einnehmer gedruckte Formulare erhalten.

F. Sicherstellung des Cassenvorrathes.

Jeder Kr. Einnehmer hat für die Sicherheit der Casse einzusehen. Im Falle einer unabwendbaren Veraubung hat derselbe nur dann auf die Vergütung des Defectes sich Hoffnung zu machen, wenn von ihm nachgewiesen wird, daß er mit den zu machenden Ablieferungen nicht im Rückstande gewesen ist, und daß die Geldvorräthe gegen alle Angriffe gesichert, insonderheit in einem eisernen, am Boden nicht befestigten Kasten aufbewahrt gewesen sein, und überhaupt die höchste Sorgfalt angewandt sei, um alle Gefahr von der Casse abzuwenden.

Ein etwaiger Unfall, welcher die Casse betroffen hat, ist sofort dem Kr. Amte des Wohnorts oder betreffenden St. Ger. anzuzeigen, und ist darüber, ob dem Kr. Einnehmer die geringste Vernachlässigung zur Last falle oder nicht, von dem competenten Gerichte in jedem Falle eine Entscheidung abzugeben.

G. J a h r e s r e c h n u n g e n.

Die Jahresrechnungen werden künftig in derselben Art abgelegt, wie es bisher zufolge besonderer Instruction geschehen ist. Auf der ersten Seite jeder Jahresrechnung muß bemerkt werden, ob und wie der Kr. Einnehmer seine Caution bestellt habe, auch welche Mobilien oder Utensilien demselben als Inventariestücke übergeben sein.

A.



S c h e m a

für das

H a u p t j o u r n a l.

Steuern, Rescripte.

1	2	3	4	5
Fort- laufende Ordnungs- N ^o	D a t u m. 18 Monat. Tag.	Uebertragen in das Manual N ^o	E i n n a h m e n.	G e l d = B e t r a g. Rthlr. Sgr. Pf.
			<p>Die N^o in den Columnen 1 und 6 beginnen mit dem Anfange des Jahres und laufen in jeder Columnne in einer für sich bestehenden Reihenfolge ununterbrochen bis zum Ende des Jahres fort.</p> <p>In der Columnne 3 wird das Manual, in welchem die Eintragung geschehen ist, neben jeder N^o mit I. II. III. oder A. B. C. bezeichnet.</p> <p>Eine jede Einzahlung muß nach der Steuergattung und nach dem Jahre genau unterschieden und bezeichnet werden; nicht die Summe einer ganzen, auf mehreren Steuerarten geschehenen Ablieferung, sondern der Betrag einer jeden Einzahlung muß in die Columnne 5 eingetragen und in der Columnne 1 mit einer besondern Nummer versehen werden. Vor der Linie wird die Summe einer jeden Ablieferung bemerkt. In die Columnne 9 dürfen nur diejenigen Ausgaben eingetragen werden, welche durch die Rechnung der Kr. Cassé laufen.</p> <p>Die Summen der Seiten werden vom Anfange des Jahres bis zu dessen Ende fort, übertragen; am Schlusse eines jeden Monats aber wird vor der Linie eine Abrechnung für den Monat gemacht.</p>	

10

[illegible]

B.

S c h e m a


zu dem Manuale der directen Steuern.

1.

Es sollen einkommen						Bezeichnung der Gemeinen und Steuern.	Datum			Journal	Es ist					
jährlich			monatlich				18				eingekommen			rückständig		
Rthlr	Ggr	Pf	Rthlr	Ggr	Pf		Monat	Tag	Nr		Pag.	Rthlr	Ggr	Pf	Rthlr	Ggr
						a. Gemeinde Thiede.										
						1. Contribution.										
600	=	=	50	=	=	Für den Monat Januar. .	Jan.	15	5	1	50	=	=	=	=	=
			50	=	=	" " " Februar. .	Febr.	14	30	4	48	=	=	2	=	=
			50	=	=	" " " März. . .	März	16	60	9	52	=	=	=	=	=
						u. f. w.										
						2. Landschaz.										
200	=	=	16	16	=	Für den Monat Januar. .	Jan.	15	6	1	16	16	=	=	=	=
			16	16	=	" " " Februar. .	Febr.	14	31	4	16	=	=	=	16	=
			16	16	=	" " " März. . .	März	16	61	9	17	8	=	=	=	=
						u. f. w.										
<p>☞ Auf diese Weise wird das Alphabet der Gemeinen, so wie die Reihe der Abgaben und deren Wiederholung für die drei Abtheilungen:</p> <p>Reise von 1821 und Vorzeit, Reise von 1822 bis 18., und Steuern v. laufenden Jahre hindurchgeführt.</p> <p>Die Formularbogen 1. nehmen die erste Hälfte, und die Formularbogen 2. die andere Hälfte des Manuals ein, welches beim Einbinden des letztern zu berücksichtigen ist.</p>																

Fort

Fortsetzung von B.



S c h e m a

zu dem Manuale der directen Steuern.

E s s o l l e n e i n k o m m e n													Bezeichnung der Gemeinen und Steuern.
i m M o n a t e													
Jährlich	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Octb.	Novb.	Decb.	
Nöthl. Egr. Pf.	Nöthl. Egr. Pf.	Nöthl. Egr. Pf.	Nöthl. Egr. Pf.	Nöthl. Egr. Pf.	Nöthl. Egr. Pf.	Nöthl. Egr. Pf.	Nöthl. Egr. Pf.	Nöthl. Egr. Pf.	Nöthl. Egr. Pf.	Nöthl. Egr. Pf.	Nöthl. Egr. Pf.	Nöthl. Egr. Pf.	
144	"	12	"	12	"	12	"						b. Contribution.
360	"	30	"	30	"	30	"						Gemeine Heimbürg
480	"	40	"	40	"	40	"						" Börneke.
													" Wienrode
													u. f. w.
													Summa..
													Die Soll-Einnahme
													beträgt einschließ-
													lich des Restes vom
													vorigen Monate.
													Es sind also rück-
													ständig
													Landschaft.
													Gemeine N. N.
													u. f. w.
													c. Recapitula-
													tion der Steuer-
													gattungen.
													Contribution ..
													Proviantsgeld ..
													Landschaft . . .
													u. f. w.
													Summa .
													Es sollen eingehen
													Es sind also rück-
													ständig

36 *

Steuern, Rescripte.

C.

S c h e

d u

R e g i s t e r d e

Fort- laufen- de N ^o	Anzahl der Bela- ge.	T a g der Zahlung 18		Bezeichnung der geleisteten Zahlung.	Betrag der geleisteten Zahlung.								
		Monat	Tag		Brutto			Abzug			Netto		
					Rthlr.	Ggr.	Pf.	Rthlr.	Ggr.	Pf.	Rthlr.	Ggr.	Pf.
1	1	Januar	2	Civilpension des N. N. für den Monat December v. J.	5	—	—	—	—	—	5	—	—
2	1	=	=	Befoldung des N. N. für denselben Mo- nat	100	—	—	3	—	—	97	—	—
3	2	=	5	Entschädigung für den N. N. für die Ab- tretung von 10 Ruthen Acker zum Chausseebau	24	—	—	—	—	—	24	—	—

Steuern, Rescripte.

283

m a

m

Z a h l u n g e n.

Fort- laufen- de N ^o	Anzahl der Belä- ge.	T a g		Bezeichnung der Ausgaben, über welche die Beläge abgelie- fert sind.	Betrag der Ausgaben.									
		der gesche- nen Abliefe- rung der Be- läge 18	Tag		Brutto			Abzug			Netto			
					Rthlr	Ggr	Pf	Rthlr	Ggr	Pf	Rthlr	Ggr	Pf	
1	1	Januar	16	an die Landes-Steuer-Casse. Civilpension des N. N. pro Decem- ber v. J.	5	—	—	—	—	—	5	—	—	
2	1	=	16	Befolgung des N. N. für denselben Monat	100	—	—	3	—	—	97	—	—	
3	2	=	=	Entschädigung etc.	24	—	—	—	—	—	24	—	—	

Resc. L. Str. E. v. 29. August 1828.

Aus der hierbei angeschlossenen, den Kr. Einnehmern ertheilten Instruction werden die h. St. Ger. und Kr. Aemter ersehen, was das L. Str. E. gegen diese Rechnungsführer und deren Untererheber in der Art eingeführt habe, daß den letztern über die an die Kr. Cassé bewirkten Ablieferungen Duplicatquittungen ertheilt und von selbigen zur weiteren Einsendung an das L. Str. E., an ihre vorgesetzten Behörden abgegeben werden müssen.

Da diese Einrichtung mit dem bevorstehenden Monat October ihren Anfang nehmen soll, so sind die sämtlichen Ortsvorsteher oder Ortserheber dahin zu instruiren, daß von denselben die Duplicatquittungen der Kr. Einnehmer in Empfang genommen und jedes Mal sofort an die St. Ger. und Kr. Aemter eingeschickt werden.

Es ist demnach in der Hinsicht, daß den St. Ger. und Kr. Aemtern die Sorge für die pünktliche Einzahlung der Steuern obliegt, von diesen Duplicatquittungen zur Controle gegen die Ortserheber selbst der sachdienliche Gebrauch zu machen, sodann aber sind die Quittungen für einen jeden Monat aus dem Stadt- (Amts-) Bezirke gesammelt, spätestens bis zum 5. des darauf folgenden Monats einzusenden.

Instruction L. Str. E. für die Steueraufseher v. 14. September 1828.

§. 1. Die Steueraufseher haben sich bei Ausrichtung ihres Dienstes nach den allerhöchsten Verordn., den Verfügungen des L. Str. E. und nach den ihnen ertheilten Instructionen, endlich nach den von den Acciseinspectoren ihnen ertheilten besonderen Aufträgen zu achten und zu richten. Die Dienstverpflichtungen der Steueraufseher erstrecken sich über alle Steuern, namentlich die Verbrauchssteuern aller Art, die Stempelsteuer von Papieren, Karten und Kalendern, das Chauffeegehd, und endlich auch über die Abgaben von der Nahrung und den Gewerben. — Eine durchgreifende Beaufsichtigung setzt daher eine genaue Kenntniß der dahin einschlagenden Landesgesetze, der in diesen ausgesprochenen Verpflichtungen der Landeseinwohner und Fremden, und endlich der zu dem Behuf den angestellten Beamten auferlegten Pflichten voraus.

Die Steueraufseher sollen sich deshalb mit den erlassenen Verordnungen im Allgemeinen und den ihnen ertheilten Instructionen insbesondere nicht allein, sondern auch mit den dem übrigen Steuerpersonal auferlegten Dienstverpflichtungen genau bekannt machen. Zu dem Ende sollen ihnen Exemplare der Dienstinstructionen der Grenzpaßbeamten und der Accisereceptoren zugestellt, und sie dadurch in Stand gesetzt werden, eine Uebersicht über das Ineinandergreifen der verschiedenen Dienstbranchen zu gewinnen.

Die Steueraufseher haben die Acciseinspectoren als ihre nächsten Vorgesetzten anzusehen. Alle Meldungen und Anfragen in Dienstsachen sind daher an den Acciseinspector zu machen, und soll kein Steueraufseher über irgend einen Gegenstand des Dienstes unmittelbare Anfragen an das L. Str. E. richten.

Sollte der Steueraufseher bei der von dem Acciseinspector ihm gewordenen Bescheidung über eine Dienstsangelegenheit Zweifel hegen, so hat er diese auf eine bescheidene Weise dem Acciseinspector vorzutragen und sich Belehrung über den Fall zu erbitten. Wer-

weigert der Acciseinspector, seine Zweifel zu heben, oder erscheint dem Steueraufseher die ihm gewordene Aufklärung ungenügend, so soll ihm zwar gestattet sein, bei dem K. Str. G. um Entscheidung nachzusuchen; doch darf in den desfallsigen Eingaben durchaus die Achtung und das Ansehen des Acciseinspectors bei strenger Ahndung nicht gefährdet werden.

Persönliche Beschwerden über die vorgesezten Acciseinspectoren dürfen zwar gleichfalls bei dem K. Str. G. angebracht werden; die Beschwerdeführer haben aber auch in solchen Fällen eine anständige und bescheidene Sprache zu führen, und sich lediglich an das Sachverhältniß zu halten, widrigenfalls dergleichen Beschwerden unbeachtet bleiben sollen.

Die Steueraufseher sollen überhaupt die den Acciseinspectoren, als Vorgesetzten, schuldige Achtung auf keine Weise verletzen, weder persönlich, noch durch Aeußerungen und dahin führende Bemerkungen gegen dritte Personen.

Die Steueraufseher haben mit den Gränzpaßbeamten und Acciseeinnehmern ein anständiges Einverständniß zu unterhalten, und auch dadurch sich zu bemühen, die Einheit in den Dienst zu bringen, mittelst welcher dieser erleichtert, und die Controle geschärft wird.

Keinem Steueraufseher steht zu, bei den Gränzpaßbeamten oder Acciseeinnehmern eigentliche Revisionen der Diensthührung vorzunehmen, oder dieselben wol gar in Dienstangelegenheiten zur Rechenschaft aufzufordern. Ihre Befugnisse zur Einsicht und Durchsicht der Register, welche ihnen damit ertheilt werden, haben bloß den Zweck, sie selbst von den, den Dienst betreffenden Vorfällen in Kenntniß zu setzen. Sollten jedoch dabei von den Steueraufsehern Unrichtigkeiten in den Registern und Abfertigungen, Dienstvernachlässigungen, unregelmäßige Abwesenheiten jener Officianten von ihren Posten, oder ähnliche, das Interesse des Dienstes gefährdende und den Instructionen zuwider laufende Ungebührrnisse entdeckt werden, so steht ihnen nicht nur die Befugniß zu, sondern es liegt ihnen die ausdrückliche Verpflichtung ob, darüber sofort dem Acciseinspector Anzeige zu machen. —

Mit den Steuerofficianten fremder Staaten ein entsprechendes Einverständniß zu unterhalten, soll den Steueraufsehern zwar unverwehrt sein, und ihnen auch nachgelassen werden, daraus den für den Dienst ersprießlichen Nutzen zu ziehen. Dagegen wird hiermit streng untersagt, dies Einverständniß auf die Verabredung zu gründen, über den Handelsverkehr der betreffenden Landesbewohner sich wechselseitige Nachrichten mitzutheilen, wie denn ein für allemal keinem Steueraufseher erlaubt sein soll, fremden Staatsdienern Nachrichten aus den hiesigen Registern zur Verfolgung etwaniger Contraventionen zu ertheilen.

Der Dienst der Steueraufseher soll sich nicht auf bestimmte Tageszeiten und Stunden beschränken; erforderlichen Falls sollen dieselben auch zu dessen Ausrichtung während der Nachtzeit verpflichtet sein. Sie sollen den ihnen angewiesenen Dienstbezirk nicht ohne vorher erhaltenen Urlaub verlassen, im Falle eine Beurlaubung wünschenswerth oder nöthig sein sollte, den desfallsigen Antrag zeitig bei dem Acciseinspector machen, übrigens aber auch, wenn sie durch Krankheit an der Ausrichtung ihres Dienstes sollten verhindert

werden, verpflichtet sein, solches sofort dem Acciseinspector anzuzeigen. Ueber ihre Dienstführung sollen die Steueraufseher ein Tagebuch nach dem anliegenden Schema A. halten, und solches monatlich dem Acciseinspector zur Durchsicht und Contrasignatur vorlegen, jährlich aber dasselbe abschließen und an den Acciseinspector abliefern. In diesem Dienstregister, welches auf Dienstleid zu führen ist, sind alle wichtigeren Vorfälle, welche den Dienst angehen, zu notiren.

Kein Steueraufseher darf sich mit Gelderhebungen, selbst die Fälle nicht ausgenommen, wo Steuer und Strafe im Wege der Güte von den Contravenienten erlegt wird, befassen. In solchen Fällen muß die Zahlung an den nächsten Kr. = oder Acciseeinnehmer, oder aber Gränzpaßbeamten oder Ortseinnehmer geschehen, und sind diese letztgenannten Personen zur forderksamsten Ablieferung der gezahlten Summen an die betreffende Accise- oder Kr. Cassé aufzufordern, die von ihnen ertheilten Quittungen aber mit der Anzeige über den Vorfall dem Acciseinspector einzureichen.

Keinem Steueraufseher soll erlaubt sein, für Dienstgeschäfte irgend einer Art ein Accidenz, Geschenk oder eine Entschädigung anzunehmen. Bei Steuercontraventionen soll ihnen zwar im Falle der Succumbenz des Angeklagten die Befugniß zustehen, eine Entschädigung wegen gehabter Reise-, Zehrungs- und Nachtlagerkosten in Anspruch zu nehmen, doch sollen diese Entschädigungen keine Belohnung für gehabte Bemühungen in sich begreifen.

Die Steueraufseher sind verpflichtet, ihre Stationsörter nach Maßgabe der von dem L. Str. C. dazu ertheilten Befehle zu wechseln; eine billige Mieth- und Umzugskosten-Entschädigung soll denselben in Fällen, wo die Versetzung nicht in Folge der Dienstführung der Steueraufseher geschieht, oder durch dieselben sonst selbst veranlaßt wird, bewilligt werden.

Die Steueraufseher dürfen sich nicht entlegen, Dienstbriefe von den Acciseinspectoren, den Gränzpaßämtern, auch Acciserecepturen zur Versorgung zu übernehmen, wenn der Bestimmungsort in der Richtung ihrer Dienstreise liegt, oder die weitere Beförderung von einem in dieser Richtung liegenden Orte möglich ist.

Ueberhaupt haben die Steueraufseher im Allgemeinen sich zu bestreben, das Beste des Dienstes auf jede mögliche Weise zu befördern. Sie müssen zu diesem Zwecke sich diejenigen Eigenschaften anzueignen suchen, welche das Publicum mit Achtung gegen den Dienst erfüllen, und wodurch jede gehässige Beurtheilung desselben entfernt wird. Sittliche Aufführung und moralischer Lebenswandel auch außer dem Dienste, anständige häusliche Einrichtung, reinliches Aeußere, besonnenes und leutseliges Betragen bei der Ausübung des Dienstes und die gewissenhafte Erfüllung der Amtspflichten durch eine genaue und uneigennützigte Befolgung der Gesetze und Instructionen, sind untrügliche Mittel, die Gewogenheit der Vorgesetzten und die Achtung des Publikums zu verdienen.

§. 2. Was die besonderen Dienstobliegenheiten der Steueraufseher anbelangt, so haben dieselben, behuf der Controlirung der Waarentransporte, Folgendes zu beobachten:

Haupt-

Hauptsächlich sind von den Steuerauffsehern diejenigen ins Land führenden Wege unter fortwährender Aufsicht zu halten, auf welchen sich keine Gränzpaßämter befinden, weil der Regel nach nur mittelst Benutzung dieser Schleichwege die Verbrauchsabgaben zu umgehen stehen. Dabei ist jedoch auch den öffentlichen, über die Gränzpaßämter führenden Straßen die nöthige Aufmerksamkeit nicht zu entziehen.

Begegnet der Steueraufseher einem Waarentransporte, so hat er denselben anzuhalten, dem Waarenführer sich zu erkennen zu geben und sich die Begleitscheine und Abfertigungen vorzeigen zu lassen. Findet er die Abfertigung bei einer oberflächlichen Vergleichung mit der Ladung conform, so läßt er den Transport ohne Weiterungen passieren. Ergiebt sich jedoch bei der Revision eine auffallende Differenz, oder befindet sich der Waarenführer auf einer ihm nicht vorgeschriebenen Route und wol gar auf Schleichwegen, so hat er den Transport bis zur nächsten Accisereceptur, dem nächsten Gränzpaßamte, oder aber bis zur nächsten Ortsbehörde zu begleiten, und daselbst die Differenz aufzuklären, oder der Contravention weiter nachzuforschen, zu dem Ende die Revision zu schärfen, den Umständen nach die Desfraude zu constatiren, bei der Gerichtsbehörde auf Beschlagnahme der Waaren und Transportmittel anzutragen, oder mit Hilfe der Ortsvorsteher eine vorläufige Beschlagnahme selbst vorzunehmen; über dieses Alles ein Protokoll aufzunehmen, und mittelst dessen Einsendung an den Acciseinspector, diesem sofort Anzeige über den Verfall zu machen, übrigens aber bei selbst vorgenommenen Versiegelungen und Beschlagnahmen das competente Gericht ohne Zeitverlust zu benachrichtigen.

Auf offener Heerstraße sollen keine specielle Waarenrevisionen vorgenommen werden, bei eingetretenerm Verdachte vielmehr jedesmal die Waaren zum nächsten Gränzpaß- oder Acciseorte, oder zur nächsten Ortsbehörde begleitet werden. Die Begleitung soll jederzeit in der Richtung geschehen, welche der Waarentransport angetreten hat.

Waarentransporte, welche mit Erlaubnißscheinen nach Schema B., oder aber mit Passirscheinen begleitet sind, sind nicht weniger einer vergleichenden Revision zu unterwerfen. Dabei ist auf die Gültigkeit der gedachten Erlaubnißscheine nach Zeit der Ausstellung zu sehen, auch sind dieselben nach Befunde der Richtigkeit einzureißen. Bei vor kommenden Unrichtigkeiten ist rücksichtlich dieser mit Erlaubnißscheinen begleiteten Waaren wie vorsteht zu verfahren.

Sind die Waarentransporte nach ihren Begleitscheinen zwar in Ordnung befunden, walten aber Verdachtsgründe ob, daß ungeachtet der auf dem Gränzpaßamte richtig geschehenen Declaration, heimliche Abladungen im Lande vorgenommen werden dürften: so sind solche, ohne daß es den Waarenführern bemerkbar wird, weiter zu verfolgen; es sollen dabei die Steueraufseher nöthigen Falls ihren Dienstbezirk überschreiten dürfen, sobald sie dadurch nicht zu weit von ihrem Wohnorte abgeführt werden; — sonst aber haben sie zur Fortsetzung der Verfolgung den nächsten Steueraufseher oder auch das Polizeimilitair aufzufordern. Diese Vorsichtsmaßregel ist besonders bei Transporten geistiger Ge-

tränke in Anwendung zu bringen, da die Erfahrung lehrt, daß damit vielfach heimliche Abladungen vorgenommen werden.

§. 3. Wenn inländischer Branntwein im Lande versandt, oder außer Landes exportirt werden soll, so ist solcher den bestehenden Vorschriften gemäß mittelst eines über das Spund- und Zapfloch gezogenen Bindfadens, und zwar, in sofern er für das Inland bestimmt ist, mit rothem Siegelacke, wenn er aber zur Versendung ins Ausland declarirt sein sollte, mit schwarzem Siegelacke ordnungsmäßig zu versiegeln. Da, wo Acciserecepturen vorhanden sind, ist dieses Geschäft zwar nicht ausschließlich den Steuerausssehern vorbehalten, vielmehr sind die Acciseeinnehmer ebenmäßig zu dessen Ausrichtung befugt und verpflichtet. In sofern des Geschäft der Versiegelung aber durch die Steueraussseher sollte ausgerichtet werden, haben dieselben sich vorher von dem Inhalte der Gefäße gehörige Ueberzeugung zu verschaffen, bevor sie zu der Versiegelung schreiten. Bei der Revision von Branntweinstransporten ist von den Steuerausssehern ein genaues Augenmerk darauf zu richten, daß die Siegel an den Gefäßen unverletzt sind, widrigenfalls der Transport anzuhalten und die muthmaßliche Defraude aufzuklären ist.

Ist der Branntwein zur Exportation bestimmt, und der Gränzpaß, über welchen die Exportation geschehen soll, hart an der Gränze und so gelegen, daß eine heimliche Wiedereinführung nicht leicht zu befürchten ist, so bedarf es einer Ausbegleitung der Transporte nicht. Wenn aber zwischen dem Gränzpaßamte und der Gränze annoch Ortschaften belegen, oder auf abführenden Wegen leicht zu erreichen, oder Befürchtungen vorhanden sind, welche eine heimliche Wiedereinführung oder eine Abladung in den ausgeschlossenen Ortschaften wahrscheinlich machen, so soll eine Ausbegleitung auf jeden Fall geschehen. Dieselbe ist sodann so lange fortzusetzen, bis jene Befürchtungen gehoben sind.

Wenn die Steueraussseher sich Mühe geben, den Verkehr der Landeseinwohner kennen zu lernen, was ihnen bei einiger Umsicht nicht schwer fallen wird, so werden sie, ohne sich zu täuschen, leicht die Fälle unterscheiden lernen, in welchen das allerhöchste Interesse eine besondere Vigilanz und Strenge erheischt.

Bei Colonial- und andern Waaren, die fast durchgängig mit einer verhältnißmäßig geringen Verbrauchsabgabe belegt sind, ist eine Ausbegleitung seltener erforderlich und nur in Fällen wirklichen Verdachts vorzunehmen.

§. 4. Aus vorstehenden Bestimmungen ergibt sich, daß die Steueraussseher mit den Gränzpaßämtern einen beständigen Verkehr zu unterhalten haben, um sich die zu einer sichern Controle nöthigen Nachrichten zu verschaffen, etwaige Verfolgungen vorzunehmen, Benachrichtigungen über eingegangene Güter weiter befördern zu helfen, den Gränzpaßbeamten bei Constatirung von Defrauden behilflich zu sein, und mit ihren Dienstverrichtungen zugleich eine zweckdienliche Communication unter den verschiedenen Beamten zu verbinden, verpflichtet sind. Die Steueraussseher haben bei ihrem Abgange auf Revisionsreisen Nachrichten darüber in ihren Wohnungen zurückzulassen, wo sie zu verschiedenen Zeiten des Tages ihrer Abwesenheit muthmaßlich anzutreffen sind, damit die Gränzpaßbe-

amten, im Falle sie der Hilfe der Steueraufseher sich zu bedienen veranlaßt werden sollten, dieselben aussuchen lassen können, und haben sich die Steueraufseher auf die an sie ergehenden Aufforderungen sofort auf den betreffenden Gränzpaß zu verfügen. Wird der Steueraufseher von einem Gränzpaßamte requirirt, um eine Contravenient zu constatiren, und ist er zu dem Ende auf dem betreffenden Gränzpaßamte angelangt, so ist es lediglich seine Sache, die weiteren diensam erscheinenden Maßregeln zu ergreifen. Zu dem Ende hat derselbe zuvörderst die von dem Gränzpaßbeamten über den Vorgang zu machenden Angaben zu prüfen, und den Thatbestand sodann festzustellen.

Die Frage: ob eine, den Gesetzen nach, strafbare Vernachlässigung der Form, den Umständen nach, zu übersehen sei, oder nicht? gehört nicht zur Beurtheilung des Steueraufsehers, welcher vielmehr sich an den reinen Thatbestand zu halten, darüber ein Protokoll aufzunehmen, und darin den Hergang in möglichster Kürze, mit größter Genauigkeit und der Wahrheit gemäß, zu beschreiben hat. Dies Protokoll muß vom Orte der Aufnahme datirt, in dasselbe der Name und Wohnort des Contravenienten aufgenommen, und von diesem und dem Gränzpaßbeamten mit unterschrieben werden. Verweigert der Contravenient die Unterschrift, so ist solches am Schlusse anzumerken. -

Ist der Contravenient eine im Lande nicht ansässige, oder als zahlungsfähig nicht bekannte Person, so ist demselben zur Abwendung der Beschlagnahme die Deposition der verwirkten Strafe mit einem Aufgebote von etwa 5 Rthlr. für die Kosten nachzulassen. Erfolgt diese Deposition, so muß die deponirte Summe nebst einer Abschrift des Protokolls sofort an das betreffende competente Gericht, Distr. Ger. oder Kr. Amt, abgeliefert werden, wobei der nöthige Klageantrag vorzubehalten ist. Wird dagegen eine Beschlagnahme nöthig, so ist das betreffende Gericht davon ohne Aufenthalt in Kenntniß zu setzen. Ist hingegen der Sitz des Gerichts nicht entfernt, so ist nach Feststellung des Thatbestandes der Contravenient vor das Gericht zu führen, und diesem die weitere Maßnahme zu überlassen. Wird aber eine freiwillige Zahlung der defraudirten Verbrauchsgesälle und der Strafe von dem Contravenienten offerirt, so ist solche anzunehmen, die Verrechnung der Gesälle durch die betreffende Accisereceptur zu veranlassen, und die Strafe an die Kr. Casse abzuliefern, in allen Fällen aber der Acciseinspector bei Einlieferung des aufgenommenen Originalprotokolls zur weitem Verfügung zu benachrichtigen.

§. 5. Wenn der Eingang von accisepflichtigen Waaren bei den Acciserecepturen angemeldet wird, sei es zur Besteuerung, oder aber im Falle sie mit Passirscheinen begleitet und anderswo bereits versteuert sein sollten, behuf der vor der Abladung vorgeschriebenen Revision, so haben die Steueraufseher diese Revisionen möglichst bald vorzunehmen. Es soll zwar, um das Revisionsgeschäft im Allgemeinen zu vereinfachen und den Verkehr zu erleichtern, auch den Acciseinnehmern die Verpflichtung auferlegt werden, in Abwesenheit der Steueraufseher diese Revisionen vorzunehmen; doch soll das fragliche Geschäft hauptsächlich den Steueraufsehern obliegen. Die Revision geschieht mittelst einer genauen Vergleichung der die Waare begleitenden Declarations- und Passirscheine, auch allenfalls

mitteltst Anbrechens der Gefäße. Nach vollendeter Revision wird die Richtigkeit unter dem Begleitscheine attestirt und behuf der Steuerberechnung an die Accisereceptur abgegeben, oder bei entdeckten Contraventionen auf die im §. 4. vorgeschriebene Weise verfahren. Bei bekannten sichern Einländern bedarf es in solchen Fällen keiner Beschlagnahme; doch sind die Defraudationen genügend aufzuklären, um alle etwanigen Einreden der Contraventionen im Voraus abzuschneiden.

Rücksichtlich der Krüger, Krämer und sonstigen Gewerbetreibenden auf dem Lande enthält der §. 31. der Verordn. vom 10. März 1828 bestimmte Vorschrift. Die Steueraufseher haben bei dieser Art von Gewerbetreibenden die angeordneten und in der bisherigen Art beizubehaltenden Consumtionsbücher selbst zu führen, indem sie darin den Ab- und Zugang der steuerpflichtigen Gegenstände notiren und auf das Ergebniß die Revision gründen.

Die Revisionen bei den Krügern, Krämern, und solchen Gewerbetreibenden auf dem Lande, welche zu Haltung der Consumtionsbücher verpflichtet sind, sollen unablässig wöchentlich einmal geschehen, die Ab- und Zugänge notirt, und die gemachten Abschlüsse, auch daß die Bestände richtig befunden, von den Steueraufsehern in den Büchern attestirt werden. Bei anderen Landeseinwohnern sollen Hausfuchungen in der Regel nicht gestattet sein. Tritt gegen den einen oder andern Landeseingewohnten der dringende Verdacht einer Defraudation ein, so ist dem Acciseinspector darüber Anzeige zu machen. Findet dieser den Umständen nach es angemessen, eine Hausfuchung vornehmen zu lassen, so hat er dazu das betreffende Gericht mit Auseinandersetzung der Verdachtsgründe zu requiriren und dasselbe zu ersuchen, dem mit der Hausfuchung zu beauftragenden Officianten einen Gerichtsbedienten zur Begleitung mitzugeben. Nur in einer solchen Begleitung sollen also den Steueraufsehern Hausfuchungen bei Privatpersonen, welche nicht Gewerbetreibende sind, zustehen. Alle vorzunehmenden Revisionen und Hausfuchungen sollen bei Tage geschehen, d. h. in der Zeit von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang, selbst wenn von den Steuerpflichtigen die Revision zu einer andern Tageszeit verlangt werden sollte.

§. 6. Die Steueraufseher haben auf ihren Revisionstouren von den Ortsvorstehern die, in Ermangelung von Acciserecepturen, bei denselben etwa abgegebenen Passirscheine abzufordern und an den Acciseinspector abzuliefern; die in Folge der eingelaufenen Passirscheine anzustellenden Revisionen sind sodann ohne Zeitverlust vorzunehmen.

Sollte auf den in einer Ortschaft verlaublichen Wunsch, accisbare Waaren aus dem Auslande direct auf Nebenwegen, und also nicht über einen Gränzpaß beziehen zu dürfen, die dortige Accisereceptur oder Ortsbehörde mit Formularen zu den zu dem Ende vorgeschriebenen Erlaubnißscheinen (Schema B. zu dieser Instruction) versehen sein, so haben die Steueraufseher über den Verbrauch dieser Scheine in dem Falle eine Controle zu führen, daß die Ortsbehörde damit versehen sein sollte. Es ist über den überlieferten Formularvorrath ein Register nach dem Schema C. anzulegen, worin die in blanco zu übergebenden Formulare unter laufender Nummer einzutragen sind. Diese Nummern wer-

den auch auf den Formularen vor deren Ablieferung an die Ortsbehörde ausgedrückt, und ist diese zu instruiren, daß die Ausstellung lediglich nach der Nummernfolge zu bewerkstelligen, der Name des Empfängers des Scheins im Register zu notiren, und demnächst darin anzumerken ist, wo die Besteuerung der eingebrachten Waaren bewerkstelligt worden. Die Angaben im Register dienen sodann zur Controlé, und die Nachsicht der Formulare, welche noch unverbraucht vorrätzig sein müssen, kann ohne Mühe geschehen.

§. 7. Außer den regelmäßigen Revisionen der Gewerbetreibenden, haben die Steueraufsieher noch insbesondere die Aufsicht rüchichtlich der Steuern auf den in ihrem Dienstbezirke etwa vorkommenden Jahrmärkten zu führen. Zu dem Ende müssen sie während der Dauer des Jahrmarkts an Ort und Stelle sich aufhalten und darauf achten, daß die aus dem Auslande etwa zum Verkauf gebrachten Handelsartikel, rüchichtlich der Verbrauchsabgaben, gehörig versteuert sind. Gleichfalls sind die Steueraufsieher gehalten, darauf zu achten, daß die zu den Märkten kommenden Verkäufer und sonstige Gewerbetreibende mit den gesetzlich vorgeschriebenen Gewerbe- oder Interimsscheinen sich versehen.

Im Allgemeinen haben aber auch die Steueraufsieher ihr Augenmerk darauf zu richten, daß die Gewerbetreibenden der Erlegung der auf ihre Nahrung und ihre Gewerbe, nach Maßgabe der Gewerbesteuer-Verordn. vom 29. Octbr. 1821, oder der Verordn. vom 7. Febr. 1822, die Contribution von der Nahrung und den Handwerken betref., bestimmten Steuern sich nicht entziehen.

In vorkommenden Contraventionsfällen ist den Acciseinspectoren sofort Anzeige, bezu- huf des an das L. Str. G. darüber zu erstattenden Berichts, zu machen, bei entdeckten Gewerbesteuer-Defraudationen, allenfalls nach vorgängiger Sicherung der Steuer und Strafe, ein Protokoll aufzunehmen und solches an den Acciseinspecteur mit einzusenden. Die deponirten Gelder sind jedoch stets entweder sofort an das competente Gericht, oder an die Ortsbehörde abzuliefern. Geschehen Einzahlungen im Wege der Güte, so ist nach Maßgabe der im §. 1. enthaltenen Bestimmungen zu verfahren. Auf etwaige Umgehungen des Stempelsteuergesetzes vom 29. Octbr. 1821 haben die Steueraufsieher nicht minder zu achten, und dabei insbesondere darauf zu sehen, daß mit ungestempelten Karten in den Wirthshäusern, Krügen und Schenken nicht gespielt werde. Bei Privatpersonen sollen jedoch keine desfallige Nachforschungen angestellt werden.

Endlich liegt es den Steueraufsiehern ob, die gehörige Entrichtung des Chauffeegeldes, so viel die Umstände es nur immer gestatten, zu beachten. Es sollen nun zwar die auf öffentlichen Heerstraßen in Kutschen oder zu Pferde Reisenden zu dem Ende nicht angehalten und zur Legitimation aufgefordert werden; doch sind die Frachtfuhrwerke bei den, rüchichtlich der Waarendeclarationen anzustellenden Revisionen, auch wegen der Bezahlung der Chauffeegelder zur Legitimation aufzufordern, wobei auf die geschehene Erfüllung der Chauffeegeldpflichtigkeit von Seiten des Führers nicht allein, sondern auch darauf zu sehen ist, ob die richtigen Tariffsätze von den Erhebern in Anwendung gebracht und

richtige Zettel ertheilt sind. Auch bei verpachteten Chauffeegeld-Recepturen ist diese Maßregel in Anwendung zu bringen, damit die Pächter nicht etwa ungeahndet höhere Tarifsätze von den Reisenden erheben, als verordnungsmäßig feststehen.

§. 8. So viel die Mahlaccise in den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel anlangt, so wird solche hauptsächlich zwar durch die zu dem Behuf angestellten Mühlen-schreiber und sonst getroffenen entsprechenden Einrichtungen gesichert. Inzwischen haben die Steueraufseher bei den in den Brauereien und Brennereien regelmäßig anzustellenden, und im Nachstehenden weiter zu bestimmenden Revisionen auch mit darauf zu achten, daß keine Mahlsteuer-Defraudationen begangen werden.

Da auch wegen der Schlachtaccise in den gedachten Städten durch den §. 33. der Verordn. vom 10. März d. J. ausführliche Bestimmung erfolgt ist, so bedarf es darüber weiterer specieller Instructionen nicht; den Steueraufsehern liegen jedoch die Nachtragungen des Zu- und Abgangs an den Viehbeständen der Einwohner und die desfalligen Revisionen ob, welche den Umständen nach, und zwar bei den bedeutenderen Gewerbetreibenden wöchentlich, bei den unbedeutenderen aber monatlich vorzunehmen sind. Bei entdeckten Defraudationen der Schlacht- und Mahlsteuer geschieht die Anzeige bei der betreffenden Pacht-hofsbehörde, welche für die angezeigten Fälle besondere Verfügungen erläßt.

§. 9. Was die Controle der Bieraccise betrifft, so wird dieserhalb folgendes bestimmt: Sobald der Steueraufseher von den über das Brauen bei den Acciserecepturen zu machenden schriftlichen Declaration in Kenntniß gesetzt wird, hat er seine Einrichtung zu treffen, um zur bestimmten Stunde in der betreffenden Brauerei sich einfinden zu können. Zu dem Ende soll der Steueraufseher durch den Acciseeinnnehmer von den gemachten Declarationen sofort benachrichtigt werden; sollte er abwesend sein und daher zur Kenntniß der Declaration frühzeitig nicht gelangen können, oder ist die regelmäßige Gegenwart der Steueraufseher beim Einmischen in den Brauereien, der Ausgedehnthet ihres Dienstbezirks wegen, und weil eine Benachrichtigung durch besondere Boten nur Kosten veranlassen würde, unthunlich, so soll der Acciseeinnnehmer ihn vertreten, und zu dem Behuf in der Instruction für die Acciseeinnnehmer das Nöthige vorgeschrieben werden; in den Landstädten, wo die Acciserecepturen einen bedeutendern Geschäftsumfang haben, und in der Regel Steueraufseher wohnhaft sind, soll aber diese Vertretung durch den Acciseeinnnehmer nur ausnahmsweise und in den Fällen geschehen, wo die Steueraufseher durch außergewöhnliche Vorfälle im Dienste daran behindert sind. Da indessen die Brauereien regelmäßig betrieben zu werden pflegen, so wird der dienstbeflissene Steueraufseher schon ungefähr im Voraus wissen, an welchen Tagen in den verschiedenen Brauereien seines Dienstbezirks gebrauet wird, und es ihm ohne sonstige Nachtheile für den Dienst leicht werden, seine Revisionstouren dergestalt vorzunehmen, daß bei seiner längern oder kürzern Anwesenheit in den Brauereien andere eben so nöthige und wichtige Geschäfte nicht hintenangeseht werden. Es soll rücksichtlich der Zeit des Eintreffens des Steueraufsehers auf den Unterschied einer halben Stunde früher oder später, nicht ankommen. Sobald der Steuer-

auffseher in der Brauerei eintrifft, hat derselbe die Declaration, welche angeheftet sein muß, zur Hand zu nehmen, um sich von deren Richtigkeit zu überzeugen. Sodann läßt er zum Abwägen des bestimmten Malzes schreiten. Sind die Säcke plombirt, wie solches rücksichtlich der Brauereien in den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel vorgeschrieben ist, so sind die Plomben nach vorgängiger Revision abzunehmen.

Die Ausmittlung des Gewichts muß mit gestempelten Gewichtstücken geschehen. Hat der Steuerauffseher Gründe, an der Richtigkeit der Gewichtstücke zu zweifeln, so ist zwar das Wägen für das Mal vorzunehmen, unmittelbar darauf aber sind die Gewichte auf der nächsten Factorei oder auf eine sonstige glaubhafte Art zu vergleichen. Dabei ist auf die Richtigkeit der Waagen selbst nicht weniger zu achten. Für jetzt ist auch das Wägen mit dem Uenzel zuzulassen, jedoch ist darauf zu halten, daß das Uenzelgewicht zum mindesten von der Größe ist, daß 3 Centner auf einmal gewogen werden können. Das ausgemittelte Gewicht wird sodann unter der Declaration notirt, und diese hiernächst dem Acciseeinnehmer behuf der Steuerberechnung und Einziehung zugestellt. Das gewogene Malz muß nun sofort im Beisein des Steuerauffsehers eingebrannt werden. Läßt der Dienst des Steuerauffsehers es zu, daß er sich noch länger in der Brauerei verweilet, so muß er daselbst bis zu dem Zeitpunkte sich aufhalten, wo die Würze aus den Träbern gezogen und zum Klarfochen auf die Pfanne gefüllt worden, weil eine Nachmischung sodann, wenn nicht unmöglich, doch sehr schwierig und leicht zu entdecken ist. Gestatten ihm anderweite Dienstgeschäfte diesen längern Aufenthalt in der Brauerei aber nicht, so hat er den Acciseeinnehmer davon in Kenntniß zu setzen, und sich durch diesen, welcher dazu in seiner Instruction angewiesen ist, vertreten zu lassen.

In den Brauereien zu Braunschweig und Wolfenbüttel sollen die Steuerauffseher allemal so lange in den Brauereien sich aufhalten, bis der Gährungsproceß des Malzsguts beginnt.

Es soll den Brauern daselbst zwar bis auf Weiteres nachgelassen sein, das Malz zum nächsten Gebrauche gleichfalls vorrätig zu halten. Weil ein heimliches Einmischen durch die rücksichtlich des Malzes angeordnete Controle erschwert wird, so wird schon in dieser Hinsicht es in der Regel nicht nöthig sein, daß der Steuerauffseher der ganzen Brauprocedur bis zum Abklären der Würze beivohnt. Jedoch ist hier die Aufsicht auf die Malzvorätze zu schärfen, auch haben die Steuerauffseher aus den Mühlenregistern Nachrichten über das Schroten des Malzes zu entnehmen, den Verbrauch damit zu vergleichen, und somit zu ermitteln, ob ein heimlicher Verbrauch von Malz etwa wahrscheinlich wird, in solchen Fällen ihre Aufmerksamkeit aber zu verdoppeln, die Revisionen, und zwar zu verschiedenen Zeiten und unerwartet, zu vervielfachen, und auf diese Weise die Con-
traventionen nicht allein zu verhüten, sondern, wenn sie begangen sein sollten, auch zu entdecken zu suchen. Die Steuerauffseher müssen daher bemüht sein, sich eine genaue Kenntniß des Locals der Brauereien zu verschaffen. Selbst in den Fällen, wo den Acciseeinnehmern, den Umständen nach, rücksichtlich der Brauereien auf dem Lande es zu

Theil werden sollte, dem Abwägen des Malzes und der Brauprocedur beizuwohnen, haben die Steueraufseher unvermuthet in den Brauereien sich einzufinden, um sich zu überzeugen, daß den Vorschriften gemäß verfahren wird.

Die Versiegelung der Apparate bei einstweilen ruhendem Betriebe liegt den Steueraufsehern ob. Solche geschieht am Besten mittelst Aufsiegelns eines Zettels in den Bottichen, oder auch Anlegung eines Siegels an die Pfanne, welches beim Gebrauche derselben abschmelzen würde.

§. 10. Die Brennereien betrff., so liegt rücksichtlich der von der Branntweinsfabrication nach Maßgabe der Verordn. vom 12. Aug. 1824 und 24. April 1826 zu entrichtenden Maischsteuer den Acciseaufsehern gleichfalls die Controle ob.

Die Brennereien sind daher von den Steueraufsehern so oft als thunlich zu revisiren; es ist dabei darauf zu sehen, daß die in Benutzung befindlichen Bottiche in der declarirten Maße abgetrieben werden, daß die vorgeschriebenen Förmlichkeiten gehörig befolgt und keine Abänderungen der Apparate vorgenommen werden, ohne daß davon zuvor Anzeige geschehen ist. Die Revisionen dürfen nicht regelmäßig, und nicht jedesmal an demselben Tage und zu derselben Tageszeit geschehen; sie müssen unvermuthet Statt finden, damit die Brenner stets in der Erwartung einer plötzlich eintretenden Revision sind. Die Steueraufseher haben bei ihrer Anwesenheit im Brennhaufe genau auf den Gang des Betriebes zu achten, um davon auf das rechtliche oder fraudulöse Verbrechen des Brenners schließen zu können. Sie haben sich von dem Locale genaue Kenntniß zu verschaffen, um auch dadurch zu der Ueberzeugung zu gelangen, daß nicht etwa eine heimliche Fabrication der Maische Statt findet. Bei allen auf Unrichtigkeiten deutenden Vorfällen ist die Aufmerksamkeit zu verdoppeln, um dadurch den Contraventionen vorzubeugen. — Entdeckte Defrauden sind mit Strenge zu verfolgen und zu constatiren, und ist dem Acciseinspector davon Nachricht zu geben.

Da den Acciseeinnehmern auf dem Lande zur Pflicht gemacht werden wird, den Revisionen der Brennereien sich gleichfalls zu unterziehen und über den Befund des Betriebes Notizen zu machen, welche den Steueraufsehern demnächst zum Leitfaden dienen, so haben die Steueraufseher diese Notizen bei ihren Revisionen zu benutzen und die Controle dadurch zu schärfen.

Versiegelungen der im Gebrauche nicht befindlichen Apparate geschehen durch die Steueraufseher, wie solches wegen der Brauapparate im vorstehenden Paragraph vorgeschrieben ist. Angezeigte Veränderungen an den Apparaten sind ohne Weiteres an den Acciseinspector zu melden.

§. 11. Ueberhaupt haben sich die Steueraufseher von dem Umfange des Verkehrs der Brenner und Brauer, und von dem Handel der Erstern ins Ausland insbesondere, eine Uebersicht zu verschaffen, was ihnen bei einer umsichtigen Verfahrungsweise nicht schwer werden wird. Dies wird dazu führen, beurtheilen zu können, ob der Vertrieb der Producte mit den versteuerten Materialien im Verhältnisse steht, und sie überzeugen, ob

ob der Pflichtige weniger streng zu controliren, oder bei Einzelnen die Controle zu schärfen ist. Hauptsächlich in Bezug auf die Bonificationen der Steuer von dem ins Ausland verkauften Branntwein werden diese Forschungen der Steueraufscher von großem Nutzen sein.

§. 12. Die Kreis = Steueraufscher haben keine andere Functionen, als die Steueraufscher selbst. Die vorstehende Instruction findet daher auch auf die Kreis = Steueraufscher ihre volle Anwendung. Wenn aber die Kreis = Steueraufscher außerhalb der ihnen angewiesenen Dienstkreise von dem vorgesetzten Acciseinspector mit besonderen Aufträgen versehen werden, so haben die Steueraufscher dieselben in diesen besonderen Fällen als Vorgesetzte zu betrachten, und ihnen mit allen Mitteln zur Hand zu gehen, welche zur Ausführung des denselben gewordenen Auftrages nöthig und zweckdienlich sind.

Steuern, Rescripte.

A. m. e. d. ୧୫

Datum.	Revisions- Jour.	B e z e i c h n u n g b e r vorgenommenen Revisionen.	Bemerkungen.
1828.			
October 1.	<p>Dem Oationsorte Futter am Barenberge nach Be- senheim, Stadelum, Bo- rum, St. Stadelum, über Stadelum zurück.</p>	<p>In Barenheim die Futteranlei revidirt und in Rechnung bestanden. = Stadelum beim Sollante Gerüstungen eingegeben. = St. Stadelum die Futterwirtschaft revidirt und die Stab- register nachgesehen. = Stadelum die Futterwirtschaft revidirt.</p>	<p>Auf der Jour von Stadelum nach Futter von Stadelum Stadelum aus Stadelum ohne Sollab- fertigung betreffen, und be- hält benannt, nach Stab- gale meines Protokolls vom 1. d. St.</p>

S c h e m a B.

N^o im Register.

Der aus
 hat hierdurch die Erlaubniß erhalten, auf dem Nebenwege über
 nachfolgende Waaren, als:

auf { Wagen mit Pferden } einzubringen.
 dem Rücken
 am

18
 N. N.

Gültig auf 24 Stunden.

Steuern, Rescripte.

S c h e m a C.

R e g i s t e r

über die der Ortsbehörde zu

ausgehändigten Formulare zu

Erlaubnißscheinen behuf Einbringung accisepflichtiger Waaren auf Nebenwegen.

N ^o des Erlaub- niß- Schei- nes.	Datum der Ausstellung.	Namen des Waaren-Einbrin- gers.	Bezeichnung der Waaren.	Die Verrechnung ist geschehen bei der R e c e p t u r zu
1.	October 5.	Pastor Samenkopf. .	1 Anker Wein	Seesen.
2.	= 8.	Förster Kahle	1 dito	nicht declarirt und deshalb denunciirt.
3.	zc.	zc.	zc.	zc.

Resc. I. Str. E. v. 26. September 1828.

Da allerhöchster Bestimmung zufolge die im vorigen Jahre zum Zehntschafe herangezogenen Zehnten der Stifter und Klöster von dieser Abgabe befreit bleiben sollen, und deshalb die pro 1827 berechneten Steuerbeträge dato niedergeschlagen, auch die Kr. Einknehmer angewiesen sind, die darauf bereits eingezahlten Beträge gegen Quittung zurück zu zahlen: so wird solches hiermit eröffnet, um die betreffenden Ortsvorsteher davon in Kenntniß zu setzen.

Resc. I. Str. E. v. 13. November 1828.

Die Duplicatquittungen, welche nach der, den Kr. Einnehmern unterm 25. Juli d. J. ertheilten Instruction den Kr. Aemtern von den Erhebern und Einzählern zu der demnächstigen Weiterbeförderung an das I. Str. E. abgegeben werden müssen, haben zugleich den Zweck, den obrigkeitlichen Behörden, welche ordnungsmäßig zu dem richtigen Eingange der Steuern mitzuwirken haben, von Monat zu Monat eine Uebersicht von dem Fortgange der Steuererhebung zu geben. Demnach ist es nöthig, daß die obrigkeitlichen Behörden sich auch von dem Inhalte der Duplicatquittungen jederzeit unterrichten, um dem Dienste der Erheber nachzuhelfen, sobald sie es für erforderlich erachten.

Zum Beweise, daß von den Duplicatquittungen in dieser Hinsicht Gebrauch gemacht sei, sind solche mit der Unterschrift des Justizamtmanns zu versehen.

Da es den Anschein hat, daß die Duplicatquittungen in einigen Fällen nicht von den Erhebern oder Einzählern, sondern von den Kr. Einnehmern unmittelbar an die obrigkeitlichen Behörden abgegeben sind, hierdurch aber der hauptsächlichste Zweck der Duplicatquittungen, eine durchgreifende Controle gegen die Kr. Einknehmer, verfehlt wird; so ist das für Sorge zu tragen, daß die Abgabe an die h. Kr. Aemter nur durch die Erheber oder sonstigen Einzahler geschehe.

Resc. I. Str. E. v. 11. Juni 1829.

Da mittelst Resc. des h. St. M. vom 11. April d. J. bestimmt worden, daß die bisher unter dem Namen Jouragegeld erhobene Abgabe nach dem Fuße der Contribution zu $2\frac{1}{2}$ simpla contributionis jährlich auf sämtliche Landgemeinen, Schriftsassen, Güter und Landstädte des wolfsbüttelschen Theils der hiesigen Lande neu repartirt und erhoben werde, und durch ein gleiches Resc. von demselben Tage auch genehmigt ist, daß das Jourage- und Proviantgeld mit der Contribution vereinigt und diese drei Steuern künftig unter der Benennung „Contribution“ zu $55\frac{1}{4}$ simpla contributionis jährlich ausgeschrieben werden, so wird solches und daß diese Veränderung in der Steuererhebung mit dem 1. Juli d. J. eintreten soll, hiermit eröffnet, und sind die Vorsteher davon in Kenntniß zu setzen.

(Vergl. Bekanntm. des I. Str. E. v. 11. Juni 1829. Br. Anz. 1829. Nr. 47.)

Resc. h. R. E. v. 21. September 1829.

Da hin und wieder Zweifel über den Umfang der, den in den hiesigen Landen

Steuern, Rescripte.

wohnhaften Musikanten zustehenden Gewerbebefugnisse entstanden sind, so ist zu deren Be-
seitigung folgendes bestimmt worden:

1) Die mit hiesigen Gewerbescheinen oder Concessionen versehenen Musikanten dürfen unter Berücksichtigung der im §. 29. der Verordn. vom 29. October wegen der um-
herziehenden Musikanten enthaltenen Bestimmungen, ihr Gewerbe in dem ganzen Umfange
des Herzogthums, jetzt mit alleiniger Ausnahme der Stadt Woffenbüttel, ungehindert aus-
üben, und sind also weder auf ihren Wohnort, noch auf den Bezirk ihres Amts beschränkt.

2) Als Gehilfen der mit Gewerbescheinen oder Concessionen versehenen Musikanten
können nur solche Subjecte angesehen werden, welche in Folge eines Lehr- oder Gesellen-
vertrages im Lohne und Brode der zum selbstständigen Gewerbebetriebe berechtigten Mu-
sikanten stehen.

Solchen zum Gewerbebetriebe in den hiesigen Landen berechtigten Musikanten steht
es zwar frei, sich gegenseitig mit eigenem Beistande oder den in ihrem Dienste stehenden
Lehrlingen oder Gesellen auszuhefen; es hat aber kein Musikant die Befugniß, andere
als die in seinem Dienste stehenden Lehrlinge und Gesellen für seine Gehilfen auszugeben
und bei der Ausübung des Musikanten-Gewerbes zu gebrauchen, so wie auch noch weni-
ger die Zuziehung von Subjecten, welche im Auslande wohnen, zu diesem Gewerbebe-
triebe zulässig ist, indem sonst ein hiesiger Musikant im Stande sein würde, in allen Thei-
len des Landes zugleich musikalische Aufwartungen zu machen.

Resc. h. R. E. v. 6. October 1829.

wegen der Abgaben der Frachtfuhrleute, s. Art. Gewerbe und Gilden.

Resc. l. Str. E. v. 19. October 1829.

Um die Schwierigkeiten zu beseitigen, welche für die Ortsvorsteher u. in der Berech-
nung der Contribution zu $55\frac{1}{2}$ simplis liegen, und um die Steuerpflichtigen für Nach-
theile zu sichern, ist eine Tabelle zur Berechnung der $55\frac{1}{2}$ simpla angefertigt und ge-
druckt, woraus der Betrag der simplorum von $\frac{1}{16}$ Pf. bis 60 Thlr. zu ersehen ist.
Es werden Exemplare mitgetheilt.

Resc. h. R. E. v. 21. October 1829.

Wegen der Befugniß der Unterthanen im Weser-Districte mit den aus eigenthüm-
lichen Grundstücken gewonnenen Steinen Handel zu treiben, ist durch ein Ministerial-Resc.
vom 12. d. M. folgendes bestimmt:

Dem unbeschränkten Eigenthümer kann das Recht, die in seinem Grundstücke be-
findlichen Steine brechen zu lassen und zum eigenen Bedarf zu gebrauchen, nicht streitig
gemacht werden. Sobald derselbe aber aus dem Steinbrechen ein Gewerbe macht, und
seine gewonnenen Steine zu einem Handelsartikel bestimmt, ist er allen denjenigen Bestim-
mungen und Beschränkungen unterworfen, welche die Gewerbesteuer-Gesetze hinsichtlich der
Betreibung eines Gewerbes vorschreiben, indem durch die landesherrl. Verordn. vom 29.
October 1821, die Gewerbesteuer betr., im §. 25. zwar der Handel mit selbstproducir-
tem Getreide und andern Feldfrüchten ausdrücklich ohne Gewerbeschein gestattet wird, eine

Ausdehnung dieser speciellen Ausnahme auf andere, ganz verschiedenartige Gegenstände aber nicht gerechtfertigt werden kann, mithin die §§. 9. 10. und 11. der gedachten Verordn. in Anwendung kommen müssen.

Die Erfahrung in der Wesergegend lehrt, daß diejenigen Personen, welche in ihren Privatgrundstücken Steinbrüche eröffnen, sich einen zu großen Gewinn davon versprechen, indem sie immer nur den augenblicklichen Verdienst, nicht aber die Kosten berücksichtigen, welche nachher aufgewendet werden müssen, um den Boden wieder in brauchbaren Stand zu setzen, in dieser Verblendung sich an eine unordentliche und ausschweifende Lebensart gewöhnen, zugleich das Steinbrechen für eine außerordentliche anstrengende Arbeit halten, aus diesem und dem vorhergehenden Grunde sich insbesondere dem übermäßigen Genuße des Branntweins hingeben, und auf solche Weise sich und ihre Familie zu Grunde richten.

Bevor daher auf die Ertheilung eines Gewerbescheins von Seiten des Amts angetragen werden soll, hat solches in vorstehender Rücksicht genau zu prüfen:

1) ob der Competent nach seinen persönlichen Eigenschaften zum Steinhandel qualificirt sei, sodann kommt es ferner darauf an;

2) ob derselbe das zur Einrichtung des Betriebes erforderliche Vermögen besitzt, da er Vorschüsse zu leisten, Abräumungskosten und andere Auslagen zu bestreiten haben wird, auf deren Wiedererstattung er erst in der Folge rechnen kann;

3) ob der Steinhandel mit der Ackerwirthschaft, als der Hauptbestimmung der Landleute, verträglich ist;

4) ob die zu Steinbrüchen zu benutzenden Grundstücke der h. K. oder den Klostergütern, meier-, erbenzins-, zehnt- oder weidepflichtig und entweder zum Ackerbau oder zu Wiesen, Gärten und Hude-Kämpen eingegeben sind; endlich

5) ob Gewerbetreibende gleicher Art schon in hinreichender Anzahl vorhanden sind, so daß die Zulassung von noch mehreren solcher Gewerbe bedenklich sein könnte, zumal der hieraus hervorgehende Nachtheil hauptsächlich die auf diesen Nahrungsweig angewiesenen Steinbrecher trifft, wogegen die neuen Handelscompetenten sich vom Ackerbau nähren können und müssen.

Resc. I. Str. E. v. 4. December 1829,

wegen der Nahrungscontribution der Viehhändler, s. Art. Gewerbe und Gilden E. 123.

Resc. I. Str. E. v. 1. Juni 1830.

Da nach dem §. 25. der Verordn. v. 29. Octbr. 1821 die Gewerbesteuer betr. diejenigen, von welchen Früchte, Gemüse, Butter, Eier, Käse und andere dergleichen Producte der Land- und Gartenwirthschaft feil geboten werden, mit Ausnahme derjenigen, welche aufgekaufte Producte dieser Art in Läden, Buden und geschlossenen Ständen fortwährend zum Verkaufe auslegen, von der Gewerbesteuer frei sind, mithin eine Gewerbesteuerdefraudation (Herumsenden von Butter und Käse in die Häuser zum Verkaufe) nicht vorhanden ist; die Frage aber: ob das ohne Gewerbeschein der gedachten Gegenstände auch

im Hausiren erlaubt sei, ein Gegenstand der Polizei ist, so kann die Abolitionssumme nicht angenommen werden und muß die Entscheidung wegen des Hausirens der competenten Behörde überlassen bleiben.

Resc. h. R. v. 17. Juni 1830.

Von der königl. preuß. Regierung zu Minden ist durch das dortige Amtsblatt vom 21. Mai d. J. unterm 8. ejusd. bekannt gemacht, daß nach einer Cabinetsordre Sr. Maj. des Königs von Preußen vom 6. Octbr. v. J. die den Inländern zustehende Befugniß, auch ohne Gewerbeschein selbst gewonnene Producte und selbst verfertigte Waaren, in sofern solche von Jedermann auf Wochenmärkten feil gehalten werden dürfen, in der Umgegend ihres Wohnorts zum Verkaufe umherzutragen und zu schicken, auch auf Ausländer ausgedehnt werde.

Demgemäß ist den Bewohnern des h. Kreises Holzminden, in soweit die königl. preuß. landrätlichen Behörden, bei welchen die desfallige Erlaubniß nachzusehen ist, es dem örtlichen Bedürfniß entsprechend finden, gestattet, in den angränzenden königl. preuß. Staaten auch außer den Wochenmärkten mit solchen selbst gewonnenen Producten und selbst verfertigten Waaren, die Wochenmarktartikel sind, als z. B. frische Lebensmittel aller Art, und andre Producte des Bodens, der Land- und Forstwirtschaft, der Jagd, der Fischerei, trockene Mühlenfabricate, zum Genuße, frisches und gedörrtes Obst, Gemüse aller Art, gesalzenes, gedörrtes und geräuchertes Fleisch, handelsreibend, jedoch keineswegs in einer größern Entfernung als 2 bis 3 Meilen von der Gränze, ohne Gewerbeschein umherzuziehen. Wollen Ausländer ihren Verkehr weiter ausdehnen, so ist erforderlich, daß sie Gewerbescheine lösen.

Um von dieser Vergünstigung Gebrauch machen zu können, haben die dieseitigen Unterthanen sich jedoch vorher mit einem Erlaubnißscheine der königl. preuß. landrätlichen Behörde zu versehen, und zu dem Ende ein Zeugniß ihrer Obrigkeit beizubringen, daß

1) die von ihnen feil zu bietenden Producte oder Waaren wirklich von ihnen, selbst gewonnen oder verfertigt sind, und daß

2) auch nach ihrer Persönlichkeit kein Bedenken obwalte, ihnen das Umhertragen dieser Producte oder Waaren zum Verkaufe zu gestatten.

Die Gewerbetreibenden, denen dergleichen Erlaubnißscheine unentgeltlich ertheilt werden, haben selbige beständig bei sich zu führen und auf Verlangen jedem Polizeibeamten vorzuzeigen.

Da h. R. nun für angemessen hält, daß den Bewohnern des Kreises Holzminden von der ihnen hiernach zustehenden Befugniß Kenntniß gegeben werde; so wolle die Oberhauptmannschaft zur Erreichung dieses Zweckes alsbald die nöthigen Einleitungen treffen.

Resc. h. St. M. v. 13. August 1830.

Dem h. St. M. ist zugegangen, was das k. Str. G. über das Gesuch der Rothsaßen zu Beddingen, wegen Aufbringung der Contribution von den Pferden, anderweitig am 19. v. M. No. 2914., einberichtet hat. Es ist zwar außer Regel, daß von Roth-

hbs

höfen Spanndienste erfolgen, diese Ausnahme jedoch so wenig höchst selten anzutreffen, daß nicht nur die Instruction zur Rectification der Contributionscataster vom 3. Septbr. 1696 solche ausdrücklich ins Auge faßt, sondern auch der neuere Abdruck des Contributionsfußes bei der Gelegenheit der Rectificirung der Cataster vom Jahre 1716 folglich der Kothsassen, welche dienen müssen, ein Pferd frei zu lassen, vorschreibt. Auch würde es den Pferdehaltenden unter den Kothsassen allerdings zu Gute kommen, wenn bei Vereinigung der Kothhöfe mit Acker- oder Halbspännerhöfen, diejenigen Pferde, welche auf diesen zwar gehalten, allein zur Cultur jener mit verwendet werden, sofern sie zum Kötterspanndienste (z. B. dem oft vorkommenden Kötterpflugdienste,) erforderlich, oder nach Verhältniß des Ländereibestandes der combinirten Höfe auf den Kothhof zu rechnen sind, als Kötterpferde betrachtet werden, indem sodann das Fixum der Kötterpferde mit auf sie würde zu vertheilen sein. Dabei entspricht es der Verordn. vom 5. Juni 1784 wegen Fixirung der Facetorum, die Vertheilung obrigkeitlich zu bestimmen, und das auf jede Viehgattung gesetzte Quantum, nicht sowol classenweise, z. B. Kothsassen unter sich, vielmehr unter der ganzen Gemeinde pro rata des Viehstammes eines jeden Hofinhabers zu berechnen, so daß das ganze Quantum der Contribution auf alle vorhandene Pferde dergestalt zu vertheilen ist, daß, nachdem für jeden dienstpflichtigen Hof die freien Pferde, als: für den Ackermann zwei, den Halbspänner eins und den pflichtigen Kothhof auch ein Stück abgesetzt worden, die vorgefundenen Kötterpferde mit Einschluß derer, welche nach oben aufgestellten Grundsätzen auf einen combinirten Kothhof fallen sollten, dergleichen auch nicht auf denselben gestellt sich finden, doppelt angesetzt werden.

Resc. l. Str. C. v. 4. October 1830.

Da bisher die Repartition und Ausbringung der Contribution von den Pferden nicht in allen Gemeinden auf gleiche Weise geschehen, auch von mehreren Seiten darüber Beschwerde geführt ist, so ist mittelst Resc. des h. St. M. vom 13. Aug. d. J. auf den Grund der Landesherrl. Verordn. vom 5. Juni 1784, die Fixirung der Facetorum betr., bestimmt worden, daß die Contribution vom Viehe nicht sowol classenweise, z. B. Kothsassen unter sich, sondern vielmehr unter der ganzen Gemeinde pro rata des Viehstandes eines jeden Hofinhabers zu berechnen sei, so daß das ganze Quantum der Contribution auf alle vorhandene Pferde dergestalt vertheilt werde, daß, nachdem für jeden dienstpflichtigen Hof die freien Pferde, als: für den Ackermann zwei, den Halbspänner eins und den dienstpflichtigen Kothhof auch ein Stück abgesetzt worden, die vorhandenen Kötterpferde den doppelten Satz der Pferde der Ackerleute und Halbspänner erlegen, mithin, wenn in einer Gemeinde 20 Pferde der Ackerleute und Halbspänner und 10 Pferde der Kothsassen vorhanden sind, und das Contributionsquantum 30 Thlr. beträgt, von den erstern 18 Ggr. und von den letztern 1 Thlr. 12 Ggr. pro Stück zu entrichten sind, zugleich aber auch, wenn Kothhöfe mit Acker- oder Halbspännerhöfen, welche zwar auf den Acker mit diesen in eins bewirthschaftet werden, diejenigen Pferde, welche zwar auf den Acker oder den Halbspännerhöfen gehalten, zur Cultur der combinirten oder erpachteten Kothhöfe

39

Bege Repert. II. Thl.

304 Steuern, Rescripte. Suppliken und Memoriale. Trauscheine.

aber mit verwendet werden, nach Verhältniß der zum Rötherspanndienst erforderlichen Anzahl, oder nach Verhältniß des Ländereibestandes der combinirten Höfe auf den Rothhof zu rechnen sind, als Rötherspferde betrachtet und als solche zur Contribution mit herangezogen werden müssen.

Resc. l. Str. E. v. 12. November 1830.

Die in den Mutationsetats für November und December 1830 in Absatz berechnete Steuer sowohl für die Wittwen als diejenigen Kinder, welche in den bisherigen Rollen nicht als Familienglieder, sondern als Gesinde im älterlichen Hause besteuert sind, hat ge-
fürchten werden müssen, da durch die landesherrl. Verordn. vom 4. v. M. nur die Steuer für die zweiten und dritten Familienglieder erlassen ist; die Wittwen aber, als Familien-
häupter für ihre Person, ferner so wie die in den Rollen in den Rubriken des Gesindes aufgeführten Kinder, als nicht zu den drei Familiengliedern gehörend, nach §. 4. der Per-
sonalsteuerverordn. vom 29. Octbr. 1821 herangezogen werden müssen.

Suppliken und Memoriale.

Circul. = Resc. an sämtliche Behörden, die Form der auf mündliche Anfragen Sr. Hochfürstl. Durchlaucht und Höchstbero. Cabinets zu ertheilenden Auskünfte betr. (S. 115.) [No. 15.] (25. Mai 1828.)
Sollen schriftlich ertheilt werden.

Trauscheine.

B. die vor Eingehung der Ehe beizubringenden obrigkeitlichen Bescheinigungen betr. (S. 163.) [No. 24.] (8. Novbr. 1830.)

§. 1. Beibringung der Bescheinigungen von denjenigen Mannspersonen, welche in der Verord. vom 24. März 1825 nicht begriffen sind. (S. 164.) [No. 24.] (8. Novbr. 1830.)

§. 2. Ertheilung der Bescheinigung in den Städten von dem Magistrate — in Braunschweig und Wolfenbüttel mit vorgängiger Berathung mit der h. Polizei-Direction — für die Landbewohner von dem betreffenden Kr. Amte — die Officianten bei denselben, die zur Ausstellung verpflichtet sind oder deren Familien, bei der vorgesetzten Behörde. (S. 164.) [No. 24.] (8. Novbr. 1830.)

§. 3. Gegenstand der Sachprüfung. (S. 165.) [No. 24.] (8. Novbr. 1830.)

§. 4. Recurs gegen die Verweigerung. (S. 165.) [No. 24.] (8. Novbr. 1830.)

§. 5. Schnelliges stempel- und portelfreies Verfahren wegen der Erledigung des Antrages. (S. 165.) [No. 24.] (8. Novbr. 1830.)

§. 6. Strafe der Prediger, welche vor der Ertheilung und Beibringung der Bescheinigung mit der Trauung verfahren. (S. 165.) [No. 24.] (8. Novbr. 1830.)

(Vergl. Thl. 1. S. 465. Art. Trauscheine. — Resc. v. 17. Octbr. 1823 ebendas.)

S. 374. — Wegen der Soldaten, ebenbas. S. 192. Resc. v. 7. März 1818.
 — Wegen der Cantonisten, ebenbas. S. 279. Vergl. das Cant. Regl. betr.
 vom 30. Juli 1821. Cap. X. S. 331. Resc. v. 19. Juni 1826.)

U r l a u b.

W. den Urlaub der h. Dienerschaft betr. (S. 19.) [No. 5.] (25. Febr. 1830.)
 W. die Aufhebung der W. v. 25. Febr. 1830 betr. (S. 143.) [No. 19.] [4.
 Octbr. 1830.)

R e s c r i p t e.

Resc. h. St. M. v. 18. März 1830.

Da die Verordn. v. 25. März v. M. zu verschiedenen Zweifeln und Missdeutungen Veranlassung gegeben hat, so wird den Oberhauptleuten darüber folgende Erklärung mitgetheilt, sowol zur eignen Benachrichtigung, als zur Bekanntmachung an die untergeordneten Behörden.

Ein Urlaub zu einer Entfernung in Dienstangelegenheiten ist nur erforderlich, sobald solche in der regelmäßigen Dienstobliegenheit nicht gegründet und der Zeitbestimmung nach willkürlich ist; daher es eines Urlaubs nicht bedarf bei den erforderlichen Geschäfts- und Beaufsichtigungstreisen der Oberhauptleute und Kr. Beamten innerhalb der Grenzen ihres Bezirks oder Amtes, der Richter zu Localbesichtigungen u. dergl., der Prediger, Superintendenden und Generalsuperintendenden zu den Besorgungen ihrer Amtspflicht innerhalb des Sprengels oder der Diocese, der angestellten Aerzte und Wundärzte bei Ausübung ihrer Wissenschaft, so wie wegen des Zwecks der obern Rechnungsbeamten behuf der Cassenrevisionen u. dergl.

Da die Verordn. in den Dienstverhältnissen nichts geändert hat, so versteht sich, daß diejenigen Urlaubsgefühle, welche der bestehenden Ordnung gemäß, durch die vorgesetzte Behörde, oder das Directorium befördert und mit Bericht begleitet werden müssen, auch ferner auf diese Weise, nicht aber unmittelbar bei Sr. Herzogl. Durchlaucht oder dem St. M. anzubringen sind, wie auch, daß in den nachgelassenen Fällen die vorgesetzte Behörde, bei welcher der Urlaub nachzusuchen sein soll, ihn auch wie bis jetzt zu gewähren befugt bleibt. Im letzten Falle haben die Kr. Beamten ihren Urlaub bei dem Oberhauptmann nachzusuchen, welcher davon dem betreffenden Distr. Ger. Nachricht zu geben hat.

Bei einer über die Absicht hinaus durch Zufall verlängerten Abwesenheit, wird die Strafe durch gehörige Anzeige abgewendet.

Resc. h. St. M. v. 16. April 1830.

Da die Verordn. vom 25. Febr. d. J. den Urlaub der herrschaftl. Dienerschaft betr. ungeachtet sie nach den früher hierunter bestandenen Vorschriften, nur als deren Ergänzung bezweckend, zu deuten gewesen wäre, sie und da so verstanden worden ist, als

306 Urlaub, Rescripte. Verordnungs-Sammlung. Volljährigkeit.

müsse zu einer Reise ins Ausland, jedenfalls der Urlaub bei Sr. Herzogl. Durchlaucht oder dem h. St. M. nachgesucht werden, obwohl nach der, in der Verordn. ausgedrückten Abtheilung es nur die Meinung gewesen ist, den Urlaub im Allgemeinen entweder den höchsten Stellen vorzubehalten, oder der unmittelbar vorgesetzten Behörde zu überlassen, wobei es dem pflichtmäßigen Ermessen der letztern anheimgestellt bleibt, in wiefern den Umständen nach, etwa wegen der Dauer des gesuchten Urlaubs u., von dem Gesuche ausnahmsweise zuvor bei dem h. St. M. Anzeige zu machen, und die Genehmigung zu dessen Gewährung einzuholen sein dürfte, so wird solches hiermit der h. Oberhauptmannschaft in Verfolg des Resc. vom 18. v. M. zur Nachricht und Bescheidung der ihr untergeordneten Behörden und Officianten eröffnet.

Resc. h. L. Ger. v. 27. April 1830.

In Gemäßheit zweier, in Beziehung auf die allerhöchste Verordn. vom 25. Febr. d. J., den Urlaub der Staatsdiener betref. unterm 27. März und 16. April d. J. vom h. St. M. an das h. L. Ger. erlassenen erläuternden Resc. ist folgendes zur Nachachtung zu eröffnen:

1) Sowol von den Justizbeamten in den h. Distr. Ger. als den einer Oberhauptmannschaft nicht unterworfenen Localbeamten in den h. Stadt Ger. zu Braunschweig und Wolfenbüttel, insbesondere also auch von den bei jenen angestellten Assessoren und Actuarien cum voto ist der vorschriftsmäßig zu ertheilende Urlaub, sowol zu Reisen im Inlande als Auslande bei h. L. Ger. nachzusuchen und von diesem zu ertheilen.

2) Dahingegen haben die in dem h. Distr. Ger. vorsitzenden Beamten ihre Urlaubsgeuche bei dem h. L. Ger. einzureichen und sind solche von hier aus mit Bericht an h. St. M. zu befördern.

3) Noch ist die, bereits im Resc. des h. St. M. vom 18. März d. J. ausgesprochene Erklärung dahin wiederholt:

daß, da die Eingangs gedachte allerhöchste Verordn. in den bisher bestandenen Dienstverhältnissen der Officianten keine Veränderung herbeigeführt habe, diese bei Reisen in Ausübung der ihnen übertragenen amtlichen Function eines Urlaubs nicht bedürfen.

Verordnungs-Sammlung.

W. die Aufhebung der Verordn. vom 31. Decbr. 1813, vom 14. Aug. 1815, vom 10. Mai 1827 und vom 13. Decbr. 1828 betref. (S. 61.) [No. 9.] (22. April 1830.)

Volljährigkeit.

Declarat. der Verordn. vom 15. Febr. 1814 (Vergl. Zbl. 1. S. 467) das Alter der Volljährigkeit betref. in Beziehung auf den Anfang der vierjährigen Frist zur Wiedereinsetzung in den vorigen Stand. (S. 103.) [No. 11.] (12. April 1828.)

§. 1. Mit Zurücklegung der 24ten Jahres wird die Minderjährigkeit mit allen ihren Wirkungen beendet; alleinige Ausnahme §. 2. der Verordn. vom 15. Febr. 1814. (S. 104.) [No. 11.] (12. April 1828.)

§. 2. Der Zeitraum zur Wiedereinsetzung in den vorigen Stand läuft vom Anfange des 22ten Lebensjahres an. (S. 104.) [No. 11.] (12. April 1828.)

Wegbau — Weggeld *cc.*

W. die Declarat. der §§. 6. und 9. der landesherrl. Wegeordn. vom 10. März 1704 betrff. (S. 3.) [No. 2.] (15. Jan. 1828.) (Friedersdorfs Premt. 7r Bd. von Rüchendaß S. 233.)

Diese Verordn. findet Anwendung auf alle öffentliche Wege und Heerstraßen.

Vergl. Landt. Absch. v. 1597. Art. 27. Land. Aussch. vom 5. Jan. 1611. Vol-
terefs kurzer Begriff der Br. Wolfenb. Land. Verordn. S. 45.

B. vom 9. Octb. 1617. Das. S. 51.

Edict vom 31. Decbr. 1643. Hofger. Ordn. S. 289. Canzl. Ordn. S. 133. Goebel
de iure et iud. rusticor. Cap. 3. §. 5.

L. Resc. vom 16. April 1681. Land. Aussch. vom 1. Decbr. 1750. 22. Novbr.
1751. 7. Mai 1756. 18. Juli 1770,

welche in Friedersdorfs Premt. *cc.* nicht extrahirt sind.

R e s c r i p t e.

Instruction f. R. C. für die Einnehmer auf den ihrer Verwaltung
anvertrauten Chauffeegeld-Recepturen v. 11. Decbr. 1818.

§. 1. Der Chauffeegeldeinnehmer ist verbunden, sich nach den höchsten Land. Ver-
ordn. und insonderheit nach den bestehenden Vorschriften wegen der Chauffeegelderhebung
zu richten, die Verfügungen der f. R. zu befolgen und den Anweisungen des Accisein-
spectors des Distr. gemäß zu verfahren.

§. 2. Sein Geschäft besteht zunächst in der Erhebung der Chauffeegelder und in
der Einforderung der Strafen, wegen Vergehungen gegen die Wegepolizei und Defrau-
dation: der Abgaben, nach dem in beider Rücksicht angeordneten Tarif, und in der Be-
rechnung der erhobenen Gelder; sollte ihm außerdem ein anderes Geschäft annoch über-
tragen werden, so ist er dasselbe gleichfalls zu übernehmen verbunden.

§. 3. Er ist verpflichtet, auf die ihm anvertraute Barriere, damit nichts, was dem
Chauffeegelde unterworfen ist, sich ohne dessen Bezahlung durchschleiche oder vorbeileite,
wie auch auf die Vergehungen gegen die Wegepolizei, so weit solches, ohne seinen Posten
zu verlassen, geschehen kann, auf das Genaueste zu achten, zu diesem Ende fortdauernd
bei Tage und bei Nacht ununterbrochen gegenwärtig zu sein, und sich unter keinem Ver-
wande, es sei auf kurze oder längere Zeit, ohne vorgängige Anzeige bei dem Accisein-
specter und erhaltenen Urlaub zu entfernen; die bei der Receptur vorkommenden Geschäfte

Niemanden ohne Genehmigung zu übertragen, vielmehr solche persönlich zu verrichten und so viel möglich das Chauffeegeld selbst in Empfang zu nehmen und die Vorbeipassirenden abzufertigen.

§. 4. Am Abend, sobald es anfängt dunkel zu werden, hat er die Laterne am Chauffeehause anzuzünden, und sie bis zum folgenden Morgen, wenn die Gegenstände umher deutlich sichtbar geworden, brennend zu erhalten, die Barriere die ganze Nacht hindurch zu verschließen und sie nur auf die Anmeldung der Reisenden zu ihrer Durchpassirung nach erlegtem Chauffeegelde zu öffnen, sodann aber wieder zu verschließen.

§. 5. In der Regel ist das Chauffeegeld von einem Jeden ohne Unterschied, sobald er die Barriere berührt, nach dem Tarif und zwar jedesmal auf der Stelle einzufordern, in keinem Falle aber zu creditiren, wie denn das Creditiren dem Einnehmer bei einem Thaler Strafe für jeden Fall hierdurch ausdrücklich verboten wird.

§. 6. Frei vom Chauffeegelde sind passiren zu lassen:

- 1) die höchste Landesherrschaft mit ihren Gefolgen;
- 2) die Ortschaften für sich und ihr Vieh, wenn sie damit die Barriere passiren, um zu ihren, innerhalb der Feldmark belegenen Ländereien, Wiesen, Holzungen und Weiden zu gelangen;
- 3) die spaziren reitenden oder fahrenden Einwohner der Orte, in und unmittelbar vor welchen Chauffeehäuser, nicht aber da, wo diese Häuser in weiteren Entfernungen von den Orten oder außerhalb der etwa vorhandenen gewöhnlichen Promenaden gelegen sind, in sofern die Passirenden bekannt sind und die Wahrheit der Angabe nicht durch das Fuhrwerk, Mackereien und auf andere Weise verdächtig wird, und wird der Einnehmer auf die wegen der Spazirenden ertheilte besondere Anweisung verwiesen;
- 4) die ordinären Posten und deren Weiwagen, nicht aber die Extraposten;
- 5) die ledig zurückkommenden Extrapostpferde;
- 6) die Militairpersonen und Transporte, wenn Ordres oder Marschrouten vorgezeigt werden;
- 7) die Husaren, Gemeine sowohl, als die Unter- und Oberofficiers in Uniform und zu Pferde;
- 8) alle diejenigen, welche Ministerial- oder Cammerfreipässe vorzeigen; und
- 9) welche durch Verfügungen etwa künftig noch befreiet werden möchten.

§. 7. Bei Bezahlung des Chauffeegeldes hat der Einnehmer dem Durchpassirenden einen, genau auf den Betrag lautenden, gehörig ausgefüllten und unterschriebenen gedruckten Chauffeezettel zu behändigen und diesen, wenn der Reisende noch ein Chauffeehaus im hiesigen Lande berührt, einzureißen, und dem Bezahler dabei zu eröffnen, daß der Zettel auf der nächsten Barriere abgegeben, in dessen Ermangelung aber das doppelte Chauffeegeld bezahlt werden müsse; wird eine Barriere nicht weiter berührt, so ist der Zettel durchzureißen und abzugeben oder, im Fall ihn der Reisende nicht annehmen will, zu vernichten.

In keinem Falle darf der Einnnehmer Chauffeegeld annehmen, ohne dem Reisenden einen den bezahlten Betrag genau enthaltenden Zettel zu ertheilen, oder rücksichtlich zu vernichten, bei fünf Thaler Strafe für jeden Contraventionsfall, es mag überall kein Zettel oder ein unrichtiger ertheilt sein.

§. 8. Die Chauffeegeldpflichtigen hat der Einnnehmer ohne den mindesten Aufenthalt mit Bescheidenheit abzufertigen, das Chauffeegeld von ihnen abzuholen und ihnen den Zettel zu reichen, wobei er ihnen jede verlangte Erläuterung zu ertheilen, und sie auch unbefragt auf dasjenige aufmerksam zu machen und zu benachrichtigen schuldig ist, was ihnen zu wissen nöthig ist und was sie bei Fortsetzung des Weges zu beobachten haben, keinesweges aber ist er befugt, zu verlangen, daß die Reisenden sich zu ihrer Abfertigung nach dem Chauffeehause versügen sollen.

§. 9. Von den Durchpassirenden, welche bereits einer vorliegenden Barriere im hiesigen Lande vorbei gekommen sind, hat der Einnnehmer, in sofern die vorliegende Barriere für herrschaftl. Rechnung verwaltet wird, die daseibst ertheilten Chauffeezzettel, in deren Ermangelung aber das Chauffeegeld der vorliegenden Barriere, oder wenn der Zettel den richtigen Betrag nicht nachweist, den Mehrbetrag nachzufordern und in allen Fällen über den nachbezahlten Betrag besondere Zettel zu ertheilen, womit auf gleiche Weise, wie §. 7. vorgeschrieben worden, zu verfahren ist. Es versteht sich von selbst, daß außerdem das Chauffeegeld für die Barriere, wo die Nachforderung geschieht, ebenfalls gegen Zettel eingehoben werden muß. Der Einnnehmer hat die Reisenden von der Ursache der Nachforderung mit Anständigkeit zu unterrichten. Würde derselbe bei der Nachforderung einer Nachlässigkeit überführt werden, so verfällt er in eine Strafe von fünf Thalern.

§. 10. Die solchergestalt abgelieferten Chauffeezzettel hat der Einnnehmer sorgfältig aufzubewahren, und sie dem Reiseinspector bei der monatlichen Revision abzugeben. Für jeden dergleichen in Empfang genommenen und an den Inspector nicht abgelieferten Zettel verfällt der Einnnehmer in eine Strafe von fünf Thalern.

§. 11. Ueber die Strafen, worin der Chauffeegeldpflichtige wegen Vergehungen wider die Chauffee- und Brückenpolizei, oder Defraudation des Chauffeegeldes nach dem Tarif verfällt, oder welche die Reisenden, mit Ausnahme der Nachzahlung des Chauffeegeldes der vorliegenden Barriere wegen Mangels deszettels oder Ablieferung eines unrichtigen Zettels, zu erlegen haben, muß der Einnnehmer, er mag die Vergehungen selbst wahrgenommen haben, oder sie mögen ihm von den Wegausschreibern, Wegewärtern, den Husaren oder Fußjägern und anderen angezeigt sein, dem Contravenienten einen absonderlichen Empfangschein ertheilen, worin das Vergehen und die Strafe, welche erlegt worden, ausgedrückt werden müssen, wobei er die Reisenden mit möglichster Schonung zu behandeln und ihnen nöthigenfalls den Tarif zu ihrer Ueberzeugung der Straffälligkeit vorzulegen hat.

§. 12. Unbekannte Personen und Ausländer, welche sich der Bezahlung des Chauffeegeldes, ohne eine Befreiung nachzuweisen, oder der Nachzahlung desselben von der vorliegenden Barriere, oder der Entrichtung der verwirkten Strafen widersetzen, sind, bevor

sie sich abgefunden haben, überall nicht durchzulassen, und zu dem Ende der Weg mittelst des Schlagbaums zu sperren. Sollten dieselben Gewalt gebrauchen, oder sonstige Excesse begehen, so sind die Wegaufseher und Wärter oder auch die Husaren und Fußjäger zu Hilfe zu rufen und nöthigen Falls, welcher jedoch nicht leicht vorkommen wird und durch möglichst gütliche Vorstellungen abzuwenden zu suchen ist, die Widerspenstigen durch die genannten Militairs nach dem betreffenden f. Kr. Ger. zur Untersuchung und Entscheidung des zugleich anzuzeigenden Excesses begleiten zu lassen, wobei die Einnahmer vor Unvorsichtigkeiten, unanständigen Reden, oder gar Schmähworten, Ueberschreitung ihrer Befugnisse und überhaupt unrichtiger Behandlung der Reisenden und dem Falle des Unrechts von ihrer Seite gewarnt werden, um den daraus entstehenden, für ihre Personen nachtheiligen Folgen auszuweichen. Bekannte Inländer mögen zwar in dergleichen Fällen durchgelassen werden, die Sache ist jedoch unverzüglich dem Acciseinspector zur Einleitung einer weitem Untersuchung anzuzeigen, welches dem Renitenten bei seiner Weigerung zu eröffnen ist.

§. 13. Für die richtige Erhebung des Chauffeegeldes, wie auch für die richtige Ertheilung der Chauffeezettel an die Passirenden, ist der Einnahmer persönlich verantwortlich, und in Folge dessen schuldig, den Werth der an dem Zettelbestande fehlenden Anzahl Zettel von jeder Art mit baarem Gelde zu ersetzen und findet dabei überall keine Einrede eines Versehens und dergleichen Statt. Sollte er überführt werden, daß er von den Reisenden und Chauffeegeldspflichtigen mehr erhoben, als der denselben ertheilte Zettel am Werthe nachweist, der Zettel mag das richtige Chauffeegeld enthalten oder nicht, so verfällt er in die §. 7. festgesetzte Strafe, und ist zugleich das Mehrerhaltene heraus zu geben, auch im Fall dieses den richtigen Betrag des zu erlegen gewesenen Chauffeegeldes nicht erreichen sollte, das Fehlende zu ersetzen schuldig.

§. 14. Würde der Einnahmer sich begeben lassen, den Chauffeegeldspflichtigen einen bereits von ihm oder von irgend einer andern Receptur ausgegebenen in seine Hände gelangten Chauffeezettel für das bezahlte Chauffeegeld zu ertheilen, oder sich bössliche Unterschleife zum Nachtheile der Casse, sie betreffen Chauffeegeld oder Strafgebelde, oder Betrügereien, von welcher Art sie sein mögen, zu Schulden kommen lassen, so wird gegen ihn die gerichtliche Untersuchung eingeleitet werden, und bleiben gegen ihn die gesetzlichen Strafen für die ungetreuen Diener vorbehalten.

§. 15. Der Einnahmer ist schuldig dafür zu sorgen, daß es ihm niemals an einem hinreichenden Vorrathe an Chauffeezetteln aller Art, welche er von der Kr. Casse abzufordern hat, fehle, damit er zu jeder Zeit im Stande sei, den Passirenden den betreffenden Werthzettel zu behändigen; nur im Nothfalle soll es gestattet sein, mehrere Zettel, deren Gesammtbetrag das zu bezahlende Chauffeegeld ausmacht, bei dessen Erhebung abzugeben, und damit wie vorgedacht zu verfahren, jedoch wird ausdrücklich vorbehalten, ihn wegen des Mangels an den benöthigten Zetteln zur Verantwortung zu ziehen, und ihn,
in

in sofern er sich auf eine genügende Art nicht auszuweisen vermag, mit einer angemessenen Strafe zu belegen.

§. 16. Ueber den Empfang und die Ausgabe der Chauffeezettel hat der Einnehmer eine monatliche Berechnung, so wie über die erhobenen Strafgeelder ein besonderes Verzeichniß in der Art zu führen, welche die dazu eingerichteten gedruckten Formulare an die Hand geben, die er von der Kr. Cassé abzufordern hat. Beide Einnahmen sind nach ihren Summen in der Schlußberechnung zu wiederholen und die Gegenstände, welche nach Anleitung des Formulars davon in Absatz zu bringen sind, mit Quittungen zu belegen. Zugleich hat derselbe ein gleichlautendes Duplicat der Zettel-, Geld- und Schlußberechnung anzufertigen.

§. 17. Am Schlusse jedes Monats, und so oft es für nöthig erachtet wird, ist dem Acciseinspector bei der ihm obliegenden Revision der Zettelbestand, der Cassenvorrath und die Berechnungen vorzulegen, und, nachdem derselbe die Richtigkeit unter das eine Exemplar der Berechnung attestirt hat, dasselbe nebst den Belegen und dem Cassenvorrathe an die betreffende Kr. Cassé abzuliefern, diese Ablieferung aber durch Quittung bei der nächsten Revision zu bescheinigen. Das zweite Exemplar der genannten Berechnungen ist dem Inspector als Beleg zu dem Protokolle zu behändigen.

§. 18. Die schadhafsten, wofür jedoch nur diejenigen Zettel angenommen werden können, welche wegen der Schadhaftheit noch nicht ausgefüllt sind, so wie die etwa bei der Revision überzählig gefundenen Zettel hat der Einnehmer an den Inspector abzuliefern, welcher in beider Rücksicht das weiter Erforderliche veranlassen wird.

§. 19. F. K. behält sich vor, diese Instruction nach den Umständen zu verändern.

Resc. f. K. C. v. 18. Januar 1820.

Dem Commandeur des activen Corps ist von der Mil. Adm. Com. aufgegeben, die Polizeihusaren und Fußjäger mit der Beaufsichtigung der Holzmündener Straße zur Verhütung der Chauffeefrevel zu beauftragen und sie wegen der Instruction an die Gerichte und Wegbaubediente zu verweisen.

Resc. h. K. C. v. 8. April 1829.

Von dem größten Theile derjenigen Unterthanen in der Weser-Gegend, welchen nachgelassen ist, ihre Saat-, Korn-, Bauholz und sonstige Schulden durch Fuhrn und Handarbeiten beim Wegebau abzuverdienen, ist diese Begünstigung bisher dadurch gemüßbraucht worden, daß sich die Deventen, unter der Ausflucht, daß von h. K. C. nicht bestimmt sei, wie viel Tage jährlich abgeleistet werden sollten, auf die Aufforderung der Kammerbauofficianten theils gar nicht zur Arbeit gestellt, theils, besonders die gespannten erst spät an Ort und Stelle sich eingefunden, diese auch schlechtes Fuhrwerk mit sich geführt, und sich so unthätig gezeigt haben, daß von ihnen nicht diejenige Anzahl Fuhrn geleistet worden, welche sie der Willigkeit nach hätten verrichten müssen und können.

Wie nun aber solchem Mißbrauche nicht länger nachgesehen werden soll, so wird
Wege Repert. II. Thl.

h. K. C. im Anfange eines jeden Jahrs festsetzen, wie viel Fuhr- und Arbeitstage im Laufe desselben von einem jeden Dezenten abzuleisten sind, und soll übrigens hinsichtlich der Bespannten von jedem Cammerbauofficianten genau aufgezeichnet werden, wie viele Ruthen Steine ein Jeder derselben täglich anfahren wird. Am Schlusse des Jahrs wird sich dann ergeben, in wiefern dieselben das geleistet haben, was von ihnen, nach Maßgabe der von dem Kammerbauconducteur M. zu C. unterm 26. Novbr. 1827 aufgestellten und hier in Abschrift beigefügten Tabelle, mit Billigkeit verlangt werden kann, und soll sodann, wenn sich dabei finden sollte, daß Einer oder der Andre weniger geleistet hätte, von demselben für dieses minus der entsprechende Geldbetrag, auf den betreffenden Rückstand, sofort baar eingezogen werden. Es sind nun hiernach die Dezenten gehdrig zu bedeuten, und zu verwarnen und wird dem Kr. Amte ein Auszug aus dem von h. K. C. festgesetzten Verzeichnisse der im laufenden Jahre abzuleistenden Fuhrn und Handtage von dem Kammerbauconducteur M. zugestellt werden.

T a b e l l e,

aus welcher das Quantum Steine zu ersehen, welches die für Saatkorn- oder Bauholzschild fahren müssen, in einem Tage auf die angegebene Entfernung zu liefern haben.

Ordnungs-Nr.	Entfernung des Aufladen vom Abladeplatze.	Berechnung der Fuderzahl für einen Tag, wenn für das Auf- und Abladen 24 Minuten 325 lauf. Ruthen gerechnet, und der Tag zu 10 Arbeitsstunden 8120 l. Rth. angenommen wird.	Hiernach müssen pro Tag fahren			Bemerkungen.
			ein 4 Spänner, der 12 Fuder pro Ruthe fährt.	ein 3 Spänner, welcher 15 Fuder pro Ruthe fährt.	ein 2 Spänner, der 18 Fuder pro Ruthe fährt.	
	Lauf. Rth.		Werkruthen à 512 c.			
1.	100	$325 + 200 = 525:8120 = 15 \frac{1}{2}$ p. Tag.	1 $\frac{1}{2}$	1	5 $\frac{1}{2}$	
2.	200	$325 + 400 = 725:8120 = 12$ " "	1	4	5 $\frac{1}{2}$	
3.	300	$325 + 600 = 925:8120 = 9$ " "	3 $\frac{1}{2}$	4	5 $\frac{1}{2}$	
4.	400	$325 + 800 = 1125:8120 = 7$ " "	1 $\frac{1}{2}$	4	5 $\frac{1}{2}$	
5.	500	$325 + 1000 = 1325:8120 = 6$ " "	1 $\frac{1}{2}$	4	5 $\frac{1}{2}$	
6.	600	$325 + 1200 = 1525:8120 = 5$ " "	1 $\frac{1}{2}$	4	5 $\frac{1}{2}$	
7.	700	$325 + 1400 = 1725:8120 = 4 \frac{1}{2}$ " "	1 $\frac{1}{2}$	4	5 $\frac{1}{2}$	
8.	800	$325 + 1600 = 1925:8120 = 4$ " "	1 $\frac{1}{2}$	4	5 $\frac{1}{2}$	

Bestimmung h. K. v. 14. Junt 1830,
über die Erhebung und Berechnung der aus Testamenten, Contracten u. zur Armen- und
Begebefferungscasse erfolgenden Abgaben, s. Arme u. C. 36.

Wohnortsrecht.

- W. das Wohnortsrecht der Unterthanen in polizeilicher Hinsicht betr. (S. 63.) [No. 10.] (4. Mai 1830.)
- §. 1. Das Wohnortsrecht des Vaters erstreckt sich auf die ehelichen, adoptirten und legitimen Kinder. (S. 63.) [No. 10.] (4. Mai 1830.)
- §. 2. Uneheliche Kinder erwerben das Wohnortsrecht der Mutter. (S. 64.) [No. 10.] (4. Mai 1830.)
- §. 3. Wohnortsrecht der Kinder heimathloser und unbekannter Eltern. (S. 64.) [No. 10.] (4. Mai 1830.)
- §. 4. W. R. der Ehefrauen. (S. 64.) [No. 10.] (4. Mai 1830.)
- §. 5. W. R. der Kinder einer Wittwe. (S. 64.) [No. 10.] (4. Mai 1830.)
- §. 6. W. R. herrschaftlicher Officianten, Geistlicher und der Gemeinediener; der Militairpersonen, für sich und ihre Frauen und Kinder. (S. 65.) [No. 10.] (4. Mai 1830.)
- §. 7. W. R. nach Auflösung des Dienstverhältnisses und wenn der Dienstaufenthalt nicht länger als 2 Jahre gedauert. (S. 65.) [No. 10.] (4. Mai 1830.)
- §. 8. Bestimmung wegen der Gemeinediener. (S. 65.) [No. 10.] (4. Mai 1830.)
- §. 9. W. R. der Advokaten, Notarien, Aerzte, Apotheker, Chirurgen und Hebammen. (S. 65.) [No. 10.] (4. Mai 1830.)
- §. 10. W. R. der obern Officianten, der Besitzer größerer Landgüter und der auf Kündigung Angestellten. (S. 65.) [No. 10.] (4. Mai 1830.)
- §. 11. Erklärung und obrigkeitlich genehmigte Absicht. (S. 66.) [No. 10.] (4. Mai 1830.)
- §. 12. Diese werden als vorhanden angenommen durch
- 1) Erwerbung des Bürgerrechts. (S. 66.) [No. 10.] (4. Mai 1830.)
- §. 13. 2) Erwerbung eines mit einem Wohnhause versehenen Grundstücks unter gerichtlicher Confirmation, oder Anbau. Erwerbung eines Ritter- oder Freisassenguts. (S. 66.) [No. 10.] (4. Mai 1830.)
- §. 14. 3) Aufnahme in eine Gilde — Concession und Wohnung. (S. 66.) [No. 10.] (4. Mai 1830.)
- §. 15. 4) Erhaltenen Trauschein (W. v. 24. März 1825 und 8. Novbr. 1830.) (S. 67.) [No. 10.] (4. Mai 1830.)
- §. 16. 5) Verheirathung der Handwerksgefallen mit Genehmigung der Obrigkeit (§. 85. der Gewerbe- und Gildeordnung v. 29. Octbr. 1821) und eigene Haushaltung. (S. 67.) [No. 10.] (4. Mai 1830.)
- §. 17. Erlaubniß zur Niederlassung erteilt der Magistrat und das Kr. Amt. (S. 67.) [No. 10.] (4. Mai 1830.)
- §. 18. Bescheinigung wegen der Aufführung, Vermögens u. vom Aufzunehmenden. (S. 67.) [No. 10.] (4. Mai 1830.)

Wohnortsrecht.

- §. 19. Verfahren, wenn ein Handarbeiter in eine Landgemeinde aufgenommen sein will. (S. 68.) [No. 10.] (4. Mai 1830.)
- §. 20. Verabredung einzelner Gemeinemitglieder ist strafbar. (S. 68.) [No. 10.] (4. Mai 1830.)
- §. 21. Verbot gegen die Aufnahme der Fremden ohne Erlaubniß — Strafe — Verantwortlichkeit des Hauswirths. (S. 69.) [No. 10.] (4. Mai 1830.)
- §. 22. Vorschrift in Ansehung der Häuslinge in Häuslings-Tagelöhner-Wohnungen, Knechten u. nach §. 19 — 21. (S. 69.) [No. 10.] (4. Mai 1830.)
- §. 23. Erwerbung des Wohnortsrechts der Ausländer. (S. 69.) [No. 10.] (4. Mai 1830.)
- §. 24. W. R. vor dieser Verordn. erworben nach §. 11. — Wittwen und Kinder — Wenn sie Heimaths-Reverse haben — (S. 70.) [No. 10.] (4. Mai 1830.)
- §. 25. W. R. wird nicht begründet durch einen vorübergehenden Zweck — bedingten Aufenthalt. (S. 70.) [No. 10.] (4. Mai 1830.)
- §. 26. Die Zeitpächter, Hauslehrer, Schauspieler, Schüler und Zöglinge, Verwalter, Gefellen, Lehrlinge, Militairs, Diensthoten können das W. R. nicht erwerben. (S. 70.) [No. 10.] (4. Mai 1830.)
- §. 27. Auch nicht die, welche Gnadenbrot genießen u. (S. 71.) [No. 10.] (4. Mai 1830.)
- §. 28. W. R. der Zeitpächter. (S. 71.) [No. 10.] (4. Mai 1830.)
- §. 29. W. R. der Handwerksgefallen, wenn sie 10 Jahre lang bei einem Meister gearbeitet haben — Diensthoten in diesem Falle. (S. 71.) [No. 10.] (4. Mai 1830.)
- §. 30. W. R. des Ackergefindes, der Deputatisten. (S. 72.) [No. 10.] (4. Mai 1830.)
- §. 31. Zurücktritt des mit Officier-Ränge bekleideten Militairs in das frühere W. R. — der Ausländer — (S. 72.) [No. 10.] (4. Mai 1830.)
- §. 32. Verlust des W. R. durch Nichtgebrauch — Zurückkehren — (S. 72.) [No. 10.] (4. Mai 1830.)
- §. 33. Verlust des Grundstücks — Erwerbung eines anderweiten Wohnortes. (S. 72.) [No. 10.] (4. Mai 1830.)
- §. 34. Verschaffung des Wohnortes eines Zurückkehrenden — Mangel des Unterkommens — aus Besorgniß zur Bezahlung des Miethzinses — Bezahlung aus der Gemeinecaße — provisorische Maßregel — (S. 73.) [No. 10.] (4. Mai 1830.)
- §. 35. Recht der Rückkehr erstreckt sich auf Ehefrau und Kinder. (S. 73.) [No. 10.] (4. Mai 1830.)
- §. 36. Entscheidung über die Anwendung dieser Bestimmung von h. R., vorbehältlich der Recurs an das h. St. M. — Entscheidung über Beeinträchtigung eines erworbenen, in Anspruch genommenen Wohnorts, bleibt den Gerichten. (S. 73.) [No. 10.] (4. Mai 1830.)

§. 37. Anweisung eines Wohnortsrechts der Heimathlosen von der h. R. (S. 74.) [No. 10.] (4. Mai 1830.)

§. 38. Bestimmungen über die Frage, zu welcher Gemeinde die einzeln belegenen h. Aemter, Klöster u. gehören. (S. 74.) [No. 10.] (4. Mai 1830.)

Verzeichniß der in den hiesigen Landen einzeln belegenen h. Aemter, Klostergüter, Vorwerke, privaten Landgüter und sonstigen Etablissements nebst Angabe der Ortshafteiten, welchen dieselben, hinsichtlich der Erwerbung des Wohnortsrechts, beigelegt sind. (S. 77.) [No. 10.] (4. Mai 1830.)

(Zu §. 24. vergl. Resc. v. 23. Jan. 1830 im Art. Polizei und Verwaltung.)

R e s c r i p t e.

Resc. f. G. R. E. v. 27. October 1819,
wegen Erwerbung des Wohnortsrechts der Gesellen, f. Art. Polizei und Verwaltung E. 235.

Resc. f. G. R. E. v. 9. April 1820,
wegen Erwerbung des Wohnortsrechts der Diensthoten, f. Art. Polizei und Verwaltung E. 236.

Resc. f. G. R. E. v. 13. April 1821,
wegen Erwerbung des Wohnortsrechts von beurlaubten Soldaten, f. Art. Polizei und Verwaltung E. 237.

Resc. h. R. E. v. 3. September 1828,
wegen Erwerbung des Wohnortsrechts der Tagelöhner, f. Art. Polizei und Verwaltung E. 245.

Resc. h. R. E. v. 9. Februar 1830,
die Emigrationsconsense betr., f. Art. Polizei und Verwaltung E. 251.

I. Resc. v. 4. Mai 1830.

Da nach der Bestimmung des §. 13. der Verordn. vom heutigen dato, das Wohnortsrecht der Unterthanen betr., ein solches auch durch den Erwerb eines Ritter- oder Freisassenguts begründet wird, und es deshalb zur Vermeidung der aus der Aufnahme unannehmlicher Acquirenten zu besorgenden Nachtheile, um so nothwendiger erscheint, daß einem solchen Erwerbe eine sorgfältige Prüfung der Verhältnisse des Acquirenten vorangehe, als die für den Erwerb der bürgerlichen Güter vorgeschriebene richterliche Cognition und Confirmation hier ausgeschlossen ist (f. V. v. 8. Mai 1830): so hat h. Oberhauptmannschaft bei einem durch Kauf und Tausch bezweckten Wechsel in dem Besitze eines Ritter- oder Freisassenguts auf die Verhältnisse des neuen Acquirenten zu achten, um bei solcher- halb eintretenden Bedenkllichkeiten sofort Anzeige an h. R. zu machen, damit der Aufnahme der Personen, welche dem Staate zur Last fallen möchten, zeitig entgegen gewirkt werden könne.

Resc. h. St. M. v. 15. Juni 1830,
wegen Erwerbung des Wohnortsrechts durch Ankauf von Grundstücken mittelst Subhasta-

tion und Mittheilung der Abjudications-Decrete von den Distr. Ger. an die Kr. Aemter, f. Polizei und Verwaltung S. 253.

Wucherblume.

W. die Verteilung und Abwendung der Wucherblume betrff. (S. 23.)
[No. 9.] (26. Octbr. 1829.)

I. Vorbeugungsmaßregeln.

- §. 1. Wegen der Ausfaat. (S. 24.) [No. 9.] (26. Octbr. 1829.)
- §. 2. Strafbestimmung. (S. 24.) [No. 9.] (26. Octbr. 1829.)
- §. 3. Wegen des Verkaufs oder der Vertauschung von Feldfrüchten, Stroh und Dünger, von einer von der Wucherblume inficirten Feldmark — Strafe — (S. 25.) [No. 9.] (26. Octbr. 1829.)
- §. 4. Anzeige davon an den Ortsvorsteher, wenn sich in einem Acker die Wucherblume zeigt, und Reinigung des Ackers — Strafe — (S. 25.) [No. 9.] (26. Octbr. 1829.)
- §. 5. Verhalten der Ortsvorsteher. (S. 25.) [No. 9.] (26. Octbr. 1829.)
Antheil des Denuncianten an der Strafe.

II. Ausrottung der schon vorhandenen Wucherblume.

- §. 6. Ernennung einer Commission durch die Kammer — Zusammensetzung derselben. (S. 25.) [No. 9.] (26. Octbr. 1829.)
- §. 7. Besichtigung durch die Commission. (S. 26.) [No. 9.] (26. Octbr. 1829.)
- §. 8. Entscheidung bei der Besichtigung. (S. 26.) [No. 9.] (26. Octbr. 1829.)
- §. 9. (a) Ausjäten der Wucherblume — Vereinbarung der Verpächter und Pächter wegen der Entschädigung für die Kosten. (S. 26.) [No. 9.] (26. Octbr. 1829.)
- §. 10. Ausjäten nach Maßgabe der Jahreszeit; in der Regel gegen Ausgang Mai's — Wiederholung — (S. 27.) [No. 9.] (26. Octbr. 1829.)
- §. 11. Verbrennen oder Versenkung der Wucherblumen. (S. 27.) [No. 9.] (26. Octbr. 1829.)
- §. 12. Strafe wegen Unterlassung der Vorschriften. (S. 27.) [No. 9.] (26. Octbr. 1829.)
- §. 13. Verpflichtungen der Ortsvorsteher und Feldgeschwornen gegen diese Vorschriften. (S. 28.) [No. 9.] (26. Octbr. 1829.)
- §. 14. Dreimalige Schauung der angestechten Feldmarken — Bekanntmachung deshalb — Nachsehung durch die Ortsvorsteher und die Feldgeschwornen alle 14 Tage. (S. 28.) [No. 9.] (26. Octbr. 1829.)
- §. 15. Untersuchung der Commission — Bestimmung über die verwirkte Strafe — Verfü gung wegen der ordnungsmäßigen Reinigung durch Tagelöhner. (S. 28.) [No. 9.] (26. Octbr. 1829.)
- §. 16. Anfertigung des protocollarischen Verzeichnisses, der Straffälle — Einlieferung

an das Kr. Amt — Erkenntniß — Weitreibung der Strafe in eine besondere Cassé für jede Geldmark — Führung der Rechnung — Remunerationen. (S. 29.) [No. 9.] (26. Octbr. 1829.)

- §. 17. Verwandlung der Geldstrafe in Arbeitsstrafe. (S. 29.) [No. 9.] (26. Octbr. 1829.)
- §. 18. (b) Vertilgung durch eine angemessene Bestellungsordnung — Anweisung und Belehrung deshalb. (S. 30.) [No. 9.] (26. Octbr. 1829.)
- §. 19. Erinnerungen dagegen bei h. K. (S. 30.) [No. 9.] (26. Octbr. 1829.)
- §. 20. Beobachtung des Bestellungsplans — Strafen wegen Nichtbefolgung — (S. 31.) [No. 9.] (26. Octbr. 1829.)
- §. 21. Entschädigung des Pächters. (S. 31.) [No. 9.] (26. Octbr. 1829.)
- §. 22. Entrichtung der Meierzinsen. (S. 31.) [No. 9.] (26. Octbr. 1829.)
- §. 23. Einsendung der Acten durch den Oberhauptmann an die Kammer mit Bericht. (S. 32.) [No. 9.] (26. Octbr. 1829.)

Anhang. Anweisung über die Vertilgung der Bucherblume. (S. 33.) [No. 9.] (26. Octbr. 1829.)

- 1) Natur und Beschaffenheit derselben.
- 2) Nachtheilige Wirkung der Bucherblume auf die Ackerfrüchte.
- 3) Anleitung der Vertilgung der Bucherblume.

3 o I I.

B. die Herabsetzung des von dem auf der zweiten Achse durchgehenden Hopfen und Leinsaamen bei dem braunsch. Pächthofe zu entrichtenden Durchzolls betr. (S. 37.) [No. 8.] (10. März 1828.)

à Centner Hopfen auf 8 Pf. und à Tonne Leinsaamen auf 2 Gr.

B. die neue Gränzzoll-Einrichtung betr. (S. 39.) [No. 9.] (10. März 1828.)

I. Allgemeine Bestimmungen.

- §. 1. Aufhebung der bisherigen Zolleinrichtung — Ausnahme. (S. 40.) [No. 9.] (10. März 1828.)
- §. 2. Neue Zollämter und Abgaben an den Gränzen von ein- und ausgehenden Gegenständen. (S. 40.) [No. 9.] (10. März 1828.)
- §. 3. Allgemeiner und besonderer Gränzzoll. (S. 40.) [No. 9.] (10. März 1828.)
- §. 4. Allgemeiner Eingangszoll von jedem Centner und darunter (s. Br. Anz. 1828. Nr. 71.) bis zu 6 Pfund eingeschl., 2 Pf. — Ausnahmen — Allgemeiner Ausgangszoll $\frac{1}{4}$ des Eingangszolls. (S. 40.) [No. 9.] (10. März 1828.)
- §. 5. Der Zoll wird von den Gegenständen, die über die Gränze ein- und ausgeführt werden, bezahlt. (S. 40.) [No. 9.] (10. März 1828.)
- §. 6. Keine Nebenabgaben — nur einmalige Bezahlung. (S. 41.) [No. 9.] (10. März 1828.)

- §. 7. Ohne Rücksicht auf die Art des Transports. (S. 41.) [No. 9.] (10. März 1828.)
- §. 8. Auch vom Vorspann. (S. 41.) [No. 9.] (10. März 1828.)
- §. 9. In Conv. Münze $\frac{1}{2}$ Pf. und darüber für einen ganzen — (S. 41.) [No. 9.] (10. März 1828.)
- §. 10. Die Frachtbrieife und die Abfertigungen werden zum Grunde gelegt. (S. 41.) [No. 9.] (10. März 1828.)
- §. 11. Vergleichung des ausländ. Gewichts ist unnöthig — 114 Pfund auf den Centner gerechnet. (S. 41.) [No. 9.] (10. März 1828.)
- §. 12. Benennung der Zollämter, die in ihrem gegenwärtigen Verhältnisse bestehen bleiben. (S. 42.) [No. 8.] (10. März 1828.) (Statt Grade lies Greene. Br. Anz. 1828. Nr. 71.)

II. Die Erhebung und Controlirung des Gränzzolls.

- §. 13. Die Erhebung geschieht durch die Zollämter. (S. 42.) [No. 8.] (10. März 1828.)
- §. 14. Das Creditiren des Zolles ist untersagt. (S. 42.) [No. 8.] (10. März 1828.)
- §. 15. Reclamationen geschehen binnen 6 Monaten bei h. R. (S. 42.) [No. 8.] (10. März 1828.)
- §. 16. Ein- und Ausfuhr nur auf den Zollstraßen. (S. 43.) [No. 8.] (10. März 1828.)
- §. 17. Mit Extrapost Reisende dürfen auf Seitenwegen nicht angehalten werden und sind der Zollpflicht nicht unterworfen. Andre Reisende ohne Handelsartikel passiren ungehindert. (S. 43.) [No. 8.] (10. März 1828.)
- §. 18. Auf Seiten- und Nebenwegen ist erlaubt ein- und auszufahren: a) nicht zollpflichtige Gegenstände u. (S. 43.) [No. 8.] (10. März 1828.)
- §. 19. Lumpen und Borke. (S. 43.) [No. 8.] (10. März 1828.)
- §. 20. Gegenstände, für welche kein Auszoll erlegt wird. (S. 44.) [No. 8.] (10. März 1828.)
- §. 21. Anmeldung und Bezahlung, wenn ein Zollamt von der Landesgränze landeinwärts zurückliegt. (S. 44.) [No. 8.] (10. März 1828.)
- §. 22. Aus- und eingehende Waarenartikel müssen mit Ladungsdocumenten u. begleitet sein — Sind vorzulegen. (S. 44.) [No. 8.] (10. März 1828.)
- §. 23. Revision und Abfertigung, wenn die Fracht- und Waarenführer nicht mit den erforderlichen Documenten versehen sind. (S. 44.) [No. 8.] (10. März 1828.)
- §. 24. Mündliche Anmeldung der Waaren auf Lastthieren, Schieffarren u. (S. 45.) [No. 8.] (10. März 1828.)
- §. 25. Die Revision nach geschehener Anmeldung. (S. 45.) [No. 8.] (10. März 1828.)
- §. 26. Beschränkung auf äußere Befichtigung der Ladung und Documente — Specielle Un-

Untersuchung in Fällen des dringenden Verdachts — Oeffnung der Gebäude u. (S. 45.) [No. 9.] (10. März 1828.)

§. 27. Zollabfertigung, quittirte — Abgebung ders. (S. 45.) [No. 9.] (10. März 1828.)

§. 28. Zollofficanten u. haben darauf zu achten, daß die Zollabgaben berichtigt werden — Vorzeigung der Abfertigungen. (S. 45.) [No. 9.] (10. März 1828.)

§. 29. Controle von dem h. R. C. (S. 46.) [No. 9.] (10. März 1828.)

§. 30. Die Zollpflichtigen sind anständig zu behandeln u. (S. 46.) [No. 9.] (10. März 1828.)

§. 31. Dürfen keine Geschenke für ein Dienstgeschäft nehmen und sich keiner Vexation schuldig machen. (S. 46.) [No. 9.] (10. März 1828.)

§. 32. Verantwortlichkeit der Zolleinnehmer. (S. 46.) [No. 9.] (10. März 1828.)

St 33. Disciplinarstrafen. (S. 47.) [No. 9.] (10. März 1828.)

§. 34. Bestrafung der Vergehen und Bestechungen. (S. 47.) [No. 9.] (10. März 1828.)

§. 35. Unständiges Benehmen der Zollpflichtigen gegen die Zollbediente und die andern §. 28. genannten Officanten zu beobachten — Bestrafung der Widersetzlichkeit — Bestechung. (S. 47.) [No. 9.] (10. März 1828.)

III. Uebertretung des Zollgesetzes und Strafen.

§. 36. Achtfacher Betrag des außerdem zu erlegenden Zolles. (S. 47.) [No. 9.] (10. März 1828.)

§. 37. Ueberschreitung der Zollbarriere wird als Zolldefraude angesehen. (S. 48.) [No. 9.] (10. März 1828.); so wie

§. 38. eine unrichtige Declaration, Abspannen der Pferde. (S. 48.) [No. 9.] (10. März 1828.)

§. 39. Bloße Anmeldung ohne Bezahlung der Abgabe, befreiet nicht von der Strafe. (S. 48.) [No. 9.] (10. März 1828.)

§. 40. Achtfacher Betrag der Strafe in den §§. 37 — 39. gedachten Contraventionsfällen. (S. 48.) [No. 9.] (10. März 1828.)

§. 41. Die Strafe ist nur von dem Zolle zu erlegen, der durch eine unrichtige Abgabe verloren gegangen sein würde. (S. 48.) [No. 9.] (10. März 1828.)

§. 42. Erhöhung der Strafe im Wiederholungsfalle. (S. 48.) [No. 9.] (10. März 1828.)

§. 43. Gerichtliche Verfahren und Bekanntmachung durch die Br. Anz. (S. 49.) [No. 9.] (10. März 1828.)

§. 44. Die Strafbeträge werden mit der defraudirten Zollabgabe bei der Zollreceptur erlegt. (S. 49.) [No. 9.] (10. März 1828.)

§. 45. Fahrlässigkeit oder Unwissenheit gereicht nicht zur Entschuldigung. (S. 49.) [No. 9.] (10. März 1828.)

- S. 46. Wagen u. haftet für die Entrichtung des Zolls u. (S. 49.) [No. 9.] (10. März 1828.)
- S. 47. Untersuchung vom Kr. Amte; ist es zur Entscheidung nicht competent, so sendet es die Acten an das Distr. Ger. (S. 50.) [No. 9.] (10. März 1828.)
- S. 48. Der Denunciant erhält die Hälfte der Strafe. (S. 50.) [No. 9.] (10. März 1828.)
- S. 49. Berechnung der Hälfte der Strafgeelder für die dienstfeurigsten Zollofficianten. (S. 50.) [No. 9.] (10. März 1828.)
- S. 50. Erstreckung dieser Vorschriften für die Stadt Braunschweig und Ummensen. (S. 50.) [No. 9.] (10. März 1828.)
- S. 51. Die früheren Verordn. und Erlasse, die bisherige Zollverfassung betr. sind aufgehoben. (S. 50.) [No. 9.] (10. März 1828.)
- S. 52. Vorbehalt wegen Ergänzung und Abänderung. (S. 51.) [No. 9.] (10. März 1828.)
- Gränz-Zoll-Tarif. (S. 52.) [No. 9.] (10. März 1828.)
- Declarat. der B. vom 10. März 1828 die neue Gränzzoll-Einrichtung betr., hinsichtlich des zu Wolfenbüttel zu entrichtenden Ein- und Auszollens. (S. 5.) [No. 2.] (16. Jan. 1829.)

Der durch die B. v. 3. Febr. 1815 vorgeschriebene Ein- und Auszoll bleibt unter Berücksichtigung der wegen einzelner Gegenstände bestimmten Ermäßigung, nach wie vor zu erlegen.

Bekanntm., die Declarat. der, in der Abtheilung III. No. I. a. des, der Verordn. vom 10. März 1828, wegen der neuen Gränzzolleinrichtung, angehängten Zolltarifs, enthaltenen Bestimmung, hinsichtlich des Eingangszolls vom Getreide u. betr. (S. 13.) [No. 5.] (16. Juli 1829.)

Es ist die Absicht gewesen, daß die Zollfreiheit den Producten des Ackerbaues, der Viehzucht und der Naturalgefälle nur von solchen im Auslande belegenen Grundbesitzungen hiesiger Landeseinwohner zu Theil werden solle, durch deren Besitz Letztere die Eigenschaft von Unterthanen des betreffenden auswärtigen Staats nicht erhalten.

R e s c r i p t e.

Resc. f. R. G. v. 16. Februar 1816.

Da mittelst eines anhero erlassenen höchsten Resc. vom 11. d. M. den Gemeinen Warle, Scheppensiedt, Gr. Dahlum, Al. Dahlum, Ingeleben, Söllingen, Dobbeln, Zerzheim, Weiersiedt, Gevenleben und Watenriedt die frühere Zollfreiheit für ihr Getreide auf der Zollstätte vor Scheppensiedt wiederum zugestanden worden, eine gleiche Freiheit auch die Gemeinen Wobbeck, Kablingen und Eikum vormals hatten, so wird solches dem f. Kr. Ger. Scheppensiedt bekannt gemacht.

Resc. f. R. E. v. 9. November 1816.

Die Lage der Gemeinen Wazum und Barnsdorf läßt voraussetzen, daß rücksichtlich der Zollfreiheit von ihrem Getreide auf der Zollstätte zu Scheppensfeß, eben dieselben Verhältnisse Statt gefunden haben, welche bei den in dem Resc. vom 16. Febr. d. J. erwähnten Gemeinen eingetreten sind. Da dieselben eine gleiche Freiheit reclamirt haben, und ihnen dieselbe zugestanden worden, so wird das f. Kr. Ger. S. hierdurch beauftragt, solches, und daß deshalb das Nöthige an den Zollnehmer zu S. erlassen worden, den beiden Gemeinen zur Nachricht zu eröffnen.

Resc. f. R. E. v. 21. November 1818.

Nachdem nunmehr mittelst höchsten Resc. vom 14. d. M. die Vorschläge zur Regulirung der gegenseitigen Zollverhältnisse auf den Zollstätten zu Holzminden und Merxhausen genehmigt worden, so wird zu diesem Ende Folgendes hierdurch festgesetzt:

1) Der Zoll in Holzminden sowol als in Merxhausen wird nach wie vor in Gemäßheit der auf der einen und der andern Zollstätte eingeführten Zollrolle und den rücksichtlich daselbst üblichen Zollsätzen, wie bisher, ohne Veränderung erhoben.

2) Diejenigen Ladungen, welche in Holzminden verzollt worden, sind, wenn die Zollzettel producirt werden, in Merxhausen zollfrei passiren zu lassen.

In Ermangelung der Zollzettel ist der Zoll in Merxhausen nach den auf dieser Zollstätte üblichen Sätzen einzufordern.

3) In Holzminden ist von den Ladungen, welche in Merxhausen verzollt worden, wenn darüber Zollzettel producirt werden, in sofern auf der zuerst genannten Zollstätte ein höherer Zollsatz Statt findet, oder die Abgabe in Cassenmünze entrichtet werden muß, nur der überschießende Betrag einzufordern, mithin dasjenige, was in Merxhausen bereits entrichtet worden, auf den Gesamtbetrag zu Gute zu rechnen, und sind, so viel den Unterschied der Münzsorten betrifft, 4 Thlr. 16 Ggr. Cassenmünze für 5 Thlr. Conventionsgeld zu berechnen. Im Falle der Uebereinstimmung des Betrages der Abgabe auf beiden Zollstätten sind die in Merxhausen verzollten Ladungen auf beigebrachte Zollzettel in Holzminden zollfrei passiren zu lassen, in Ermangelung dieser Zettel aber ist nach der Regel zu verfahren.

4) Die zollfrei passirten Ladungen auf beiden Zollstätten, so wie auch diejenigen, worauf in Holzminden ein Nachtrag entrichtet werden muß, sind in den Zollregistern beider Zollstätte und rücksichtlich derjenigen in Holzminden ohne Unterschied aufzuführen, und in der Gelbcolumne das Wert frei zu setzen, oder in Holzminden im eintretenden Falle der Mehrbetrag zu berechnen; in jedem Falle aber sind auf beiden Zollstätten die producirten Zollzettel den Registern der betreffenden Zollstätte als Beläge beizufügen.

5) Die Einrichtung soll mit dem 1. Jan. 1819 ihren Anfang nehmen.

Bekanntm. h. R. E. v. 21. August 1828.

Demnach in Gemäßheit eines allerhöchsten Resc. vom 16. d. M. von allem in die hiesigen Lande eingeführt werdenden ausländischen Sichorien-Kaffee wiederum eine Eingangs-

abgabe und zwar zu dem Satze von Einem Gutengroschen für jedes Pfund vom 1. October d. J. an, erhoben werden soll, und Wir zur Publication dieser allerhöchsten Bestimmung befehligt worden sind: so wird solches hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, mit dem Bemerken, daß die Entrichtung der fraglichen Eingangsabgabe bei der mit dem 1. Octbr. d. J. eintretenden Gränzzoll-Receptur geschehen muß.

(Br. Anz. 1828. Nr. 68.)

Instruct. h. K. E. für die Gränzzollbeamten v. 1. Septbr. 1828.

§. 1. Die Gränzzollbeamten haben sich bei Ausrichtung ihres Dienstes genau nach der landesherrl. Verordn. vom 10. März d. J., das Zollwesen betr., den Verfügungen des h. K. E. und nach den ihnen erteilten Instructionen zu richten.

Dieselben haben den Acciseinspector des Distr. als ihren nächsten Vorgesetzten anzusehen, und in allen Dienstangelegenheiten an denselben sich zu wenden. Sie haben ihren Dienst mit Rechtlichkeit und Unbestechlichkeit zu führen, und die erhobenen Abgaben mit der größten Genauigkeit zu berechnen.

Außer den von der allerhöchsten Landesregierung oder der h. K. dazu beauftragten Personen, ferner der h. Packhaus-, Zoll- und Accise-Commission zu Braunschweig, dem Acciseinspector und Acciseaufsehern sollen Niemandem Nachrichten aus den Zollregistern und Dienstacten erteilt werden. Insbesondere sollen den Officianten fremder Statten keine Notizen daraus gegeben werden.

Die Gränzzollbeamten sollen den ihnen vorgesetzten Acciseinspectoren die gebührende Achtung bezeigen, und deren Anordnungen ohne Widersehllichkeit genügen. Im Falle über die Zulässigkeit und Ausführbarkeit dieser Anordnungen Zweifel bei ihnen entstehen sollten, ist ihnen gestattet, darüber die Entscheidung des h. K. E. schriftlich einzuholen. Bis dahin, daß solche erfolgt, ist aber lediglich den Anweisungen des Acciseinspectors gemäß zu verfahren.

Mit den Acciseaufsehern haben die Gränzzollbeamten ein für den Dienst ersprießliches Einverständnis zu unterhalten, und diesen Officianten mit allen Nachrichten zur Hand zu gehen, welche zu einer sichern Controle förderlich sind.

Gegen die Zollpflichtigen haben die Gränzzollbeamten sich anständig und freundlich zu benehmen, dieselben so schnell, als es der Dienst erlaubt, abzufertigen und Alles zu vermeiden, was zu Verationen und Beschwerden führen kann.

Der Dienst der Gränzzollbeamten ist nicht auf Tageszeiten oder Stunden beschränkt. Sie sind zu dessen Ausübung zu jeder Zeit, mithin auch des Nachts verpflichtet, und dürfen ihre Posten nicht verlassen, ohne durch andere Officianten vertreten zu sein. Im Falle daher die Umstände eine Beurlaubung nöthig machen sollten, haben sie sich an den Acciseinspector zu wenden, welcher entweder den Urlaub zu bewilligen oder deshalb an h. K. E. zu berichten, in beiden Fällen aber eine Sublevation anzuordnen hat.

Die Zollregister sind reinlich zu halten, mit Deutlichkeit zu führen, und alle Rasuren in denselben zu vermeiden. Im Falle die Abänderung irgend eines Postens nöthig

werden sollte, ist solche deutlich und mittelst Ausstreichens vorzunehmen, in der Rubrik „Bemerkungen“ aber kurz anzudeuten, aus welchem Grunde die Abänderung geschehen.

Die vorhandenen Dienstutensilien, Warnungs- und Benachrichtigungstafeln sind von dem Gränzzollbeamten gehörig zu bewahren und ist bei entstehendem Abgange dem Acciseinspector davon Anzeige machen.

§. 2. Wenn auf dem Zollamte Waaren, behuf des Einganges in das hiesige Land ankommen, so hat der Gränzzollbeamte den Waarenführer nach dem Gegenstande des Transports zu befragen und denselben zur richtigen Declaration der Ladung aufzufordern. Es sind dabei die den Transport begleitenden Papiere, Frachtbriefe auch etwanigen Abfertigungen auswärtiger Steuerbehörden zum Grunde zu legen und übrigens sachdienliche Erkundigungen anzustellen, damit von den Waarenführern aus Unkunde mit den hiesigen Einrichtungen keine Contraventionen begangen werden.

Ist der Inhalt der Ladung auf diese Weise oder durch Beschauung gehörig constatirt, so geschieht die Berechnung, der Verordn. vom 10. März 1828 gemäß, und hiernächst die Eintragung in das Zollregister. Ist das Gewicht in den Begleitscheinen nach Schiff- und Riespfunden angegeben, so ist 1 Schifffund zu 3 Etr. oder 20 Riespfunden, 1 Riesfund aber zu 17 Pfund zu rechnen. Läßt sich das Gewicht der Ladung aus den Begleitscheinen nicht ermitteln, und erscheint eine etwanige behüfliche Angabe des Führers als unwahrscheinlich, so geschieht die Berechnung dergestalt, daß 15 Etr. auf jedes Zugpferd, 3 Etr. auf ein Packpferd und einen Etr. auf einen Tragpacken gerechnet werden. Dabei wird bemerkt, daß §. 4. der Verordn. vom 10. März 1828 im ersten Satze in den Worten: „von jedem Etr. und darüber“ ein Druckfehler enthalten ist und solches heißen muß: „von jedem Etr. und darunter.“ — Hiernächst geschieht die Erlegung der berechneten Abgabe und die Ausstellung der Zollquittung.

Sind die Waaren zugleich accisepflichtig, so quittirt der Gränzzollbeamte über die erlegte Zollabgabe unter der dem Waarenführer auszustellenden Eingang-Declaration, dem dazu ertheilten Formulare gemäß.

Zollämter, welche nicht zugleich Gränzpassämter sind, haben jedoch solche Waaren, welche der Verbrauchsabgabe im Lande unterliegen, zurück- und über den nächsten Gränzpaß zu weisen, und darauf möglichst zu achten, daß sie nicht heimlich ins Land gebracht werden.

Sind die vorgeführten Gegenstände bloß zollpflichtig, so ertheilt der Gränzzollbeamte darüber eine bloße Zollquittung.

Die Zollregister sind nach dem Schema A., die Zollquittungen nach dem Schema B. einzurichten. Die Zollquittungen sollen die Nummer des Registers, unter welcher die Abgabe zur Berechnung gekommen ist, enthalten, und die darin verzeichneten Beträge mit den im Register eingetragenen Summen genau übereinstimmen. Die Ausfüllungen in den Zollquittungen geschehen mit Zahlen, aber mit möglichster Deutlichkeit. Werden accisepflich-

tige Waaren mit bloß zollpflichtigen Gegenständen zusammen transportirt, so erhält der Waarenführer rücksichtlich beider besondere Zollabfertigungen. Ueber die von den accisepflichtigen Waaren erlegten Zollgefälle quittirt der Gränzzollbeamte unter der Eingangs-Declaration, über die bloß zollpflichtigen Gegenstände aber ertheilt er eine besondere Zoll-Quittung.

§. 3. Bei der Erhebung des Ausgangszolles ist folgendermaßen zu verfahren:

Geht die Waare bloß durch, so dient die Abfertigung des Eingangszollamtes der Berechnung des Auszolls zur Basis.

Ist dieselbe im Lande geladen und bloß der Zollpflicht unterworfen, so sind die Lade- und Passirscheine bei der Berechnung der Abgabe zum Grunde zu legen, und wird im Uebrigen verfahren, wie §. 2. beim Eingange vorgeschrieben ist.

Ist dagegen die Waare zugleich accisepflichtig, und das Zollamt zugleich ein Gränzpaßamt, so wird der Zollbetrag nach den Abfertigungen der Behörden ermittelt, und treten außerdem die Functionen des Gränzzollbeamten als Gränzpaßbeamter ein.

Da nach §. 21. der Verordn. vom 10. März d. J., die Erhebung der Accise betr., nachgelassen ist, accisepflichtige Gegenstände auch über diejenigen Gränzzollämter auszuführen, welche nicht zugleich Gränzpaßämter sind, so ist in dem Falle, daß accisepflichtige Gegenstände zum Ausgange angemeldet werden, eine genaue Vergleichung der Ladung mit den Begleitscheinen, solches mögen Ladescheine von den Packhöfen zu Braunschweig und Wolfenbüttel oder gewöhnliche Passirscheine sein, vorzunehmen und nach Richtigbefinden der Ladung der Ausgangszoll zu berechnen.

In solchen Fällen sind jedoch die gedachten Lade- oder Passirscheine den Waarenführern abzunehmen, es ist der Ausgang darauf zu attestiren und hiernächst sind solche mit erster Gelegenheit dem Acciseinspector zur weiteren Absendung zu übermachen.

Findet sich bei der vorzunehmenden Revision eine Unrichtigkeit, und stimmen die Begleitscheine mit dem Inhalte der Ladung nicht überein, so sind die Waaren anzuhalten, und ist das nächste Gränzpaßamt oder der nächste Acciseaufseher von dem Vorfalle zu benachrichtigen, in den Fällen aber, wo solches unthunlich sein sollte, unter Zuziehung der Ortsbehörde die Contravention zu constatiren, und von dem Waarenführer sodann eine der Accise und Strafe angemessene Summe zu deponiren, oder ein dieser Summe angemessener Gegenstand zu verpfänden, und der Waarenführer hiernächst erst zu entlassen, sodann aber dem Acciseinspector sofort Nachricht zu ertheilen, welcher den Umständen nach weiter verfahren wird.

Das Ausgangsregister wird nach dem Schema C. geführt. Ueber die erlegte Abgabe wird eine Zollquittung nach Schema B. ertheilt, es mag die Ladung aus accise- und zollpflichtigen Gegenständen zugleich bestehen, also gemischter Art sein, oder bloß zollpflichtige Gegenstände enthalten. Außer in der Zollquittung hat der Gränzzollbeamte im erstern Falle die Erlegung der Abgabe noch unter der zurückzubehaltenden Abfertigung zu bemerken.

§. 4. Die Gränzzollbeamten sind für die richtige Berechnung der Abgaben verantwortlich. Dieselben haben etwaige Defecte aus eigenen Mitteln zu ersetzen, dagegen steht ihnen an der irrig zu viel bezahlten Abgabe kein Anrecht zu, es soll solche vielmehr den Zahlern refundirt und wenn diese nicht zu ermitteln sein sollten, der Cassé vorläufig berechnet werden.

Alle Berechnungen und Zahlungen geschehen in Conventionsmünze. Bruchpfennige werden, wenn sie unter $\frac{1}{2}$ betragen, nicht gezahlt, $\frac{1}{2}$ und darüber aber wird für voll gerechnet.

Das Creditiren der Zollgefälle ist den Gränzzollbeamten ein für alle Mal untersagt. — Die Geldrubrik im Zollregister ist monatlich zu summiren, und ist der Cassenvorrath sodann mit einem Ablieferungszettel nach Schema D. begleitet, an die Kreis-casse abzuliefern. Die ertheilte Quittung wird dem Register als Belag beigelegt.

Ist die Einnahme bedeutend, so sind auf gleiche Art im Laufe des Monats Ablieferungen zu bewerkstelligen, so daß der Cassenvorrath nicht über 50 Thlr. betragen darf.

Die bewilligte Remise von der Einnahme wird monatlich berechnet, und unter dem Abschlusse in Absatz gebracht. Hat im Laufe des Monats keine Einnahme Statt gefunden, so ertheilt der Gränzzollbeamte der Kreis-Casse darüber ein Negativ-Certificat nach Schema E.

Die Ablieferungen der im Laufe des Monats erhobenen Gelder oder der Negativ-Certificate müssen bis zum 5. jedes nächstkommenden Monats beschafft sein.

Alle Quartal, und zwar am 31. März, 30. Juni, 30. Septbr. und 31. Decbr. jeden Jahrs werden die Zollregister abgeschlossen, mit der Unterschrift des Gränzzollbeamten versehen und an den Acciseinspector abgeliefert.

Von dem Acciseinspector sind sämtliche Formularpapiere zur Dienstführung abzufordern.

§. 5. Wenn zollpflichtige Waaren aus getrennten Landestheilen eingehen, so haben sich die Führer wegen der am ersten Eingangszolle erlegten Abgabe zu legitimiren, und sind solche auf Vorzeigung der Abfertigung frei.

Vermögen sich dieselben über die Bezahlung des Zolles nicht auszuweisen, und ist es den Umständen nach unzweifelhaft, daß dieselben bereits ein Zollamt zu passiren hatten, oder stimmen die Zollabfertigungen mit der Ladung nicht überein; so ist anzunehmen, daß die Waarenführer die Abgabe ganz oder theilweise defraudirt haben. Es ist sodann auf die Erlegung der gesetzlichen Strafe zu halten, bei eintretender Zahlung die Abgabe zu berechnen, die Strafe aber an die Kr. Cassé abzuliefern und dem Acciseinspector von der Contravention Anzeige zu machen.

Im Falle der Waarenführer zur Erlegung der Strafe sich aber nicht verstehen sollte, ist derselbe anzuhalten, und dem nächsten Acciseofficianten von dem Vorfalle Nachricht zu geben, oder aber unter Zuziehung der Ortsbehörde ein Theil der Ladung in Be-

schlag zu nehmen, und sodann der Acciseinspector davon in Kenntniß zu setzen, wobei sich von selbst versteht, daß der Name und Wohnort des Contravenienten zu ermitteln ist.

Gleichergehalt ist zu verfahren, wenn auf irgend eine andere Art Contraventionen entdeckt werden. Gehen Waaren über getrennte Landestheile aus, so ist beim ersten Ausgangszollamte der Ausgangszoll ordnungsmäßig zu erlegen, wogegen der Waarenführer auf dem letzten Ausgangszolle sich durch die erhaltene Zollabfertigung über die Bezahlung der Abgabe legitimirt. Der Gränzzollbeamte hat sodann die Ladung mit der Zollabfertigung zu vergleichen und zu ermitteln, ob seit der Verzollung auf dem ersten Ausgangszolle keine Waarenzuladungen Statt gefunden haben, damit auf diese Weise keine Contraventionen Statt finden können.

§. 6. Wenn zollpflichtige Gegenstände im Inlande transportirt werden, und beim Uebergange aus einem durch Ausland getrennten Landestheile in den andern ein Gränzzollamt berühren, so sind sie auf diesem Gränzzollamte nur dann frei passiren zu lassen, wenn sie sich durch ein Attest über die aus dem Inlande geschehene Versendung nach Schema F. gehörig legitimiren. Zu diesen Attesten sollen den Ortsbehörden durch die Acciseaufseher Formulare zugestellt werden, deren Gültigkeit jedoch nur auf eine bestimmte Zeit beschränkt ist. Die Gränzzollbeamten haben daher genau auf die Gültigkeit derselben nach Zeit der Ausstellung zu achten. Diese Atteste sind den Inhabern sodann abzunehmen und ihnen dagegen nach Schema G. Freischeine auszustellen, wodurch sie sich auf ihrer ferneren Route legitimiren können. Der Waarengegenstand ist im Eingangsregister, wie jede andere zollpflichtige Waare, zu bemerken, die Geldrubrik aber durchzupunktiren, und in der Rubrik: „Bemerkungen“ zu setzen: „frei laut Attestes No.“ Das zurückgenommene Attest erhält sodann die No. der Eintragung im Register, und bleibt als Belag dabei.

Inländer, welche dem Gränzzollbeamten als solche bekannt sind, oder Personen, welche sich auf sonstige glaubhafte Weise darüber legitimiren können, daß die Gegenstände ihres Transports vom Inlande ausgegangen seien, sind, auch wenn sie die vorgeschriebenen Atteste der Ortsbehörde für das Mal nicht führen sollten, frei passiren zu lassen.

§. 7. Alle Abfertigungen der Gränzzollbeamten geschehen unentgeltlich, und ist den Zollerhebern aufs Strengste untersagt, sogenannte Accidenzen zu nehmen.

S c h e m a A.

Herzogthum Braunschweig.

G r a n z z o l l = A m t z u N. N.

Eingangs = Zoll = Register

f ü r

das Quartal vom 1ten October bis 31ten December 18..

Zoll, Rescripte.

№	Datum.	Namen und Wohnort der Zollpflichtigen.	kommt von	geht nach
1.	18 October 3.	Fuhrmann Engel aus Göttingen	Frankfurt.	Braunschweig.
2.	= 4.	Einwohner Meyer aus Vorsfelde	Vorsfelde.	Lehre.

Zoll, Rescripte.

329

Benennung der eingeführten zollpflichtigen Gegenstände.	Betrag des erlegten Eingangszolls			Bemerkungen.
	Rthlr.	Ggr.	Pf.	
10 Schiffsfund trocken Gut macht Centner mit 10 Stück Schweinen	— .	2 .	6 .	frei laut Bescheinigung N ^o 2.

S c h e m a B.

N^o des Registers.

H e r z o g t h u m B r a u n s c h w e i g.

G r ä n z z o l l - A m t z u N. N.

Der

aus

kommt mit

Wagen

Pferden von

und declarirt

zum Eingange nach

= Durchgange über

und hat den Eingangszoll mit

Rthlr.

Ggr.

Pf. er-

legt.

Gränzzoll-Amt zu

am

18

S c h e m a C.

Herzogthum Braunschweig.

G r ä n z z o l l = A m t z u N. N.

Ausgangs = Zoll = Register

f ü r

das Quartal vom 1ten October bis 31ten December 18..

N ^o	Datum.	Namen und Wohnort der Zollpflichtigen.	kommt von	geht nach

Zoll, Rescripte.

333

[illegible]

Zoll, Rescripte.

S c h e m a D.

A b l i e f e r u n g s - S c h e i n.

An die Kreis = Casse				wird hierbei an erho-
benem Zolle auf dem Gränzzoll = Amte				für den
Monat	18	und zwar		
Eingangs = Zoll		Rthlr.	Ggr.	Pf.
Ausgangs = Zoll		=	=	=
überhaupt		Rthlr.	Ggr.	Pf.
und nach Absatz der Remise zu pr. Ct. zu				
die Summe von . . .		Rthlr.	Ggr.	Pf.
abgeliefert.				
am	18			
N. N.				

S c h e m a E.

Im Laufe des Monats		hat auf dem Gränzzoll = Amte
zu	keine Einnahme Statt gefunden, worüber der Kreis-	
Casse	hierdurch Anzeige gemacht wird.	
am	18	
N. N.		

Zoll, Rescripte.

335

S c h e m a F.

Der
Orte

versendet aus hiesigem

über den Gränzzoll zu nach
und wird demselben behuf der Zollfreiheit diese Bescheinigung ertheilt.
am 18

Giltig bis zum
Morgens Uhr
Abends =

Der Ortsvorsteher N. N.

S c h e m a G.

№ des Registers

Z o l l f r e i s c h e i n.

Gränzzoll-Amt zu N. N.

Der aus
hat über das hiesige Gränzzoll-Amt eingeführt

und ist demselben nach bescheinigter inländischer Ausföndung dieser Frei-
schein ertheilt.

am

18

N. N.

Bege Repert. II. Thl.

43

Bekanntm. h. K. E. v. 4. September 1828.

Demnach behuf Ausführung der mit dem 1. f. M. in Kraft tretenden allerhöchsten Verordn. vom 10. März d. J., die neue Gränzzolleinrichtung betrff., für erforderlich erachtet worden, die nach §. 1. anzulegenden Gränzzollämter in nachfolgenden Ortschaften, als:

1) zum Wendenthurme bei Wenden, 2) zu Lehre, 3) zum Steinhofe bei Watenbüttel, 4) zu Gierße, 5) zu Bettmar, 6) zu Delber am weißen Wege, 7) zu Lobmactersen, 8) zum Bungenstedter Thurme bei Halchter, 9) zu Achim, 10) zu Zerzheim, 11) zu Hefsen, 12) zu Querum, 13) zur Fährmühle bei Hedwigsburg, 14) zu Gebhardshagen, 15) zu Osterlinde, 16) zu Nordassel, 17) zu Broistedt, 18) zu Duttonstedt, 19) zu Wendezelle, 20) zu Vorsfelde, 21) zu Liddische, 22) zu Ahnebeck, 23) zu Wahrstedt, 24) zu Helmstedt vor dem Magdeburger Thore beim Kloster St. Ludgeri, 25) daselbst vor dem Norderthore, 26) ebenbaselbst vor dem Süderthore, 27) zum Fährthurme bei Schöningen, 28) zum Ochsendorfer Passhause, 29) zu Grasleben, 30) zu Calvörde, 31) zu Blankenburg vor dem neuen Thore, 32) daselbst vor dem Lühnschen Thore, 33) zu Timmenrode, 34) zu Heimbürg, 35) in dem Wirthshause zum weißen Koffe, der Pfeiffenkrug genannt, auf der Straße von Blankenburg nach Braunschweig, 36) zu Hasselfelde, 37) zu Stiege, 38) zu Lanne, 39) zu Sorge, 40) zu Walkenried, 41) zu Braunlage, 42) zu Neustadt, 43) zu Münchheim, 44) zu Westerode, 45) zum Ockerthurme, 46) zu Langelsheim, 47) zu Lutter am Barenberge, 48) zu Kl. Rhüden, 49) zu Gererode, 50) zu Badenhausen, 51) zur Gittelber Leichmühle, 52) zu Ildehausen, 53) zu Osterbruch, 54) beim Brunser-Krüge zu Mühlenbeck, 55) beim stumpfen Thurme unweit der Carlshütte, 56) zu Seesen, 57) zu Münchhof, 58) zu Mählum, 59) zu Gandersheim, 60) zu Ritterode, 61) zu Greene, 62) zu Garlebsen, 63) zu Bartshausen, 64) zu Meinsbren, 65) zu Holzminden, 66) zu Linse, 67) zu Heyen, 68) zu Wisperode, 69) zu Hohenbüchen, 70) zu Wangelsstedt, 71) zu Merxhausen, 72) zu Neuhaus, 73) zu Fürstenberg, 74) zu Forst, 75) zu Rühle, 76) zu Kemnade, 77) zu Scharfholdendorf, 78) zu Bremke, 79) zu Dittenstein, 80) zu Hehlen, 81) zu Rbedinghausen, einzurichten; so wird solches in Gemäßheit eines allerhöchsten Resc. vom 3. d. M. hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Uebrigens wird noch bemerkt, daß diejenigen zollpflichtigen Gegenstände, welche bloß im Inlande versandt werden, und bei dem Uebergange aus einem durch das Ausland getrennten hiesigen Landestheile in einen andern, ein Gränzzollamt berühren, auf diesem nur dann zollfrei passieren können, wenn sie mit behufigen Attesten der Ortsbehörden, nach den denselben darüber erteilten Formularen, begleitet sind.

Die Absender haben daher in obgedachten Fällen die unentgeltlich auszustellenden Atteste bei den Ortsbehörden nachzusuchen.

(Br. Anz. 1828. Nr. 76.)

Bekanntm. h. K. E. v. 6. September 1828.

Mittelft allerhöchsten Resc. vom 14. d. M. ist allergnädigst verordnet worden, daß

vom 1. Octbr. d. J. an bei den mit diesem Tage eintretenden Gränzzoll-Recepturen, von allen in die hiesigen Lande eingehenden ausländischen Papiertapeten, eine Eingangsabgabe von 18 Egr. für den Etr., außerdem aber in den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel von den daselbst eingeführt werdenden dergleichen ausländischen Tapeten, statt des bisherigen Accisesatzes zu 1 pr. Ct. des Werthes, eine Verbrauchssteuer von 6 Egr. für den Etr. entrichtet werden soll, und wie Wir zur Publication dieser allerhöchsten Anordnung befehligt worden sind; so wird solches hiermit zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

(Br. Anz. 1828. Nr. 72.)

Resc. h. R. E. v. 31. October 1828.

Die Acciseinspectoren sollen auf Mittheilung der gerichtlichen Erkenntnisse in Zoll-defraudationsfachen bei den Gerichten antragen.

Resc. h. R. E. v. 9. Januar 1829.

Es ist mehrseitig angezeigt worden, wie die Ortsvorsteher der ihnen aufgetragenen Ertheilung der erforderlichen Bescheinigungen behuf des zollfreien Transports der im Inlande zu versendenden Gegenstände eine zu große Beschwerde fänden. Inzwischen ist in der desfalligen Bekanntmachung vom 4. Septbr. v. J. ausdrücklich bemerkt worden, wie jene Bescheinigungen der Ortsvorsteher nur rücksichtlich solcher Gegenstände, welche aus einem hiesigen Landestheile in einen andern, durch das Ausland getrennten diesseitigen Landestheil, nicht aber über diejenigen Gegenstände, welche im ungetrennten Inlande versandt werden, erforderlich sind. Nur in der bisher irrig Statt gefundenen der letzten Bestimmung entgegengesetzten Verfahrungsweise konnten die Ortsvorsteher eine besondere Belästigung finden, indem die nach der Regel wirklich erforderlichen Bescheinigungen nicht so oft und in sehr vielen Ortschaften gar nicht vorkommen werden. Von dieser nicht bedeutenden Geschäftsbeforgung stehen dann aber auch die Ortsvorsteher nicht zu entbinden, und eben so wenig kann ihnen dafür eine besondere Remuneration ausgesetzt werden, weil die ganze Einrichtung lediglich das Interesse der Ortseingesessenen bei dem Verfahren ihrer Producte zum Gegenstande hat. Inzwischen ist unterm heutigen dato noch verfügt, daß in denjenigen Orten, wo Gränzzollbeamte angestellt sind, von diesen und nicht von den Ortsvorstehern, die quæst. Bescheinigungen ertheilt werden sollen, wogegen solches in den übrigen Gemeinen von den Ortsvorstehern nach wie vor geschehen muß. Diese sind demnach anzuweisen und ist ihnen zu eröffnen, daß sie die erforderlichen Formulare bei dem betreffenden Districts-Acciseinspector abzufordern haben.

Resc. h. R. E. v. 12. Februar 1829.

Da nach einem Schreiben der königl. großbritannisch-hannoverschen Oberzoll-Direction zu Hannover vom 27. v. M. die auf den im Resc. vom 9. März 1826 und 4. April 1827 benannten Straßen zugestandenen Erleichterungen hinsichtlich des hannoverschen Zolles, auch ferner Statt finden, jedoch vom 1. März d. J. an, von der Bedingung abhängig gemacht worden sind, daß die Waarentransporte mit Bescheinigungen der Ab-

Zoll, Rescripte.

sender oder der Empfänger versehen sein sollen, in welchen die Qualität und Quantität der Waaren, die Zahl der Colli und deren Nummern und Marken in Buchstaben ausgedrückt, in Erstern auch der Name und Wohnort des Empfängers, in Letztern der Name des Orts, woher die Waaren kommen, bestimmt enthalten sind, und welche unzweifelhaft ergeben, daß die darin bemerkten Waaren nach dem Wiederausgange nach dem königl. hannoverschen Landesgebiete, dasselbe nicht zum zweitenmale berühren, übrigens aber auf Ehre und Gewissen ausgestellt und nur immer auf vier Wochen gültig, auch hinsichtlich der Namensunterschriften von den Ortsobrigkeiten, oder Amts- oder Gerichtsunterbedienten, oder Ortsschulzen, oder Ortsvorstehern, mit Beidruckung eines Dienstsiegels oder auch ohne dasselbe beglaubigt sind; so wird dieses hiermit bekannt gemacht, um davon die betreffenden Einwohner des Districts in Kenntniß zu setzen; auch die vorbenannten Behörden und Officianten anweisen zu lassen, daß sie sich der Beglaubigung der quaest. Bescheinigungen, welche übrigens hinsichtlich derjenigen Gegenstände, denen nach Art. 14. des casselschen Handelsvertrages vom 24. Septbr. v. J. eine zollfreie Durchfuhr durch das Hannover. zusteht, nicht erforderlich sind, zu unterziehen haben.

Bekanntm. h. R. E. v. 7. Mai 1829.

In Beziehung auf die im 32 und 35ten Stücke der Anzeigen d. J. erlassenen Bekanntmachung wird hiermit noch nachträglich zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß auch der vom 1. Juni d. J. an, vom Auslande zu beziehende sogenannte Schäfertaback nicht unter 5 Pfund schwer einzuführen erlaubt sein soll.

(Br. Mhz. 1829. Nr. 36.)

Resc. h. R. E. v. 21. Mai 1829.

Es wird hiermit unverhalten, daß, da der Art. 14. des casselschen Handelsvertrages vom 24. Septbr. v. J. hinsichtlich der Getreideausfuhr aus den hiesigen Landen, nach der Lage der Letztern, hauptsächlich nur gegen das Königr. Hannover in Anwendung kommen kann, mit der königl. Oberzolldirection daselbst aber die Vereinbarung getroffen ist, daß die von den gegenseitigen Ortsvorstehern und Schulzen zu ertheilenden Beglaubigungen von Declarationen in Zollangelegenheiten, auch ohne Beidruckung von Dienstsiegeln gelten sollen, auf Bewilligung solcher Siegel für die Ortsvorsteher in den hiesigen Landen um so weniger eingegangen werden kann, als sonst manche nicht unerhebliche Bedenken dagegen obwalten.

Bekanntm. h. St. M. v. 16. Juli 1829.

Demnach es bei der in der Abtheilung III. No. 1. a. des der Verordn. vom 10. März v. J., die neue Gränz Zollleinrichtung betr., angehängten Zolltarifs enthaltenen Bestimmung, wonach die Producte des Ackerbaues, der Viehzucht und Naturalgefälle, welche hiesige Landeseinwohner von ihren im Auslande belegenen Grundbesitzungen einführen, vom Eingangszolle befreit sein sollen, die Absicht gewesen ist, daß diese Zollfreiheit nur den Producten gedachter Art von solchen im Auslande belegenen Grundbesitzungen hiesiger Landeseinwohner zu Theil werden solle, durch deren Besitz Letztere die Eigenschaft von Un-

terthanen des betreffenden auswärtigen Staats nicht erhalten und welche Grundbesitzungen überhaupt nicht ein für sich bestehendes geschlossenes Gut bilden, die obervähnte Bestimmung aber bisher nicht in gleicher Weise ausgelegt und befolgt worden ist, so wird dieselbe hiermit in vorangeführter Maße declarirt, und haben sich also die Steuerbehörden und Landesunterthanen, welche es angeht, darnach für die Folge zu achten.

Resc. h. R. E. v. 1. August 1829.

Es ist zu seiner Zeit bekannt gemacht, daß und für welche Straßen von Seiten der königl. hannov. Regierung dem Verkehr zwischen den Unterthanen in den durch königl. hannov. Territorium von einander getrennten diesseitigen Landestheilen, eine Ermäßigung des Durchgangszolles auf $\frac{1}{3}$ zugestanden, diese Begünstigung jedoch von der Bedingung abhängig gemacht ist, daß die Waaren und Transporte mit Bescheinigungen der Absender oder Empfänger versehen sein sollen, in welchen die z. f. Resc. v. 12. Febr. 1829. — Aus mehreren zur Anzeige gekommenen Vorgängen muß geschlossen werden, daß diese Form der Declarationen gegen deren allergenaueste Beobachtung allein die besagte Zollbegünstigung von den hannoverschen Gränzbehörden zugestanden wird, den diesseitigen Unterthanen nicht gehörig zur Kenntniß gekommen ist, und sind daher die vorstehenden Bestimmungen in sämtlichen Gemeinden des Kreises ungesäumt und vollständig bekannt zu machen, auch dabei zu bemerken, daß deren allergenaueste Beobachtung zur Erlangung der mehrgedachten Zollermäßigung erforderlich sei, den Ortsvorstehern und Amtsbedienten aber ist aufzugeben, daß sie die ihnen zur Weglaubigung vorgelegt werdenden Declarationen gehörig prüfen und die Aussteller derselben auf die etwanigen Mängel aufmerksam machen.

Resc. h. R. E. v. 24. September 1829.

Es ist mit der königl. großbritt. hannov. Oberzolldirection zu Hannover die Vereinbarung getroffen, daß dem, aus den hiesigen Landen in das Hannov., und resp. aus dem letztern in das erstere auf die Weide zu führenden Schlacht- und Zugviehe die gegenseitige Eingangszollfreiheit zugestanden werden soll, wenn die desfallsigen Controlevorschriften gehörig beobachtet werden.

Für das aus den hiesigen Landen in das Hannov. zu führende Weidevieh bestehen solche Vorschriften in folgenden:

- 1) das Vieh muß, wie überhaupt alles zollbare Vieh, über eine hannov. Hauptzoll-Receptur eingeführt werden;
- 2) die Anmeldung bei der Hauptzoll-Receptur muß schriftlich nach Stückzahl, Art und Farbe, und unter Angabe des Bestimmungsortes, auch ungefährer Bemerkung der Weidezeit, geschehen;
- 3) nach geschehener Revision müssen die Eingangszollgefälle sofort baar deponirt werden, worüber der Einnehmer eine Quittung ausstellt;
- 4) wird hiernächst das Vieh während oder am Ende der Weidezeit über dieselbe Zoll-receptur, über welche es eingetrieben ist, wieder ausgeführt, eine Bescheinigung der Dringlichkeit des Orts, wo das Vieh geweidet hat, darüber beigebracht, daß der Empfänger das

selbst eine Weide (eigenthümlich oder pachtweise) besitze, und daß in der Declaration bezeichnete Vieh dort die — bestimmt anzugebende — Zeit über geweidet habe, daneben auch die Quittung über den deponirten Eingangszoll zurückgeliefert, so wird dieser von dem Einnahmer, wenn derselbe sich zuvor von der Identität des Viehes durch eine genaue Revision überzeugt hat, für das wirklich wieder ausgeführt werdende Vieh baar zurückgezahlt, der Empfänger aber hat die Restitution der Zollgefälle unter der gedachten Quittung zu bescheinigen;

5) erfolgt die Wiederausführung des Viehes nicht vor Ablauf von 4 Wochen nach der, in der schriftlichen Declaration angegebenen, ungefähren Weidezeit, so findet eine Rückzahlung des deponirten Zollbetrages nicht Statt.

Im Uebrigen ist das besagte Vieh bei dem Ausgange aus den hiesigen Landen zwar zollfrei; um jedoch bei dem Wiedereingange von den hannov. Weideplätzen gleichfalls der hiesseitigen Zollfreiheit theilhaft zu werden, muß

a) beim Ausgange, welcher nur über ein Gränzzollamt geschehen kann, bei demselben die schriftliche Declaration in eben dem Maße, als oben 2. hinsichtlich des Einganges in das Hannov. vorgeschrieben ist, gemacht werden;

b) nach geschehener Revision ertheilt der Gränzzollbeamte dem Declaranten einen Zollfreischein;

c) wird demnächst das Vieh während oder am Ende der Weidezeit über dasselbe Gränzzollamt, über welches es ausgeführt worden, wieder eingetrieben, so passiert dasselbe gegen Vorbringung einer gleichen Bescheinigung der Obrigkeit des Weideorts, als oben sub 4. vorgeschrieben ist, so wie gegen Rückgabe des Zollfreischeins, und wenn der Gränzzollbeamte sich von der Identität des Viehes überzeugt hat, zollfrei wieder ein.

Die Eingefessenen der Districte sind hiervon in Kenntniß zu setzen.

Bekanntm. h. Finanz-Colleg. v. 9. October 1830.

Das Publicum wird hierdurch benachrichtigt, daß der Eingangszoll, welcher nach der Verordn. vom 10. März 1828 von dem zur inländischen Consumption bestimmten Getreide mit 6 Pf. vom Hünpten und von dem zur Wiedereinführung in das Ausland in den Handel gekommenen Getreide aller Art mit 1 Pf. bis jetzt erhoben ist, einer höchsten Bestimmung zufolge, bis auf Weiteres wegfallen soll.

(Br. Anz. 1830. Nr. 80.)

Chronologisches Verzeichniß

d e r

Verordnungen und Circular-Rescripte,

w e l c h e

in der Verordnungs-Sammlung enthalten sind.

1 8 2 7.
17. Decbr. Seite 153.

1 8 2 8.
15. Januar. 307.
24. Januar. 262.
28. Januar. 154.
8. Februar. 44.
5. März. 205.
9. März. 232.
10. März. 1. 317.
12. April. 306.
26. April. 44.
5. Mai. 232.
6. Mai. 154.
25. Mai. 304.
18. Juni. 259.
2. August. 62.
13. August. 255.
19. August. 63.
30. Septbr. 259.
24. Octbr. 207.

13. Decbr. S. 113.
15. Decbr. 113.
19. Decbr. 209.
20. Decbr. 130.
30. Decbr. 232.

1 8 2 9.
16. Januar. 320.
20. Februar. 258.
2. Juni. 559.
16. Juli. 320.
27. August. 63.
16. Septbr. 154. 259.
23. Septbr. 258.
26. Octbr. 316.
21. Novbr. 187.

1 8 3 0.
7. Januar. 255.
10. Januar. 63.
28. Januar. 61. 179.
5. Februar. 61.

25. Februar. S. 44. 305.
16. März. 106.
20. März. 154. 213.
22. April. 113. 155. 214.
306.
4. Mai. 313.
8. Mai. 155.
18. Mai. 132. 259.
24. Mai. 233. 262.
22. Juli. 134. 135.
23. August. 155.
30. August. 63.
28. Septbr. 144.
4. Octbr. 262. 305.
9. Octbr. 259.
25. Octbr. 155. 214.
27. Octbr. 148. 155.
1. Novbr. 44.
8. Novbr. 304.
18. Novbr. 60.
26. Novbr. 144.
7. Decbr. 144.

Chronologisches Verzeichniß

der

Rescripte, Instructionen, Bekanntmachungen 2c.

1 8 1 4.

- 17. Mai. R. f. R. E. Seite 233.
- 23. Mai. L. R. 148.
- 6. Juni L. R. 149.
- 20. Septbr. R. f. R. E. 63.
- 14. Octbr. R. f. R. E. 41.
- 9. Novbr. R. f. E. 188.
- 17. Decbr. R. f. G. R. E. 262.
- 19. Decbr. R. f. G. R. E. 263.

1 8 1 5.

- 29. Jan. R. f. R. E. 64.
- 16. März. L. R. 103.
- 20. März. R. f. R. E. 64.
- 15. April. L. R. 214.
- 1. Mai. Instr. f. R. E. für die Forstofficianten. 64.
- 1. Mai. Instr. f. R. E. das Forstrechnungswesen betrff. 73.
- 9. Mai. R. f. Milit. Kammer-Deputat. 214.
- 17. Mai. R. f. R. E. 234.
- 1. Juni. R. f. R. E. 234.
- 20. Septbr. R. f. R. E. 263.
- 29. Septbr. R. f. L. G. 45.
- 6. Novbr. R. f. R. E. 259.

1 8 1 6.

- 16. Febr. R. f. R. E. E. 320.
- 28. Febr. Auschr. f. E. 188.
- 28. Febr. R. f. E. 193.
- 18. April. L. R. 156.
- 30. April. R. f. R. E. 79.
- 1. Mai. R. f. G. R. E. 106.
- 3. Mai. R. f. R. E. 113.
- 14. Juni. R. f. R. E. 80.
- 22. Juni. R. f. R. E. 80.
- 26. Juni. R. f. R. E. 45.
- 27. Juni. R. f. M. A. E. 215.
- 5. Septbr. R. f. R. E. 113.
- 30. Septbr. R. f. G. R. E. 156.
- 15. Octbr. R. f. G. R. E. 193.
- 9. Novbr. R. f. R. E. 321.
- 26. Novbr. R. f. R. E. 104.
- 26. Novbr. R. f. G. R. E. 193.

1 8 1 7.

- 11. Jan. R. f. G. R. E. 234.
- 2. März. R. f. R. E. 81.
- 264.
- 23. April. R. f. R. E. 60.
- 26. April. R. f. R. E. 260.
- 20. Mai. R. f. G. R. E. 46.

- 21. Aug. R. f. R. E. E. 234.
- 10. Octbr. R. f. R. E. 81.
- 6. Novbr. R. f. R. E. 156.
- 10. Novbr. R. f. R. E. 104.
- 14. Decbr. R. f. G. R. E. 156.

1 8 1 8.

- 5. Jan. R. f. G. R. E. 81.
- 12. Febr. R. f. R. E. 42.
- 29. Juli. R. f. R. E. 258.
- 14. Novbr. R. f. R. E. 106.
- 21. Novbr. R. f. R. E. 321.
- 11. Decbr. Instr. f. R. E. 307.

1 8 1 9.

- 2. Jan. R. f. R. E. 235.
- 16. Febr. R. f. G. R. E. 81.
- 8. Juli. R. f. G. R. E. 235.
- 15. August. R. f. R. E. 157.
- 20. Septbr. R. f. G. R. E. 235.
- 27. Octbr. R. f. G. R. E. 235.
- 21. Novbr. R. f. R. E. 235.
- 14. Decbr. R. f. G. R. E. 236.

1 8 2 0.

- 18. Jan. R. f. R. E. 215.
- 311.

4. Febr.

Chronologisches Verzeichniß der Rescripte u.

343

4. Febr. R. f. G. R. E. Sei-
te 82.
9. April. R. f. G. R. E.
236.
31. Mai. R. f. R. E. 82.
12. Juli. R. f. R. E. 236.
27. Septbr. R. f. R. E. 113.
29. Septbr. R. f. R. E. 82.
28. Octbr. R. f. R. E. 236.
- 1821.
18. Febr. Ausfchr. des Präsid.
der zweiten Landfch. Sect.
203.
2. März. R. f. L. G. 46.
30. März. R. f. R. E. 114.
30. März. L. R. 158.
13. April. R. f. G. R. E.
237.
22. Juni. L. R. 47.
4. Decbr. Landfch. Bekannt-
mach. 203.
9. Decbr. R. f. R. E. 42.
- 1822.
3. Jan. R. f. G. R. E. 260.
10. Jan. Receptweg. der Jagd-
folge zwischen Hannov. u.
Braunschw. 83.
25. Juli. R. f. R. E. 114.
20. Aug. R. L. Str. E. 264.
31. Aug. Schreiben des f. Ob.
San. Colleg. 209.
23. Novbr. R. L. Str. E.
265.
5. Decbr. R. f. R. E. 47.
- 1823.
18. Febr. R. f. M. H. E. 215.
14. März. R. f. G. R. E.
209.
26. März. R. f. M. H. E.
216.
5. April. R. f. R. E. 115.
2. Mai. L. R. 158. 194.
10. Juli. R. f. R. E. 115.
25. Septbr. R. f. G. R. E.
194.
- Bege Repert. II. Tbl.
- 1824.
29. April. R. f. G. R. E.
E. 158.
25. Mai. R. f. R. E. 115.
16. Juli. R. f. R. E. 237.
3. Septbr. R. f. L. G. 158.
20. Septbr. R. f. R. E. 116.
29. Decbr. R. f. M. H. E.
216.
- 1825.
4. Febr. R. f. R. E. 116.
21. März. R. f. L. G. 50.
7. April. R. f. G. R. E. 50.
25. April. Bekanntm. f. Po-
lizei-Direct. 237.
3. Mai. R. f. G. R. E. 50.
265.
17. Mai. R. f. R. E. 84.
25. Mai. L. R. 105.
5. Juli. R. f. G. R. E. 205.
18. Novbr. R. f. R. E. 265.
29. Decbr. R. f. G. R. E.
42.
- 1826.
19. Jan. R. f. G. R. E. 159.
10. Febr. R. f. R. E. 116.
24. April. R. f. L. G. 51.
29. April. Nachr. d. Magistr.
in Braunschw. 194.
2. Mai. R. f. L. G. 159.
8. Mai. R. f. G. R. E. 160.
2. Juni. R. L. Str. E. 265.
5. Juni. R. f. L. G. 161.
15. Juni. L. R. 85.
22. Juni. R. f. L. G. 195.
30. Juni. L. R. 161.
17. Juli. R. L. Str. E. 265.
31. Juli. L. Privileg. 258.
16. Aug. R. f. E. 195. 195.
19. Aug. R. f. E. 196.
2. Septbr. R. h. E. 196.
20. Septbr. Ausfchr. h. E.
197.
27. Septbr. R. h. R. E. 209.
6. Octbr. R. h. G. R. E.
265.
28. Octbr. R. h. R. E. E.
104.
30. Octbr. Schreib. d. Gränz-
E. 145.
9. Novbr. R. h. L. G. 149.
13. Novbr. R. h. L. G. 161.
14. Novbr. R. h. R. E. 238.
1. Decbr. R. h. R. E. 42.
- 1827.
13. Febr. R. h. R. E. 85.
13. März. R. h. L. G. 164.
15. März. R. h. R. E. 238.
19. März. Ordn. d. Magistr.
in Braunschw. 238.
10. April. R. h. L. G. 165.
25. Mai. R. h. L. G. 167.
28. Mai. R. h. L. G. 51.
4. Juni. R. h. L. G. 150.
9. Juni. R. h. St. M. 256.
21. Juni. Post Scr. I. II.
h. L. G. 168.
28. Juni. L. R. 107.
1. Juli. R. h. L. G. 107.
168.
12. Juli. R. h. St. M. 168.
25. Juli. R. h. R. E. 104.
110.
12. Septbr. R. L. Str. E.
260.
21. Septbr. R. h. St. M.
168.
22. Septbr. R. h. St. M.
169.
24. Decbr. R. h. St. M. 85.
22. Novbr. R. h. L. G. 52.
15. Decbr. R. L. Str. E. 266.
24. Decbr. R. h. R. E. 116.
- 1828.
1. Jan. R. h. R. E. 241.
7. Jan. Bekanntm. h. R. E.
266.
9. Jan. Instr. f. d. Wildschü-
ter. 85.
12. Jan. R. h. Kriegs-Coll.
217.
12. Jan. R. L. Str. E. 261.

14. Jan. R. h. Kriegs: Coll. Seite 217.
 21. Jan. R. h. R. E. 169.
 26. Jan. R. h. St. M. 105. 169.
 29. Jan. R. h. Kriegs: Coll. 219.
 5. Febr. R. h. L. G. 53.
 5. Febr. R. L. Str. E. 116.
 6. Febr. Bekanntm. h. R. E. 266.
 16. Febr. Bekanntm. h. R. E. 261.
 20. Febr. R. L. Str. E. 266.
 23. Febr. R. h. St. M. 106.
 25. Febr. R. h. R. E. 116.
 29. Febr. Bekanntm. h. R. E. 87.
 29. Febr. Bekanntm. L. Str. E. 117.
 4. März. Bekanntm. h. Post: Direct. 256.
 6. März. R. h. St. M. 257.
 10. März. L. R. 53.
 14. März. R. L. Str. E. 42.
 17. März. R. h. L. G. 53. 54.
 19. März. R. h. E. 261.
 22. März. Bekanntm. h. R. E. 117.
 26. März. R. h. R. E. 241.
 27. März. R. h. R. E. 43. 241.
 1. April. R. h. L. G. 170.
 5. April. R. L. Str. E. 43.
 5. April. R. h. Kriegs: Coll. 219.
 18. April. R. h. R. E. 241.
 19. April. R. h. R. E. 88.
 26. April. R. h. R. E. 118.
 30. April. R. h. St. M. 242.
 1. Mai. R. h. St. M. 110.
 1. Mai. R. h. L. G. 170.
 4. Mai. R. h. St. M. 243.
 9. Mai. R. h. R. E. 89.
 12. Mai. R. h. Kriegs: Coll. 219.
 12. Mai. R. h. St. M. 267.
 19. Mai. R. h. L. G. 170.
 22. Mai. R. h. R. E. 180.
 26. Mai. R. h. R. E. 89.
 30. Mai. L. R. 243.
 31. Mai. Reglem. h. R. E. 181.
 5. Juni. R. h. R. E. 153.
 7. Juni. R. h. R. E. 144.
 9. Juni. R. h. R. E. 89.
 12. Juni. R. h. R. E. 243.
 30. Juni. R. h. Kriegs: Coll. 220.
 4. Juli. R. h. St. M. 110.
 15. Juli. R. h. St. M. 210.
 19. Juli. R. h. St. M. 186.
 25. Juli. Instr. L. Str. E. 267.
 1. Aug. R. h. R. E. 54.
 1. Aug. R. h. St. M. 111. 261.
 4. Aug. R. h. R. E. 244.
 15. Aug. R. h. St. M. 187.
 21. Aug. R. h. R. E. 321.
 22. Aug. R. h. L. G. 55.
 26. Aug. R. h. R. E. 244.
 26. Aug. Bekanntm. h. Post: Direct. 257.
 28. Aug. Instr. Str. E. für die Gränzpassbeamten. 4.
 29. Aug. R. L. Str. E. 267. 284.
 1. Septbr. R. h. Kriegs: Coll. 221.
 1. Septbr. Instr. f. d. Gränz: zollbeamten. 322.
 2. Septbr. Bekanntmach. L. Str. E. 25.
 2. Septbr. R. h. L. G. 55.
 3. Septbr. R. h. R. E. 245.
 4. Septbr. Bekanntmach. h. R. E. 336.
 6. Septbr. Bekanntm. h. R. E. 336.
 14. Septbr. Instr. L. Str. E. f. d. Acciseeinnehmer. 25.
 14. Septbr. R. L. Str. E. 25.
 14. Septbr. Instr. L. Str. E. 284.
 19. Septbr. Bekanntmach. h. Leibhaus: Commiss. E. 207.
 21. Septbr. Bekanntmach. h. Leibhaus: Commiss. 207.
 26. Septbr. R. L. Str. E. 299.
 2. Octbr. R. h. R. E. 153.
 20. Octbr. Bekanntm. h. Pack: haus: Commiss. 123.
 31. Octbr. R. h. R. E. 55. 337.
 13. Novbr. R. L. Str. E. 299.
 24. Novbr. R. h. L. G. 111.
 28. Novbr. R. h. R. E. 186.
 30. Novbr. L. R. 172.
 5. Decbr. L. R. 172.
 8. Decbr. R. h. Kriegs: Coll. 221.
 9. Decbr. R. h. St. M. 221.
 12. Decbr. R. h. R. E. 245.
 19. Decbr. R. h. R. E. 55.
 19. Decbr. Bekanntm. L. Str. E. 57.
 27. Decbr. R. h. R. E. 135.
 30. Decbr. R. h. St. M. 173.
 1 8 2 9.
 3. Jan. R. h. E. 198.
 9. Jan. Bekanntm. L. Str. E. 33.
 9. Jan. R. h. R. E. 337.
 12. Jan. R. h. L. G. 173.
 17. Jan. R. h. Kriegs: Coll. 221.
 19. Jan. R. h. Kriegs: Coll. 222.
 28. Jan. R. h. St. M. 245.
 31. Jan. R. h. E. 225.
 2. Febr. R. h. R. E. 57.
 12. Febr. R. h. R. E. 337.
 14. Febr. R. h. Kriegs: Coll. 225.
 15. Febr. R. h. Kriegs: Coll. 225.

Chronologisches Verzeichniß der Rescripte zc.

345

17. Febr. R. h. Kriegs-Coll. Seite 226.
 18. Febr. R. h. St. M. 245.
 27. Febr. Bekanntm. h. R. E. 33. (2.)
 4. März. R. h. E. 57.
 9. März. R. h. R. E. 227.
 11. März. R. h. R. E. 35. 120.
 14. März. R. h. R. E. 137.
 16. März. R. h. R. E. 120.
 18. März. R. h. R. E. 246.
 21. März. R. h. St. M. 57.
 8. April. R. h. R. E. 311.
 13. April. R. h. R. E. 246.
 14. April. R. h. R. E. 121.
 25. April. R. h. R. E. 43. 247.
 26. April. R. h. E. 187.
 29. April. R. h. Kriegs-Coll. 227.
 7. Mai. Bekanntm. h. R. E. 338.
 21. Mai. R. h. R. E. 338.
 25. Mai. R. h. R. E. 105.
 26. Mai. R. h. R. E. 89.
 11. Juni. R. E. Str. E. 299.
 19. Juni. R. h. R. E. 58.
 27. Juni. R. h. E. 198.
 3. Juli. R. h. St. M. 247.
 10. Juli. R. h. R. E. 33.
 16. Juli. Bekanntm. h. St. M. 338.
 18. Juli. R. h. St. M. 247.
 22. Juli. R. h. R. E. 60.
 1. Aug. R. h. R. E. 339.
 3. Aug. R. h. L. Ger. 58.
 5. Aug. R. h. R. E. 122.
 14. Aug. R. h. St. M. 247.
 21. Aug. R. h. R. E. 248.
 25. Aug. R. h. R. E. 250.
 8. Septbr. R. h. St. M. 152. 174.
 16. Septbr. Ausfchr. h. E. 199.
 21. Septbr. R. h. R. E. 299.
 24. Septbr. R. h. R. E. 339.
 3. Octbr. R. h. R. E. 90.
 4. Octbr. R. h. St. M. 210.
 6. Octbr. R. h. R. E. E. 122.
 19. Octbr. R. E. Str. E. 300.
 21. Octbr. R. h. R. E. 300.
 23. Octbr. R. h. R. E. 58.
 23. Octbr. Bekanntm. h. R. E. 91.
 24. Octbr. Bekanntm. L. Str. E. 34.
 2. Novbr. Bekanntmach. h. Post-Direct. 257.
 16. Novbr. Verfüß. h. Db. San. E. 210.
 21. Novbr. R. h. St. M. 210.
 4. Decbr. R. E. Str. E. 123. 301.
 15. Decbr. R. h. St. M. 123.
 30. Decbr. L. R. 250.
 31. Decbr. R. h. St. M. 174.
 1 8 3 0.
 3. Jan. R. h. R. E. 250.
 6. Jan. R. h. R. E. 91.
 14. Jan. R. h. L. G. 152.
 17. Jan. Bekanntm. h. Db. San. E. 211.
 25. Jan. R. E. Str. E. 261.
 27. Jan. Bekanntm. h. Db. San. E. 212.
 30. Jan. R. h. E. 213.
 30. Jan. Bekanntmachung h. Staats-Canzlei. 250.
 9. Febr. R. h. R. E. 227. 251.
 17. Febr. R. h. R. E. 58. 251.
 20. Febr. Ausfchr. h. E. 199.
 25. Febr. R. h. R. E. 61.
 5. März. R. h. R. E. 252.
 8. März. R. h. L. G. 111.
 11. März. R. h. L. G. 59.
 18. März. R. h. St. M. 305.
 19. März. R. h. R. E. 123.
 26. März. R. h. R. E. 252.
 2. April. R. h. St. M. 59.
 2. April. R. h. L. G. 112.
 4. April. Bekanntm. h. R. E. 91.
 5. April. L. R. E. 174.
 13. April. R. E. Str. E. 34.
 16. April. R. h. St. M. 305.
 21. April. R. h. E. 202.
 27. April. R. h. L. G. 306.
 30. April. Instr. h. R. E. 94.
 1. Mai. Bekanntm. h. Finanz-Coll. 61.
 4. Mai. L. R. 315.
 5. Mai. R. h. R. 252.
 8. Mai. R. h. St. M. 175.
 17. Mai. R. h. L. G. 112.
 22. Mai. R. h. R. 253.
 23. Mai. Schr. der Reichshaus-Commiff. 176.
 24. Mai. R. h. St. M. 44.
 24. Mai. R. h. Kriegs-Coll. 227.
 29. Mai. R. h. Forst-Direct. 102.
 1. Juni. R. E. Str. E. 301.
 7. Juni. R. h. Forst-Direct. 102.
 8. Juni. R. h. R. 36.
 8. Juni. R. h. Forst-Direct. 102.
 9. Juni. R. h. R. 103.
 14. Juni. Bestimmung h. R. 36.
 15. Juni. R. h. St. M. 253. 315.
 15. Juni. L. R. 176.
 17. Juni. R. h. R. 302.
 22. Juni. R. h. L. G. 176.
 23. Juni. R. h. St. M. 176.
 25. Juni. R. h. R. 254.
 2. Juli. R. h. St. M. 35.
 2. Juli. R. E. Str. E. 254.
 10. Juli. R. h. R. 188.
 30. Juli. R. h. St. M. 254.
 13. Aug. R. h. St. M. 302.
 25. Septbr. R. h. Finanz-Coll. 139.
 25. Septbr. Bekanntmach. h. Finanz-Coll. 141.
 27. Septbr. R. h. L. G. 177.
 28. Septbr. Herzogl. Patent. 144.
 44 *

- | | | |
|--|----------------------------------|-------------------------------------|
| 4. Decbr. N. L. Str. C. Seite 303. | 3. Novbr. N. h. R. C. 254. | 7. Decbr. Herzogl. Patent. C. 144. |
| 6. Decbr. N. h. R. 40. | 5. Novbr. N. h. St. M. 60. | 11. Decbr. Bekanntm. h. St. M. 227. |
| 9. Decbr. Bekanntmach. h. Finanz. Coll. 340. | 11. Novbr. N. h. R. 255. | 17. Decbr. N. h. Kriegs. Coll. 228. |
| 13. Decbr. Anschr. h. C. 202. | 12. Novbr. N. L. Str. C. 304. | 18. Decbr. N. h. St. M. 178. |
| 16. Decbr. N. h. St. M. 59. | 13. Novbr. N. h. St. M. 178. | 30. Decbr. N. h. R. 232. |
| 27. Decbr. Bekanntm. h. R. 208. | 26. Novbr. Herzogl. Patent. 144. | |
| 2. Novbr. N. h. L. G. 145. | | |

R e g i s t e r.

A.

Abgaben, indirecte, Vertrag deshalb. Seite 131.
 Abladen, accisbarer Gegenstände. 2.
 Abnahme der Gemeinde-Rechnungen. 104.
 Abwesende, Citat. dersh. 174 folg.
 Accise in Braunschweig und Wolfenbüttel. 1. 3. 6. 9. 29. 30. 34. 292. Tarif 4.
 Acciseauffseher. 284.
 Accise-Defraudat. 27. 30. Bekanntmach. der Strafe deshalb. 53.
 Acciseinspectoren. 4. 284. Mittheil. der Erkenntniffe in Defraudat.-Sachen. 55.
 Accise, Wahl- und Schlacht-, Aufhören dersh. 262.
 Accise-Officianten, Strafanteile. 3. Absetzung dersh. daf. s. auch Steuerauffseher.
 Acten, Untersuchungs-, Mittheilung an die Kammer. 45.
 Adjudications-Schein, Mittheilung an die Kr. Kammer von den Distr. Ger. 253.
 Administrative Behörde, Fälle worin sie der Justizbehörde vorgesetzt ist. 172. Vergl. 45. Kr. Kammer 175. 177.
 Advocaten, ihre Pflichten. 158. 159. Der Armen-Parteien. 158.
 Kammer, Beiträge zu d. Armengeldern. 40.
 Aerzte, chirurgische Euren dersh. 212. Dessen eidl. Bestätigung der Ursachen. 53.
 Affixionsgebühren. 111.
 Agende, Kirchen-, Befolgung dersh. u. 199.
 Alexii-Pflegehaus, Verpflegung. 210.

Alimentat.-Klagen. S. 168.
 Almosen-Sammeln in den Armenhöfen an den öffentlichen Wegen. 241.
 Amtsgeschwornen. 104.
 Amtsvögte, Gebühren für das Anheften der Aufschläge. 111. Insinuat. Gebühren. 111. Weilengelder. 111.
 Amtszimmer- und Maurermeister, Anfertigung der Baurisse, Taxationen u. von dens. 43. Anfertigung der Risse. 235.
 Anatomie, Cadaver an diese zu schicken 55. 58.
 Aufklageproceß weg. Accise-Defraud. 3. 4. 35.
 Anlagen zu Gesuchen, Stempel dazu. 261.
 Aufschläge, Anhebungsgebühr. 111.
 Aufschläge, Bauholz-, Anfertigung dersh. 64. Am 15. Septbr. dem Oberförster einzuhändigen. 80. Im Weserdistricte 90.
 Ansteckende Krankheiten, Anzeige dersh. durch die Prediger. 213.
 Anweisungsgelder, Holz-. 103.
 Anzeige von Brandschäden. 42. Belohnung deshalb. 57.
 Anzeigen, Bekanntm. der Defraudat. Strafen. 53.
 Anzeigen der gestohlenen Sachen in auswärtigen Blättern. 58.
 Anzeiger zur Hanauer Zeitung. 250.
 Apotheker, Vorfertigung der Medicin auf alte Recepte. 210. 211.
 Arbeit, auswärtige Handwerks-. 114.
 Arrest der Angekuldigten. 55.
 Arrest auf Kleidung der Hoffschauspieler. 174.

Arme. 35. Partheien, Auswahl ders. Seite 158. Stempelfreiheit. 261. Arme, Wohnungen ders. 236. 252.
 Armencaſſe, Dienſtſtrafgelder zu ders. 180.
 Armeigelder, Beiträge ders. von den Häuſingen der herrſchaftl. 10. Tagelöhnerwohnungen. 40.
 Armen- und Begeſſerungs-Gelder, nothwendiges Legat. 35. Berechnung ders. 36.
 Armenhäuſer an den Wegen. 241.
 Armenrecht, Geſtattung deſſelben. 107.
 Aſſecuranz, Reviſ. Koſten. 43. Die Gebäude und Eſſecten in den Städten. 42.
 Atteſtate, Ausſtellung. 162. 164. Wegen der ſtudir. Cantoniſten. 225. 226. 227.
 Wegen Anlagen zu Gefuchen, Stempel. 261. Wegen Schulatteſte, kein Stempel dazu. 261. Wegen zollbarer Gegenſtände. 336. 337.
 Abzugskosten, Liquidat. ders. 47. 54.
 Auctiionen. 170. 171.
 Aufgebot zur Eingeh. einer anderweiten Ehe, Product. d. Eheſch. Urtheils. in origin. 195.
 Aufaſſung der Grundſtücke. 110.
 Aufnahme der Ausländer und Fremden. 244. 247 f.
 Aufräumungskosten des Brandſchuttes. 43.
 Aufruhr, Beſtraf. deſſelb. 44.
 Ausländer, Aufnahme ders. 244. 247. 253. In Concurenſen. 167.
 Auslieferung der Verbrecher an hannoverſche Gerichte. 59.
 Ausſpann bei den Brauern in Braunſchw. 237.
 Auswärtige Fabricate der Schloſſer. 113. 120. Der Schuſter. 114. Auswärtige Aufnahme ders. 244. 247.
 Auswanderung — Emigrations-Conſens. 251.
 Autoriſation zu Executionen. 263. 265. 267.

B.

Bankerotte, Unterſuch. deſh. 50.
 Barrenſeine, Größe 10. ders. 246.
 Bauanſchläge, Verfertigung ders. 64. Dem Oberförſter am 15. Septbr. einzuhandigen. 80. Im Weſerdiſtrict. 90.

Banbediente, Diäten wegen Prüfung der Meißterſtücke. S. 120.
 Bau-Entreprife. 113.
 Bauern, Ausſpann ders. in Braunſchw. 237. Beſtätig. deren Verträge. 155.
 Bau- und Nutzholz-Gefuche, Einreichung ders. 81.
 Bauholz-anforderungen. 84. 88. 102. Aus den Weſerforſten. 90.
 Bäumſchulen, Obſt. 242.
 Baupläne, Anfertigung ders. 43.
 Bauriſſe, Anfertigung ders. 43. 235. Einſendung ders. 237. Wegen Neubauten. 241.
 Bauten, herrſchaftl. Caution deſhalb, ſpottelfrei. 111. Deffentliche. 62. Einreich. der Berichte. 241. Reviſion ders. 252. Koſten deſhalb. 253. Der Kirchen in Braunſchweig. 195.
 Bauverwaltung. 62.
 Beamte, Beleidig. ders. 44.
 Bebedung, ſ. Trauſcheine.
 Beedigung der Mauermeiſter. 244.
 Beerbigung der Todten. 194.
 Befriſtung bei Ertheilung der Autoriſat. zu Beitreib. der Steuern. 263.
 Beglaubigung der Unterſchriften. 164.
 Begnadig. Gefuch, Koſten deſh. 54.
 Begräbnißplätze, Aufſicht des h. Conſiſt. darüber. 194.
 Beherbergen der ausſpannenden Bauern in Braunſchweig. 237.
 Belohnung wegen Anzeige der Brandſtiftung. 57. Wegen Forrellendieberei. 58.
 Beneficium inventar., Verſiegelung. 163.
 Berg- und Hüttenleute, Citation deſſelben. 157.
 Bergproducte, acciſefrei. 9.
 Berichte wegen Ablieferung der Depoſiten-Gelder. 158. Wegen Brandſchäden, Ausgabe der Mobil. Verſicher. 254. Einricht. der Berichte. 234.
 Beſcheide in vim publicati. 161.
 Beſchlaganlegung in Acciſedefraudat. Sachen. 27.
 Beſtätigung der Verträge. 175. 177. 178. 253.
 Betteln der Handwerktgeſellen. 232.

- Bieraccise in Braunschweig und Wolfenbüttel. Seite 34.
- Bittschriften. 304.
- Blankenburg, Anwendung des Forststraf-Directorii in Rücksicht des Flößholzes. 81.
- Wegen Erbenzins bei Sterbefällen. 156.
- Blattern: Epidemie, Verhaken deshalb. 213.
- Blechwaaren, Anmalen ders. 115. 116.
- Blizableiter auf den Kirchtürmen. 42.
- Brand im Walde. 235.
- Brandbeschädigte, Trag. d. Kosten. 241. Remissionen wegen ders. 233.
- Brandbriefe, Bestraf. dieserh. 44.
- Brandschadenkosten. 241. Anzeige deshalb. 41. Aufräumungskosten deshalb. 43.
- Brandschaden. 41. Taxation. 43. Belohnung wegen deren Anzeige. 57.
- Brandschutt, Aufräumungskosten. 43.
- Brandversicherungs: Direction. 42.
- Brandversicherung in den Städten. 42.
- Brauntwein, Accise von dems. 3. 30.
- Brauntweinbrenner, Accisevergütung ders. 3.
- Braunaccise. 29.
- Brauer in Braunschw., Ausspannen bei denselben. 237.
- Brauerei, Reiberaufhebung derselben. 121.
- Braunschweig, Accise das. 1. 3. Declaration. 6. 9. Braunaccise. 29. Wahlaccise. 34.
- Braunschweig, Infimmar. Gebühren das. 107. Auflassung der Grundstücke, gerichtliche. 110. Distr. und St. Ger. Competenz ders. 161.
- Bremer Handelsvertrag. 131. 132. 134. 135.
- Brennholzfuhrn zur Hofstätte. 186.
- Brot, Verkauf desselben. 116. 122.
- Brotformunterstützung, Todesfall der Participienten. 36.
- Brückengeld, nicht zu erhöhen. 131.
- Bürgen, in Accisefraudat.: Sachen. 4.
- Bürgerrecht. 248.
- Butter, keine Gewerbesteuer davon. 301.
- C.**
- Cadaver an die Anatomie zu schicken. 55. 58.
- Canton: Commiss. Kosten, Einschränkung derselben. 218.
- Cantonisten, gebrechliche, Untersuchung ders. und Wegsendung. 215. Zurücksetzung d. deshalb. 217. Seifenfieber. 217. Nachträglich zu stellende. 217. 219. 220. Entlassung ders. mit höhern Nummern. 217. Eintritt der freiwillig. 217. Freiwillige, Einwendung ders. 217. Litten ders. 219. 222. Stellvertretung und Nummernauscher, Anzeige deshalb. 220. Kranke Nachsendung ders. 220. 227. Ausgerettene, Einstellung ders. 201. Reisekosten der Kranken. 222. 227. Die sich den höhern Wissenschaften widmen. 225. 226. 227. Tage der Einstell. der Nachuntersuchung. 227.
- Cantonrollen, Extracte aus den Kirchenbüch. zur Ergänzung ders. prompt einzusenden. 225.
- Cautelar: Clauseln, Zurückweis. ders. 174. Caution wegen herrschaftl. Bauten, sportelsfrei. 111.
- Cession der Obligationen. 149. 151. Enttragung ders. 151.
- Chausseegeld, nicht zu erhöhen. 131. Aufsicht deshalb. 284. 291. Freiheit. 308.
- Chausseegeld: Einwohner, Instruct. für dies. 307. Frevel. Aufsicht des Polizei: Milit. 311.
- Chirurgen, Belohnung ders. für Rettung Verunglückter. 209. Curen ders. 212.
- Eichorientaktee, Zoll davon. 321.
- Citation der Berg- und Hüttenleute. 157. Der Realgläubiger. 166.
- Competenz des Braunschw. Distr. Ger. und der St. Ger. das. 161.
- Competenz der Gerichte wegen Bestraf. der Forst- und Jagdwirren, Steuerbefrand. und Diebstahl nach B. v. 26. Juli 1827. 44. Der Kr. Remter in Untersuchungs-Sachen. 52. In Rücksicht der freiwilligen Gerichtsbarkeit. 149. f. 161. 175. 177. 178. In Eivilsachen. 166. 168. Unsicherer Gegenstände. 179.
- Concessionen, Bericht an die Oberhauptleute deshalb. 265. (2.) Ertheilung zu Wirthschaften. 262. Zu den Gewerken. 118. 120. Für Leineweber. 121. Kräger, das. Krämer, das. Garnhändler, das. Zum Viehhandel. 123.
- Concurs, Ver- und Entseigelung. 163.

Concurse, Particular. 167. Ausländische Liquidat., ebenf. Verfahren. Seite 168.
 Concursgelder, Belegung beim Leihhause. 154.
 Concursproceß. 168.
 Confirmation der Verträge. 175. Der Bauern. 155. 177. 178. 253.
 Conscription. 214.
 Consistorium, Anzeige an dasselbe wegen der Pfarr-Processe. 158. Gerichtliche Ansprache als administrative Behörde. 161.
 Consumptionssteuer, Ermäßigung. 262. 263.
 Contracte, Bestätigung ders. 155. 175. 177. 178. 253. Der Bauern, Bestätigung. 155. 177.
 Contribution, von Materialwaaren. 266. Vereinig. ders. mit dem Fouragegelde u. dem Proviantgelde. 299. Berechnung. 300. Von Rothschaff. Pferden. 302. Ungewisse von den Pferden. 303. Wegen Nahrungs- der Leinewebergesellen. 116. der Viehhändler. 123.
 Copialien in Gemeinerechnungssachen. 105. Für Depositionsscheine über Documente und Pretiosen. 106. In Prozeßsachen. 112. Für Kirchen-Rechnungs- Abnahme, Protocolle. 196.
 Copulat. derjenigen, welche eine anderweite Ehe eingehen. Product. des Ehescheid. Urtheils in origin. 195.
 Corpus delicti, Feststellung v. d. Kr. Aemtern. 52. 55.
 Criminalacten, Mittheilung an die Kammer. 45.
 Criminal-Justiz. 44.
 Criminalproceß, Aufnahme der Protocolle. 51.
 Criminalsachen, elective Einlegung der Rechtsmittel. 59. Wegen kostenfreier Requisition. im Preuß. 46. 50.
 Curatelgelder, Belegung ders. beim Leihhause. 154.
 Curator, Bestellung dess. 163. Concurs- und vacanter Erbschaften. 164. prodigi. 172. liberator. 174.
 Curatorien (Tutor.) Ausfertigung. 160.
 Curialien. 145.

D.

Dachrinnen in Braunschweig. S. 246.
 Dänemark, Frachtbrieife bei den dahin zu sendenden Postfachen. 257.
 Declarat. Scheine, Accise: 6. 7. 9.
 Declarirung accisbarer Gegenst.. 1. 6. 9.
 Decrete in vim publicati. 161.
 Defension der Verbrecher. 51.
 Defensoren. 159.
 Defraude, Accise: 27. 30.
 Defraudat. Strafe, Bekanntmach. durch die Anzeigen. 53.
 Denkmäler, Inschriften darauf. 199.
 Deponate wegen der Accise. 7. 8. 9.
 Depositionsgebühren von Documenten und Pretiosen. 106.
 Depositionsgelder, Bericht wegen der Ablieferung. 158. Depositionsgelder beim Leihhause. 206.
 Deposition, Defraudat. Sachen. 4.
 Deputirte der Freisaff. z. d. Landtage, Reisetkosten ders. 203.
 Diäten der Baubedienten wegen Prüfung der Meisterstücke. 120.
 Diebstahl, Competenz nach W. v. 26. Juli 1827. 44.
 Diener, herrschaftl. Urlaub ders. 305.
 Dienstboten, Wohnortrecht ders. 236.
 Dienstfeid. 145.
 Dienstgeld, Erlassung desselb. 60. Verzeichnisse desselb. 60.
 Dienstkleidung. 60.
 Dienststrafgelder zur Kammer-Casse. 180.
 Direction der Brandversicherung. 42.
 Discretionscontroleur, Aufhören dessen Amts. 259.
 Distr. Ger. Ressortverhältniß geg. d. Kammer. 172. Verbindung mit den Kr. Aemtern. 160. 163. 165.
 Doctor medicin., eidliche Bestätigung deren Gutachten. 53.
 Documente, Ausstellung ders. 164. Deposit. und Schreib-Gebühren dafür. 106.
 Domicil, s. Wohnortrecht.
 Detailgrundstück, Verpfändung. 174.
 Drohbrieife, Bestraf. dieselb. 44.
 Duplicat-Quittungen über Steuern. 284. 299.
 Durch-

Durchgang accisbarer Waaren. Seite 11.
Durchgangszoll im Hannoverschen. 337. 338.

E.

Edictal: Citation der Realgläubiger. 171.
Der Abwesenden. 175.
Ehe: Trauscheine vor ders. 304.
Ehe, anderweitig, Production des Ehescheid.
Urtheils in origin. 195.
Ehefrau, eidlche Entsagung deren Gerechtigt.
keit. 174. Selbstschuldnerin. 174.
Ehegatten, Erbfolge. Declarat. der Verordn.
desh. 154.
Ehen, Eingeh. ders. zwischen Römisch, Katho.
lischen und Protestanten. 197.
Ehescheidungs-Urtheil, Production in ori-
gin., wenn eine anderweite Ehe geschlos-
sen werden soll. 195.
Eid, Erbhuldigungs. 145.
Eier, keine Gewerbesteuer. 301.
Eingangszoll. 317.
Einheit der Personen zwischen Vater und
Sohn. 261.
Einquartirung ins Leihhaus. 206. Kosten
des betachteten Militärs. 227. f.
Eintragung der Obligationen. 152.
Eisenfabricate, Ursprungsbescheinigungen. 33.
Emigrations: Consens. 244. 251.
Entreprisen: Contract, Bau. 113.
Entseigelungen, Competenz. 159. 163. Be-
nachrichtigung von den Distr. Ger. an
die Kr. Aemter. 160.
Epidemien, Anzeige davon durch die Prediger.
213. Verhalten dabei. 213.
Erbenzins bei Erbverträgen im Blankenb. 156.
Erbenzinsbriefe für Kirchen, Ausfertigung u.
Verleihung ders. 195. 196. Der Ste-
phani Kirche zu Helmstedt. 195.
Erbenzinsgrundstücke, Verkauf ders. — Auf-
lage an den Erbenzinsherrn. 153.
Erbfolge der Ehegatten. Declarat. der Ver-
ordn. deshalb. 154.
Erbhuldigungseid. 145.
Erbkassen, vacante, Verseigerung. 163. An-
stellung der Curatoren. 164.
Erbkassenstempel, Controlirung desh. 259.
Ertrübeter Erbkassen. 261. f.
Bege. Repert. II. Zhl.

Erkenntnisse, Schlussformeln. 155. In Straf-
sachen, Bekanntmach. S. 53. 55.
Examen der Forstcandidaten. 87. 91.
Exceptionsschrift in Concursprocessen. 168.
Execution, Suspension ders. in Steuerfällen.
264. der Urtheile in Accisdefraudat.
sachen. 34. 35.
Expeditionsstunde der Acciseeinnnehmer. 26.
Extrapostreisende, Anhalten ders. weg. Zolls.
318.

F.

Fabrikate, auswärtige, der Schlosser. 113.
Schusser. 114.
Fahrlässigkeit bei Uebertretung der Zollgesetze.
319.
Feldmesser zur Messung der Hoh. Gränze. 145.
Feldtaubenhalten und Wegschießen ders. 61.
Feuer im Walde. 235.
Feuereimer. 248.
Feuerabrisse, Aufräumungskosten u. 241.
243.
Feuersichere Gebäude. 252. 253.
Finanz: Collegium. 61. 179.
Fischdiebstahl an der hannoversch. Gränze. 62.
Fischerei, herrschaftl. 68. 73.
Flachstrotten, Belegen mit Rasentörken 241.
243.
Fleischverkauf aus dem Auslande. 254.
Forellendieberei, Belohnung der Anzeige ders.
58.
Fouragegeld, Vereinigung mit der Contribu-
tion. 299. Berechnung. 300.
Forstbiensaspiranten, Prüfung ders. 87. 91.
Forstbesoldungsbeiträge. 102. 103.
Forstexaminations: Commission. 91.
Forst- und Jagdrevier, prompte Untersuchung.
81.
Forsten, Beset. Bauholzsanforderungen. 90.
Forstrevier im Wendesfurter Forstreviere. 81.
In Gemeinwaldungen, Schadensersatz.
89.
Forst- und Jagdwesen. 62.
Forst- und Jagdwroren, Competenz nach W.
v. 26. Juli 1827. 44. An der hannov.
Gränze. 62. An der preussischen. 63.
Forstlehrling, Ausnahme des. 91.

Forstschreibtage, Holzanforderungen anser denselben. Seite 88.

Forststraf- Directorium, Anwendung, wegen Falschholzes ic. im Blankenburgischen. 81.

Forststrasschen, Extracte für jede Oberförsterei. 80.

Forstwrogen, prompte Untersuchung. 81. Citat. in Braunschweig. 85. Beleidigung der Landwehbräuer. 85. Extracte für jeden Oberförster. 80.

Forum continent. causar. ex identitate. 168.

Frachtbrieft ic., bei Postwaaren ins Schlesw. und Holsteinsche. 257. Vorzeigung bei der Zollentrichtung. 318. Vorlegung ders. 1. 6.

Frachtfuhrleute, Concession ders. 122.

Frankfurt a. M., Handelsvertrag. 134. 135.

Freisassengut, Erwerbung, Wohnortrecht dadurch. 315.

Freisassen, Reisekosten ders. zu dem Landtage. 203.

Freiwillige Gerichtsbarkeit. 175. 180. Aufnahme der Protokolle. 156. Competenz deshalb. 149 ff. 161. 175. 177. 178. 253. Ver- und Entseglung. 159. 161. Aufbewahrung der Testamente. 161. Atteste ic. 164. Freiwill. Subhastat. und Verpachtungen. 164. 170. Verlass. d. Grundstücke. 110. Auctionen. 170. Cautelen. 174.

Fremde, Aufnahme ders. 247.

Fremde in Concurse. 167.

Frescomalerei. 113.

Früchte, keine Gewerbesteuer davon. 301.

Fuhren, gelegentliche. 122.

Fuhrleute, Concessionen ders. 122.

Fußjäger, Aufsicht auf die Wege. 311. Bekanntmach. der Urtheile wegen Beleidig. gegen diesel. 53.

G.

Garbehufaren, Einstellung dazu. 216. Freiwillige, Einsendung ders. 219. Beur- laubte, Vergehen ders. und Bestrafung, Verpflegung deren Pferde ic. 221.

Garnhändler, Beerdigung ders. 121.

Garnhandel, kein Annexum des Gewürzhan- dels. 265.

Gartenfrüchte, keine Gewerbesteuer davon. S. 301.

Gassenschlichter, Aufnahme in die Gilde. 114.

Gautler, Zulassung ders. 255.

Gebäude, feuersichere. 252.

Gebühren der Cantonisten, Untersuchung. 215. Wegsendung. 217.

Gebühren der Geistlichen für kirchl. Hand- lungen. 202. Gerichtliche, s. Gerichts- sporteln. Preussische Gerichte in Unter- suchungssachen. 50.

Gefängnisse. 173. Aufnahme der Gefangenen, welche die Oberhauptleute zusenden. 45.

Gefangenkosten, Liquidat. ders. 47. 54. Res- fundirte, deren Berechnung. 57. Rech- nung. 173.

Geistliche Concurrenz zu den Gemeinelaften. 193. Gebühren für kirchl. Handlungen. 202.

Gelder, Belegung derselben beim Leihhause. 154.

Gemeine, Abgaben und Lasten, Concurrenz der Geistlichen und Schuldiener. 193.

Gemeine-Cassen, Beitreib. der restituiren- dor. 105.

Gemeinegüter, Sporteln wegen deren Ver- pachtung. 104. f.

Gemeine-Prozesse, Vernehmung der Gemei- nen. 176. f.

Gemeine, Rath über deren Vermögensver- waltung. 104. Rechnung, Abnahme ders. 104. Rechnungen der Neu-Vertrithor- Gemeinde in Braunschweig. 238.

Gemeine-Rechnungssachen, Copialien. 105.

Gemeine-Theilung. 105. Grundstücke auf Bezirken mehrerer Gerichte. 105. 106. Mittheilung an h. R. und P. Str. C. deshalb. 106.

Gemeinewaltungen, Aufsicht darüber. 65. Schadenersatz wegen Forstfrevel. 89. Ver- söhnungsbeiträge. 102.

Gemeinen, Uebereichung der Beschwerd. nur von 3 Deputirten. 44.

Gemüse, keine Gewerbesteuer davon. 301.

Grometer zur Vermessung der Hoh. Gränz. 145.

Gerechtfame, Competenz der Gerichte. 179.

Gerichtsbarkeit, freiwillige, s. unter freiwillige Gerichtsbarkeit.
 Gerichtsstand, continent. causarum ex identitate. Seite 168.
 Gerichtshandelsbücher, Aufbewahrung derselben. 161.
 Gerichts-Sporteln. 106. Abrechnung, keine Vorschüsse davon. 107. Für Auflassung der Grundstücke in Braunschw. 110. Ablieferung. 110. Für Aufnahme freiwilliger Vorträge in Prozessen. 112.
 Gerichtsverwaltungskosten, Vorschuß deshalb. 107.
 Geschenke an die Zollofficianten. 319.
 Geschworne, Amts. 104.
 Gefellen, Untersuch. der einwandernden wegen ihrer Gesundh. 210. Umherschweifen ders. 232. Wohnortsrecht. 235.
 Gefessliche Ordnung, Aufrechthaltung ders. 202.
 Gestohlene Sachen, Kosten der Bekanntm. ders. 58.
 Gesuche, Bittschriften. 304. Um Bap- und Nutzholz. 81. Begnadigungskosten. 54. Stempel zu deren Anlagen. 261.
 Getreide u., Eingangsabgabe. 135. Durchführung durchs Hannoversche. 137. Steuer davon. 262.
 Gewerbe und Gilden. 113.
 Gewerbefreiheit. 114. Zahl der Gewerbesgenossen. 114.
 Gewerbescheine, Befreiete davon 1808. 114. Auf Messen und Märkten, Mißbrauch ders. 117. Für die Muster in Braunschweig. 117. 299. Wirthe der Stubbs. 262. Legitimation durch dieselbe. 118. Von Handel mit Steinen. 300. Früchte, Butter u. 301. Für Kornmüller und Viehhändler. 264. Bericht an die Oberhauptleute. 265. (2.)
 Gewerbesteuer, Contraventionen. 113 ff.
 Gewerbesteuer von Wirthen der Clubbgesellschaften u. 262. s. Gewerbescheine.
 Gewerbetreibende, Legitimation ders. 118.
 Gewicht, Vergleichstabellen. 131.
 Gilden. 113.
 Gläubiger, ausländische. 167.
 Gnadenmonate der Milit. Pension. 215.

Gränze. S. 145.
 Gränzpässe. 1. Terrains dazu. 4.
 Gränzpaß, Aemter. 25. 33.
 Gränzpaß, Beamte, Instruction. 4.
 Gränz, Zoll. 317. Aemter. 336.
 Gränzzoll, Beamte, Instruct. für dies. 322.
 Granuliren zum neuen Jahre. 250.
 Grundsteuer, Ermäßigung ders. 262. 263.
 Grundstück, Erwerbung, Wohnortsrecht deshalb. 252. Der Minderjährigen, Verkaufungen. 172. 173. Verlass. 110. 166.
 Gürtler, Aufschlagen ihrer Arbeiten. 120.
 Güter, Beitr. ders. zu dem Armengelbe. 40.
 Güterabtretung. 50.
 Güterbesitzer. 123.

H.

Häuser, Annalen ders. 113.
 Häuslinge, auf herrschaftl. Aemtern u., Beitrag ders. zu dem Armengelbe. 40.
 Hafermaß. 79.
 Hanauer Zeitung. 250.
 Handel, freier. 131.
 Handelsvertrag. 130.
 Handwerksarbeit, auswärtige. 114.
 Handwerksgefallen. 232. Untersuch. ders. wegen ihrer Gesundh. 210.
 Hanfweber, Aufnahme in die Gilde. 114.
 Hannover, Uebereinkunft mit Hannov. wegen der Holz-, Wild- und Fisch-Entwendung. 62. Handelsvertrag. 130. 131. 134. 135. 137. Transport der Bagabunden in das Hannov. 235. Durchgangs-Zoll. 337. 339.
 Hannoversche Gerichte, Auslieferung der Verbrecher an dies. 59. Der Bagabunden. 235.
 Harzproducte, accisefrei. 9.
 Haselnüsse zur Mast gehörig. 82.
 Haupt, Finanz-Casse. 82.
 Haus, Erwerbung, Wohnortsrecht deshalb. 252.
 Hausdiebstahl, Bekanntm. der Verordn. deshalb. 57.
 Hasen mit Brot. 116. Verkauf auf den Wochenmärkten. 116. Mißbrauch der Gewerbescheine auf Messen und Märkten. 117.

Mit Butter, Gartenfrüchten *ic.* Seite 301. Im Preuß. 302.
 Hausir: Gewerbscheine zu Messen und Märkten von blauer Farbe. 266.
 Hausirhandel in Braunschweig. Träger dazu. 266. (2.)
 Hausirscheine zu Messen und Märkten mit blauer Farbe. 117.
 Heberegister der Acciseeinnehmer. 26.
 Heerstraßen, Aufräumung ders. 251. Befserung ders. 307.
 Heimathscheine, Ausstell. ders. 247. 250.
 Heizung der Gefang. Stube. 54.
 Helme. Brauntweinblasen; 30.
 Helmstedtsches Leihhaus. 205.
 Herbergen bei den Brauern in Braunschweig. 238.
 Herrschafft. Bantzen, Cautionsbestellung desshalb, sportelfrei. 111. Dienstfachen, Postsignatur. 257.
 Heffen, Handelsvertrag. 130 ff.
 Himpten, Centnergewicht. 137.
 Hochfürstl. Durchl. 145.
 Hofgericht, Ober; 154. 155.
 Hoheitsgränze. 145.
 Holz für die Bäcker *ic.* im Weser: Distr. 82.
 Holzanforderungen. Bauholz; 88. 102. Aus den Weserforsten. 90. Außer den Schreibtagen. 84.
 Holzanzweisungsgeßelber in Gemeineforsten. 103.
 Holzentwendung an der hannov. Gränze. 62.
 An der preuß. 63.
 Holzfuhrten zur Hofstätte. 186.
 Holzwindener Straße, Aufsicht des Milit. darüber. 311.
 Holzjung. Gemeinde; *ic.* Besoldungsbeiträge. 102.
 Holzverkauf ins Ausland. 64.
 Hüttenleute, Citation ders. 157.
 Hüttenproducte, accisefrei 9.
 Hurenbrüche, aufgehoben. 47.
 Husaren und Fußjäger, Bekanntm. der Urtheile wegen Vergehungen gegen dies. 53.
 Husaren, Garde, Einstellung dazu. 216.
 Hypothekar-Klage bei den St. Ger. und Kr. Aemter. 165 f.
 Hypothekbestellung wegen herrschafft. Bantzen, sportelfrei. 111.

Hypotheken. S. 148. Anmeldung der von den Beamten *ic.* bestellten. 148. Des Landes herrn Domainen *ic.* 148. 149. Vor Notaren und unter Privatpersonen bestellte. 149. Des Personal der Distr. Ger. und Kr. Aemter. 155.
 Hypothekverschreibungen auf die Inhaber, Föschung ders. 150. Eintragung und Führung der Hypothekenbücher. 152. Föschungsbescheinigung. 153.

J.

Jagd, Eröffnung der niedern. 63. Instandserhaltung. 65. 68. Dienste. 63.
 Jagdfolge ins Hannoversche. 83.
 Jagdfrevel, prompte Untersuchung. 81.
 Jagdbreglement. 73.
 Incerta contribut. von den Pferden. 303.
 Inhaftirung der Inquisiten von den Kr. Aemtern. 55.
 Injurien: Sachen. Competenz. 178.
 Inquisiten, Arretirung von den Kr. Aemtern *ic.* 55. Körperl. Züchtigung ders. 57.
 Insinuation der Copieen. 111. Der Decrete *ic.* in Braunschweig, Gebühren. 107. 111.
 Insinuations: Documente im Concursproceße. 168.
 Insolvenzerklärung. 50.
 Inspectoren. Accise-, Mittheilung der Erkenntnisse in Defraudat. Sachen an dies. 55.
 Inspectoren, Auftrag. ders. auf Mittheilung der Erkenntnisse in Zolldefraudat. Sachen. 337.
 Instructionen für Gränzpassbeamte. 4. Der Acciseeinnehmer. 25. Forstofficianten 64. Das Forstrechnungswesen betref. 73. Für die Wildhüter. 85. Für Taxatoren der Wildschäden. 94. 102. Messer der Hoh. Gränze. 145. Sollinger Steinbrecher. 181. Die Kr. Einnehmer. 267. Chauffeegeld: Einnehmer. 307. Gränzzoll-Beamte. 322.
 Instruirung der Untersuchungs-Sachen. 52. 55.
 Interessentenholz, Besoldungsbeiträge. 102.

Inventarium, Rechtswohlthat, Versiegelung.
Seite 163.

Inventur, Competenz. 162. 163.

Irrren, Versiegelung ders. im Alexii Pfleg-
hause. 210.

Jöraeliten. 153. Gehalt des Landrabiners.
153. Prozeßkostenerstattung. 175.

Jura stolae von Durchpassirt. Leichen. 198.

Justizbeamten, Gerichtsstand ders. hinsichtlich
der Bestellung der Hypothek. 155. Auf-
nahme der Obligat. von einem nicht in-
teressirten Mitgliede. 156.

Justizamministrat. der Unterthanen der Nach-
barstaaten. 205.

Justiz, unabhängig von den Administrativbe-
hörden. 172. Vergl. 45.

Justiz, Verfassung. 153.

R.

Räse, keine Gewerbesteuer davon. 301.

Rammer, Fälle, worin sie der Justizbehörde
vorgesezt ist. 172. Vergl. 45.

Rammerbaumeister, Anfertiger der Risse. 235.

Rammer. 179. Mittheil. der Untersuchung. Acte.
45.

Rammer-Obligationen, Umschreib. ders. 187.

Rammer. Reffortverhältniß gegen die Distr.
Ger. 172. In Auftrag oder auf Verfö-
gung ders. 180.

Karrenstrafe, erlittene, schließt vom Militair
aus. 216. Anretung ders. salva ap-
pellat. 58.

Katholiken, Verheirathung ders. mit Protes-
tanten. 197.

Kinder, dienende, Absezung von der Perso-
nalsteuer. 304.

Kinder — pecul. adventit. 154. Decret.
de alien. 169.

Kirchen in Braunschweig, Verwaltung deren
Vermdgens. Aufsicht der Gebäude ic. 194.

Kirchenagende, Befolgung ders. 199.

Kirchenbücher. 187. Anszüge aus denselben.
188. 255.

Kirchen: Capitale, Liquidation ders. 189.

Kirchencassen-Collegium in Braunschweig, Ver-
fugniß. 195.

Kirchengelder, Belegung ders. beim Leibhause.
154.

Kirchenrechnungen, Absezung ders. S. 188.
Kirchen, und Schulanlagenheiten. 188.

Kirchen, Versicherung wegen Brandschäden.
42.

Kirchenprovisoren in Braunschweig, Befug-
nisse ders. 194.

Kirchhöfe, Aufsicht des h. Consistorii darüber.
194.

Klapperjagd, Dienste deshalb. 63.

Klempnerwaaren, Lakiren ders. 115. 116.
Verkauf von den Kramnablern. 120.

Klostergüter, Beitrag zu d. Armengelde. 40.

Klubbgeseßsch. Wirtthe, ders. Gewerbesteuer.
262.

Köcher, Spanndienst, Pflugdienst. 303.

Kontracte, Bestätigung ders. 175. Der Bau-
ern. 155. 177. 178.

Korn, Eingangsabgabe. 135. Centnergewicht.
137. Durchführung durchs Hannoversche.
137.

Kornmüller, Gewerbescheine ders. 264.

Kosten der Vognadig. Gesuche. 54. Der
Canton: Commiss. 218. Bei Feuersbrün-
sten. 241. Der Revis. Kosten wegen
Brandversicher. 43.

Kostfassen, Contribution von den Pferden
ders. 302.

Kramnabler, Verkauf der Schlofferwaaren
von demselben. 120.

Kranke Cantonisten, Nachsendung ders. 220.

Lage, wo sie zu senden. 227. Vorschüsse
deshalb. 227.

Krankheiten, ansteckende, Anzeige ders. durch
die Prediger. 213. Verhalten dabei. 213.

Kreisämter, Competenz ders. in Untersuch.
Sachen. 52. 55. Verbindung ders. mit
den Distr. Ger. 160. 163. 165. 170.
173. 175.

Kreis: Armenkasse, Dienststrafgelber zu ders.
180.

Kriegesgericht. 213. 214.

Krüger, Concessionen für dies. 121.

Kubpoden. 209.

Kunstmaler. 113. 116.

S.

Schadefürme. 9.

Sagerstroß der Gefangenen. 54.

Lakiren der Klempnerwaaren. Seite 115.
116.

Lakirfabrikanten. 115. 116.

Landeschulden, Liquidat. Präklusiv-Termin.
156.

Landfolge. 251.

Landmeister, Eintrittsgelder ic. dersh. 113.

Landtschaft. 203.

Landsch. Deputirte der Freisass. Kosten, ihre
Reisen zu dem Landtage. 203.

Landchaftl. Stipendien. 203.

Landwehrjäger, Beeidigung wegen der Forst-
wrogen. 85.

Laufsammlen, im Weserbistricte. 85. 89.

Legitimation zu den Gewerben. 118.

Lehmsteine, Größe dersh. 246.

Lehns- und Gränz-Sachen. 205.

Leichen, Durchpassiren, iura stolae. 198.

Leichensteine, Inschriften darauf. 199.

Leichname an die Anatomie zu schicken. 55. 58.

Leihhaus in Helmsfiedt. 205 f. Scheine dersh.
selb. 205. Belegung der Pupillen, ic.
Gelder bei demselb. 154.

Leineweber, Aufnahme in die Gilde. 114.
Concessionen für dieselben. 121.

Leinewebererei der Maurergesellen ic. außer dem
Gildeverbande. 116.

Leinewebergesellen, Nahrungscontribut. 116.
Liberatorium. 174.

Licht der Gefangenen. 54.

Liquidanten, ausländische. 167. Liquidat. der
Gefangenkosten. 47. 54. 57. Liquidat.
der Kirchen-Capitale bei der Land. Schuld.
Liquidat. Commission. 188. 193.

Listen der einzulösenden Cantonisten. 219.
222. Beglaubigung dersh. ic. 219.

Litidenunciacion dem f. Consistor. 161.

Lösung der Obligat. 150. Auf Inhaber,
150.

Lohnfuhren, Postschein dafür. 256.

Lohnkutscher, Lösung des Postscheins. 256.
Lotterien, auswärtige. 208.

M.

Märkte, Getreide auf demselben von Ein-
gangsabgaben befreiet. 135. 137.

Mahlaccise, Aufheben dersh. 262.

Mahlaccise in Braunschw. und Wolfenb. 3.

Maischfeuer. S. 30.

Malen der Tischler. 116. Der Klempner-
waaren. 115. 116.

Malergewerbe. 113. 116. f. auch Zimmer-
malerei.

Malz, Accise davon. 3.

Mandataris in loco. 170.

Maß. 65. Proper- und Hafermaß. 79.

Materialwaaren in Kleinem, Gewerbesteuer
davon. 266.

Maurer, Maler-Arbeit dersh. 113.

Maurergesellen, Gehilfen der Maler. 113.

Maurermeister, Beeidigung dersh. 244. Wahl
dersh. zu Taxationen. 43.

Maurermeister-Wittwen. 113.

Medicamente auf alte Recepte. 210. Freie
für die Soldatenfrauen. 214.

Medicinal-Polizei. 208.

Meisengelder für Copien ic. 111.

Meister, Zahl dersh. 114. Vermögen zur
Aufnahme. 115. Befugnisse. 116.

Meisterstück der Bauhandwerker, Diäten der
Baumeister deshalb. 120.

Meistgebot, Verkauf der Grundstücke der
Minderjährigen. 172.

Memoriale. 304.

Messe, Braunschw., Accisegesetze. 3.

Messen und Märkte, Gewerbescheine dazu,
Mißbrauch. 117. Hausirscheine von blauer
Farbe. 266.

Mischmalerei. 113.

Milderung der Strafen in Defraudat. Sa-
chen, Bekanntm. dersh. 53.

Militair, Einquartirungs-Kosten. 227. 228.
Sterbe- und Gnadenmonate. 215. Auf-
nahme in die Gilde. 118. Vorspann-We-
sen. 214. Militair-Weßen. 213.

Minderjährige, Verkauf deren Grundstücke
nach vorgewesenem Meistgebote. 172. 173.

Entsag. des benef. restit. 174. Wie-
dereinfügung in den vorigen Stand. 306.

Mortification der Hypothekverschreibungen auf
den Inhaber. 150. 156. 157. Des Leih-
hauses. 176.

Mühlen, neue, Fortbestehen dersh., Anzeige
deshalb. 120. Anlegung. 232.

Müller, auswärtige, Abholen des Getreides.
252. Concessionen für dersh. 121. Um-

Verfahren ders. Seite 233. 235. 245. 252.
 Wage und Gewicht. 234.
 Münzen. 232. Geringhaltige, Annahme.
 238.
 Musikanten, Gewerbescheine und Gehilfen ders.
 selb. 300.
 Musikgewerbe in Braunschweig. 117.

N.

Nachtigallen, Einfangen ders. 232
 Nachtwachen. 247.
 Nahrungscontribution, Freiheit der Leinewe-
 bergesellen. 116. Vom Viehhandel. 123.
 Nebenstraßen. 1. 3. 28.
 Neubauten, Holzanforderungen. 88. 102. Aus-
 ser den Schreibtagen. 84. Einricht. der
 Berichte. 241. Revision ders. 252.
 Neujahrblasen. 250.
 Neu-Petritbor, Gemeinde, Vermög. Verwalt.
 238.
 Notare, Berechnung der Armen- und Wege-
 bef. Gelder von dens. 36. Hypothek weg.
 Cautionen. 148. Aufnahme der Obligas-
 tionen und Verträge. 150. 175.
 Notariats-Register, westphälische, Aufbewah-
 rung. 161.
 Nummertauscher, Anzeige desh. 219.
 Nutzholzesuche, Einreichung ders. 81.

O.

Oberbauverwaltung. 62.
 Oberhauptleute, Zusend. d. Arrestaten zu d.
 Gefängniß. 45. Berichte an sie wegen
 der Gewerbescheine und Concessionen. 265.
 (2.)
 Oberhofgericht. 154. 155. 157.
 Obligationen, Cession der unrechtmäßigen Bes-
 itzer ders. 149. Anmeldung der Cession
 ders. 151. Kammer-, Umschreib. ders.
 187.
 Obligationen der Notare, Bestätigung. 149.
 Löschung auf den Inhaber lautenden. 150.
 Mortificat. 156. Der Leihhausb. 176.
 Eintrag. 152. Aufnahme über die, das
 Personale der Distr. Ger. und Kr. Kam-
 mer betr. 155. 156. Leihhaus-, 206.
 Obrikeit, Beileidig. ders. 44.
 Obstaumschulen. 242.

Ofen in den Windmühlen. S. 243. 245.
 Oekonomie, separate, Begründ. d. Wohn-
 ortrechts. 236.
 Oldenburg, Handelsvertrag. 131. 132. 134.
 135.
 Operleute, Gebühren ders. 202.
 Ordnung, gesetzl., Aufrethalt. ders. 202.
 Deffentl. Störung ders. 44. Mittheil.
 der Berordn. desh. 60.
 Orgelspiel, Kirchen-, an Sonn- und Festta-
 gen. 198.
 Ortsvorsteher, Anzeige der Verbrechen der
 Zusaren. 46. Wahl und Geschäfte. 103.
 104. Erlassung der Reihedienste. 104.
 Dienstpiegel. 33. 338. Ausstellung der
 Ursprungscertificate, 33. Gehilfen, Wahl
 und Remuneration. 123. 250. Ausstell.
 der Zoll- Ursprungs- Atteste. 326. At-
 teste wegen Zolles. 337.

P.

Pächte. 2. 6. 7.
 Pässe nach Frankreich. 234. Rechnung über
 die Gebühren. 237.
 Pässe, Gränz-. 1. 25.
 Papiertapeten, Zoll davon. 337.
 Particular-Concurre. 167.
 Pächter. 25. 33.
 Passbeamte, Gränz-Instruct. 4. Dienstföh-
 rung, Revision. 285.
 Passagiere, Post-, Garantie für ihre Effec-
 ten. 256.
 Passirscheine. 2. 6. 9. 10. 28.
 Passregister. 1.
 Peculium adventit. 154. Decret. de alien.
 169.
 Pensionairs, Militair-, Sterbe- und Unas-
 denmonat. 215.
 Personalssteuer, Absehung der Familienglieder,
 der Wittwen und Kinder. 304. Ermä-
 ßigung ders. 262.
 Personar, unitas inter fil. et patr. 261.
 Petritbor, Gemeinde in Braunschweig, Ver-
 mög. Verwalt. 238.
 Pfänder, Leihhaus-, Verkauf ders. 205.
 Pfarrer, Befreiung von der Grundsteuer. 262.
 Pfarr-Prozesse, Anzeige an das Consistor.
 deshalb. 158.

Vfarr-Registraturen, Versiegelung derselben.
Seite 193.

Vfarrwitwenhaus-Abnahme-Protokolle, Copial- und Widimat. Gebühren. 196. Rechnungen, Ablegung ders. 188.

Vferde, Contribution von den Rothschaffen. Vferden. 302. Ungewisse von den Vferden. 303.

Vpflastergeld, nicht zu erhöhen. 131.

Vpphysic in Eschershausen. 210.

Vpphysicus, Kuhpockenimpfung. 209. In Holzminiden, Entschäd. für ärztl. Behandlung außer seinem Kreise. 209. Diäten während der Canton-Commiss 222.

Vp Polizei-, Local- und Landes-. 265.

Vp Polizei- und Verwaltung. 232.

Vp Polizei-Militair, Aufsicht ders. wegen Chauffee- Frevel. 311.

Vp Porto, vergl. Postwesen.

Vp Portofreiheit in Kammer-Proceßsachen. 257.

Vp Post, accisbare Gegenstände auf ders. 1. Versorgung zur — Gebühren. 112.

Vp Postgeld und Trinkgeld von Seesen nach Nordheim. 256.

Vp Postrecognition's-Geld. 256.

Vp Postchein. 256.

Vp Postwesen. 255. Trinkgelber. 256. Werthangabe. 257. Frachtbrief ins Dänische. 257.

Vp Präclusiv-Termin im Landes-Schuldenwesen hinsichtlich. westphäl. Staats-Papiere. 157.

Vp Pretiosen, Deposit. und Schreibgebühren dafür. 106.

Vp Preußen, Requist. an die Gerichte in Steuern-Contravent. Sachen. 46. 50. In Untersuchung. Sachen, Sporteln. 50. Ueber-einkunft wegen der Forstfrevel. 63. Anwendung des Forststraf-Directorii wegen der Flüße auf der Bude. 81. Transport der Wagabunden ins Preuß. 235. Requist. in Steuer-Contravent. 265. Entricht. der Steuern. 265. Hausfiscen in den preuß. Staaten. 302.

Vp Prioritätsurtheil, Abgebung desselb. 168.

Vp Privilegien. 258.

Vp Proclamat. bei anderweiter Eingeh. der Ehe-Product. der Eheschreib. Urth. in origin. 195.

Vp Procurator in loco. 170. Gebühren desselb. S. 173.

Vp Producte, selbstgewonnene, Verkauf in den preuß. Staaten. 301.

Vp Professionen, Erlernen zweierlei. 116.

Vp Protokolle, Glaubwürdigkeit ders., Anlage. 3. In Criminalsachen. 51.

Vp Proviantgeld, Verein. mit der Contribution. 299. Berechnung. 300.

Vp Provisoren, Kirchen, in Braunschweig, Besugnisse ders. 194.

Vp Prozesse, Vfarr-, Anzeige an das Consistor. dess. 158.

Vp Prozesse, Gebühren für freiwillige Vorträge. 112.

Vp Pupillengelder, Belegung beim Leihh. 154.

Vp Puppenspieler, Seiltänzer, Zulassung ders. 255.

Q.

Quittungen, Duplicat, über Steuern. 284. 299.

R.

Rasentörse, Beleg der Flachsrotten damit. 241. 243.

Rath der Gemeinde über Vermögens-Verwaltung. 104.

Rauchtabacksfabrikate in Braunschw. 245.

Real-Gläubiger, Abcitation. 166.

Recepte, alte. 210. Durchsehen auf den Apotheken. 210. 211.

Rechtsmittel in Sachen wegen Anstahrs u. 45. Elective in Criminalsachen. 59. Der Supplicate ober Vorstell. 165.

Rechtswohlthat des Inventars. Versiegelung. 163.

Recruten, franke, Kosten bei deren Einlieferung. 222. 227.

Referentenwechsel. 169.

Regierungsübernahme vom Herz. Wilhelm. 144.

Register, Accise. 11.

Registraturen, Vfarr-, Versiegelung. 193.

Reibebrauerei, Aufhebung ders. 121.

Reisebedarf accisbarer Waaren. 3.

Reisefkosten der franken Cantonisten. 222.

Relation in 2ter Instanz. 169.

Re-

- Remission wegen Brandschaden. Seite 233.
 Renunciat. beneficior. muliebr. 174. re-
 stit. i. i. minor. 174.
 Repartitions-, Holzfuhrn. 186.
 Requisition in Criminalsachen, kostenfreie Voll-
 ziehung weg. Württemberg. 44. Preu-
 ßen. 265.
 Requisitionen auswärtiger Gerichte, Compe-
 tenz-Bestimmung. 154. Hannoversche,
 wegen Forst-, Wild- und Fischentwen-
 dungen. 60. An preuß. Ger. in Steuer-
 Contravent. Sachen. 46. Befolgung der
 Hannoverschen. 59.
 Reservefoldaten, Aufnahme in die Gilde. 115.
 Restitutio in integrum der Minderjährigen.
 306.
 Restitut. benef. minor. 174.
 Restituenda der Gemeinde-Cassen, Einzieh.
 ders. 105.
 Restverzeichnisse, Revision u. 263. In
 Braunschweig. 265. 267.
 Rettung Verunglückter, Unterricht zur Ret-
 tung. 209. Bericht deshalb. 254.
 Revision. Accise: 5 f. 27. Bau: 43. Der
 Neubau. 252. Kosten desh. 253. Der
 Restverzeichnisse. 263.
 Rinnen, Dach: in Braunschweig. 246. f.
 auch Dachrinnen.
 Risse. Bau-, Anfertigung ders. 43. 235. Ein-
 senkung derselb. 237. Wegen Neubauten.
 242.
 Ritzgut, Erwerb. desselb. — Wohnorts-
 recht dadurch. 315.
 Römisch-Katholische, Eingeh. der Ehen ders.
 197.
 Rothwildpret, Verminderung desselb. 83.
 Rückwirkende Kraft der Gesetze. 178.
 Ruhe, Aufrechterhaltung ders. 202.
 Ruhestörung, Bestraf. 44. Mittheil. der
 Verordn. desh. 60.
 S.
 Sassen, Handelsvertrag damit. 131. 132.
 134. 135.
 Säkularfeier der Augsburgischen Confession.
 201.
 Sägeschnieße, Vorfertig. von Schlössern u.
 120.
 Bege. Repert. II. Zhl.
 Särge, Verzierung ders., Verkauf ders. von
 den Frannadlern. S. 120.
 Salz, salzgitterf., Verbot weg. Einfuhr. 258.
 Satisfactionsklagen. 168.
 Schadenersatz weg. der Forstfrevel in Gemein-
 newaldungen. 89.
 Schäfertabad, Zoll davon. 338.
 Scheibenschießen. 238.
 Schifffahrt, freie. 131.
 Schlachtaccise, Aufheben ders. 262.
 Schlachtaccise in Braunschweig und Wolfen-
 büttel. 3.
 Schlachtvieh, Zoll davon. 339.
 Schlösser-Arbeit, auswärtige. 113. 120.
 Schlösser, Aufnahme in die Gilde. 115.
 Schneidergesellen, Wandern ders. 123.
 Schreibgebühren. 112. Für Deposit.-Scheine
 über Documente und Pretiosen. 106.
 Schuhmacherarbeit, auswärtige. 114.
 Schuldiener, Concurrnz zu den Gemeinela-
 sten. 193.
 Schulverschreibung auf den Inhaber. Mor-
 tificat. Löschung und Edictalladung. 150.
 156. Das Personale der Distr. Ger.
 und Kr. Aemter. 155. 156. 157. Ges-
 son. 151. Kammer-, Umschreib. ders.
 187.
 Schulen, Befreiung von der Grundsteuer.
 262.
 Schullehrer, Uebertrag. des Unterrichts in der
 Obstbaumzucht. 242.
 Schulzeugnisse, kein Stempel dazu. 261.
 Schutz-, und Dienstgeld, Erlassung desselb. 60.
 Verzeichnisse desh. 60.
 Schupocken. 209.
 Schwarzwild, Todtschießen desselb. 82.
 Seelenlisten. 187.
 Seisenfieber, keine Fabrikanten. 217.
 Seiltänzer, Zulassung ders. 255. f. auch Pups-
 penspieler.
 Seitenwege. 318.
 Selbstmörder, an die Anatomie zu schicken.
 55. 58.
 Separate Oekonomie, Begründung des Wohn-
 ortsrechts. 236.
 Serenissimus. 145.
 Sicherheit. öffentl. Bestraf. der Störung.
 44.

Siegesfeier. Seite 259.
 Sisirung der hies. Unterthanen ins Hannov.
 in Steuer-Contravent. u. Sachen. 59.
 Soldaten, Karrenstrafe u. erlittene. 216.
 Einquartir, Kosten. 227. Beurlaubte,
 Domicil ders. 237.
 Sollinger Steinbrecher, Instruct. für dieselb.
 181. 186.
 Sperlingsköpfe, Ablieferung ders. 234.
 Sporteln. 106. Verpacht. der Gemeindegüter.
 104. Ablieferung. 110. Freiheit weg. der
 Caut. bei herrschaft. Bauten. 111. Für
 freiwillige Vorträge in Processen. 112.
 Steinbrecher. Sollinger; Reglement für dieselb.
 181.
 Steinbrüche im Weser-Districte. 181. 300.
 Steine, selbstgebrochene; Gewerbesteuer von
 dem Handel ders. 300.
 Stellvertretung und Nummertauscher, An-
 zeige desb. 219.
 Stempel. 259. Erbschafts-Controle desb.
 259. Für Uebertragung durch Meistge-
 bot an Miterben. 259. Veränderung desb.
 260. Einlieferung der St. Gebühren.
 260. Zeitpunkt der Entrichtung. 261.
 Zu Gesuchsanlagen. 261. St. Freiheit
 der Armen. 261. Zu Geburts- und Trau-
 scheinen. 261. Zu Verträgen zwischen
 Aeltern und Kindern. 261.
 Sterbe-Cassen-Institut, milde Stiftung. 169.
 Sterbe- und Gnadenmonate der Milit. Pen-
 sionaire. 215.
 Steueraufsicher, Instr. für dieselb. 284.
 Steuercontravent. Competenz nach W. vom
 26. Juli 1827. 44. Requisit. von preuß.
 Gerichten. 46. 50. 265.
 Steuerdefraudat. Sachen, Requisit. der han-
 nov. Gerichte, nicht zu befolgen. 59.
 Stenern. 262. Aufhören westphälischer. 262.
 Steuerquittungen. 284. 299.
 Steuer-Verzeichnisse. 263. Entrichtung
 von preuß. Unterthanen. 265.
 Stipendium. landchaftl. 203.
 Stolzgebühr von durchpassirenden Leichen. 198.
 Strafantheile der Accise-Officianten. 3.
 Strafe wegen Accisedefraudat. 1. 2. 3. 8.
 Verdringung ders. 34. Bekanntm. ders.
 53. 55. Zoll. 319.

Strafe weg. der Forstfrevel in Gemeinewal-
 dungen. S. 89.
 Strafe. Karren-, Autretung ders., salva ap-
 pellat. 58.
 Strafgeelder, Berechn. in Zolldefraudat. Sa-
 chen. 320.
 Strafgeelder. Dienst. 180.
 Straßpflaster in Braunschweig. 246.
 Studirende Cantonisten, Attestate ders. 225.
 226. 227. 228.
 Subhastation der Erbzins-Grundstücke. 153.
 Uebertragung der Subhastat. an die Kr.
 Aemter. 155. 159. Freiwillige. 164.
 Competenz. 165. 166. 170. Wenach-
 richtig. der Distr. Ger. an die Kr. Aem-
 ter. 253.
 Subrepartitionen: Holzfuhrn. 186.
 Supplicate. Stempel zu deren Anlage. 261.
 Supplication, Zulässigkeit von den St. Ger.
 und Kr. Aemtern. 164. Referentenuewech-
 sel. 169.
 Suppliken. 304.

T.

Tabacksfabrication u. 33. In Braunschw.
 245.
 Tapeten. Papier-, Zoll davon. 337.
 Tarif. Accise: 4.
 Taubenhalten, Wegschießen ders. 61.
 Taxation der Gebäude, Anfertigung der Bau-
 pläne und Taxation der Brandschäden. 43.
 Der Wirthschäden. 94.
 Taxations: Kosten wegen Revision der brands-
 versicherten Gebäude. 43.
 Taxatoren, Anstellung ders. 243.
 Testamente, Aufbewahrung ders. in Braun-
 schweig. 161. Urkunden u. dieselb. betref.
 161.
 Tharbestand, Constatirung. 52. 55.
 Thierärzte, Curen ders. 212 f.
 Thoreinnehmer in Braunschweig und Wolfen-
 büttel. 12.
 Tischler, Annalen der Möbeln und Särge.
 116. Beschlüsse ders. 120.
 Todeserklärung der Verschollenen. 174 f.
 Tödt, Verdringung ders. 194.
 Tödt Körper an die Anatomie zu schicken.
 55. 58.

Torf, Beleg. d. Flachsrotten damit. Seite 241. 243.

Transcheine. 304.

Treibjagd, Dienste besch. 63.

Tutorien, Ausfertigung ders. 160.

U.

Ueberrnahme der Regierung Herz. Wilh. 144.

Ungewisse Contribution von den Pferden. 303.

Unitas personarum inter filium et patrem. 261.

Unterschriften, Beglaubig. ders. 164.

Untersuchung weg. der Bankrotte. 50. Sporteln im Preuss. 50. Competenz der Kr. Meinter. 52. 55. Wegen Beleidig. der Husaren und Fußjäger. 53.

Untersuchungs-Acten, Mittheilung an die Kammer. 45.

Untersuchungs-Sachen, elective Einleg. der Rechtsmittel. 59.

Unterthanen, Sissirung ders. in Steuerdefraudat. Sachen ins Hannov. 59.

Unwissenheit, Entschuldig. bei Uebertret. der Zollgesetze. 319.

Unzuchtstrafe, aufgehoben. 47.

Urkunden, Aufbewahrung. 161.

Urlaub der h. Dienerschaft. 44. 305. Der Forstoffizianten. 65.

Ursprungsatteste. Zoll. 336.

Ursprungsbescheinigungen wegen Getreides u. 135. 139. 140. 141.

Ursprungscertificate. Accise. 33.

Urtheile in Accisedefraudat. Sachen, Exequirung ders. 34. 55. Mittheilung an die Inspectoren. 55.

Urtheile. Straf., Bekanntm. ders. 53. 55.

Urtheile in Zolldefraudat. Sachen, Mittheil. ders. 337.

V.

Vacante Erbschaften, Bestellung der Curator., Versiegelung dersh. 164.

Vagabunden, Weitertransport ins Preuss. u. Hannov. 235. Aufnahme, Verbindlichkeit dazu. 236.

Vater, Verwaltung des Vermögens seiner Kinder. 154.

Vater und Sohn, Einheit der Personen. 261.

Verbrechen, Anzeige der Ortsvorsteher an die Husaren. S. 46.

Verbrecher, Vertheidig. ders. 51. Auslieferung an hannov. Gerichte. 59.

Vergehen, Vertheidigung dersh. 51.

Verkauf der Erbenzinsgrundstücke, Bekanntm. dersh. 153.

Verkaufungen, freiwillige. 170. Grundstücke der Minderjährigen nach vorgewesenem Meistgebote. 172. 173.

Verlaß der Grundstücke in Braunschweig. 110. 166.

Vermögen zur Aufnahme in die Gilde. 115.

Verordnungen. Aufhebung einiger 306.

Verpachtung der Gemeingüter, Sporteln dafür. 104 f.

Verpachtungen, Handlung der freiwill. Gerichtsbarkeit. 164. 170.

Verpackungsgebühr. 112.

Verpflegungskosten des Milit. 227. 228.

Verschollene, Verfahren wegen deren Curatel. 175.

Versicherung. Brand-, zu hohe 42. der Effecten. 42.

Versicherung der Mobilien, Angabe dersh. in den Berichten wegen Brandbeschädig. 254.

Versiegelung wegen der Accise. 11. 28. 30.

Versiegelungen. Competenz. 159. 163. Bei Concurse. 162. Der Pfart-Registraturen. 193.

Vertheidiger. 159.

Vertheidigung der Verbrecher. 51.

Vertheidigungskosten. 54.

Verträge zwischen Eltern und Kindern. Stempel dersh. 261.

Verträge, Bestätig. ders. 155. 175. 177. 178. 253.

Verunglückte, Anweis. zur Rettung derselb. 209. Bericht dersh. 254.

Vidimat. Gebühren und Copialien für Kirch. Rechn. Abnahme u. Protokolle. 196.

Vieh, Contribution davon. 303. Zoll davon. 339.

Viehhändler, Gewerbeschein und Contribution ders. 264.

Viehhandel mit selbstgemästetem Viehe. 116.

Vistirsab. 12.

Volljährigkeit in Beziehung der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand. Seite 306.
 Vormünder, Bestellung ders. 163. Anderweite. 163. 171. Protokolle, Mittheilung an die Distr. Ger. desh. 160.
 Vorpauwesen. Militair. 214.
 Vorstellung, Rechtsmittel von den St. Ger. und Kr. Aemtern. 164.

W.

Waaren, selbstgewonnene, Verkauf in dem Preuß. 301.
 Waaren, accisbare, Rücksendung auf Nebenwegen. 2.
 Wagen, haftet für den Zoll. 320.
 Waldfener. 235.
 Wandern der Schneidergesellen. 123.
 Wegearbeit, Abverdienen dadurch. 311.
 Wegebau. 307.
 Wegebauten außer der Chaussee. 62.
 Wege, Aufräumung ders. 251. Seiten: u. Neben. 318.
 Wegeverbesserung. 307.
 Wegeverbesserungs- und Armen-Gelder. 35.
 Berechnung ders. 36.
 Wegerevel. 311.
 Weggeldeinnehmer, Instr. für dies. 307.
 Weggeld: Freiheit. 308.
 Wegweiser, Inschriften an dems. 236.
 Weinhändler, Accise von Wein. 2.
 Werkverständige, Wahl ders. zu Taxationen u. 43.
 Werthangabe der Postfächer. 257.
 Weserforsten, Holzanforderungen aus dens. 90.
 Wesergegend, Abverdienen durch Arbeit an Wegen in ders. 311.
 Widerklage, Competenz. 168.
 Widersächlichkeit, Bestraf. ders. 44.
 Wild, Verfolgung desselb. 83.
 Wildbahn, Instandhaltung ders. 82.
 Wildfuhren. 63.
 Wildhüter, Instr. für dies. 85.
 Wildpret, Herrendienst desh. 63. Instandhaltung der Jagd. 65. 68.
 Wildschäden. 82. Taxation ders. 94. 102.
 Wildstand, Beschränkung desselb. 82.
 Windmühlen, Brandversicherung derselb. 43.
 Defen in dens. 243. 245.

Wirthe der Clubbgesellschaft. 10., Gewerbesteuer. S. 262.
 Wittwenhaus, Pfarr-Rechn.-Abnahme: Protok., Copial. und Widimat. Gebühren. 196.
 Wochenmärkte, Eingangsabgabe von Getreide. 135. 137.
 Wohnortsrecht. 253. 313. Der Acquirenten, der Ritter- und Feisassengüter. 315. Aufnahme der Fremden. 247. 253. Emigrations-Consens der Ausländer. 244. Der Insländer. 251. Der Dienstboten. 235. Erwerbung der Grundstücke, Begründung des Wohnortsrechts. 253. Der Gesellen. 235. Heimathscheine, Ertheilung ders. 247. 250. Beurlaubter Soldaten. 237. Der Tagelöhner. 245.
 Wohnung für Arme. 236. 252.
 Wollenbützel, Accise das. 1. 3. Declarat. das. 6. 9. Branaccise das. 29. Mahlaccise das. 34. Zoll das. 320.
 Wollenweber, Aufnahme in die Gilde. 114.
 Wucherblume. 316.
 Württemberg, kostenfreie Vollziehung der Requisition in Crimin. Sachen. 44.
 Wundärzte, deren Verbeibigung. 53. Belohnung für Rettung Verunglückter. 209.
 Curen ders. 212.

Z.

Zahl der Meister. 114.
 Zehnthaus von den Stiftern und Klöstern. 299.
 Zengen, eidl. Abhörnung von den Kr. Aemtern in Inquisit. Sachen. 55.
 Zeugnisse, Schul-, kein Stempel dazu. 261.
 Ziegelsteine, Größe ders. 246. s. auch Wannensteine.
 Zimmermalerei. 113. s. auch Mischmalerei, Frescomalerei.
 Zimmermeister, Wahl ders. zu Taxationen u. 43.
 Zimmermeister: Wittwen. 113.
 Zoll. 317. Vom Eichorien-Caffee. 322. Von Papiertapeten. 337. Vom Schafertaback. 338. Erleichterung des Handels. 337.
 Zollämter. 317. 336.
 Zoll-Atteste. 336. 337.

R e g i s t e r.

363

Zollbeamte, Instr. für dies. Seite 322.
 Zollbetrug. 319. Untersuch. d. 320 f.
 Requisit. der d. Gerichte nicht zu be-
 folgen. 59.
 Zollfreie Gegenstände. 318.
 Zollfreiheit für Warle u., in Scheppensedt.
 320. 321. Aus getrenntem Landesheile.
 336. Von selbstgewonnenen Produkten
 im Auslande. 338. Vom Vieh. 339.
 Getreide. 340.

Zollbeamte, Verhalten d. 319.
 Zölle zu Holzmaiden und Merxhausen,
 Zollerhebung d. 321.
 Zollstraßen. 318.
 Zolltarif. 320.
 Züchtigung, körperliche, der Inquisiten. 57.
 Zucht- und Zwangs-Arbeitsstrafe, Erkennt-
 niß darauf. 44.
 Zuchtvieh, Zoll davon. 339.

Druckfehler und Verbesserungen.

- Seite 3. letzte Zeile lies zahlungsfähige statt Zahlungsfähige.
- §. 8. W. 15 und 16. v. o. sollen die — — weg.
- §. 25. W. 14. v. o. l. Brunser st. Braunser.
- §. 25. W. 15. v. o. l. Thurme st. Thurm.
- §. 34. W. 8. v. u. l. Bier: st. Bieres
- §. 63. W. 7. v. u. l. die st. das.
- §. 64. W. 17. v. o. l. Nachtheil st. Nachtheile.
- §. 89. W. 2. v. o. nach Forstmeister setze: im Weser-Districte.
- §. 123. Das Resc. h. St. M. v. 15. Decbr. 1829, gehört auf Seite 105.
- §. 152. B. 10. hinter Vergl. setze noch L. R. v. 18. April 1816 und
- §. 153. letzte Zeile l. Picitations st. Citationsprotokoll.
- §. 159. W. 18. v. u. l. wannehr st. wenn ehr.
- §. 167. W. 14. v. u. l. Fallimenten st. Fallininenten.
- §. 167. W. 15. v. u. l. 55. st. 64.
- §. 174. W. 10. v. o. l. während st. wegen.
- §. 196. W. 16. v. o. l. Emmerstedt st. E.
- §. 196. W. 3. v. u. l. wählen st. erwählen.
- §. 196. W. 7. v. u. l. gewährt st. gewährt.
- §. 198. W. 2. v. o. l. verbleibt st. bevorbleibt.
- §. 209. W. 13. v. o. setze nach 5. Juli 1826: s. Th. 1. S. 349.
- §. 237. W. 3. v. o. l. Einreichung st. Einrichtung.
- §. 239. W. 6. v. o. l. bestimmt st. stimmt.
- §. 244. W. 13. v. u. l. Ger. st. Memter.
- §. 252. W. 10. v. o. setze nach Theile: S. 359.
- §. 254. W. 15. v. u. streich NB.
- §. 255. W. 3. v. o. l. h. st. f.
- §. 267. W. 4. v. o. l. Braunschweig st. B.
- §. 267. W. 10. v. o. l. hat st. habe und B. 11. l. dens. st. demselben
- §. 300. Zum Resc. vom 21. Octbr. 1829 setze noch: vergl. Gutachten der Justiz-Canzlei v. 29. April 1745.
- §. 318. von S. 12—25. setze No. 9. st. No. 8.
- §. 342. setze zu 1817 noch: 3. Decbr. R. h. R. S. 180.
-